

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 20

**Chronik von Januar
bis März 2023**



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Januar bis März 2023	5-340
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	341-343

Danksagung und Widmung

Wenn Menschen aufhören, an Gott zu glauben, dann glauben sie nicht an nichts, sondern an alles Mögliche.

Gilbert Keith Chesterton (1874-1936, englischer Dichter)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Eric Angerer, Gero Bernhardt, Jens Bleibtreu, Susan Bonath, Edith Brötzner, Gert Bürgel, Elem Chintsky, Sven Eggers, Wolfgang Eggert, Jürgen Elsässer, Jan von Flocken, Elmar Forster, Karsten Frey, Reiner Füllmich, Calin Georgescu, Bruce Gilley, Jonas Glaser, Seymour Hersh, Oliver Janich, Ron Johnson, Philippe Jordan, Manfred Kölsch, Philipp Kruse, Sergej Lawrow, Johann Leonhard, Herbert Ludwig, Stefan Magnet, Phil Mehrens, Karel Meissner, Ullrich Mies, Jörg-Heiner Möller, Viktor Orban, Daniell Pföhringer, Lars Poelz, Marcel Polte, Tom-Oliver Regenauer, Sven Reuth, Helmut Roewer, Thomas Röper, Ivo Sasek, Ulrich Schneider, Volker Schuhmacher, Ole Skambraks, Ronald Stein, Gert Sudholt, Robert Wiesmeier, Ursula Wünsche, und Alfred M. de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Die herrschende Kirchenleere kommt von der herrschenden Kirchenlehre.

Claus Harms (1778-1855, deutscher Theologe)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Tötet man ein Haustier, gilt es als ein Verbrechen. Tötet man ein Kind im Mutterleib, gilt es als eine Gewissensentscheidung!

Unbekannter Verfasser

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Januar bis März 2023

02.01.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24653" berichtet am 2. Januar 2023 (x1.251/...): >>Hexa-X: 6G-Projekt der EU und deren geheime Ziele

Zur Entwicklung von 6G hat die EU das Projekt Hexa-X ins Leben gerufen. Das 6G-Netz soll etwa ab 2030 in Betrieb gehen. Doch wozu ist die extrem hohe 6G-Datenübertragung überhaupt notwendig? Erfahren Sie in dieser Sendung, welche erschreckenden Ziele mit diesem Projekt verfolgt werden. ...

Während die Verfügbarkeit des neuen Mobilfunkstandards 5G in Deutschland noch nahezu verschwindend gering ist, wird bereits an 6G, der sechsten Generation des Mobilfunks, gearbeitet. Das 6G-Netz soll etwa ab 2030 in Betrieb gehen und eine extrem hohe Datenübertragung ermöglichen. Dazu hat die europäische Union das Projekt Hexa-X zur Forschung und Entwicklung von 6G ins Leben gerufen. In diesem arbeiten 22 Unternehmen unter der Leitung von Nokia mit dem Ziel, 6G zu einem unverzichtbaren Bestandteil unserer Gesellschaft zu machen.

Auf der Homepage von Hexa-X werden u.a. die Ziele von 6G erläutert. Hierzu heißt es: "Klimawandel, Pandemien, ... sowie Mißtrauen und Bedrohungen der Demokratie sind einige der beispiellosen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Drahtlose Netzwerke als zentraler Bestandteil einer digitalisierten Gesellschaft müssen solche komplexen Bedürfnisse ... widerspiegeln und proaktiv nachhaltige digitale Lösungen bereitstellen ..."

Dem aufmerksamen Leser stellt sich hier die Frage: Wie soll mittels einer neuen Technologie wie 6G in der Bevölkerung das Mißtrauen in unsere Demokratie eliminiert werden? Mißtrauen ist ja keine technische Sache. Mißtrauen ist ein Gefühl, ein kritisches in Frage stellen aufgrund offensichtlicher Mißstände. Eine mögliche Antwort findet man in dem Vortrag des Nokia Geschäftsführers Pekka Lundmark auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsforum: Lundmark geht davon aus, daß wir in ca. acht Jahren die Telekommunikationsgeräte wie Smartphones direkt in unseren Körper bauen lassen.

Dabei sollen eingebaute Sensoren unseren Körper auch überwachen und die Werte direkt weiterleiten. Der chinesische Konzern Huawei definiert 6G daher als ein neuronales Netzwerk. Neuronale Netzwerke stimulieren am Computer Strukturen, die dem Gehirn ähneln, um den Menschen mit der Computerwelt zu verbinden und eine Ära einzuläuten, in der alles erfaßt und verbunden ist.

Der Mensch soll demnach mit dem Computer verschmolzen werden, wodurch er auch zwangsläufig gesteuert werden kann. Jedes Mißtrauen oder Hinterfragen der vorgegebenen politischen Meinung kann auf diese Weise mit 6G kontrolliert und manipuliert werden.

Doch wie ist diese manipulative ununterbrochene 6G- Kontrolle technisch realisierbar?

Der zukünftige Mobilfunkstandard 6G wird mit hoher Wahrscheinlichkeit Frequenzen jenseits von 100 Gigahertz haben. In diesem Bereich verhalten sich die Wellen schon mehr wie Licht. Der Nachteil: Diese Wellen können voraussichtlich Bäume, Hauswände oder Ähnliches kaum bis gar nicht durchdringen. Um eine lückenlose Bestrahlung und Kontrolle der Menschen zu gewährleisten, müssen 6G-Antennen daher zukünftig in unmittelbarer Nähe und überall, wo sich Menschen aufhalten, installiert werden. Was wäre idealer, als LED-Lampen als "Funkantennen" zu nutzen, da sich LEDs überall befinden, wo Menschen leben?

Wie in der Sendung "Optogenetik - der geplante Weg zur lückenlosen Kontrolle unserer Gehirne?" (www.kla.tv/22886) dargestellt, ist es das Ziel, in jede LED-Lampe einen Sensor einzubauen, um mittels VLC-Technik LED-Licht zur digitalen Datenübertragung zu nutzen. Das

heißt, daß überall, wo sich LEDs befinden, in Zukunft ein Datenaustausch stattfinden soll. Die Datenübertragung ist dabei selbst bei ausgeschalteten LEDs möglich, wodurch diese als 6G-Antennen genutzt werden können.

Offensichtlich streben die EU-Spitze und höchste wirtschaftliche Akteure danach, mit Hilfe der VLC-Technik und des neuen Mobilfunkstandards 6G unser Denken zu beherrschen, was der Traum eines jeden Diktators sein dürfte. Da die Menschen größtenteils völlig abhängig von ihren Smartphones sind und sich ein Leben ohne ihr Handy nicht mehr vorstellen können, besteht die große Gefahr, daß sich die Träume der EU-Führung, mit Hilfe von Pekka Lundmark und seinen Mitstreitern, erfüllen: Die Menschen werden von ihrem problematischen Mißtrauen befreit und können infolgedessen fügsam und willenlos jede neue Technik oder Regierungsmaßnahme annehmen.

Für all diejenigen aber, die diese Träume nicht teilen und sich eine andere Zukunft vorstellen, empfiehlt es sich, diesen neuen Technologien vehement zu wehren und ihre Mitmenschen auf diese Gefahren aufmerksam zu machen.<<

03.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2023:

>>**Thomas Haldenwang: Der Geheimdienstchef der Linken**

Von *Sven Eggers*

Die Silvesterkrawalle entlarven auch den Verfassungsschutz. Die Schlapphüte jagen Reichsbürger, während Migranten ihr Unwesen treiben. Zufall?

Zum Jahreswechsel ist in der Neuen Zürcher Zeitung ein bemerkenswertes, weil kritisches Porträt des obersten Verfassungsschützers erschienen. NZZ-Chefredakteur Marc Felix Serrao wundert sich dort: "Noch vor wenigen Jahren kannte den Chef des deutschen Inlandsgeheimdienstes kein Mensch. Er war ein Verwaltungsfachmann aus der zweiten Reihe. Heute wird er als Verteidiger der Demokratie gepriesen."

Und dann schießt Serrao scharf:

"Ist der amtierende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wirklich ein Verteidiger der Demokratie? Oder dient er anderen Interessen?"

Genau hier setzt das COMPACT-Spezial "Tiefer Staat" an. Haldenwang wird als "Der Schattenmann" vorgestellt. Die Jahre vor seiner Installierung als VS-Chef hatte er treu Vorgänger Hans-Georg Maaßen gedient. Erst nach der Kampagne gegen seinen Chef drehte sich Haldenwang um 180 Grad und präsentiert sich seither als Scharfmacher gegen rechts.

COMPACT-Spezial "Tiefer Staat" erinnert an Haldenwangs Werdegang: "Seinen Posten verdankt er dem Berliner Koalitionstheater: Auf Druck der SPD hatte Innenminister Horst Seehofer (CSU) Maaßen gefeuert, um nicht selbst den Hut nehmen zu müssen. Eigentlich hatte sich Seehofer den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, Armin Schuster, als Nachfolger gewünscht. Doch Angela Merkel stellte sich quer. Gut möglich, daß der Personalvorschlag eine gekonnte Finte war, um Haldenwang als sicheren Kandidaten in Stellung zu bringen - denn der frühere Bundespolizist Schuster war als CDU-interner Kritiker der Kanzlerin bekannt."

Eifriger Strippenzieher

Sein Berufsleben lang hat sich Haldenwang als Strippenzieher erwiesen und Gefolgsleute an den entsprechenden Schalthebeln plaziert. 1991 war er als Personalreferent beim Innenministerium eingestiegen und konnte dann rasch zum Referatsleiter Laufbahnrecht aufsteigen.

In "Der Schattenmann" heißt es dann weiter:

"Innerhalb des Verfassungsschutzes galt Haldenwang schnell als begnadeter Netzwerker. Die Postenvergabe im Geheimdienst soll er innerhalb kürzester Zeit mitbestimmt und nicht zuletzt treue Gefolgsleute in Positionen geschoben haben. Dieses Geflecht entwickelte sich womöglich seit geraumer Zeit zum heimlichen Machtzentrum der Behörde."

Heute gibt sich Haldenwang als wackerer Kämpfer gegen Reichsbürger und Rechte mit Hang zu den Grünen und zur AfD als Feindbild. Die NZZ bezeichnet Haldenwang als "Geheimdienstchef, dem die Linken vertrauen". Haldenwang hatte sich bei einer öffentlichen Podiumsveranstaltung unlängst verharmlosend, ja geradezu freundlich, über linksradikale Klimaschützer geäußert.

Doppelmoral

Die NZZ: "Wer links ist, dem wird hierzulande viel vergeben. Eine Gruppierung kann die repräsentative Demokratie verächtlich machen, Regierungsmitglieder 'symbolisch' verhaften, das Leben von Verkehrsteilnehmern gefährden und Parteizentralen lahmzulegen versuchen - ihre Wortführer werden trotzdem in Talkshows eingeladen. Täten rechte Aktivisten, was die Anhänger der Letzten Generation und andere selbsterklärte Klimaschützer tun, die Republik stünde Kopf." ...<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2023:

>>Historiker: Stürzt Putin, dann zerfällt Rußland

Von *Sven Reuth*

Der renommierte israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld stellt eine düstere Prognose über den Fortgang des Kriegs. ...

Der israelische Militärgeschichtler gilt als eine der renommiertesten Kapazitäten seines Faches. Immer wieder machte er Schlagzeilen durch seine hohe Wertschätzung der Kampfkraft der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Am 29. Dezember veröffentlichte der Wissenschaftler einen Artikel in der Welt über mögliche Szenarien für den Krieg in der Ukraine im gerade angebrochenen neuen Jahr.

"Krieg ist wirtschaftlich nicht zu gewinnen"

Van Creveld macht keinen Hehl aus seiner Auffassung, daß Rußland den "Zermürbungskrieg", den sich beide Seiten seiner Auffassung nach jetzt schon liefern, 2023 fortsetzen werde. Das könne noch sehr lange andauern. In diesem Zusammenhang verweist Creveld auf den Ersten Weltkrieg, der vier Jahre lang dauerte, und auf den Ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak, der sogar acht Jahre lang anhielt. Im Westen hätten sich diejenigen getäuscht, "die hofften, den Krieg durch wirtschaftlichen Druck relativ schnell und schmerzlos zu gewinnen."

Putin, so der israelische Militärgeschichtler weiter, habe noch einige Optionen, so die stärkere Einbeziehung von Weißrußland. Dieser Alliierte Rußlands könnte genutzt werden, um eine nördliche Front gegen die Ukraine aufzubauen. Den Einsatz taktischer oder strategischer Atomwaffen hält van Creveld zwar nicht für besonders wahrscheinlich, will ihn aber auch nicht hundertprozentig ausschließen.

"Unvorstellbare Folgen eines Friedensschlusses"

Für fast ebenso unwahrscheinlich hält der erfolgreiche Buchautor aber auch einen Friedensschluß. Grund: Dieser würde vermutlich das Ende Rußlands in seiner heutigen Form bedeuten. Dazu bemerkt van Creveld:

"Fast von Beginn des Krieges an hatte Putin die Möglichkeit, seine Offensive einzustellen, seine Truppen zurückzuziehen und Frieden zu schließen. Ein solcher Schritt, ja alles, was ihm ähnelt, würde mit Sicherheit seinen Sturz und den seiner Clique zur Folge haben. Mit nur etwas geringerer Gewißheit würde er auch sein ganzes Land zerfallen lassen - mit Folgen für Eurasien, die jenseits der Vorstellungskraft des Autors liegen. Deshalb scheint dies im Moment die unwahrscheinlichste aller Möglichkeiten zu sein."

Eine Einschätzung, die einen doch schlucken läßt, zumal sie von einem ausgesprochen realpolitisch eingestellten Autor stammt. Eine Russische Föderation, die um ihre nackte Existenz kämpft, dürfte 2023 jedenfalls zu fast allem bereit sein. ... <<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2023:

>>**US-Strategie: Deutschland und Rußland immer im Visier**

Von *Sven Eggers*

Daß es den USA darum geht, Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu torpedieren, sagen Drahtzieher der US-Politik ganz offen.

Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika ist weltherrschaftsstrebend und schon aus diesem Anspruch heraus offensiv gegen Deutschland und Rußland gerichtet. Das muß jeder wissen, der den aktuellen Ukraine-Konflikt politisch einordnen will.

George Friedman, Chef der Denkfabrik Stratfor (die bisweilen als "Schatten-CIA" bezeichnet wird), formulierte 2015 ganz unverblümt:

"Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, weil sie vereint die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, Daß dieser Fall nicht eintritt."

Aus diesem Grund haben die USA Nord Stream von der ersten Vertragsunterzeichnung 2005 in immer fanatischerer Tonlage angegriffen - sie symbolisiert die Energiepartnerschaft auf dem eurasischen Kontinent, die Leuten wie Friedman so verhaßt ist.

Friedman sagt klar und unmißverständlich: "Die Urangst der USA ist, Daß deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit den russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden - eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben."

Dies sind Kernsätze aus einer Rede Friedmans vor dem Chicago Council on Global Affairs vom 4. Februar 2015. Deutsche Medien verschweigen das. Die gesamte Rede Friedmans ist dokumentiert und abgedruckt in COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland".<<

4. Januar 2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Januar 2023:

>>**GEZ-Medien: Das erneute Versagen des Staatsfunks**

Von *Sven Eggers*

GEZ-Medien haben rund um die Silvesterkrawalle wieder getäuscht und vertuscht. Wie 2015/2016 nach den Attacken auf unsere Frauen in Köln. ...

In alternativen Medien verbreitet sich ein Clip mit dem Gestotter eines Tagesschau-Reporters, der nach den Gewaltexzessen der Silvesternacht in Berlin und vielen anderen deutschen Städten gefragt wurde: "Wer sind denn die Täter?" Er schwurbelt sodann, "von den Tätern zu sprechen" sei "in solchem Kontext immer ein bißchen schwierig", um dann über "gruppendynamische Prozesse" und "gesellschaftlichen Druck" zu faseln.

Bloß kein kritisches Wort

Wieder verbiegen sich ARD und ZDF, um bloß kein regierungskritisches Wort zu senden, bloß keine Kritik an der aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik zuzulassen. Irgendwelche Experten dozieren in öffentlich-rechtlichen Formaten ellenlang über "Gruppen" und "Dynamik".

Zu den ganz wenigen Ausnahmen im herkömmlichen Fernsehen zählte zum wiederholten Male RTL-West-Chef Jörg Zajonc. Der hielt fest:

"Ein Großteil der Randalierer sind junge Männer mit Migrationshintergrund, mit ihrem ganz eigenen Weltbild: Sie sind stark, der Staat ist schwach, und sie zeigen es."

Zum Jahreswechsel 2015/2016 hatten ausländische Männerhorden in Köln und anderswo massenhaft Frauen sexuell belästigt und bedrängt. ARD und ZDF berichteten zunächst gar nicht über diese Nacht der Schande. In COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" wird dieser Skandal minutiös aufgearbeitet.

Gebührenfinanziertes Schweigekartell?

Zitiert wird beispielsweise der ehemalige Bundesinnenminister Peter Friedrich (CSU), der die Nicht-Berichterstattung am 6. Januar 2016 gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland bemerkenswert deutlich kritisiert hatte. Er sprach von einem "Schweigekartell" bei gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien. Offenbar gebe es "Nachrichtensperren, sobald es um Vorwürfe gegen Ausländer" gehe.

Und heute? Wieder blocken ARD und ZDF ab, wenn es darum geht, die Geschehnisse rund um die Silvesternacht beim Namen zu nennen. Daß es nicht erneut Frauen erwischt habe, liege lediglich an der Tatsache, daß Frauen sich nicht mehr auf die Straße trauten, legt Ex-Bild-Chef Julian Reichelt den Finger in die Wunde.

Georg Restle, Kopf des WDR-Formats Monitor, warf CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries sogar "blanken Rassismus" vor, weil der im Zusammenhang mit den jüngsten Krawallen politisch korrekte Sprachregelungen bei der Polizei durch den Kakao gezogen hatte. Restle wird in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mitsamt seiner Antifa-Vergangenheit enttarnt. ...

So bleiben am Ende nur wenige Personen, die sich trauen, Wahrheiten auszusprechen. Ahmad Mansour, deutsch-israelischer Psychologe arabischer Herkunft, faßt zusammen:

"Wenn wir Ausländergewalt nicht als solche benennen dürfen, haben wir ein Riesenproblem. Das ist kein Journalismus, das ist Aktivismus, ein Totalversagen gewisser Medien."

Medienkritiker und Welt-Kolumnist Henryk M. Broder sieht es so: "Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist ein perfektes Beispiel für die deutsche Spezialität, das Offensichtliche nicht zu benennen." ... <<

05.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Januar 2023:

>>Deutsche haben Parteien satt!

Von *Sven Eggers*

Das Vertrauen sinkt und sinkt. In seinem Buch "Scheindemokratie" beleuchtet der Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller die Ursachen und analysiert, warum sich die AfD deutlich besser aufstellen müßte und könnte.

Es sind dramatische Zahlen, die das Meinungsforschungsinstitut forsa im Rahmen des jährlichen "Trendbarometers" präsentiert. Demnach haben nur noch 17 (!) Prozent der Bundesbürger Vertrauen in hiesige politische Parteien, im Osten der Republik sind es gar nur 11 Prozent. Zur Erinnerung: Erst kürzlich hatten die Meinungsforscher von Allensbach veröffentlicht, daß lediglich 12,6 Prozent der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland "sehr zufrieden" sind, im Osten gar nur 5,5 Prozent.

Vertrauenseinbruch

Einen drastischen Vertrauenseinbruch erlebt vor allem der Bundeskanzler, obwohl sich die Menschen in Krisenzeiten eigentlich an den jeweiligen Machthaber klammern. Scholz aber bricht diesen Trend mühelos. Ihm vertrauen noch 33 Prozent. Das ist ein Rekord-Rückgang um 24 Prozent innerhalb eines Jahres. Zum Vergleich: Die nicht gerade beliebte Angela Merkel erreichte noch in den letzten Jahren ihrer Kanzlerschaft Werte zwischen 50 und 75 Prozent.

Nur noch der Bundespräsident selbst genießt das Vertrauen einer Mehrheit (63 Prozent). Doch auch er hat in den vergangenen Monaten zweistellig verloren. Vor einem Jahr vertrauten dem Steinmeier noch 75 Prozent.

Man muß es sich auf der Zunge zergehen lassen: Die aufgeblähte Volksvertretung der Deutschen, das Hohe Haus, der Bundestag, genießt lediglich das Vertrauen von 37 Prozent der Bürger; ein Rückgang um 13 Prozent. Die Europäische Union, ein Lieblingskind unserer Polit-Elite, verliert nochmals sieben Prozent und liegt jetzt bei noch 31 Prozent, die dieser Insti-

tution Vertrauen schenken.

Nur noch eine Minderheit der Deutschen vertraut zudem der Bundesregierung (34 Prozent), den Stadt- und Gemeindeverwaltungen (43 Prozent), den Gemeindevertretungen (43 Prozent), den Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern (44 Prozent) oder den Landesregierungen (46 Prozent). Welch ein Armutszeugnis!

Müllers Appell

Wie kann die Opposition davon profitieren? Die AfD liegt gegenwärtig bei bundesweit stabilen 15, in Sachsen und Thüringen bei 30 Prozent. Sie sollte sich darauf aber nicht ausruhen, sagt der Ex-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller, der gegenüber COMPACT wie folgt argumentiert:

"Es fehlt in der AfD grundsätzlich die Konsequenz, aus Analysen, die man durchaus richtig trifft, auch Handlungen abzuleiten. Der heutige Staat ist doch keine Demokratie mehr. Er ist faktisch degeneriert. Über die Parteien zu einer Quasi- oder De-Facto-Diktatur. Das hat die AfD auch erkannt, aber dann müßte sie entsprechend handeln und sagen, wir wollen jetzt endlich mal eine Demokratie haben, die uns seit 1949 versprochen wird."

In der Tat stürzt das Vertrauen der Menschen in wesentliche Institutionen auf diversen Ebenen ab. So ermittelte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut unlängst, daß sich die Anzahl der Mütter, die "überhaupt kein Vertrauen" in die Bundesregierung haben, zwischen Oktober 2021 und November 2022 mehr als verdoppelt hat und jetzt auf 34 Prozent angestiegen ist. Die AfD ist also gut beraten, einen Kurs an den Tag zu legen, der jede Anbiederung an die Herrschenden ausschließt.

Hansjörg Müllers Buch "Scheindemokratie" stellt eine konstruktive Kritik an der AfD dar, beleuchtet aber auch, was in diesem Lande verkehrt läuft und warum. <<

05.01.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24673" berichtet am 5. Januar 2023 (x1.251/...): >>"Klimaaktivismus" - eine Massenmanipulation der Milliardäre

Von *Actuarium*

Zunehmend terrorisieren Klimaaktivisten die öffentliche Infrastruktur mit Protestaktionen. Graswurzelbewegung von Jugendlichen oder wohlfinanzierte, professionelle Aktivitätsgruppen? Der Kommentator Actuarium kennt die Antwort. Er folgt der Spur des Geldes und eröffnet eine interessante Sichtweise. ...

Um die Welt vor dem Klima-Kollaps zu bewahren und sich Gehör zu verschaffen, terrorisieren Klimaaktivisten zunehmend die öffentliche Infrastruktur mit fragwürdigen Protestaktionen: Sie sorgen für Chaos, indem sie Straßen, Flughäfen oder Häfen blockieren. Sie planen die Störung der Gas- und Ölversorgung, beschädigen Kunstgemälde und vielerlei mehr.

Dem Einfallsreichtum an möglichen Störaktionen scheinen dabei keine Grenzen gesetzt zu sein. Auch dann nicht, wenn der engagierte Einsatz der überwiegend jungen Aktivisten eine Straftat darstellt. Folglich muß hinterfragt werden, ob es sich tatsächlich um eine spontan entstandene Graswurzelbewegung von Jugendlichen handelt oder nicht vielmehr um wohlfinanzierte, professionelle Aktivitätsgruppen.

Der junge Kommentator Actuarium ist dieser spannenden Frage nachgegangen.

In seinem Beitrag: "Wer finanziert die Klimaaktivisten", verfolgt er die Spur des Geldes und eröffnet damit eine interessante Sichtweise auf die Geldgeber und deren Motivation.

Video von Actuarium "Wer finanziert die Klimaaktivisten"

Hallo zusammen!

Die Klimaaktivisten von der "Letzten Generation" werden uns als Graswurzelbewegung präsentiert. Man kriegt den Eindruck, es handelt sich einfach um Jugendliche, die selbst die Initiative ergreifen, die sich auf die Straße kleben, die Straßenblockaden verursachen, in Museen gehen, dort Gemälde mit Essen beschmieren, um auf die drohende Klimakatastrophe auf-

merksam zu machen. Eine Bewegung aus unserer Jugend für die nächste Generation oder, wie sie befürchtet, Daß sie die letzte Generation sei. Dies ist nicht korrekt.

Es handelt sich nicht um eine Graswurzelbewegung von lauter Aktivisten, die ihre Zeit und ihr Geld und vielleicht sogar ihre Karriere, ihr Studium dafür opfern würden. Es ist vielmehr eine wohlorganisierte, professionelle Aktivismus-Kampagne von globalen Milliardären, die ihre Interessen dadurch vertreten. Das werden wir in diesem Video ausführlich zeigen. Also, fangen wir an mit der letzten Generation. Einer dieser Aktivismus-Gruppen aus Deutschland; von denen gibt es ganz viele in verschiedenen Ländern, vor allem des Westens.

"Wer wir sind: Die Regierung ignoriert alle Warnungen. Immer noch befeuert sie die Klimakrise und hat uns damit an den Rand eines Abgrunds gebracht. Wir sind aber nicht bereit, diese Verbrechen an der Menschheit widerstandslos hinzunehmen. Wir werden nicht abwarten, während ein Staat nach dem anderen kollabiert. Am Ende sind wir alle in Gefahr. Wir sind der Überlebenswille dieser Gesellschaft." Und deswegen kleben wir uns an Autobahnen, beschmeißen Bilder mit Essen etc.

Von wem sind wir denn finanziert? "Die letzte Generation" - so schreiben sie selbst - "Die Letzte Generation erhält einen Großteil der Mittel für Rekrutierung, Training und Weiterbildung aus dem Climate Emergency Fund. Seit April 2022 ist sie Teil eines internationalen Netzwerks ziviler Widerstandsprojekte. Es nennt sich das A22 Network. Climate Emergency Fund." Das hier ist die Seite "letztegeneration.de", das ist offiziell von denen. Also: Sie kriegen ihr Geld für Training, Weiterbildung, Rekrutierung etc. von diesem "Climate Emergency Fund", also dem "Klimanotstands-Fonds".

Den schauen wir uns jetzt mal genauer an. Das ist die Seite - "climateemergencyfund". Sie brüsten sich damit, Daß sie eben alle möglichen von diesen Aktivitätsgruppen wie "Letzte Generation" finanzieren. Was haben sie hier geschrieben? Seit unserer Gründung 2019 - das ist also noch ein ganz frisches Projekt - haben wir 94 Organisationen weltweit finanziert, 22.000 Klimaaktivisten ausgebildet und über eine Million Aktivisten (die sich also angeschlossen haben) mobilisiert. 2022 haben wir bisher 43 Organisationen finanziert, 4,5 Millionen Dollar ausgeschüttet und über 10.000 Zeitungsartikel dadurch generiert.

Also die vielen Zeitungsartikel, die ihr über die "Letzte Generation", über "Klimakleber" etc. lest - die rechnen sie sich eben ihrer Aktivität zu. Das hier sind die Organisationen, die sie unterstützen, alles noch von ihrer Seite. "New York Communities for Change", "Extinction Rebellion", das sind die, die das Essen auf die Gemälde geschüttet haben. Und eben auch das "A22 Network", unter anderem mit "Just Stop Oil UK" und "Letzte Generation in Germany". Sie werden also finanziert von solchen großen Organisationen oder Stiftungen.

Diese Stiftungen sind selber gegründet, natürlich, von Milliardären und Milliardärs-Kindern. Hier seht ihr von der "Climate Emergency Fund", also die die "Letzte Generation" finanzieren, das Gründungsschreiben "Aileen Getty and Rory Kennedy Lead New Climate Fund to Support Activists and Protesters". "Aileen Getty" und "Rory Kennedy", das sind also die beiden. Wir werden uns gleich nochmal Aileen Getty genauer anschauen, damit ihr eine Vorstellung habt, welche Leute das sind.

Hier haben wir nur ein kleines Beispiel: "Dieser Fonds wurde inspiriert von Greta Thunberg und wir möchten damit Aktivisten Aktivisten-Starter-Kits zur Verfügung stellen. Dazu gehören Megaphone und ausgedrucktes Material."

"If you're a kid who wants to start something, we'll support you," Neilson said, adding that "adults have failed you" in confronting climate change. The fund will also help pay for activist groups rent - also für die Miete, die sie bezahlen müssen, für ihre Aktivitäts-Gruppen - staff salaries - also Gehälter für Angestellte - and legal expenses - also die Rechtskosten, die natürlich damit verbunden sind. Man braucht gute Anwälte, damit man diesen zivilen Ungehorsam, Daß man da schnell wieder rauskommt.

Normalerweise gibt es ja Strafen dafür, wenn man tausende oder zehntausende Leute auf der Autobahn aufhält oder irgendwelche Gemälde beschmeißt. So, das ist also diese Stiftung. Diese Stiftung selber ist finanziert von eben dieser Frau Aileen Getty. "Getty Images", gibt es da vielleicht einen Zusammenhang? Kennt ihr vielleicht, "Getty Images", ist ein Riesenkonzern, der dieses Stock-Images zur Verfügung stellt. Die seht ihr fast überall - "Getty Images" - Ja, es gibt einen Zusammenhang.

Ihr jüngerer Bruder ist der Gründer und Inhaber von "Getty Images". Sie selber, Aileen Getty, die Getty-Familie, ist eine ins neunzehnte Jahrhundert reichende Ölmogul-Familie, eine der reichsten oder sogar die reichste Öl-Familie aus den USA. Haben viele, viele Milliarden, eine Riesenkonzern-Familie und sie ist eben ein Sprößling, eine Enkelin von dieser Familie, die gesagt hat: "Ich möchte mich gegen mein Familienerbe wenden - sowie übrigens die gesamte Familie sich inzwischen von Öl verabschiedet hat - und setze mich ein für Klima, Klimaaktivismus, Philanthropie, etc." - Sie genauso, wie ihre Brüder das tun.

Das Ganze ist letztlich eine noch relativ überschaubare Organisation, ihr Fund. Es handelt sich nicht um Riesenmengen. 2022 nur 4,5 Millionen Dollar. Aber natürlich reicht das schon locker, um so etwas wie "Letzte Generation" und ihre Ableger und Verwandte in Europa, zu finanzieren. Und die sind eben gut finanziert, die sind ausgebildet, mit Material ausgestattet und die Rechtsanwaltskosten werden übernommen. Es handelt sich also nicht um Graswurzelbewegung.

Das ist auch nur eine von ihren vielen Aktivitäten von der Aileen Getty. Sie hat selber noch eine Stiftung und finanziert viele solcher Gruppen. Eine Gruppe, die erheblich höher steht in der Hierarchie von diesen Klimaaktivismus-Gruppen, is the "Equation Campaign".

The "Equation Campaign" ist eine doch sehr viel übergeordnetere Organisation, die, wie sie selbst schreibt ... Wir möchten also die fossilen Energieträger im Boden lassen - während wir die Graswurzelbewegung - also die Organisation vom Boden - finanzieren. ... Also sie wollen sogenannte Graswurzelbewegungen massiv finanzieren - womit es natürlich keine Graswurzelbewegungen mehr sind. Was machen die? Die schütten große Gelder, ganz andere Summen noch aus, an Firmen aus der Finanzindustrie, Medien, Rechtsanwälte und Rechtsanwaltskanzleien sowie politischer Lobbyismus.

Das, was ihr also hier im kleinen Format gesehen habt, bei diesem "Climate Emergency Fund" - die nur dafür zuständig sind, diese einzelnen Teenager und jungen Leute, die sich irgendwo festkleben, zu finanzieren und ihnen in ihrem Leben zu helfen und mit Rechtsanwälten zu helfen... - das macht dieser "Equation Fund" im großen Maßstab, indem er nicht nur einzelne kleine Aktivismusgruppen, sondern lauter Lobbyorganisationen weltweit finanziert, die sich selber dann für Klimaaktivisten anwenden.

Wir sind also eine Stufe höher. Nur ein Beispiel: "theguardian.org", eine der berühmtesten britischen Medienoutlets, ist hier mit bei der Finanzierung von "Equation Campaign" und auch Greenpeace-Abteilung für "Fridays for Future". Greenpeace hat eine eigene Abteilung zur Unterstützung von "Fridays for Future", ebenfalls finanziert von diesem "Equation Campaign", sowie zahlloser weiterer Klimaaktivismus-Oberorganisationen.

Jetzt kommt der interessante Punkt: Von wem ist denn diese "Equation Campaign" finanziert? Sie ist finanziert, u.a., hier alles hier auf ihrer offiziellen Seite, von: "Open Society Foundations.", die Stiftung von George Soros, von "David Rockefeller Fund". Steht ja selber drin, wer der Inhaber ist oder welche Familie Inhaber ist. Von der "Brothers Rockefeller Fund".

Und als eine Partner-Partner-Organisation und Partner-Stiftungen steht hier beispielsweise die "Aileen Getty Stiftung" "Die Aileen Getty Stiftung" ist eben die, die diese Klimakleber bzw. "Letzte Generation" finanziert. Wieder "David Rockefeller Fund", wieder die "Familie Rockefeller Fund" und noch weitere Milliardärs-Stiftungen.

Wenn vorher zu Euch jemand gekommen wäre und gesagt hätte, die Klimaaktivisten werden

u.a. finanziert von George Soros und von der Familie Rockefeller, dann würde man doch sagen: "Ok, das ist doch ein Rechter Verschwörungstheoretiker. Er übertreibt." Aber das ist die Wahrheit. Sie schreiben es selbst auf ihrer eigenen Seite, was sie tun, Daß sie die Oberorganisation von Klimaaktivismus sind und hier stehen auch ihre Finanziere George Soros, Rockefeller und eben auch diese "Aileen Getty Stiftung", die eben diese Klimaaktivisten in Deutschland genau finanziert.

Hier reden wir allerdings von ganz anderen Geldern, da wir hier eine Oberorganisation haben, die lauter Unterorganisationen finanziert und nicht nur kleine Aktivismus-Gruppen. Hier seht ihr beispielsweise, wie die Rockefeller-Familie versprochen hat, Daß sie 100 Millionen Dollar alleine in diese "Equation Campaign" investieren werden.

Jetzt lautet doch die offensichtliche Frage, nachdem wir also wissen, Daß die Klimaaktivisten von diesen US-Milliardärs-Stiftungen und US-Milliardären finanziert werden: "Warum tun die das?" "Was ist ihr Beweggrund dafür, so viel Geld in das Thema Klima, Klimawandel, Klimarettung, zu investieren?"

Warum wollen sie durch Klimaaktivismus, Klimakleber ständig Schlagzeilen, auch in Deutschland, generieren?" Ihre Aussage ist: Sie sind Philanthropen, wir wollen die Erde erhalten, wir wollen, Daß die Erde nicht zerstört wird und für die nächste Generation soll sie erhalten bleiben. Wir sind Milliardäre, wir brauchen unser Geld gar nicht mehr, wir wollen es nur ausgeben für das Wohl der Menschheit.

Es gibt aber auch noch alternative Möglichkeiten für ihre Beweggründe; eine offensichtliche ist, Daß diese Leute, wie z.B. George Soros, massiv investiert sind in alternative Energien. Hier seht ihr es schon vor zwölf, nee vor dreizehn Jahren, 2009, George Soros to Invest 1 Billion 1 Milliarde Dollar in Clean-Energy Technology. Also er ist ordentlich investiert in alternative Energien. Genauso die "Rockefeller Foundation" - hier auf ihrer eigenen Seite - hat eine eigene Investmentseite für Clean Energy, ist mit hunderten Millionen Dollar, nee mit Milliarden Dollar ist sie investiert in alternative Energien.

Das heißt, sie haben ein ganz klares finanzielles Interesse, Daß das Thema alternative Energien und die staatlichen Investitionen - letztlich geht es immer um das Geld der Völker - darin verstärkt werden. Das ist aber meiner Ansicht nach, nur der sekundäre Grund. Der primäre Grund - hier seht ihr Klimaaktivisten von der Letzten Generation in Deutschland - in diesem Jahr. Der primäre Grund ist meiner Analyse nach, ein anderer. Der Klimaaktivismus in der jungen Generation ist ein wesentlicher Teil inzwischen ihrer Identität geworden. Das ist eines der größten Themen.

Ihr seht das an Schulen, ihr seht das in verschiedenen Jugendorganisationen an Universitäten. Der Aktivismus für die Klimarettung ist ein Teil ihres eigenen Ich-Verständnisses geworden, ihrer eigenen Identität. Wenn nun US-Milliardäre einen Teil Eurer Identität finanzieren und dadurch, ob Ihr es nun wißt oder in den meisten Fällen wahrscheinlich nicht wißt, ein Teil Eurer Identität, die Narrative und wie sich diese Identität in Zukunft entwickeln wird, kontrollieren, dann kontrollieren sie in Wirklichkeit Euch.

Dann kontrollieren sie Generationen, dann kontrollieren sie dadurch Völker und haben eine Macht über Völker und ihr Selbstverständnis und ihre Identität und was ihnen wichtig ist, was weit über finanzielles Investment in alternative Energien, hinausgeht.

Nur ein kleines Beispiel außerhalb der westlichen Sphäre: Es gibt ein berühmtes Lied der aktuellen iranischen Oppositionsbewegung der Protestler im Iran, die dort protestieren gegen Kopftuch, gegen Islam, etc., aber die in ihrem berühmten Lied auch Klimawandel und Klimaaktivismus als einen großen Teil ihrer iranischen oppositionellen Identität erwähnen. D.h., ohne, daß sie es wissen, sind sie Teil geworden einer Identität, die von globalen Milliardären geprägt wird und deren weiterer Verlauf von ihnen bestimmt wird.

Das ist aus meiner Sicht, der primäre Grund für den massiven Einsatz von Leuten, die Macht

und Kontrolle ersuchen.

Freu mich auf eure Kommentare ...<<

07.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Januar 2023:

>>**Klima-Irre: Gehalt fürs Kleben**

Die Klima-Kleber der Letzten Generation präsentieren sich gern als glühende Kämpfer gegen das Großkapital. Dabei werden sie von ebendiesem finanzkräftig unterstützt. Für ihre Sabotage-Aktionen können sie sogar ein regelmäßiges Gehalt einstreichen.

Schon lange ist bekannt, daß die Klima-Chaoten von massiven finanziellen Zuwendungen aus den USA profitieren. Zu den Hauptsponsoren zählt beispielsweise der 2019 gegründete und im kalifornischen Beverly Hills ansässige Climate Emergency Fund, der sich einem weltweiten "disruptiven Klimaaktivismus" verschrieben hat. Bis Ende September vergangenen Jahres hat diese obskure Organisation nach eigenen Angaben 3,5 Millionen Dollar an elf Gruppen aus verschiedenen Ländern überwiesen, um mit dem Geld einen globalen "Herbstaufstand" anzuzetteln.

Linksextremisten willkommen!

Ein großer Teil der Dotationen stammt von Aileen Getty, einer Erbin des milliardenschweren Vermögens von Getty Oil. Das Unternehmen war über Jahrzehnte hinweg einer der größten Konzerne in der US-Petrobranche. Aber damit nicht genug: Auch die Rockefeller-Familie hängt ganz tief drin im Sponsoring-Geschäft mit den Klimaextremisten. Die Gelder fließen hier über die Equation Campaign, die ganz ähnliche Ziele verfolgt wie der CEF. Peter Gill Case, der für sieben Jahre als Vorsitzender des Rockefeller Family Fund diente, sowie Rebecca Rockefeller Lambert haben versprochen, dieser Organisation 30 Millionen Dollar ihres persönlichen Vermögens zu spenden.

Die Konzerne der einstigen Ölbarone setzen zum Teil mittlerweile auf Grünstrom, entsprechend hält man sich nun die "Klimaaktivisten" als Prätorianergarde, die mittels der Begehung von Straftaten die eigene Agenda umsetzen sollen. Politische Abgrenzungen hin zum linksextremistischen Rand existieren dabei natürlich nicht. So berichtet die Welt, daß im Protokoll eines Treffens der AG "Privilegiencheck und Awareness" die Teilnehmer als Ziel vermerkten: "Wir versuchen das Spektrum des Aktivismus zu erweitern! Nicht Linksextrem werden! (also in der Außenwirkung - intern gerne)."

Trotz solcher Anweisungen fällt es den Klimaklebern allerdings zunehmend schwerer, nach außen hin den von ihrer Führungsspitze erwünschten bürgerlichen Anstrich aufrechtzuerhalten. Nach Angaben der Berliner Innensenatorin Iris Spranger (SPD) umfaßt der "harte Kern" der Gruppe in Berlin ungefähr 500 Personen, von denen etwa die Hälfte mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten sei. Die SPD-Politikerin äußerte dazu:

"Es geht hier also um einen umfassend organisierten Zusammenschluß von Personen, die Straftaten begehen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen."

Zweierlei Maß

Keine Frage, wenn sich die Identitäre Bewegung oder irgendwelche Kameradschaften unter anderen politischen Vorzeichen etwas auch nur annähernd Ähnliches erlauben würde, wären diese schon tausendfach als rechtsterroristische Vereinigung verboten worden und der halbe Staatsapparat würde Jagd auf sie machen. Noch allerdings haben die Klima-Chaoten leider Narrenfreiheit - wie unberechtigt diese ist, zeigen auch die neuen Recherchen der Welt.

Unsere Januar-Ausgabe mit dem Titelthema "1923/2023 - Aufstand gegen die Inflation" und dem Dossier "Die Klima-Psychotiker" zeigt ungeschminkt, auf welchen Irrsinn wir uns jetzt gefaßt machen müssen.<<

08.01.2023

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Januar 2023:

>>Bromberger Blutsonntag: Polnische Bartholomäusnacht

Von *Daniell Pföhringer*

Deutsche Täter, polnische Opfer? So einfach, wie es die Regierung in Warschau als Grundlage ihrer in dieser Woche erneuerten Billionen-Forderung darstellt, ist die Sache nicht. Das zeigen beispielsweise die schrecklichen Ereignisse im September 1939 in Bromberg. ...

Schon mehrere Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 hatten der polnische Rundfunk und die Presse einen chauvinistischen Propagandafeldzug gegen die im Lande lebenden Minderheiten geführt. Dieser gipfelte in der Feststellung, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Wohlmeinende Polen warnten damals ihre Nachbarn, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen, die Rede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" ging um.

Die angekündigte Jagd auf Deutsche begann dann schon kurz nach Kriegsbeginn. Besonders schlimm wüteten die Polen am 3. September 1939 in Bromberg (Bydgoszcz). Die mehrheitlich deutschsprachige Stadt in Westpreußen war per Versailler Diktat 1920 dem polnischen Staat zugeschlagen worden.

Nach offenbar schon vorher erstellten Listen ermordeten zurückströmende polnische Soldaten und ein entfesselter Mob an jenem Sonntag tausende Deutsche im nun der Woiwodschaft Posen zugeordneten Bromberg und anderen Städten. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz nimmt eine Zahl von 5.000 bis 6.000 getöteten Volksdeutschen an. Deutsche Quellen von 1939 sprechen von 5.437 Toten.

Polen selbst gab die Täterschaft am sogenannten Bromberger Blutsonntag zu: Am 9. September 1939 forderte der polnische Sender in Wilna die Bevölkerung auf, sich ein Beispiel an den Mördern von Bromberg zu nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anzuwenden.

Brechstangen und Gewehrkolben

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas hält in seinem Buch "Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg" über die damaligen Ereignisse in Bromberg fest:

"Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie, ... vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht."

De Zayas zitiert den Marineoberkriegsgerichtsrat Ulrich Schattenberg, der von der Wehrmachts-Untersuchungsstelle beauftragt wurde, die ersten Zeugenvernehmungen in Polen durchzuführen. In seinem Bericht vom 14. September 1939 heißt es:

"Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden. Ich sah selbst angekohlte, zum Teil verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher."

Und weiter:

"In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden."

Leichenhaufen an den Straßen

Doch nicht nur deutsche Stellen meldeten die Greuelthaten von Bromberg. Der schwedische Journalist und Augenzeuge Christer Jäderlund berichtete am 8. September 1939 für die Zei-

tung "Stockholms Tidningen":

"Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheußlich verstümmelten Menschen - Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren - wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich fotografierte selbst eine ganze Reihe der großen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Straßen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten, umherlagen."<<

10.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Januar 2023: >>Leichenverbrennung" ist Brauchtumsfeier

... Mainstream-Medien wie die Bild-Zeitung inszenieren schon die nächsten Corona-Märchen - diesmal aus China. Man erinnert noch gut an die Fake-Fotos aus der italienischen Stadt Bergamo zu Beginn der sogenannten Pandemie: Damit wurden eine ungeheure Panikwelle ausgelöst und umfassende Zwangsmaßnahmen gerechtfertigt.

Die Fotos zeigten damals nämlich keine Säрге voller Covid-Toter in Bergamo, sondern mit ertrunkenen Bootsmigranten auf Lampedusa. Andere Bilder zeigten Militärtransporter, die angeblich an Corona Verstorbene rund um die Uhr in Krematorien der umliegenden Ortschaften brachten - doch einfach nur aus dem Grund, weil die damalige italienische Regierung jeden vermeintlichen Corona-Toten zwangsweise einäschern ließ und Bergamo die Kapazitäten dazu nicht besaß. Dabei gab es selbst auf dem Höhepunkt der Pandemie nicht mehr Tote als bei normalen Grippewellen.

Neue Fake-Story aus China

Wie der bekannte Corona-Kritiker und Ökonom Stefan Homburg auf Twitter berichtet, fabulierte die Bild nun in einem (inzwischen aus dem Netz genommenen) Online-Artikel von "öffentlichen Leichen-Verbrennungen in China", weil dort wegen "Corona die Krematorien voll sind". Eine plumpe Lügengeschichte, die offensichtlich nicht "faktengecheckt" wurde. Das Video (siehe Titelbild) zeigt nämlich in Wahrheit traditionelles chinesisches Brauchtum, bei dem Gegenstände öffentlich verbrannt werden. ...

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtete wiederum von Angehörigen, die "zuweilen für Tage, manchmal für Wochen mit dem Leichnam ihrer verstorbenen Familienmitglieder in der Wohnung ausharren müssen", weil die chinesischen Krematorien überfüllt seien. Ohne konkrete Belege, versteht sich.

Denn alleine die Rechnung dürfte nicht stimmen: Bei einer fünffachen Überlastung der Krematorien bei 14.000 Toten täglich, fragt man sich, wie man in China mit der ganz natürlichen Alterssterblichkeit umgeht, die jenseits der 50.000 pro Tag liegen dürfte.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.

11.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2023: >>Was Gulag und Holocaust miteinander zu tun haben

Von *Sven Reuth*

Vor 100 Jahren wurde der Historiker Ernst Nolte geboren. Seine Forschungen über den Zusammenhang zwischen bolschewistischem und nationalsozialistischem Terror waren bahnbrechend. Seine herausragende Rolle beim Zurückdrängen des Schuldkultes - die Deutschen als ewiges "Tätervolk" - im Rahmen des sog. Historikerstreits 1986 ff. haben wir in unserem Sonderheft "Geschichtslügen gegen Deutschland" nachgezeichnet.

Obwohl geschichtliche Themen von den Medien gerne und häufig aufgegriffen werden, spielen Historiker in der Öffentlichkeit meist keine große Rolle. Ihre Namen zirkulieren meistens nur in den entsprechenden wissenschaftlichen Kreisen. Das war im Sommer 1986 völlig an-

ders, der ganz von dem sogenannten Historikerstreit rund um die Thesen des damals an der FU Berlin lehrenden Geschichtswissenschaftlers Ernst Nolte geprägt war. Dieser hatte die bolschewistische Herrschaft in der Sowjetunion mit der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten in Deutschland verglichen und zahlte dafür einen hohen Preis. Der Heidegger-Schüler sah sich plötzlich dem Vorwurf ausgesetzt, die Einzigartigkeit des Holocaust zu bestreiten und wurde daraufhin zunehmend gesellschaftlich und wissenschaftlich isoliert.

"Vergangenheit, die nicht vergehen will"

Den Stein ins Rollen gebracht hatte ein Artikel, der am 6. Juni 1986 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" erschienen war. In diesem bezeichnete Nolte einen "kausalen Nexus" zwischen dem Gulag-System der Sowjetunion und den Konzentrationslagern des Dritten Reiches als "wahrscheinlich". Die Schlüssel-sätze des Aufsatzes waren:

"Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine 'asiatische Tat' vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer 'asiatischen Tat' betrachteten? War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der 'Klassenmord' der Bolschewiken das logische und faktische Prius des 'Rassenmords' der Nationalsozialisten?"

Habermas schlägt zu

Dies führte zu einem Aufschrei sondergleichen. Kein Wunder, denn Nolte hatte in gewisser Weise die Schemata, nach denen bisher die Geschichte des 20. Jahrhunderts interpretiert worden war, umgekehrt: War es in der etablierten Historikerkunft bis dahin eine weit verbreitete Meinung, daß die Verbrechen der Roten Armee bei ihrem Vorrücken am Ende des Zweiten Weltkriegs gewissermaßen durch die Grausamkeit des NS-Regimes entschuldigt werden konnten, behauptete Nolte nun, daß die Nationalsozialisten grausam handelten, weil sie um die Greuel des Bolschewismus wußten. Ihr Handeln resultierte also aus der Furcht vor einem brutalen Feind im "Weltbürgerkrieg".

Schnell war klar, daß es sich um keinen "normalen" Wissenschaftsstreit handelte, sondern die Debatte sich im Kern um das Metaphysikum der deutschen Schuld drehte. Jürgen Habermas, der Großmeister einer Theorie des kommunikativen Handelns, der in seinen Schriften gerne vom "zwanglosen Zwang des besseren Arguments" sprach, nutzte den FAZ-Artikel Noltés dann auch zu einer beispiellosen moralischen Abqualifizierung dessen Autors. Eine "Art Schadensabwicklung" der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert habe Nolte im Sinn gehabt, giftete Habermas in der Zeit. Eine saturierte linkskonformistische Öffentlichkeit störte sich ohnehin schon an der reinen Erwähnung kommunistischer Massenverbrechen.

Jagd auf einen freien Geist

Nolte scheute sich dabei nicht, auch auf den wohl umstrittensten Topos der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts Bezug zu nehmen, nämlich den sogenannten "jüdischen Bolschewismus". Mit diesem Begriff bezeichnete die NS-Propaganda den im Verhältnis zur russischen Durchschnittsbevölkerung weit überdurchschnittlich hohen Anteil von jüdischstämmigen kommunistischen Funktionären in den militärischen und politischen Organen, die in den Jahren nach der Oktoberrevolution des Jahres 1917 die Sowjetunion schufen.

Die Zahlen sprechen hier eine so eindeutige Sprache, daß sich der Tatbestand selbst schlechterdings nicht bestreiten läßt. Allerdings wies Nolte immer darauf hin, daß man sich davor hüten sollte, diesen Begriff in einer irgendwie schlagwortartigen und vereinfachenden Art und Weise zu benutzen. Außerdem müsse man natürlich beachten, daß sich Juden im 20. Jahrhundert auf allen Seiten des "Weltbürgerkriegs" engagierten.

Mitzubedenken ist außerdem, daß diese von ihrem eigenen Glauben abgefallenen säkularisierten kommunistischen Juden "ihre religiös-orthodoxen 'Stammesgenossen' mit demselben Fanatismus bekämpften wie die orthodoxen Christen der vormaligen Staatskirche", wie Ernst

Nolte es einmal formulierte.

Dennoch wurde der feinsinnige Historiker, der am 11. Januar 1923 in Witten an der Ruhr geboren wurde, nun zum Ziel grober Attacken. So wurden mehrere seiner Lehrveranstaltungen gesprengt, sein Auto auf dem Universitätsparkplatz von einer linksextremistischen Gruppe in Brand gesteckt und er selbst wenig später Opfer eines Reizgasangriffes.

Waren die Verbrechen des Bolschewismus "ursprünglicher" als die Verbrechen des Nationalsozialismus?

Völlig vergessen war, daß Nolte wegen seiner intensiven Beschäftigung mit Karl Marx und dem Marxismus in den 60er Jahren noch die große intellektuelle Hoffnung der Linken war. Sein 1963 erschienenes Buch "Der Faschismus in seiner Epoche", in dem Nolte zwischen "Frühfaschismus" (Action française), "Normalfaschismus" (italienischer Faschismus) und "Spätfaschismus" (Nationalsozialismus) unterschied, wurde schnell zum Standardwerk.

Damals galt es noch nicht als anstößig, daß Nolte phänomenologisch vorging, also die faschistischen Gruppen und Protagonisten so verstehen wollte, wie sie sich selbst verstanden hatten. Außerdem stellte Nolte auch damals schon den Marxismus als Vorläufer des Faschismus dar, was in den 60er Jahren von den Rezensenten allerdings wohl noch überlesen wurde.

Aktuell und essentiell

Festzuhalten bleibt, daß Nolte aus dem Historikerstreit zwar als Verlierer hervorzugehen schien, seine Thesen die historische Debattenkultur aber bis heute beeinflussen. Die Öffnung der sowjetischen Archive nach 1991 hat das Bild des Bolschewismus als des ersten echten Totalitarismus im 20. Jahrhundert nochmals geschärft. Nach den Veröffentlichungen von Historikern wie Orlando Figes, Jörg Baberowski, François Furet, Gerd Koenen oder Timothy Snyder kann dies nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

Eine Kontextualisierung der fürchterlichen Verbrechen, die totalitäre Systeme im 20. Jahrhundert begingen, konnten linke Debattenwächter in den letzten Jahrzehnten am Ende nicht mehr verhindern. So bleibt das Werk Ernst Noltes für das Verständnis des 20. Jahrhunderts nicht nur essentiell, sondern auch aktuell.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2023: >>**Klima-Terroristen: Mollis und Steine in Lützerath**

Von *Daniell Pföhringer*

Im Rheinischen Braunkohlerevier spitzt sich die Lage zu. Öko-Extremisten wollen die Räumung verhindern. Wer steckt dahinter? ...

Heute rückten in Lützerath von verschiedenen Seiten etwa 1.500 auf alles vorbereitete Polizisten an. Sie wurden von den dort versammelten Extremisten erwartet. Die Bezeichnung Klimaterroristen ist hier durchaus passend, wenn auch gerade erst zum Unwort des Jahres erklärt. Schon am Morgen flogen erste Molotow-Cocktails auf eintreffende Beamte. Der Live-Ticker der Bild vermeldete um 10:22 Uhr:

"Am Dorfeingang kommt es gerade wieder zu Flaschen- und Steinwürfen aus den Fenstern der besetzten Häuser auf Polizisten. Vermummte Autonome sitzen dort an den Fenstern und auf den Dächern."

In den nächsten brenzlichen Stunden aber sollte die Polizeitaktik vorerst aufgehen. In Windeseile wurde ein 1,7 Kilometer langer Zaun errichtet, der nachtströmende Öko-Autonome fernhielt. Dadurch konnten sich die Beamten auf etwa 300 Klimakämpfer im Ort selbst konzentrieren, die teilweise weggetragen wurden. Auch ein massiver Dauerregen kam den Beamten entgegen.

Grüne solidarisch mit Gewalttätern

Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt setzte unterdessen folgenden Tweet ab:

"Ich teile die Hartnäckigkeit, mit der die Demonstrierenden mehr Klimaschutz fordern."

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Steine geflogen.

Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hatte "beide Seiten ermahnt", zur Deeskalation in Lützerath beizutragen. Dies rief Polizeigewerkschaftschef Rainer Wendt auf den Plan: "Wenn die Grünen-Vorsitzende beide Seiten ermahnt, zur Deeskalation beizutragen, verkennt dies in inakzeptabler Weise die Ausgangslage."

Die Lage ist in jedem Falle hochgefährlich, was Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang nicht wahrhaben will. Er hatte sich ja vor einigen Wochen im Rahmen einer Podiumsdiskussion beinahe freundschaftlich an die Seite der Klimaextremisten gestellt.

Wie der Herr, so's Gescherr

... Sabotage-Fan Andreas Malm ist nur einer davon. Ein Auszug:

"Andreas Malm ist ein Klima-Ideologe, wie er im Buche steht - und zwar im Strafgesetzbuch. Der Schwede ist einer der wichtigsten Stichwortgeber von Gruppen wie der Letzten Generation - und an seinen Wortmeldungen läßt sich erahnen, wohin die Reise geht.

Sachbeschädigung ist für den 1977 geborenen Humanökologen mit Lehrauftrag an der Universität Lund nicht nur läßliche Sünde, sondern geradezu Pflicht. Seine 2020 veröffentlichte Kampfschrift mit dem bezeichnenden Titel *How to Blow Up a Pipeline* (Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen) gefällt nicht nur Luisa Neubauer, sondern ist eine Art Bibel für die sich zunehmend radikalisierende Internationale der Klima-Psychos."

In seinem Machwerk fordert Malm unverblümt: "Zerstört neue CO2-emittierende Geräte. Setzt sie außer Betrieb. Nehmt sie auseinander. Verbrennt sie, jagt sie in die Luft." Daran haben sich die Molotow-Cocktail schmeißenden Klimaterroristen von Lützerath offenbar ein Beispiel genommen.

Auf dem Weg zur Klima-RAF

Um Sabotageakte zu legitimieren, greift der Schwede zu einem beliebten Stilmittel von Terroristen - der Diabolisierung und damit Entmenschlichung des Gegners. So formulierte er in einem Gastbeitrag für den Spiegel: "Die herrschenden Klassen auf diesem Planeten sind entschlossen, das, was von ihm übrig ist, so schnell wie möglich zu verbrennen, und nichts - gar nichts - hat sie bisher davon abgehalten. Sie sind vollständig und auf eine infernalische und dämonische Art und Weise außer Kontrolle."

Er ist deswegen überzeugt:

"Wir brauchen keine großen Konzepte, um zu erkennen, daß jetzt nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen."

Die dürfe sich allerdings nur gegen Sachen, nicht gegen Menschen richten. Hat Malm am Ende doch moralische Skrupel? Mitnichten! Es geht ihm lediglich ums Image. "Gewalt gegen Personen wäre desaströs, sie würde auch der Bewegung immens schaden", bemerkt er im Zeit-Interview.

Zur Erinnerung: Auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin haben mit Kaufhausbrandstiftungen begonnen. Rückblickend betrachtet war das aber nur die Ouvertüre für das große Morden. Lützerath könnte die Initialzündung dafür geben.

Ausführliche Hintergrundinformationen über den Irrsinn der Klima-Terroristen, ihre ideologischen Stichwortgeber und ihre Finanziere finden Sie in dem großen Dossier "Die Klima-Psychotiker" in der Januar-Ausgabe von COMPACT. ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Januar 2023: >>**Unfaßbar: Steuergelder für Antifa-Kampfsport**

Von *Sven Eggert*

Linksextreme Kampfsportler, gefördert mit Steuermitteln? Klingt absurd, ist aber bittere Realität, wie nun eine Anfrage im Bundestag zu Tage förderte. ...

Mit unseren Steuergeldern wird das Antifa-Modellprojekt Vollkontakt - Demokratie und Kampfsport direkt bezuschußt. Das Förderprogramm Demokratie Leben! des Bundesfamili-

enministerium, die Amadeu-Antonio-Stiftung und die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung machen's möglich: Sie schenken den extremistischen Kampfsportlern reichlich Kohle zu.

AfD hakt nach

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan-Wenzel Schmidt wollte es genauer wissen und erkundigte sich im Rahmen einer schriftlichen Frage (Drucksache 20/4962) nach Erkenntnissen, die der Bundesregierung hierzu vorliegen.

Schmidt zu seiner Initiative:

"Die linke Szene hat sich ein Netz von Vereinen geschaffen, um öffentliche Fördermittel für Antifaprojekte im Kampfsport abzugreifen. Dazu gehören offenbar auch Lotto-Gelder, die eigentlich gemeinnützigen Zwecken zugutekommen sollten. Der Verdacht, daß hier Einnahmen aus den staatlichen Lotterien für linke Günstlingswirtschaft mißbraucht werden, liegt auf der Hand."

Die Antwort der Bundesregierung bestätigt ihn. Demnach erhielt das Projekt Vollkontakt in den Jahren 2020 bis 2022 satte 539.614,82 Euro allein aus Mitteln des Förderprogramms Demokratie Leben!, also Steuergelder. Weitere 7.500 Euro flossen an das linke Projekt über die ebenfalls mit unseren Geldern gepamperte Amadeu-Antonio-Stiftung. Darüber hinaus wurden die kämpfenden Linksextremisten mit 31.500 Euro tatsächlich von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung sowie mit 6.000 Euro von der Deutschen Sportjugend gefördert.

Einschlägiges Personal

Bemerkenswert: 468.840,41 Euro hat das Projekt seit 2020 allein für Personalkosten verbrannt. Damit werden mehrere dubiose Experten bezahlt, die tief in Antifa-Strukturen verstrickt sind und es letztlich auf Sportler abgesehen haben, die sich linker Ideologie nicht bedingungslos unterordnen wollen.

Klassisches Beispiel ist Robert Claus, Jahrgang 1983, der sich seit Jahren in der linksextremen Szene tummelt und immer wieder auch einschlägige Vorträge bei anarchistischen und antifaschistischen Kreisen hält. Eine ähnliche Rolle spielt der angebliche Fanforscher Tillmann Gabler. Solche Leute sind die Profiteure der Steuergeldbezuschussung an Linksextreme. Zuletzt hatte sogar der Verfassungsschutz registriert, daß sich die gewaltorientierte Antifa-Szene zunehmend für den Kampfsport interessiert. Im Jahresbericht der Behörde für 2020 wird die Entwicklung bundesweit als "besorgniserregend" eingestuft.

Demnach nutzen Linksextreme über Kontakte in lokale Kampfsportszenen hinaus deren Veranstaltungen gezielt, um Vernetzungen aufzubauen und sich zu gemeinsamen Aktionen zu verabreden. Die erworbenen Fähigkeiten könnten zudem "gegen politische Gegner oder Vertreter des Staates eingesetzt werden", so die Schlapphüte.

Konsequenzen dieser Erkenntnisse: Keine!

In Compact-Spezial "Antifa - Die linke Macht im Untergrund" erfährt man zur Kampfsportszene: "Inzwischen gibt es neben zahlreichen kleinen Trainingsgruppen mit dem Redore Gym (Halle/Saale), Attitude Sport (Neubrandenburg), Roter Stern Frankfurt (Main), Grapple & Strike (Bremen), 8 Weapons (Leipzig) oder Roter Stern Belgrad zahlreiche professionelle Kampfsportgyms mit eindeutiger Ausrichtung.

Im Hamburger Klub Uebel & Gefährlich fand am 8. Juni 2019 eine Antifa-Fightnight unter dem Label United Struggle mit internationaler Beteiligung statt, ähnliches gab es im Berliner SO36. Zur Politisierung des Sports trägt auch die anonyme Plattform Runter von der Matte bei, auf der nicht-linker Sportler geoutet und diffamiert werden."<<

12.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. Januar 2023:

>>Endlich: RKI-Chef Wieler tritt ab

Von *Sven Eggers*

Na, also! Es gibt doch noch gute Nachrichten: Lothar Wieler tritt als Präsident des Robert-

Koch-Instituts zurück. ...

Ab dem 1. April will sich RKI-Chef Lothar Wieler "neuen Aufgaben in Forschung in Lehre widmen", heißt es in einer recht knappen Erklärung. Daß der Schritt im Einvernehmen mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) erfolgt, wird ausdrücklich betont.

Verschleiert und verfälscht

Als wohl einziges Mainstream-Blatt wagt die Welt Kritik zum Wieler-Abschied:

"Der Rücktritt bietet die Chance für den überfälligen Neuanfang in Deutschlands oberster Seuchenschutzbehörde. Viel zu oft war das RKI in der Pandemie zu einem Instrument der Politik verkommen, anstatt sich – wie vorgesehen – auf die Wissenschaft zu beschränken. Da wurden brisante Daten zur Effektivität der Corona-Impfungen zurückgehalten oder verschleiert, da saß Wieler in Pressekonferenzen neben Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) und ließ ihm Falschbehauptungen durchgehen."

Seit März 2015 fungiert Wieler als RKI-Präsident. Er führte uns allen nachdrücklich vor Augen, daß das Robert-Koch-Institut eine Einrichtung der Bundesregierung ist. Das war vorher eher ein Fall für Fachwissen. Für ihn übernimmt zunächst sein bisheriger Stellvertreter Lars Schaade.

Tips vom Tierarzt

Unvergessen sind natürlich seine unverschämten Auftritte im Rahmen von RKI-Pressekonferenzen, die auch in unserem Corona-Lügen-Paket eine Rolle spielen. Er, eigentlich Tierarzt, erklärte dann den Deutschen, wie sie sich zu verhalten hätten.

O-Ton Wieler:

"Diese Regeln werden wir noch monatelang einhalten müssen, die müssen der Standard sein, die dürfen überhaupt nie hinterfragt werden. Anstand halten! Händehygiene! Und dort, wo wir Abstand nicht einhalten können: Mundnasenschutz tragen, das gilt für drinnen und draußen. Also das ist die Grundregel, die dürfte und sollte niemand mehr in Frage stellen, das sollten wir einfach so tun."

Nochmals die Welt: "Der neue Präsident kann dann gleich eines der größten Probleme angehen: die miserable Datenlage des RKI, nicht nur in Sachen Corona. Auch dieser grobe Mangel geht auf Wielers Kappe."

In Erinnerung wird letztlich die hündische Unterwürfigkeit Wielers zur Regierung und ihren ebenso absurden wie gefährlichen Entscheidungen bleiben. So war er auch beteiligt an einem dubiosen Gutachten der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, das uns 2020 direkt in einen harten Lockdown führte.<<

13.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Januar 2023:

>>Davos 2023: Worum es geht - und wer dabei ist

Von *Sven Reuth*

Klima-Panikmache ist ideal, um eine Weltdiktatur zu erreichen - das scheint das inoffizielle Motto des diesjährigen WEF-Jahrestreffens in Davos zu sein. Klaus Schwab und sein WEF treiben den Great Reset voran. ...

Nächste Woche ist es wieder so weit: Die kleine Schweizer Alpenstadt Davos verwandelt sich während der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums (WEF) in eine Festung - mit Straßensperren, Kontrollen, Absperrgittern, durch das Zentrum patrouillierenden Soldaten und Scharfschützen auf den Dächern.

52 Staats- und Regierungschefs

Rudelweise werden die Mächtigen und Reichen sich dann zu dieser "Ideologiefabrik der Kosmokraten", wie der Globalisierungskritiker Jean Ziegler das Treffen nennt, einfinden. Dieses Jahr haben sich 2.700 Gäste aus 130 Ländern angesagt, unter ihnen 52 Staats- und Regierungschefs. Laut dem WEF -Geschäftsführer werden auch 1.500 Führungskräfte aus über 700

Organisationen und Unternehmen an dem Treffen teilnehmen.

An prominenten Regierungschefs werden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der niederländische Premier Mark Rutte, die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin und der südafrikanische Ministerpräsident Cyril Ramaphosa teilnehmen. Aus Deutschland werden außerdem SPD-Chef Lars Klingbeil, der derzeit gerade mit frei erfundener Greuelpropaganda gegen sächsische und thüringische Bürger unangenehm auf sich aufmerksam macht, sowie CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn erwartet. Nicht fehlen auf dieser Bühne darf natürlich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Auch Klitschko und Selenski mit dabei

Aus Deutschland werden insgesamt 95 Teilnehmer erwartet, darunter Vertreter praktisch aller bedeutenden überregionalen Medien. Aus Österreich werden zwei ÖVP-Politiker anreisen, nämlich Arbeitsminister Martin Kocher und Finanzminister Magnus Brunner. Beide werden derzeit als mögliche Nachfolger des glücklosen Premiers Karl Nehammer (ÖVP) gehandelt.

Unvermeidlich ist natürlich auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski, der sich per Video zuschalten lassen wird. Gerechnet wird außerdem mit dem Besuch des Kiewer Oberbürgermeisters Vitali Klitschko. Außerdem angekündigt haben sich der EU-Rats-Präsident Charles Michel, die EZB-Präsidentin Christine Lagarde, die IMF-Direktorin Kristalina Georgiewa, der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg und die WTO-Direktorin Ngozi Okonjo-Iweala.

Auftritt der heiligen Luisa

Das alles dürfte aus Sicht etablierter deutscher Medien natürlich überstrahlt werden vom Auftritt der deutschen "Klima-Aktivistin" Luisa Neubauer, falls diese es bis dahin aus Lützerath herausgeschafft hat. Außerdem angekündigt sind die weißrussische Lukaschenko-Gegnerin Swetlana Tichanowskaja wie auch der 99jährige Ex-US-Außenminister Henry Kissinger, der in einem Vortrag über historische Perspektiven auf den Krieg sprechen wird.

Das offizielle Motto des Treffens lautet diesmal: "Zusammenarbeit in einer fragmentierten Welt". Im Mittelpunkt dürfte wieder einmal das Thema Klimapolitik stehen. Die "grüne Weltwirtschaft", wie sie in Davos schon als großes Projekt an die Wand geworfen wird, soll wohl einen neuen ökonomischen Mega-Zyklus begründen.

Dazu bemerkte zuletzt der Focus, in einer - was die Absichten der Davos-Macher angeht - geradezu selbstentlarvenden Manier:

"Die durch den Ukrainekrieg gestiegenen Milliardenkosten liefern deutschen Unternehmen eine Steilvorlage, sich künftige Milliarden-Verdienste mit nachhaltigen Technologien, Rohstoffen und Dienstleistungen zu sichern. Die Gelegenheit sei derzeit besonders günstig, urteilt ein Bericht des Weltwirtschaftsforums (WEF), das kommende Woche in Davos zu seinem Jahrestreffen zusammenkommt.

Dafür müsse jedoch die Politik mithelfen, indem sie Rahmenbedingungen schafft und internationale Zusammenarbeit ermöglicht. Eine bedeutende Aussage. Während die deutsche Politik streitet, ob sie die Wirtschaft per Gesetz zur Nachhaltigkeit anhalten oder den Dingen freien Lauf lassen soll, nennt das Weltwirtschaftsforum Gründe, warum Umwelt und Wohlstand unseres Landes von staatlichen Eingriffen profitieren."

Die Klima-Diktatur kommt

Es ist also ganz klar, wohin der Hase läuft. Die Klima-Diktatur kommt, und die Lützerath-Besetzer wie auch die "Aktivisten" der Letzten Generation marschieren im Grunde genommen im Gleichschritt mit dem Großkapital. Das WEF-Treffen in Davos wird nur einen weiteren Beleg für diese These liefern.

Fundierte und mit Quellen belegte Abhandlungen über die Machenschaften einflußreicher Hintergrundorganisationen in den letzten 200 Jahren finden Sie in COMPACT-Spezial "Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung". Von den Rothschilds und Rockefellers

über Bilderberger, Trilaterale, Council on Foreign Relations, Club of Rome und das Netzwerk von George Soros bis zu Klaus Schwab und dem WEF, Elon Musk und der Bill-Gates-Connection. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 13. Januar 2023 (x1.254/...): >>**Das**

Jahr der Ernüchterung

2022 ist das wahre Wesen der westlichen Welt noch deutlicher zum Vorschein gekommen - die Fassade von Demokratie, Recht und Freiheit bröckelte großflächig ab.

Von Ulrich Schneider

Europa wurde 2022 von längst überwunden geglaubtem Ungemach heimgesucht. Kriegsrhetorik und Gefechte hielten auf dem leidgeplagten Kontinent wieder Einzug. Aus den Übeln vergangener Weltenbrände scheinen so manche nichts gelernt zu haben. Nach diesem ernüchternden 2022 stellt sich mit Blick auf das vor uns liegende Jahr die Frage, was geschehen muß, damit sich die Menschen wieder besinnen und kehrtmachen, anstatt dem selbstzerstörischen Kurs weiter zu folgen.

Enttäuschend und entmutigend war gleich zu Beginn des Jahres, daß auch im 21. Jahrhundert noch ein Eroberungskrieg in einer Form geführt wird, von der man erwartet hätte, daß wir sie in Europa, nach den leidvollen Erfahrungen zweier Weltkriege, nie mehr erleben würden: Krieg für die Großraumstrategie, mit rollenden Panzern, Mann gegen Mann.

Doch ist das primitiver oder verwerflicher als die Hightech-Kriege der NATO, bei denen widerstrebende Nationen mit präzisen Luftschlägen nach der "Shock and Awe-Strategie" in die Steinzeit zurückgebombt werden? Beide Ausprägungen sind das letzte Mittel des archaischen Machtkampfs der Großmächte, der auch nach dem Ende der Blockkonfrontation und den Jahrzehnten der Globalisierung weiterhin das Weltgeschehen dominiert.

Ernüchternd war auch die Reaktion der angeblich so zivilisierten westlichen Welt: kontinuierliche Waffenlieferungen für einen heißen kalten Stellvertreterkrieg de facto "bis zum letzten Ukrainer", Ablehnen und Verhindern von Friedensverhandlungen, Ignorieren jeglicher weiser Ratschläge von Elder Statesmen auf beiden Seiten des Atlantiks zu einem besonnenen Vorgehen bis hin zur Diskussion atomarer Präventivschläge.

Politiker und Parteien, die dereinst der Friedensbewegung nahestanden, stehen nun in vorderster Front, um den Konflikt mit Waffenlieferungen und Kriegspropaganda weiter anzuheizen. Während in den Achtzigerjahren noch Hunderttausende jedes Wochenende unter großer Medienpräsenz gegen die Stationierung von Atomwaffen demonstrierten, gehen 2022 nur noch wenige Hartgesottene gegen den Krieg auf die Straße, um sich dafür in den Konzernmedien als gestörte Querdenker und Putin-Sympathisanten denunzieren zu lassen. Zu viele trauen sich nicht mehr, ihren Protest in unserer überwachten Demokratie öffentlich zu zeigen, oder glauben nicht mehr daran, daß das noch irgendeinen nennenswerten Effekt hätte.

Ernüchternd war die Erkenntnis, daß unsere Politiker nach der Unterstützung der globalen Impfterrorerkampagne auch vor einem neuen, noch größeren Verrat an ihrem Volk nicht zurückschrecken.

Nicht genug damit, daß man die Menschen zwei Jahre lang mit Lockdowns und Impfdruck gequält hat, um eine Vertriebskampagne der Pharmakonzerne zu unterstützen und dafür die Gesundheit der Menschen mit Gentherapien zu ruinieren. Nun wird auch das wirtschaftliche Fundament dieses Landes durch sinnfreie Sanktionen nachhaltig geschädigt und in Kauf genommen, daß Millionen ihre Arbeitsplätze verlieren und in Armut gestürzt werden - nur um der Bündnistreue zu einer skrupellosen Weltmacht willen, die zur Aufrechterhaltung ihrer schwindenden globalen Dominanz vor nichts zurückschreckt, auch nicht davor, ihre Vasallen in einem Stellvertreterkrieg gnadenlos als Bauernopfer und Kanonenfutter zu verheizen.

Während erfahrene Außenpolitiker daran erinnern, daß in den internationalen Beziehungen stets das Eigeninteresse einer Nation oberste Priorität hat, verkauft unsere Außenministerin

ihren transatlantischen Lobbyismus dem naiven Gutmenschen-Mainstream als "wertorientierte Außenpolitik".

Mehr noch: Unsere großen transatlantischen Freunde schrecken auch nicht davor zurück, unsere Energieversorgungsinfrastruktur gezielt zu zerstören, um uns ihr Kriegsdiktat aufzuzwingen - und selbst das bringt unsere Politiker nicht von ihrem blinden Vasallengehorsam ab. Was wurden nicht all die Jahre die "Reichsbürger" als Verschwörungstheoretiker verlacht, weil sie die Bundesrepublik als unselbstständige Nation betrachten und echte Souveränität fordern. Die Anschläge vom 26. September haben uns deutlich vor Augen geführt, wie die Machtverhältnisse tatsächlich liegen.

Was bleibt angesichts dieser düsteren Fakten noch zu hoffen für das neue Jahr? Was muß geschehen, damit die Masse der Bevölkerung die fadenscheinigen Rechtfertigungen von Politik und Medien nicht mehr akzeptieren, mit denen der Bevölkerung immer weitere Opfer auferlegt und immer mehr Freiheiten entzogen werden?

Hoffentlich braucht es dazu keinen Atomkrieg und auch keine Enteignung der Massen durch Inflation und Bargeldabschaffung. Was wir dafür tun können, ist standhaft "in der Wahrheit leben", wie Vaclav Havel es vorgelebt hat: Faktenverzerrende Propagandaerzählungen nicht ignorieren oder akzeptieren, auch wenn sie in jeder Zeitung stehen, sondern widersprechen und richtigstellen, bei jeder Gelegenheit. ...

Ulrich Schneider, Jahrgang 1971, ist ein kritischer Geist, der sich seit fast 40 Jahren mit Politik und Wirtschaft beschäftigt. Der studierte Ökonom lebt im Rhein-Main-Gebiet. Gegenwärtig beteiligt er sich an der Demokratiebewegung. ...<<

14.01.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24758" berichtet am 14. Januar 2023 (x1.251/...): >>US-Senator Ron Johnson bringt Covid-19-Impfverbrechen ins Volksbewußtsein

Der US-Senator Ron Johnson stößt mit seinen Anhörungen zu Covid-19-Impfschädigungen und -Impftoten den Prozeß eines landesweiten öffentlichen Diskurses an. ...

Was Politik, Pharma-Industrie und Leitmedien versuchen unter den Teppich zu kehren, bringen die von Johnson zu seiner Plattform eingeladenen Experten aus Wissenschaft, Medizin, Justiz, Medien u.a.m. ins Volksbewußtsein: Die Covid19-Impfungen sind - nüchtern betrachtet - eine hochkriminelle Kampagne.

Senator Ron Johnson: Der Hauptgrund für die heutige Veranstaltung war vor allem, der amerikanischen Öffentlichkeit Informationen zu geben, die sie verdient und die ihr vorenthalten werden. Aber alles, was wir tun können, um weiteren Schaden zu verhindern. Ich will den Leuten keine Angst einjagen, das will ich nicht, wir - keiner von uns will das, okay. Aber sie müssen diese Informationen haben.

Aaron Siri: V-safe ist das führende Impfstoffsicherheitssystem der CDC für den Impfstoff COVID-19. Dies ist ein Dashboard, das ICAN (Informed Consent Action Network: medizinisches Informationsnetzwerk in den USA) erstellt hat, um die V-safe-Daten visuell darstellen zu können. In der Datenbank von 9 bis 10 Millionen Menschen meldeten etwa 800.000 Personen, daß sie eine medizinische Versorgung benötigten. Das sind etwa 7,7 % der in V-safe erfaßten Personen, die angaben, medizinische Versorgung zu benötigen, d.h. eine von 13 Personen. Dennoch hat die CDC die Spritze nicht zurückgezogen.

Lt. Col. Theresa Long: Im Januar 2021 trat ich als militärischer Whistleblower vor Sie und berichtete über einen katastrophalen Anstieg von Krankheiten und Verletzungen im gesamten Department of Defense. Die Gesamtzahl der meldepflichtigen Ereignisse stieg von 110.000 im Jahr 2020 auf über 200.000 im Jahr 2022. Der Impfstoff wurde im Januar 2021 beim Militär eingeführt.

Josh Stirling: ... Erstellte hunderte von Diagrammen, auf alle Weise damit befaßt, seit Sonn-

tag. Die britische Regierung hat bis zu diesem Sommer eine Datenreihe veröffentlicht, die die relativen Sterblichkeitsraten für Geimpfte und Ungeimpfte nach der Anzahl der Impfdosen aufzeigt und zu dem Schluß kommt, daß die Menschen im Vereinigten Königreich, die geimpft wurden, nach dem letzten verfügbaren Datensatz eine um 26 % höhere Sterblichkeitsrate haben.

Edward Dowd: Das ist von der Gesellschaft der Aktuare (Aktuare = Sachverständige für Risikoabschätzung). Im Jahr 2021 werden die Erwerbstätigen unserer Nation im Alter von 25 bis 64 Jahren, die über eine Gruppenlebensversicherung abgesichert sind, eine Übersterblichkeit von 40 % aufweisen. Zusätzlich wurden 1,2 Millionen Amerikaner im erwerbstätigen Teil unserer Bevölkerung arbeitsunfähig. Das entspricht der Größe der Bundesstaaten Wyoming und Vermont zusammen, die als Erwerbstätige verschwunden sind.

Del Bigtree: Als Journalist habe ich mir die Notfallzulassung für den Impfstoff angesehen, um zu sehen, ob sie die Übertragung stoppen konnten, was unsere Definition eines Impfstoffs ist. Aber als wir uns die Notfallzulassung ansahen, war bekannt, daß die Daten nicht ausreichen, um die Wirkung des Impfstoffs gegen die Übertragung von SARS-Covid-2 zu beurteilen, sie hatten keine Ahnung, sie hatten keine Ahnung, ob er die Infektion stoppen würde, und doch machten sie diese Aussagen in den Nachrichten. Und jetzt erfahren wir von den Verantwortlichen bei Pfizer, daß sie nicht einmal innerhalb der Studien getestet haben, ob der Impfstoff die Übertragung stoppen kann oder nicht.

Dr. David Gortler: Im Januar 2020 war ich als leitender Berater des FDA-Kommissars für Arzneimittelsicherheit und FDA-Wissenschaftspolitik tätig.

Ich verstehe nicht, wie wir zu diesem Zeitpunkt mit gutem Gewissen immer noch Impfstoffe für COVID-19 erhalten können, die nach 2019 nach einem Virenstamm benannt wurden, den es heute nicht mehr gibt.

Dr. Ryan Cole: Dieses Spike-Protein, wenn wir dieses Gen in den Körper injizieren und uns selbst dazu bringen, es zu produzieren. Diese natürlichen Killerzellen sehen sich nun unsere eigenen Zellen an, stoßen ein kleines Loch in die Zellen und werfen dann eine kleine Handgranate hinein und beginnen, sie in die Luft zu jagen. Es ist nicht nur so, daß dieses Spike-Protein gefährlich ist. Die Lipid-Nanopartikel können überall in den Körper gelangen. Sie wurden entwickelt, um Chemotherapeutika ins Gehirn zu transportieren. Sie wollen kein Spike-Protein in Ihrem Gehirn haben.

Kirk Milhoan: Wir haben jetzt Daten aus mehreren Quellen, daß die Spike-Proteine, die der Körper bei den derzeitigen mRNA-Impfstoffen herstellen soll, kardiotoxisch sind und eine Entzündung des Herzens verursachen. Das Spike-Protein setzt eine Kaskade von Ereignissen in Gang, die die Blutplättchen zur Bildung von Blutgerinnseln aktiviert und die Blutgefäße, die das Herz auskleiden, sowie den Herzmuskel selbst entzündet.

Dr. Peter McCullough: Was ich klinisch beobachtete, ist, daß die Patienten den Impfstoff erhalten haben und COVID gehabt haben und sie haben den Impfstoff erhalten, und jetzt ist alles vermischt und es gibt mehrere Expositionen. Je mehr Expositionen es gibt, desto größer ist meiner Einschätzung nach das Risiko einer Myokarditis (Herzmuskelentzündung) und einer wiederkehrenden Myokarditis sowie von Blutgerinnseln und weiteren Blutgerinnseln. Aus diesem Grund haben die FDA und die Hersteller die von COVID genesenen Patienten strikt von den klinischen Studien ausgeschlossen.

Lt. Col. Theresa Long: Ich habe drei Schlaganfälle, transitorische ischämische Attacken, massive Gerinnsel in Milz und Leber, Wirbelsäulentumore, Hirntumore, Sarkoidose (entzündliche Erkrankung, die den ganzen Körper betrifft), Lupus (Autoimmunerkrankung), kognitive Beeinträchtigungen, Myokarditis (Herzmuskelentzündung), Perikarditis (Herzbeutelentzündung) und eine schockierende Unterdrückung des Immunsystems gesehen, die allgegenwärtig ist.

James Thorp: Meine Patienten sind Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter, schwangere

Frauen und ungeborene Babys. Und was ich in meiner klinischen Praxis beobachtet habe, ist ein erheblicher, noch nie da gewesener massiver Anstieg von Menstruationsanomalien vor der Schwangerschaft und ein erheblicher Anstieg von Unfruchtbarkeit, ein erheblicher Anstieg von Fehlgeburten, fötalem Tod und fötalen Mißbildungen, und was wir gesehen haben, ist katastrophal. Es ist ein Gefahrensignal wie kein anderes.

Dr. Robert Malone: Es gibt erhebliche Unterschiede in der Toxizität von Charge zu Charge, wie z.B. bei der Charge, die ich mit meiner zweiten Dosis erhalten habe und die mich fast umgebracht hätte, da ich einen Bluthochdruck mit einem systolischen Wert von 230 entwickelte. Es muß einen Grund geben, warum einige Chargen mit viel mehr Todesfällen und Krankheiten verbunden sind als andere.

Brianne Dressen: Mein Leben vor meiner Impfung war wunderschön. Tut mir leid, es ist schwer, sich an die schlimmsten Zeiten meines Lebens zu erinnern. Ich habe an einer klinischen Studie für AstraZeneca teilgenommen. Und jetzt leide ich an einer schweren, schwächenden Form der Neuropathie, die weiter fortschreiten wird, bis ich praktisch in einem Pflegeheim lande.

Joel Wallskog: Ich erhielt meine einzige Moderna-Injektion am 30. Dezember 2021. Innerhalb einer Woche nach der Moderna-Spritze hatte ich Taubheitsgefühle und Schwäche in meinen Beinen. Schnell erhielt ich die Diagnose einer transversen Myelitis (eine Form von Rückenmarksentzündung). Dabei handelt es sich um eine Verletzung meines thorakalen Rückenmarks. Ich bin jetzt dauerhaft behindert. Wenn Sie nach Ihrer Injektion eine Nebenwirkung haben, sind Sie auf sich allein gestellt.

Dr. Robert Malone: Derzeit werden 50 verschiedene klinische Studien zu anderen neuen mRNA-Impfstoffen durchgeführt. Dieses Produkt, bei dem wir uns alle einig sind, daß es mangelhaft ist, wird nun unter Bestandsschutz gestellt und ermöglicht Pfizer, Moderna und BioNTech ein funktionelles Monopol für den Einsatz dieser Technologie für praktisch jeden Zweck.

Pierre Kory: Es gibt eine ganze Reihe von Medikamenten, die nachweislich antivirale Eigenschaften haben. Und sie wurden sehr schnell in der ganzen Welt identifiziert und weithin eingesetzt - nicht in diesem Land.

Dr. Paul Marik: Aber 40 % der Medikamente. 40 % der in Krankenhäusern verwendeten Medikamente werden ohne Kennzeichnung verwendet, was in Ordnung ist, wenn es sich um eine Herzerkrankung handelt. Aber wenn es um das Coronavirus geht, wollen die FDA, die CDC und die NIH plötzlich nicht mehr, daß man ein Off-Label-Medikament einsetzt, weil es mit Big Pharma konkurrieren würde.

James Thorp: Ich möchte fragen, warum das American Board und das Amerikanische College für Geburtshilfe und Gynäkologie und die Gesellschaft für mütterliche Frühgeborenenmedizin, denen ich während meiner gesamten beruflichen Laufbahn in hervorragender Weise gedient habe, diesen tödlichen Impfstoff propagieren und damit die Zukunft der gesamten Menschheit riskieren.

Renata Moon: Andere Länder haben dieses Produkt verboten, weil es für junge Menschen zu gefährlich ist. Was tun wir?

Kirk Milhoan: Ich setze mich leidenschaftlich für die Gesundheit unserer Kinder ein. Ich setze mich auch leidenschaftlich für die jungen Soldaten ein, denen ich 13 Jahre lang in der Air Force als Fliegerarzt gedient habe - wurde zweimal im Irak eingesetzt. Für unsere gesunden Kinder und die meisten unserer Soldaten zeigen die Daten, daß das Risiko für Myokarditis (Herzmuskelentzündung) größer ist als der Nutzen der Impfstoffe. Als Arzt, der geschworen hat, keinen Schaden anzurichten, bin ich der Meinung, daß wir keinen Schaden verordnen sollten.

Dr. David Gortler: Ich kann nicht glauben, daß die FDA, bei der ich als medizinischer

Beamter gearbeitet habe, daß ich unter den etwa 20.000 Mitarbeitern der FDA, die Ärzte, Apotheker, Krankenschwestern und Beamte des öffentlichen Gesundheitswesens sind, hier die einzige Person bin, die sich hier zu diesem Thema äußert. Das verstehe ich nicht.

Dr. Paul Marik: Das ist ein Skandal, ein moralisch-ethisch-medizinischer Skandal.

Dr. Peter McCullough: Alle Impfverordnungen sollten sofort aufgehoben werden. Wir brauchen Anträge und sofortige Finanzierung für Kompetenzzentren für Impfschäden in den gesamten Vereinigten Staaten. Für Sichtung, Erkennung, Diagnose, Prognose und Management. Wir brauchen einen massiven Wandel in unserem Gesundheitssystem, um diese große Zahl von Impfgeschädigten zu behandeln.

Janci Lindsay:

Es ist absolut unverantwortlich, irgendwelche Impfungen bei Kindern im reproduktiven Alter oder jünger fortzusetzen. Jeder, der sie überhaupt verabreichen kann, ohne dies zu untersuchen, und ich fordere jetzt, daß dies untersucht wird.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Januar 2023:
>>**Die Deutschen als Befreier**

Deutschland soll in Sack und Asche gehen. Auch wegen unserer früheren Kolonien. Dabei zeigt gerade das Beispiel Ostafrika, daß wir uns dafür nicht zu schämen brauchen - im Gegenteil! ...

_ Von *Bruce Gilley*

Im Jahr 2019 errichteten antikoloniale Aktivisten vor dem ehemaligen Reichskolonialamt in Berlin eine Gedenktafel zu Ehren des Kameruners Martin Dibobe. Dibobe war 1896 im Alter von 20 Jahren aus Kamerun aufgebrochen, um die deutsche Kolonie bei einer Berliner Gewerbeausstellung zu vertreten.

Weil er sah, daß das Leben in Deutschland besser war als in Afrika, beschloß er zu bleiben. Man bot ihm eine Anstellung bei der Berliner Eisenbahn an, wo er sich zum Zugführer Erster Klasse hocharbeitete und zu einer lokalen Berühmtheit wurde.

Nur die halbe Wahrheit

Im Mai 1919, kurz bevor Deutschland durch den Versailler Vertrag all seine Kolonien verlieren sollte, schrieb eben dieser Dibobe einen Brief an den letzten deutschen Kolonialminister Johannes Bell. Wenn man den Wortlaut des Schreibens im Internet sucht, erhält man Zusammenfassungen von der Deutschen Welle, dem Neuen Deutschland (jetzt ND) und Amnesty International, die Dibobe allesamt eine antikoloniale, emanzipatorische Aussage andichten.

So schrieb ND: "Einhundert Jahre ist es her, daß sich der aus Douala (heutiges Kamerun) stammende Martin Quane a Dibobe im Sommer 1919 vor dem Hintergrund der Versailler Friedensverhandlungen an den Reichskolonialminister Johannes Bell wandte, um gegen die systematische Verletzung der Menschenrechte zu protestieren."

Doch die Lobhudelei der linken Denkmalbauer traf den Falschen - Dibobe war nämlich ein Unterstützer der Afrikapolitik des Deutschen Reiches.

Sein Originalbrief ist im Netz kaum aufzufinden. Von unserer Quelle, der Seite Blackcentraleurope, ist er inzwischen verschwunden. Kein Wunder, denn das, was Dibobe wirklich geschrieben hat, paßt so gar nicht in das kolonialkritische Narrativ.

"Ew. Exzellenz!

Gegen den Raub der Kolonien sowie Unterstellung derselben unter Herrschaft der Engländer und Franzosen erheben die hier lebenden Eingeborenen aus Kamerun sowie Ostafrika den schärfsten Protest. Trotz aller Schwierigkeiten, in welcher sich die Eingeborenen unter fremder Herrschaft befinden, klammern sie sich mit aller Energie und fester Überzeugung an Deutschland. Der einzige Wunsch der Eingeborenen war, deutsch zu bleiben, weil die Sozialen im Reichstag ihre Interessen vertreten haben und die Eingeborenen von der ehem. kaiserlichen Regierung als Menschen anerkannt worden sind. ... Mit vorzüglicher, ergebnster Hochach-

tung Martin Dibobe, Zugfahrer Kl. I, Danziger Str. 98 v. II."

Carl Peters' Erfolgsgeschichte

Wenn wir den deutschen Kolonialismus anhand desjenigen Landes beurteilen wollen, in dem der Großteil dieser Kolonialzeit stattgefunden hat, sollten wir vor allem Deutsch-Ostafrika betrachten. Dieses Gebiet mit acht Millionen Menschen, das sich größtenteils über das heutige Tansania erstreckt (sowie Teile von Ruanda, Burundi, Kenia und Mosambik umfaßt), machte ungefähr 57 Prozent und damit den Löwenanteil der deutschen Kolonialgeschichte aus.

Warum hören wir so wenig über Deutsch-Ostafrika? Aus einem einfachen Grund: Es war ohne Zweifel die größte Erfolgsgeschichte der deutschen Kolonialzeit und brachte Stabilität und Wohlstand in eine Region, die lange von inneren Konflikten und vom Sklavenhandel gebeutelt war.

Der Held dieser Erfolgsgeschichte ist Carl Peters, ein Bilderbuch-Abenteurer, der im Jahr 1884 innerhalb weniger Wochen 25 Verträge mit einheimischen Häuptlingen unterzeichnete, die dem Deutschen Reich Kolonialgebiete von der Größe Indiens einbrachten.

Diese Region war lange durch einige starke Stämme dominiert, die die Schwächeren ausraubten und versklavten. Dementsprechend begeistert waren die schwächeren Gruppen von der Ankunft Peters' und seiner Siedler. In Küstennähe verbündeten sich die Deutschen mit den Einheimischen gegen den Widerstand der Sklaventreiber.

Heinrich Schnee, der große Fürsprecher der deutschen Kolonialgeschichte, der seine Karriere in den deutschen Schutzgebieten in der Südsee begann, ehe er 1912 Gouverneur von Ostafrika wurde, schrieb dazu: "Schwere Kämpfe waren nötig, ehe die Deutschen Frieden herstellen konnten."

Nachdem sie diesen Frieden geschlossen hatten, sorgten die Deutschen als nächstes für eine gute Verwaltung und eine wirtschaftliche Blüte. Eine 1.250 km lange Bahnlinie verband den Tanganjikasee mit Daressalam, heute noch die wirtschaftliche Hauptachse von Tansania (und Verbindung nach Sambia). Dies ermöglichte auch die geographische Erschließung von Ostafrika, seiner Vegetation, seiner Rohstoffe und vielfältigen Gesellschaften.

Im Gegensatz zu Deutsch-Südwest wurde in Ostafrika die Landnahme durch Siedler beschränkt, um den Einheimischen die Möglichkeit zu geben, ihre Landwirtschaftskapazitäten selbst auszubauen. Zwischen 1894 und 1913 verdreifachte sich der einheimische agrarische Umsatz, nachdem die deutschen Kolonialherren den Zugang zu Neuerungen und internationalen Märkten gebracht hatten.

Wohlhabende, stabile Kaffeekönigreiche entstanden an Orten wie Buhaya, einem ehemals konfliktbeladenen Sklavenimperium. Marcia Wright, Historikerin an der Columbia University, schrieb: "Dampfkraft löste Träger ab, landwirtschaftliche Kultivierung ersetzte Raubzüge und Plünderungen."

Bildungswunder und Sozialreformen

Die Kolonialverwaltung setzte ihre Priorität auf Bildung. Von 1902 bis 1914 eröffnete sie 99 öffentliche Schulen - zehn Mittelschulen und 89 Grundschulen -, die 6.100 Schüler aller Rassen unterrichteten, zusätzlich zu den etwa 1.800 Missionarsschulen, die 108.000 Schüler unterrichteten.

Ein Bericht der Briten gab 1924 mit Blick auf die Bildungserfolge zu: "Die Deutschen haben Wunder vollbracht."

Der Kampf gegen die Sklaverei war bei der Entscheidung, Ostafrika offiziell unter Kolonialverwaltung zu stellen, ausschlaggebend. Verbote schränkten die Aktivität der Sklavenhändler massiv ein. Im Jahr 1904 erklärte der Reichskanzler alle Kinder von Sklaven, die nach 1906 geboren wurden, zu freien Menschen. Zwischen 1891 und 1912 wurden dazu 52.000 Sklaven durch legale, soziale, und finanzielle Mittel befreit.

So fiel die Zahl der Sklaven in Ostafrika während der deutschen Kolonialherrschaft von etwa

einer Million 1890 auf 200.000 im Jahr 1914. Einer dieser Freigelassenen war Martin Gani-sya, der es an der evangelischen Missionarsschule in Daressalam zum Lehrer brachte. "Der vorherige Zustand der Kolonie war einer des fortgesetzten Unrechts. Jetzt herrscht Frieden allenthalben", notierte er 1910.

2017 schrieben zwei Forscher aus Tansania: "Die althergebrachte Sorge um persönliche Sicherheit vor Sklavenhändlern und vor Stammeskriegen wich einer neuen Normalität, und andere Sorgen rückten in den Vordergrund, wie Raubtierangriffe, die Verstetigung von Handelsbeziehungen, eingeschleppte Krankheiten und das Bevölkerungswachstum in den Dörfern und Siedlungen."

Bei der Reichstagsdebatte zum Kolonialhaushalt 1914 wurden weitreichende Reformen verabschiedet, die sich speziell zugunsten der Kolonialbevölkerung auswirken sollten: bei Medizin und Pflege, medizinischer Ausbildung, Eigentumsrechten, Schutz vor Ausbeutung von Arbeitern, Gesundheitsfragen, Mindestlöhnen und Arbeitszeitbegrenzung.

Der sanfte Hegemon

Der beste Beweis für die Legitimität der deutschen Kolonialherrschaft ist die winzige deutsche Militär- und Polizeipräsenz vor Ort. Im Jahr 1904 umfaßte die gesamte deutsche Kolonialverwaltung in Ostafrika - einem weiträumigen Gebiet dreimal so groß wie das Deutsche Reich, mit einer Bevölkerung von fast acht Millionen - 280 Deutsche und 50 eingeborene Beamte. Deren Zahl stieg bis 1913 auf ganze 737. Die Kolonie wurde von den einheimischen Eliten aus 30 zivilen und militärischen Vorposten namens Bomani geleitet. Das wäre, als ob das heutige Niedersachsen von 200 Beamten verwaltet würde.

Die Militärpräsenz in Deutsch-Ostafrika war genauso winzig. Sie bestand im Jahr 1913 aus genau 68 deutschen Offizieren, 134 deutschen und anderen europäischen sowie 2.472 einheimischen Soldaten. Dasselbe Muster zeigt sich in allen anderen deutschen Kolonien in Afrika: Nach Schätzungen war jeder einzelne Militär hier für 4.400 Menschen verantwortlich, mehr als die jeweils 3.600 und 3.700 Menschen, für die jeder französische und englische Soldat zuständig war, und etwa 25 Mal so viele Menschen wie zu Hause in Deutschland.<<

17.01.2023

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Januar 2023:

>>**Schuldskult: Die Lüge vom Völkermord an den Herero**

Die Bundesrepublik hat ein Schuldkonto übernommen, das dem Deutschen Reich angelastet worden war: Der Völkermord am Stamm der Herero im Jahr 1904. Doch gab es den überhaupt? Die Rolle der Deutschen in der Kolonialgeschichte ist viel besser als ihr Ruf. ...

_ von *Philippe Jordan und Jens Bleibtreu*

Die Deutschen sind auf ewig schuldig, egal wofür. Deshalb müssen sich die Volksvertreter in Berlin auch ständig entschuldigen - natürlich nicht für die eigenen Verbrechen, sondern für die oft imaginären unserer Vorväter. Meistens ist dann auch sogenannte Wiedergutmachung fällig, die aber nicht die Politiker bezahlen, sondern die Steuerzahler.

Jüngstes Beispiel für den Schuldskult ist die Aufarbeitung von Ereignissen, die sich vor etwa 120 Jahren in der deutschen Kolonie Südwestafrika (heute Namibia) abspielten. Was die kaiserlichen Schutztruppen 1904 dem Stamm der Herero angetan hätten, sei ein "Völkermord" gewesen - hatte die Bundesregierung bereits 2015 eingeräumt. In den folgenden sechs Jahren wurde mit Namibia darüber verhandelt, was dieser Begriff in klingender Münze bedeutet.

Ende Mai 2021 verkündete Außenminister Heiko Maas (SPD) stolz, man habe sich auf "Unterstützungszahlungen" in Höhe von 1,1 Milliarden Euro über 30 Jahre geeinigt. Doch der bilaterale Vertrag mit der Regierung in Windhuk konnte zunächst nicht unterzeichnet werden, da der sogenannte Rat der Häuptlinge von einem "Affront gegen unsere Existenz" sprach und den "beleidigenden Betrag" ablehnte. Man darf damit rechnen, daß bald höhere Summen gefordert werden - durch seinen übereifrigen Kotau hat Berlin geradezu dazu eingeladen.

Das Völkermordnarrativ wurde 1966 durch den DDR-Historiker Horst Drechsler, der zum Aufstand der Herero eine Habilitationsschrift verfaßte, in die Welt gesetzt. Als Quelle diente ihm unter anderem das sogenannte Blue Book, das die Briten 1918 nutzten, um die Kolonialpolitik der Deutschen zu diffamieren.

Der US-amerikanische Historiker William Roger Louis, Verfasser des monumentalen Geschichtswerkes The Oxford History of the British Empire, sprach von einem "Buch von geringem historischen Wert". Obwohl der propagandistische Zweck des Buches auch Drechsler nicht unbekannt gewesen sein dürfte, wurde es von ihm als Beleg für einen angeblichen Genozid herangezogen.

Flucht durch die Hitze

Südwestafrika, ein Gebiet mehr als doppelt so groß wie die heutige BRD, war von 1884 bis 1915 deutsches Schutzgebiet. "Während des Herero- und Nama-Krieges von 1904 bis 1908 kam es zu einem Massenmord, der als erster Genozid im 20. Jahrhundert gilt. Historiker schätzen, daß 65.000 von 80.000 Herero und mindestens 10.000 von 20.000 Nama getötet wurden", gibt die Süddeutsche Zeitung die mittlerweile regierungsamtliche Darstellung wieder.

Zu den Zahlen: Der Missionar Friedrich Bernsmann schätzte kurz vor Ausbruch des Aufstandes im Januar 1904 die Gesamtzahl der Herero auf 35.000 und meinte weiter, daß von diesen 23.000 bis 25.000 überlebt hatten. Der den Deutschen nicht gerade wohlgesonnene britische Historiker G. L. Steer ging von einer Streitmacht der Herero bei der Entscheidungsschlacht am Waterberg aus, die insgesamt "2.500 altertümliche Gewehre" stark war.

Selbst wenn man dem damals kriegführenden Oberhäuptling Samuel Maharero zugestehen will, die geradezu gigantische Anzahl von 4.000 bis 4.500 Kriegern am Waterberg um sich geschart zu haben und wenn ferner angenommen wird, daß auf jeden dieser Krieger durchschnittlich fünf oder sechs unbewaffnete Familienangehörige kommen, waren in jenen Augusttagen 1904 allerhöchstens 24.000 bis 30.000 Herero zusammengezogen.

"Sie litten keinen Hunger, und unsere Ärzte nahmen sich ihrer an." Divisionspfarrer

Diese Zahlenschätzung für die Waterbergschlacht ist wichtig, weil dort der angebliche Völkermord seinen Ausgang genommen haben soll. Nach den Kämpfen sollen die Deutschen nämlich die Herero in die Omaheke - ein riesiges Wüstengebiet - "getrieben" haben, wo sie verdursteten. Auf Wikipedia ist zu lesen, die Schutztruppe "riegelte die Omaheke ab, um eine Rückkehr der Herero zu verhindern".

Wie aber sollte das möglich gewesen sein: Die Wüste erstreckt sich über ein Territorium von der Größe Österreichs, ihre Grenzlinien hätten die Deutschen mit ihren 4.000 Soldaten nie bewachen können. Erst recht fand keine "Abdrängung" der Herero ins Sandfeld statt: Kleinere Einheiten der völlig ausgemergelten und erschöpften Truppe konnten den Herero erst nach einigen Wochen folgen!

Auch Wikipedia, das im Übrigen die Völkermordthese verteidigt, muß einräumen: "Nachdem die erste Verfolgung der Herero nach wenigen Stunden aus Mangel an Verpflegung hatte abgebrochen müssen und effektiv erst am 16. August aufgenommen werden konnte, vermochten die Deutschen die Herero nicht mehr zu stellen. Es kam allenfalls zu kleineren Scharmützeln und Rückzugsgefechten oder zu Überfällen auf versprengte Gruppen."

Zahlreiche Entlastungszeugen

Hans Germani, bekannter Journalist der deutschen Tageszeitung Die Welt, sprach Ende der 1970er Jahre mit dem Präsidenten der Oppositionspartei, der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA), Oberhäuptling Clemens Kapuuo über die politische Lage und die Geschichte Südwestafrikas. Dieser ehrenwerte Herero bekannte unter anderem, daß sein Volk im Grunde genommen "einen tiefen Respekt vor den Deutschen" habe. ...<<

18.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Januar 2023:
>>18. Januar 1871: Unser Reich, unser Stolz!

Am 18.1.1871 wird im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles das deutsche Kaiserreich proklamiert.

Heute vor 152 Jahren wurde das Deutsche Reich gegründet - ein prosperierender, innovativer und relativ sozialer Staat mit "Platz an der Sonne". Diesen Ausdruck nutzte Kaiser Wilhelm II. für die deutschen Schutzgebiete. ...

_ Von *Jan von Flocken*

Man hatte als Deutscher zur vorletzten Jahrhundertwende durchaus Gründe, Stolz für sein Land zu empfinden. Eine wirtschaftliche Großmacht mit Kolonialbesitz, ohne deren Wort in Europa keine Entscheidung mehr fiel, ein Staat mit weitgehendem sozialen Frieden, der mehr Künstler, Wissenschaftler und Nobelpreisträger hervorbrachte als alle anderen zusammen, ein Reich voller Glanz und Gloria, das sich selbst immer besser gefiel. Und der daraus resultierende Nationalismus hatte in Europa (vor allem bei den Franzosen) durchaus Vorbilder.

Bei aller Vorliebe für glänzende Uniformen und zackige Militärparaden - nichts lag dem letzten Kaiser Wilhelm II. (1888-1918) mehr am Herzen als die Bewahrung des Friedens. Die ominöse "Hunnenrede", mit der er 1900 seine Marineinfanteristen zum Eingreifen in den chinesischen Boxer-Aufstand motiviert haben soll, ist reine Fiktion. Es gibt dafür nicht den geringsten authentischen Beweis außer dem Bericht eines Provinzjournalisten, der sich wahrscheinlich gar nicht in Hörweite befand.

Allein die Vorstellung, Wilhelm hätte seine Soldaten vor der Weltöffentlichkeit (im chinesischen Krieg waren die Militärkontingente von sechs anderen Nationen präsent) ermuntert, wie während der Mongolenstürme zu hausen, ist grotesk. Wenn der Kaiser in seinen Reden neben Preußen und dem deutschen Rittertum ein Vorbild beschwor, dann waren es die Nibelungen und ihre unerschütterliche Treue. Ausgerechnet den tödlichen Gegner dieser Nibelungen, den Hunnenkönig Etzel, seinen Soldaten als nachahmenswertes Beispiel zu empfehlen - das mutet mehr als unwahrscheinlich an.

Wilhelms Friedensinitiativen

Wilhelm II. liebte öffentliche Auftritte und damit verbundene - gelegentlich aggressiv klingende - Wendungen. Seine Reden hielt er stets ohne schriftliches Konzept. Freilich ließ er sich nie dazu hinreißen, seinen Soldaten Disziplinverstöße zu befehlen. Im Gegenteil: Als er am 15. Juni 1894 in Potsdam die Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) verabschiedete, gab er ihr als Mahnung mit auf den Weg: "Haben Sie stets vor Augen, daß die Leute, die Sie dort treffen, wenn sie auch eine andere Hautfarbe haben, gleichfalls ein Herz besitzen, das ebenfalls Ehrgefühl aufweist. Behandeln Sie diese Leute mit Milde."

In Wilhelmshaven, drei Wochen vor der angeblichen Hunnenrede, forderte er von dem angehenden Expeditionskorps unmißverständlich: "Die Fahnen, die hier über euch wehen, gehen zum ersten Mal ins Feuer; daß ihr mir dieselben rein und fleckenlos und ohne Makel zurückbringt!" Und am 4. Juli 1900 verabschiedete er in Kiel die Mannschaft des Flaggschiffes "Kurfürst Friedrich Wilhelm" mit den Worten: "Bedenkt, daß ihr mit hinterlistigen, aber mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegnern kämpfen müßt. ... Schont Weiber und Kinder."

Ein heute vergessener Beweis für die Friedensinitiativen Wilhelms II. ist der Björkö-Vertrag. Am 23. Juli 1905 traf die kaiserliche Jacht "Hohenzollern" zum Höflichkeitsbesuch im Hafen von Björkö (finnisch: Koivisto) ein. Das Gebiet im Bottnischen Meerbusen gehörte damals zu Rußland. Gegenüber ankerte die "Polarstern", das Flaggschiff des Zaren Nikolaus II. Hier erschien am folgenden Tag der Deutsche Kaiser - sein Cousin! Mit sich im Gepäck führte er einen Vertragsentwurf, dessen Verwirklichung Europas Völkern womöglich den Ersten Weltkrieg erspart hätte.

Wilhelm II. wußte um zwei entscheidende Dinge. Zum einen gehörte der Zar zu den leicht beeinflussbaren Charakteren. "Nicky" war "Willys" Beredsamkeit (so ihre familiären Spitznamen) in keiner Weise gewachsen. Zum anderen herrschte am Zarenhof Verstimmung darüber, daß die Franzosen sich trotz einer 1894 abgeschlossenen Militärkonvention beharrlich weigerten, dringend benötigte Waffen an Rußland zu liefern. Hier setzte Wilhelm an und fragte in Anspielung auf das britisch-französische Bündnis, die Entente cordiale: "Wie wäre es denn, wenn wir auch so ein "little agreement" machten?"

Nach Wilhelms Schilderung habe Nikolaus ihn daraufhin in seine Kajüte gezogen und alle Türen fest verschlossen. Dann wollte er das Dokument in Augenschein nehmen. "Dabei funkelten die träumerischen Augen in hellem Glanze", erzählte der Kaiser. Und weiter:

"Ich zog das Kuvert aus der Tasche, entfaltete das Blatt auf dem Schreibtisch Alexanders III. (es war ein türkisfarbener Bogen Büttenpapier, auf den Wilhelm einen kurzen Text von vier Artikeln auf Französisch eigenhändig mit Feder und Tinte geschrieben hatte) und legte es vor den Zaren hin. Er las einmal, zweimal, dreimal den Text. Ich betete ein Stoßgebet zum lieben Gott, er möge jetzt bei uns sein und den jungen Herrscher lenken.

Es war totenstill; nur das Meer rauschte, und die Sonne schien fröhlich und heiter in die trauliche Kabine, und gerade vor mir lag leuchtend weiß die "Hohenzollern" und hoch in den Lüften flatterte im Morgenlicht die Kaiserstandarte auf ihr; da sagte des Zaren Stimme neben mir: "Das ist ganz ausgezeichnet. Ich stimme vollständig zu!"

Der Kaiser berichtet weiter, sein Herz habe so laut geschlagen, daß er es hören konnte: "Ich raffe mich zusammen und sage so ganz nebenhin: "Würdest du bereit sein, es zu unterzeichnen? Es würde eine sehr nette Erinnerung an unser Zusammentreffen sein!"

Nikolaus überflog noch einmal das Blatt, dann antwortete er: "Ja, ich will." Der Deutsche Kaiser klappte das Tintenfaß auf, reichte dem Zaren die Feder, "und er schrieb mit fester Hand "Nikolaus", dann reichte er mir die Feder, ich unterschrieb, und als ich aufstand, schloß er mich gerührt in seine Arme und sagte: "Ich danke Gott und ich danke dir, es wird von den wohlthätigsten Folgen für mein und dein Land sein; du bist Rußlands einziger wahrhafter Freund in der Welt."

Wilhelm "stand das helle Wasser der Freude in den Augen - allerdings rieselte es auch von Stirn und Rücken herab". Die Freude währte jedoch nur kurz, weil Politiker beider Länder sich weigerten, den Vertrag zu ratifizieren.

Weg ins Unglück

"Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser", so eine der markigen kaiserlichen Sentenzen. Es galt, die überseeischen Kolonien in Afrika und Asien (fast alle vor Wilhelms Regierungsantritt erworben) handelspolitisch und, wenn nötig, auch militärisch zu schützen. Für diesen Zweck benötigte man eine schlagkräftige Kriegsmarine.

Die damit verbundene forcierte Flottenrüstung verstrickte Deutschland in einen letztlich verhängnisvollen Wettstreit mit Großbritannien. Warum die Engländer sich freilich von der noch weitaus aggressiveren Aufrüstung zur See der USA damals nicht bedroht fühlten, ist verwunderlich. Ganz offenbar war es der schiere Konkurrenzneid auf eine sich erfolgreich entwickelnde Großmacht, der London 1914 ohne rationalen Grund zu den Waffen greifen ließ.

Den Ausbruch des Ersten Weltkriegs konnte der Kaiser nicht verhindern. Sein beschwörendes Telegramm an Zar Nikolaus II. von Rußland am 31. Juli 1914 spricht Bände:

"Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblick liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist mir immer heilig gewesen, und ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege."

Sein ungehörter Appell: "Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßregeln einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18 Januar 2023: >>**Davos:**

Habeck drängt Schweiz zu Munitionslieferungen

Von *Sven Reuth*

Der Bundeswirtschaftsminister nutzte den Gipfel der Reichen und Mächtigen sogleich, um seine Anti-Rußland-Agenda weiter voranzutreiben. ...

52 Staats- und Regierungschefs wie auch 600 Vorstandsvorsitzende diverser Unternehmen drängeln sich derzeit in Davos. Insgesamt sind 2.700 Teilnehmer in dem Schweizer Nobel-Skiort angemeldet. Doch die Stimmung in Graubünden ist in diesem Jahr gedrückt. Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine hatten die Weltenlenker offenbar nicht gerechnet. Klaus Schwab, der Zeremonienmeister der Finanz-Kosmokratie, mußte deshalb auch einräumen, daß derzeit alle in einem "Krisen-Denkschema" steckten. Deshalb habe man den Spruch "Zusammenarbeit in einer fragmentierten Welt" zum Motto des diesjährigen Treffens gewählt.

Von der Leyen plant "Europäischen Souveränitätsfonds"

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte in ihrer Rede neue Schuldenexzesse an. Zu dem fast eine Billion Euro schweren Fonds NextGen EU, der den Bürger als angeblicher "Corona-Rettungs fonds" verkauft wurde, wovon mittlerweile keine Rede mehr sein kann, sollen nun ein Europäischer Souveränitätsfonds sowie weitere Vehikel treten. Der einzige Zweck der Schaffung dieser neuen Instrumente dürfte in ungebremster Schuldenmacherei sowie dem weiteren Abzug von Souveränitätsrechten der einzelnen Mitgliedsstaaten hin zur Brüsseler Zentrale bestehen.

Außerdem sollen diverse Beihilferegulungen im Sinne französischer Forderungen geändert werden. Mit keinem Wort ging von der Leyen auf das gigantische US-Subventionsprogramm Inflation Reduction Act (IRA) ein, mit dem US-Präsident Joe Biden gezielt und ausschließlich nur noch US-amerikanische Unternehmen fördern möchte. Selbst der französische Präsident Emmanuel Macron hatte dieses Paket zuletzt noch als "Jobkiller" für Europa bezeichnet.

Habecks "gemeinsame europäische Bundesrepublik"

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) knüpfte bei seinem Auftritt auf der großen Bühne des Davoser Kongreßzentrums dann direkt an die antinationalen Träumereien von Ursula von der Leyen an und träumte öffentlich von einer "gemeinsamen europäischen Bundesrepublik". Der Wunsch nach der Beseitigung des Nationalstaats ruft in Deutschland freilich nicht den Verfassungsschutz auf die Bühne, sofern diese Forderung aus dem linksgrünen Spektrum ertönt.

Ansonsten ließ der Bundeswirtschaftsminister bei seiner Podiumsdebatte nur wenig Konkretes vernehmen, reihte Platitüde an Platitüde und verbreitete gepflegte Langeweile. So äußerte er beispielsweise: "Wir sollten an der Idee multilateraler Institutionen festhalten."

Habeck will Schweiz zu Anti-Rußland-Kurs drängen

Dafür drehte Habeck dann mächtig bei dem traditionellen Treffen zwischen den Wirtschaftsministern aus Deutschland und der Schweiz auf, das traditionell am ersten Abend des Davoser WEF-Treffens stattfindet. Hier übte der Flensburger Grünen-Politiker massiven Druck auf seinen Schweizer Kollegen Guy Parmelin aus, sich für Waffenlieferungen der Eidgenossen an die Ukraine einzusetzen. Dazu äußerte Habeck: "Es wäre gerecht und hilfreich, wenn die Schweiz Munition zur Verfügung stellen würde."

Weiß der Grünen-Politiker eigentlich nicht, daß die Schweiz seit fast 200 Jahren neutral ist? Im Gegenzug und als kleine Revanche für diese undiplomatische Drängelei ließen Parmelin sowie der Schweizer Infrastrukturminister Albert Rösti (dessen Name Habeck fälschlicherweise als "Röstli" aussprach) den grünen Anti-Rußland-Fanatiker bei dessen Wunsch nach der

Schaffung eines Gas-Hilfsabkommens abblitzen.

Wie die Neue Zürcher Zeitung berichtet, ist die deutsche Seite nun schwer irritiert, weil man geglaubt hatte, man habe ein trilaterales Abkommen zwischen den Regierungen in Berlin, Rom und Bern schon in der Tasche. Die Eidgenossen verspüren bislang wohl allerdings noch keine Lust darauf, ihre Gasreserven im Notfall mit dem nördlichen Nachbarn teilen zu müssen.<<

19.01.2023

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Januar 2023: >>Deutsch-Südwest: Der falsche Herero-Held

Von *Helmut Roewer*

Unser Autor hat im Winter 2022 eine längere Reise durch Namibia - einst Deutsch-Südwestafrika - unternommen. ...

Die kurzzeitige deutsche Kolonie (seit ca. 1880) wurde während des Ersten Weltkriegs dem Deutschen Reich mit militärischer Gewalt wieder entrissen. Damit begann die Herrschaft Südafrikas über das nordwestlich gelegene Nachbarland, das fortan als Mandatsgebiet bezeichnet wurde.

Während der Endphase des Apartheidregimes in Südafrika gelang einer politischen Gruppierung, der Befreiungsbewegung SWAPO, 1990 die Abspaltung von der südafrikanischen Vorherrschaft. Von Namibia als einem Nationalstaat in dem uns bekannten Sinne zu sprechen, führt in die Irre, denn seine Bewohner gliedern sich in Stämme, die wenig oder nichts miteinander zu tun haben, vielmehr seit Zeiten, die weit vor der Kolonisierung liegen, miteinander verfeindet sind und eigenständige Sprachen sprechen.

Die Herrschaft im Gesamtstaat wird seit der Unabhängigkeit 1990 von der SWAPO ausgeübt. Diese steht unter der Kontrolle des Stammes beziehungsweise Volkes der Owambo, die seit mindestens 200 bis 300 Jahren im Norden von Namibia siedeln und im Gegensatz zu anderen Stämmen oder Völkern seßhafte Ackerbauern sind oder waren.

Blutige Stammeskriege

In den heutigen Vorstellungen vieler Deutscher wird der Staat Namibia mit dem Volk der Herero gleichgesetzt. Nichts könnte falscher sein! Die Herero sind vielmehr ein im Gebiet von Namibia und den angrenzenden Ländern im Osten und Süden lebender Stamm von ursprünglich Nomaden, die mit ihren Herden, bestehend aus Rindern und Kleinvieh, umherzogen und nur so lange an Ort und Stelle blieben, wie die karge Weide und das Wasser reichten. Diese Lebensform führte zu ständigen kriegerischen Auseinandersetzungen mit den benachbarten Nomadenstämmen, in deren Weidegründe man eindrang.

Die Herero waren bei ihren Nachbarn berüchtigt für ihre Viehdiebstähle. Über die Buschkriege, die lange vor dem Eintreffen deutscher, burischer und englischer Kolonisten stattgefunden haben, gibt es keine verlässlichen Nachrichten, da die Beteiligten seinerzeit keinerlei Aufzeichnungen hinterlassen haben. Sie konnten nicht schreiben.

Es ist heute daher nicht möglich, exakte Angaben über die Größe der Nomadenvölker zu machen. Notizen christlicher Missionare geben ein unsicheres, oft widersprüchliches Bild, was sich dadurch erklärt, daß deren Missionsstationen in den riesigen, weitgehend menschenleeren Savannen- und Wüstengebieten wie die sprichwörtliche Nähnaedel im Heuhaufen steckten.

Es läßt sich bestenfalls sagen, daß zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - also noch vor der Kolonisierung - beträchtliche Teile des Herero-Volkes durch feindliche, von Süden vordringende Stämme vernichtet worden waren.

Dieser Hinweis erscheint deswegen nützlich, weil heute kuriose Zahlen über die damaligen Hereros in Umlauf sind, aus denen dann die Opfer des Herero-Krieges von 1904 destilliert werden, für die sich gutmenschelnde Deutsche permanent entschuldigen ...

Ein legendärer "Bastard"

Falsch sind auch deutsche Darstellungen, nach denen der Mann auf dem Geldschein ein solches deutsches Herero-Opfer sei. Es handelt sich in Wirklichkeit um Hendrik Witbooi, einen Stammesführer aus dem Volk der Witbooi (andere Selbstbezeichnung: Bastards), das vermutlich aus einer Mischrasse aus weißen Buren und schwarzen Nama-Frauen entstand.

Hendrik Witbooi wurde an einer christlichen Missionsschule erzogen und muß dort ein Gutteil westlichen Ideenguts in sich aufgesogen haben. Er brachte es zu Lebzeiten zu einigem Wohlstand, der sich im Gegensatz zu seinen Stammesgenossen nicht nur in Viehherden, sondern auch in einem festen Wohnhaus aus Stein und einem Sparkassenkonto ablesen ließ. Er besaß zudem - davon wird noch die Rede sein müssen - den Ehrgeiz, die Stämme aus dem Südwesten des heutigen Namibia unter seiner Herrschaft zu vereinigen.

Es gibt von Hendrik Witbooi eine Reihe von Fotografien, die ihn in unterschiedlichen Kleidungen zeigen. Verhandelte er mit weißen Händlern, so bevorzugte er europäische Kleidung. Eines der Fotos zeigt ihn mit einem bemerkenswerten Detail, nämlich einer dreigestreiften Armbinde, deren Farben, wie ich sicher annehme, schwarz, weiß und rot waren.

Dies waren die Farben des Deutschen Reiches, als dessen militärischer Unterstützer er mehrfach in Erscheinung trat, wofür er Waffen, Ausrüstung und Geld erhielt. Sein letzter Einsatz für die Deutschen fand 1903/04 statt, als er an der Seite der deutschen Schutztruppe zunächst gegen Aufständische im Süden und sodann gegen die Hereros zu Felde zog, die er zu besiegen half. ...<<

20.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Januar 2023: >>Verschwiegen: Alliiertes Massenmord an Deutschen

Von Jürgen Elsässer

Die gezielte Tötung deutscher Zivilisten durch die Alliierten ist ein Tabu der Zeitgeschichtsforschung. Durchbrochen hat es der Historiker James Bacque mit seinem bahnbrechenden Werk "Verschwiegene Schuld".

Ich habe kürzlich bei COMPACT ... das Buch "Reinwiesenerlager 1945-1948" von Horst Gömpel vorgestellt - über eines der schlimmsten Kriegs-, oder besser Nachkriegsverbrechen der Alliierten am deutschen Volk. In den Lagern der US-Amerikaner und Franzosen sind, vor allem im heutigen Rheinland-Pfalz, nach der Kapitulation der Wehrmacht riesige unbehauste Feldlager für deutsche Kriegsgefangene eingerichtet worden. Diese sind im Schlamm, bei Regen und ohne Nahrung zu Tausenden elendig verreckt.

Diese Rheinwiesenerlager sind allerdings nur ein Ausschnitt der alliierten Nachkriegspolitik. Wenn Sie das gesamte schauerliche Panorama studieren wollen, dann greifen Sie zu dem Standardwerk "Verschwiegene Schuld" des kanadischen Historikers James Bacque. Das Buch behandelt, wie es im Untertitel heißt, die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945.

Hauptsächlich geht es hier nicht um die Kriegsgefangenen, sondern um die Behandlung der großen Masse der Zivilbevölkerung. Was sich hier feststellen läßt, ist einfach eine Hunger- und Aushungerungspolitik, die beeinflußt war vom Morgenthau-Plan. Die eine ungeheure und heute kaum noch bekannte Zahl von Opfern zur Folge hatte, weil die Bevölkerung ja schon durch den Krieg und die Vertriebenen durch Flucht und Not in den Elendskonvois geschwächt waren.

Nachfolgend ein Auszug, damit Sie wissen, um was es geht:

"Die Adenauer-Regierung stellte durch Umfragen fest, daß 1,4 Millionen Ehemänner, Väter und Söhne nicht aus der alliierten Kriegsgefangenschaft, einschließlich der sowjetischen, heimgekehrt waren. Sie waren alle dort umgekommen. Von weiteren 2,1 Millionen Menschen, fast ausschließlich Frauen und Kinder, wurde von westdeutschen alliierten Behörden

zugegeben, daß sie im Verlauf von Vertreibung und Flucht umgekommen waren."

Und weiter: "Maßgebende Zeitzeugen, darunter der erste Bundeskanzler der Republik, haben geschrieben, daß alleine unter den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen mindestens sechs Millionen Menschen umkamen. Mindestens 9,3 Deutsche starben unnötigerweise in Folge der alliierten Nachkriegspolitik. Viel mehr, als während des gesamten Krieges im Kampf durch Bombenabwürfe über deutsche Städte und in Konzentrationslagern ums Leben kamen. Millionen davon verhungerten Tag für Tag vor den Augen der Sieger über Jahre hinweg. Über diese Toten ist niemals ehrlich berichtet worden. Weder von den Alliierten, noch von der Westdeutschen Regierung."

James Bacques "Verschwiegene Schuld" ist eine ideale Ergänzung zu Gömpels "Reinwiesenslager 1945-1948". Unverzichtbare Werke, die dokumentieren, welche furchtbaren Verbrechen von den Alliierten an unserem Volk begangen wurden. Muß man gelesen haben!

Die sogenannten Befreier erschienen in Wahrheit als selbsternannte Richter und Henker. Millionen Deutsche kamen auch nach Kriegsende ums Leben - durch alliierte Hungerblockaden, Vertreibung und Zwangsarbeit. Der Historiker James Bacque bricht mit seinem Werk "Verschwiegene Schuld" dieses Tabu und gibt den Opfern eine Stimme.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 20. Januar 2023 (x1.255/...): >>**Kartell der Vertuscher**

Das Gebot, Corona-Impfschäden zu verheimlichen, scheint über dem Gesetz zu stehen - und viele machen mit.

Von *Susan Bonath*

Wer erinnert sich an die Causa Andreas Schöfbeck? Der Ex-Chef der Betriebskrankenkasse BKK ProVita mußte vor einem Jahr seinen Posten räumen, weil er das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) wegen sich häufender Nebenwirkungen alarmiert hatte. Der neue Kassenvorstand ist auf Linie. Nun wollte dieser sogar den GKV-Spitzenverband für eine konzertierte Datengeheimhaltung begeistern. Auch das PEI mauert weiter, ein Arzt räumt offen ein, die Meldepflicht zu ignorieren - Gesetzesverstöße überall. Und ausgerechnet ein Portal für Informationsfreiheit gibt Rückendeckung.

Brisante Infos, diskreditierter Analyst

Tom Lausen ist bekannt für seine Beharrlichkeit. Unablässig wertet er die wenigen Daten aus, die deutsche Behörden zu Corona und den Impfstoffen bereitstellen. Findet er keine, stellt er Anfragen, um sie zu erhalten. Ohne ihn hätte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) wohl kaum im vorigen Sommer ein brisantes Dokument veröffentlicht. Danach nämlich wurden in kassenärztlichen Praxen allein im Jahr 2021 fast zweieinhalb Millionen Behandlungen wegen Impfnebenwirkungen abgerechnet.

Ohne Lausen wären vermutlich auch die Behandlungsdaten der KBV von rund 72 Millionen Versicherten unter Verschuß geblieben. Inzwischen kann sie jeder - zugegeben in maximal verkleinerter und verklausulierter Form - einsehen.

In der Tat: Was Lausen dort herausgefunden hat, ist nachprüfbar. Die Zahl der plötzlichen Todesfälle in den Behandlungsfällen stieg im Gegensatz zu den fünf Vorjahren um mehr als das Vierfache an. Und Herzmuskelentzündung, also Myokarditis, scheint zur neuen Volkskrankheit zu werden.

Beliebt ist der Datenanalyst in der Gemeinschaft der Corona-Impfpropagandisten deshalb nicht. Bundestagsabgeordnete beleidigten ihn als Scharlatan, Medien verschrien ihn als Querdenkerfreund und AfD-Anhänger - doch all das sei er nicht, sagt Lausen. Er fordere Transparenz und erledige deshalb, was ein Datenanalyst so tun kann: "Daten analysieren, weil es der Staat offenbar nicht macht." "Und wenn mich nur die AfD damit beauftragt, dann ist das eben so." Genauso würde er das auf Bitte der Linkspartei oder der CDU übernehmen, wie Lausen gegenüber der Autorin betonte. "Aber die fragen ja nicht."

Widersprüche ohne Ende

Lausens Analyse, vorgestellt in einer Pressekonferenz der AfD, sorgte Mitte Dezember für wilde Abwehrreaktionen. Darin fehlte es zwar an Belegen, nicht allerdings an Widersprüchen. Kurz nach der Konferenz erklärte zunächst die KBV, die vermehrten Todesfälle seien aus ihrer Sicht auf Corona zurückzuführen.

Ihre eigenen Daten zog sie damit aber nicht in Zweifel. Zweifel an den KBV-Daten säte wenig später das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi), eine Art Denkfabrik der KBV. Das behauptete plötzlich, Lausen habe ganz andere Daten vorliegen, als die AfD beantragt hatte. So seien darin keineswegs alle rund 72 Millionen Versicherten enthalten, sondern nur jene, die 2021 beim Arzt waren. Weil diese nicht in den Vorjahren gestorben sein könnten, sei der abrupte Anstieg dieser Fälle im ersten Impfstoffjahr kein Zeichen für erhöhte Sterblichkeit.

Das wirft Fragen auf, zum Beispiel: Woher stammen dann die mehr als 100.000 plötzlichen Todesfälle in den Jahren 2016 bis 2020? Fehlcodierungen, behauptet das Zi mal eben. Den massiven Anstieg der Myokarditisfälle im ersten Impfstoffjahr und sogar stärker noch Anfang 2022 erklärt das aber nicht.

Die widersprüchlichen Erklärungen stehen bis heute auf der KBV-Website untereinander, keiner kümmert sich darum, das Rätsel zu lösen. Lausen versucht nun einen anderen Weg: Jede Krankenkasse soll ihm ihre Daten einzeln liefern. Das hätten diese Institutionen ohnehin seit 2021 per Gesetzesorder tun müssen, nämlich an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Passiert ist das jedoch bis heute nicht.

Wer nicht mitmacht, fliegt

Das alles hat eine Vorgeschichte, die ein Jahr zurückführt. Am Jahresende 2021 bekam Andreas Schöfbeck, damals seit rund 20 Jahren Vorstandschef der Betriebskrankenkasse BKK ProVita, einen Schreck. Er hatte sich die Patientendaten aller BKK-Kassen angeschaut. Alarmiert wandte er sich an Lausen mit der Bitte, sie auszuwerten. Das Resultat: Von den elf Millionen dort Versicherten wurden im Verhältnis rund zehnmals mehr Patienten mit Verdacht auf eine Impfnebenwirkung bei einem Arzt behandelt, als die veröffentlichten Meldedaten des PEI vermuten ließen.

Schöfbeck schrieb Ende Februar einen Brandbrief an das Institut mit der Bitte, das Alarmsignal sofort zu überprüfen und die Coronaimpfungen bis dahin auszusetzen. Die Reaktion war hart: Die Kasse warf Schöfbeck schnurstracks raus. Zu einer Konferenz mit ihm und dem PEI kam es nicht mehr. Eine recht eindeutige Botschaft an alle anderen im Apparat: Wer nicht mitmacht, fliegt. Und das bedeutet wohl, unliebsame Folgen unter den Teppich zu kehren.

Heute verhält sich der Kassenvorstand sehr konform. Er reagierte nun sehr eigentümlich auf Lausens weiteren Datenhunger. Denn der Analyst begehrte bei allen gesetzlichen Kassen neue Daten, auch bei der BKK ProVita. Denn nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) steht jedem ein Zugang zu amtlichen Informationen zu. Der Vorstand sieht das anders. Er schlug dem GKV-Spitzenverband der Krankenkassen vor, weitere Veröffentlichungen solcher Daten, egal von welcher Kasse, zu verhindern.

Das geht aus einer nun veröffentlichten internen E-Mail-Kommunikation zwischen dem BKK-ProVita-Vorstand und dem GKV-Verband hervor. Auch diese Daten hatte Lausen erfragt. Hintergrund ist eine öffentliche Verwaltungsratssitzung der BKK ProVita, in der es auch um ihn persönlich und eine Kommunikation mit dem GKV-Verband ging. Der Datenanalyst wollte wissen, was die beiden über seine Anfragen so besprochen hatte.

Vergehen: "Querdenkertum"

Die Antwort kam sehr verspätet im Januar vom GKV-Verband. Demnach räumte der neue BKK-ProVita-Vorstand in einem Schreiben von Mitte September 2022 zunächst unumwunden ein, er habe Schöfbeck tatsächlich nur wegen seines Briefes an das PEI entlassen. Die

Stoßrichtung im Text wird schnell klar:

"Ende Februar 2022 hat der ehemalige Vorstand der BKK ProVita in einem unabgestimmten Alleingang eine Auswertung mit ICD-Abrechnungs-codes zu Impfn Nebenwirkungen in der Zeitung 'WELT' veröffentlicht. Ziel war, in die damalige Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Coronaimpfungspflicht einzugreifen und eine solche zu Fall zu bringen. Wie Sie wissen, wurde der ehemalige Vorstand in der Folge - auch wegen dieser Aktion - seines Amtes enthoben."

Statt dann zu sachlicher Kritik zu wechseln, klagt der neue Vorstandschef der kleinen Kasse, Walter Redl, erst einmal über "Querdenker" und "Impfgegner". Lausen gehöre schließlich zu denen, und wegen der Zusammenarbeit mit ihm wohl irgendwie auch Schöffbeck. In diesem Tenor schrieb Redl weiter:

"Die gesellschaftliche und politische Sprengkraft dieses Themas hat die BKK ProVita im Nachgang leidvoll erfahren müssen und sieht sich auch heute noch zahlreichen Anfeindungen aus den Reihen der 'Querdenker' und Impfgegner ausgesetzt. Der ehemalige Vorstand der BKK ProVita arbeitete bei der Umsetzung seines Vorhabens mit dem der Querdenkerszene nahestehenden Datenanalysten Tom Lausen zusammen."

Daten stören Impfkampagne

Und dieser Lausen habe sich erdreistet, nicht nur Redls Kasse, sondern alle anzuschreiben und neue Daten anzufordern. Das will der neue Vorstandschef nicht durchgehen lassen. Informationsfreiheit für vermeintliche "Querdenker"? Kommt nicht in die Tüte. So stellt Redl klar: "Die BKK ProVita beabsichtigt, ihm diese Daten aus verschiedenen rechtlichen Gründen nicht zur Verfügung zu stellen."

Ohne die besagten "verschiedenen rechtlichen Gründe" näher zu erläutern, fährt der neue Kassenchef fort: "Wenn dem so ist und diese Anfragen so oder ähnlich GKV-weit erfolgen und jedenfalls teilweise auch beantwortet werden, ist es aufgrund der gesellschaftlichen und insbesondere politischen Dimension dieses Themas aus unserer Sicht absolut erforderlich zu erwägen, ob nicht ein abgestimmtes Vorgehen in der GKV erfolgen sollte. Dies auch vor dem Hintergrund, daß sich die GKV aktuell gegenüber dem BMG bereit erklärt hat, die Versicherten über die zweite Coronaauffrischungsimpfung zu informieren."

Man staunt: Stören also Daten über behandelte Nebenwirkungen und die Aufklärung der Bevölkerung darüber Redls Ansicht nach die Boosterkampagne? So nach dem Motto: Impfen nach Anweisung, Augen zu und durch - mehr Wissen würde nur verunsichern.

Informationsfreiheit für jedermann?

Daß der GKV-Verband, anders als die BKK ProVita, die Interna, wenn auch verspätet, überhaupt geliefert hat, ist wohl auch ein bißchen Glückssache. Zugute kam Lausen dabei mutmaßlich seine Popularität in manchen Kreisen. Immerhin haben auch schon größere Medien über ihn berichtet, wenn auch meist polemisch statt sachlich. Zudem sind Anfrage und Reaktionen auf dem Portal "Frag den Staat" öffentlich einsehbar. Das wäre bei einer privaten E-Mail anders.

Der gleichnamige Verein, der die Website "Frag den Staat" betreibt, gibt sich als Verfechter der Informationsfreiheit. Wie auf der Seite des Bildungsministeriums zu lesen ist, stellt das dazu gehörige Gesetz zunächst klar: "Nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) hat jeder gegenüber den Behörden des Bundes einen voraussetzungslosen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Der Anspruch richtet sich auf die Erteilung von Auskünften, Akteneinsicht oder auf sonstigen Zugang zu amtlichen Informationen."

Verwehren dürfen Behörden dieses Recht demnach nur aus wenigen Gründen: zum Schutz besonderer öffentlicher Belange, amtlicher Entscheidungsprozesse (also etwa Gerichtsverfahren), von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, geistigen Eigentums oder personenbezogener Daten Dritter. Objektiv betrachtet zählen Impfn Nebenwirkungen, die viele Menschen treffen

können, wohl eher nicht dazu.

Doch der Verein "Frag den Staat" sieht das in Sachen Impfschäden etwas anders. Schon die Anfrage des AfD-Politikers Martin Sichert nach den KBV-Daten markierte er mit einer eigenen "Kurz-Expertise", betitelt als "Faktencheck". Darin heißt es: "Nach der Einschätzung von Fachleuten belegen die hier angefragten Daten keinen Anstieg der Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfkampagne. ... Frag den Staat distanziert sich von irreführenden Aufbereitungen der Daten."

Das wirft Fragen auf: Warum interessieren sich die Betreiber so sehr für die Art der Aufbereitung erhaltener Daten? Haben sie das selbst überprüft oder überprüfen lassen? Wen meinen sie mit "Fachleute"? Oder: Hatten die Betreiber einfach Angst vor medialer Kontaktschuld?

Vielleicht. Es scheint aber mehr dahinter zu stecken: Die selbsterklärten Verfechter staatlicher Auskunftspflichten verfolgen mutmaßlich eine eigene politische Agenda. Und die stimmt wohl in Sachen Corona und Impfungen mit der Staatsräson überein.

"Frag den Staat" mit politischer Mission

So "depublizierte" der Verein kürzlich eine Anfrage der Autorin, weil sie angeblich nicht "spezifische Dokumente" betreffe. Gefragt wurde das PEI nach teils seit über einem Jahr verheimlichten Verdachtsfallmeldungen: Todesfälle insgesamt, Todesfälle und schwere Nebenwirkungen bei Minderjährigen, sowie Myokarditisfälle nach Altersgruppen. Die Rechtsanwältin Brigitte Röhrig erklärte auf Nachfrage der Autorin dazu:

"Im Übrigen ist das Portal im Unrecht: Paragraph 1 IFG bezieht sich auf 'Zugang zu amtlichen Informationen'. Die Behörde kann Auskunft erteilen, Akteneinsicht gewähren oder Informationen in sonstiger Weise zur Verfügung stellen. Es ist nicht erforderlich, Unterlagen anzufordern."

Man könnte zudem auch argumentieren, daß das PEI gesetzlich verpflichtet ist, die Verdachtsfallmeldungen zu entgegenezunehmen, zu dokumentieren und auszuwerten. Wo etwas dokumentiert wird, entstehen "spezifische Dokumente". Die darf das PEI nicht einfach mal nach Lust und Laune entsorgen. Kurzum: Die Dokumente müssen per Gesetz vorhanden sein, sie betreffen einen Großteil der Bevölkerung und sind somit sogar von erheblicher öffentlicher Bedeutung.

Aber Corona scheint den Erfindungsreichtum bei Politik, Behörden und den eisernen Anhängern ihres Kurses in Sachen Ausreden für Gesetzesbrüche massiv zu beflügeln. Zum Beispiel auch das PEI: Seit fast einem Jahr verweigert dieses hartnäckig die Auskunft über die verheimlichten Meldedaten an die Presse.

Anfragen der Autorin watschte es unter anderem mit einem Verweis an die EMA ab. Daß diese die begehrten Daten für einzelne Länder weder publiziert noch herausgibt: egal.

Auch eine vorangegangene IFG-Anfrage bügelte es ab. Man sei nicht verpflichtet, Daten extra aufzubereiten. Und diese seien ohnehin nicht relevant, weil kein Beweis, und so weiter. Mit anderen Worten: Das PEI sammelt zwar Verdachtsmeldungen, überprüft aber nichts. Um dann das selbst herbeigeführte Resultat, den fehlenden Beweis eben, als Argument für das Verheimlichen anzuführen.

Alles unter den Teppich kehren

Halten wir also fest: Das PEI verstößt gegen Gesetze, indem es der Presse keine Auskunft erteilt, Sicherheitsdaten verheimlicht, sich also gar nicht in die Karten schauen läßt, und zu alledem auch keine Daten von den Krankenkassen einfordert, um die Sicherheit der neuartigen Vakzine zu überprüfen.

Das dem PEI weisungsbefugte Bundesministerium für Gesundheit (BMG), also die Regierung, schaut dabei zu und unterstützt das Vorgehen offensichtlich. Sie greift auch nicht ein, wenn die Krankenkassen keine Daten liefern, wie es ihre Pflicht wäre. Eigentlich sieht das Gesetz alleine dafür ein Bußgeld von bis zu 25.000 Euro vor. Das scheint aber weder die Re-

gierung noch die Justiz zu interessieren.

Statt dessen verfolgen Staatsanwälte und Richter lieber Ärztinnen und Ärzte, die Kinder oder Erwachsene per Attest vom Maskentragen befreit haben. Oder sie lassen Menschen monatelang trotz nicht belegter Vorwürfe im Knast schmoren und so weiter. Aber wenn Institute vertuschen, Krankenkassen mauern und Ärzte nicht wie vorgeschrieben Impfkomplicationen melden, passiert genau: nichts.

Apropos Impfschadensmeldungen durch Ärzte: In einer Sitzung des Sächsischen Sozialausschusses am 16. Januar 2022 zu einem AfD-Antrag unter dem Titel "Gesundheitliche Schäden durch Covid-Impfungen vollumfänglich erfassen und Betroffene unterstützen" war der Arzt Andreas Klement vom Institut für Allgemeinmedizin als Sachverständiger zu Gast. Er verteidigte nicht nur die Impfung, sondern räumte freimütig eigene Gesetzesbrüche ein. So habe er nämlich gar keine Lust darauf, seinen gesetzlichen Meldepflichten nachzukommen. Wörtlich sagte er:

"Bürokratie in der Hausarztpraxis - jeder Zettel ist einer zu viel. Wenn ich mich frage: Möchte ich wesentlich mehr Zettel ausfüllen, werde ich sicher sagen: Nein. Da können Sie mir auch ein angemessenes Honorar anbieten, für drei Seiten vielleicht 20 Euro, und ich würde trotzdem den starken Impuls haben, diese Zeit lieber direkt meinen Patienten zu widmen, als Meldungen abzusetzen."

Theoretisch müßte es nun einen Aufschrei geben, eventuell sogar die Staatsanwaltschaft tätig werden. Praktisch blieb das bisher wie erwartet aus: Die Politiker schwiegen dazu, die Medien auch.

Wer weiß schon, wie viele Ärzte genauso handeln wie Andreas Klement. Denn welcher Mediziner gibt schon gerne zu, mit selbst gesetzten Spritzen vielleicht den einen oder anderen schwer geschädigt, eventuell sogar getötet zu haben? Die immer gleiche Behauptung selbst ernannter "Faktenchecker", wonach das PEI angeblich ganz akribisch die Sicherheit der Impfstoffe prüft, wird zur Farce. Denn offenbar prüft das keiner.

Es scheint vielmehr, als unternimmt das "gute Lager", die angeblich so "solidarische" Mehrheit, alles, um unliebsame Folgen der Pharmapräparate unter den Teppich zu kehren. Um es zu betonen: Dabei geht es nicht um solche Banalitäten wie die Farbe von Parkbänken. Es geht um Menschenleben und Schicksale - und möglicherweise um institutionellen Betrug.

Susan Bonath, geboren in der DDR, arbeitet seit 2004 als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die junge Welt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Kapitalismuskritik, Arbeit und Soziales. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.<<

21.01.2023

Schweiz: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Januar 2023:

>>

Im Schweizer Nobelort Davos sinnieren die globalen Eliten weiter über ihre Pläne für die künftige Weltgestaltung. Dabei werden gleichermaßen skurrile wie gefährliche Ideen verbreitet. ...

Während Klima-Apologet und Multi-Millionär Al Gore sein weltweit aktives KI-Überwachungssystem von CO2-Emissionen propagierte und UNO-Chef Antonio Guterres radikale Klima-Maßnahmen sowie Zensur von Kritik einforderte, wünschten sich Siemens-Aufsichtsrats-Chef Jim Hagemann Snabe, daß (zusätzlich) mindestens eine Milliarde Menschen künftig auf Fleisch verzichten sollen.

Kein Fleisch und digitale Überwachung

Dies würde laut Snabe einen massiven Einfluß auf den Klimawandel bewirken, der dadurch angeblich abgebremst wird. Ganz im Zeichen der "Klimakrise" standen auch andere Ideen und Forderungen beim WEF-Gipfel in Davos. So etwa die Propagierung der "15-Minuten-Stadt" und dem Ende der individuellen, freien Mobilität. In solchen Städten soll durch Verbote, Stra-

fen und Zwänge möglichst alles in nur 15 Minuten ohne Pkw und Co. erreichbar gemacht werden.

Auch Ex-Präsidentschaftskandidat und Klima-Jakobiner Al Gore zählt zu den geschätzten Dauergästen in Davos.

Doch dem nicht genug. Der britische Ex-Premierminister Tony Blair forderte den Ausbau von digitalen Überwachungslösungen, um besser zwischen "Geimpften" und "Ungeimpften" unterscheiden zu können. Besonders in Hinblick auf "künftige Pandemien".

Habeck forderte Schweiz zu Waffenlieferungen an Ukraine auf

Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nutzte den Gipfel der Reichen und Mächtigen sogleich, um seine Anti-Rußland-Agenda weiter voranzutreiben. Hier übte der Flensburger Grünen-Politiker massiven Druck auf seinen Schweizer Kollegen Guy Parmelin aus, sich für Waffenlieferungen der Eidgenossen an die Ukraine einzusetzen. Dazu äußerte Habeck: "Es wäre gerecht und hilfreich, wenn die Schweiz Munition zur Verfügung stellen würde."

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte in ihrer Rede neue Schuldenexzesse an. Zu dem fast eine Billion Euro schweren Fonds NextGen EU, der den Bürger als angeblicher "Corona-Rettungsfonds" verkauft wurde, wovon mittlerweile keine Rede mehr sein kann, sollen nun ein Europäischer Souveränitätsfonds sowie weitere Vehikel treten. Der einzige Zweck der Schaffung dieser neuen Instrumente dürfte in ungebremster Schuldenmacherei sowie dem weiteren Abzug von Souveränitätsrechten der einzelnen Mitgliedsstaaten hin zur Brüsseler Zentrale bestehen.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Januar 2023:

>>Jesus-Erfolgsserie: Rotes Tuch für linke Kleriker

Von *Phil Mehrens*

Der erstaunliche Erfolg der Jesus-Serie "The Chosen", die weltweit fast eine halbe Milliarde Zuschauer hat, irritiert die dekadente deutsche Landeskirche. Doch viele junge Leute sind begeistert. ...

"Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?" Für die Macher der Serie "The Chosen" ist die Antwort klar: für Jesus. "The Chosen" ist der großangelegte Versuch, die Geschichte des berühmtesten Predigers aller Zeiten auf die Bedürfnisse und Sehgewohnheiten der Generation Netflix zuzuschneiden. Viele Produktionen des Streamingdienstes und seiner inzwischen zahlreichen Wettbewerber zeichnen sich aus durch den großen Bogen, der ab Folge 1 gespannt wird und irgendwo am weit entfernten Horizont seinen Endpunkt findet, wenn die letzte Staffel abgedreht ist. Typisch ist auch das Nebeneinander verschiedener Handlungsstränge, von denen jeder in aller Ruhe - man hat ja Zeit - auserzählt wird.

Auftakt mit einem Pharisäer

Das ist bei "The Chosen" nicht anders. Ansonsten aber so ziemlich alles. Schon die erste Folge der Serie verblüfft: Nicht Jesus steht im Blickpunkt, sondern ein angesehener Pharisäer, der im Evangelium eher eine Nebenrolle spielt: Nikodemus (Erick Avari). Minutiös folgt die Kamera ihm bei seinen Alltagsverrichtungen, zu denen auch der Versuch gehört, eine völlig verwahrloste, dämonisch besessene junge Frau (Elizabeth Tabish) zu therapieren: Maria von Magdala.

Erst am Ende hat Jesus seinen ersten großen Auftritt: Ihm gelingt, ohne viel Aufhebens davon zu machen, woran Nikodemus scheiterte, scheitern mußte. In einem zweiten Erzählstrang lernt der Zuschauer den Zöllner Matthäus (Paras Patel) sowie die Fischer Simon (Shahar Isaac) und Andreas (Noah James) kennen, die in finanziellen Nöten stecken und Überlegungen anstellen, wie sie ihre prekäre Wirtschaftslage verbessern können - durch Kollaboration mit den Rö-

mern? Zum berühmten Fischzug des Petrus und der anschließenden Rekrutierung der ersten Jünger kommt es erst in Folge 4 der ersten Staffel, was einiges aussagt über das Erzähltempo der Reihe.

Die Inszenierung der biblischen Geschichte in "The Chosen" ist so ungewöhnlich wie die Entstehung der Serie, die sich neben dem enormen persönlichen Engagement ihres Erfinders Dallas Jenkins und seiner Produzenten Chad Gundersen und Justin Tolley ausnahmslos Spendengeldern (die Generation Netflix spricht in Hipsterjargon lieber von "crowdfunding") verdankt. Mit anderen Worten, das 2019 gestartete Projekt ist vor allem möglich geworden durch die starke Unterstützung seitens der bibeltreuen Evangelikalen in den USA.

"Erfrischend anders"

Es ist daher wenig überraschend, daß "The Chosen" auch hierzulande eher bei Freikirchen und den wenigen Versprengten aus der Landeskirche populär geworden ist, die sich weigern, den rotgrünen Geßlerhut zu grüßen. "Ich habe viele Filme über Jesus gesehen, wo er sehr passiv dargestellt wird. Aber ich muß ganz ehrlich sagen, das war nie mein Bild von Jesus.", schildert die Musik-Studentin Laura, die die Serie gemeinsam mit einem Freund angeschaut hat, ihre Eindrücke. "Jesus war provokant, er war diskutierfreudig, er war emotional, er war ... erfrischend anders."

Der Freund, mit dem sie "The Chosen" sah, habe es so formuliert: "Ich finde es schön, daß sie zeigen, wie Jesus den Leuten mal so richtig Bescheid sagt!" Die beiden beziehen sich auf die Folge über den Sabbat. Die religiöse Elite habe aus dem Sabbatgebot ein steifes Dogma gemacht, durch das sie sozialen Druck und damit letztendlich Macht ausüben konnte.

Dabei gehe es doch nicht darum, "stumpf" irgendwelchen Gesetzen zu folgen, sondern Jesus habe den Menschen seiner Zeit sagen wollen: "Leute, Gott hat euch einen Tag zum Ausruhen gegeben. Er hat im Blick, daß ihr hart arbeitet, und möchte nicht, daß ihr euch am Sabbat zusätzlich auslaugt, indem ihr euch konstant streßt." Die freikirchlich sozialisierte Studentin sieht Jesus als "revolutionäre Persönlichkeit", bei der man sich auf Überraschungen einstellen müsse, allerdings nicht auf mehrheitstaugliche.

"Jesus fordert uns regelrecht dazu auf, anders zu sein und uns nicht an die Masse anzupassen", ist Laura überzeugt. "Aber anders sein ist nicht immer leicht. Es fordert viel Mut und Kraft, gegen den Strom zu schwimmen." Mit "Gewöhn dich an anders" als tragender Säule einer gewitzten PR-Strategie ist den Machern der Serie dazu der kongeniale Slogan eingefallen.

Zu "glaubensbasiert"?

Auch Geistliche zeigen sich begeistert. "Was ich genial finde, ist, daß die Vor- und Nachgeschichte der einzelnen Personen dargestellt wird", schließt sich ein Bielefelder Pastor dem Lob an. Aber auch er gehört nicht zur Landeskirche. Dort dominieren linke Kleriker, die mit Glaube und Tradition bekanntlich schon länger fremdeln.

Charakteristisch ist das Urteil Martin Ostermanns von der Webseite Katholisch.de, dem das alles zu sehr "glaubensbasiert" war.

Wie anders ist nun dieser Christus wirklich? Der von Jonathan Roumie, einem New Yorker mit ägyptischen Wurzeln, verkörperte Gottessohn hat mit dem aus Pier Paolo Pasolinis Verfilmung des Matthäus-Evangeliums (1964) eines gemeinsam: Er sprengt konventionelle Jesus-Bilder. Er wirkt nahbarer, humorvoller und zugleich geheimnisvoller, weil er immer dann ins Spiel kommt, wenn der Zuschauer sich bereits ganz auf die Figuren eingelassen hat, die in der biblischen Vorlage gerade nicht im Zentrum stehen.

Im Vergleich zu Franco Zeffirellis monumentaler Miniserie von 1977, die für viele immer noch die beste Verfilmung des Lebens Jesu ist, genehmigen sich die Autoren von "The Chosen" reichlich künstlerische Freiheit. Was wissen wir schon über das Privatleben von Nikodemus, dem das Johannesevangelium nur wenige Sätze widmet? Ein Römer namens Quintus kommt in der Bibel gar nicht vor. Bibel-Puristen wird hier manches zu spekulativ sein. An-

ders ließen sich mit dem Stoff jedoch keine sieben Staffeln füllen, insgesamt 56 Folgen, von denen 20 abgedreht sind.

Start bei Bibel.TV

Die Karriere des Projekts ist zwar nicht ganz so sensationell wie die des charismatischen Wanderpredigers aus Galiläa, aber inzwischen mehr als 400 Millionen Zuschauer weltweit, vor allem unter den 20- bis 30jährigen, beweisen, daß das Phänomen der durch digitale Medien produzierten und verbreiteten Filmkunst auch vor frommen Inhalten nicht haltmachen muß.

Und in Anbetracht der kostenfreien Nutzung einer eigenen mobilen Applikation ("App") und des unentgeltlichen Streaming-Angebots auf der Webseite www.the-chosen.net muß der Mannschaft um Dallas Jenkins deutlich mehr Antikapitalismus attestiert werden als den Pseudo-Idealisten von Netflix, Disney+ und Amazon, die unter dem Regenbogenbanner fleißig Geld scheffeln.

So unorthodox wie das gesamte Projekt ist auch die Auswahl des Senders, in dem "The Chosen" am heutigen Sonnabend seine Deutschland-Premiere im frei empfangbaren Fernsehen erlebt:

Nicht bei Großkalibern wie RTL, Pro-Sieben oder Arte hat die 11-Millionen-Dollar-Nummer ihren ersten großen Auftritt bei den konventionellen TV-Guckern, sondern ausgerechnet beim finanzschwachen Sender Bibel.TV, der ohne großzügige Spender längst hätte eingestellt werden müssen und in kaum einer Programmzeitschrift auftaucht. Irgendwie passend. Heißt es doch schon in der Bibel (1. Kor. 1,28): "Das Geringe vor der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt, das, was nichts ist, damit er zunichte mache, was etwas ist." ...<<

23.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2023:

>>Weltkriegsgefahr!

Von Jürgen Elsässer

Leopard 2: Mit der Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine rückt der Zeitpunkt näher, daß die NATO mit eigenen Truppen eingreift. ---

Die derzeitige Konzentration auf die Lieferung von Leopard 2 lenkt ab. Schon mit dem Beschluß zur Lieferung von Marder-Panzern hat die Bundesregierung eine weitere Rote Linie überschritten. Es blieb Nikolaus Blome im Spiegel, obwohl ein Unterstützer dieses Schritts, vorbehalten, die Brisanz dieser Entscheidung in aller Schärfe herauszuarbeiten:

"Am 6. Januar ist Deutschland in den russisch-ukrainischen Krieg eingetreten, es ist ein Stellvertreterkrieg. Die Ukraine muß ihn gewinnen, oder (auch) Deutschland wird ihn verlieren."

Blome wundert sich über das Ausbleiben eines Aufschreis und fragt sich, "wie blind kann man sein, nicht zu sehen, was da gelaufen ist?"

Der Journalist arbeitet heraus, was das Besondere an dem Marder-Beschluß ist: Nicht die militärische Fähigkeit des betagten Kettenfahrzeugs, die weit hinter dem Flak-Panzer Gepard zurückbleibt, der schon im Frühsommer an die Front geschickt wurde und maßgeblich zu den ukrainischen Durchbrüchen im September beigetragen haben soll ("Deutsche Waffen haben Erfolge der Ukraine ermöglicht", brüstete sich Scholz damals).

Entscheidend war vielmehr der "Paradigmenwechsel" in der Argumentation des SPD-Regierungschefs zu Jahresanfang. Noch einmal Blome:

"Mit der Lieferung der Marder ist der Bundeskanzler auf die rein militärische Logik des Kriegs und des Terrains in der Ukraine eingeschwenkt. Er hat sie sich zu eigen gemacht, weshalb alle anderen Erwägungen der bisherigen deutschen Schonhaltung in den Hintergrund treten. Geliefert wird fortan, was die Ukraine aus westlicher Sicht braucht, um die Russen aus dem Land zu werfen, mindestens aber jene Gebiete zurückzuerobern, welche sie seit dem 24. Februar verloren hat. Mit der Marder-Lieferung hat die Bundesregierung also auch ein Kriegs-

ziel definiert, was sie bislang lippenbeißend vermied."

Im Osten nichts Neues

"Die rein militärische Logik", auf die Scholz unter Verrat an deutschen Interessen eingeschwenkt ist, ist die Logik des Seelenski-Regimes und seiner angloamerikanischen Hintermänner. Ihr Problem: Die Front bewegt sich nicht mehr.

Ähnlich wie beim Stellungskrieg ab 1916, von Erich Maria Remarque in seinem Roman Im Westen nichts Neues verewigt, werden trotz ungeheuren Materialeinsatzes und furchtbarer Menschenverluste kaum noch Geländegewinne erzielt. Aufnahmen aus Soledar und Bachmut, wo seit Monaten am heftigsten gekämpft wurde, ähneln denen aus Verdun: Das Gelände pokkenartig gespickt mit Bombenkratern, dazwischen liegen Berge von Leichen.

Den aktuellen Blutzoll zahlen beide Seiten gleichermaßen, doch strategisch wirkt sich die Situation zuungunsten der Ukrainer aus. Condoleezza Rice und Robert M. Gates, unter George W. Bush Außen- beziehungsweise Verteidigungsminister, veröffentlichten in der "Washington Post" am 7. Januar einen Alarmruf: "Die Zeit ist nicht auf der Seite der Ukraine." ...<<

Polynesien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Januar 2023: >>Deutsch-Neuguinea: Unter Zauberern und Kannibalen

In Neuguinea und auf anderen pazifischen Inseln wurden die Deutschen mit archaischen Riten und Gebräuchen konfrontiert. ...

_ von *Philippe Jordan*

Ähnlich wie in Westafrika lebte auf den Pazifikinseln eine eingeborene Bevölkerung, die sich in unzählige Stämme gliederte. Diese bedienten sich verschiedener Sprachen, hatten unterschiedliche Kulturen und voneinander abweichende Herrschaftssystemen. Sofern von einer Religion gesprochen werden kann, glaubten die Melanesen und Papua an die Wirksamkeit verderblicher Naturgewalten, darüber hinaus pflegten sie animistische Vorstellungen.

Häufig bekämpften sich die Inselbewohner untereinander, und mit Ausnahme von Samoa war der Kannibalismus weit verbreitet. Vor allem die Stämme auf dem Bismarckarchipel und in Kaiser-Wilhelms-Land praktizierten Menschenfresserei. Dieser beschränkte sich keineswegs auf feindliche Eingeborene, die regelmäßig geschlachtet und verspeist wurden, sondern schloß auch weiße Händler, Missionare und Schiffbrüchige mit ein. Die meisten Stämme in Melanesien und Neuguinea, vor allem aber die Papua, befanden sich zum Zeitpunkt der deutschen Besitzergreifung bezüglich ihres Kulturstandes und ihres Seelenlebens noch vielfach auf der Stufe des Steinzeitalters.

Gefürchteter Todeszauber

Die deutschen Erwerbungen in der Südsee konnten nicht nach vorab verhandelten Verträgen mit den Eingeborenen erfolgen. Die Stämme befanden sich auf einem Kulturstand, der sie unfähig machte, solche Vereinbarungen überhaupt zu begreifen. Dämonenangst und Geisteraberglaube gehörten zum Grundrepertoire der Kultur unter den Papua.

Dies prägte ihr ganzes Leben, wobei zwei Arten von Zauberei zu unterscheiden waren: Die eine, die auf Glück und Wettervorhersage, auch mit Geistern und Toten in Verbindung steht, war die harmlose Variante. Furchtbar hingegen war die andere, der Todeszauber. Dieser beherrschte die Gemüter aller Bewohner ungemein. Er vergällte den Menschen das Leben, vergiftete das Verhältnis zwischen den Stämmen, machte Frieden und Freundschaft schier unmöglich. Jene Magie galt als schlimmste Gemeinheit und wurde vor allem bei Rachefeldzügen immer wieder angewandt.

Es fehlte darüber hinaus aber auch an eingeborenen Oberen, deren Autorität sich über mehr als das eigene überschaubare Dorfgebiet erstreckte. Folglich wurden Verhandlungen mit Großbritannien geführt, das den Südosten Neuguineas für sich beanspruchte, während die Niederlande die gesamte westliche Hälfte in Besitz genommen hatten.

Das Hissen der deutschen Reichsflagge wurde schließlich durch die Kaiserliche Marine und

nicht durch einen Handelsvertreter vollstreckt. Andere Gebiete der Südsee wurden von Berlin hinzugekauft. Die mikronesischen Marianen und Karolinen beispielsweise wurden von Spanien, nachdem die Iberer 1898 den Krieg um die Philippinen gegen die USA verloren hatten, an Deutschland verkauft. ...<<

25.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Januar 2023: >>Panzer kommen: Politik und Medien im Kriegsrausch

Von *Sven Eggers*

Deutsche Kampfpanzer in die Ukraine! Diese Nachricht versetzt die BRD-Elite in einen begeisterten Kriegstaumel. ...

Die Nachricht, daß SPD-Kanzler Olaf Scholz nun doch deutsche Leopard-Kampfpanzer an die ukrainische Front gegen Rußland durchwinken will, hat bei bundesdeutschen Politikern und Medien die Sektkorken knallen lassen. Eine entlarvende Kriegsbegeisterung wird unverhohlen ausgelebt.

SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil gibt dabei den breitbeinigen Macker: "Es gibt keine roten Linien, was die Lieferung von Waffen angeht." Und Michael Roth, Außenpolitiker der Roten, posaunte bei Lanz: "Wir haben viel geleistet und sind bereit, diesen Schritt auch noch zu gehen." Fehlte nur noch das Lied vom guten Kameraden als Hintergrundmusik.

Grünen-Chef Omid Nouripour kann das Glück ebenfalls kaum fassen: "Deutschland geht voran", schwärmte er am Morgen nach der Entscheidung bestgelaunt im ZDF. Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt jubelte via Twitter allen Ernstes: "Der Leopard ist befreit!"

Für die FDP ballte Marie-Agnes Strack-Zimmermann unter der Stahlhelm-Frisur die Siegesfaust: "Daß Deutschland die Lieferung seines Panzers Leopard 2 durch Partnerländer freigibt und auch selbst liefert, ist eine erlösende Nachricht für das geschundene und tapfere ukrainische Volk."

Und die Opposition? Der Union ging das fröhliche Panzerliefern viel zu langsam. CDU/CSU-Fraktionschef Merz: "Natürlich wäre es besser gewesen, die Entscheidung schneller zu treffen, insbesondere für das Ansehen Deutschlands in Europa. Aber besser spät als gar nicht."

BRD-Qualitätsmedien melden indes strengsten Gehorsam: Die Zeit freut sich über eine "gute Nachricht", das Handelsblatt über ein "starkes Signal" und die FAZ über die kriegerische "Geschlossenheit des Westens". Die Bild ist ganz gerührt: "Mögen die Leopard-Panzer vielen Unschuldigen das Leben retten, indem sie Putins Terrortruppen verjagen!"

Der ukrainische Vize-Außenminister Andrij Melnyk feierte den "Panzer-Doppelwums" bei deutschem Bier via Twitter: "Halleluja! Jesus Christus!" Er gab sogleich die künftige Richtung vor: "Und nun, liebe Verbündete, laßt eine starke Kampfjet-Koalition für die Ukraine auf die Beine stellen, mit F-16 und F-35, Eurofighters und Tornados, Rafale und Gripen-Jets → und allem, was ihr der Ukraine liefern könnt."

Viel Spaß mit solchen Freunden! Kritische Stimmen gab es allein aus den Reihen der AfD und aus der Linkspartei sowie natürlich aus dem Volk selbst. Meinungsumfragen dieser Tage zum Thema Waffenlieferungen teilen die Kriegseuphorie der Ampel und ihrer Medien jedenfalls nicht.

In dieser Stunde empfehlen wir jedem Denkenden COMPACT-Spezial "Feindbild Rußland" mit 1.000 Argumenten gegen den Krieg. Jürgen Elsässer schreibt dort, was jetzt Gebot der Stunde ist:

"Jeder anständige Deutsche hat die Pflicht, der Kriegshetze zu widerstehen und zu widersprechen. Der Frontaufbau gegen unseren Nachbar im Osten liegt nicht in unserem und auch nicht im europäischen Interesse, sondern dient nur der angloamerikanischen Macht. Daß diese zur Bemäntelung ihrer Ziele von der Verteidigung der Freiheit schwafelt, ist ein durchsichti-

ger Trick, dem man auch ohne Dokortitel durchschauen kann."<<

26.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2023:

>>**Kieler Blutmittwoch: Opfer waren erst 16 und 19 Jahre alt**

Von *Sven Reuth*

Was für eine Tragödie! In dem Regionalzug von Kiel nach Hamburg ermordete ein staatenloser Palästinenser gestern zwei 16 und 19 Jahre alte Jugendliche. ...

Warum befand sich dieser Mann auf freiem Fuß? Der palästinensische Messer-Mörder Ibrahim A. ermordete gestern in einem Regionalzug zwischen Kiel und Hamburg zwei noch ganz junge Menschen, nämlich ein 16 Jahre altes Mädchen und einen 19 Jahre alten jungen Mann. Es hätte wohl noch weitere Todesopfer gegeben, wenn es mutigen Passagieren nicht gelungen wäre, den wie einen Berserker wütenden Mann unter anderem durch Kofferwürfe zu stoppen.

Messerattacke schon vor einem Jahr

Doch wie konnte sich Ibrahim A. noch auf freiem Fuß befinden? Der Palästinenser, der Ende 2014 nach Deutschland kam, war zwölfmal vorbestraft, unter anderem wegen Diebstahl, Körperverletzung, schwerer Körperverletzung und sexueller Nötigung. Noch vor einer Woche befand er sich in Hamburg in Untersuchungshaft, weil er vor einem Jahr in Hamburg bei einer Ausgabe schon einmal einen Mann mit einem Messer lebensgefährlich verletzte. Dennoch stellte ihm eine Hamburger Richterin vor einer Woche eine günstige Sozialprognose aus und setzte ihn auf freien Fuß.

Unterdessen beginnen die GEZ-Medien schon wieder mit Verschleierungsaktionen. Das Social-Media-Team des NDR löschte gestern alle Kommentare, in denen auf die Herkunft des Täters hingewiesen wurde. Als ein Nutzer sich über die Zensur beschwerte, wurde ihm mitgeteilt:

"Die Herkunft des Täters ist für den Bericht nicht relevant und führt zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung oder zu Fehlinterpretationen."

"Unsere Seiten vom Rassismus befreien"

Und weiter führten die Löschespezialisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus:

"Ja, Korrektheit ist uns sehr wichtig. Ebenso, wie unsere Seiten von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu befreien. Das ist keine Zensur, sondern Erhalt der Demokratie."

Aus dem Informationsauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien wird so im Handumdrehen ein Desinformations- und Verschleierungsauftrag. Die Wirklichkeit selbst, so wie sie sich in Deutschland mittlerweile darstellt, soll tabuisiert werden. Zu diesem Vorgehen bemerkte nun der Journalist Jan Fleischhauer auf Twitter:

"Der Messerstecher von Brokstedt ist staatenloser Palästinenser mit einem Vorstrafenregister von hier bis zum Mond. Aber das Social-Media-Team des NDR findet, daß man das nicht sagen sollte - und nennt das 'Erhalt der Demokratie'. Hier läuft etwas grundsätzlich falsch."

In der Tat. Wenn nicht umgesteuert wird und nicht endlich auch offen über Migrantengewalt gesprochen werden kann, wird sich nichts zum Besseren wenden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2023: >>**Klimawandel? Bis zu einem Meter Schnee auf Malle**

Von *Sven Reuth*

Mallorca wird zum Winter-Wunderland, unfaßbare Rekordkälte in China sowie Schneestürme und Kältetote in Japan. Das Wetter spielt verrückt - aber nicht so, wie die Grünen das behaupten. ...

Die Volksrepublik China meldet einen neuen Temperatur-Negativrekord. Aus Mohe, der an der Grenze zu Rußland gelegenen nördlichsten Stadt des Landes, wurde ein Temperaturrekord von minus 53 Grad gemeldet. Der bisherige Temperatur-Negativrekord des Landes aus dem Jahr 1969, der bei minus 52,3 Grad lag, wurde gebrochen.

Unfaßbare Kälte in China

Im Internet kursieren Bilder, die zeigen, wie ein rohes Ei in Sekundenschnelle auf einer Schaufel gefriert oder in die Luft gekipptes Wasser sofort zu Eis erstarrt. Schon seit dem Herbst 2022 ist es in Sibirien deutlich kälter als im langjährigen Durchschnitt. Auch in Mohe herrscht ein subpolares Klima mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von minus drei Grad, allerdings wurden dort so extreme Temperaturen wie derzeit noch nie gemessen.

Auch Mallorca bietet in höheren Lagen das Bild eines Winter-Märchenlandes. Auf dem Puig Major, dem mit 1.445 Metern höchsten Berg des Landes, liegen stellenweise bis zu einem Meter Schnee. Noch heftiger hat es andere südeuropäische Ferienorte getroffen. In der Provinz Rimini an der Adria fielen bis zu zwei Meter Schnee. Selbst von der süditalienischen Insel Sizilien wurde Schneefall gemeldet. In der algerischen Küstenstadt Annaba wiederum schneite es erstmals wieder seit 15 Jahren.

Kältetote in Japan und Afghanistan

Klirrende Kälte und Schneestürme forderten in Japan derweil fünf Tote. Hunderte Flüge mußten gestrichen werden, zahlreiche Straßen sind derzeit nicht befahrbar. Besonders schlimm ist die Situation derzeit in Afghanistan. Die extreme Kälte von bis zu minus 34 Grad hat hier mindestens 120 Menschenleben gefordert. Außerdem sollen 70.000 Nutztiere durch die Kälte verendet sein.

Angesichts des derzeitigen bitterkalten Winters in vielen Teilen der Welt würden sich viele Menschen wohl sogar über eine Erderwärmung. Doch die politischen Profiteure des Erderwärmungs-Narrativs bereiten schon die nächste argumentative Pirouette vor. Demnach ist Kalt jetzt das neue Heiß, wie Johann Leonhard in der brandaktuellen Februar-Ausgabe des COMPACT-Magazins erklärt, die unter dem Titel "Berlin ist überall" erschienen ist. Soll heißen: Auch die derzeit herrschende Horror-Kälte in Nordamerika soll ein Ergebnis der Erderwärmung sein. ...<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2023: >>Duma-Chef fordert Nürnberg 2.0 gegen Merkel

Ex-Kanzlerin Merkel hat laut dem russischen Parlamentspräsidenten das Minsker Abkommen nur unterzeichnet, um der Ukraine Zeit zur Aufrüstung zu verschaffen. Das soll nun Folgen haben.

Der Präsident der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, hat ein internationales Militärtribunal gefordert, das mit dem in Nürnberg vergleichbar ist, um die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Merkel und den ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande zu verurteilen.

"Merkel für Verbrechen bestrafen"

Er äußerte: "Die Geständnisse des Vertreters des Kiewer Regimes und der ehemaligen Führer Deutschlands und Frankreichs sollten als Beweismittel vor einem internationalen Militärtribunal verwendet werden. Diese Führer planten einen Weltkrieg mit vorhersehbaren Folgen zu beginnen. Und sie verdienen, für ihre Verbrechen bestraft zu werden."

Angela Merkel hatte in einem Interview mit der Wochenzeitung Zeit versichert, die Minsker Vereinbarungen nicht ausgehandelt und unterzeichnet zu haben, um Frieden in der Ukraine zu schließen, sondern um der ukrainischen Armee Zeit zu geben, sich auf den aktuellen Krieg vorzubereiten. François Hollande hatte diese Darstellung in einem Interview mit der ukrainischen Zeitung Kyiv Independent bestätigt.

Das hintertriebene Minsker Abkommen

Das Völkerrecht betrachtet "Verbrechen gegen den Frieden" als schwerwiegender als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vereinten Nationen haben jedoch nie klar definiert, was erstere wirklich sind. Die Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen verlängerte den Bürgerkrieg in der Ukraine um acht Jahre und tötete mindestens 20 000 Menschen.

Rußland sei nicht in die Ukraine einmarschiert, sondern habe eine spezielle Militäroperation zur Umsetzung der Resolution 2202 des Sicherheitsrates eingeleitet. In dieser Resolution sei es bloß um eine Bestätigung der Minsker Vereinbarungen gegangen, so Wjatscheslaw Woldin.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2023: >>**Putin: Klartext-Auftritt zur deutschen Geschichte**

Von *Sven Eggers*

Präsident Putin ist am russischen Studententag im Moskau vor jungen Leute aufgetreten und hat dort Klartext gesprochen. BRD-Medien toben. ...

Die Veranstaltung mit Wladimir Putin an der Universität Moskau am 25. Januar verlief in einem harmonischen Rahmen. Die anwesenden Studenten lauschten den Ausführungen des Präsidenten, der ihre verschiedenen Fragen beantwortete.

Studentin erlebt Ausgrenzung

Dabei meldete sich auch eine Studentin zu Wort und berichtete, daß sie zuletzt aus Wien habe fortziehen müssen. Die dortige Uni habe von ihr die Unterzeichnung eines Papiers verlangt, mit dem sie sich von Putin hätte distanzieren sollen und in dem Rußland als Terrorstaat bezeichnet worden sei. "Ich habe das nicht unterschrieben", berichtete die 24-Jährige, die sich nun um eine Arbeitsstelle in der Präsidialverwaltung bewerben wolle.

Putin erläuterte der jungen Dame daraufhin: "Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland in vier Sektoren aufgeteilt, den amerikanischen, englischen, französischen und sowjetischen. Die Sowjetunion hat den Besatzungsstatus rechtmäßig beendet, die Vereinigten Staaten jedoch nicht."

So befänden sich weiterhin "amerikanische Besatzungstruppen" auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. "Das ist so Fakt, und davon gibt es viele", so Putin. Deutschland sei kein souveräner Staat, und es gäbe deutsche Politiker, die davon sprächen, daß Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie ein eingeständiger Staat gewesen sei. Überhaupt seien europäische Eliten nur der verlängerte Arm Washingtons.

BRD-Medien pöbeln

Putins Äußerungen wurden von diversen bundesdeutschen Medien aufgegriffen. Tenor: "Putin hält Lügenrede in Moskau" (Redaktionsnetzwerk Deutschland). Er habe "im Stile eines Verschwörungstheoretikers" gesprochen, wird gegefirt. Gegenargumente liefern unsere Qualitätsjournalisten natürlich nicht. Wie auch ...

Schon zu Beginn des Ukrainekrieges hatte Putin im Rahmen einer strategischen Rede ausgeführt:

"Rußland hat alle Verpflichtungen erfüllt, einschließlich des Truppenabzugs aus Deutschland und aus den mittel- und osteuropäischen Staaten und leistete damit einen großen Beitrag zur Überwindung des Erbes des Kalten Krieges. Wir haben stets verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit angeboten, auch im Rahmen des NATO-Rußland-Rates und der OSZE. ... Es liegt nicht an unserem politischen Regime oder an etwas anderem, sie wollen einfach kein so großes, unabhängiges Land wie Rußland. Das ist die Antwort auf alle Fragen. Sie ist die Quelle der traditionellen amerikanischen Rußlandpolitik."

Mit Blick auf die heutige Situation ist übrigens sehr spannend, was Putin in gleicher Ansprache zur Thema Bewaffnung der Ukraine formulierte:

"Wenn die Ukraine in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, wird sich die Lage in der Welt, in Europa, insbesondere für uns, für Rußland, dramatisch verändern. Wir können nicht anders, als auf diese reale Gefahr zu reagieren, vor allem darauf, daß die westlichen Schirmherren das Auftauchen solcher Waffen in der Ukraine erleichtern könnten, um eine

weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen."

Und weiter: "Wir können sehen, wie hartnäckig das Kiewer Regime mit Waffen vollgepumpt wird. Allein die Vereinigten Staaten haben seit 2014 Milliarden von Dollar für diesen Zweck bereitgestellt, darunter Waffen, Ausrüstung und Spezialtraining."

Putin dann in gleichem Zusammenhang. "In den letzten Monaten sind ständig westliche Waffen in die Ukraine geflossen, demonstrativ und vor den Augen der ganzen Welt. Die ukrainischen Streitkräfte und Geheimdienste werden von ausländischen Beratern geführt, das ist uns wohl bekannt." (Die vollständige Rede können Sie hier lesen.)

Neues Level der Konfrontation

Die von Bundeskanzler Scholz jetzt angekündigten Panzerlieferungen spielten bei Putins jüngstem Auftritt in Moskau übrigens keine Rolle. Sein Außenministerium hat die Entscheidung allerdings verurteilt. Dies komme einem "vorgeplanten Krieg" gegen Rußland gleich, so Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa.

Die russische Botschaft in Berlin nahm wie folgt Stellung: "Berlins Entscheidung, Kiew Panzer vom Typ Leopard 2 zu liefern, ist äußerst gefährlich, weil sie den Konflikt auf ein neues Level der Konfrontation hebt."

Botschafter Sergej Netschajew kritisierte, die Entscheidung widerspreche den Ankündigungen deutscher Politiker, sich nicht in den Konflikt hineinziehen lassen zu wollen. Deutschland und seine westlichen Partner seien offenbar nicht an einer diplomatischen Lösung des Konflikts interessiert. Vielmehr setze man auf Eskalation.<<

27.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2023:

>>Die Auschwitz-Heuchelei der NATO-Faschisten

Von Jürgen Elsässer

Zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz: Geschichtsheuchelei, Kriegsgeilheit und die Wiederkehr des Faschismus. Vier Punkte zur Klarstellung.

Heute ist der 78. Jahrestag der Befreiung des Todeslagers Auschwitz. Der Bundestag gedenkt mit einer der üblichen Veranstaltungen, in Polen findet eine große Feierveranstaltung mit internationaler Prominenz statt. Aus aktuellem Anlaß einige Bemerkungen:

1.) Die Befreiung von Auschwitz wurde von der Roten Armee vollbracht. USA und Großbritannien haben es dagegen unterlassen, die Schienen nach Auschwitz zu bombardieren (obwohl sie frühzeitig über die schreckliche Bedeutung des Lagers Bescheid wußten) und sich statt dessen auf die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung konzentriert.

Die Heuchelei des Werte-Westens

2.) Obwohl die Befreiung von Auschwitz eine Leistung der Russen war, sind sie zu der heutigen Gedenkfeier nicht eingeladen. Das zeigt die Geschichtsheuchelei des "Werte-Westens" einschließlich der BRD. Die Nicht-Einladung ist die logische Folge der aktuellen Kriegspolitik von USA und NATO: Man will Rußland vernichten und jede Erinnerung an das, was das Land an Opfern im Krieg gebracht hat, vermeiden.

3.) Auch Israel wurde zur heutigen Gedenkfeier nicht eingeladen. Der Westen läßt das den Polen durchgehen, weil man den Polen derzeit alles durchgehen läßt. Hinzu kommt: Israel weigert sich nach wie vor, der Ukraine irgendwelche Waffen zu liefern, obwohl das Land über hochentwickelte Systeme (Makarov-Panzer, "Iron Dome") verfügt. Israel nimmt dadurch eine vorbildliche, deeskalierende Funktion ein. Und die BRD-Führer, die ansonsten fast sklavisch der israelischen Politik folgen, weichen ausgerechnet an diesem Punkt markant von Israel ab.

Der Faschismus kehrt zurück

4.) Der Krieg gegen Rußland ist dem Werte-Westen wichtiger als seine bisher zeitweilig vorherrschende Staatenraison, der Antifaschismus. Damit entstellt sich der Westen einschließlich der BRD zur Kenntlichkeit: Der Faschismus kehrt zurück, dieses Mal in den Farben des Re-

genbogens. Nicht als imperialistisch übersteigter Nationalismus, sondern als imperialistisch übersteigter Antinationalismus. Die Leoparden auf der Spur der Tiger und Panther: Deutsche Panzer rollen wieder an die Ostfront, um Russen zu morden.

Der Sozi Scholz schlafwandelt dem Nazi Hitler hinterher. Das zeigt das gleichbleibende Wesen des Faschismus unabhängig von seiner ideologischen Einfärbung: Er war, ist und bleibt die Organisationsform "der aggressivsten Fraktionen des Kapitalismus", so Georgi Dimitroff auf dem 7. Weltkongreß der Komintern 1935. Bei allem, was die Kommunisten falsch gemacht haben: Das haben sie damals richtig erkannt. Ihre rot-grünen Erben sind dagegen zu Sozial- und Ökofaschisten geworden.<<

28.01.2023

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Januar 2023: >>Orban: "Europa steht vor dem Zusammenbruch"

Vor wenigen Tagen stellte sich Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban bei einer Konferenz des Mathias-Corvinus-Collegiums" in Budapest zwei Stunden lang den Fragen ausländischer Journalisten. Dabei ging er auch auf den Ukraine-Krieg und die Lage in Europa ein. ...

_ Von *Elmar Forster*

Der Journalist Rod Dreher ("The American Conservative") berichtet in einem ausführlichen Artikel über die Themen, die Orban dabei konkret angesprochen hatte. Auch polnische Journalisten waren zugegen und stellten kritische Fragen. Unter anderem sagte der ungarische Premier: "Putin kann es sich nicht leisten, den Krieg zu verlieren."

Ein Grund: Er wolle im kommenden Jahr die Wahlen in Rußland gewinnen. Außerdem werde Moskau niemals die Präsenz der NATO in der Ukraine akzeptieren. Allerdings hätte diese auch nicht die Kraft, die Ukraine zu besetzen oder dort eine Marionettenregierung zu installieren.

Warnung vor einer weiteren Eskalation

"Die Ukraine ist wie Afghanistan ein Niemandsland", so Orban weiter. Deshalb sei es nun Rußlands Ziel, die Ukraine in ein "unregierbares Wrack" zu verwandeln. Dies sei gelungen. Zudem stehe die Zeit auf Putins Seite, da Rußland jederzeit mehr Personal für seine Armee rekrutieren könne, während den Ukrainern dieses ausgehe. Und niemand wisse, was passieren werde, wenn die Soldaten völlig erschöpft seien.

Der ungarische Ministerpräsident konstatierte: "Der Westen ist in sehr großen Schwierigkeiten"

Sollte eine russische Frühjahrsoffensive erfolgreich sein, stünde die NATO vor der Frage, ob sie ihre eigenen Soldaten in den Krieg schicken will. Die Amerikaner würden dies zwar nicht in Betracht ziehen. In Europa aber würden solche Überlegungen durchaus erwogen, obwohl dann die betroffenen Länder zerstört würden, sollte der Krieg weiter eskaliert. Orban fügte hinzu: "Wir befinden uns im Krieg mit Rußland. Das ist die Realität. Tag für Tag engagieren wir uns mehr und mehr."

Dabei machte er deutlich, daß er diesen Krieg überhaupt nicht wolle. Trotzdem seien sich die Westler im Unklaren darüber, was gerade passiere und was in naher Zukunft passieren könnte. Orban verglich sich wortwörtlich mit "einer Ziege unter den Schafen der NATO".

Weiterhin bestehe die Gefahr, daß NATO-Soldaten mit den Russen in der Ukraine zusammenstoßen könnten. Orban warnte daher: "Atomwaffen könnten eingesetzt werden"

Dies beziehe sich auf den Einsatz taktischer Atomwaffen auf dem Schlachtfeld. Den Abwurf von Atombomben, etwa über Warschau oder Berlin, schloß er jedoch aus.

Die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes könnte dann gegeben sein, wenn etwa die ukrainische Armee international anerkannte Grenzen überschreiten und in russisches Territorium eindringen würde.

Die Tatsache, daß er als einziger Regierungschef der 27 EU-Länder gegen den Krieg sei, be-

zeichnete Orban als sehr frustrierend. Andere würden den Konflikt moralisch bewerten, nicht im Hinblick auf die Interessen ihres eigenen Landes - um immer wieder zu betonen, daß sie auf der richtigen Seite der Geschichte stünden. Doch dieses Narrativ werde ihnen tatsächlich von Washington und den liberalen Medien in den Mund gelegt. Im Gegensatz dazu vertrete er die Interessen Ungarns und des ungarischen Volkes, so Orban.

"Alles Schlechte kommt aus Brüssel"

Orban ging bei der Pressekonferenz auch auf den Dauerkonflikt zwischen Ungarn und der EU ein: Seinen Worten zufolge vertreten Brüssel und Budapest sehr unterschiedliche Ideologien, was das Menschsein selbst und das Funktionieren der Gesellschaft betreffe. Alle Meinungsverschiedenheiten, etwa Migration oder Geschlechterfragen betreffend, seien auf diese ideologische Differenz zurückzuführen.

"In den letzten 30 Jahren kamen alle schlechten Dinge in der europäischen Geschichte aus Brüssel", so der ungarische Ministerpräsident. Gerade deshalb würde Ungarn wegen seiner Erfolge im Zentrum der EU beneidet und dämonisiert. "Es ist nicht einfach für mich, da rauszugehen und von alle verdammt zu werden zu tolerieren" fügte er hinzu.

Obwohl die EU-Mitgliedschaft und die viele Kritik "schmerzhaft" seien, werde Ungarn Teil der Union bleiben, bekräftigte Orban. Davon hänge auch das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes ab, und es sei in Ungarns nationalem Interesse, daß es EU-Mitglied bleibe.

Auf die Frage nach der Bedeutung von Religion im Allgemeinen und deren Lage in Ungarn sagte der Ministerpräsident: Zwar würden heute nur wenige Menschen in Ungarn die Kirche besuchen, allerdings müsse auch Europa zur Religion zurückkehren, weil jede Zivilisation darauf aufgebaut wurde.

"Europa steht vor dem Zusammenbruch", so Orban weiter. "Die soziale Struktur, die in den letzten 30 Jahren aufgebaut wurde, ist völlig gegen die menschliche Natur ist. Ich bin mir sicher, daß es zusammenbrechen wird, Ich hoffe nur, daß es nicht zu einem Armageddon wird." Zunächst müsse "die Gender-Ideologie politisch besiegt werden", dann könne sich die Gesellschaft wieder schnell erholen, fügte Orban noch hinzu.

Dieser Beitrag wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen.<<

USA: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 28. Januar 2023 (x1.256/...):

>>Die Truman-Show

Was der Film mit Jim Carrey suggeriert, gilt auch für die mediale Inszenierung von Politik: Nichts ist echt.

Von *Tom-Oliver Regenauer*

Vermeintliche "Weltmacht" WEF, Twitter-Files, Kriegshetze, Greta in Lützerath et cetera. Ein medial hochgejazzter Strohmännchen jagt den nächsten. Empörungsmanagement und Social Engineering lenken dabei vom zentralen Problem ab: daß die vermeintlich heißen Themen des Tages nur eine Simulation von Realität sind - eine Truman-Show. Das Gute an einer Show ist jedoch: Man kann aufhören, zuzuschauen.

The Truman Show - der im Jahr 1998 veröffentlichte Film mit Jim Carrey in der Hauptrolle ist den meisten vermutlich bekannt. Der Hollywood-Streifen über einen Versicherungsangestellten, der ein glückliches Leben zu führen glaubt, bis er herausfindet, daß er unwissentlich die Hauptrolle in einer TV-Serie spielt, die sein Leben von Geburt an mit über 5.000 Kameras live begleitet, ist ein Klassiker. Und die Handlung vielsagend. Denn was da 24 Stunden live ausgestrahlt wird, ist die Illusion eines Lebens, das unter einer Glaskuppel oberhalb des Hollywood-Schriftzuges inszeniert wird. Nichts ist echt. Außer Truman, der zentralen Figur des Plots.

Denn er weiß von nichts. Truman Burbank beginnt erst im Alter von 29 Jahren, nach 10.909 Tagen Live-Übertragung, an seiner Lebensrealität zu zweifeln. Als ihm aus dem sprichwört-

lich heiteren Himmel ein Scheinwerfer vor die Füße fällt.

Es dürfte nicht allzu viel Fantasie erfordern, die Parallelen zwischen jenem Film, der Jim Carrey seinen ersten "Golden Globe" einbrachte, und der vermeintlichen Realität von heute auszumachen. Schließlich gilt auch in puncto Status quo: Nichts ist echt. Nichts! Exemplarisch dafür steht die plumpfüßig aufgebauschte Berichterstattung rund um die vermeintliche Polizeigewalt gegenüber Klima-Protestlern in Lützerath und Umgebung.

Seit Apokalyptiker-Ikone Greta Thunberg Mitte Januar vor Ort eintraf, überschlugen sich die Meldungen. Zuerst vermeldeten die Protestler, Thunberg sei von der Polizei grob angefaßt und geschubst worden.

Videos des Vorfalls belegten jedoch rasch, daß die Vorwürfe gegen die Polizei haltlos sind. Tatsächlich stand Thunberg lediglich in einer Gruppe von Menschen, die von der Polizei zwar zwecks Räumung der Lokation in eine Richtung bugsiert, aber weder mißhandelt noch geschlagen wurde. Thunberg selbst hatte augenscheinlich zu keinem Moment körperliche Berührungspunkte mit den Beamten.

Und auch die von den Aktivisten öffentlichkeitswirksam verkündeten "lebensgefährlichen Verletzungen" einer Anzahl von Demonstranten im "zwei- bis dreistelligen Bereich" waren Fiktion. Wie die WELT am 17. Januar 2023 berichtete, mußte die "Letzte Generation" die Behauptungen nach zwei Tagen zurückziehen, weil sich sämtliche Vorwürfe gegen die Polizei als haltlos erwiesen. Im Gegenzug waren im Rahmen der Proteste jedoch 81 Beamte verletzt worden.

Einen Tag später berichteten Leitmedien wie etwa die Süddeutsche Zeitung aufmerksamkeitsheischend wie dramatisierend davon, daß die Klimawandel-Influencerin Thunberg "festgenommen" wurde. Man habe ihre Identität feststellen wollen. Allerdings legen bewegte Bilder des Vorgangs nahe, daß es sich um nichts weiter handelt als um ein von vorne bis hinten inszeniertes Medienspektakel.

In der Realität steht Thunberg minutenlang entspannt und lächelnd mit zwei Polizisten herum, die sie behutsam an Händen und Schulter festhalten, damit es nach - wie die Exekutive es nennen würde - "Zugriff" oder "Fixierung" aussieht, während eine Gruppe Fotografen wild vor der Klima-Krawallschachtel herumwuselt, um die identitätspolitische Farce ins rechte Bild zu setzen. Zudem verkündete die Pressesprecherin der Polizei, daß man die Personalien von Greta nicht habe feststellen wollen, "sie sei ja bekannt".

Übertroffen wird diese mediale Beleidigung für den Intellekt nur noch davon, wie die zwei schwarz verummten Beamten in Kampfmontur Greta links und rechts an der Hand fassen, um sie abzuführen und in Gewahrsam zu nehmen - vorgeblich, denn nach nur ein paar gemeinsam zurückgelegten Metern löst sich das Trio überraschend auf. Die Polizisten lassen Greta los und gehen zurück an ihre Ausgangsposition.

Entweder um die gestellte Szene noch einmal zu wiederholen - oder weil die Aufnahme in Ordnung und im Kasten war. Abgeführt wurde die mittlerweile 20-jährige Schwedin jedenfalls nicht. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) titelt am 18. Januar 2023 dann auch folgerichtig mit der Frage "Alles nur gestellt?". Und die freie Journalistin Aya Velazquez kommentiert die Inszenierung am gleichen Tag trefflich, wenn sie festhält:

"Das Verstörendste an diesem Video ist: Es zeigt, daß Greta ganz offensichtlich weiß, daß sie zentraler Part einer Inszenierung ist. Sie ist kein armes, manipuliertes Mädchen - sie weiß Bescheid. Das heißt: Sie lügt."

Simple Fazit: Singulärer Sinn und Zweck des ganzen Lützerath-Spektakels ist die Produktion von Bildern, mit denen sich die Bevölkerung für den nächsten Krisenhype, das nächste Paniknarrativ sensibilisieren läßt - den dramatisierten Klimawandel, dessen evidenzloses Postulat vom menschengemachten Untergang der Welt ich mit entsprechender Recherche an anderer Stelle bereits entkräftet habe.

Nun kann es natürlich auch purer Zufall sein, daß genau parallel zum Spektakel am RWE-Tagebau mediale "Testballons" wie das persönliche CO2-Budget für jedermann oder das euphemistisch als 15-Minuten-Stadt bezeichnete Freiluftgefängnis der Zukunft losgelassen werden. Daran zu glauben wäre allerdings naiv. Denn praktisch alles, was uns in den Medien derzeit präsentiert wird, muß im Kontext von ausgefeiltem "Social Engineering" betrachtet werden.

So auch die von vielen geradezu als Offenbarung gewerteten "Twitter-Files". Daß diese in meinen Augen weder revolutionär neue Sachverhalte enthüllen noch als journalistische Arbeit im eigentlichen Sinne betrachtet werden können, habe ich in einem Artikel vom 16. Januar bereits dargelegt. Daß der Trubel, den Elon Musk, Matt Taibbi und Bari Weiss rund um die Geschichte erzeugen, zudem stark an das journalistische Fiasko mit dem "Snowden-Archiv" und die anhängige Lancierung der vorgeblich investigativen Mediengruppe "First Look Media" durch eBay-Gründer Pierre Omidyar erinnert, habe ich im gleichen Beitrag erläutert.

Das Ergebnis in Bezug auf das Archiv von Edward Snowden war, daß besagte privat finanzierte Mediengruppe, die als Nichtregierungsorganisation (NGO) firmiert, nun im Besitz dieser Unterlagen und Informationen ist, deren Publikation vom einzigen echten Magazin der Dachgesellschaft, The Intercept, aber "aus Kostengründen" eingestellt wurde.

Obwohl bislang nicht mehr als zwanzig Prozent der brisanten Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Whitney Webb, eine echte Investigativjournalistin, hat zu den fragwürdigen Ereignissen in Bezug auf das Snowden-Archiv in der Vergangenheit mehrere aufschlußreiche Artikel veröffentlicht und dabei sowohl Doppelmoral als auch Fadenscheinigkeit von Omidyars Intercept-Projekt offengelegt.

Summa summarum haben von dem Trubel um die Snowden-Files nur das von Omidyar gegründete Medienunternehmen, das durch massives Interesse an den Snowden-Enthüllungen monetär reüssierte, und involvierte Journalisten wie Glen Greenwald oder Matt Taibbi profitiert, die seitdem als Starjournalisten und Speerspitze für Investigativrecherche gehandelt werden.

Obschon sowohl Greenwald als auch Matt Taibbi konstant gegen "Verschwörungstheoretiker" und "Anti-Vaxxer" (Impfskeptiker) hetzen und auf Twitter Menschen diskreditieren, die - wie die Mehrheit der 9/11-Kommission und die Hälfte der Amerikaner - nicht an die offizielle Darstellung der US-Regierung im entsprechenden 9/11-Report glauben.

So wird wohl auch im Zuge der Twitter-Files nur die Spitze des Eisbergs gestreift. Denn die Informationen befinden sich in Privatbesitz, und ein Großteil wird unter Verschluss bleiben. Die entscheidende Frage aber auch hier: Cui bono? Wem nutzt das Chaos? Zunächst natürlich der halbseidenen Image-Ikone Elon Musk. Ihm gedeiht durch den medialen Tumult eine PR-Kampagne an, die von Agenturen so kaum umsetzbar wäre.

Langfristig wird Twitter zudem als Plattform profitieren, weil Musk es zur vielgepriesenen Alles-Applikation auszubauen plant, nach Vorbild der chinesischen "WeChat-App", über die im Ergebnis hohe Rendite zu erwirtschaften sein wird. Und die darüber hinaus einen massiven Machtzuwachs für Elon Musk in seiner Kaste bedeutet, da er in den kommenden Jahren signifikanten Einfluß auf den öffentlichen Diskurs und damit gesellschaftliche Strömungen nehmen können wird.

Dies wiederum wird seine distanzlose Nähe zum Staat, zu verschiedenen Geheimdiensten und dem militärisch-industriellen Komplex der USA, dem er durch Starlink und Space X bereits auf lukrative Weise zuarbeitet, zusätzlich zementieren. Im Oktober 2020 verlieh das Pentagon (amerikanisches Verteidigungsministerium) Musks Firma Space X gar einen "Award".

So profitiert von den Twitter-Files zu guter Letzt auch der korporatistische Überwachungskapitalismus mitsamt seinem durch eine Handvoll Presseagenturen und finanzielle Usurpierung de facto gleichgeschalteten Propaganda-Apparat. Das System also, gegen das sich Elon

Musk so lautstark in Stellung zu bringen scheint. Denn zum einen forciert die auf politische Spektren limitierte Debatte rund um Twitter die staatlich goudierte Polarisierungsdialektik, also den sinnfreien Grabenkampf zwischen links und rechts, und dient somit als Spaltpilz, der die Zivilgesellschaft dies- und jenseits des Atlantiks weiter auseinanderdividiert.

Zum anderen liefern Charaktere vom Typ Elon Musk, Matt Taibbi, Donald Trump, Wolfgang Kubicki, Reiner Füllmich (Corona-Ausschuß), Pavel Durov (Telegram) et alii vor allem eines: "Hopium", ein Sedativum, das temporär die Hoffnung darauf bestärkt, daß irgend jemand den Karren aus dem Dreck ziehen wird.

Das Resultat dieses fatalen Irrglaubens, dem nicht wenige Politikverdrossene, oppositionelle Geister und Regierungskritiker anheimfallen, ist, daß der eigene Allerwerteste allabendlich träge in der Komfortzone des Sofas oder sonst eines gemütlichen Sitzmöbels ruht. Die Episoden der Scripted-Reality-Sendung namens "Zeitenwende" werden nun zwar nicht mehr bei den in Verruf geratenen Propaganda-Trompeten ARD und ZDF verfolgt, sondern in den neuen Medien; der sedierende bis paralysierende Effekt ist allerdings gleich.

Denn schlußendlich verharrt ein Großteil der Bevölkerung in Passivität und konsumiert die dargebotene Endzeit-Show wie ein Entertainment-Programm, anstatt sich - um in der Metapher zu bleiben - selbst zu ermächtigen und aktiv gegen Drehbuchautoren, Sponsoren und Regisseure vorzugehen oder selbst in die Hauptrolle des eigenen Films zu schlüpfen.

So halten konstruierte Hoffnung, kontrollierte Opposition, Social Engineering und vorgeblich alternative Digitalangebote wie Telegram oder Bitcoin der herrschenden Kaste die erbosten, enttäuschten und frustrierten Massen vom Hals. Darüber hinaus darf nicht unterschlagen werden, daß auch allgemeine Politikverdrossenheit der schleichenden Machtergreifung des internationalen Korporatismus dienstbar ist. Denn je größer der Haß gegenüber der eigenen Regierung, gegenüber dem Modell Nationalstaat, desto einfacher läßt sich eine supranationale "Global Governance" unter Ägide der Vereinten Nationen (UN) rechtfertigen und installieren. Problem, Reaktion, Lösung. Hegelsche Dialektik in Reinform.

Daß auch hinsichtlich des vor Rußlands Haustüre hochkochenden militärischen Konflikts nichts so ist, wie es in den Leitmedien dargestellt wird - schließlich ist die Wahrheit immer das erste Opfer eines jeden Krieges -, dürfte gleichfalls wenig überraschend sein. Sinnbildlich dafür steht ein journalistisches Machwerk der BILD-Zeitung vom 18. Januar 2023, das sich kaum als Artikel bezeichnen läßt und das mit der widersinnigen Überschrift "Ukraine plant geheimen Wald-Angriff" aufmacht.

Geheim - aber schon jetzt bei BILD! Die Überschrift wurde zwar zwischenzeitlich geändert und lautet nun "Ukraine plant neuen Befreiungsschlag", der Vorgang verdeutlicht jedoch einmal mehr, wie volatil der Zustand ist, den uns der Propaganda-Apparat als Realität verkaufen will.

Und dann ist da noch das Weltwirtschaftsforum (WEF) mit seinem Bilderbuch-Bösewicht Klaus Schwab, der in jedem James-Bond-Film eine gute Figur machen würde. Mit Sicherheit die dickste Nebelkerze, das größte Ablenkungsmanöver der globalisierenden "Superclass". Ja, es ist nicht von der Hand zu weisen, daß das WEF Einfluß auf den Lauf der Welt nimmt. Auch nicht, daß in Davos geopolitische wie sozioökonomische Prioritäten gesetzt, Roadmaps koordiniert und Narrative kommuniziert werden.

Koordinieren und kommunizieren sind aber nun mal nicht gleichzusetzen mit entscheiden. Das WEF ist keine "Weltmacht" und operiert schon gar nicht "im Hintergrund", wie Ernst Wolff sein aktuelles, gut recherchiertes, aber auf der Suche nach Verantwortlichen deutlich zu kurz greifendes Buch untertitelt. Das gilt ebenso für das aktuelle Werk von Miryam Muhm namens "Die Krake von Davos". Auch wenn Elon Musk ins gleiche Horn stößt, als er am 18. Januar 2023 schreibt: "Das WEF wird zunehmend zu einer nicht gewählten Weltregierung, die die Menschen nie gefordert haben und die sie nicht wollen."

Schwabs Organisation ist die für eine breite Öffentlichkeit weithin sichtbarste Sammelstelle korrupter Karrieristen, die sich der Macht anbieten. Orientiert man sich an der Aufbauorganisation eines multinationalen Großkonzerns, könnte man das WEF als mittlere bis gehobene Management-Ebene bezeichnen. Keinesfalls jedoch als Vorstandsetage.

Natürlich stimmt es, daß 3.800 "Young Global Leader" aus Schwabs Nachwuchsförderung "weltweit Kabinette penetrieren", wie der Davoser Hausherr es selbst formuliert. Richtig ist auch, daß Klaus Schwab inhumane, kollektivistische, neofeudale Ansichten vertritt, sich für Transhumanismus engagiert und einer Unternehmerfamilie entstammt, die mit dem faschistischen Naziregime im Dritten Reich kooperierte.

Und es ist zutreffend, daß das jährliche Event in Davos eine im Kern antidemokratische Veranstaltung ist, bei der Politik, Wirtschaft und Medien in verschwiegener Vertraulichkeit koordinieren, wie sie die ökonomischen Entwicklungen, die mediale Öffentlichkeit, kulturelle Strömungen und die Zivilgesellschaft nach ihrem Gusto manipulieren.

In dem als Beispiel angeführten Großkonzern wäre das Aufgabe eines "Change Management-Teams", das sich aus Projektmanagern, Kommunikationsprofis und Trainern, die sogenannte "Change Agents" ausbilden, zusammensetzt. Mit genau diesen "Change Agents", deren Aufgabe es ist, sich unter die normale Belegschaft zu mischen und die gewünschten Änderungen "von unten" anzustoßen, kann man die Mehrzahl der Teilnehmer des Forums vergleichen.

Sie sind es, die nach der Lagebesprechung in den Alpen die Massen über Bildschirme und Displays für die Ziele des Klassenkampfes von oben begeistern sollen. Wenn dagegen Black-Rock-Chef Larry Fink durch die Gassen von Davos flaniert, ist tatsächlich mal jemand aus der Vorstandsebene zugegen, wie unter anderem die Lektüre von Werner Rügemers Buch "Black-Rock & Co. enteignen!" aus dem Jahr 2021 verdeutlicht.

Bei all dem Trubel um das Weltwirtschaftsforum, bei all der Projektionsfläche, die ein Klaus Schwab der kritischen Öffentlichkeit bietet, darf man eines nie vergessen: Wenn etwas derart sichtbar ist wie das WEF, wollen "die", daß man es sieht. Darüber sollte man nachdenken anstatt über die wohldosierten Testballons und Buzzword-Panels in Davos.

Stellt sich die Frage: Wer sind "die"? Wer trifft die fundamentalen strategischen Entscheidungen, die den Lauf der Welt nachhaltig beeinflussen? Wie setzt sich die Vorstandsebene des internationalen Korporatismus zusammen? Folgt man der Entstehungsgeschichte des WEF in die Vergangenheit, stößt man auf entsprechende Hinweise und Verbindungen. Eine Schlüsselfigur ist der WEF-Ehrenvorstandsgrunde und mutmaßliche Kriegsverbrecher Henry Kissinger, den Klaus Schwab bereits 1966 beim von der CIA-Tarnfirma "Fairfield Foundation" finanzierten "Harvard Management Seminar" traf und fortan als Mentor betrachtete.

Fünf Jahre später, im Jahr 1971, rief Schwab, ohne über entsprechende Kontakte zu verfügen, das "European Management Symposium" ins Leben, das einige Zeit später in "Weltwirtschaftsforum" umbenannt wurde.

Klaus Schwabs Symposium war eine exakte Replika von Kissingers Harvard-Projekt, das mehrere hundert Führungskräfte ausbildete, aber 1969 eingestellt wurde, da Kissinger von seinen Dienstherrn wichtigere Aufgaben zugewiesen wurden. In puncto Finanzierung herrschte aber offenbar Kontinuität. Denn Schwab übernahm Kissingers Projekt und diente fortan den gleichen Auftraggebern wie sein Mentor. Der prominenteste und einflußreichste: Finanzmogul und Industrie-Tycoon David Rockefeller.

David Rockefeller hatte den in Fürth (Bayern) geborenen Heinz Alfred Kissinger als jungen Emporkömmling mit deutschen Wurzeln beim "Council on Foreign Relations" (CFR) getroffen, einem 1918 initiierten und seit den 1930er-Jahren primär von den Industriellen-Familien Ford und Rockefeller finanzierten Ableger des britischen "Institute of Royal Affairs", das zeitgleich von Kreisen der angelsächsischen Hochfinanz aufgesetzt wurde.

Sprich: Der einflußreiche CFR ist lediglich eine US-Dependance des für die englische Krone

arbeitenden "Institute of Royal Affairs", das heutzutage unter dem Namen "Chatham House" firmiert und von London aus maßgeblich die Geopolitik beeinflusst. Ohne sich dabei an demokratischen Prozessen zu orientieren.

Kissinger war beim CFR in den Kreisen der seit Beginn des 20. Jahrhunderts über den Atlantik hinweg kollaborierenden angloamerikanischen Hochfinanz angekommen. Und weil David Rockefeller Gefallen am offensichtlich willfährigen Kissinger fand, ihn unter seine Fittiche nahm und förderte, fand dieser sich bald an exponierter Stelle in Washington wieder, wo er fortan linientreu die globalistischen Interessen von Rockefeller und Konsorten vertrat, wie ich in meinem Artikel über den US-finanzierten Aufstieg Mao Zedongs bereits ausführlich beschrieben habe. Klaus Schwab wiederum vertritt in Folge seit 1971 die Interessen von Henry Kissinger und dessen Gönnern. Für diese Schlußfolgerung braucht es nicht allzu viel kriminalistisches Kombinationsvermögen.

Welche Interessen das sind, unterstreicht ein aus guten Gründen recht häufig angeführtes Zitat aus David Rockefellers Memoiren:

"Manche glauben, wir seien Teil einer geheimen Verbindung, welche gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet; sie charakterisieren meine Familie und mich als Internationalisten und behaupten, daß wir uns weltweit mit anderen zur Errichtung einer global integrierten, politisch-wirtschaftlichen Struktur verschworen haben ... Wenn das die Anklage ist, bekenne ich mich schuldig, und ich bin stolz darauf" (David Rockefeller, Memoiren - Erinnerungen eines Weltbankiers, 2002).

In diesen Kontext ist anzumerken, daß Kissingers CIA-Harvard-Projekt weitere Ableger-Organisationen produzierte. Neben Klaus Schwabs Symposium entstand 1982 unter anderem das "Georgetown Leadership Seminar", dessen Führungskomitee neben Henry Kissinger auch illustre Persönlichkeiten wie Madeleine Albright und Zbigniew Brzezinski angehörten. Gemeinsam mit Brzezinski gründete und leitete David Rockefeller 1973 auch die "Trilaterale Kommission", die sich speziell um das Zusammenwachsen der drei internationalen Machtblöcke bemühen sollte. Mitglied wird man nur auf Einladung.

Wem diese Ehre derzeit zuteil ist, zeigt die offizielle Mitgliederliste der Kommission des Jahres 2022. Aus Deutschland sind das unter anderem Matthias Wissmann (ehemaliges Mitglied des Bundestags, Präsident der Internationalen Automobilherstellervereinigung OICA), Martin Weiss (CEO Hubert Burda Mediengruppe), Heinrich Weiss (CEO SMS Group), Klaus-Peter Müller (ehemaliger CEO Commerzbank), Roderich Kiesewetter (Mitglied des Bundestags), Michael Inacker (CEO des Kommunikationsberatungsunternehmens WMP EuroCom), Uwe Fröhlich (Co-CEO DZ Bank Frankfurt) oder Jürgen Fitschen (ehemaliger CEO Deutsche Bank).

Damit nicht genug der Geheimniskrämerei: Auch der in Wien gegründete "Club 45" wurde durch Kissingers Forum inspiriert und trieb zwischen 1973 und 1992 sein tiefenstaatliches Unwesen. Ebenso das vornehmlich anonym operierende außenpolitische Forum namens "Le Cercle", das seit 1952 jährlich zusammenkommt, um sich diskret gegen atomare Abrüstung, für den Krieg gegen Terrorismus und europäische Integration zu engagieren. Frühe Mitglieder waren unter anderem Konrad Adenauer und Otto von Habsburg.

In ähnlich radaruntersteuernder Flughöhe operieren die "Bilderberg Meetings", die zwei Jahre nach "Le Cercle" begannen und seither jährlich stattfinden. Das offizielle Narrativ in Bezug auf Bilderberg war bis vor einigen Jahren, daß es eine solche Gruppe überhaupt nicht gibt. Die zunehmende Emanzipierung des freien Journalismus durch die technologischen Fortschritte des Medienzeitalters setzte dem Verleugnen ein Ende. Denn einfache Bürger begannen, die Events zu dokumentieren. Autoren setzten an, darüber zu schreiben.

Bücher wie jenes von Marcus Klöckner, Björn Wendt und Sascha Pommrenke mit dem Titel "Wie Eliten Macht organisieren - Bilderberg und Co.: Lobbying, Thinktanks und Medien-

netzwerke" analysieren den lang anhaltenden Einfluß der Gruppe auf den Lauf der Welt. Regelmäßige Teilnehmer der Meetings waren selbstverständlich David Rockefeller und Henry Kissinger. Nicht um sonst nennt die renommierte Fachzeitschrift The Lancet den Rockefeller-Clan im Mai 2013 "die einflußreichste Kraft der letzten 100 Jahre hinsichtlich der internationalen medizinischen Agenda".

Nachdem selbst die britische Zeitung The Telegraph oder vereinzelte Leitmedien über die streng geheim gehaltenen Meetings schrieben, ging man zähneknirschend an die Öffentlichkeit - indem man eine wenig informative Webseite einrichtete, knappe Teilnehmerlisten veröffentlichte und generische Agenda-Punkte kommunizierte. Man versuchte, den fraglos weitreichenden Einfluß der Gruppe herunterzuspielen, die sich seit nunmehr über fast 70 Jahren trifft. Analog ging man seitens der "Trilateralen Kommission" vor, die nach Jahrzehnten der Verleugnung mittlerweile eine magere und damit trotzdem vielsagende Onlinepräsenz hat.

Wer die vorgängig angeführten externen Quellenverweise überprüft, kann ein Muster erkennen. Je stärker ein Social Club, eine Lobbyisten-Gruppe, eine Geheimgesellschaft oder ein verschwiegener Thinktank durch Angehörige von Hochfinanz, Konzern-Dynastien und altem Hochadel durchdrungen ist, desto spärlicher werden die offiziellen Informationen zu den jeweiligen Aktivitäten.

Läßt sich zur 1889 in Genf gegründeten "Interparlamentarischen Union" oder der sagenumwobene Yale-Studentenverbindung "Skull and Bones" noch halbwegs ordentlich recherchieren, wird die Informationsdecke bei exklusiveren Elite-Veranstaltungen wie der seit 1902 aktiven "The Pilgrims Society" sehr dünn. Obgleich man immer wieder auf identische Familiennamen stößt: Rockefeller, Carnegie, Ford, Schiff, Morgan, Windsor, Dulles, Bush, Aldrich, Rothschild, von Amerongen, Warburg et cetera.

Daneben begegnet man fortlaufend den seit Jahrhunderten bestehenden Adelsdynastien, so wie der Linie Sachsen-Gotha oder den sonstigen, für den Stand der Monarchie berechtigten "souveränen Häusern erster Abteilung" Europas. Deren antidemokratische, neofeudalistische und augenscheinlich generationsübergreifend kriminellen Aktivitäten wären durchaus von öffentlichem Interesse. Doch der Zuschauer wendet seinen Blick eben vornehmlich dahin, "wo die Musik spielt" - nach Davos, Lützerath, Berlin, Washington oder Kiew.

Dabei wäre ein Blick ins London des angehenden 20. Jahrhunderts aufschlußreicher, will man verstehen, wer auf der internationalen Bühne tatsächlich den Ton angibt. Denn auch wenn die Vereinigten Staaten mit ihrer Dollar-Dominanz, ihren Geheimdiensten und ihrem Militärapparat als Weltpolizei auftreten, ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten trotz Unabhängigkeitskrieg schlußendlich immer noch Vasall des britischen "Empire" - des "Commonwealth of Nations", das bis heute 56 Länder und 2,5 Milliarden Menschen umfaßt.

Nicht nur der CFR ist ein Ableger der in Großbritannien ansässigen Dachorganisation Chatham House, auch die CIA, die aus dem 1942 mit den Briten gegründeten "Office of Strategic Services" (OSS) hervorging, ist schlicht ein Außenposten des mindestens seit 1857 operativen britischen Nachrichtendienstes, der zu dieser Zeit unter dem Titel "War Office" firmierte und heute als SIS (Secret Intelligence Service) oder MI6 (Military Intelligence, Section bekannt ist.

Das britische Empire, das Imperium, "in dem die Sonne niemals untergeht", und das seit geraumer Zeit von deutschstämmigen Adelsfamilien regiert wird, hat nie aufgehört, nach Weltmacht zu streben. So konzentriert sich die finanzielle Macht der westlichen Hegemonie bis heute in der mit rechtlichem Sonderstatus ausgestatteten Enklave der "City of London", die von der "City of London Corporation" regiert wird, und die militärische in den Vereinigten Staaten.

Daß dies kein Zufall ist, implizieren die präzisen Recherchen des renommierten Harvard- und Princeton-Historikers Carroll Quigley, der die geopolitische Evolution von der angelsächsisch-

hin zur angloamerikanisch-dominierten Hegemonie in seinen Büchern "Tragedy and Hope - A History of the World in our Time" (1966) und "The Anglo-American Establishment: From Rhodes to Cliveden" (1981) ausführlich beschrieb.

"Professor Carroll Quigley präsentiert entscheidende Schlüssel, ohne welche die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts niemals vollständig verstanden werden können" (Google Books).

Wer den Status quo besser einzuordnen gedenkt, könnte auch beim Testament des von Quigley erwähnten Cecil Rhodes beginnen, das als Buch im PDF-Format frei verfügbar ist. Rhodes war einer der einflußreichsten Menschen seiner Zeit, siehe Rhodesien oder Rhodes-Stipendien, Gründer der größten Diamantenproduktion der Welt, De Beers, und beschrieb in seinem letzten Willen unmißverständlich, wie er gedachte, seinen Visionen von einem Aufblühen des Empire und einer Neuordnung der Welt posthum Nachdruck zu verleihen - nämlich durch Gründung von diskret operierenden Zirkeln, die Politik, Wirtschaft und Finanzwelt infiltrieren und nach den Vorstellungen von Rhodes und Konsorten beeinflussen sollten.

Nach Rhodes' Tod führte Lord Alfred Milner, der vor Winston Churchill die britischen Kolonien regierte, seine Pläne weiter. Er gründete Milners Kindergarten, aus dem später die sagenumwobene Round-Table-Bewegung hervorging - von der man auf Basis der Indizien annehmen muß, daß sie in Organisationen wie der UN, Chatham House, dem CFR, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Trilateralen Kommission aufgegangen ist. Denn die Spur des Geldes trägt in der Kriminalistik selten. Und genau darum geht es hier: organisierte Kriminalität.

Ein Blick nach London lohnt auch in Bezug auf die postulierte Klima-Apokalypse. Das britische Königshaus erkannte nämlich sehr früh das Social-Engineering-Potential dieses Narrativs. Das zeigt die Vita von Ex-Prinz Charles. Die Recherchen der US-Autorin Joan M. Veon, die bereits im Jahr 1997 das kaum noch zu ergatternde Buch "Prince Charles: The Sustainable Prince" (Deutsch: Prinz Charles: Der nachhaltige Prinz) veröffentlichte, belegen seinen dahingehenden Elan mehr als eindrucklich. So engagierte sich Charles III. seit Mitte der 1980er-Jahre für die heute im Fokus stehenden "Nachhaltigkeitsziele".

Dafür übernahm er die vom "Club of Rome" 1972 unter dem Titel "Limits to Growth" publizierten Thesen zur vermeintlich drohenden Klima-Apokalypse und arbeitete eng mit den Gründern der 1968 ins Leben gerufenen und in Winterthur (Schweiz) ansässigen Nichtregierungsorganisation zusammen. Analog zum "Club of Rome-Langzeitmitglied" Beatrix Wilhelmina Armgard, besser bekannt als ihre Königliche Hoheit Prinzessin Beatrix der Niederlande. Außerdem mit dabei und Gründer des Club of Rome - wie könnte es bei globalistischen Aktivitäten anders sein - Finanzmogul David Rockefeller, dessen diskret agierende Stiftungen die Welt in den vergangenen 100 Jahren stärker beeinflußt haben als jeder Spitzenpolitiker.

Darüber hinaus gründete der ehemalige Prinz von Wales bereits im Jahr 1985 die Organisation "Business in the Community", die später zum "International Business Leaders Forum" wurde. Dieses stellte seine Geschäftstätigkeit zwar im Jahr 2013 ein, die operativen Aufgaben führen jedoch zwei daraus hervorgegangene Organisationen fort: das "International Business Leaders Forum Global" sowie die "Partnering Initiative".

Beide widmen sich dem gleichen Ziel wie das omniprésente WEF und komplementieren dessen Aktivitäten hinsichtlich Zementierung korporatistischer Strukturen auf supranationaler Ebene. Empfehlenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick in die Familienarchive der Rockefellers oder Rothschilds, die online einsehbar sind und überraschend viele Informationen zur Geopolitik zurückliegender Jahrhunderte bereitstellen.

Von all diesen Namen, Akronymen, Umtrieben und historischen Hintergründen sieht und hört man wenig im öffentlichen Raum. Obwohl selbst der vorliegende Text noch eine sehr oberflächliche Betrachtung dieser Netzwerke und Finanzkonglomerate darstellt. Allein über den

1872 in San Francisco (USA) gegründeten "Bohemian Club" und sein alljährliches okkultistisch anmutendes Meeting namens "Bohemian Grove", bei dem unter anderem der deutsche Altkanzler Helmut Schmid mehrfach zugegen war, wie er selbst begeistert in seinem Buch "Menschen und Mächte" berichtet, könnte man seitenweise Details zu Papier bringen.

Und auch der "Good Club", der sich aus David Rockefeller, Warren Buffett, George Soros, Bill Gates, Oprah Winfrey und Ted Turner zusammensetzte und gemäß Berichten der TIMES der Bekämpfung der Überbevölkerung verschrieb, wäre eine genauere Betrachtung wert. Doch auch Berichte des Guardian oder anderer Medien, die von diesem bemerkenswerten wie finanzstarken Zusammenschluß berichteten, erzeugten keinen vergleichbaren Wirbel wie das WEF.

Mehr Raum müßte man auch der Organisation "The Giving Pledge" bieten, dem "Club der Super-Spender", wie der SPIEGEL die Philanthropen-Clique von 105 Superreichen in einem Artikel vom 21. Februar 2013 bezeichnete. Öffentlicher Aufschrei? Kritik an Machtakkumulation und antidemokratischer Einflußnahme? Fehlanzeige.

So weit, so schlecht - könnte man meinen. Denn was macht man nun mit der Erkenntnis, daß die Menschheit noch immer unter Feudalherrschaft steht, die Vorstandsebene dieses Systems kaum greifbar ist, die propagandistisch erzeugte Scheinwelt in keinem Verhältnis mehr zur Realität steht und man zeitnah droht, vollends Sklave des eigenen Fortschritts zu werden? Wie geht man damit um, daß die repräsentative Demokratie ein Korsett der Polarisierungsdiagnostik ist, die Unmündigkeit des Souveräns gewollt? Wie dispensiert man sich von einem System, von dem man im hohen Masse abhängig ist, während es einen gleichzeitig zu egalisieren droht?

Die wohl schlagkräftigste Waffe gegen den Status quo ist Ignoranz. Denn das herrschende Konstrukt, ein technokratisch-totalitärer Korporatismus, ist auf ökonomischer Ebene zwar eine marktkonsolidierende Plattformökonomie, im Kern aber eine Aufmerksamkeits-Ökonomie. Man will unsere Zeit, unsere zerebrale Kapazität. Nur über dieses sozialarchitektonische Scharnier ist Social Engineering überhaupt möglich, ist Propaganda und Indoktrination von oben wirksam.

Demnach scheint der erste Schritt in Richtung Lösung auf der Hand zu liegen: Einfach nicht mehr beachten! Abschalten, umdrehen, weggehen, selbst machen. Kraft in den Aufbau des Neuen investieren, statt sich mit dem Alten zu beschäftigen. Und so oft wie möglich "Digital Detox": keine Bildschirme und Displays. Wer zwei Wochen ganz ohne Smartphone, Internet, TV und Nachrichtenflut verbracht hat, spürt wieder, wie sich analoge Realität anfühlt.

Und ohne unsere Aufmerksamkeit, soziale Multiplikatoren, unsere Energie und ein intaktes, von Angst befeuertes Abhängigkeitsverhältnis zum System wird die "Truman Show" des "New Normal" alsbald an Zulauf einbüßen - und irgendwann eingestellt. Das Publikum hat es sprichwörtlich in der Hand.

Jeder kann entscheiden, ob er nur IN einer Lüge - oder DIE LÜGE leben will.

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. ... Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. ...<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Januar 2023: >>Deutsche Kolonien: Lob aus dem Ausland

Hochrangige und einflußreiche Persönlichkeiten aus dem Ausland bewerteten die deutsche Kolonialpolitik überaus positiv. Manche forderten sogar die Rückgabe der durch den Versailler Vertrag entrissenen Schutzgebiete. ...

_ Von Philippe Jordan

Durchweg positive Beurteilungen des deutschen Kolonialismus waren vor über 100 Jahren

aus der Feder vieler ausländischer Politiker, Journalisten und Historiker gang und gäbe. Der von 1901 bis 1909 amtierende US-Präsident Theodore Roosevelt beschrieb in seinem 1910 erschienenen Buch "Afrikanische Wanderungen eines Naturforschers und Jägers" die "interessanten Typen unter den Deutschen", die er in Ostafrika kennen- und schätzen gelernt hatte: die "Pflanzer, die Zivilbeamten, die Offiziere, die weiße oder eingeborene Truppen befehligt hatten oder zu übernehmen im Begriff waren."

Roosevelts Urteil: "Es waren Männer von unzweifelhafter Fähigkeit und Tatkraft; wenn man sie sah, so verstand man leicht, warum Deutschland in Ostafrika so zusehends emporgeblüht ist."

Es seien "erstklassige Menschen", die ein Werk verrichtet hätten, das der ganzen Welt zugute käme. 1911 schrieb der amerikanische Weltreisende A. E. Forbes in der "American Review of Reviews", daß von "allen Herren in Afrika" die Deutschen "die reinsten Hände" hätten. Im selben Jahr verfaßte der britische Publizist Louis Hamilton einen der umfangreichsten Artikel, der je im "United Empire", der damals bedeutendsten kolonialhistorischen Fachzeitschrift des Königreiches, erschienen war.

In seinem Aufsatz "Colonial Education in Germany" analysierte er en détail die deutsche Kolonialerziehung, die er in der Welt als führend erachtete. Namentlich hob er drei Institutionen hervor: das Seminar für Orientalische Sprachen an der Universität Berlin, die Deutsche Kolonialschule in Witzenhausen und das Kolonial-Institut in Hamburg. Hamilton rief die Briten auf, daraus zu lernen beziehungsweise diese Methoden sogar zu übernehmen. ...

In den Niederlanden sah man das ähnlich - und verurteilte die Politik der Siegermächte. Die Tageszeitung "Utrechtsch Dagblad" stellte fest:

"Die Kolonialschuldfrage des Versailler Vertrags hat das deutsche Volk nicht nur maßlos verbittern müssen, sondern sie hat auch dem Prestige des Westens in den tropischen und subtropischen Gebieten ungeheuer geschadet. Man kann sagen, daß die Fehler, die die Alliierten während des Krieges mit ihrer Kolonialpolitik begangen haben, durch die Friedensdiktate wesentlich verschlimmert wurden."

Und das Amsterdamer "Algemeen Handelsblad" brachte es 1931 auf den Punkt: "Die koloniale Schuldthese ist lediglich eine Losung der Kriegspropaganda gewesen." ...<<

30.01.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Januar 2023:

>>Vor 90 Jahren: Hitlers Machtergreifung und die Hochfinanz

Von Jürgen Elsässer

Vor 90 Jahren ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Heute ist kaum mehr bekannt, welche große Rolle dabei ein internationales Geflecht von Banken spielte. Eines der bestgehüteten Geheimnisse der Weltgeschichte: Wer finanzierte Hitler? ...

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP.

Die Rolle der Wall Street

Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet. Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen

Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. Ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg berichtete:

"Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz."

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP" geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber".

Aus der Depression zum Triumph

Als Folge der Juli-Wahlen 1932 mußte Brüning zurücktreten, Franz von Papen wurde neuer Reichskanzler. Das sogenannte Kabinett der Barone war so instabil, daß schon im November desselben Jahres wieder gewählt werden mußte. Die fortdauernde Krise hätte eigentlich die beste Ausgangsbasis für die NSDAP sein müssen, ihren Stimmenanteil weiter zu steigern - doch das Unerwartete geschah: Die Partei verlor über vier Prozent, während DNVP und KPD zulegen konnte. Hatte Hitler seinen Zenit bereits überschritten?

Bei den Nationalsozialisten machte sich Katzenjammer breit, weil die NSDAP zur gleichen Zeit auch pleite war. Am 11. November 1932 notierte Joseph Goebbels in sein Tagebuch: "Der finanzielle Zustand der Berliner Organisation ist hoffnungslos. Nichts außer Schulden und Verbindlichkeiten."

Querfront gegen Hitler

Die Stimmung wurde noch depressiver, als der Partei auch die Spaltung drohte: Reichsorganisator Gregor Strasser, Galionsfigur des linken Flügels - er propagierte die "antikapitalistische Sehnsucht" - begann Geheimverhandlungen mit dem neuen Reichskanzler Kurt von Schleicher. Dieser bastelte an einer veritablen "Querfront gegen Hitler" (Die Welt): Er plante ein Präsidialkabinett, gestützt auf ein Bündnis aus Reichswehr, Teilen der Gewerkschaft und eben auch dem nationalrevolutionären NSDAP-Flügel, um Hitler zu isolieren.

Doch der ambitionierte Ansatz scheiterte: Strasser wurde entmachtet, Schleicher stand Anfang Januar 1933 nach nur vier Wochen vor dem Sturz. Nun intensivierten sich die Hintergrundgespräche mit dem greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der sich bis dahin standhaft geweigert hatte, Hitler zum Chef einer Regierung zu machen.

Geheimkonferenz beim Bankier Schröder

Die Wende brachte eine Geheimkonferenz, zu der der Bankier Kurt Freiherr von Schröder am 4. Januar in seine Kölner Villa einlud. Die Runde überzeugte Papen, Hitler den Vortritt als Reichskanzler zu lassen - eben jenem Hitler, der gerade erst bei den Novemberwahlen so deutliche Verluste hatte einstecken müssen. Mit Papens Zustimmung konnte auch Hindenburg gewonnen werden. Schacht schrieb zwei Tage später an Schröder:

"Ich möchte Sie auch beglückwünschen zu der mutigen Initiative in der Anbahnung der Verständigung zweier Männer, die wir beide hoch schätzen und durch deren Zusammenwirken vielleicht am schnellsten eine positive Lösung herbeigeführt werden kann."

Schröder, in der offiziellen Geschichtsschreibung als Wichtigtuer verharmlost, hatte bereits im Januar 1932 Hitler ermöglicht, vor dem renommierten Düsseldorfer Industrieklub zu sprechen, und im Herbst desselben Jahres die sogenannte Industrielleneingabe an Hindenburg lanciert, in der die Übertragung der Kanzlerschaft an den NSDAP-Führer gefordert wurde.

Das internationale Netzwerk Schröders

Was aber noch viel wichtiger war: Schröders Bank hatte Töchter in London und New York,

darüber hielt er Kontakte unter anderem mit der Bank of England. Außerdem war er Aufsichtsratsmitglied in der von Schacht mitinitiierten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die dem Dritten Reich später bei Devisenknappheit mit Clearing-Geschäften zu Hilfe kam, und Anwalt des US-Elektronikriesen ITT in Deutschland.

Am 30. Januar 1933 kam eine Koalitionsregierung ins Amt. Viele Beobachter hofften, daß Hitler als Kanzler durch die Mehrheit der DNVP-Minister eingehegt würde. Doch es sollte anders kommen: Der Reichstagsbrand Ende Februar bot die Handhabe, die KPD zu zerschlagen und der SPD den Wahlkampf weitgehend zu verunmöglichen. Nach der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 - die NSDAP erzielte 43,9 Prozent, das DNVP-Bündnis acht Prozent - fanden die Ermächtigungsgesetze, die die Verfassung suspendierten und Hitler freie Hand gaben, eine bequeme Mehrheit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Januar 2023: >>>30. Januar 1945: Der Untergang der "Wilhelm Gustloff"

Vor nunmehr 78 Jahren ereignete sich die größte Tragödie in der Geschichte der Seefahrt: Ein sowjetisches U-Boot torpedierte ein mit Flüchtlingen überladenes Passagierschiff. Über 9.000 Menschen starben. Wir entreißen die Opfer dem Vergessen - auch in unserer Geschichtsausgabe "Verbrechen an Deutschen", über die Sie hier mehr erfahren.

– Von *Jan von Flocken*

Der Funkspruch stieß im sowjetischen Marinehauptquartier zunächst auf erhebliche Skepsis. Am Morgen des 1. Februar 1945 hatte das U-Boot S-13 aus seinem Operationsgebiet in der Ostsee gemeldet: "30. Januar - 21:08 Uhr aufgetaucht / drei Torpedos abgefeuert. Mit Bestimmtheit Dampfer etwa 20.000 Tonnen versenkt."

Doch der U-Boot-Kommandant Alexander Marinesko galt als Trunkenbold und Aufschneider. Mehrfach hatte er Erfolgsmeldungen abgesetzt, die sich hinterher als falsch oder stark übertrieben erwiesen. Was er jetzt rapportierte, stimmte indes mit der Wahrheit überein: S-13 verursachte die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten.

Die letzte Zuflucht

Tatsächlich hat Marineskos Boot am 30. Januar 1945 abends gegen 19 Uhr, nach drei Wochen ereignislosen Patrouillierens, in der südlichen Ostsee ein großes Schiff entdeckt, das untypischerweise mit voll aufgeblendeten Positionslichtern gen Westen läuft. Es ist die "Wilhelm Gustloff", die am Mittag des 30. Januar den Kai von Gotenhafen (Gdingen; heute Gdynia) verlassen hat.

Das 1938 in Dienst gestellte Flaggschiff der NS-Urlauberorganisation Kraft durch Freude (KdF) soll jetzt Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen vor den Truppen von Stalins Roter Armee retten, die seit Anfang Januar 1945 über die Grenze vorgestoßen sind und dabei unter der Zivilbevölkerung Angst und Schrecken verbreiten.

Das Schiff ist für weniger als 2.000 Passagiere ausgelegt - jetzt sind über 10.000 an Bord.

Am 29. Januar 1939 registriert der Einschiffungsoffizier Waldemar Terres bis 17 Uhr in Gotenhafen 7.956 an Bord gekommene Flüchtlinge, dann hört er auf zu zählen, weil die Lage durch immer mehr nachdrängende Massen, wohl an die 2.500, völlig unübersichtlich wird. Wie viele Menschen sich an Bord befanden, wird man nie exakt ermitteln können.

Heinz Schön, "Gustloff-Überlebender" und einer der tiefsten Kenner dieser Materie, kommt auf die Zahl 10.582. Man darf bei aller gebotenen Vorsicht davon ausgehen, daß sich ungefähr 10.300 bis 10.500 Menschen auf dem Schiff drängten: 8.800 Zivilisten, davon eine große Zahl Kinder, sowie etwa 1.500 Angehörige der Wehrmacht, darunter 162 Schwerverwundete, 340 Marinehelferinnen und 918 Soldaten der 2. U-Boot-Lehrdivision.

Daß sich auf einem für nur 1.900 Passagiere und Besatzungsmitglieder ausgelegten Dampfer eine solche Menge zusammenfinden konnte, liegt an der Ausnutzung auch noch der kleinsten Plätze. Man hatte sogar das große Schwimmbecken im E-Deck leer pumpen lassen, um hier

175 Marinehelferinnen unterzubringen, von denen nur zwei überleben sollten. "

Auf sämtlichen Fluren, in allen Gängen und in den Kabinen drängten sich die Flüchtlinge. Es gab kein Durchkommen. Die Notdurft wurde in kleinen Ecken verrichtet, auf dem ganzen Schiff roch es nach Kot und Urin", erinnerte sich Willi Schäfer, damals 25 Jahre alter Matrose in der 2. U-Boot-Lehrdivision.

Auf der Höhe vom pommerschen Stolpmünde (heute Ustka) wird das Schiff gegen 20 Uhr vom U-Boot S-13 gesichtet. Da es mit Positionslichtern fährt, ist es ein gut auszumachendes Ziel - gleichzeitig aber ein deutliches Zeichen dafür, daß es sich nicht um ein Kriegsschiff handelt und keine feindlichen Absichten hegt. Immerhin kann die "Gustloff" wegen der wenigen Wehrmachtsoldaten an Bord als Truppentransporter gelten. Ob sie mit Flugabwehrgeschützen bewaffnet war, wie gelegentlich behauptet, ist ungeklärt. Bisher gibt es keinen gesicherten Nachweis, wann, von wem und wie viele Flakgeschütze an Deck montiert wurden.

Die Hölle bricht los

S-13 feuert gegen 21:15 aus 700 Metern Entfernung insgesamt vier Torpedos ab, von denen drei ins Ziel finden: am Bug, unter dem E-Deck und im Maschinenraum. Sofort stoppen die Schiffsmaschinen, das Licht fällt aus. Auf der Kommandobrücke sieht Kapitän Friedrich Petersen, wie das vordere A-Deck langsam im nur zwei Grad kalten Wasser der Ostsee verschwindet. Das leergepumpte Schwimmbecken tief unter der Wasserlinie wird zuerst getroffen. Nur zwei Marinehelferinnen, die Geschwister Ursula und Rosemarie Resas, können mit Hilfe eines Offiziers, der ihnen den Weg durch das Chaos bahnt, das nackte Leben retten.

Auf den unteren Decks bricht die Hölle los. "Die Menschen laufen nicht, sondern bewegen sich wie eine Raupe nach oben, höher und höher. Meter um Meter", beschrieb der damals 18-jährige Schön, der sich auf dem über der Wasserlinie liegenden B-Deck befindet, die Situation. Und weiter:

"Unter ihren Füßen Menschenleiber, meist Frauen und Kinder, gefallen, niedergerissen, totgetrampelt. Bevor ich einen klaren Gedanken fassen kann, bin ich mittendrin in einem Menschenknäuel. Von hinten werde ich auf die Treppe, auf die Stufen voller Lebender und Toter gestoßen. Willenlos werde ich nach oben getragen, eingeklemmt in ein tobendes, schreiendes Menschenbündel."

Auch wenn die meisten Passagiere mit einer Schwimmweste ausgestattet sind, in der eiskalten, bewegten See haben sie kaum eine Überlebenschance. Andere Rettungsmittel wie Dutzende Kutter, Boote und Flöße, die der 1. Offizier Louis Reese bereitgestellt hat, erhalten einige der Verzweifelten am Leben.

Um 21:36 Uhr, 20 Minuten nach den tödlichen Treffern, nimmt das herbeigeeilte Torpedoboot "Löwe" die ersten Schiffbrüchigen an Bord. Seine Scheinwerfer erfassen ein Rettungsboot, das gerade abgefiert wird, plötzlich durch Brechen des hinteren Kutterläufers durchsackt und dann senkrecht an der Schiffswand hängen bleibt. "Alle Menschen, die darin waren, stürzten mit lautem Geschrei aus dem Boot auf die Wasseroberfläche."

Der junge Marinesoldat Manfred Dittrich berichtet in seinem Buch Das letzte Torpedoboot über eine Rettungsaktion: "Uns allen bot sich ein schauriger Anblick ... Die ganze Wasseroberfläche rings um die "Gustloff" war aufgewühlt von tausenden um das nackte Leben kämpfenden Menschen. Jeder einzelne versuchte, eines der viel zu wenigen Rettungsboote zu erklimmen ... Die meisten waren überfüllt und kenterten. Die Menschen in diesen Booten, die sich schon fast als gerettet betrachtet hatten, mußten in die eiskalten Fluten zurück ... und versanken unter sich überschlagenden Hilferufen in der See."

Trotz drohender U-Boot-Gefahr gelang es der Besatzung von Dittrichs T 36 nach mehreren Stunden, 564 Männer, Frauen und Kinder vor dem sicheren Tod zu retten und nach Saßnitz auf Rügen zu transportieren. Der U-Boot-Kommandant wurde 1990 postum zum "Helden der Sowjetunion" ernannt.

Den Untergang der "Wilhelm Gustloff" überlebten laut Statistik der Marine 1.239 Personen. Mindestens 9.100 Menschen kamen demnach in den Fluten ums Leben. Als Letzter wird der anderthalbjährige Frank-Michael Freymüller aus Gotenhafen geborgen, seine Mutter und die zehnjährige Schwester Jutta sterben in der eiskalten See. Das Passagierschiff sinkt schließlich mit schwerer Schlagseite gegen 22:15 Uhr.

Vergessene Heldentaten

Tragödien wie die der "Wilhelm Gustloff" und anderer Schiffe vermitteln den Eindruck, die Evakuierung von Flüchtlingen über die Ostsee sei ein völliges Desaster gewesen. Doch diese Folgerung ist falsch. Tatsächlich retteten Handels- und Kriegsmarine insgesamt 2,4 Millionen Menschen. Dabei gingen 245 Schiffe mit 40.000 Passagieren verloren. Das heißt, 98,3 Prozent aller Flüchtlinge blieben am Leben - eine logistische Meisterleistung der deutschen Marine.

Sie ist das Verdienst von Konteradmiral Conrad Engelhardt, Chef des Seetransportwesens der Wehrmacht. Er setzt ab Mitte Januar 1945 mit Deckung seines Oberbefehlshabers Großadmiral Karl Dönitz und gleichsam hinter Hitlers Rücken alles ein, was an militärischem Schiffsraum zur Verfügung steht: vom Schlachtschiff "Gneisenau" bis zu Hilfskreuzern, Kriegsfischkuttern und Marinefährprähmen.

Auch jeder halbwegs seetüchtige zivile Pott wurde von Engelhardts Männern requiriert - vom 25.500 Bruttotonnenregister (BRT) schweren Luxuspassagierdampfer "Cap Arcona" bis zum Lotsenschoner "Prinz Adalbert" mit 137 BRT. Sie retten das menschliche Strandgut aus Königsberg, Danzig, Gotenhafen, Pillau, Memel, Kolberg.

All das erfolgt unter größter Lebensgefahr (die Alliierten besitzen die Lufthoheit über der Ostsee, ihre U-Boote lauern in der Tiefe) und unter schwierigsten Bedingungen. Die Schiffe müssen in enge Häfen einlaufen; der Einsatz vorwiegend kleinerer Sicherungsfahrzeuge wird durch unruhige See, Winterstürme und Treibstoffmangel erschwert. Die Disziplin der Flüchtlinge und die vorbildliche Organisation der Kriegsmarine tragen dazu bei, daß diese Massenflicht nicht im Chaos endet.

Das Geschehen um die "Gustloff-Katastrophe" bleibt lange Zeit im kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Sicher auch deshalb, weil es 1959 unter dem Titel Nacht fiel über Gotenhafen unter der Regie von Frank Wisbar verfilmt wird. Heute liegt das Wrack zwölf Seemeilen vor der Ostseeküste in 48 Metern Tiefe. Die Karten des polnischen Seefahrtsamtes verzeichnen es als "Navigationshindernis Nr. 73".

Der 1963 verstorbene Kommandant von S-13, Alexander Marinesko - er war unehrenhaft aus der Marine entlassen worden und saß wegen Diebstahls zwei Jahre im Gefängnis -, wurde 1990 von KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow postum zum "Helden der Sowjetunion" ernannt. In Kaliningrad, dem früheren Königsberg, steht ein Denkmal zur Erinnerung an ihn. Ein Mahnmal für die Opfer der "Wilhelm Gustloff" sucht man vergeblich.<<

31.01.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 31. Januar 2023 (x1.258/...): >>>Die große Lüge vom Frieden durch Waffenlieferungen

Es ist bekannt, daß sich die Grünen in kurzer Zeit von einer Friedens- zur Kriegspartei gewandelt haben. Noch vor eineinhalb Jahren traten sie mit ihrem Wahlversprechen in die Regierungskoalition ein, daß Deutschland keine Waffen mehr in Konfliktgebiete exportieren dürfe. Nun stehen sie der FDP-Waffenlobbyistin und Kriegshetzerin Strack-Zimmermann mit dem Ruf nach Waffenlieferungen in die Ukraine kaum nach.

Anstatt "Frieden schaffen ohne Waffen" sollen jetzt auf einmal "schwere Waffen Frieden schaffen". Hier wird politisch beliebig mit Begriffen hantiert, deren eigentliche Substanz und Bedeutung dabei gar nicht erfaßt wird. - Krieg wird durch noch mehr Krieg immer nur verschlimmert und kann nicht zum Frieden mutieren. Im Grunde weiß man das - und lügt.

Der Sender ntv betitelt seinen Bericht über den Bundesparteitag der Grünen im vergangenen

Oktober auch ironisch: "Die Grünen sind jetzt eine Kriegspartei für den Frieden" und meldete: Parteichef Nouripour spreche sich, ebenso wie seine Co-Vorsitzende Ricarda Lang, für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine aus, "weil wir sehen, daß diese Waffen Menschenleben retten". -

Diese "Logik" muß man erst mal verdauen. Er meint offensichtlich, ukrainische Menschenleben würden gerettet, was aber impliziert, daß Russen, die durch die gelieferten Waffen gezielt ihr Leben verlieren, nicht zählen, also keine Menschen seien.

Die "Welt" berichtete, Außenministerin Annalena Baerbock habe auf dem Parteitag der Grünen Waffenlieferungen an die Ukraine verteidigt. "Wir versorgen die Ukraine mit Waffen ... eben weil wir eine Friedens- und Menschenrechtspartei sind", sagte sie. "Wir unterstützen die Menschen dabei, ihr Leben zu verteidigen". -

"Krieg ist Frieden" wurde schon in Orwells "1984" als totalitäres "Neusprech" ausgegeben und wird nun auch von der kindlich-naiven Außenministerin ihrem orientierungslosen Wahlvolk trotzig eingebläut. Und mit dem Menschenrecht auf Leben, das die ahnungslos "aus dem Völkerrecht Kommende" heranzieht, kann man sich natürlich in jeden Krieg auf der Welt einmischen - wenn man nicht weiß, daß Menschenrechte Schutzrechte gegen die je eigene Regierung sind.

Bereits im April 2022 hatte Baerbock falsch verkündet: "Ein Ende dieses Krieges wird es nur geben, wenn die Ukraine es erzwingt und erkämpft." Der Ukraine müsse jetzt alles zur Verfügung gestellt werden, was sie zur Verteidigung brauche. -

Hier kommt die martialische Gesinnung ungeschminkt zum Ausdruck. Der Krieg muß mit Hilfe von Waffenlieferungen so lange dauern, bis Rußland bezwungen ist. Dieses Ende des Krieges wird dann Frieden genannt. Das hat natürlich mit Frieden überhaupt nichts zu tun, sondern ist reines parteiergreifendes Kriegsgeschrei gegen Rußland, das militärisch niedergelämpft werden soll. Das Ende Frieden zu nennen, bedeutet das Aufkleben des Wortes "Frieden", dem aber der begriffliche substantielle Inhalt des Friedens fehlt. Ein Fall des Gebrauchs von leeren Worthülsen, wie sie ständig in der Öffentlichkeit zur Lüge und Täuschung verwendet werden.

Sehen wir davon ab, daß eine große Atommacht wie Rußland von der Ukraine nicht besiegt werden kann, auch nicht mit ständigen Waffenlieferungen;

jede Eskalation durch immer schwerere Waffen einerseits mit einer entsprechenden Eskalation andererseits beantwortet wird;

die Ukraine das unerreichbare Ziel hat, alle von Rußland besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern und daß dafür endlos Waffen zu liefern, Wahnsinn ist, der nur in einen Weltkrieg führen kann;

die kriegslüsternen Akteure in Berlin von sicherheitspolitischer und strategischer Ahnungs- und Verantwortungslosigkeit geprägt sind, wie der frühere Generalinspekteur General Harald Kujat aufdeckt usw.

Auch das moralische Aufplustern der deutschen US-Marionetten als Friedensapostel gegen das "kriegerische Rußland" ist die reinste Heuchelei und Verlogenheit.

Vom Frieden

Frieden setzt die Tugend innerer Friedfertigkeit und Menschenliebe gegenüber jedermann voraus, die es gar nicht erst zum Krieg kommen lassen und einen begonnen Krieg so schnell wie möglich durch Friedens-Verhandlungen beider Seiten beenden möchten.

Waffenlieferungen sind kein Zeichen von friedlicher, sondern von kriegerischer Gesinnung, die nicht das gegenseitige barbarische Abschlachten beenden, sondern Kriegsziele auf Kosten weiterer Menschenleben verfolgen.

Das ist die Wahrheit hinter der ständig wiederholten Lüge.

Wo sind die Rufe der deutschen "Friedensapostel" nach sofortigen Friedensverhandlungen?

Wo war ihr Aufschrei, als die fast erfolgreichen Friedensverhandlungen von Istanbul im Frühjahr 2022 durch die Intervention des damaligen britischen Premierministers Boris Johnson am 9. April in Kiew zum Scheitern gebracht wurden mit der Begründung, der Westen sei für ein Kriegsende nicht bereit?

General Kujat machte die wichtige Bemerkung: "Vielleicht wird einmal die Frage gestellt, wer diesen Krieg wollte, wer ihn nicht verhindern wollte und wer ihn nicht verhindern konnte."

Die Deutschen erscheinen in diesem barbarischen geopolitischen Spiel nur als die tumben folgsamen Mitspieler, die aber weiß Gott damit nicht unschuldig sind.

Wirklicher Frieden kann niemals dadurch erreicht werden, daß Gewalt mit Gewalt, Kriegerisches mit Kriegerischem bekämpft, also das Böse durch Böses vermehrt wird. Jeder prüfe sich selbst, was an Haß und Hetze, Verleumdung und seelischer Gewalt in ihm lebt, die im Kriege nur als äußere tödliche Gewalt herausgesetzt werden. Es geht darum, den Balken im eigenen Auge nicht zu übersehen und als erstes den wirklichen Frieden in der eigenen Seele herzustellen, der dann erst den äußeren Frieden erreichen kann.

Die Dinge wiederholen sich. Als Deutschland am 12. Dezember 1916 den Entente-Mächten ein Friedensangebot gemacht hatte, sagte Rudolf Steiner, ein aufmerksamer Beobachter der Ereignisse, am 18. Dezember 1916 in einem Vortrag, jetzt könne sich zeigen, ob diejenigen, auf die es ankomme, auch nur dem Scheine nach noch ein Fünkchen von Recht hätten, davon zu reden, daß sie auch noch so etwas haben wollten wie Frieden. "Denn kommt dieser jetzt nicht mit Beschleunigung, dann ist es ja für jedes Kind zu sehen, wo man den Frieden nicht will. Und für jedes Kind ist es auch zu sehen, wie lächerlich jene Dinge sind, die jetzt schon eingewendet werden - man kann sie alle hypothetisch voraussetzen."

Alle Einwände dienten nur dazu, Nebel zu verbreiten. Selbst wenn der Vorwurf berechtigt sei, die Deutschen hätten diese oder jene Absicht dahinter, hindere das nicht, "daß man zunächst das unternimmt, was zum Heile der Menschheit unternommen werden muß, nämlich aufzuhören mit dem Blutvergießen!"

Und Rudolf Steiner brachte die Friedensheuchelei allgemeingültig auf den Punkt:

"Ich könnte mir nur eine einzige Sorte von Menschen denken, die aus ihrer vollen Verblendung nicht zu so etwas kommen würden; das würden diejenigen sein, welche es auch in unserer Gegenwart gibt und die sagen: Wir wollen einen absolut dauerhaften Frieden haben, den ganz vollkommenen Frieden, und bevor wir den nicht haben, können wir den Krieg nicht einstellen. - Nun, es gibt viele solche Menschen, sie nennen sich oftmals sogar Pazifisten.

Gerade aus diesen Kreisen der Pazifisten aber haben einige in den letzten Tagen angefangen, sich zu schämen, ein solches Urteil abzugeben, und geben nun doch vernünftiger Urteile ab. Aber es konnte im Verlaufe dieser schmerzlichen Ereignisse wirklich geschehen, daß die Leute sagten: Wir kämpfen für einen dauerhaften Frieden - ohne zu merken, daß das wirklich bloßes Blech ist, was sie sagen, aber man kann heute Blech reden, indem man den Anschein erweckt, das höchste Ideal zu vertreten.

Nein, meine lieben Freunde, was ein ewiges Friedensideal ist, das wird niemals durch auch nur ein Tröpfchen Blut erreicht, das hervorgerufen ist durch ein Kriegsinstrument; das ist auf ganz andere Weise in die Welt zu setzen! Und wer es auch immer sei, der da sagt, er kämpfe für den Frieden und er müsse deshalb Krieg führen - Krieg bis zur Vernichtung des Gegners - um Frieden zu haben: der lügt, wenn er sich dessen auch nicht bewußt ist."

So wurde auch am 30. Dezember 1916 das deutsche Friedensangebot mit der Begründung zurückgewiesen, ein Ende des Krieges sei unmöglich, "solange nicht Gewähr besteht für die Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten, für die Anerkennung des Nationalitätenprinzips und der freien Existenz der kleinen Staaten" (Wikipedia).

Das bedeutete, diese vorgeblichen Ziele mußten erst militärisch erreicht werden, wenn Frieden eintreten konnte. Also weiter Krieg, um Frieden zu haben.

Unter ähnlichem Motto wird auch in der Ukraine das sinnlose Blutvergießen weitergehen, und verlogen werden handfeste Kriegsziele "Frieden" und Waffen "Friedensinstrumente" genannt.<<

01.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2023: >>Sinnlose Masken: Nächster Schlag gegen Lauterbach

Von *Sven Eggers*

Da staunt selbst die Welt: "Karl Lauterbach gibt eine große Corona-Fehlentscheidung nach der anderen zu." ...

Vor wenigen Tagen erst räumte SPD-Panikmann Lauterbach ein, daß die Schließungen von Schulen und Kindergärten in der Coronazeit Fehler gewesen seien. Dabei war er bemüht, den Schwarzen Peter der Wissenschaft zuzuschieben. Jetzt der nächste Schlag: Eine neue Studie belegt, daß Maskentragen letztlich sinnlos ist.

Die Cochrane-Gesellschaft, das wahrscheinlich seriöseste Forscher-Netzwerk weltweit, bestätigt, daß Masken zwar vor Ansteckungen schützen, epidemiologisch aber so gut wie gar keinen Effekt auf die Ausbreitung des Virus haben. Das gehe aus einer Analyse von 78 verschiedenen Studien mit insgesamt 611.000 Teilnehmern hervor.

Die Welt ordnet das ein: "Damit steht fest: Die Pflicht zum Masken-Tragen in der Öffentlichkeit, eine der zentralen Maßnahmen in Deutschland, war unbegründet."

Ob der Fehler der Schulschließungen, ob die untauglichen Masken oder die mißratenen Impfungen: Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist voll und ganz gescheitert. Ein Rücktritt wäre das Mindeste.

Lauterbach und die Sterbefälle

Die Übersterblichkeit im vergangenen Jahr entlarvt Lauterbach auf erschütternde Weise. Am 10. Januar hatte das Statistische Bundesamt vermeldet: "Die Zahl der Sterbefälle ist im Vergleich zum Vorjahr ... um mehr als 35.000 Fälle gestiegen." Dazu heißt es in der Februar-Ausgabe des COMPACT-Magazins:

"35.000! Das entspricht der Einwohnerzahl einer Kleinstadt! Besonders hoch war die Übersterblichkeit in den letzten Monaten von 2022. Im Oktober und Dezember starben 19 Prozent mehr Deutsche als im Durchschnitt der vier Vorjahre, das entspricht zusammen allein 30.000 zusätzlichen Toten. Vor allem rund um das Weihnachtsfest starben die Menschen wie die Fliegen. In der Kalenderwoche 51 betrug die Exzeßmortalität ungeheuerliche 32 Prozent. Wie viele Familien hatten wohl unter dem Christbaum Angehörige zu betrauern - und wie wenig wurde in den Leitmedien davon berichtet."

Lauterbach hätte nicht vor seinem Killervirus warnen sollen, sondern vor der Impfung. Kein Gesundheitsminister vor ihm hat ein solches Desaster zu verantworten. Er lag in allen Fragen falsch.

Die Welt wird deutlich: "Eines aber bleibt die größte, die historische Fehlleistung dieses Ministers in der Corona-Zeit: daß er mit derart leichter Hand Zwangsmaßnahmen gegen alle und jeden erließ. Die Pflicht zur Maske, die Pflicht, zu Hause zu bleiben, die Pflicht zur Isolation, die Pflicht zum Testen für Schulkinder, die Pflicht zur Impfung, die er für die ganze Bevölkerung durchzusetzen versuchte. Nun stellt sich heraus, daß Lauterbachs Machtdemonstrationen unnötig waren. Fast alle Opfer, die Lauterbach von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, von der ganzen Bevölkerung verlangte und durchsetzte, waren falsch, manche sogar lächerlich."

Der heutige Tag, an dem die Maskenpflicht nun endlich auch in Fernzügen fällt, sollte uns alle daran erinnern, welch mieses Spiel die Politik in den vergangenen Jahren mit uns getrieben hat. Es ist zwingend notwendig, diesen Skandal aufzuarbeiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Februar 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>>**Betreff: Die vorsätzliche militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zerstörung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Teil 1**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Verlust der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte des Deutschen Volkes

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung langfristig geplant und arglistig realisiert.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 bestätigt das völkerrechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937)

Die Siegermächte machten nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches. Gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - durch die Siegermächte nachweislich **völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.**

Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Kein völkerrechtliches Kriegsende ohne Friedensvertrag

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht war eine rein militärische, keine politische Kapitulation.

Da die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges später keinen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich schlossen, wurde der Zweite Weltkrieg völkerrechtlich nicht beendet und es galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz anzuwenden. Von diesem humanitären Völkerrecht konnten sich auch die alliierten Siegermächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Die vermeintliche Befreiung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Deutschen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern sie wurden in den folgenden Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich entmündigt, konsequent ausgeplündert sowie systematisch umerzogen.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos

fortgesetzt.

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Bei der Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt, deshalb übten die Besatzungsmächte damals keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts ist das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig zu betrachten. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Der deutsche Publizist und Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel", Rudolf Augstein, berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen. ...

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates (Kontrollratsgesetz Nr. 46). Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte

übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß die von ihnen durchgeführte Liquidierung Preußens eindeutig völkerrechtswidrig war.

Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 war demnach **null und nichtig** und Preußen besteht gemäß Völkerrecht weiterhin.

Gründung des US-Vasallengebildes Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Bei der am 23. Mai 1949 gegründeten BRD handelte es sich lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen völkerrechtlich unabhängigen, souveränen Staat, der selbstbestimmte politische und ökonomische Entscheidungen fällen durfte. Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß diese Gründung am 23. Mai 1949 erfolgte, denn genau 4 Jahre vorher hatten die westalliierten Siegermächte die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

In der BRD waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der westalliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen.

Das Deutsche Reich wurde völkerrechtlich nie liquidiert

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 lautete wie folgt (x101/254):
>>... **III.**

... Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Am 22. Juli 1990 beschloß die Volkskammer der DDR das Ländereinführungsgesetz, das am 14. Oktober 1990 in Kraft trat. Dadurch entstanden am 14. Oktober 1990 die fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Die sogenannten "neuen Länder" der DDR wurden völkerrechtlich keine Bestandteile der BRD

Gemäß Einigungsvertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 angeblich Länder der Bundesrepublik Deutschland. Da die "neuen Länder" jedoch erst am 14. Oktober 1990 gebildet wurden, konnten sie am 3. Oktober 1990 nicht gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beitreten, denn die "neuen Länder" existierten am 3. Oktober

1990 nicht und den Artikel 23 des Grundgesetzes gab es am 3. Oktober 1990 außerdem ebenfalls nicht mehr.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig, weil damals nicht alle Teile Deutschlands (wie z.B. Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße) dem Grundgesetz beitraten.

Gemäß Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 hieß es im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036/...): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<< Der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" war gemäß Artikel 53 des Wiener Übereinkommens zweifelsfrei völkerrechtswidrig und damit ungültig, deshalb wurde die ehemalige DDR bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der BRD.

Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete östlich der Oder und Neiße) blieb unverändert

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser völkerrechtswidrig festgesetzten Grenzen außerdem auch indirekt die Billigung von gewaltsamen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937.

Die Bevormundung bzw. Betreuung des US-Vasallengebildes Bundesrepublik Deutschland (BRD) blieb unverändert

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die BRD noch die DDR waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Der völkerrechtliche Status der BRD blieb weiterhin unverändert, weil zwischen den alliierten Siegermächten und dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bisher lediglich ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag geschlossen wurde. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellte völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren

Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/51): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>EU am Scheideweg

... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/7):

>>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands

Aufgrund der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 und dem Abzug der letzten russischen Truppen aus Mitteldeutschland im Jahre 1994 hatte das NWO-Versuchsfeld BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte endgültig beseitigt werden.

Nach der systematischen Deindustrialisierung und Zerschlagung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wurde schließlich Angela Merkel beauftragt, die BRD allmählich nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" auszurichten bzw. gleichzuschalten, um die Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands zu gewährleisten.

Um die gesamte Wiederaufbauarbeit der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration in Mittel- und Westdeutschland endgültig abzuwickeln und vollständig zu liquidieren, setzten Angela Merkel sowie ihre zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der globalen NWO-Finanzeliten hauptsächlich auf arglistige sowie verdeckte Destabilisierungsmaß-

nahmen.

Die politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden konsequent ausgeplündert und umerzogen. Gleichzeitig zerstörte Merkels "Restabwicklung" die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der BRD und ruinierte letzten Endes unaufhaltsam das gesamte Land.

Bundeskanzlerin Merkel leitete während ihrer Kanzlerschaft von 2005 bis 2021 z.B. folgende katastrophalen Destabilisierungsmaßnahmen und fügte der BRD gigantische Schäden zu:

Energiewende leitete 2011 die Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit ein

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima vom 11. März 2011 entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerne derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Aussetzung der Wehrpflicht

Die Aussetzung der Wehrpflicht ab 1. Juli 2011 und die Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten leiteten die Zerstörung der bisherigen Verteidigungsfähigkeit ein.

ESM-Vertrag

Unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag 2. Februar 2012.

Alternativlose Asylpolitik

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland.

Bei diesen angeblich politisch Verfolgten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Person des Jahres

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres".

UN-Migrationspakt

Die Unterzeichnung des umstrittenen UN-Migrationspaktes "Global Compact for Migration" im Jahre 2018 soll in erster Linie die Zerstörung der nationalen Kulturen Europas gewährleisten.

Corona-Plandemie

Infolge der starrsinnigen Durchsetzung der "WHO-Corona-Notverordnungen" - seit März 2020 wurden in Deutschland u.a. ungezählte ökonomische Existenzen zerstört und wesentliche demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt.

Am 27. Dezember 2020 begann offiziell die sogenannte Corona-Impfung. Ungeachtet der massiven Impfschäden und der unzähligen Impftoten wird dieses gemeingefährliche mRNA-Experiment bis zum heutigen Tag unbeirrt fortgesetzt.

Hybride Kriegsführung gegen die Deutschen

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der BRD, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

Ukraine-Konflikt

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes und durch das US-Einfuhrverbot für wichtige Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland, alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offenbar von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes BRD sicherzustellen.

Obgleich die heimtückische Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung nichts, um die Täter dieses Anschlages zu ermitteln.

Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein

Wach auf, wach auf, du deutsches Land! Du hast genug geschlafen, bedenk, was Gott an dich gewandt, wozu er dich erschaffen. Bedenk, was Gott dir hat gesandt und dir vertraut sein höchstes Pfand, drum magst du wohl aufwachen! ...

Johann Walter (1496-1570, deutscher Komponist und Kantor)

Im gegenwärtigen Kampf um die Neue Weltordnung geht es nicht nur um die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges sondern es handelt sich außerdem um den Entscheidungskampf zwischen Gut und Böse.

Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese von Gott gegebenen Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Angesichts der akuten drohenden Gefahren für Leib und Leben muß jetzt jeder Verantwortung übernehmen und aktiv oder passiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen:

Wieso habt ihr euch nicht gewehrt? Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?

Wir müssen endlich aufwachen, uns endlich wehren und endlich Widerstand leisten, denn wir befinden uns schon viel zu lange in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Alle gottesfürchtigen Menschen müssen sich jetzt entscheiden, ob sie ihre Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte und damit den Rechtsstaat verteidigen wollen oder ob sie sich weiterhin für die Interessen von einigen Tausend "fremdbetreuten Politikern" und gemeingefährlichen NWO-Psychopathen einsetzen.

GOTT MIT UNS ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2023: >>**Der Kult der One-World-Ideologen - Teil 2**

Von Wolfgang Eggert

Sie unterwandern Staaten und Regierungen - die NWO-Lobbies sind global auf dem Vormarsch. ...

Die vorliegende Information ermöglicht eine differenzierte Beurteilung von Staatsführungen nach einer Reihe von objektiven Kriterien.

Einzelne der aufgeführten Merkmale machen sicher noch keine konflikträchtige oder gefährliche Gruppe aus, da man sie auch in anderen Vereinigungen findet. Gruppierungen sind um so problematischer, je mehr der kritischen Punkte auf sie zutreffen. Entsteht aus vielen vorhandenen Einzelmerkmalen ein Profil, kann man von einem Destruktiven Kult sprechen. Den ersten Teil des Textes können Sie hier lesen.

Gerade weil das Feld noch als weitgehend ungepflügt gilt, ist es nötig, objektive Kriterien zur differenzierten Beurteilung, quasi ein Raster, zu finden, um ein "Profil" der entsprechenden Gruppe (bezogen auf ihre Problematik oder Gefährlichkeit) zu erstellen. Hierzu soll die folgende Checkliste dienen. Sie ist in sechs Bereiche gegliedert, die in den einzelnen Staatswesen zu Problemfeldern werden können (oder schon geworden sind):

Ideologie

Die zentrale Figur

Gruppenstruktur

Einfluß auf das Mitglied

Techniken der Persönlichkeitsveränderung

Kontakte nach außen und Umgang mit Ehemaligen und Kritikern

Ideologie

Hier geht es um das "weltanschauliche Selbstverständnis" eines Staats. Denn nicht nur die Praxis, sondern auch die ideologische Ausrichtung kann zu vielfältigen Problemen führen - vor allem, wenn folgende Tendenzen vorherrschen:

"Überwertige Idee": Das Paradies auf Erden oder der "neue Mensch" ist mit Hilfe einschneidender, für alle verbindlicher Maßnahmen herstellbar (Allmachtsphantasien, Größenwahn).

Wahrheitsmonopol: Der Staat bzw. die Staatsnahe Wissenschaft haben (ihrer Ansicht nach) das einzig gültige Welterklärungssystem.

Schwarz-Weiß-Denken: Einfache Gut-Böse- oder Richtig-Falsch-Muster prägen das Denken und Handeln.

Endzeitvision: Der Weltuntergang (etwa durch "Bevölkerungsbombe" oder eine "Klimabedrohung") ist nahe.

Rettungsplan: Der Staat bzw. die Staatsnahe Wissenschaft propagieren Patentrezepte, die das Heil versprechen.

Expansiver Machtanspruch: "Wir müssen die Welt retten", ist der Tenor.

Vorhandensein einer Figur innerhalb und außerhalb des gewählten Politzirkus: Führer, Guru, Meister(in)

Hier sind vor allem folgende Punkte zu beachten: Führerkult: Er/Sie wird in den Stand unberührbarer Quasi-Göttlichkeit gestellt und verehrt.

Führungsstil: Er/Sie hat oberste (nicht mehr kritisierbare) Autorität, verlangt kritiklose Loyalität und beansprucht Wahrheitsmonopol.

Charismatisierung: Lancierung idealisierender Legenden ("Der/Die gute Retter/in aus dem Volke").

Die Gruppenstruktur: Eine Elitegemeinschaft

Hier stehen folgende Punkte im Vordergrund: Abschottung nach außen: Wer die Ziele nicht (mehr) mitträgt wird ausgegrenzt

Ausbeutung und Elitenbewußtsein

Hohe Gruppenkohäsion: Die In-Group hält "wie Pech und Schwefel" zusammen, von der Bestimmungsebene bis weit in die breite Folgsamkeitsbasis hinein; sie überwacht, kontrolliert und bestraft sich gegenseitig. Eventuell gibt es neue Sprachregelungen, die die Zielsetzungen bedienen.

Es existiert eine Hierarchie, mit Befehlsgewalt der Oberen, Gehorsam des einfachen Mitglieds und gestaffeltem, zensierten und intransparentem Informationssystem.

Elitenbewußtsein: Aktivistische Gruppenmitglieder fühlen sich als Avantgarde zur Rettung der Welt/Menschheit. Missionierungszwang und/oder Märtyrerieologie prägen das Gruppenbewußtsein.

Ausbeutung: Gruppen-Einfache/Untertanen lassen sich (mehr oder weniger freiwillig) materiell oder/und als billige Arbeitskräfte ausnutzen. Sie sind gegenüber der Führung fronpflichtig

Subversive und illegale Tätigkeiten: Die Leitgruppierung glaubt, über dem Gesetz zu stehen und drängt Mitglieder, die in staatliche Führungspositionen vorrücken wollen offen oder versteckt zu illegalen Tätigkeiten wie Geldwäsche, Mißbrauch u.ä. (Erpreßbarkeit!).

Einfluß auf das Mitglied: Bewußtseinskontrolle

In diesem Bereich geht es um die persönlichen, die individuellen Ebenen der Beeinflussung:

Entindividualisierung: Die Gruppe und das gemeinsame Ziel ist wichtiger als der Einzelne.

Einfluß auf die alltägliche Lebensgestaltung: Es gibt Vorschriften für Sprache, Essen, Kleidung, Körperpflege, Tagesgestaltung, Ausgangs- und Kontaktsperren, Kommunikationskontrollen/zensur (u.a. soziale Netzwerke). Sexualität wird entsprechend der Ideologie anempfohlen.

Der Aufstand der Letzten Generation blockiert Straße am Hauptbahnhof, Die Grupper erhält üppige Zuwendungen aus US-amerikanischen NWO-Kanälen.

Bruch mit der eigenen Biographie

Materielle Abhängigkeit: Berufliche Sicherheit besteht nur bei Folgsamkeit. Zuwiderhandelnde erleben, egal wo und bei wem sie arbeiten, eine schnelle Kündigung. In der nächst höheren Stufe hat der Gruppen-Einfache/Untertan kein Privateigentum und/oder kein Geld mehr. Seine Versorgung ist dann zentralistisch geregelt. (Own nothing but be happy). Die Datenerfassung (Besitzstand, Gesundheitsvita, Versicherung, Personalpapiere, Steuer ...) ist nahezu totalitär erfaßt.

Bruch mit der persönlichen Lebensgeschichte: Beziehungen zur Familie, zu Partnern und Freunden werden, für den Fall der Abtrünnigkeit, bereits im Vorfeld propagandistisch in Frage gestellt ("Mit denen darf man sich nicht gemein machen")

Sektenidentität: In den Leitungsebenen des Kults bewegt sich das Mitglied fast ausschließlich in der Gruppe und unterliegt - finanziell und in ansehensseitig der Großgemeinschaft akklamiert - einer allmählichen "Umwertung aller Werte". Damit einher geht ein Verlust von Realität und von Tauglichkeit für ein Leben außerhalb der Gruppe. Es entwickelt sich psychische und materielle Abhängigkeit.

Techniken der Persönlichkeitsveränderung

Von Sex über Sport, Freigabe von Drogen und dem massiven Einsatz gleichgeschalteter Werbung/Medien wird gerade den unteren Chargen in der Hierarchie ein Sammelsurium bewußtseinskanalisierender Ablenkungsfelder eröffnet. Diese Praktizierenden erfahren zugleich eine wiederholte Labilisierung durch körperliche und psychische Überforderung in einem Hamster-System, sensorische Deprivation eingeschlossen.

Bunkermentalität und Einschüchterung

Kontakte nach außen und Umgang mit Ehemaligen/Kritikern

Bunkermentalität: Die Leitgruppe kapselt ihre Gedankenwelt massiv ab ("Innen der Himmel, außen die Hölle"). Obwohl das Gegenstand von Kritik am Gegner ist, pflegt man selbst Feindbilder, die bis in rassistische Muster hineinreichen ("Weiße alte Männer").

Es gibt keinen legitimen Grund, aus der Gruppe auszusteigen; deshalb werden Ehemalige zu Unpersonen erklärt ("beruflich, sozial und juristisch vogelfrei", Kontaktabbruch), die mitunter erpreßt werden.

Kritiker werden eingeschüchtert und es wird versucht, sie mit Drohungen, öffentlichem Rufmord, Gerichtsprozessen oder sogar körperlichen Attacken mundtot zu machen.

Soweit einschlägige Kriterien, an Hand derer sich abprüfen läßt, ob und inwieweit eine durch extremistische Ideologien/Strukturen/Gruppen beeinflusste Regierung problematisch oder bereits gefährlich geworden ist. Treffen alle Merkmale zu, so entspricht das dem Muster eines "destruktiven Kults". Jeder Leser mag selbst bewerten, wie weit es der deutsche Staat (und andere Nationen neben ihm) bereits gebracht hat.

Wer meint, die Tabelle sei willkürlich durch einen fachlich Unversierten erstellt, irrt. Sie ist,

bis in die allermeisten Formulierungen hinein, deckungsgleich mit einem Fachbeitrag, der 1996 erschien, unter dem Titel "Was eine alternativ-spirituelle Gruppe zum problematischen Kult macht - Psychologische Kriterien zur Beurteilung von Destruktiven Gruppierungen". Verantwortlich zeichnet der "Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.", Arbeitskreis "Psychomarkt und Religion". ...

Fundierte und mit Quellen belegte Abhandlungen über die Machenschaften einflußreicher Hintergrundorganisationen in den letzten 200 Jahren finden Sie in COMPACT-Spezial "Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung". Von den Rothschilds und Rockefellers über Bilderberger, Trilaterale, Council on Foreign Relations, Club of Rome und das Netzwerk von George Soros bis zu Klaus Schwab und dem WEF, Elon Musk und der Bill-Gates-Connection.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2023:

>>Die Mahnung Stalingrad

Von Jürgen Elsässer

Vor 80 Jahren kapitulierte die 6. Armee. Gegen das "Feindbild Rußland" war sie nach Osten gezogen - auf ihren Spuren rollen heute wieder deutsche Panzer, um Russen zu töten. Wer stoppt den Wahnsinn?

Tief im kollektiven Gedächtnis von uns Deutschen rumoren einige Wörter, die wir nicht vergessen können, und zu diesen Wörtern gehört Stalingrad. Als unsere Väter oder Großväter Schnee gefressen und Blut gekotzt haben, weil sie sich nicht ergeben durften.

Im Kessel

Nach dem deutschen Angriff auf Stalingrad - heute: Wolgograd - im Spätsommer 1942 bejubelte die NS-Propaganda erste Erfolge und sprach voreilig von der Eroberung der Stadt. Doch nach einer Gegenoffensive im November ("Operation Uranus") wurden bis zu 300.000 Soldaten der Wehrmacht und ihrer Verbündeten von der Roten Armee eingekesselt. Obwohl die Lage der vom Nachschub fast abgeschnittenen und deswegen nur unzureichend versorgten Soldaten im Kessel aussichtslos war, bestand Hitler auf einer Fortführung der verlustreichen Kämpfe.

Die meisten Soldaten stellten Ende Januar/Anfang Februar 1943, heute vor 80 Jahren, zum Teil auf Befehl, zum Teil aus Material- und Nahrungsmangel die Kampfhandlungen ein und gingen in Kriegsgefangenschaft, ohne daß es zu einer offiziellen Kapitulation kam. Von den rund 110.000 Soldaten der Wehrmacht und verbündeter Truppen kehrten nur wenige tausend nach Deutschland zurück. Im Verlauf der Kämpfe um die Stadt kamen über 700.000 Menschen ums Leben, die meisten davon Soldaten der Roten Armee.

Vom Saulus zum Paulus

Friedrich Paulus, Befehlshaber der geschlagenen 6. Armee, geriet in sowjetische Gefangenschaft. Er war von Hitler enttäuscht, weigerte sich aber zunächst, dem Nationalkomitee Freies Deutschland, einer Organisation deutscher Überläufer, beizutreten.

Nach der Landung der Alliierten in der Normandie änderte er seine Position und unterschrieb am 8. August 1944 einen Appell an das deutsche Volk, sich von Hitler loszusagen, und bot Stalin sogar die Aufstellung deutscher Verbände an, die an der Seite der Sowjets gegen die Nazis kämpfen sollten.

Die Schlacht um Stalingrad war der Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges und wird für immer im kollektiven Gedächtnis bleiben: Als Ausdruck von Verbrechen und Wahnsinn in der NS-Führung, Rußland vernichten zu wollen, anstatt den Riesen im Osten als Partner zu gewinnen.

Heute stellt sich eine simple Frage: Soll sich dieser Wahnsinn wiederholen? Sollen wieder Deutsche zwischen Wolga und Don in einem sinnlosen Schlachten ihr Leben lassen? Unsere eigenen Opfer mahnen uns zum Frieden - und ebenso die der anderen Seite. 27 Millionen

Russen starben unter der deutschen Kriegsmaschine, sagt die offizielle Statistik Moskaus. Rechnen wir nicht herzlos an dieser Zahl herum, sondern erkennen wir den Kern der Tragödie:

Die Russen waren es, die den furchtbarsten Blutzoll aller Völker zu zahlen hatten, in weitaus größerem Umfang als die Juden. Während man aber in Israel bis heute noch sogenannte Wiedergutmachung in Form von Geld und atomwaffenfähigen U-Booten von uns will, haben die Russen früh verziehen. Selbst Stalin hat die Kollektivschuld abgelehnt:

"Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen." So drückend die politischen Fesseln der sowjetischen Besatzung waren, so sehr bemühten sich die Kommunisten um die Förderung der deutschen Kultur. Die DDR wurde nie so russifiziert, wie die Bundesrepublik amerikanisiert.

Ami go home!

Aber wir müssen doch die Freiheit verteidigen, rufen an dieser Stelle die Amerika-Freunde dazwischen. Sie täuschen darüber hinweg, daß sich die Konstellation des Kalten Krieges umgedreht hat: Heute sind die Wiedergänger von Stalin und Breschnew nicht in Moskau zu finden, sondern in Brüssel - dort residiert das Politbüro mit den allmächtigen Kommissaren. Je mehr sich Westeuropa entchristianisiert, desto mehr findet das Dritte Rom wieder zum Glauben.

Der Kampf gegen die Familie und die sexuelle Umerziehung wird in der EU unter dem Titel Gender Mainstream in einem Maße betrieben, wie es nicht einmal im Frühbolschewismus der Fall war. Und der staatlich verkrüppelte Antifaschismus ist unter Merkel und Ampel ein schlimmerer Feind für die Meinungsfreiheit geworden als unter Erich Honecker. Mit anderen Worten: Rußland ist zwar keine lupenreine Demokratie - aber dort herrscht mehr Pluralismus als in US-Kolonien wie der BRD.

Jeder anständige Deutsche hat folglich die Pflicht, der Kriegshetze gegen Putin zu widerstehen und zu widersprechen. Der Krieg gegen unseren Nachbarn im Osten liegt nicht in unserem und auch nicht im europäischen Interesse, sondern dient nur der angloamerikanischen Macht. Daß diese zur Bemäntelung ihrer Ziele von der Verteidigung der Freiheit schwafelt, ist ein durchsichtiger Trick, den man auch ohne Dokortitel durchschauen kann. Wenn Washington und London von Menschenrechten sprechen, geht es in Wirklichkeit um Schürfrechte. Sie wollen bis zum letzten Ukrainer für die Bodenschätze im Donbass kämpfen.

Im übrigen: Wenn Sie beim Thema Rußland unsicher sind, holen Sie sich nicht Rat bei den Medien. Sprechen Sie lieber mit Ihrem Papa oder Opa über Stalingrad, und hören Sie dann in sich hinein. Was sagt Ihre innere Stimme?

Feindbild Rußland

Mit dem Feindbild Rußland trommeln die Angelsachsen seit 150 Jahren - seit dem Krimkrieg - gegen das Riesenreich im Osten; dazu rissen sie auch die Deutschen aus ihrer seit Bismarck guten Beziehung mit Moskau heraus und warfen sie als Kanonenfutter an die Ostfront. Die Stereotype der Haßpropaganda blieben dieselben, egal ob im Kreml ein Zar oder ein Stalin oder ein Gorbatschow oder ein Putin regierte. Es ist ein geostrategischer Haß mit deutlich rassistischer Färbung gegen die sogenannten "slawischen Untermenschen".<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Februar 2023: >>Vertrag statt Krieg: Deutschlands sanfter Kolonialismus

Das Deutsche Reich erlangte seine Kolonien im Gegensatz zu anderen europäischen Mächten nicht durch militärische Gewalt, sondern durch Verträge. ...

_ Von *Philippe Jordan*

Es ist festzuhalten, daß das Deutsche Reich seine Schutzgebiete durch Verträge erworben und sich nicht, wie so manch andere Macht, nach blutigen Eroberungskriegen einverleibt hatte. Ab den 1880er Jahren kam man nach Verhandlungen mit den betreffenden Eingeborenen letztlich

durch den Abschluß von Verträgen oder durch Kauf an die unterschiedlichen Überseegebiete in Asien und Afrika.

Die Methoden, wie dabei mit Stammesältesten verhandelt wurde, und auch die Abwicklung der Landkäufe entsprachen den Gepflogenheiten jener Zeit in Afrika und durchaus auch der Art der Häuptlinge, Großleute und Kapteins, wie die Stammesführer in Südwestafrika genannt wurden. ...

Die Dienstflagge des Reichskolonialamtes, das für überseeische Besitzungen wie Deutsch-Südwest (heute Namibia), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania und andere Staaten), Kamerun und Togo (Westafrika), Kiautschou (China) oder die Samoa-Inseln (Pazifik) zuständig war.

Es ist unsachlich, die einzelnen Überseegebiete in einen Topf zu werfen und dabei die unterschiedlichen Völker, ihre Kulturen, Eigenarten und ihre Geschichte sowie geographische und klimatische Unterschiede zu ignorieren. Vielen einseitigen Historikern oder selbst ernannten Experten will es nicht gelingen, die damaligen Gegebenheiten korrekt und vor allen Dingen objektiv einzuordnen. Bemerkenswerterweise sind es in aller Regel eben nicht Afrikaner, die hier zu Fehleinschätzungen kommen, sondern politische Eiferer aus unseren Gefilden. ...

Auch Afrikaner kämpften in den deutschen Schutztruppen, hier in der Kolonie Ostafrika (heute Tansania, Ruanda und Burundi).

Paul Rohrbach, deutscher Fachautor für koloniale Wirtschaftsfragen, hatte bereits vor über 80 Jahren die Unterschiede innerhalb der einzelnen Kolonialpraktiken im Wesentlichen herausgearbeitet. Der französische Ansatz der Eingeborenenpolitik beruhte demnach auf dem Begriff der "einen und gleichen Menschheitskultur", die praktisch mit der französischen Kultur gleichgesetzt wurde. Aus diesem Blickwinkel heraus drängten Franzosen darauf, daß die Eingeborenen ihre eigene Identität aufgeben und sich in die große französische Kulturnation einreihen, also sozusagen schwarze Franzosen werden sollten.

Es galt, wie der einstmalige französische Kolonialminister und seinerzeitige Ministerpräsident Albert Sarraut im Januar 1936 gegenüber der Wirtschaftszeitung "La Dépeche coloniale et maritime" betonte, die Menschen des Mutterlandes und in den Kolonien miteinander zu vermischen und zu einer Nation zu verschmelzen. Der deutsche Kolonialismus verfolgte, insbesondere nach den Reformen Wilhelm Dernburgs, einen ganz anderen Ansatz. ...

Englischer Imperialismus

Engländer waren, wie dies ihre Exponenten Frederick Lugard und Cecil Rhodes immer wieder kundtaten, vor allem imperialistisch gesinnt. Sie verstanden es aber, ihr Motiv, das in erster Linie von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen geleitet war, für die eigene Propaganda mit dem Humanitätsideal zu rechtfertigen, was immer wieder zu Merkwürdigkeiten führte.

So war es beispielsweise für Eingeborene in Westafrika möglich, die britische Adelswürde zu erlangen, während sich Eingeborene in Rhodesien nicht einmal zum Handwerker ausbilden lassen konnten. In der Regel wurde in den afrikanischen Tropengebieten, in denen keine Dauersiedlung für Weiße in Frage kam, das Prinzip der bedingungslosen Anerkennung und praktischen Durchführung des Primats des Eingeboreneninteresses befolgt (indirect rule).

Sobald aber Weiße in den Gebieten des englischen Afrikas lebten und arbeiteten, wurden diese rigoros bevorzugt, das heißt, ihnen wurde das wertvolle Land nebst Arbeitsmöglichkeiten reserviert, während Eingeborene in Reservate abgeschoben wurden. Grundsätzlich anders war die Haltung der Deutschen. ...<<

02.02.2023

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 2. Februar 2023 (x1.259/...):

>>**Der Putsch von oben**

Die Demokratie ist abgeschafft, eine von den Bedürfnissen der Menschen völlig abgekoppelte "elitäre" Kaste marschiert in Richtung zentralisierter Superstaat.

Von *Ullrich Mies*

Auf der Suche nach einer treffenden Umschreibung für den aktuellen Kampf innerhalb der deutschen Gesellschaft paßt folgende Aussage haargenau: Ein sich weitgehend "links-liberal" wählendes, parteipolitisch und ideologisch gleichgeschaltetes Politestablishment befindet sich im "Kampf gegen Rechts". Über alle Parteigrenzen hinweg definiert sich das deutsche Politestablishment als "links", "in der Mitte stehend", als liberal oder grün, als konservativ, aber auf gar keinen Fall als "rechts".

Die Realität sieht jedoch bedrückend anders aus. Tatsächlich sind die deutschen tonangebenden Politmilieus nahezu ausschließlich dem Großkapital ergeben, sowohl die Sozial- als auch die Christdemokraten, die "Liberalen", die wendehälsigen SED-Altkaeder ebenso wie die "grünen" Aufsteigerinnen und Aufsteiger.

Wer sein Studium abgebrochen, seine Berufsausbildung nicht beendet hat, wem es an Lebenserfahrung mangelt und mit einem Übermaß an Leibesfülle "ausgestattet" ist, erhöht seit dem Aufstieg der Grünen die Chancen, ein politisches Amt zu bekleiden oder sogar ein Ministeramt. Immer offensichtlicher wird, daß deutsche "Parlamentarier" die Befehle der Exekutive, der US- und deutschen Transatlantiker und die WEF/UN-Vorgaben der Agenda 21 entgegennehmen.

Ihr Auftrag: Den Nationalstaat - als "Hort rechter Gesinnung" - vor die Wand zu fahren, das heißt nach Kräften zu chaotisieren, zu entkulturieren, seiner Rechtsstaatlichkeit zu berauben und als lebenswerte staatliche Einheit abzuwickeln. Vom Wohl Europas oder der nationalen Einzelstaaten und ihrer Bevölkerungen ist lange keine Rede mehr. Die meisten Parteienvertreter in den Parlamenten, Ministerien und der EU-Bürokratie eint neben dieser Grundeinstellung vor allem das Hauptinteresse an leistungsfreier Versorgung und Rentensicherung.

"Jene, die unlängst noch engagierte Anhänger des sowjetischen Imperiums waren, geben heute als Lakaien der USA beziehungsweise der unter deutscher Führung stehenden Europäischen Union den Ton an. Und sie haben die damaligen und heutigen Antikommunisten, die als einzige nationale Interessen vertreten, als ihre Feinde identifiziert".

Und sofort stellt sich die Frage: Wie kann es sein, daß ausgerechnet "linke" Kräfte - oder die, die sich in grauer Vorzeit einmal als "links" bezeichneten - im Schulterschuß mit der finsternen Reaktion seit 1945 zusammenarbeiten beziehungsweise selbst zu Finsterlingen mutierten? Wie können sie sich der "Transnational Capitalist Class", ihrem militärischen Gewaltarm NATO und Konzern-Europa - als Hilfstruppen anbieten? Ich bezeichne die Internationale der Globalisten und die Anhänger der Global Governance in den Regierungen als Globalfaschisten. Der Grund dafür ist, daß sie die Demokratie ad acta gelegt haben und ihre Agenda hemmungslos durchpeitschen:

Die Abschaffung der Demokratie, wie wir sie kannten, das heißt ein Putsch gegen das Grundgesetz und unveräußerliche Rechte, die Errichtung einer "Global Governance", das heißt die antidemokratische Zentralisierung von Macht und Reichtum unter Einschluß sogenannter "stakeholder", also relevanter Machtgruppen wie Konzerne, Regierungen, spezifische NGOs, UN, WEF, WHO, OECD, G7, NATO, die Dezimierung und Totalkontrolle der Weltbevölkerung über "Impf- und Klimaziel-Regime", die Einführung einer biopolitischen Hygiene-Diktatur mittels WHO und GAVI, die Enteignung der breiten Massen -

"Du besitzt nichts und bist glücklich", so WEF-Chef Klaus Schwab, die Verfrachtung von Teilen der Menschheit in MEGA-Smart-City-Gulags, bekannt als Smart Cities, den massenhaften "Menschenimport" aus NATO-Kriegsgebieten unter dem Vorwand "humanitärer Hilfe", eine hybride Kriegsstrategie des Pentagon mit dem Ziel massiver innerstaatlicher Verwerfungen, die Auslöschung nationaler und regionaler Identitäten und Kulturen unter dem Signum einer gleichgeschalteten MEGA-Kultur, die Totalkontrolle der Menschheit über digitale Ids, die Zensur sämtlicher Meinungen, die dem Programm der Globalfaschisten zuwiderlau-

fen, die Bargeldabschaffung unter dem verlogenen Vorwand der Kriminalitätsbekämpfung, ein sogenannter Transhumanismus mit dem vermeintlichen Ziel der "Verbesserung des Menschen", die Machtkonsolidierung der EU als autoritär-totalitäre anonymisierte überstaatliche Bürokratenherrschaft, die niemandem rechenschaftspflichtig ist sowie die Konsolidierung und imperialistische Erweiterung der NATO als geopolitische militärische Gewaltmacht des Westens im Kampf gegen Rußland und China.

Alles ist Ergebnis des Amoklaufs in Richtung Zentralisierung. Zentralisierung gibt es aber nur zum Preis der völligen Auflösung nationaler demokratischer Strukturen. Genau in diesem Prozeß stehen wir und genau dies hat der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck vor Kurzem in Davos geäußert. Wessen Interessen er und seine kriegsbesoffene Berliner Polit-Mischpoke damit bedienen, ist evident.

Gemeinsam gegen den demokratischen Staat

Es ist für die Gesellschaft eine Katastrophe, daß sich "Linke" in einer Zeit der bisher höchsten Kapitalkonzentration in der Weltgeschichte und in Zeiten der höchsten Weltkriegsgefahr seit 1945 auf Nebengleise gesellschaftlicher Woke-Kämpfe zurückziehen und darin erschöpfen. Anders ausgedrückt: Der Deep State schaffte dieser Pseudolinken staatsfinanzierte "Luxus-Nischen", damit sie sich nicht ihrer eigentlichen Aufgabe als Opposition zuwendet: dem gesellschaftlichen Kampf wider die politische und ökonomische Macht. Diese Leerstelle hat das kritische Bürgertum aufgegriffen und wird nun generell als "Rechte" bepöbelt, diffamiert, terrorisiert und aus dem gesellschaftlichen Diskurs herauszensiert.

Die doktrinaire vulgärmarxistische Linke konnte und kann mit dem "Bürgerlichen Staat" ohnehin nichts anfangen beziehungsweise betrachtet ihn als ihren Feind. Offensichtlich ist ihr entgangen, daß der "Bürgerliche Staat", wie wir ihn kannten, den Bürgerinnen und Bürgern auch Schutz- und Abwehrrechte gegen den Staat sicherte, die nun im Rahmen des Corona-Terrorregimes kassiert wurden.

Das schert diese Sorte "Linker" nicht. Sie will unbedingt Teil der Machtelite sein und machte/macht mit den ultra-rechten transatlantischen Globalisten-Regimen, unter Angela Merkel und Olaf Scholz gemeinsame Sache gegen den demokratischen Staat, der bereits in Trümmern liegt.

"Seit Beginn der modernen politischen Geschichte hat das Grundrecht auf individuelle Freiheit für die Mehrheit der Vertreter der Linken nie Priorität gehabt, während eine religiöse Verehrung des Staatsgewandes in der Linken tief verwurzelt ist, und dies um so mehr bei ihren Extremen. Darüber hinaus neigen die "progressiven" linken Wohlstandskreise seit dem 19. Jahrhundert zu Elitismus und Klassenverachtung.

Vor allem, weil die lästigen Plebejer dazu neigen, sich auf lächerliche Weise an ihr kleines Heimatland zu klammern, obwohl die Logik des menschlichen Fortschritts zu Globalisierung, Internationalismus, Mobilität und 'Weltbürgertum' führt. Schlimmer noch, sie begreifen nicht, daß ihr wahrer Weg zum Glück darin besteht, daß sie zu geschlechtslosen, besitzlosen und ethnisch homogenisierten Netzwerkknoten werden, die für zwölf Token pro Stunde in einer Amazonfabrik herumlaufen ...

Dieser Anspruch, Teil einer überlegenen kulturellen Klasse zu sein, vermittelt - vielleicht unbewußt - ein Gefühl der Verwandtschaft mit der Führungsklasse der Konzerne, insbesondere wenn letztere dazu neigt, mit hochrangigen nationalen oder internationalen "Staatsdienern" zu verschmelzen."

Zu allem Übel alimentieren die Bürger auch noch die Polit-Kaste. Diesen durch Steuergelder Alimentierten fehlt zudem jede Wertschätzung der Leistungen des Klein- und Mittelstandes, der Landwirte, der Handwerker und kleinen Geschäftsleute.

Wie verbohr, ja wie dämlich muß man sein, um deren Beitrag zum Wohlstand des Landes zu negieren? Das gelingt nur, wenn man selbst nichts dazu beiträgt! Daß das Hyperkapital von

BlackRock, Vanguard, State Street sowie unzählige "Heuschrecken" eben diesen Klein- und Mittelstand filetieren, schlucken und schließlich im Wege der Kapitalkonzentration liquidieren, stört weder linke Dogmatiker noch schmarotzende Politiker der systemisch gleichgeschalteten Parteimaschinen.

Der Prozeß der Kapitalkonzentration erscheint im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung logisch. Daß die Hyper-Kapitalkonzentration aber jedoch erst über die "Deregulierung der Finanzmärkte" und damit durch den eigenen politischen Verrat an Demokratie und Rechtsstaat zu Stande kam, kommt dem Politestablishment gar nicht in den Sinn.

Staatsstreich von oben

Geflissentlich übersehen sie den Kollaps des bürgerlichen Staates und des deutschen Grundgesetzes, das zumindest bürgerliche Rechte garantierte, wenn auch nicht immer einhielt. Ignoranz hat bei linken Dogmatikern Tradition. Seit 9/11 stehen sie an der Seite der Globalisten, das heißt den Befürwortern der Global Governance und haben keinerlei Probleme, die schmutzige Politik des Ausnahmezustands seit Beginn des Corona-Regimes mitzutragen.

Daß die deutsche transatlantische Unterabteilung der Globalisten - genannt Regierung - den Staat von oben immer mehr in eine Tyrannis umwandeln, ist nicht nur für doktrinaire Linke, sondern auch für Sozialdemokraten am Tiefpunkt ihrer Parteigeschichte - und das will schon etwas heißen - sowie grüne Kriegshetzerinnen und deren Jugendabteilungen kein wirkliches Thema. Der neorassistische Haß auf die "eklige weiße Mehrheitsgesellschaft" schließt "die Deutschen" und ihr Land generell ein.

"In der Salonkultur dieser parasitär auf Kosten der Gemeinschaft lebenden Luxusweiber macht man sich nicht einmal mehr die Mühe, auch nur den Anschein eines Gedankens zu wahren an all die angeblich unerläßlichen Einschränkungen, die dem Pöbel ansonsten abverlangt werden, vom Energiesparen fürs Klima und Frieren für die Ukraine über Genügsamkeit und Verschwendungsvermeidung bis zum Maskentragen und Infektionsschutz; vom Anstandsrest einer professionellen beruflichen Distanz der einstigen Wächtermedien ganz zu schweigen.

Hier sehen wir die ganze Dreistigkeit einer abgehobenen politisch-medialen Kaste, die nicht nur ganz und gar von der Lebensrealität der Bevölkerung entrückt ist, sondern letzterer lustvoll unentwegt die Folgen ihres eigenen permanenten Versagens aufbürdet und sie mit Schikanen und Bevormundungen heimsucht."

Alle diese Deutschland-Hasser vollenden lediglich den 16-jährigen Auftragszyklus der Merkel-Clique als US-Statthalter-Regime zur Abwicklung des Landes. Bis auf die vermutlich wenigen Ausnahmen derjenigen, die die aktuelle Entwicklung intellektuell durchschauen, hofft die große Mehrheit des viertklassigen Politpersonals auf Karrieresprünge im pseudodemokratischen, hochkorrupten, parteienbasierten parlamentarischen System, um Deutschland in geschlossenen Hinterzimmern in einen "Failed State" zu verwandeln.

Unter den Gesichtspunkten einer demokratischen Gesellschaft sind die Staaten der EU längst zu "Failed States" verkommen. Für die EU gilt: "Failed Superstate".

Nach der finalen Abwicklung kommt den ehemaligen Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie der niedergestreckten Arbeiterklasse die Aufgabe zu, eine neofeudale globalistische UN/-WEF/WHO/NATO/BlackRock & Co. Parasitenkaste und deren totalitäre Staatsvollstrecker - den "neuen Schmarotzer-Adel" - zu ehren und zu mästen. Bürger und Arbeiterklasse werden sodann zu leibeigenen tributpflichtigen Neo-Sklaven innerhalb der angestrebten "New World Order", der "Neuen Weltordnung".

Spiegelgefecht gegen "rechts"

Daß die Verantwortlichen in Politik, Behörden und medialer Propagandaindustrie, die ich auch als mediale Kriegsverbrecher und Bürgerkriegsindustrie bezeichne, ein Spiegelgefecht "gegen rechts" führen, ist ein besonders übler Treppenwitz im politischen Schmierentheater

der zugrunde gerichteten Republik. Aber der stickige Mief des feigen Mitläufer- und Denunziantentums vergiftete bereits vor 1933 alle Bereiche der deutschen Gesellschaft, nicht zuletzt die Hochschulen. Hans-Albert Walter schrieb hierzu 1972:

"Das Verhältnis des Staates zu jenen Journalisten und Publizisten, Schriftstellern und Künstlern, die für eine Veränderung der Gesellschaft oder auch nur für die Einlösung bürgerlich-demokratischer Versprechungen plädierten - das Verhältnis des Staates zu diesen Intellektuellen war vielfach alles andere als liberal. Literarische Werke mit radikaldemokratischem, sozialistischem oder kommunistischem Inhalt wurden in ungezählten Fällen beschlagnahmt und verboten, ihre Verfasser angeklagt, vor Gericht gestellt, oft verurteilt, zum wenigsten diffamiert.

Die reaktionäre Beamtenschaft und Justiz durfte dabei der Unterstützung durch die politische Rechte und durch einen Großteil der von dieser kontrollierten oder gesteuerten Presse sicher sein. Zu administrativen und juristischen Maßnahmen des Staates traten von Anfang an publizistische Attacken der gemäßigten bis äußersten Rechten. Sie richteten sich gegen schlechthin alle progressiven Äußerungen in Literatur und Kunst. Wie die staatliche Praxis der Eingriffe und Verbote läßt sich die publizistisch-propagandistische des Diffamierung und Verleumdens, der gezielten Bedrohung und Hetze von den Anfängen der Republik bis zu ihrem Ende nachweisen. ...

Die kulturelle - geistige Entwicklung in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren hat durch diese Vorgänge ganz spezifische Züge erhalten. Was hier praktiziert wurde, war ein Klassenkampf von oben, war Teil gesellschaftlicher Unterdrückung. Die staatlichen Maßnahmen häuften sich, und die publizistischen Kampagnen nahmen an Heftigkeit bezeichnenderweise in den politisch-ökonomischen Krisenperioden zu."

Als wäre dieser Text heute geschrieben worden! Viele aus ihren Berufen gemobbte Hochschullehrer, Mediziner und Künstler können ein Lied davon singen. Journalisten- und Wissenschaftshuren gibt es zuhauf, sie fressen den politischen Apparaten schon immer aus der Hand, ducken sich weg, erheben nicht ihre Stimme und verleugnen so ihre in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen, die unter Druck stehen oder aus Kulturbetrieben und Hochschulen und Kliniken geekelt wurden. Die Praxis des Totschweigens, Diffamierens und Verleumdens bis hin zur existentiellen Vernichtung kritischer Denker begleitete schon immer jedes totalitäre Regime.

Ignazio Silone, ein wichtiger Theoretiker des italienischen Faschismus soll gesagt haben: "Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: 'Ich bin der Faschismus' Nein, er wird sagen: 'Ich bin der Antifaschismus'."

Und ich sage: Wir stehen an der Schwelle eines internationalisierten Superfaschismus, der sich lediglich neuer, perfiderer und vor allem komplexerer Methoden bedient als der traditionelle.

Der traditionelle basierte auf nationalistisch-rassistisch-völkischen Ideologemen (Gedankengebilde) und gelangte über den Terror von Straßen- und Saalschlacht-Stoßtrupps faschistischer Milizen, an die Macht. Der "Marken-Kern" des Faschismus - die imperialistische Eroberung - ist geblieben. Dieser hat sich lediglich von der Nation auf die "westliche Wertegemeinschaft" in toto ausgeweitet. Und in dieser gilt:

Der internationalisierte superfaschistische "Führer" der "westlichen Wertegemeinschaft" sind die USA, ihre Militärmacht und Geheimdienste, die von ihrer Weltbeherrschungsagenda seit über 100 Jahren nie abgelassen haben und die nach der Wende die Ukraine lediglich als Sollbruchstelle gegen Rußland in Stellung brachten, um den Fuß auf die Eurasische Platte zu setzen, Rußland als "Global Player" auszuschalten und mit allen Mitteln zu ruinieren.

All das könnte das geschichtsvergessene US-servile deutsche Politestablishment wissen. Dazu müßte es nur die Bücher Zbigniew Brzezinskis lesen und die Gefahren zur Kenntnis nehmen,

die mit dem Vorhaben verbunden sind. Unverbrüchlich gilt folgende Hierarchie in der "westlichen Welt": USA first, dann kommt lange, lange gar nichts und schließlich als williger Follower das deutsche Politestablishment, das zudem die EU in den Abgrund treibt.

Ein korruptionsbelasteter Diener der Finanzindustrie und Grün-Woke aus Young-Leadership-Programmen haben es in Deutschland mit CIA und sonstigen ideologischen Stoß-Trupps bis in höchste Staatsämter geschafft. Ganz offensichtlich nehmen sie den Dritten Weltkrieg mit allen Konsequenzen in Kauf, um die russischen Ressourcen für den "freien Westen" in Besitz zu nehmen. Welche Legitimation also kommt dem russophoben NATO-eingenordeten US-Stellvertreter-HSH-Nordbank-Cum-Ex-Olaf-Scholz-Anwaltsindustrie-Nancy-Faeser-Regime zu, das nicht nur den Dritten Weltkrieg riskiert, sondern an allen oben skizzierten Perversionen mitarbeitet?

Ullrich Mies ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Er studierte in Duisburg und Kingston/Jamaika. Seine Interessenschwerpunkte sind internationale politische Konflikte, organisierte Friedlosigkeit, Staatsterrorismus, Neoliberalismus, Demokratieerosion, Kapitalismus- und Militarismuskritik sowie die Erhaltung der Biodiversität. Er ist seit 1994 selbständig und lebt seit 30 Jahren in den Niederlanden. ...<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Februar 2023:

>>Togo: Deutschlands Musterkolonie

Das westafrikanische Togo blühte unter der kaiserlichen Schutzherrschaft geradezu auf. Die Eingeborenen profitierten vor allem vom Gesundheits- und Schulwesen. ...

_ Von *Philippe Jordan*

Im Jahr 1884 übernahm eine Handvoll kaiserlicher Regierungsbeamte die Verwaltung im westafrikanischen Togo. Selbst 1890 waren es nur ein Dutzend, was zur Folge hatte, daß Funktion und Autorität der dort ansässigen Dorf- und Stammeshäuptlinge unangetastet blieben.

Letztere entlasteten die deutschen Distriktverantwortlichen, die den Einheimischen die Verantwortung für die Bekanntgabe von Verordnungen, Steuererhebungen, die Meldung von Infektionskrankheiten und den Unterhalt der Wege und Straßen übertrugen. In der Regel konnten die Häuptlinge vier Prozent der Steuereinnahmen für sich behalten. Sie durften Polizeikräfte unterhalten, die sie aus der jüngeren Generation aussuchten.

Unter ähnlichen Größenverhältnissen wie zu Anfang in Südwestafrika begann auch in Togo der Aufbau der Polizeitruppe. Sie bestand 1885 aus einem deutschen Unteroffizier und zehn Soldaten aus dem Stamm der Haussa. Es lag auf der Hand, daß eine solche Anzahl für die sicherheitspolitischen Aufgaben des Landes viel zu klein war.

Nur sehr langsam wurde die Truppe im Laufe der Jahre vergrößert - und auch das äußerst maßvoll. 1886 umfaßte sie 35, 1888 rund 50 und 1890 schließlich 92 Mann, die sich aus den kriegerischen Haussa aus dem Kamerun sowie den westafrikanischen Grussi- und Mossi-Stämmen rekrutierten, sondern auch aus Angehörigen togolesischer Stämme wie den Dakomba, Konkomba, Tschokossi und Kabure.

Der Polizeitruppe fielen rein militärische Aufgaben zu, die schon wegen ihrer Mannstärke bescheiden ausfiel. Für den eigentlichen Dienst waren die bei den Lokalverwaltungen abgestellten farbigen Einsatzkräfte zuständig, die einer eigenen Organisation unterstanden.

Mitbestimmung der Eingeborenen

Sobald der Landfrieden gesichert war, wurde begonnen, das Land schrittweise in geregelte Verwaltung zu nehmen. Dazu wurde es nach und nach in acht Bezirke eingeteilt, die jeweils über eine eigene Verwaltung und Polizeiabteilung verfügten. Ziel war es, Leben und Eigentum des Einzelnen überall im Lande sicherzustellen, was mit Hilfe der der friedliebenden Mehrheit der Bevölkerung überraschend schnell erreicht und erfolgreich durchgesetzt wurde. Und das in einem Maße, daß - wie es die Eingeborenen auszudrücken pflegten - ein Kind ungefährdet

das ganze Land durchwandern konnte.

Der Sklavenhandel wurde ebenso vollständig abgeschafft wie die Schuldknechtschaft (Pfandhaft). Die Verwaltung und Rechtsprechung wurden dadurch besonders effektiv, da die ansässigen Autoritäten - also in erster Linie die Häuptlinge, aber auch Sippenälteste - zu verantwortlicher Mitwirkung herangezogen wurden. ...

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Förderungen stand die Landwirtschaft. Gabriele Wülker hebt in ihrem Buch ihrem Buch "Togo - Tradition und Entwicklung" ausdrücklich hervor, daß es für die Ausgewogenheit der deutschen Verwaltung sprach, daß die Inbesitznahme von Ackerland durch Weiße grundsätzlich verboten war. Togo behielt das gemeinschaftliche Eigentums- und Nutzungsrecht von Grund und Boden, wodurch Spannungen zwischen Verwaltung und einheimischer Bevölkerung oder gar blutige Aufstände vermieden werden konnten.

Gouverneur Julius Graf von Zech (1868-1914) arbeitete ein Gesetzbuch für die einheimische Bevölkerung aus, welches das traditionelle Gewohnheitsrecht berücksichtigte. Eine Kommission, der zwei Deutsche und zwei Togoer angehörten, beriet die Verwaltung und brachte die Wünsche und Sorgen der ansässigen Bevölkerung vor. Die erste amtliche Steuer wurde 1907 eingeführt. Sie verpflichtete die männlichen Erwachsenen ...<<

03.02.2023

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2023:

>>Polen - die "Hyäne Europas" (Churchill)

Von Jürgen Elsässer

Wie Polen Deutschland in den Krieg gegen Rußland treibt - und warum das ein Déjà-Vu aus den 1930er Jahren ist. Ein anregender Kommentar aus dem russischen Staatsfernsehen über "Polens verschwiegene Schuld".

Im russischen Ersten Kanal ("Perwy kanal", vergleichbar mit "Das Erste" in der ARD, kommt jeden Sonntag Abend ein Wochenrückblick. Der Kommentator beschäftigte sich in der jüngsten Sendung mit der Rolle von Polens damals und heute. Was der Moskauer Kommentator weggelassen hat (weil es die Russen verständlicherweise nicht so interessiert): Wie Warschau aktuell die Reparationspeitsche gegen Berlin schwingt, um uns in den Krieg zu treiben. ...

Übersetzung aus "Perwy kanal", 29.1.2023

Verständlicherweise haben die Amerikaner Polen eine besondere Rolle in dem Panzerepos zudedacht. Die Polen haben den meisten Druck auf Scholz gemacht, er solle deutsche Leoparden an die Ukraine liefern. Es waren nicht nur aktiven Politiker, sondern auch Veteranen, die sich darum bemüht haben.

Lech Walesa, Polens ehemaliger Präsident und Friedensnobelpreisträger, forderte in diesem Sommer, unser Land zu zerstückeln und die russische Bevölkerung auf 50 Millionen zu reduzieren. (Anm. d. Übers.: Diese - de facto einen Völkermord an den Russen fordernde - Aussage hat Walesa tatsächlich Anfang Juli 2022 in einem Interview mit dem französischen Sender LCI gemacht)

In dieser Woche rief er die Deutschen in der Zeitung "Fakt" dazu auf, ein für alle Mal mit Rußland aufzuräumen: "Man muß den Deutschen sagen, daß es schon immer Probleme mit Rußland gab, und wir Polen wissen das besonders gut, und deshalb haben wir in dieser Generation die Chance, ein für alle Mal mit Rußland aufzuräumen.

Wir werden die Chance, daß die ganze Welt das unannehmbare Verhalten Rußlands sieht, daß die Welt einen Wandel in Rußland will, nicht noch einmal haben. Künftige Generationen werden uns nicht verzeihen, wenn wir diesen Fehler Putins nicht ausnutzen. Ich würde die Deutschen davon überzeugen, daß wir mit Rußland aufräumen müssen, wenn wir wollen, daß unsere Kinder in Zukunft in Frieden leben."

Polen verhält sich heute genauso wie vor dem Zweiten Weltkrieg.

Lech Walesa veräppelt die Deutschen, wie man so schön sagt. Es ist nichts Neues. Polen ver-

hält sich heute genauso wie vor dem Zweiten Weltkrieg. Und Walesa hat ausgesprochen, was die Politiker an der Macht sich nicht zu formulieren trauen, aber sie handeln aus dem Traum der Zerstückelung Rußlands heraus.

Für Warschau ist das wie eine Besessenheit, von der schon Marschall Józef Piłsudski träumte: "Eingeschlossen in den Grenzen des 16. Jahrhunderts, abgeschnitten vom Schwarzen Meer und der Ostsee und ohne das Land und die Bodenschätze des Südens und Südostens, könnte Rußland leicht zu einer zweitklassigen Macht werden, die nicht in der Lage wäre, die neu gewonnene Unabhängigkeit Polens ernsthaft zu bedrohen.

Polen hingegen könnte sich als größtes und stärkstes der neuen Länder ohne weiteres eine Einflußsphäre sichern, die von Finnland bis zum Kaukasus reicht", betonte er. (Anmerkung des Übersetzers: Piłsudski war polnischer Regierungschef und faktischer Diktator, der Polen 1926 bis zu seinem Tod 1935 regiert hat. Leider sind die Großmachtträume der polnischen Regierungen zwischen den Weltkriegen kein Thema in den deutschen Geschichtsbüchern, denn sie spielen eine wichtige Rolle in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, die in Deutschland weitgehend unbekannt ist)

Und es war Piłsudski, der im Januar 1934 einen Nichtangriffspakt mit dem Dritten Reich schloß, der in der Geschichte als "Piłsudski-Hitler-Pakt" bezeichnet wurde. Polen setzte alles daran, auch militärisch ein Verbündeter Nazi-Deutschlands zu werden. Der Haß auf Rußland, die Russophobie machte Polen schon damals blind. Nach dem Abschluß des Abkommens mit dem faschistischen Deutschland begann Polen, Europa gegenüber eine regelrechte Arroganz an den Tag zu legen.

Bereits im Sommer 1934 erklärte der polnische Außenminister Jozef Beck: "Das französisch-polnische Bündnis interessiert Polen nicht mehr. Was Rußland anbelangt, so kann ich nicht genug Begriffe finden, um den Haß zu beschreiben, den wir ihm entgegenbringen."

Und auch die Nazis haben Polen mitgerissen.

Und auch die Nazis haben Polen mitgerissen. Hitlers engster Mitarbeiter Hermann Göring war unter anderem auch Chefjäger im Dritten Reich - sein Amt hieß Reichsjägermeister. Und so kam der Gründer und erste Leiter der Gestapo nach Beloweschskaja Puschtscha, um dort zu jagen, als es noch innerhalb der polnischen Grenzen lag. Dort - in Beloweschskaja Puschtscha - erklärte Göring dem polnischen Außenminister Jozef Beck 1935 freundlich, daß Polen und Deutschland Seite an Seite stehen müßten.

Es sei notwendig, sich gemeinsam gegen die Sowjetunion zu stellen, und dann würde Deutschland den Nordwesten der UdSSR bekommen. Was ist mit Polen? Polen bekommt die Ukraine. Verständlich, daß Polen sich unter diesen Umständen direkt Deutschland angeschlossen hat. Der polnische Generalstab plante bereits 1937 die gemeinsame Zerschlagung der UdSSR und sogar die polnisch-deutsche Siegesparade auf dem Roten Platz, was in Dokumenten bestätigt wird. ...

Immer wieder äußerte sich Putin auch über den Zweiten Weltkrieg und die Rolle Polens bei seiner Entfesselung. Kann man in diesem Kompendium der Putin-Reden im Originalton nachlesen.

Die "Hyäne Europas", das sagte Churchill über Polen. Die "Hyäne Europas", so heißt auch die Dokumentation des russischen History Channel, die demnächst auf Rossija ausgestrahlt wird. Aber warum "Hyäne"? Weil sie den offenen Kampf fürchtet, aber bereit ist, sich die Beute von anderen zu schnappen, wie es in der tschechoslowakischen Provinz Teschen geschah, nachdem das Land infolge des berühmten Münchner Abkommens von Deutschland besetzt worden war.

Hitler hat der "Hyäne Europas" erlaubt, auch ein Stück abzubeißen. Damals sind polnische Truppen in Teschen einmarschiert. Aber natürlich war der wichtigste Traum immer noch Rußland. (Anmerkung des Übersetzers: In deutschen Geschichtsbüchern und Dokus wird das ver-

schwiegen, aber es stimmt: Nach dem Münchner Abkommen hat Hitler Polen erlaubt, sich einen Teil der Beute zu nehmen. Am 2. Oktober 1938 sind polnische Truppen in das vorher zur Tschechoslowakei gehörende Teschen einmarschiert und haben das Gebiet besetzt)

So heißt es im Bericht der 2. Aufklärungsabteilung des Hauptstabs der polnischen Armee: "Die Zerschlagung Rußlands ist die Grundlage der polnischen Ostpolitik. Daher läuft unsere mögliche Position auf folgende Formel hinaus: Wer wird sich an der Aufteilung beteiligen? Polen darf in diesem hervorragenden Moment der Geschichte nicht passiv bleiben. Die Aufgabe besteht darin, sich vorher sowohl physisch als auch geistig gut vorzubereiten. Das Hauptziel ist es, Rußland zu schwächen und zu zerschlagen."

Kommt Ihnen das bekannt vor? Es ist geradezu ein Déjà-vu. Schon sehr bald werden wir deutsche Panzer im Visier haben. Das ist auch ein Déjà-vu. Wie auch die Vorbereitungen für eine weitere Militärcampagne gegen Rußland ein Déjà-vu sind. Und wie viele solcher Fälle hat es in unserer Geschichte gegeben? Im 17. Jahrhundert mußten die Polen direkt aus dem Kreml vertrieben werden. Im 18. Jahrhundert wurde der schwedische König Karl XII., der es auf Moskau abgesehen hatte, von Zar Peter in Poltawa aufgehalten.

Im 19. Jahrhundert erreichte Napoleon Moskau, aber unser Krieg mit ihm endete in Paris. Im 20. Jahrhundert ist Deutschland zweimal über uns hergefallen, im Großen Vaterländischen Krieg mit der Unterstützung von fast ganz Europa. Wir haben dem faschistischen Abschaum in Berlin den Garaus gemacht. Auch das 21. Jahrhundert ist kein friedliches mehr. Der Westen hat sich lange Zeit auf den Kampf gegen Rußland vorbereitet und jetzt geht die Eskalation weiter. Niemand weiß, wo er aufhören wird.

Für den Westen ist Rußland ein Objekt des Neids und der Begierde. Schließlich haben sie immer auf Kosten von Kolonien gelebt und eine Weltordnung zu ihrem Vorteil geschaffen. Jetzt, wo es einfach keine Rohstoffe mehr gibt, um den früheren Lebensstandard der "goldenen Milliarde" aufrechtzuerhalten, wird Rußland als Quelle für diese Rohstoffe gebraucht. Bildlich gesprochen, wollen sie uns fressen.

Die Existenz Rußlands selbst ist in der Logik des Westens nicht vorgesehen. Deshalb kämpfen sie nicht mehr für die Ukraine, sondern gegen Rußland. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat das sogar ausdrücklich gesagt: "Wir müssen mehr tun, um die Ukraine zu verteidigen, wir müssen mehr tun, was die Panzer betrifft. Aber das Wichtigste und Entscheidendste ist, daß wir es gemeinsam tun und nicht mit Schuldzuweisungen in Europa spielen, denn wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland und nicht gegeneinander."

Gesagt hat sie das, jedoch hat das deutsche Außenministerium seine Ministerin sofort korrigiert, daß Deutschland auch bei der Lieferung von Panzern an die Ukraine "keine Konfliktpartei ist". Das Land befindet sich im Krieg mit Rußland, ist aber nicht an dem Konflikt beteiligt. Das klingt wie ein Kinderrätsel. Es ist im Krieg, ist aber keine Konfliktpartei. Welcher Staat ist das? Keine Konfliktpartei, aber im Krieg. Sie wissen es nicht? Das ist Deutschland! Und auch Polen. Und Amerika und Großbritannien und sogar Schweden. Kinder kann man so täuschen. Aber wir sind doch keine Kinder!

Der Westen liefert der Ukraine immer mehr und immer ausgefeiltere und schwerere Waffentypen. Da ist nur ein Problem: die Ukrainer gehen aus. Die Mobilisierung findet dort seit langem unter Zwang statt - sie greifen sich jeden, den sie auf der Straße erwischen. Trotzdem gibt es immer noch keine Fortschritte an der Front.

Aber der Westen hat beschlossen hat, daß er nicht verlieren kann. Wie soll die "goldene Milliarde" ohne die Rohstoffe leben, die jetzt Rußland hat? Es ist an der Zeit, darüber nachzudenken, die eigenen Armeen an die Front zu schicken. Man könnte zum Beispiel mit den Polen beginnen, die am arrogantesten sind und den geringsten Wert haben. Man verspricht ihnen natürlich Unterstützung und ihren Anteil an der Beute. Irgendwie so.

Aber Rußland ist nicht bereit, kleinlaut zur Schlachtbank zu gehen.

Auf dem Weg dorthin durchläuft der Westen sehr schnell diese Overton-Fenster. Von einem zum anderen. Und was früher unmöglich schien, ist heute Normalität. Aber Rußland ist nicht bereit, kleinlaut zur Schlachtbank zu gehen. Wie stellen die sich das vor? Hätten wir uns in der Geschichte jemals so verhalten, dann gäbe es dieses Land auf der Weltkarte gar nicht. Aber es gibt es! Und es wird es geben! Es sollten sich also alle besser vorbereiten.

(Übersetzung aus dem Russischen: Thomas Roeper auf anti-spiegel.ru - eine empfehlenswerte Webseite! - Überschrift, Vorspann und Ausblockungen von COMPACT)<<

04.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Februar 2023:

>>Niedersachsen: Obduktionen von Impftoten unerwünscht

Niedersachsen finanziert nun keine rechtsmedizinischen Untersuchungen mehr bei möglichen Corona-Impftoten. Einen entsprechenden Erlaß hob das Land im Januar auf. Wissenschaftliche Koryphäen wie Professor Bhakdi warnten schon 2020 vor den gesundheitlichen Folgen der Impfungen. Sein Buch "Corona unmasked" gilt als Klassiker für Unbestechliche.

Der Datenanalyst Tom Lausen will nun wissen, warum. Wie viele Verstorbene wurden bisher überhaupt obduziert? Seit 2021 steigt die Übersterblichkeit in Deutschland. Mit 21 Prozent erreichte sie im Dezember laut Statistischem Bundesamt ihren bisherigen Höchststand. Medien und Statistiker spekulieren jedoch "beharrlich" über die Ursachen. Dabei findet sich so ziemlich alles aus der "Spekulationskiste" wieder, Hitzewellen, Grippe, ein auch ein bißchen Corona sind da mit dabei.

Die Geheimhaltungsstrategie

Nur die Impfung könne es selbstredend nicht sein, darin sind sich alle einig. Untersucht hat das jedoch niemand. Ganz im Gegenteil, mutmaßlich Impfgeschädigte erhalten kaum Hilfe, Tote werden selten obduziert, Daten nicht erhoben oder gar geheim gehalten.

Nun weigert sich also das Land Niedersachsen seit Jahresbeginn, jegliche Kosten für rechtsmedizinische Untersuchungen an kurz nach einer Corona-Impfung verstorbenen Personen zu übernehmen. Man hob damit einen entsprechenden Erlaß vom Februar 2021 auf. Die mehr als fragwürdige Begründung, angeblich verfüge man nun über genügend Impferfahrung. Aber hatte man diese Impferfahrung auch dokumentiert? Wie viele Tote wurden in Niedersachsen eigentlich obduziert? Und was kam dabei heraus, das nun zu einer so weitreichenden Entscheidung führte? Steht dahinter eine, bald auf ganz Deutschland "ausrollbare" Strategie?

Was gibt es zu verbergen?

Der Datenanalyst Tom Lausen will es genau wissen. Er fragte über das Portal "Frag den Staat" beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) nach. Beantragt hatte er unter anderem Informationen über den Inhalt des nicht öffentlich zugänglichen Erlasses, zur Anzahl der Obduktionen, zur Höhe der Erstattungskosten und zum Inhalt des behördlichen Schriftverkehrs, der zur Aufhebung der Verfügung führte.

Hintergrund ist ein geleaktes Dokument aus dem Ministerium vom August 2022, das in der Anfrage verlinkt ist und der Autorin jedoch vorliegt. Dieses Informationsschreiben richtet sich an alle niedersächsischen Gesundheitsämter und bezieht sich auf den besagten Erlaß. Mit diesem wurden demnach die Kreisbehörden angewiesen, "bei Todesfällen in zeitlichem Zusammenhang mit einer Corona-Impfung unter bestimmten Voraussetzungen generell Obduktionen durch ihre ... Amtsärzte zu veranlassen."

Was genau das Ministerium allerdings als "bestimmte Voraussetzungen" betrachtete, führt es in dem Schreiben nicht aus. Möglicherweise geht dies aber aus dem internen Erlaß von vor zwei Jahren hervor. Dieser wird jedoch mit dem Schreiben rigoros aufgehoben. Daraus wird das Ministerium wörtlich zitiert, "die Anweisung zur generellen Obduktion wird hiermit zu-

rückgenommen, mittlerweile liegen 20 Monate Impferfahrung vor."

Hinterbliebene sollen zahlen

Was in diesen 20 Monaten genau ermittelt wurde und vor allem wie, geht freilich nicht aus dem Informationsschreiben hervor. Weiter erklärt das Niedersächsische Ministerium unter Andreas Philippi (SPD) dazu, "wenn im Einzelfall von Ihnen eine Obduktion weiterhin für notwendig erachtet wird, mit Blick auf einen möglichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung, werden diese Kosten nur unter der Voraussetzung übernommen, daß die Abrechnung von Ihnen bis zum 31.12.2022 vorgelegt wird."

Demnach gibt es für alle behördlich veranlaßten Obduktionen, die dem Land nicht bis Jahresende angezeigt wurden, keinen Cent mehr aus dieser Kasse. Das jedoch hat weitreichende Konsequenzen. Zwar können Gesundheitsämter nach wie vor Obduktionen anordnen, um einen möglichen Zusammenhang mit einer Corona-Impfung untersuchen zu lassen, müssen die Kosten dafür dann aber selbst tragen. Angesichts der gähnend leeren Kassen vieler Kommunen, aber auch des offiziellen Mantras, wonach die Impfungen "wirksam und sicher" seien, steht zu befürchten, daß generell keine Obduktionen mehr angeordnet werden.

Die Folge davon sind also verzweifelte Angehörige, die die Kosten selbst übernehmen müssen um Gewißheit zu erlangen. Das könnten dann schon mal höhere vierstellige Summen werden, zusätzlich zur anstehenden Bestattung. Ein gewichtiger Teil der Sicherheitsüberwachung der genbasierten Impfstoffe hängt damit vom Geldbeutel der Angehörigen ab.

Pathologen gehen von hoher Dunkelziffer aus

Die Entscheidung in Niedersachsen wiegt also um so schwerer, da Fachleute seit Langem beklagen, es werde zu wenig obduziert, um Todesursachen zu erforschen. Der renommierte Heidelberger Pathologe Peter Schirmacher ging bereits Mitte 2021 von einer beträchtlichen Dunkelziffer an Impftoten hinsichtlich der Corona-Impfstoffe aus. Auch seine neueste Forschung weist auf zahlreiche unentdeckte Fälle hin.

Die Forschungsergebnisse des Dresdner Pathologen Michael Mörz weisen ebenfalls auf eine nennenswerte Dunkelziffer hin. In einer Studie bewies er beispielsweise den Zusammenhang zwischen dem Tod eines Mannes und der Gabe eines mRNA-Präparats.

In einem MDR-Betrag führte Mörz dazu aus, diese tödliche Impfnebenwirkung wäre ohne seine Untersuchung nicht entdeckt worden. Herausgefunden habe er dabei, "daß das Spikeprotein, das eigentlich an der Injektionsstelle verbleiben sollte, sich in den Hirngefäßen und den Herzgefäßen nachweisen läßt, und daß das zu einer Entzündung der entsprechenden Organe führt, mit entsprechenden Organschädigungen".

Doktrin wichtiger als Menschenleben

Auch er kritisiert fehlende Untersuchungen bei Toten. Gerade bei einer neuartigen Impfung sei das unabdingbar für die Sicherheitskontrolle, das Erkennen von Risiken. Doch für die Verantwortlichen zählt offenbar weiterhin die "Doktrin" mehr als die Wissenschaft, nicht nur in Niedersachsen. Die Antwort des Ministeriums dazu, sofern eine Solche erfolgen sollte, bleibt abzuwarten.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Februar 2023: >>**Leo-Lieferungen: "Panzler" Scholz macht Druck**

Von *Sven Reuth*

Die geplanten Lieferungen des Kampfpanzers Leopard 2 könnten viel geringer ausfallen als gedacht. Jetzt kümmert sich Bundeskanzler Olaf Scholz persönlich (!) um die Angelegenheit.

...

Der Kampfpanzer Leopard 2 soll die "Wunderwaffe" sein, mit der die Ukraine laut des aktuellen westlichen Narrativs ihre verlorenen Gebiete zurückerobert soll. Experten vermuten zwar,

daß in den nächsten Wochen eher eine neue russische Großoffensive anstehen soll, dennoch häuften sich in letzter Zeit euphorische Wortmeldungen zum baldigen Leopard-Einsatz in der Ukraine.

Nur Deutschland steht bereit

Dumm nur aus westlicher Sicht, daß derzeit keine Menge an Leopard-Panzern überhaupt in Sicht ist, die auf den weiteren Verlauf des Krieges überhaupt irgendeinen nennenswerten Einsatz haben könnte. Eine feste Zusage besteht nach einem Bericht des Spiegel derzeit nur für die 14 Leopard-Panzer, die aus Deutschland kommen sollen. Das wäre dann allerdings angesichts Tausender noch vorhandener russischer Panzer nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Aufstellung von jeweils zwei Bataillonen aus jeweils 44 Leopard-2-Panzern an die Ukraine, die die westliche Allianz eigentlich gemeinsam stemmen wollte, scheint sich derzeit noch in weiter Ferne zu befinden. Der Spiegel zitiert aus einer Antwort der Bundesregierung, in der es heißt: "Die Zusammenstellung der Bataillone entpuppt sich als Kraftakt."

Rettungsanker Portugal?

Selbst die Niederlande, sonst immer ganz vorne mit dabei bei Waffenlieferungen an die Ukraine, will derzeit wohl nichts mehr von ihrer ursprünglich angekündigten Zusage der Lieferung von 14 Leopard-Panzern wissen.

Also klemmt sich "Panzler" Scholz laut dem Spiegel-Bericht derzeit wohl persönlich ans Telefon, um Druck bei den Partnern zu machen. Die Erfolge scheinen bisher äußerst mager auszufallen. Nur der portugiesische Ministerpräsident Antonio Costa hat nun angekündigt, vier Leopard 2-Panzer liefern zu wollen. Ein Krieg gegen Rußland läßt sich damit allerdings auch nicht gewinnen. Schon jetzt stellt sich also die Frage, was aus der groß angekündigten Panzer-Initiative des Westens wirklich werden wird.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24962 errichtet am 4. Februar 2023 (x1.253/...): >>Die Krake des digital-finanziellen Komplexes

Eine Krise nach der anderen erschüttert die Welt. Es droht eine Rezession sowie Hunger und Armut für Millionen von Menschen. Ist dies nun Zufall oder gibt es eine Macht, die in der Lage ist, derartige Entwicklungen weltweit zu steuern? ...

Kaum scheint die Corona-Krise überwunden zu sein, wird die Welt vom Ukrainekrieg und infolgedessen durch die Energie- und Wirtschaftskrise massiv erschüttert. Jetzt drohen sogar eine weltweite Rezession sowie Armut und Hunger für Millionen von Menschen. Ungeachtet dessen heizen sogar einst pazifistische Politiker den Krieg weiter an.

Ist diese weltweite Entwicklung zum Negativen nun Zufall, menschliches Versagen oder steckt womöglich mehr dahinter? Wenn ja, dann müßte es eine Macht geben, die in der Lage ist, derartige Entwicklungen weltweit zu steuern und zu beherrschen. Doch gibt es eine solche Macht überhaupt?

Der Finanz- und Wirtschaftsexperte Ernst Wolff beantwortet diese Frage eindeutig mit "Ja". Laut Wolff hat sich der digital-finanzielle Komplex, dies sind die großen IT- und Finanz-Konzerne mit BlackRock und Vanguard an der Spitze, zu einer weltbeherrschenden Macht entwickelt. BlackRock und Vanguard sind sogenannte Vermögensverwalter, die im Wesentlichen das Geld der Superreichen verwalten.

So wurde z.B. BlackRock schlagartig zum weltweit größten Vermögensverwalter, indem die Rothschilds rund 2,8 Billionen US-Dollar an BlackRock transferierten. Heute verwalten die zehn größten Vermögensverwalter der Welt ein Vermögen von 45 Billionen US-Dollar.

Das ist mehr als die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) der USA, Chinas, Japans und Deutschlands zusammen. Bezeichnend ist, daß BlackRock und Vanguard zusammen durch ihre Aktienanteile nahezu alle anderen großen Vermögensverwalter, multinationalen Konzerne und auch die großen IT-Konzerne wie Microsoft, Apple, Alphabet, Amazon und Face-

book beherrschen. Da sie aber wiederum auf deren IT-Dienste angewiesen sind, ist eine gegenseitige Abhängigkeit entstanden, durch die sie miteinander quasi zu einer Einheit verschmolzen sind - dem "digital-finanziellen Komplex".

Die Macht der IT-Konzerne besteht nämlich darin, daß sie den weltweiten Datenfluß kontrollieren und dadurch Einblick in alles und jedes haben. Dieses Wissen hat ein derart großes Gewicht, daß neben dem Geld heute auch die Kontrolle über die Daten die Welt regiert. Somit ist durch die Verschmelzung der IT- und Finanzkonzerne die größte Machtkonzentration aller Zeiten entstanden.

Doch was verleiht diesem machtvollen Komplex so viel Einfluß, daß er sogar in der Lage ist, die Geschicke der Welt zu lenken? Ernst Wolff beantwortet dies wie folgt:

1. Durch ihre Finanzstärke sind die Vermögensverwalter in der Lage, jeden Markt der Welt beliebig zu steuern, wodurch widerspenstige Regierungen in die Knie gezwungen werden können.

2. Da die Großbanken und die bedeutenden Zentralbanken über kein vergleichbares Analyzesystem verfügen, beziehen sie ihre Analysen über das weltweit einzigartige Finanzdatenanalyzesystem "Aladdin" von BlackRock. Dieses liefert inzwischen die Grundlage für all ihre Entscheidungen, wodurch BlackRock die weltweite Finanzpolitik nach seinem Willen steuern und beeinflussen kann.

3. Auch die Medien stehen inzwischen unter dem Diktat dieses Kartells. BlackRock und Vanguard bestimmen z.B. durch ihre großen Aktienanteile die Berichterstattung der zehn größten US-Medienunternehmen.

4. Wichtige NGOs wie z.B. Greenpeace und Amnesty International sind genauso wie die Wissenschaft und die Universitäten dem Willen dieser Konzerne unterworfen, da sie alle von ihrem Geld abhängig sind.

5. Als wichtigste Handlanger dieses digital-finanziellen Komplexes dienen jedoch mächtige Stiftungen wie - man höre und staune - die Open Society Stiftung von George Soros, die Bill & Melinda Gates-Stiftung und das World Economic Forum WEF.

So unterwandert z.B. die Open Society Stiftung seit ihrer Gründung 1979 weltweit Politik, Medien und Bildung und war in der Vergangenheit sogar am Sturz unliebsamer Regierungen beteiligt. Stiftungen wie die Gates Stiftung bzw. das WEF wiederum beherrschen die gesamte UN und auch die WHO.

Das WEF bildet noch dazu seit 1992 im Young-Global-Leader-Programm die politische und industrielle Elite heran. So gehören z. B. die Premierminister Finnlands, Belgiens, Neuseelands, Kanadas und auch der französische Präsident Emmanuel Macron zu den Young Global Leaders, die die Agenda des WEF vertreten.

Ebenso Angela Merkel, Mark Zuckerberg (Gründer von Facebook), Jeff Bezos (Gründer von Amazon), Elon Musk und auch Bill Gates.

Führt man sich diese weltweiten Verstrickungen und Netzwerke vor Augen, gleicht der digital-finanzielle Komplex einer mächtigen Krake, durch die wenige Superreiche, wie z.B. die Rothschilds oder die Rockefellers, aus dem Hintergrund heraus die Geschicke der Welt lenken. Die aktuellen Krisen dienen laut Ernst Wolff demnach der Bereicherung sowie der Ausdehnung und Festigung ihrer Macht. Dabei ist ihre größte Angst, daß die Menschheit erfährt, daß sie wirklich nur sehr wenige sind.

Abschließend ein Zitat von Ernst Wolff: "Und ich denke, daß die größte und wichtigste Botschaft unserer Zeit ist, daß die Macht der Leute, die das alles anrichten, die das WEF führen, die den digital-finanziellen Komplex führen, daß deren Macht sich nicht gründet auf das viele Geld, das sie haben und nicht darauf, daß sie ganze Armeen für sich einsetzen, sondern deren Macht gründet sich darauf, daß die Mehrheit der Menschen das alles nicht versteht. ...

Und wie gesagt, vor uns liegt eine ganz gewaltige Zeit der Umbrüche, aber ich glaube ganz

fest daran, daß das Wichtigste in dieser Zeit auch die Aufklärung bleiben wird. Und ich bin fest davon überzeugt, wenn eine große Anzahl begreift, was da los ist, dann werden wir auch Lösungen finden. ... Und ich denke, deswegen sollten wir in dieser Phase jetzt wirklich nicht resignieren, auch wenn alles im Moment sehr dunkel aussieht, wenn immer dunklere Wolken am Himmel aufziehen. Aber ich glaube, daß diese dunklen Wolken auch einigen so einen Regenschauer verpassen werden, daß die anschließend die Augen öffnen werden und sehen werden, was wirklich um sie herum passiert." <<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 4. Februar 2023 (x1.260): >>**Die Gehirnwaschanlage**

Das World Economic Forum (WEF) erfüllt etliche Merkmale einer Sekte.

Von *Volker Schuhmacher*

Erst in den letzten Jahren erkannten viele von uns die wahre Bedeutung und die Macht des WEF über fast alle Industrienationen. Seine beherrschende Stellung in der heutigen Zeit errang es in 50 Jahren detaillierter, verdeckter organisatorischer Kleinarbeit, gezielter Einflußnahme und subtiler Einbeziehung heranwachsender politischer Talente und Multiplikatoren. Sie wurden in allen politischen Parteien und Medien, in Großkonzernen und Gesundheitsinstitutionen plazierte. Viele der derzeit regierenden Politiker in den westlichen Industrienationen sind Mitglieder des WEF.

Eine Organisation mit zutiefst materialistischer Ideologie mit einem aus der Religion entnommenen Vokabular zu beschreiben, erscheint auf den ersten Blick abwegig. Dennoch trägt das World Economic Forum viele Züge einer Sekte. Es gibt eine einheitliche, auf Glauben mehr als auf rationalen Erwägungen basierende Ideologie, die nach außen hin auf Expansion ausgerichtet ist und nach innen starken Konformitätsdruck aufbaut - einschließlich der Verketzerung von Abweichlern. Es gibt Weltuntergangsprognosen und eine sich als Retter inszenierende Rechtgläubigkeitselite. Und es gibt einen Guru: Klaus Schwab.

An der Spitze dieser weltweit vernetzten Organisation steht nach wie vor Klaus Schwab, eine Art Führerfigur, der für seine vielen Anhänger schon einen Gurustatus errungen hat. Das Treffen in Davos ist sein zentraler Auftritt und dient gleichzeitig der Instruktion für die circa 2.500 Gäste, zumeist Mitglieder des WEF, aus Wirtschaft, Politik, Medien und anderen Institutionen. Kritische Medien werden selektiert, Zugang geht nur hochbezahlt, Politiker dürfen auch ohne Eintrittsgeld teilnehmen.

Im Jahresverlauf organisiert und veranstaltet das WEF hunderte von anderen Treffen weltweit. Das sektenähnliche Gebaren des WEF zeigt sich im Verhalten und in der Ideologie der Führungsfigur und dem Agieren seiner Anhänger. Hierarchieaufbau und Taktiken der Einflußnahme spielen zudem eine wichtige Rolle. Weltuntergangs-, Rettungs- und Endzeitfantasien sind im WEF deutlich erkennbar. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einem "Eschatologischen Weltbild" als wichtigem Merkmal einer Sekte.

Definitionen von Sekten

Eine einheitliche Definition von Sekte gibt es nicht. Der Begriff geht auf den lateinischen Begriff "secat" zurück. Dieser wird übersetzt mit "Grundsatz, Richtlinie, Partei, Philosophische Lehre". Es gibt aber noch einen zweiten lateinischen Begriff, "secturum", den man mit "(konsequent) folgen" übersetzen kann. Im Fremdwörterbuch werden zwei Bedeutungen angeführt: "Kleinere, von einer christlichen Kirche oder anderen Hochreligion abgespaltene religiöse Gemeinschaft". Zweite Bedeutung: "philosophisch oder politisch einseitig ausgerichtete Gruppe".

Merkmale und Kriterien einer Sekte

Einige allgemeine Eigenschaften und Kerninhalte einer Sekte seien hier kurz aufgelistet: Eine charismatische Führungspersönlichkeit, ein rettendes Konzept, Mitglieder können in den Genuß wahren Friedens und wirklichen Glücks kommen, eine kontrollierte Überwachung, ein

Elitebewußtsein, Missionierung, Abgrenzung nach außen und Abwertung der normalen Welt, Endogamie, das heißt Verbot oder Ächtung von Liebesbeziehungen zu Außenstehenden, und eine sehr begrenzte Themenauswahl.

Bei einigen Sekten gab es massive Gewaltanwendung nach außen, aber auch Selbstmordhandlungen. Hier offenbart sich ein zerstörerisches Potential bei Nichterfolg und Scheitern bei der Zielerreichung.

Viele herausstechende Merkmale treffen auf kleinere Sekten sehr gut zu, da sie trotz Missionierungsbestrebungen sich abkapseln, dazu neigen in der Hierarchie untenstehende Mitglieder in finanzieller, sexueller und religiöser Hinsicht auszubeuten. Sekte wird zudem in der Öffentlichkeit häufig als religiöse, spirituelle und esoterische Gemeinschaft begriffen. Nur selten treffen alle angeführten Kriterien auf eine Sektengruppierung zu.

Ist das WEF eine Sekte?

Den WEF als Sekte zu bezeichnen, erscheint zunächst gewagt und konstruiert. Auch wenn wichtige Kriterien rein inhaltlich durchaus zutreffen, ist die Ausprägung und Präsentation auf den ersten Blick und in der Darstellung der Mainstream-Medien milder und unauffälliger. Selten gibt es Kritik aus Institutionen heraus, so bezeichnete der kroatische Europaabgeordnete Mislav Kolakusic kürzlich das WEF als "die gefährlichste internationale Vereinigung der Welt".

Eine nähere, analytische Betrachtung bestätigt jedoch die Einschätzung des Abgeordneten. Im weiteren Verlauf möchte ich den Fokus auf einige zentrale Merkmale setzen.

Missionierung über Mainstream-Medien

Im Gegensatz zu vielen kleineren Sekten, die eine individualistische Missionierung, fokussiert auf Einzelpersonen, anstreben, betreibt der WEF eine breitgefächerte Beeinflussung von Menschenmassen über den konzentrierten Einsatz von Multiplikatoren auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Armin Stalder schreibt in Transition News:

"In den Mainstream-Medien, die sich in einem kolossalen Akt der kognitiven Dissonanz als 'Qualitätsjournalisten' unverzichtbar wähnen, findet man denn hauptsächlich Belanglosigkeiten zum WEF, überboten nur noch durch Bekundungen vermeintlicher Notwendigkeiten und Heiligsprechungen: 'Das WEF ist super; wir brauchen das WEF; die Elite ist unfehlbar.' Solche Verabsolutierungen hört man sonst höchstens aus dem Mund eines Priesters." ...

"Man will ja nur die Welt retten, völlig selbstlos, versteht sich. Einfach nur, weil man übernatürlich gut ist. Ganz bestimmt. Doch im Umgang mit der Ukraine und Rußland dominiert billigster Moralismus, und die pseudo-grüne Klima-Ideologie darf jetzt nach der 'Pandemie' wieder en vogue sein."

Führerpersönlichkeit und Hofschranzen

Als wichtiges Merkmal einer Sekte wird in der Regel eine Führungspersönlichkeit, vernetzt mit einer Schicht höherer Vertrauensleute, angeführt. Die Aussagen dieser Chargen gelten als verbindlich und dürfen somit nicht weiter hinterfragt werden.

Im WEF gibt es eine zentrale Führungspersönlichkeit namens Klaus Schwab und eine Reihe von vertrauten Personen, zum Beispiel Thierry Malleret, der Mitautor des Buches "Covid-19: The Great Reset" von 2021. Als eine Art Hofphilosoph der Sekte wird zuweilen der Historiker Yuval Noah Harari angeführt, der da sagte: " ... Hier denke ich, daß die größte Herausforderung für Wirtschaft und Politik in den nächsten Jahrzehnten sein wird: Was tun mit all den nutzlosen Menschen?". Harari gilt als eine Art Endzeitapokalyptiker mit sehr drastischen Zukunftsprophetieungen.

Führende Mitglieder des WEF werden als young global leaders (YGLs) bezeichnet, zumeist eine Riege internationaler Politiker, die ihr wahres Gesicht erst im Laufe der Corona-Krise offenbart haben. Der Vorläuferorganisation der YGLs, nämlich den GLTs (Global Leaders for Tomorrow) gehören zum Beispiel Angela Merkel, Nicolas Sarkozy und Tony Blair an.

"The Great Reset"

Es fällt schwer, das neueste Werk von Klaus Schwab und Thierry Mallert in seiner deutschen Übersetzung, "Covid-19, der große Umbruch" systematisch durchzulesen. Schwab und sein Mitautor ergießen sich in eindringlich-suggestivem Stil auf fast jeder Seite des Machwerkes. Sie zelebrieren an vielen Stellen des Buches schon fast lustvoll den Untergang, um gleich darauf die Notwendigkeit, die Herausforderung eines Umdenkens, einer neuen Normalität in einer angeblich nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu betonen.

Der Text kommt sehr belehrend daher, ergibt sich in ständigen Wiederholungen und Unterstellungen. Der erste Widerwille stellt sich bei der Art seiner Formulierungen ein. Die Wörter "Pandemie", "Umbruch", "Paradigmenwechsel", "Klimawandel" und "neue Weltordnung" begleiten den Leser auf fast jeder Seite. Permanent wird der Leser durch ein abwechselndes "wir", "unser", "uns" eingeladen, sich mit den Behauptungen und Prophezeiungen zu identifizieren.

Gleichzeitig macht Schwab deutlich, daß er nur einer von "uns" ist und "wir" im selben Boot sitzen. Wer da nicht mitgeht, muß sich bald schlecht und als Außenseiter fühlen. Wer gedanklich mitzieht, darf sich euphorisch fühlen, endlich das richtige alternativlose Konzept gefunden zu haben.

Schwab betont auch einen ganzheitlichen Ansatz, da er Kritik verstehen und integrieren könne. In weiten Teilen seines Werkes nimmt Schwab mögliche Gegenargumente vorweg, beschreibt Befürchtungen und Sorgen der Bevölkerung vor digitalen Überwachungsmaßnahmen und der Einschränkung persönlicher Freiheiten.

Letzten Endes könne man aber diese Entwicklung nicht aufhalten und es sei die Aufgabe der Regierungen gefährliche Auswüchse zu kontrollieren und zu verhindern. Diese 'dramaturgisch-rhetorische Vorgehensweise' kann man auf fast jeder Seite des Werkes entdecken: Die Vorwegnahme von Gegenargumenten, "... um sie abzumildern, zu relativieren und sie auf diese Weise zu neutralisieren. ..." wird als "Prokatalipsis" bezeichnet.

Die Schwab-Jünger in unserem Land haben diesen rhetorischen Schachzug in einer gemeinsamen Aktion vor den Bundestagswahlen glänzend bewiesen. Ganz entrüstet wiesen sie jeden Verdacht, eine Impfpflicht einführen zu wollen, empört zurück. Schon kurze Zeit nach der Wahl gab man sich ganz unschuldig Überlegungen hin, vielleicht doch eine Impfpflicht aufgrund neuer Entwicklungen diskutieren zu müssen.

Nach dem Motto: "Ach - wir hatten ja nicht damit gerechnet, daß größere Teile der Bevölkerung sich so uneinsichtig verhalten würden." Außerdem habe sich die Lage grundsätzlich verändert.

Die Pandemie selbst sei nicht mit der Pest und ähnlichen Katastrophen zu vergleichen, so Schwab: "Im Gegensatz zu vergangenen Epidemien stellt Covid-19 keine neue existentielle Bedrohung dar. Sie wird weder zu einer unvorhergesehenen Hungersnot noch zu größeren militärischen Niederlagen oder Regimewechseln führen".

Gefährlich sei Sars-CoV-2 deswegen, weil sich die Reaktionen auf die Gegen-Maßnahmen durch die Vernetzung moderner Gesellschaften schnell potenzieren und vervielfältigen können. Die Maßnahmen seien jedoch unvermeidlich und müßten nur richtig angewandt werden.

Viele der heutigen Fachleute seien in einem "Silodenken" gefangen:

Sie "... können nur schwer (und manchmal überhaupt nicht) über die Grenzen ihrer eigenen Disziplin hinweg denken. ... Daher fehlt ihnen jene breitere Sicht der Dinge, die notwendig ist, um die vielen verschiedenen Punkte zu einem Gesamtbild zu verbinden, das Entscheidungsträger so dringend benötigen."

Kritik von wissenschaftlicher Seite kann mit diesem Totschlagargument von vornherein die Grundlage entzogen werden. Wer zum Beispiel aus seriöser wissenschaftlicher Sicht die Historie der sogenannten Sars-CoV-2-Pandemie, die Vorwegnahme in zahlreichen Plan-Events,

die Untauglichkeit der eingesetzten Tests und die unwissenschaftlichen Inzidenzzahlen analysiert und kritisiert, wird als unfähig und als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, der die größeren Zusammenhänge nicht verstehen könne.

Bei genauerem Hinsehen, läßt sich ein grundlegender demagogischer Trick erkennen: Die Verleugnung von Historie oder ihre Umwandlung in gegebene Natur. Ein Geschehen wird seiner realen Geschichte entledigt, um es in einen größeren spekulativen Zusammenhang einzubauen. So geschehen mit der inszenierten Pandemie, das heißt, aus einer Epidemie wurde per Definitionsänderung durch die WHO eine Pandemie ...

Ein exponentieller Ausbruch wurde verkündet, ohne die Steigerungen der eingesetzten Tests in der Statistik zu berücksichtigen. Die Tests erwiesen sich als sehr fehleranfällig, wurden unstandardisiert eingesetzt und sind nicht in der Lage zwischen unterschiedlichen Viren zu differenzieren. Das Virus war zudem schon Monate vorher in Blut- und Abwasserproben nachweisbar.

Aber es geht den Autoren hier ja um etwas Größeres.

Eine alljährlich auftretende Epidemie wird pandemisch eingekleidet und muß einem höheren Zweck dienen: Sie hat die Aufgabe, die Hinfälligkeit und mannigfachen Fehlentwicklungen in den Industriestaaten und überhaupt der ganzen Welt bloßzulegen. Diese Fehlkonzeptionen der alten Normalität müßten durch einen "Systemwandel" korrigiert und in eine "New World Order" überführt werden.

Eine falsche Prämisse in Gestalt einer inszenierten Pandemie führt aber zu einer falschen Konklusion sprich unverhältnismäßigen Schlußfolgerungen und Maßnahmen, die wiederum nur durch Propaganda gerechtfertigt werden, damit sie im öffentlichen Diskurs bestehen können.

"Das Voraussetzen von Prämissen und Begriffen ohne Grundlage zieht sich durch den Great Reset als Programm sowie auch durch Schwabs gesamtes Buch".

Hier entlarvt sich die Taktik der Autoren: Sie sind entweder nicht in der Lage, die historische Komplexität und Dynamik ihrer eigenen Grundannahmen zu reflektieren, oder sie verschweigen diese wissentlich und vorsätzlich.

Ein naturgegebenes Virus, das in seiner Herkunft und seinen Auswirkungen nicht hinterfragt werden darf, muß in seiner Zerstörungskraft mit allen Mitteln abgewehrt werden, die wiederum nicht hinterfragt werden dürfen, weil die Methoden zur Abwehr, sprich Lockdowns und Masken, Millionen von Toten verhindert hätten. In dieser Dynamik spinnen die Autoren eine Art Lügennetz, untermauert von fragwürdigen Expertenaussagen.

Kein Wort zu den Staaten ohne Lockdowns, zu Metastudien, die die Nutzlosigkeit von Lockdowns belegen, zu Studien, die vor Gefahren der Atemmasken warnen, zu Kritik an der Anwendung der Tests, zu den vielfältigen Kollateralschäden der Isolations- und Ausgrenzungsmaßnahmen.

Wahrnehmung nicht zugehöriger Menschen

"Die Anhänger von Sekten betrachten andere Menschen meist abwertend: Sie halten sich nicht an die Regeln der Glaubensgemeinschaft und haben nicht an ihrem Wissen teil. Deshalb verdienen sie keine Erlösung, keinen Respekt oder sogar, daß ihnen leid zugefügt wird. Die Kritik der Anderen bestätigt nur, daß die Sekte im Recht ist".

Nicht nur andersdenkende Individuen werden zu Feinden erklärt. Vize-Präsident des WEF, Borge Brende, erklärte beim letzten WEF-Treffen 2023: Wer nicht bei der neuen Ordnung mitmache, seien es Regierungen oder Gesellschaftsgruppen, habe erhebliche Nachteile zu erwarten.

WEF-Ideologe Yuval Noah Harari spricht von Menschen die äußerlich und innerlich total manipulierbar seien, von "hackable animals". Bedrohlich seine Aussage: "Was wir freien Willen nennen, das ist vorbei. Es gibt keinen freien Willen mehr". Es hört sich an wie eine An-

kündigung des Kommenden: Freie Entscheidungen, Meinungen und Glauben könnten ausgedient haben. Die Masse der Menschen als konditionierte Masse, ferngesteuert und funktional den Herrschenden ergeben.

Klaus Schwab greift das Thema auf: "Die vierte Revolution wird nicht verändern, was wir tun, sondern was wir sind". Wer nicht mehr mithalten kann oder will, wird keine Lebensberechtigung mehr haben: Ausgrenzung, Nicht-Behandlung und direkte Bekämpfung.

Im überlebenden Rest der Menschheit werden, so Klaus Schwab, "digitale, physische und biologische Systeme" zusammengeführt.

Yuval Noah Hararis nihilistische Philosophie über die unzähligen nichtsnutzigen Menschen und über die Überwindung des Individuums, erinnert doch sehr an den Zynismus Stalins, der gesagt haben soll: "Ein Toter ist eine Tragödie, Millionen von Toten sind Statistik." Ein Schelm, der hier nicht an die durch Gen-Therapien induzierte Übersterblichkeit denkt!

Stakeholder-Kapitalismus als Heilslösung

Hier lohnt sich wieder der Blick in die Werke und Artikel von Klaus Schwab sowie die Betrachtung von Aussagen und Handlungen führender Anhänger des WEF.

Klaus Schwab betont, daß es ihm weder um einen Kapitalismus bisheriger Prägung, den Shareholder-Kapitalismus noch um eine Art Staatskapitalismus gehe, sondern um einen sogenannten "Stakeholder-Kapitalismus". Schwab versteht darunter eine neue Wirtschaftsordnung mit einer veränderten Unternehmensführung, die sich zum Ziel setzt, die Interessen und Ansprüche aller Teilhaber und Betroffenen, die sogenannten "Stakeholder", zu integrieren. Soziale und ökologische Belange sollen neben den Interessen von Aktionären und Management gleichrangig bewertet und behandelt werden.

Auf den ersten Blick, ein Modell, das Großes verspricht und nach Klaus Schwab in der Lage wäre, die Zukunftsprobleme zu lösen. Alle würden harmonisch an einem Strang ziehen, um die hohen Ziele einer Agenda 2030 zu verwirklichen. Doch dieser Gleichklang aller Interessengruppen riecht verdächtig nach Gleichschaltung und Unterordnung unter höhere Ziele. Individuelle Freiheiten sind da nur noch drittrangig.

Eine neue Solidarität wird beschworen, die von allen eine gleiche Lebensform einfordert, zum Beispiel bewertet nach sozialen Punktsystemen, aber nicht für die Eliten selbst, die soziale Gerechtigkeit, medizinische Gesundheit, Bevölkerungsregulation, Einkommensgleichheit, kurz um eine umfassende Versorgung ohne individuelles Eigentum gewährleisten soll.

Unterschiedliche Interessen und Konflikte müssen nicht mehr demokratisch ausgetragen werden, da die Gegensätze scheinbar aufgehoben wurden. Das erinnert doch sehr an autoritäre Regierungsformen mit Einheitsgewerkschaften, Einheitsparteien und Volksgesundheit. Da alle Ansprüche im Stakeholder-System befriedigt und gleich bedient werden sollen, gibt es deshalb auch keinen Grund mehr, sich unzufrieden zu fühlen.

Dieses sehr idealistische, sich über alle Interessengegensätze erhebende Modell mit einem globalen Lösungsansatz, kann - wen wundert es - junge Leute in Begeisterung versetzen! "Du wirst nichts besitzen, aber Du wirst glücklich sein!" Keiner hat das besser verstanden als Klaus Schwab, dem es dann auch gelang, über Jahrzehnte hinweg, eine Schar, inzwischen nicht mehr so junger Führungskräfte, für seine Vorstellung einer kompletten Neuorientierung, zu gewinnen.

Klaus Schwab schuf sich im WEF eine geeignete Bühne für seine Ideologie. Wikipedia zitiert das Forbes-Magazin: "Laut Forbes-Magazin ist die Great-Reset-Agenda des WEF ein weiteres Beispiel dafür, wie reiche, mächtige Eliten ihr Gewissen mit falschen Bemühungen, den Massen zu helfen, beruhigen und sich dabei noch reicher und mächtiger machen".

Die Sekte WEF als Trojanisches Pferd der Industrie- und Finanzeliten

Die Ideologie des WEF kann als geschickter Versuch eines Lösungsansatzes für die gegenwärtigen Probleme der Menschheit betrachtet werden. Man verkündet damit zugleich den ho-

hen Anspruch, eine neue Gesellschaft hervorzubringen, in der ein harmonischer Interessenausgleich stattfindet. Neid und Gegensätze würden der Vergangenheit angehören.

Bei einer genaueren Analyse erkennt man in diesem ideologischen Gerüst eine Art trojanisches Pferd: Es geht um die verdeckten Ziele einer weltweit vernetzten Plutokratie.

Nach Absolutismus und Feudalismus, Herrschaftsformen des Adels, kamen mit der sich entwickelnden Industriegesellschaft neue Eliten an die Macht. Der Fond-Manager Dirk Müller zitiert Richard Nixon/Klaus Coudenhove-Kalergi:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht".

Nicht die Abstammung bestimmt heute die Ausübung von Macht und soziale Stellung, sondern Einkommen und Vermögen.

Dirk Müller bezeichnet die gegenwärtig weltweit installierten Systeme auch als "Kleptokratie": "Längst sind wir auf dem Weg zur nächsten Stufe, der Kleptokratie, der Herrschaft der Plünderer. Dies ist eine Herrschaftsform, in der die Reichen und somit Mächtigen ihre Macht ausschließlich zum eigenen Vorteil nutzen, sich auf Kosten der Allgemeinheit schamlos bereichern und, da sie keine Gegenwehr erfahren, dies immer unverhohlener tun".

Gerhard Wisnewski spricht hier bei der schon seit Jahrzehnten andauernden Entwicklung von einer "Kernschmelze der Macht", "bei der Dinge zusammenkommen, die auf keinen Fall zusammenkommen sollten, nämlich die staatlichen und privaten Monopole, um ihre Macht ungehindert zu vermehren und zur Geltung zu bringen."

Er bezeichnete diese Dynamik als "Korporatismus", ein Begriff, der schon von Mussolini bevorzugt wurde. Letzterer habe lieber von Korporatismus statt von Faschismus sprechen wollen, "... weil er die perfekte Verschmelzung der Macht von Regierung und Konzernen ist". Im Rahmen des WEF kommt es zu einer folgenschweren Vernetzung von überstaatlichen, globalen Organisationen (UNO, Weltbank, WHO) mit nationalen Regierungen und international agierenden Konzernen - zum Beispiel die GAFAM-Oligopole - und Fond-Gesellschaften.

Propaganda und Wirklichkeit

Umhüllt von einer schön eingefärbten Propaganda, bedienen sich Schwabs Jünger lobhudelnd seiner Dogmen, gehen jedoch real einen ganz anderen Weg: Lobbyisten, Unternehmensberater und Bankmanager samt ihren nationalen Präsidenten werden eingeladen, um neue Gesetze auszuarbeiten - im Stile von Ermächtigungsgesetzen - und Teile der Verwaltung zu übernehmen.

Die vom WEF propagierten "Öffentlich-private-Partnerschaften" (PPP) sollen in der Zeit nach der induzierten Pandemie eine dominierende Rolle übernehmen. Sie sind "Quasi-Monopole, die vom Staat an Privatunternehmen übertragen werden und von diesem dann vor Konkurrenz geschützt werden". Es kommt mittel- bis langfristig zu einer gigantischen Vermögensumschichtung, einem Mittelstandsterben und einem Ausverkauf dezentraler Konsum- und Produktionsstrukturen durch Weltkonzerne.

WEF-Anhänger warnen permanent vor einem katastrophalen Klimawandel, möchten viele Maßnahmen ergreifen und betreiben damit jedoch nur Greenwashing aller Orten: Big Pharma verschmutzt mit ihren Produkten Meere und Kontinente. Big Data sorgt mit 5G - 6G ist schon in Vorbereitung - und dem Internet der Dinge sowie mit geplanten elektronischen Währungen für einen gigantischen neuen Energiebedarf. Big Logistik im Verein mit multiplen Freihandelsabkommen erzeugt durch die Vervielfachung der internationalen Handels- und Zuliefereraktivitäten gigantische Umweltschäden.

WEF-Sektenstrategie als Wegbereiter von Umbrüchen

Das Reset-Drehbuch des WEF, in Blaupause auf einigen Events in den Vorjahren entworfen in wenigen Sätzen zusammengefaßt: Man orte eine ansteckende Viruserkrankung, generiere

aus einer Epidemie eine Pandemie. Überzeichne die Folgen und setze massive Maßnahmen gegen den unsichtbaren Feind ein. Die Welt wird als "vorpandemisch" durchgehend schlecht und labil dargestellt. Es reicht der Funke einer Pandemie, und der durch die Young Global Leaders als notwendig erachtete administrativ inszenierte Wirtschafts-Crash erzeugt einen vielfältigen gesellschaftlichen Kollaps in fast allen betroffenen Ländern.

Die Zusammenbrüche sind kaum mehr revidierbar und erfordern rettende Umbrüche im Sinne der Ziele der Sekte, formuliert in Agenda 30. Klaus Schwab listet sein "Umbruch-Szenario" auf: "Makro-Umbruch", "Wirtschaftlicher Umbruch", "Gesellschaftlicher Umbruch", "Geopolitischer Umbruch" und so weiter und so fort und zum Schluß der "persönliche Neustart", "Beschleunigung der Digitalisierung" und "Verhaltensänderungen" im Rahmen des "Stakeholder-Kapitalismus".

Grüne Wahrheitspächter

Klaus Schwab und seine Jünger mutieren zu Wahrheitspächtern. Nur sie kennen den Unterschied zwischen Wahrheit und Fake News am Besten. Die Grünen europaweit, verbunden mit diversen linken Splittergruppen, erleben sich im Besitz von Endzeitwahrheiten und ihren alternativen Lösungen. Friedrich Dürrenmatt plädierte in seinem Essay "die Brücke" in den 1940-Jahren, den Begriff Wahrheit zu verbannen, weil er ein Klima erzeuge, in dem andere überredet, bekehrt, gezwungen werden.

Tom Kummer schreibt in die Weltwoche über die schweizer Grünen: Sie "... fordern ebenfalls eine technische Überlegenheit, die den Planeten rettet und Frieden und Fortschritt bringt". Es bestehe jedoch die Gefahr, "... daß die grüne Raumschiff-Crew Züge einer totalitären Religionsgemeinschaft entwickelt". Es gebe eine Sehnsucht nach Gemeinsamkeit: "Da ist es wieder: Das rettende Wir. Kollektive Angst soll kollektive Lösungen schaffen. Der Wunschtraum der Grünen." Balthasar Glättli, der schweizer Grünen-Chef sagt zu Tom Kummer:

"Wir brauchen einander Tom! Das ist alles, was ich sagen will. Es ist unsere einzige Rettung vor dem Chaos, dem Untergang. Gemeinsam über Brücken laufen, ans sichere andere Ende! We are in this together".

Selbst- und Fremdzerstörung

Die Ziele und Aussagen des WEF und seiner Anhänger sind zwar nur selten direkt in aggressiv-gewalttätiger Weise auf andere Menschen, Gesellschaften und Staaten gerichtet. Aber viele seiner Mitglieder diskriminieren "ungläubige" Menschen, also Ungeimpfte, Kritiker, "Querdenker", die sich nicht an dem großen Umbruch der Schwab'schen Jünger beteiligen wollen. Ausgrenzung, brutale Polizeigewalt und existentielle Vernichtung bis hin zur Inhaftierung von Andersdenkenden greifen immer häufiger um sich. Klaus Schwab sieht uns alle vor einer drohenden Katastrophe.

Er schreibt: "Um ein solches Schicksal zu vermeiden, müssen wir unverzüglich den Großen Umbruch in Gang setzen. Dies ist kein netter Versuch, sondern eine absolute Notwendigkeit". Diese Aussage klingt wie ein Appell an seine Anhänger, sofort alle Mittel in Bewegung zu setzen: viele Einrichtungen blockieren, Kritiker mundtot machen, ausgrenzen, Krieg führen gegen diejenigen, die aus der Reihe tanzen.

Da wir ja angeblich viel zu viele Menschen auf dieser Erde sind, gilt es, die Bevölkerung zu reduzieren. Viele Indizien sprechen dafür, daß die von den Global Leaders forcierten Impfgentherapien ohne Schutzwirkung eine hoch toxische Wirkung anstoßen und schon jetzt für hunderttausende schwere Nebenwirkungen und zahlreiche Todesfälle verantwortlich sind.

Übersterblichkeit korreliert signifikant mit Impfhäufigkeit.

So läßt sich mit Gerhard Wisniewski nachvollziehen, wenn er über das WEF schreibt: "Die Welt stöhnt unter dem Lockdown" ... "Nur einer jubelt in der Grabesstille: Das Weltwirtschaftsforum, das seine alljährliche Tagung diesmal digital abhält, findet das alles großartig.

Nanu: ein Wirtschaftsforum, das sich über den Lockdown der Wirtschaft freut?" Die zahlreichen "hübschen Videos" des WEF, "verkleidet als Potpourri vermeintlich froher Botschaften" offenbarten eine "absolut menschenfeindliche Einstellung", "eine Werbung für die Abschaffung der Menschheit".

Volker Schuhmacher, Jahrgang 1954, studierte Wirtschaftswissenschaften und danach Psychologie. Nach seinem Abschluß als Diplom-Psychologe arbeitete er bis 2000 als Berater im "Institut für Grenzgebiete der Psychologie" (IGPP) in Freiburg. ... Bis heute arbeitet er als Psychotherapeut in einer eigenen Praxis.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Februar 2023: >>Das Reich und der Wettlauf um die Welt - Teil 1

Heute erstreckt sich die Vergangenheitsbewältigung auch auf die lange Zeit als mustergültig geltende deutsche Kolonialpolitik. Unser Autor Dr. Gert Sudholt wagt eine Gegenrede. Die Rolle der Deutschen in der Kolonialgeschichte ist viel besser als ihr Ruf. ...

_ Von Dr. Gert Sudholt

In der Mitte der 1960er Jahre, als die 68er sich anschickten, die Bundesrepublik auf den Kopf zu stellen, überraschte der damals schon umstrittene Historiker Fritz Fischer mit seinem Buch "Griff zur Weltmacht" die Öffentlichkeit und löste eine Imperialismusdebatte aus, die auch die behauptete Problematik eines deutschen Dranges nach Weltherrschaft beinhaltete.

Fritz Fischers falsche Diagnose

Natürlich sah es Fischer als ein typisches Kind seiner Zeit als bewiesen an, daß das Deutsche Reich imperialistisch geprägt war und daß Kaiser Wilhelm II. und das junge Deutsche Reich die Nummer eins auf dem Globus werden wollten.

Fischers Fritze und seine abenteuerlichen Thesen stießen durchaus auf Widerspruch unter ernsthaften Historikern. Es regte sich erheblicher Widerstand. Ein erster Historikerstreit entbrannte und der Gelehrte verschwand in der Versenkung akademischer Bedeutungslosigkeit. Vor 60 Jahren war es vorrangig um den Imperialismus der Großmächte des 19. Jahrhunderts gegangen.

Wenn wir aber heute über Imperialismus sprechen, so denken wir fast immer an die Bestrebungen des amerikanischen Ostküstenkapitals, das, ausgehend von seinen politischen und finanziellen Zentren in Washington und New York, bestrebt ist, den ganzen Erdball zu beherrschen; ihm die Handlungs- und Denkweise des "American way of life" aufzuzwingen und sie abhängig zu machen.

Kampf um die Filetstücke

Mit dem Begriff "Imperialismus" verbinden jedoch die älteren Zeitgenossen jene Staaten Europas, die unter den verschiedensten Vorwänden Kolonien gegründet und die einheimischen Völker und Kulturen entweder vernichtet oder unterworfen haben: Da waren zuerst die Spanier in Mittel- und Südamerika, die sich teils über den Umweg einer wenig sensiblen Christianisierung halbe Kontinente unter den Nagel rissen.

Ihnen folgten auf den damals entdeckten Seewegen Portugiesen, Briten, Franzosen und Niederländer, also jene Völker, die über Zugänge zu den Weltmeeren und über entsprechende Flotten verfügten. Sie wollten zu den Gegenküsten, sie wollten Gewürze und Silber nach Europa verschiffen und Geschäfte machen. Sie wollten Rohstoffe, Reichtümer sowie neue Handelsplätze. Sie sagten Christentum und meinten Kattun.

Die klassische Epoche des Imperialismus bildete jedoch das 19. Jahrhundert - die Welt war vollends entdeckt. Nun galt es, sich aus dem Globus die Filetstücke zu sichern. Wir sprechen von jenem Zeitraum, der in etwa mit der Französischen Revolution einsetzt und mit den Schüssen von Sarajewo 1914 endet.

Diese Epoche kann als das Zeitalter des Ausgreifens der Europäer in die Welt bezeichnet werden. Es war aber auch das Zeitalter des europa-zentrierten Weltbildes, in der fünf europäische

Großmächte das Schicksal der Welt in den Händen hielten: Rußland, England, Frankreich Österreich-Ungarn und Deutschland.

Etwa zur gleichen Zeit bis in die Anfänge des 20. Jahrhunderts hinein begann die russische Kolonisation über den Ural bis nach Wladiwostok. Ebenso setzte auf dem amerikanischen Kontinent vom Atlantik ausgehend der Weg nach Westen, die Durchdringung des Kontinents in Richtung Pazifik ein. Gerade die Siedler Nordamerika entsprachen durchaus dem Zug der imperialen Zeit: 1845 votierte der US-Kongreß für die Annexion von Texas, das zu Mexiko gehörte.

Dies führte zum Mexikanisch-Amerikanischen Krieg von 1846 - 1848, den die USA gewannen. Mexiko wurde in einem Knebelungsvertrag gezwungen, mehr als die Hälfte seines Staatsgebietes an die USA abzutreten. Das waren immerhin 1.650.000 Quadratkilometer. Das sind mehr Quadratkilometer, als Deutschland, Frankreich Großbritannien und Italien heute zusammen aufweisen.

Rhodes: "Ausdehnung ist alles"

Die politischen Mächte des 19. Jahrhunderts teilten die unterworfenen Kontinente in Einflußbereiche und Interessenssphären streng nach Längen- und Breitengraden. Die Landkarte des Schwarzen Kontinents zeugt heute noch von diesem imperialen Unsinn, der Kongo ist das beste Beispiel. Der Kongo ist auch das Paradebeispiel für kolonialen und imperialen Mißbrauch des belgischen Königs Leopold I. Interessanterweise scheinen auch die Grenzen einiger US-Staaten mit dem Lineal und dem rechten Winkel gezogen zu sein.

Den europäischen und nicht zuletzt auch deutschen Ausgriff in die Welt charakterisierte der 1971 verstorbene Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm mit den folgenden Worten:

"Es war eine Epoche, in der es nicht nur für die Deutschen, sondern auch für die Engländer, Franzosen, die Belgier, die Russen und Japaner und die Nordamerikaner eine Selbstverständlichkeit war, sich bei der endgültigen Aufteilung der Erde so viel wie möglich zu sichern."

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt auch der Historiker Gustav Adolf Rein, wenn er betont, daß ein neuer Wettlauf eingesetzt habe und daß er die ganze Erde mit allen Völkern aufteile. Sei es durch unmittelbare Inbesitznahme, sei es durch wirtschaftspolitische Interessenssphären.

Dieser nationalistisch bestimmte und übersteigerte Imperialismus, wie er sich in dem zeitgemäßen Wort von Cecil Rhodes ausdrückt "Ausdehnung ist alles", führte zum Abstieg des Abendlandes im 20. Jahrhundert und bewirkte in Folge die Vernichtung der Vorherrschaft Europas über Weltmeere sowie die Völker in Übersee. Er beförderte die Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt; allen voran Mahatma Gandhi in Indien, der diesen Schrumpfungsprozeß der imperialen Mächte beförderte.

Das gefährdete Deutsche Reich

Deutschlands Eintritt in den Kreis der Kolonialmächte und damit in die Gruppe der sogenannten imperialistischen Staaten fällt in die letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Man wird dem Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue gerne zustimmen, wenn dieser betont:

"Ich selbst bezweifle, daß es einen deutschen Imperialismus gegeben hat und, daß Bismarck ein Imperialist gewesen ist - wenn die Bedeutung dieser Bezeichnung grundsätzlich vergleichbar sein soll, insbesondere mit der in England, wo es eine Empire - Ideologie sowie eine imperialistische Missionsidee gegeben hat, sowie mit der in Frankreich gebräuchlichen!"

Es ist an dieser Stelle wichtig darauf hinzuweisen, daß Otto von Bismarck sich der Einmaligkeit und der Außergewöhnlichkeit der Reichsgründung vom 18. Januar 1871 in Versailles bewußt war. Durch sie wurde zum ersten Male seit dem Mittelalter wieder eine starke europäische Macht in der Mitte Europas geschaffen. Nur aufgrund einer internationalen Ausnahmesituation konnte das Zweite Deutsche Kaiserreich ausgerufen werden. Bismarck war sich darüber im Klaren, daß das junge Deutsche Reich von überall her gefährdet war. ...<<

5.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2023:

>>Dresden 1945: Eiskalter Massenmord aus der Luft

In diesen Tagen jährt sich die Zerstörung Dresdens durch alliierten Bombenterror zum 78. Mal. Immer noch wird dieses grauenhafte Kriegsverbrechen verharmlost, nach wie vor werden die Opfer zu Tätern deklariert. Dabei zeigt ein Blick in die Quellen, daß der Tod vieler Menschen das eigentliche Ziel der Angriffe war. ...

_ Von Gero Bernhardt

Die ersten Luftschläge im Zweiten Weltkrieg führten nicht etwa die Deutschen, sondern die britische Royal Air Force (RAF) aus - und zwar fern der Front, im Hinterland des Feindes. Von Seiten Englands ist dies sowohl von damals maßgeblichen Politikern wie Luftfahrt-Staatssekretär James Spaight (1944) oder Churchills Kabinettsmitglied Lord Hankey (1950) als auch von prominenten Historikern, etwa von Basil Liddell Hart (1946), J. F. C. Fuller (1948), Denis Richards und Hilary Saunders (1953; offiziöse Geschichte der RAF) oder A. J. P. Taylor (1965), eingestanden worden.

Spaight bekundete in seinem Buch *Bombing Vindicated: Wir begannen, Städteziele in Deutschland zu bombardieren, ehe dies die Deutschen in England taten*. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist.

In Taylors *English History 1914-1945* kann man lesen: "Die britische Initiative ist völlig klar. Die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam war Teil eines militärischen Feldzuges, eine Ausdehnung vorausgegangener Artilleriebeschießung verteidigter Städte. Der Blitz begann erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert hatten."

Dem Angriff der deutschen Luftwaffe auf die englische Rüstungsmetropole Coventry im November 1940, der häufig fälschlicherweise als "Beginn des Bombenterrors" im Zweiten Weltkrieg bezeichnet wird, waren beispielsweise allein 24 Angriffe der RAF auf Dortmund vorausgegangen, wie sich aus der Chronik der Lokalhistorikerin Katharina Tiemann ergibt, die in dem Buch *Stadtgeschichte in Bildern und Berichten* erschien, das 1995 vom Historischen Verein für Dortmund herausgegeben wurde.

Churchills Mordgelüste

Auch die Bundesregierung unter Konrad Adenauer wies schon früh auf den korrekten Ablauf hin. In ihren Dokumenten *Deutscher Kriegsschäden*, veröffentlicht im Jahr 1958, heißt es:

"Mit dem Tagesangriff vom 4. September 1939 gegen Schiffsziele vor Wilhelmshaven und gegen den Nordostseekanal hat die RAF den Luftkrieg praktisch eröffnet. ... Die in dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht erwähnten feindlichen Angriffe auf drei Orte im Ruhrgebiet in der Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 sind als Einleitung des Städtebombardements anzusehen. Mit diesem Datum begann ein neuer Abschnitt der Kriegsgeschichte."

Sieht man also von der Ende November 1939 erfolgten sowjetischen Bombardierung der finnischen Hauptstadt Helsinki ab, kam es im Zweiten Weltkrieg in der Nacht zum 11. Mai 1940 zum ersten Bombenangriff auf eine frontferne Stadt.

Der Historiker Jörg Friedrich schreibt dazu in seinem Standardwerk *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*: "Das britische Kabinett hatte nach Churchills Amtsantritt den Grundsatz des Zivilschutzes aufgehoben. Die erste bombardierte deutsche Stadt war Mönchengladbach, wo fünfunddreißig Hampdens und Whitley-Bomber Straßen und Schienenwege bombardierten. Dabei kamen vier Zivilisten um, darunter eine dort ansässige Engländerin."

Gleich darauf folgten Angriffe der RAF auf Aachen, Dortmund, Essen, Hamm und Hannover. Im Juni 1940, so Friedrich weiter, erklärte Churchill: "Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste!"

Es gelte, so der Londoner Premier, "ein gewaltiges Feuer in Hitlers eigenem Hinterhof" zu

entfachen. Im Sommer 1940 habe der britische Regierungschef laut Der Brand seinem Rüstungsminister Beaverbrook bei einem Lunch eröffnet: "Es gibt eine Sache, die Hitler niederwirft, und das ist ein absolut verwüstender Ausrottungsangriff ("exterminating attack") durch sehr schwere Bomber."

Im April 1941 habe Churchill dann seine "Bombenmoral" wie folgt beschrieben: "Es gibt knapp 70 Millionen bösertige Hunnen. Die einen sind heilbar, die anderen zum Umbringen." ("... some of whom are curable and others killable").

Anglo-amerikanische Eskalation

Doch nicht nur der Ausbruch, sondern auch die Eskalation des Luftkrieges ging auf alliiertes Konto: Das Flächenbombardement, der Feuersturm mit Injektoreffekt (Unterdruck, etwa im Keller von Häusern, der Gase aus oberen Brandstellen hinabzieht) und die verheerende Phosphorbombe wurden von der Royal Air Force entwickelt

Das teuflische Napalm, das zu Massenverbrennungen und -vergasungen führt, das verbrecherische "Strafing" (Bezeichnung für die vom amerikanischen Luftwaffengeneral Spaatz im Spätsommer 1944 konzipierten Tieffliegerangriffe "auf alles, was sich bewegt") und die - nicht gegen das Deutsche Reich, aber gegen Japan - eingesetzte Atombombe, die allen Grundsätzen einer nur halbwegs moralischen Kriegführung zuwiderläuft, wurden erstmals von der Luftwaffe der US Army eingesetzt.

Die totale Enthemmung des anglo-amerikanischen Bombenkrieges zeigt sich auch daran, daß zum Schluß sogar Krankenhäuser zu Punktzielen der Alliierten werden konnten.

Jörg Friedrich macht dies am Beispiel des Angriffs auf das katholische Hospital von Dinslaken am 23. März 1945 deutlich. "Zwei Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen waren sofort tot", schreibt er und zitiert des Weiteren den Bericht von Chefarzt Dr. Otto Seidel:

"Mit einem Blick bemerkte ich, daß sämtliche Patienten in den zerborstenen Betten tot waren, dann machte ich mich an die Beseitigung des Trümmerschutts, um an die noch Lebenden heranzukommen. Es gelang mir, eine Mutter mit zwei Kindern freizubekommen. Die nächste Arbeit galt einer vollkommen gelähmten Patientin, aber ich konnte sie nur noch als Tote bergen. Neben ihr lag ein Mädchen von zehn oder elf Jahren. Es war kurz vorher mit mehreren Beinbrüchen bei uns eingeliefert worden. Nun lag es vor mir mit einem meterdicken Betonklotz auf dem kleinen Kopf, der platt gedrückt war wie ein Buch."

Friedrich berichtet weiter: "Kurze Zeit später wurden Flüssigkeitsbrandbomben abgeworfen, die sämtliche Ein- und Ausgänge des Krankenhauses blockierten. Noch lebende Patienten verbrannten."

Wichtig ist noch der Hinweis des renommierten Historikers, der zu den Koryphäen der Luftkriegsforschung in Deutschland zählt:

"Krankenhäuser waren auf dem Dach mit Rotkreuzzeichen bemalt, und 1945 zielten die Crews präzise genug, um bei Tageslicht ein Krankenhaus auszusparen."

Offenbar sollte die Klinik in Dinslaken bewußt getroffen werden.

Bei der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 hatten US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Großbritanniens Premierminister Winston Churchill eine makabre Arbeitsteilung im Bombenkrieg vereinbart: Die US Air Force greift tagsüber an, die Royal Air Force nachts. So regneten rund um die Uhr Bomben auf deutsche Städte.

Als Hauptangriffsgebiet wurde in Casablanca das Ruhrgebiet, Deutschlands industrielles Herz, ins Visier genommen - und als wichtigstes Ziel ihrer Luftschläge bezeichneten die politischen Führer der Westalliierten bei ihrem Gipfeltreffen in Nordafrika die "Unterminierung der Moral des deutschen Volkes bis zu einem Punkt, an dem seine Fähigkeit, bewaffneten Widerstand zu leisten, tödlich getroffen ist". "Durch Casablanca", schrieb der Chef des britischen Bomber Commands, Marschall Arthur Harris, "waren die letzten moralischen Hemmungen gefallen, und ich erhielt für den Bombenkrieg völlig freie Hand."

Die Todesbilanz

Die Bilanz dieses alliierten Vernichtungskrieges aus der Luft ist erschütternd: Fast anderthalb Millionen Tonnen Bomben wurden im Zweiten Weltkrieg auf deutsche Städte geworfen, rund 80 Prozent davon fielen 1944/45, eine halbe Million Tonnen allein noch zwischen Januar und April 1945.

Die am häufigsten attackierten Städte waren Berlin (389 Luftangriffe), Duisburg (299), Essen (272), Köln (262), Düsseldorf (243) und Hamburg (213). Von allen Großstädten mit über 250.000 Einwohnern wies Dortmund mit 65 Prozent den höchsten Zerstörungsgrad durch Luftkrieg auf, bei den kleineren Großstädten war es Würzburg mit 75 Prozent, bei den Städten bis zu 100.000 Einwohnern Pforzheim, das zu 64 Prozent zerstört wurde.

Was die Opferzahlen unter der deutschen Zivilbevölkerung anbelangt, so sind diese schwer zu ermitteln und werden heute eher heruntergerechnet, statt sie seriös zu beziffern. Nach Mindestschätzungen gab es auf deutscher Seite eine halbe Million Tote durch die alliierten Bombenangriffe, es kann aber durchaus auch eine Million gewesen sein, davon etwa 20 Prozent Kinder. Allein die Schätzungen der Totenzahl von Dresden (13. bis 15. Februar 1945) divergieren von fünf- bis zu sechsstelligen Zahlen. Mehrere Millionen Menschen wurden verwundet, viele davon, auch Kinder, blieben zeitlebens Krüppel.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2023:

>>Das Reich und der Wettlauf um die Welt - Teil 2

Als Hoheitssymbol wurde der Reichsadler in ein weißes Mittelfeld gesetzt. Das Tuch war zugleich Dienstflagge des Reichskolonialamtes, das für überseeische Besitzungen wie Deutsch-Südwest (heute Namibia), Kamerun und Togo (Westafrika), Kiautschou (China) oder die Samoa-Inseln (Pazifik) zuständig war.

Heute erstreckt sich die Vergangenheitsbewältigung auch auf die lange Zeit als mustergültig geltende deutsche Kolonialpolitik. ...

_ Von Dr. Gert Sudholt

Nur aufgrund einer internationalen Ausnahmesituation konnte das Zweite Deutsche Kaiserreich ausgerufen werden. Bismarck war sich darüber im Klaren, daß das junge Deutsche Reich von überall her gefährdet war. Bismarcks kleindeutsche Reichsgründung von 1871 war letzten Endes nur eine partielle Verwirklichung des Paulskirchen-Programms.

Sie war bereits beherrscht von der zweifelsfreien Gewißheit, daß die Einigung der deutschen Stämme vor allem außenpolitisch durchgesetzt werden mußte. Dies war mit ein Grund dafür, daß er in den Einigungskriegen von 1864 - 1870 weitgehend auf territoriale Ansprüche verzichtete und somit keinerlei imperiale Politik verfolgte, denn er fürchtete Koalitionen gegen das Reich. Er wollte den Frieden um der inneren Festigkeit des Reiches und Europas sowie um der Bestandssicherung willen.

Das System Bismarcks

Deshalb erklärte er das Reich für "saturiert" und bemühte sich um eine Situation, in der alle europäischen Großmächte das Wohlwollen Deutschlands benötigten und durch wechselseitige Verträge von Koalitionen gegen das Deutsche Reich abgehalten wurden.

Hervorzuheben sind hierbei:

- Das Dreikaiserabkommen Österreich/Ungarn - Rußland - Deutsches Reich von 1873.
- Der Berliner Kongreß im Jahr 1878.
- 1879 der Zweierbund des Reiches mit Österreich - Ungarn.
- 1882 der Dreibund zwischen Deutschland, Italien und Österreich/Ungarn.
- 1887 der Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich.

Programmatisch äußerte sich Bismarck dazu am 6. Februar 1888 in seiner letzten großen Reichstagsrede vor seiner Entlassung aus dem Amt:

"Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt, und die Gottesfurcht ist es

schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt!"

Zwei Motive für deutsche Kolonien

Die Beziehungen zum Britischen Empire wurden in diesen Jahren von Bismarck in der Schwebe gehalten. Bei all diesen politischen Schachzügen Deutschlands, die Bismarck - teilweise gegen starke Widerstände - durchsetzte, ging es weniger um deutsche Selbstbestimmung als um ein diplomatisch-militärisches Geschicklichkeitsspiel mit vielerlei Fäden, die er genial zu verknüpfen verstand.

Der kundige Diplomat wußte um die Sensibilität britischer Außenpolitik, zu deren Konstanten es gehörte auf dem Festland stets die stärkste Macht gegen die zweitstärkste auszuspielen. So verfolgte Bismarck eine Politik, die sich an dem berühmten Wort des Grafen Alfred von Schlieffen orientierte "Mehr sein als scheinen" orientierte.

Während die europäischen Großmächte bereits begannen sich die Welt des 19. Jahrhunderts aufzuteilen, wurde im Herzen Europas erst das Deutsche Reich gegründet. Die 1884 einsetzende politisch einzig relevante deutsche Kolonialpolitik hatte vor allem zwei Initialmomente: Das volkswirtschaftliche Bedürfnis.

Die rasch anwachsende Industrie Deutschlands verlangte sowohl nach Bezugsquellen für dringend benötigte Rohstoffe als auch nach Absatzgebieten der Fertigwaren. Hanseatische Kaufleute waren schon lange an der westafrikanischen Küste und in der Südsee tätig. Ihre Niederlassungen waren aber ohne jeden staatlichen Schutz vor möglicherweise rebellierende Bevölkerung und dem Konkurrenzkampf mit Firmen ausgesetzt, die sich auf die Förderung ihrer Mutterländer stützen konnten.

Die Stärkung des deutschen Nationalgefühls.

Diese wurde durch die Begründung des geeinten Deutschen Reiches und die Erkenntnis hervorgerufen, daß zwischen den Jahren 1878 und 1884 886.500 Einwohner auswanderten. Dies betrachtete man als eine schwere nationale Schädigung, der unbedingt abgeholfen werden mußte.

Diese Grundlagen bildeten in erster Linie die zunehmende koloniale Begeisterung im Bismarck-Reich.

Erste Schritte in Kamerun

Schließlich wurde im Jahre 1878 in Berlin ein "Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung der deutschen Interessen im Ausland" gegründet, der bald im ganzen Deutschen Reich Ortsvereine bilden konnte. Zwei Jahre später wurde in Düsseldorf der Westdeutsche Verein für Kolonisation und Export ins Leben gerufen. Dessen Geschäftsführer, der Rechtsanwalt und Forscher Hübbe-Schleiden, veröffentlichte 1881 die viel beachtete Schrift "Deutsche Kolonisation".

Der Westdeutsche Verein stand unter dem Einfluß des Reeders Woermann. Er hatte im Juni 1883 eine Denkschrift verfaßt, in der sich der hanseatische Handel für eine neue Afrikapolitik einsetzte und den Schutz durch das Deutsche Reich forderte.

Der Reeder Woermann fand Geldgeber für die Gründung eines Pflanzungsunternehmens in dem in Deutschland damals noch wenig bekannten Kamerun. Am 12. Juli 1884 erfolgte ein Vertragsschluß über Nutzungsrechte zwischen Vertretern der hamburgischen Handelshäuser Woermann und Jantzen & Thormählen und Duala-Häuptlingen mit Kenntnis der deutschen Reichsregierung.

In Frankfurt am Main kam es am 6. Dezember 1882 - dem Namenstag des Heiligen Nikolaus, des Schutzpatrons der Kaufleute und Seefahrer - zur Gründung des Deutschen Kolonialvereins, dessen geistiger Vater Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg war. Den bei der Gründungsversammlung Anwesenden rief der Frankfurter Oberbürgermeister die Worte zu:

"Die Kolonialfrage soll eine Frage sein, hinter welcher die ganze Nation steht."

Wie intensiv das Kolonialinteresse im deutschen Volk zugenommen hatte, zeigt die gewaltige

Ausbreitung des Deutschen Kolonialvereins innerhalb von Jahresfrist: an 492 Orten hatte der Verein sich etablieren können. Die Kolonialbegeisterung im Deutschland der 1870er und 80er Jahre, die viel mit den Gründerjahren zu tun hatte, aber wenig mit Imperialismus in Verbindung gebracht wurde, flaute nach dem Erwerb der Schutzgebiete rasch ab. Sie hatten nicht das gebracht, was man sich erhofft hatte. Flotte und Flottenbau gerieten in den damaligen Focus.

Kein Interesse an Taiwan

Der Reichskanzler Bismarck verhielt sich freilich in Fragen des Erwerbs überseeischer Gebiete, vor allem in den ersten Jahren nach der Reichsgründung, äußerst zurückhaltend; wohl auch aus Besorgnis gegenüber England. Hatte sich doch das europäische Gleichgewicht durch die Entstehung des Zweiten Deutschen Kaiserreiches verschoben. Bismarck war daher bemüht, keine ernsthafte Verstimmung Englands hervorzurufen.

So ist es auch nicht überraschend, daß das Deutsche Reich noch 1874 Hamburger Kaufleuten auf den Fidschiinseln keinen Reichsschutz gewährte. Im nämlichen Jahre lehnte Bismarck ebenso die angebotene Schutzherrschaft über die der ostafrikanischen Küste vorgelagerte Insel Sansibar ab.

Als aber Ende der 1870er Jahre ein "internationales Wettrennen" sowohl in der Besitzergreifung durch verschiedene europäische Nationen als auch in der Erforschung des Inneren Afrikas anhub, hielt Bismarck dann doch die Stunde gekommen. Deutschland, das im englischen Kolonialkrieg gegen Amerika so viele seiner Bürger für die Kolonisierungsgelüste anderer Nationen geopfert hatte, stellte nun auch seinerseits Ansprüche.

Die ersten vorsichtigen Schritte in der kolonialen Frage des Reichskanzlers scheiterten am Reichstag. Diese parlamentarische Niederlage veranlaßte Bismarck, koloniale Dinge künftig in der Öffentlichkeit nicht mehr zu erörtern. Als der Kommerzienrat Bahre in Bochum Anfang 1883 wieder einmal den Plan der Erwerbung Formosas, des heutigen Taiwan, vortrug, sagte Bismarck:

"Zu den Kolonien gehört ein Mutterland, in dem das Nationalgefühl stärker ist als der Parteigeist. In diesem Reichstag ist es schon schwer genug dem Reich zu erhalten, was es schon hat, sogar das Heer im Inlande. So lange das Reich nicht finanziell konsolidiert ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken. Kolonialverwaltung wäre nur Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes. Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Handelskompanien unterstützen. Dazu wäre ein nationaler Reichstag nötig mit anderen, höheren Zielen als der Regierung Schwierigkeiten zu machen und Reden zu halten."

In diesen Sätzen wird Bismarcks Kolonialauffassung deutlich, daß die Flagge dem Handel folgen, daß die Nation zur Fahne stehen müsse. Sie fand natürlich nicht den Beifall der deutschen Wirtschaft, die sich in Afrika - wie ihre Wettbewerber in den anderen Nationen - unter dem Schutz des heimischen Staates etablieren wollten. Innenpolitisch ist diese Haltung durchaus nachvollziehbar, aber ob sie den wirtschaftspolitischen Interessen des jungen Deutschen Reiches entsprach, kann in Frage gestellt werden. Gewiß ein Punkt der zu Gegenreaktionen des weniger weitsichtigen Kaisers führte.<<

06.02.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/25004](https://www.klagemauer.tv/25004)" berichtet am 6. Februar 2023 (x1.253/...): >>**Rechtsanwalt Philipp Kruse enthüllt Machtvorhaben der WHO**

In einem Vortrag erläutert Rechtsanwalt Philipp Kruse das Vorgehen der privat finanzierten, in Genf ansässigen WHO. Diese gibt die so genannten "Internationalen Gesundheitsvorschriften" heraus. Dort drin steht, daß "Gesundheitsmaßnahmen nur unter Berücksichtigung der geltenden Menschenrechte, der Würde und Grundfreiheiten der Menschen zulässig sind". Doch nun wird angestrebt, genau diese Formulierung zu streichen.

"WHO und die Schweiz - wie weiter?" (World Health Organization – Weltgesundheitsorganisation) Unter diesem Titel fand am 13. Januar 2023 eine durch Urs Hans von "Public Eye on

Science" organisierte Veranstaltung in Turbenthal im Kanton Zürich statt. Im ersten Vortrag referierte die ehemalige WHO-Mitarbeiterin Astrid Stuckelberger über die wichtigsten Grundlagen zur sogenannten "Corona-Pandemie".

Anschließend faßte der Zürcher Rechtsanwalt Philipp Kruse die Vorgänge seit 2020 zusammen. Er hat die erhobenen Maßnahmen seit Anbeginn ihrer Ausrufung hinterfragt, zum Beispiel: Auf welche Grundlagen stützt sich die Pandemie? Was haben die erhobenen Maßnahmen bewirkt?

Im Weiteren geht Kruse auf die WHO, eine private Organisation mit Sitz in Genf, ein. Diese gibt die sogenannten "Internationalen Gesundheitsvorschriften" heraus, nach welchen sich die meisten Staaten gerichtet haben. In deren aktueller Fassung sind zum Beispiel Maßnahmen nur unter Berücksichtigung der geltenden Menschenrechte, der Würde und Grundfreiheiten der Menschen zulässig. Doch nun wird angestrebt, unter anderem genau diese Formulierung zu streichen.

- Was steckt hinter diesen Änderungsvorschlägen?

- Welche Konsequenzen würden sich daraus ergeben?

Sehen Sie dazu im nachfolgenden Vortrag die Einschätzungen des Rechtsexperten Philipp Kruse.

Vortrag: *Philipp Kruse*

Einen schönen guten Abend miteinander. Lieber Urs, ganz herzlichen Dank für die Einladung, für die hervorragende Organisation und danke allen ganz herzlich, daß ihr nicht nur gekommen seid, sondern immer noch da seid. Es ist jetzt ja immerhin schon 22:14 Uhr, am Freitag, 13. Januar 2023.

Urs, du hast gesagt, ich sei aufgewacht, als Kennedy im November 2021 in die Schweiz kam. Das war natürlich schon viel, viel früher. Meine erste Aktion war am 18. Juni 2020. Da ging ich in das damals noch improvisierte Parlament, Expo-Anlage in Bern, und überbrachte den Parlamentariern physisch das Schreiben, das ich ihnen zweifach, auch per E-Mail, geschickt hatte. Das war mitunterschieden worden von Wissenschaftlern, auch einem Anwalt, meinem Kollegen Heinz Raschein.

Dort haben wir bereits gemeinsam dem Parlament erläutert, daß es überhaupt keine Ursache, keinen Grund gibt für eine Epidemie. Daß es keine Bedrohung gibt, daß man dringendst wieder zur normalen Lage zurückkehren sollte und daß alle Maßnahmen mehr schädigen als nutzen und sofort aufzuheben sind. Das war am 18. Juni 2020. Habe versucht, jeden Parlamentarier zu erreichen, damit das wirklich ankommt und seither bin ich dabei.

Die Idee, ich möchte anknüpfen an das was Astrid Stuckelberger so hervorragend ausgeführt hat. Danke vielmals, ich kann wirklich alles unterstreichen was du gesagt hast.

Also, ich bin froh, daß Astrid das so deutlich gesagt hat, wie wichtig es ist, daß es überhaupt eine Evidenz gibt für eine Bedrohung und daß jemand überhaupt eine richtige Risikoanalyse macht. Das Besondere bei Bedrohungen ist ja, daß man sie immer wieder aufs Neue analysieren, aufs Neue überprüfen muß. Das steht übrigens so auch an zwei Stellen im Epidemien-Gesetz drin: regelmäßig immer aufs Neue überprüfen. Aber das ist eine Selbstverständlichkeit. Das hat hier nie stattgefunden.

Das war übrigens auch die Hauptforderung in diesem Schreiben vom 18. Juni und ist es bis heute geblieben. Es ist das Kerncharakteristikum eines demokratischen Rechtsstaates, daß er aus drei Gewalten besteht, damit sich diese Gewalten gegenseitig kontrollieren können und damit sie Fehler ausbügeln können. Das war die Grundidee von Montesquieu, welche nachher, nach der französischen Revolution in ganz Europa im Kern umgesetzt wurde. Und diese Überprüfung der wichtigsten Fragen hat seit Januar 2020 bis heute nicht stattgefunden.

Was sind die wichtigsten Fragen? Sehr schön alle aufgezählt von Astrid Stuckelberger, nämlich:

- Haben wir hier tatsächlich eine Bedrohung von einem Virus?
- Wo ist dieses Virus überhaupt?
- Gibt es eine ursächliche Kette zu einer Erkrankung und wie schwergewichtig ist dann diese dadurch ausgelöste Erkrankung überhaupt?

Hier verweise ich, um das mit einem Strich vom Tisch zu wischen, auf den spektakulären, aber auch skandalösen, ebenso skandalösen Auftritt von Bundesrat Ignazio Cassis vom 7. Januar 2021 in der Arena (Sendung des schweizerischen Fernsehens), wo er gefragt wurde: "Kann das sein, daß die Menschen einfach alle als Covid-19 hospitalisiert gelten, auch wenn es andere Ursachen sind?"

Und er hat sinngemäß gesagt - und das haben wir alles immer schön in unseren Beschwerdeschriften auch eingebaut mit YouTube-Link - weil, irgendwann einmal muß doch der Groschen fallen. Sinngemäß hat er gesagt: "Ja, schauen Sie, wenn jemand mit dem Motorrad verunfallt, und er wird ins Spital gebracht, und dort stirbt er, und dann macht man einen PCR-Test, und dieser Test ist positiv, dann ist es ein Covid-Toter!"

Dann wurde er auch von Sandro Protz gefragt, sehr aufmerksam, korrekt nachgefragt: "Ja, aber sagen Sie Herr Cassis, ist das nicht etwas komisch, warum kann man dann den als Covid-Toten deklarieren?" "Ja, weil es die WHO so vorgibt." Und das ist ein Skandal!

Unter diesem Regime leben wir heute nach drei Jahren immer noch! Das ist eine Beleidigung für den menschlichen Geist, es ist eine Verfassungswidrigkeit, es ist eine Unvernunft sondergleichen und damit ist bis heute immer noch nicht Schluß! Wir haben immer noch dasselbe Grundkonzept, daß wir diese "Bedrohung", ausschließlich mit dem PCR-Test messen.

Das ist aus der Sicht der WHO immer noch der einzige akzeptable Goldstandard. Und die Ärzte, wie Astrid richtig gesagt hat, die bleiben alle auf der Seite. Das geht nicht, wir haben das jetzt drei Jahre so schlucken müssen und das ist ein Skandal allererster, historischer Güteklasse.

Deshalb werden wir alle, alle weitermachen mit dem was wir hier machen, bis dieser Skandal gründlichst aufgeräumt ist. Und deshalb werden wir zum Beispiel das Referendum gegen die Verlängerung des Covid-19 Gesetzes unterschreiben. Alle, weil dieses Covid-19 Gesetz basiert auf der Fiktion des heiligen PCR-Testes. Das akzeptieren wir nicht, das ist eine Schweißerei!

Jetzt starten wir mal so richtig los hier, worum geht es?

Ich möchte zuerst die Grundmotivation kurz an einem beispielhaften Fall nennen, warum es wirklich wichtig ist, daß wir nicht jetzt denken, wir können in die Normalität zurückgehen.

Dann geht es ja um die WHO - hier schwergewichtig - und ich versuche das Ganze etwas einzuordnen. Ich nehme Rücksicht auf die späte Uhrzeit 22 Uhr 20. Auch auf die Komplexität der Dinge. Ich werde einfach ein paar wichtigste Punkte hervorheben, die sehr aktuell sind, weil vor sehr kurzer Zeit publiziert wurde, daß die WHO - welche Änderungen ganz konkret vorgeschlagen werden für die internationalen Gesundheitsvorschriften. Darüber möchte ich sprechen und auch wie Astrid natürlich:

Was sind die nächsten Schritte, die sich daraus ergeben. Was können wir machen, was sollten wir machen.

Also, dann starten wir hier kurz, das ist soweit bekannt. Der Vorteil ist, wenn man Steuerrecht gemacht hat, das habe ich etwa 20 Jahre gemacht, dann hat man es mit einer Materie zu tun, die geprägt ist dadurch, daß am Ende der Staat einem etwas nimmt. Das heißt, es handelt sich um eine Art Eingriffsverwaltung.

Und gerade das Steuerrecht, es gibt kaum eine Materie, die so präzise geregelt ist in der Schweiz, hält sämtliche Grundprinzipien bereit, welche man auch jetzt unter der Eingriffsverwaltungszeit Covid anwenden kann. Deshalb habe ich da sofort das Koordinatensystem vom Steuerrecht auf das Koordinatensystem Eingriffsverwaltung Covid draufgelegt und ge-

merkt: Das kann überhaupt nicht stimmen.

Das als Hinweis für all diejenigen, die auch im Steuerrecht tätig sind. Machen Sie das einmal, legen Sie ihr Koordinatennetz aus dem Alltag dort drauf und Sie merken, wo es überall harkt. Ganz kurz die Fälle. Ich habe rund 20, 22 ordentliche Gerichtsverfahren anhängig gemacht gegen die Maßnahmen - nicht, weil ich prinzipiell Maßnahmengegner bin, sondern ich bin Gegner von falschen Methoden, von falschen Untersuchungsmethoden. Ich möchte, daß endlich die Gerichte zur Überzeugung gelangen, daß die Untersuchungsmethode, die Analyse-methode für die virale Bedrohung falsch ist.

Wir haben einen ersten großen Schritt erreicht - Bundesgerichtsurteil November 2021, das ist der Fall 2C_228/2021, und dort hat das Bundesgericht etwas genervt gesagt, in Erwägung 5.2, die Beschwerdeführer schleppen ja so viel Evidenz herbei - hätten sie nicht machen müssen - denn die Beschwerdeführer wollen sagen, daß der PCR-Test nicht tauglich ist. Das Bundesgericht sagte: Es ist doch allgemein notorisch (vom Gericht amtlich zur Kenntnis genommen), daß der PCR-Test nicht geeignet ist, eine Krankheit nachzuweisen.

Das war im November 2021. Was glaubt ihr, wie viele Zeitungen haben seither über diesen Fall berichtet? Keine einzige der Staatsmedien! Keine einzige! Es stand nicht in der NZZ. Ich habe zwei Interviews der NZZ gegeben, habe immer wieder gesagt: "Bringen Sie diesen Fall, das ist wichtig. Damit können Sie den Menschen die Angst nehmen."

Nein. Dann haben wir diesen Fall auch dem Parlament vorgetragen, immer wieder: "Geschätzte Parlamentarier, bitte nehmen Sie Kenntnis davon. Das Bundesgericht hat sich dort sehr hingeekniet und sehr seriöse Arbeit gemacht." Auch für die Parlamentarier war das nicht relevant, so daß wir bis heute als die Basis für das Covid-19-Gesetz immer noch die PCR-Methode haben.

Dann, Strafanzeige wurde erwähnt - haben wir eine kleine Pressekonferenz am 14. November gemacht. Wie geht es dort weiter? Natürlich möchten wir nicht einfach nur den Ball ins Wasser schmeißen, sondern das verfolgen wir mit größtem Nachdruck weiter. Ihr wißt, daß diese mRNA-Substanzen befristet zugelassen wurden für zwei Jahre. Also haben wir gesagt: Wir überlassen es nicht der Swissmedic, die Evidenz dieser zwei Jahre zu beurteilen und uns im Strafverfahren am Schluß zu sagen:

Ja, aber es gibt eine Studie November, Dezember 2022, da ist die Wirksamkeit dann doch noch aufgetaucht, oder die Sicherheit ist doch noch am Schluß aufgetaucht. Nein, also sagen wir: Wir haben mit unseren Wissenschaftlern, mit unseren Mitarbeitern - aber Unterstützung von ganz vielen Experten weltweit - sämtliche Studien, sämtliche Evidenz der gesamten Zulassungsperiode uns vorgeknöpft; und werden sie der Staatsanwaltschaft insgesamt vollständig nachreichen - also unseren aktualisierten Evidenzreport, damit wirklich keine Ausrede mehr möglich ist. Und man sagen könnte, ja hier gibt es noch eine kleine Fakestudie, die die Sicherheit beweist. Das werden wir mit großem Nachdruck machen.

Heute etwas ganz Neues, zum ersten Mal für das Flugpersonal eine Klage eingereicht gegen die Entlassung, weil sich diese Flugbegleiterin standhaft geweigert hat, sich impfen zu lassen und aus dem Grund entlassen wurde. Dort werden wir auch eine ganz starke Unterstützung geben. Einer Fluggesellschaft, welche im heutigen Zeitpunkt ihre Mitarbeiter nur dann anstellt, wenn sie gegen Covid-19 geimpft sind - im heutigen Zeitpunkt - der sollte man das Schweizer Kreuz von der Heckflosse wegnehmen. (großer Applaus)

Ich komme zum Musterfall. Wir sehen eine junge, gesunde Frau, 28 Jahre, Profifußballerin, freut sich ihres Lebens, selbständig, eigenständig - nimmt im Oktober 2021 auf Druck von Swiss Football League eine Johnson & Johnson-Impfung, nur einfache Injektion. Von da an sofort Kollaps, permanente Müdigkeit, nicht mehr in der Lage ihrem Fußballerberuf und dem anderen Beruf nachzugehen, fünfzig Konsultationen in einem Jahr.

Die kann man mit einem Wort ganz einfach zusammenfassen: Die Ärzte haben gesagt: "Was

es ist, können wir nicht sagen, aber eins können wir ausschließen: Es hat nichts mit der Impfung zu tun. Schauen Sie mal mit einem Psychiater!" - Ja, das wurde ihr gesagt: "Schauen Sie mal, gehen Sie in die Psychiatrie." Die junge Dame, als sie zu uns kam, selbstmordgefährdet, in einer psychiatrischen Klinik.

Was ist das Muster dahinter? Das Muster ist: Wir haben gesunde Menschen, gesunde Menschen, die nicht von Covid gefährdet sind, und die werden falsch informiert und unter Druck gesetzt, so daß sie eine Substanz nehmen, die ihnen schadet, die ihnen einen Langzeitschaden zufügt. Dann gehen sie zu Ärzten und erklären ihnen den Fall, und die Ärzte unterlassen die Hilfe.

Eine Hilfeleistung würde darin bestehen, daß man ergebnisoffen allen möglichen Ursachen nachgeht und nicht von Vorneherein eine ganz bestimmte Ursache ausschließt. Unterlassene Hilfeleistung. Und schließlich verschlechtert sich aufgrund der unterlassenen Hilfeleistung die Situation der Betroffenen noch weiter. Hier kommt ziemlich viel Recht zur Anwendung.

Ich fasse das ganz kurz, aber wir haben die Verletzung einer Reihe zwingender Normen zum Schutz des Individuums aus dem Strafrecht: Ich habe es gesagt, unterlassene Hilfeleistung; aus dem Zivilrecht: Verletzung der Persönlichkeit (OR 28) - mit Schadenersatzanspruch (OR 41) und selbstverständlich Verfassungsrecht und internationales Recht, das hier auch zur Anwendung kommt, denn wir wissen seit Einführung des Nürnberger Kodex, daß niemand ohne seine freiwillige Zustimmung und ohne eine korrekte Informationsbasis dazu gebracht werden darf, sich irgend etwas spritzen zu lassen. Das Ganze über längere Zeit.

Die WHO hält nach wie vor die Pandemie aufrecht. ... (Gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite)

Die WHO hat immer noch das Ziel: 70 % aller Menschen sollen geimpft werden. Noch schlimmer: Die WHO hat diese Technologie dieser Impfsubstanzen - wir wissen, es sind keine Impfsubstanzen - zu dem Standard, zur Standardtechnologie deklariert für alle Grippe-Impfungen und zahlreiche weitere Impfungen - als Standard, als Gold-Standard! Und, wie wir auch wissen, G 20 hat ausgerufen: Digitalen Impfspaß und digitale ID.

Das heißt, es soll vorangetrieben werden. Und das bedeutet, anstatt daß die WHO innehält und sagt: Stopp, schauen wir die Wirkung an, schauen wir die Nebenwirkungen an, verschaffen uns ein Bild über die Schäden, sagt sie: Nein, wir machen das Gegenteil. Vollschiebung, wir beschleunigen und wollen noch mehr Impfsubstanzen raustreiben.

Das Ganze hat Versuchscharakter - warum? Wir haben es mit einer neuartigen Behandlungstechnologie zu tun. Die genaue Wirkung dieser mRNA-Injektion ist unbekannt, man weiß bis heute nicht genau, wieviel von den Spike-Proteinen gebildet wird im Körper, über eine wie lange Zeitdauer dieser Wirkstoff gebildet wird in welcher Qualität.

Es ist, auf Deutsch gesagt, der total, größtmögliche Blindflug, den man sich vorstellen kann. Diverse Standards nicht eingehalten, und es liegen keine kontrollierten Langzeitstudien für eine größere Personengruppe vor, dafür aber außergewöhnlich viele Hinweise auf Schäden und über all das wurden die Betroffenen nicht korrekt informiert.

Ja, das ist alles in allem ein Versuch, ein Menschenversuch, und das ist verboten nach Nürnberger Kodex und auch nach dem Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte. Da steht nämlich - das ist ein UNO-Pakt, das ist also für praktisch alle Länder dieser Welt gültig. Da steht, Satz eins: "Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden."

Und als Anwendungsbeispiel der Folter steht: "Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung" - und das schließt die vollumfängliche korrekte Information ein - "medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden." Das treibt die WHO voran, entgegen genau dieser Bestimmung.

Wichtig auch zu bemerken: "Diese Vorschrift gilt, genau nach diesem selben internationalen

Pakt, sogar während Pandemien." Steht explizit dort drin. Sehr bemerkenswert. Ich mach etwas schneller, weil ich schon erwähnt habe, daß mRNA der große Standard-Hit bleiben soll als Basistechnologie und Plattform. Geh da gleich mal weiter. Und Tedros - nach wie vor - sagt: "Das ist so gut, daß mindestens 70 % geimpft sein sollen." Und das ist die Ausgangsbasis.

Es stellt sich jetzt die Frage, nach drei Jahren, die man an die WHO stellen muß: "Herr Tedros, Herr Tedros, sagen Sie mir, warum ist es Ihnen bis heute noch nicht in den Sinn gekommen, sich wirklich ein Bild zu verschaffen, über die Konsequenzen, über das Nutzen-Risiko-Verhältnis dieser Substanzen?"

War das überhaupt notwendig, diese Substanzen einzuführen? Wie tauglich ist Ihr Risiko-Management PCR-Test? Wie gut haben Sie sich daran gehalten, an die traditionellen Methoden der WHO-Risiko-Analyse, wie sie Astrid Stuckelberger vorhin vorgestellt hat und wie sie sie selber früher auch unterrichtet hat? Warum weichen Sie so davon ab?"

Und das ist einer der Gründe, diese unglaubliche Dynamik der WHO, diese mRNA-Technologie zu benutzen, es ist einer der Gründe, warum wir ein ganz, ganz starkes Schwergewicht auf diese Strafanzeige setzen und hier weiter Vollgas geben werden. Dann ... (grosser Applaus) macht nichts, wenn das (auf der Leinwand) niemand lesen kann, es ist so wichtig, daß man es ganz einfach zusammenfassen kann.

Es geht hier um den Artikel 1 der Verfassung der WHO. Und wenn wir uns jetzt verdeutlichen, was ist in den letzten drei Jahren passiert. Wie viel Leid wurde angerichtet unter dem Titel "Gesundheit". Und wenn man dann nachliest, was die WHO sich selbst als Ziel vorgegeben hat, 1948, in ihrer eigenen Verfassung, in Artikel 1, dann kann man nur den Kopf schütteln und sagen: "Moment, lest ihr eure eigene Verfassung denn nicht?" Nämlich, dort steht ja in Artikel 1: "Das Ziel der Weltgesundheitsorganisation soll sein, das Erreichen des höchst möglichen Levels von Gesundheit für alle Menschen ..."

Und sie definieren dann sogar die Gesundheit und sagen: "Gesundheit, das ist ein Zustand von vollständigem, physischem, mentalem und gesellschaftlichem Wohlbefinden und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit oder Behinderung." Also mit der Zielsetzung hätte man wie ein, wie soll ich sagen, "Häftlimacher" sagt man in der Schweiz, also wie ein Buchhalter, ab Tag eins der Lancierung der Impfung, in allen Ländern Versuchsgruppen bilden müssen und beim ersten Anzeichen von Problemen hätte man das Ganze stoppen müssen.

Und dasselbe gilt für alle Maßnahmen, dasselbe gilt für den Lockdown, dasselbe gilt für die Tests, selbstverständlich. Und dadurch, daß die WHO in Bezug auf ihre Maßnahmen und die Methoden nur wie ein Panzer geradeaus fährt, zeigt sie, es geht ihr nicht um die Gesundheit. Es geht ihr um andere Dinge, aber nicht um die Gesundheit, ja.

Gut ich gebe etwas Gas jetzt, ich überspringe ein paar Folien.

Wichtig zu wissen, es gibt Rechtsrahmenbestimmungen, die unglaublich wichtig sind, und die von der WHO und allen Mitgliedstaaten nach wie vor zu respektieren sind. Ganz prominent: die UN-Charta der Vereinten Nationen. Dort verankert ist das Prinzip der Souveränität und der Selbstbestimmung der Völker. Dort sind in Artikel 1 und 2 die Grundrechte verankert.

Da steht z.B.: "Wir, die Völker der Vereinten Nationen sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren ... unseren Glauben an die Grundrechte der Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, ob groß oder klein, in allen Nationen erneut zu bekräftigen ..."

Und ganz wichtig Artikel 1 - ich wiederhole es einfach nochmal - die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Völker. Es ist nicht im Programm der UNO enthalten, die Völker unter ein Joch zu zwingen, unter eine diktatorische Leitung. Das ist nicht in diesem Programm enthalten.

Dann die Grundrechte - ich überspringe das - sind Bestandteil der Rechtsrahmenvorschriften.

Und ich habe schon erwähnt, den "UN Internationalen Pakt über bürgerliche oder menschliche Rechte".

Das ist wichtig zu wissen, wenn wir jetzt die vorgeschlagenen Änderungen, die Änderungsvorschläge, die kürzlich erst der Allgemeinheit bekannt wurden - sie wurden aber schon publiziert Ende November/anfangs Dezember - wenn man sich die kurz vor Augen hält. Ich übersetze das ganz kurz: Artikel 1 sagt - es geht hier um die internationalen Gesundheitsvorschriften - dort stand bisher, daß die Empfehlungen, die haben keinen verbindlichen Charakter. Die Staaten mußten diesen Empfehlungen nicht folgen.

Moment mal schnell, jemand der das jetzt reflektiert, der wird mir sagen: "Aber Herr Kruse, was ist in den letzten drei Jahren passiert? Wenn die WHO etwas gehustet hat, dann hatten wir es schon umgesetzt." Ganz genau! Wir hatten bisher schon die Fiktion, als wären die Maßnahmvorschläge, die Empfehlungen bindend und hätten Befehlscharakter.

Das haben wir deshalb auch als Juristenkomitee - einige Juristen und ich haben ein Juristenkomitee gegründet, damit wir dem Parlament etwas - ich sag jetzt mal salopp - "Nachhilfe, verfassungsrechtliche Nachhilfe" bieten konnten. Wir haben dem Parlament gesagt: "Schaut, das sind nur Empfehlungen. Das müßt ihr nicht umsetzen. Das sind keine Befehle, sind nicht rechtlich verbindlich."

So, aber man hat's trotzdem getan, und damit man sich später nicht einmal verbal dagegen soll wehren können, heißt es jetzt: Alle Empfehlungen sollen in Zukunft verbindlich bleiben! Das "non binding" (nicht verbindlich) ist rausgestrichen.

Und hier ist der Artikel, der für Furore gesorgt hat, anfangs dieses Jahres. Das ist durch die Decke gegangen, Artikel 3 dieser Gesundheitsvorschriften. Da stand nämlich bisher drin, daß bei der Umsetzung dieser Gesundheitsvorschriften die Staaten, die Würde des Menschen, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten der Menschen zu beachten haben. So stand das bisher drin - und das soll gestrichen werden!

Und wieder kann der Einwand eines aufmerksamen kritischen Zuhörers vorgetragen werden: "Aber Herr Kruse, die wurden ja auch schon bisher mit Füßen getreten, die Menschenrechte." Ganz genau, sie wurden mit Füßen getreten. Auch hier haben wir gesagt: "Aber bitteschön, Parlament, schaut her, ihr dürft es nicht machen. In den Internationalen Gesundheitsvorschriften sind die Menschenrechte geschützt!" - Hat auch niemanden interessiert. Parlamentarier lesen keine Papiere die länger sind als eine Seite und keine Bilder drin haben. So ist es!

Keine Angst, ich bin kein Politiker, ich bin Bürger. Aber eins nehme ich mir heraus nach drei Jahren. Ich bin von unseren Parlamentariern - bis auf einige wenige Ausnahmen, und ich nenne hier stellvertretend für die guten Ausnahmen Pirmin Schwander - ich bin von unseren übrigen Volksvertretern maßlos enttäuscht. Es gibt absolut keinen Grund mehr im heutigen Zeitpunkt anzunehmen, daß man mit dem PCR-Test irgend etwas Sinnvolles messen kann, was mit Epidemie zu tun hat und es gibt überhaupt keinen Grund anzunehmen, daß die Maßnahmen irgend etwas Positives gebracht hätten.

Es gibt überhaupt keinen Grund dieses Covid-19-Gesetz anzunehmen. Ich bin maßlos von den Parlamentariern enttäuscht. (Applaus)

Und ich finde es hervorragend, hervorragend, daß es eine ganze Reihe gibt von Bürgerinnen und Bürgern aus unserem Umfeld, die sich gesagt haben: "Es reicht mir, es reicht uns allen, so kann es nicht weitergehen", und daß sie sich zur Wahl stellen, und wir müssen sie unterstützen, damit möglichst viele Parlamentariersitze von uns besetzt werden.

Und ich möchte es noch etwas deutlicher formulieren, das größte Risiko für die Schweiz geht aus von unserem Parlament!

So, da habe ich mir etwas Luft gemacht ... (Ruf aus dem Publikum: Ich sage "biblisch kriminell") Biblisch kriminell, ja das stimmt, da bin ich gleicher Meinung, persönliche Auffassung, aber das ist so.

Dann haben wir hier - auch biblisch kriminell übrigens - die Staaten sollen gemäß diesen Änderungsvorschlägen, sollen die Staaten dazu gezwungen sein, wenn sie irgendwo eine Virusmutation sehen, die vielleicht das Potential haben könnte, sich zu einer Epidemie zu entwickeln, dann haben sie 48 Stunden Zeit, 48 Stunden Zeit, für die Meldung an die WHO.

Jetzt bei dieser psychologischen Drucksituation, wie wird da ein Herr Berset wohl entscheiden? Da warte ich lieber noch etwas, bis ich mehr Evidenz habe oder wird er sagen: "48 Stunden, zack abgelaufen, jetzt."

Hier steht: 48 Stunden hat der Staat Zeit, das zu evaluieren, und dann 24 Stunden nach dieser Evaluation muß man das der WHO melden. Das ist bereits auch kriminell. Weil wir wissen alle ganz genau: Um das Risiko einer möglichen pandemischen Entwicklung beurteilen zu können, braucht man Zeit. Man muß Versuche machen, man muß das genau anschauen, sicher nicht sofort als erstes bei Tedros (Ghebreyesus) anrufen.

Dann etwas, was ich am allerschlimmsten finde, am allerbedrohlichsten und was uns allen am deutlichsten vor Augen sein muß, das ist dieser Notalarmknopf des Notstandes der Pandemie. Der technische Ausdruck: Public Health Emergency of International Concern (Gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite). Das kann man sich sehr einfach merken, denn abgekürzt PHEIC ergibt sich "Fake".

Also, das kann man sich gut merken: "Fake". Tedros, gestützt auf Artikel 6 dieser internationalen Gesundheitsvorschriften, konnte er bis jetzt auch schon diesen Fake ausrufen.

Und bemerkenswert ist jetzt, daß die Möglichkeiten, die Voraussetzungen, der Anwendungsbereich, einen solchen Fake auszurufen, die wurden erweitert, und zwar geht es nicht nur um tatsächliche Pandemien, sondern auch Entwicklungen die potentiell, potentiell die öffentliche Gesundheit gefährden könnten. Er kann das alleine entscheiden: L'état c'est moi ("Der Staat bin ich").

Er kann das Emergency Komitee, kann er konsultieren, aber - wie auch schon bereits im Juli des letzten Jahres geschehen - er kann sein Emergency Komitee, seine Berater überstimmen. Er kann in Alleinregie bestimmen, ob die gesamte Welt in diesem Rechtsstatus der Pandemie sich befindet.

Das heißt, er kann die Herrschaft des Rechtes und der Verfassungsmäßigen Grundordnung mit einem Schlag beseitigen, und zur rule of emergency übergehen, also zu einem Rechtsstaat, wo die Exekutive das Sagen hat, gestützt auf die Vorgaben der WHO - komme ich noch dazu. Das ist dort vorgesehen, und es gibt einen ganz wichtigen Anhang, wo ein Entscheidungsbaum abgebildet ist, nach dem - theoretisch zumindest - die WHO vorgehen müßte, um das zu bestimmen: Liegt eine Pandemie vor?

Ja oder nein? Da kann man nachschauen, hat die WHO noch weitere Anwendungsbeispiele hineingebracht. ... Jetzt finden Sie mal einen Wissenschaftler, der vor Tedros hinsteht und sagt: "Das kann ich ausschließen." Nein, das ist gar nicht möglich. Das ist eine Alibibestimmung, das ist eine - biblisch kriminell - wie war das Stichwort? Genau! Sagen wir mal so, ich brauch das nicht so pathetisch auszudrücken.

Aber hier möchte ich darauf hinweisen, daß wir durch einen einzigen Mann, der nicht kontrolliert wird, der von niemandem gestoppt werden kann, der niemandem gegenüber Rechenschaft schuldig ist, unter vollständig nichtigem Vorwand die gesamte Welt in einen Pandemiestatus versetzt werden kann. Und ich frage mich, was braucht es noch mehr, damit so etwas auf der Frontseite von der Neuen Züricher Zeitung, vom Tagesanzeiger und vom Blick gleichzeitig steht? Was brauchen die noch mehr?

Ja, auch hier doppelte ich etwas nach. Ich bin deshalb auch so sprachlos, weil überall dort in den Chefetagen Leute sitzen, die mit mir in dieselbe Schule gegangen sind. Die haben dieselben Lehrer gehabt, die haben dieselben Bücher gelesen, und die sind nicht imstande jetzt, eins und eins zusammenzuzählen. Ich bin empört! Zum Glück kann ich meine Empörungsenergie im-

mer in Rechtsschriften umkanalisieren. Es hat therapeutische Wirkung.

Und etwas, es könnte noch ewig so weiter gehen, wir haben schon bald elf - es gibt keinen Stoppknopf. Es gibt für die Pandemie keinen Stoppknopf. Wir sind jetzt - ja nach wie vor - im offiziellen Status immer noch in der Pandemie. Das muß man sich mal vorstellen. Und diese Pandemiemöglichkeiten werden jetzt noch erweitert, sollen erweitert werden. Und das ist buchstäblich das Letzte, was man nach drei Jahren von dieser Erfahrung, dieser ganzen Covid-Erfahrung, als vernünftig denkender und verantwortungsbewußt denkender Mensch erwarten muß von der WHO. Das ist das volle Gegenteil davon.

Das heißt, es ist wirklich, wenn das so in Kraft tritt, und de facto ist es ja schon in Kraft, dann muß man sprechen von einer faktischen Alleinherrschaft der WHO. Faktisch, und das entgegen den Grundregeln, welche nach dem Zweiten Weltkrieg von der UNO in die wichtigsten UNO-Chartas aufgenommen wurden. Und die ursprüngliche Idee - davon hat man sich weit entfernt. Im Resultat heißt das was?

Im Resultat bedeutet das, daß sich die mächtigste Organisation der Welt nach außen hin - ich weiß es gibt Leute die stehen dahinter, da gibt es noch das WEF und es gibt noch andere Organisationen - aber nennen wir sie mal eine der wichtigsten und mächtigsten Organisationen der Welt - kann ohne Weiteres, ohne Überprüfbarkeit, ohne einen Stoppmechanismus auf einen ganz simplen Knopf drücken und sich selber ermächtigen, um das gesamte Spiel dieser Pandemie mit allen ökonomischen Folgen die das hat, nämlich schlechte, schlimme ökonomische Folgen für uns, aber sehr positive ökonomische Folgen für die Pharma-Industrie, für die IT-Industrie, um alles das in Gang zu setzen - auf einen einfachen Knopfdruck!

Und das - dieses Bild können Sie heute nach Hause nehmen - das gilt es abzustellen. Hier gilt es, in diesen unseligen Kreislauf einen Keil reinzutreiben und das gestützt auf unsere Verfassungen und auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß UNO. (Applaus)

Denn was wir heute sehen - schon seit Jahren - ist, daß die Weltgesundheitsorganisation weggekommen ist von ihrer ursprünglichen guten Grundidee - hehren, grundsätzlichen Grundidee - zu einer globalen Marketingfirma geworden ist für Big Pharma, Big IT, und die Gesundheit und das Wohl der Menschen absolut nicht mehr im Auge hat. Und ja, ich muß es sagen, die WHO ist, wenn nicht Treiber, aber zumindest ein Komplize bei einem der größten Verbrechen an der Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg. So ist die WHO einzustufen. Nur daß wir das ungefähr in der richtigen Größendimension sehen.

Und wir sehen einen fundamentalen Bruch mit den eigenen Verfassungsgrundlagen der WHO, wo im Prinzip die Bewältigung von Grippe und Pandemien die Ausnahme bleibt. Das soll zur Regel werden und die Grundrechte außer Kraft - das habe ich gesagt. Und was uns eben alle beunruhigen sollte, und nehmen wir jetzt den gesamten Sarkasmus wieder weg. Es sollte uns wirklich als Mensch beunruhigen und betreffen, egal welche politische Couleur wir haben, egal aus welchem Stand wir stammen.

Es kann doch in niemandes Interesse sein, eine faktische, ewige Notstandssituation zu haben und irgendwelche unbekannt Typen am Ruder, die bestimmen dürfen, wie lange diese Notstandssituation andauert, und mit welchen Maßnahmen am Ende wir einigermaßen zu rechnen haben und leben dürfen. Das kann es nicht sein. Und wirklich, das einzig Positive an diesen Änderungsvorschlägen ist aus meiner Sicht das, daß man es sehr einfach jedem einigermaßen intelligenten Menschen erklären kann, also daß eine Chance besteht, daß sogar die Schweizer Parlamentarier das verstehen könnten.

Ich mache etwas weiter, weil ich die Konfliktzonen ganz kurz auch noch aufzeigen möchte zum Schweizerischen Verfassungsrecht, wo wir es besonders deutlich gesehen haben. Ich hatte erwähnt, am 18. Juni 2020 bin ich sehr höflich - ich habe mir extra einen Anzug angezogen - vors Bundeshaus - Entschuldigung, vor das provisorische Parlamentsgebäude Bern - BEA,

Gelände EXPO - und eben das Parlament gebeten (worden): Bitte überprüft, nehmt eure verfassungsrechtliche Aufsichtsverpflichtung wahr - das steht im Art. 169, Art. 170 Bundesverfassung - habe ich dort hineingeschrieben.

Und wir haben, wie ich auch sagte, als Juristenkomitee immer wieder darauf hingewiesen: Bitte nehmt diese Überprüfung, diese längst überfällige Überprüfung vor. Und wir haben eine Antwort bekommen, ziemlich genau vor einem Jahr. Am 21. Februar 2021 hat uns die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates einen Brief geschrieben. Da standen folgende Zeilen drin: Solange die WHO-Pandemie andauert, ist eine abschließende Überprüfung der Maßnahmen nicht möglich.

Das ist der Beweis, daß auf Anordnung der WHO - auf diesen Knopfdruck - auf den Fake Button - durch diesen simplen billigen Knopfdruck kann unsere parlamentarische Demokratie mit den dort ganz zentral verankerten Gewalttrennungsmechanismen - ich habe jetzt nur das wichtigste Beispiel aufgezeigt - deaktiviert werden - auf einen Knopfdruck. Das ist einer der Punkte. Die anderen Punkte habe ich jetzt vielleicht am Anfang ausreichend schon erwähnt, eben die Gerichte.

Keines der Gerichte hat bis jetzt, bis heute, sich wirklich inhaltlich wirksam, mit einer wirksamen Überprüfung befaßt. Also die Gerichte haben keine Überprüfung vorgenommen, das Parlament hat keine Überprüfung vorgenommen, und auch der Bundesrat hat keine Anpassung seiner Methoden - Irrtümer - vorgenommen. Und das heißt, weil das alles von der WHO kommt, müssen wir uns mit einer Strafbestimmung aus dem Strafgesetzbuch befassen in Zukunft, vertraut machen.

Dort steht nämlich: Wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Eidgenossenschaft oder der Kantone rechtswidrig zu stören oder zu ändern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

So, wir sind natürlich in dieser ganzen Materie auch nicht erst seit gestern dabei, das heißt, aus diesen sämtlichen Gerichtsverfahren, und einige haben wir Evidenz, die sich ungefähr so hoch stapeln. Und ich möchte einfach hier auch über diese Kanäle diejenigen warnen, die in Genf meinen, sie müßten diese Entwicklungen weiter vorantreiben. Denn auch wenn es formell betrachtet eine Immunität gibt, das Volk ist in der Regel smart und merkt das - merkt, was hier gespielt wird.

Und das Volk wird merken - in großem Stil - daß unsere Schweizerische verfassungsmäßige Grundordnung sabotiert wird - aus Genf heraus! Und das ist einer dieser Titel, wo wir in der Schweiz ganz klar uns dagegen wehren können, respektive den wir anführen können als Maßstab, um den Rechtsvertretern in Bern einige Hinweise zu geben. Ich halte es jetzt bewußt etwas allgemein, denn hier besteht definitiv Handlungsbedarf und große Handlungsmöglichkeit. Ja, ich stoppe an dieser Stelle. Wir sind jetzt genau um 11 Uhr angekommen, und ich möchte noch ganz kurz abschließend meiner großen Sorge Ausdruck geben, daß es überhaupt so weit gekommen ist.

Aber ich bin überzeugt, daß durch diese großartige Aufklärungsarbeit, die sich jetzt langsam verbreitet durch die Arbeit von sehr, sehr vielen, die schon seit zwei Jahren, oder drei Jahren sogar, unermüdlich, unermüdlich dafür sorgen, daß die Menschen in der gesamten Schweiz verstehen, was gespielt wird, und vor allem durch diese offene, sagen wir mal ungetarnte Vorgehensweise von der WHO - die machen das alles auf der offenen Bühne - bin ich zuversichtlich, daß in Verbindung auch mit den immer stärker zutage tretenden Impfschäden, langsam die Waage sich auf unsere Seite neigt.

Das ist ganz wichtig, daß wir den Mut nicht verlieren und unsere Aufgaben als mündige Staatsbürger wahrnehmen, daß wir uns informieren, daß wir andere informieren und uns eins bewußt sind: Demokratie startet von der Basis. Die Politiker in Bern haben das zu tun, was wir Menschen von der Basis aus brauchen, wünschen und ihnen mandatieren. Und daraufhin

müssen wir hinarbeiten. (Applaus)

Und da gibt es auch einen entsprechenden Artikel - Artikel 6 in der Bundesverfassung - welcher die Eigenverantwortung von uns als Menschen, als Bürger dieses großartigen Landes hervorhebt und uns zuruft: Warten wir nicht, bis uns die von oben die Geschenke nach Hause schicken, sondern nehmen wir das Schicksal in unsere eigene Hand - Ask not, what your country can do for you - ask what you can do for your country and for our people ... Das ist der entscheidende Ansatz - wir machen es für uns. Und wir werden weitermachen.

Ich danke allen ganz herzlich für Euer langes Ausharren, für Eure große Geduld. Astrid hat schon sehr viele, sehr sehr gute Vorschläge vorgetragen, die ich z.T. auch vorgetragen hätte. Deshalb kann ich hier, an dieser Stelle, Astrid ganz herzlich danken - Euch ganz herzlich danken für Eure Aufmerksamkeit und will nun meinen Vortrag beenden. Wünsche allen einen guten Heimweg! (großer Applaus)<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Februar 2023:

>>Das Reich und der Wettlauf um die Welt - Teil 3

Bismarck war von Anfang an skeptisch, was die kolonialen Erwerbungen des Deutschen Reiches anbelangt. Am Ende machte aber auch er seinen Frieden mit den Schutzgebieten - die dann von den Alliierten quasi annektiert wurden. ...

_ Von Dr. Gert Sudholt

Bismarcks behutsame, abwägende Haltung, die eher zur Skepsis als zum Optimismus neigte, wird in der Südwestafrika-Frage ganz besonders deutlich. Bereits im Sommer 1882 hatte der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz den Plan gefaßt, an der südwestafrikanischen Küste eine Handelsniederlassung ins Leben zu rufen. Nach vorbereitenden Schritten fragte er im November 1882 beim Auswärtigen Amt wegen Gewährung des Flaggenschutzes an

Großbritannien, daß bereits 1878 die Walfischbucht seiner Flagge unterstellt hatte, meldete jedoch Ansprüche auf das Hereroland, den Norden Südwestafrikas, an - gestützt auf die Tätigkeit englischer Staatsangehöriger in der britischen Kap-Provinz. Im Hereroland - oder Damaraland, wie es damals genannt wurde - waren jedoch seit den 1840er Jahren deutsche Missionare der Rheinischen Mission tätig.

Die beiderseitigen Ansprüche führten zu einem wenig ergiebigen diplomatischen Notenwechsel zwischen Berlin und London. Als jedoch, diesen Notenwechsel wieder aufgreifend, erneut in London wegen der britischen Besitzansprüche angefragt wurde, erhielt Berlin am 23. Februar 1883 lediglich eine ausweichende Antwort. Am 8. April 1883 richtete Adolf Lüderitz sein offizielles Gesuch um Schutzgewährung an das Auswärtige Amt.

Darin hieß es wörtlich:

"Wie ich dem hohen Amte in meiner Eingabe des 21. März dieses Jahres schon bemerkte werde ich seitens der Eng- und Kapländer auf alle mögliche Art und Weise schikaniert. Solange nicht offiziell bekannt gemacht wird, daß ich respektive mein afrikanischer Besitz unter dem Reichsschutz stehe."

Daraufhin ließ Bismarck eine Denkschrift zur südwestafrikanischen Frage ausarbeiten. Als der Sachbearbeiter dem Reichskanzler diese Denkschrift vorgelegt hatte und ihn fragte, "ob in der Sache nochmals in England nachgefragt werden solle", antwortete der Reichskanzler kurz: "Jetzt wollen wir handeln."

Bismarcks Südwestafrika-Telegramm

Die Entscheidung, dem Kaufmann Lüderitz den gewünschten Schutz zu gewähren, wird durch das berühmte Telegramm vom 24. April 1884 dokumentiert. Sein Inhalt lautete kurz und bestimmt:

"Nach Mitteilung des Herrn Lüderitz zweifeln die Kolonialbehörden, ob seine Erwerbungen nördlich des Oranje-Flusses auf deutschen Schutz Anspruch haben. Sie wollen amtlich erklären, daß er und seine Niederlassungen unter dem Schutz des Reiches stehen, gez. von Bis-

marck."

Mit diesem bedeutsamen Schreiben an den deutschen Generalkonsul in Kapstadt vollzog sich der Eintritt Deutschlands in den Kreis der Kolonialmächte. Unter Berücksichtigung der vielschichtigen Probleme erscheint es doch sehr fragwürdig, ob das Deutsche Reich, durch das nach Kapstadt gerichtete Telegramm vom 24. April 1884, das Südwestafrika unter deutschen Schutz stellte, den ersten Schritt zu einer imperialen Macht unternahm und damit Konkurrent zu Großbritannien, Frankreich oder den USA wurde.

Wer das nach Kapstadt gerichtete Telegramm sorgfältig liest, wird feststellen, daß von deutscher Seite von "Schutzgebieten", nicht aber von Kolonien gesprochen wurde. Diese Bezeichnung wurde nicht nur auf Südwestafrika, sondern auch auf alle anderen überseeischen Besitzungen angewandt und hat ihre Bedeutung eigentlich erst nach 1895 für Südwestafrika gewonnen.

Togo, Kamerun und Ostafrika werden deutsch

Nach Südwestafrika wurde am 5. Juli 1884 der Schutzvertrag in Togo zwischen dem Vertreter des Deutschen Reiches, Dr. Gustav Nachtigal, und dem König von Togo abgeschlossen, neun Tage später, am 14. Juli 1884, wurde in Kamerun die deutsche Flagge gehißt, nachdem bereits seit 1861 die Firma C. Woermann mit Kamerun Handel getrieben und 1881 die erste deutsche Niederlassung in diesem Land gegründet hatte.

Nachdem im November und Dezember 1884 Carl Peters in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft für deutsche Kolonisation private Verträge mit ostafrikanischen Häuptlingen geschlossen hatte, wurde am 27. Februar 1885 der kaiserliche Schutzbrief für Deutsch-Ostafrika ausgestellt.

Die deutsche Südsee

Ebenso wie in den Jahren 1884/85 das Deutsche Reich auf afrikanischem Boden Fuß faßte, so wurde in diesem Zeitraum auch in der Südsee das Kaiser-Wilhelms-Land, der Bismarck-Archipel und die Neu-Guinea Compagnie erworben. Schließlich wurde über die Karolinen-Inselgruppe im Pazifik durch päpstlichen Schiedsspruch vom 20. Oktober 1885 zu Gunsten Deutschlands entschieden.

Schon nach 1885 wurde Bismarck in der Frage weiterer Gebietserwerbungen noch zurückhaltender als bislang. Er war besorgt um die britische Zurückhaltung, als sich englische und russische Interessen an der Grenze Afghanistans trafen und hier erste Verständigungsbereitschaft deutlich wurde, war es Bismarck völlig klar, daß er zumindest einer der beiden Großmächte nicht auf die Füße treten dürfe. Daher die für viele überraschende negative Einstellung zum Erwerb weiterer Gebiete in Übersee.

1889, im letzten Jahr der Bismarck'schen Kanzlerschaft, wurde durch das Samoa-Abkommen zwischen den USA, England und dem Deutschen Reich beschlossen, daß Berlin die Schutzherrschaft über die Inseln Sawaii und Upolo ausüben solle. Damit waren die überseeischen Erwerbungen im Zeitalter Bismarcks abgeschlossen.

Das Ende der Kolonialherrschaft

Die letzten Jahre der Kanzlerschaft Bismarcks waren darauf ausgerichtet, die überseeischen Erwerbungen zu sichern und gleichzeitig kolonialpolitische Zusammenstöße mit anderen europäischen Mächten zu vermeiden. In diesem Zusammenhang sei nur an die Kongo-Konferenz von 1885 und den Araber-Aufstand an der ostafrikanischen Küste erinnert, der gemeinsam mit England niedergeschlagen wurde.

Am 26. Januar 1889, in seiner letzten kolonialpolitischen Rede vor dem Reichstag, faßte Bismarck trotz aller Erfolge seine Zurückhaltung in der Kolonialfrage in die Worte:

"Ich habe Ihnen angedeutet, wie zögernd ich überhaupt an die Kolonialfrage herangegangen bin. Nachdem ich mich aber überzeugt habe, daß die Mehrheit meiner Landsleute - ich glaube es wenigstens, und jedenfalls darf ich es aus der Bewilligung, die hier im Reichstag stattge-

funden hat, schließen: daß die Mehrheit des Reichstages den Versuch der Kolonialpolitik ohne sich für den Erfolg zu verbürgen, gut geheißen hat. So habe ich mich nicht für ermächtigt gehalten, meine früheren Bedenken aufrecht zu erhalten, die - ich erinnere mich sehr wohl - dahin gerichtet waren, daß wir unsere Flagge nirgends als Souverän etablieren sollten, sondern höchstens Kohlestationen errichten sollten."

Und weiter:

"Das war meine Auffassung in früheren Jahren. Kurz und gut, ich war gegen Gründung deutscher Kolonien. Ich habe mich darin gefügt, und wenn ich mich in meiner Stellung dem Drängen der Mehrheit meiner Landsleute, der Mehrheit des Reichstages füge, so glaube ich, könnte der Herr Bamberger das auch tun... Die Motive haben sehr unterschieden zwischen den materiellen Interessen der Gesellschaft und den nationalen Pflichten, die Deutschland übernommen hat, nachdem es in Afrika überhaupt einen Besitz ergriffen hat, die nationalen Pflichten, teilzunehmen an der Zivilisierung und Christianisierung dieses weit ausgedehnten, in seinem Inneren noch immer unerforschten Weltteils."

Abschließend ist zu erwähnen, daß sich das Deutsche Reich trotz wachsender Macht, industrieller Entwicklung, einer Bevölkerungszunahme, die durchaus geeignet war, Schritte zur weiteren Expansion zu unternehmen, vom Jahre 1890 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914, sich bei der "endgültigen Aufteilung der Welt" nur verhältnismäßig wenig engagierte.

Während sich zur dieser Zeit Frankreich und England vor allem in Afrika große Landstriche garantieren ließen oder erwarben, erstreckte sich der deutsche Ausgriff in der Blütezeit des Imperialismus auf den Caprivi-Zipfel im südwestlichen Afrika, ein paar kleine Südsee-Inseln und einen Flottenstützpunkt in China. Mehr weiße Flecken hatte der Globus nicht mehr zu bieten.

Im Gegensatz zu anderen Kolonialmächten verfügte Deutschland über kein zusammenhängendes Kolonialreich, sondern lediglich über überseeischen Streubesitz. Dieser war bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht zu verteidigen, als Deutschlands Gegner unter dem Bruch der von Bismarck ausgehandelten Kongo-Akte den europäischen Krieg in die Kolonien trugen und damit den Untergang aller europäischen Kolonialreiche einsetzten.

Die Epoche deutscher Kolonialherrschaft dauerte von 1884 bis 1918. Die einstigen Schutzgebiete wurden entweder den Siegermächten von Versailles direkt zugeschlagen oder wie Südwestafrika als C-Mandate der Südafrikanischen Union zur Verwaltung übergeben. Bei der Entkolonialisierung insbesondere Afrikas spielte Deutschland keine Rolle mehr.<<

07.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2023:

>>Massenmörder Churchill: Warum er Dresden zerstörte

Von *Lars Poelz*

Der alliierte Bombenterror gegen Dresden war ein Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes. Der Hauptverantwortliche wurde nie zur Rechenschaft gezogen. Sein Name: Winston Churchill. Sein Motiv: Deutschenhaß. ...

Die Verantwortlichen in Großbritannien und den USA mögen anfangs gedacht haben, der Bombenkrieg könnte dazu führen, daß sich ein großer Teil der Deutschen dem Krieg verweigert. Aber die stets bestens informierten Geheimdienste der Alliierten meldeten bald, daß der Krieg gegen Frauen und Kinder und die Zerstörung der Innenstädte die Kampfsentschlossenheit der Deutschen noch verstärkte. Welche Beweggründe standen also hinter der Fortführung und Steigerung dieser Angriffe?

Vergeblich hatten deutsche Regierungen immer wieder ein verschärftes Verbot des Bombenkrieges gefordert, zunächst im Völkerbund, auch noch 1936, zuletzt in dramatischen Appellen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges. Bereits zwei Tage nach der Kriegserklärung der Briten

(03.9.1939) begannen die Luftangriffe auf deutsche Städte. Winston Churchill befahl am Tag seiner Regierungsübernahme (10.5.1940) deren massive Ausweitung. Das Bomber Command der Royal Air Force folgte dem Befehl. Das Kalkül des britischen Premiers war zunächst, die deutsche Regierung zu Gegenangriffen auf britische Städte zu provozieren.

Er erwartete sich eine Erhöhung der Kriegswilligkeit der britischen Bevölkerung, die ja ursprünglich mehrheitlich den Frieden wollte, leider im Gegensatz zu den Herrschenden. Die unaufhörlichen und weitreichenden Versuche Hitlers, sich mit Großbritannien zu verständigen, waren auch in London bekannt.

So viele Opfer wie möglich

Die Bombardierung deutscher Städte sollte die deutsche Luftwaffe auf zivile Ziele in England lenken, um sie davon abzuhalten, die Flugplätze der britischen Jäger anzugreifen. Die Auslieferung neuer Jäger aus Coventry und den anderen Flugzeugfabriken war erst angelaufen. Um den Feind zum Einlenken zu zwingen, begannen nach vier Monaten des Zuwartens und Protestes deutsche Gegenangriffe.

Churchill war also bewußt, daß die Bombardierung von Städten keineswegs dazu führt, daß das Volk sich der Kriegführung verweigert. Und die vielen Agenten und Widerstandskämpfer in Deutschland meldeten umgehend die Festigung des Widerstandswillens der Deutschen.

Dennoch unternahm der britische Regierungschef alle Anstrengungen, den Bombenkrieg fortzuführen und auszuweiten. Danach konnte die Motivlage damit erklärt werden, daß als Ziele Industriestädte gewählt wurden, zunächst im nahe gelegenen Ruhrgebiet. Allerdings waren nicht die kriegswichtigen Fabriken das Ziel.

"Von Essen abgesehen haben wir niemals ein besonderes Industrierwerk als Ziel gewählt. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt", so der Chef des britischen Bomber Command, Arthur Harris.

In der Directive to Chief of Air Staff vom 05.02.1942 hieß es: "Ich nehme an, daß es klar ist, daß das Ziel Wohngebiete sind, nicht etwa Schiffswerften oder Flugzeugfabriken.

Der Bombenkrieg war also keineswegs als Maßnahme gegen militärische Einrichtungen geplant. Die offizielle Begründung war jetzt das sogenannte Moral Bombing, als könnte das vorsätzliche Verbrennen von Frauen und Kindern jemals "moralisch" sein. Von den über 600.000 durch Luftangriffe getöteten deutschen Zivilisten waren mindestens 80.000 Kinder.

Wie 1914 wäre ein Weltkrieg auch 1939 von Seiten Englands leicht zu verhindern gewesen. Das schreibt sogar Churchill in seinen Memoiren. Bereits am Beginn des Polenfeldzugs lancierten die Deutschen ein Angebot auf sofortigen Waffenstillstand und Friedensschluß, der ein Konferenzangebot und sogar Wiederherstellung aller entstandenen Kriegsschäden zum Inhalt hatte.

Dem folgten öffentliche Friedensangebote Hitlers vor dem Reichstag und über 50 ähnliche Avancen seitens der deutschen Regierung, von Belgien, Italien, der Schweiz, Holland, der skandinavischen Regierung, vom Vatikan und sogar durch Beauftragte des Widerstandes in Deutschland. Churchill ging nicht darauf ein - er hatte andere Ziele. Aber welche?

Die Wissenschaft vom Massenmord

Zunächst wurde durch ein Expertenteam von Wissenschaftlern und Feuersachverständigen eine Strategie entworfen, wie die Bombardierung den größtmöglichen Schaden anrichten und die größte Zahl an Opfern erzielen kann. Die USA gingen sogar so weit, in der Wüste deutsche Wohnviertel aufzubauen, um die Bombenwirkung zu studieren.

Das Ergebnis war die akribische Planung des Feuersturms, bei dem hunderte von Einzelbränden zu einem Riesenfeuer zusammenwachsen. Durch den Sog entstehen Stürme von Orkanstärke, die Sauerstoffzufuhr erzeugt Flammen von der Temperatur eines Schneidbrenners. In Dresden wurde der Asphalt zu einer brennenden Flüssigkeit, das Glas der Marmeladengläser

in den Kellern schmolz, noch heute sind Schichten von verglastem Sand im Untergrund zu erkennen. Solche Feuerstürme sind so stark, daß Personen erfaßt und über Gebäude hinweg in die Flammen gerissen werden.

Die Vernichtung der Stadtbevölkerung sollte in mehreren genau berechneten Angriffswellen vor sich gehen: Luftmarkierer setzen auf Einweisung von sogenannten Pfadfindern und eines Masterbombers Leuchtbomben, um das Zielgebiet festzulegen. Die Bombenwürfe erfolgen in einem Fächer oder kreisförmig, um die Fliehenden in das Zentrum des Feuersturmes zu treiben. Dann werden durch Luftminen ("Wohnblockknacker") die Dächer zerstört und Wände umgelegt. Dadurch wird brennbares Material auf die Straßen befördert, Möbel, Hausrat, Balken der Dachstühle.

In der zweiten Welle werden Phosphor-, Thermit- und Flüssigkeitsbrandbomben geworfen. Sprengbomben mit Zeitzündern hindern Feuerwehr und Löschmannschaften am Verlassen der Schutzräume. Tiefflieger machen Jagd auf Trupps von Zivilisten, die aus der Stadt flüchten. Zwei Stunden nach dem ersten Angriff streut die dritte Welle Splitterbomben, die die von weit her herbeigeeilten Feuerwehrkräfte töten sollen. Zusätzliche Angriffe am nächsten Morgen treffen Aufräumer und Rückkehrer und löschen weiteres Leben aus.

Der Höhepunkt des Vernichtungswillens

Die Hauptmasse der Bombenabwürfe erfolgte im letzten Kriegsjahr 1945. In den Wochen vor Kriegsende wurde die Vernichtungsstrategie noch intensiviert. Churchill verlangte von seinen Stabschefs 1944 den Einsatz von biologischen Waffen (Milzbrand-Kampfstoff N) und ein "Tränken der deutschen Städte mit Giftgas" (Public Rec. Off., London, AIR20/3227, CAB 79/78PREM 3/89).

Das Giftgas war bereits auf dem Weg, konnte aber durch einen verzweifelten Luftangriff der letzten deutschen Reserven im italienischen Hafen Bari vernichtet werden. Die Bomben von Hiroshima waren eigentlich für Berlin vorgesehen, aber sie waren nicht vor dem 8. Mai einsatzfähig.

Der Höhepunkt, aber keineswegs der Abschluß dieser Vernichtungssorgie, war der Angriff auf die überfüllte und völlig unverteidigte Lazarettstadt Dresden, in der es keine Schutzbunker gab. Der mit wissenschaftlicher Akribie berechnete Feuersturm umfaßte den gesamten Innenstadtbereich, etwa 20 Quadratkilometer.

Als Ziel und Motiv der sonst unverständlichen Massen-Kriegsverbrechen wurde offensichtlich, daß es um die Demoralisierung und Dezimierung der deutschen Bevölkerung ging - ganz im Sinne von Clemenceaus ("Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt"). Dieses Ziel wurde durch alle Kriegshandlungen der Alliierten im letzten Kriegsjahr verfolgt.

US-General Eisenhower zu Beginn des sogenannten Roer-Angriffes: "Unser Hauptziel ist nicht die Vernichtung von so vielen Deutschen wie möglich. Ich erwarte die Vernichtung jedes Deutschen westlich des Rheines und innerhalb des Gebietes, das wir angreifen." Diese Vernichtungspolitik wurde nach der Kapitulation fortgesetzt: Militärdiktatur, inszenierte Hungerkatastrophe in den Städten, Vertreibungsmorde, Rheinwiesenlager.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2023: >>Koloniales Erbe: Deutsche Farmer in Namibia

Von *Helmut Roewer*

Während seiner Reise durch Namibia im Winter 2022 hat unser Autor auch Landsleute getroffen - die Nachfahren der Kolonisten Deutsch-Südwestafrikas.

Nach dem Ende der Aufstände in Deutsch-Südwest errichteten die Kolonialherren ab 1907 zwei markante Denkmäler: Den Schutztruppen-Reiter in der Hauptstadt Windhuk (Windhoek) und das Ehrenmal der Seesoldaten in der Hafenstadt Swakopmund. Der Reiter ist seit 2014 verschwunden, das Denkmal für die Mariner ist noch da. Es ist unübersehbar, wenn man morgens vor dem Café Anton sitzt und sein Frühstück genießt.

In jedem Ort, der groß genug ist, Straßennamen zu haben, finde ich eine Bismarck-Straße. Und überhaupt, die Ortsnamen: Lüderitz heißt nach wie vor Lüderitz, mal mit und mal ohne die Pünktchen über dem "u". Eine geplante Umbenennung nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 in eine Bezeichnung nach einer der lokalen Stammessprachen erfolgte nicht, da dieses Idiom von niemandem nachgeahmt werden kann, zumal sie aus unterschiedlichen Schnalz-, Knack- und Kehllauten besteht.

Zwar hat der weiße Mann für diese Sprache Schriftzeichen erfunden, doch die sind eher etwas für akademische Spezialisten - und ich wage die Prognose, daß sie keine Chance haben, allgemein akzeptiert zu werden. Damit wären wir auch schon bei einer Besonderheit des Landes angelangt: Zwar schickt man die schwarzen Kinder in die Schule, dort werden sie aber in der angeordneten Landessprache unterrichtet. Das ist das Englische, von dem die Kleinen bis zum Eintritt in die Schule noch nichts gehört haben.

Den Erfolg solcher Beschulungsbemühungen habe ich vielfach testen müssen. Das Englisch dieses Bevölkerungsteils ist katastrophal bis komplett unverständlich. Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, in Seeheim am Fischfluß im Süden Namibias in die Weihnachtsfeier eines einheimischen Lehrerkollegiums zu geraten.

Dieses schwarz-weiß gemischte Gremium verständigte sich untereinander mit Gestik und Brocken aus dem Englischen, Deutschen und der Burensprache Afrikaans. Ich bin Meilen davon entfernt, mich hierüber zu erheben, nur denke ich, daß dies schlechte Bedingungen sind, um aus den Völkern, die in Namibia siedeln, einen Nationsstaat zu formen. Falls das überhaupt gewollt ist.

Die Verständigung mit den Weißen war hingegen problemlos. Diejenigen, die Afrikaans als Umgangssprache nutzen, können auf Deutsch oder Englisch umschalten und tun dies auch ungesäumt. In diesen Gesprächen erfahre ich mehr über Land und Leute als aus jedem Reiseführer. Nach kürzerer Frist ergibt sich aus diesen Gesprächen ein sich stets wiederholendes Stimmungsbild. Das Leben bis zur Unabhängigkeit des Landes 1990 war leichter, auch wenn es die damals in Südafrika strikt praktizierte Apartheid nicht gab.

Nun versuche man, die Weißen als Landwirte und Geschäftsleute zu verdrängen. So sei der Verkauf von Farmen durch Weiße an andere Weiße nicht erlaubt. Man nötigt die Eigentümer, ihre Ländereien zu vierteln und an Schwarze zu vergeben. Ergebnis sei dann - neben der nicht rentierlichen neuen Farmgröße -, daß die schwarzen Käufer ihr Farmland als Prestigeobjekt besäßen, ohne es wirklich zu bewirtschaften.

Natürlich habe ich mich gefragt, wie es kommt, daß funktionierende Farmen sich heute noch in den Händen von Deutschstämmigen befinden. Hier ist des Rätsels Lösung: Ab den 1890er Jahren erhielten die Soldaten der Schutztruppe nach dem Ablauf ihrer fünf Dienstjahre die Möglichkeit, Farmland vom deutschen Staat zu kaufen. Die Preise können nicht hoch gewesen sein, denn der Wehrsold war es auch nicht. Heute wirtschaften dort Nachkommen der dritten oder vierten Generation.

Man ist zunächst verblüfft über die Größe dieser Farmen (zwischen 30.000 und 100.000 Hektar) in einem Land, in dem der Fremde sich wundert, daß überhaupt etwas wächst. Das trifft im Prinzip nur für die gewaltige von Nord nach Süd ausgestreckte Hochebene zu. Hier erstreckt sich die Savanne, soweit das Auge reicht. Dieser Teil des Landes ist eingezäunt. Links und rechts der wenigen Straßen erstrecken sich hunderte von Kilometern an Zäunen, ab und an unterbrochen durch eine gemauerte Toreinfahrt, hinter der eine Sandpiste beginnt, die zur Farm führt.

Soweit diese Farmen auch Gäste beherbergen, ist mehrerlei zu lernen: Das Essen ist gut und reichlich. Es besteht vor allem aus einheimischen Produkten. Das ist beispielsweise Rinder-, Schafs-, Zebra-, Antilopen- und Straußenfleisch. Für Leute mit ideologischen Eßstörungen hat man hierzulande bestenfalls ein müdes Lächeln übrig. Die Gäste, die ich antreffe, sind ebenso

wie ich Weiße, aber im Gegensatz zu mir sind sie mit Jagdflinten bewaffnet.<<

08.08.2023

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 8. Februar 2023 (x1.263/...):

>>**Eine autoritäre Sekte**

Die destruktiven Strukturen des Staates tragen mittlerweile kultische Züge - dies wird sichtbar, wenn man bestimmte psychologische Kriterien heranzieht.

von *Wolfgang Eggert*

Schwarz-Weiß-Denken, Wahrheitsmonopol, Führerkult, Sanktionierung von Abweichlern ... Woran erinnern Sie diese Merkmale? Nein, wir sprechen nicht vom Corona-Regime - jedenfalls nicht direkt. Es geht darum, woran man destruktive Kulte meist religiöser Ausrichtung erkennt. Die vorliegende Information ermöglicht eine differenzierte Beurteilung von Staatsführungen anhand einer Reihe von objektiven Kriterien.

Einzelne der aufgeführten Merkmale machen sicher noch keine konflikträchtige oder gefährliche Gruppe aus, da man sie auch in anderen Vereinigungen findet. Gruppierungen sind um so problematischer, je mehr der kritischen Punkte auf sie zutreffen. Entsteht aus vielen vorhandenen Einzelmerkmalen ein Profil, kann man von einem destruktiven Kult sprechen.

Politisch übergreifige "NWO-Thinktanks" und Globalisierungslobbies treiben immer wieder neue Blüten, die Weltverbesserungsszene boomt, Illusionsverkäufer haben Hochkonjunktur. Mehr oder minder abstruse Ideen werden in der Szene propagiert, demokratiepolitisch bedenkliche Methoden und Techniken werden zu deren Durchsetzung praktiziert.

Na und, könnte man sagen, Deutschland und die Welt sind schließlich groß genug, daß jeder auf seine Weise Unrecht haben kann.

Wenn es nur so einfach wäre: Hunderte politsektiererisch am gleichen Strang ziehende Sondergemeinschaften gibt es allein in Deutschland - und immer wieder entstehen neue. Ihre entristische Wühlarbeit in Medien, Verbänden und Parteien hat Macht akkumuliert und zur Entstehung einer regelrechten Nebenregierung geführt, die imstande ist, den gewählten, nominellen Staatslenkern das Heft aus der Hand zu nehmen: Wenn die auf revolutionäre Veränderung setzende Lobby den politischen Apparat erfolgreich von seitwärts bearbeitet hat, übernimmt dann Letzterer die Durchführung des Programms von oben, gegen das Volk.

Dabei ist sicher nicht jede globalistische Gruppe oder solcherart instrumentalisierte Staatsführung schon per se problematisch. Und erst recht nicht ist Sekte gleich Sekte, Psychokult gleich Psychokult, angehender Failed State gleich werdender Failed State.

Gerade die in diesem Spiel der Kräfte schlußinstanzlich handelnden Staaten brüsten sich nach innen wie außen gern mit dem Gütesiegel demokratiepolitischer Duldsamkeit beziehungsweise gesellschaftlicher Durchlässigkeit. Daß dieses Selbstlob berechtigterweise in Prüfung zu ziehen ist, das haben die einschneidend von oben erzwungenen Maßnahmen in den aktuellen Themenfeldern Klima, Corona und (Ukraine-)Krieg gezeigt.

Sind die uns so vertraut gewordenen, sicher geglaubten "Demokratien des Westens" auf dem Weg, ihre liberalen Grundsätze ad acta zu legen, um zur Etablierung nicht mehrheitsfähiger Weltstaatsmodelle das autokratische Modell zu umarmen?

Die Antwort darauf erscheint vorderhand nicht leicht, denn: Bis dato wurden Kriterien zur Einschätzung eines solchen Wegs nur ungenügend herausgearbeitet. Was genau also macht eine "abgelenkte Regierung" problematisch oder gefährlich? Wodurch droht sie gar zum "destruktiven Kult" zu werden, der Menschen abhängig macht, ausbeutet oder zerstört?

Welche Mechanismen sind es, mit denen das passiert?

Gerade weil das Feld noch als weitgehend unbepflügt gilt, ist es nötig, objektive Kriterien zur differenzierten Beurteilung, quasi ein Raster, zu finden, um ein "Profil" der entsprechenden Gruppe - bezogen auf ihre Problematik oder Gefährlichkeit - zu erstellen. Hierzu soll die folgende Checkliste dienen. Sie ist in sechs Bereiche gegliedert, die in den einzelnen Staatswe-

sen zu Problemfeldern werden können - oder schon geworden sind:

Ideologie Die zentrale Figur Gruppenstruktur Einfluß auf das Mitglied Techniken der Persönlichkeitsveränderung Kontakte nach außen und Umgang mit Ehemaligen und Kritikern

1. Ideologie

Hier geht es um das "weltanschauliche Selbstverständnis" eines Staats. Denn nicht nur die Praxis, sondern auch die ideologische Ausrichtung kann zu vielfältigen Problemen führen - vor allem, wenn folgende Tendenzen vorherrschen:

"Überwertige Idee"

Das Paradies auf Erden oder der "neue Mensch" ist mit Hilfe einschneidender, für alle verbindlicher Maßnahmen herstellbar. Das entspringt Allmachtsfantasien und Größenwahn. Wahrheitsmonopol: Der Staat beziehungsweise die staatsnahe Wissenschaft haben - ihrer Ansicht nach - das einzig gültige Welterklärungssystem. Schwarz-Weiß-Denken: Einfache Gut-Böse- oder Richtig-Falsch-Muster prägen das Denken und Handeln.

Endzeitvision: Der Weltuntergang - etwa durch "Bevölkerungsbombe" oder eine "Klimabedrohung" - ist nahe. Rettungsplan: Der Staat beziehungsweise die staatsnahe Wissenschaft propagieren Patentrezepte, die das Heil versprechen. Expansiver Machtanspruch: "Wir müssen die Welt retten", ist der Tenor.

2. Die zentrale Figur innerhalb und außerhalb des gewählten Politzirkus: Führer, Guru, Meister oder Meisterin

Hier sind vor allem folgende Punkte zu beachten:

Führerkult: Er/Sie wird in den Stand unberührbarer Quasi-Göttlichkeit gestellt und verehrt. Führungsstil: Er/Sie hat oberste - nicht mehr kritisierbare - Autorität, verlangt kritiklose Loyalität und beansprucht Wahrheitsmonopol. Charismatisierung: Lancierung idealisierender Legendens, à la "Der/Die gute Retter/in aus dem Volke"

3. Gruppenstruktur: Elitegemeinschaft

Hier stehen folgende Punkte im Vordergrund:

Abschottung nach außen: Wer die Ziele nicht oder nicht mehr mitträgt wird ausgegrenzt Hohe Gruppenkohäsion: Die In-Group hält "wie Pech und Schwefel" zusammen, von der Bestimmungsebene bis weit in die breite Folgsamkeitsbasis hinein; sie überwacht, kontrolliert und bestraft sich gegenseitig. Eventuell gibt es neue Sprachregelungen, die die Zielsetzungen bedienen. Es existiert eine Hierarchie, mit Befehlsgewalt der Oberen, Gehorsam des einfachen Mitglieds und gestaffeltem, zensiertem und intransparentem Informationssystem.

Elitebewußtsein: Aktivistische Gruppenmitglieder fühlen sich als Avantgarde zur Rettung der Welt/Menschheit. Missionierungszwang und/oder Märtyreriologie prägen das Gruppenbewußtsein. Ausbeutung: Gruppen-Einfache/Untertane lassen sich - mehr oder weniger freiwillig - materiell oder/und als billige Arbeitskräfte ausnutzen. Sie sind gegenüber der Führung fronpflichtig Subversive und illegale Tätigkeiten: Die Leit-Gruppierung glaubt, über dem Gesetz zu stehen und drängt Mitglieder, die in staatliche Führungspositionen vorrücken wollen offen oder versteckt zu illegalen Tätigkeiten wie Geldwäsche, Mißbrauch und ähnlichen, mit der Folge der Erpreßbarkeit!

4. Einfluß auf das Mitglied: Bewußtseinskontrolle

In diesem Bereich geht es um die persönlichen, die individuellen Ebenen der Beeinflussung:

Entindividualisierung: Die Gruppe und das gemeinsame Ziel sind wichtiger als der Einzelne. Einfluß auf die alltägliche Lebensgestaltung: Es gibt Vorschriften für Sprache, Essen, Kleidung, Körperpflege, Tagesgestaltung, Ausgangs- und Kontaktsperren, Kommunikationskontrollen/zensur, unter anderem von sozialen Netzwerken. Sexualität wird entsprechend der Ideologie anempfohlen.

Materielle Abhängigkeit: Berufliche Sicherheit besteht nur bei Folgsamkeit. Zuwiderhandelnde erleben, egal wo und bei wem sie arbeiten, eine schnelle Kündigung. In der nächst höheren

Stufe hat der Gruppen-Einfache/Untertan kein Privateigentum und/oder kein Geld mehr. Seine Versorgung ist dann zentralistisch geregelt nach dem Motto "Own nothing but be happy". Die Datenerfassung des Besitzstands, der Gesundheit, der Versicherungen, Personalpapiere, der Steuern et cetera ist nahezu totalitär. Bruch mit der persönlichen Lebensgeschichte: Beziehungen zur Familie, zu Partnern und Freunden werden, für den Fall der Abtrünnigkeit, bereits im Vorfeld propagandistisch in Frage gestellt.

Nach dem Motto: "Mit denen darf man sich nicht gemein machen" Sektenidentität: In den Leitungsebenen des Kults bewegt sich das Mitglied fast ausschließlich in der Gruppe und unterliegt - finanziell und in ansehensseitig der Großgemeinschaft akklamiert - einer allmählichen "Umwertung aller Werte". Damit einher geht ein Verlust von Realität und von Tauglichkeit für ein Leben außerhalb der Gruppe. Es entwickeln sich psychische und materielle Abhängigkeit.

5. Techniken der Persönlichkeitsveränderung

Von Sex über Sport, Freigabe von Drogen und dem massiven Einsatz gleichgeschalteter Werbung/Medien wird gerade den unteren Chargen in der Hierarchie ein Sammelsurium bewußtseinskanalisierender Ablenkungsfelder eröffnet. Diese Praktizierenden erfahren zugleich eine wiederholte Labilisierung durch körperliche und psychische Überforderung in einem Hamster- radssystem, sensorische Deprivation eingeschlossen.

6. Kontakte nach außen und Umgang mit Ehemaligen/Kritikern

Bunkermentalität: Die Leit-Gruppe kapselt ihre Gedankenwelt massiv ab. "Innen der Himmel, außen die Hölle". Obwohl das Gegenstand von Kritik am Gegner ist, pflegt man selbst Feindbilder, die bis in rassistische Muster hineinreichen: "weiße alte Männer" Es gibt keinen legitimen Grund, aus der Gruppe auszusteigen; deshalb werden Ehemalige zu Unpersonen erklärt, "beruflich, sozial und juristisch vogelfrei", die mitunter erpreßt werden, oder es erfolgt der totale Kontaktabbruch. Kritiker werden eingeschüchtert Es wird versucht, sie mit Drohungen, öffentlichem Rufmord, Gerichtsprozessen oder sogar körperlichen Attacken mundtot zu machen.

Soweit einschlägige Kriterien, anhand derer sich prüfen läßt, ob und inwieweit eine durch extremistische Ideologien/Strukturen/Gruppen beeinflusste Regierung problematisch oder bereits gefährlich geworden ist. Treffen alle Merkmale zu, so entspricht das dem Muster eines "destruktiven Kults". Jeder Leser mag selbst bewerten, wie weit es der deutsche Staat - und andere Nationen neben ihm - bereits gebracht haben.

Wer meint, die Tabelle sei willkürlich durch einen fachlich Unversierten erstellt, irrt. Sie ist, bis in die allermeisten Formulierungen hinein, deckungsgleich mit einem Fachbeitrag, der 1996 erschien, unter dem Titel "Was eine alternativ-spirituelle Gruppe zum problematischen Kult macht - Psychologische Kriterien zur Beurteilung von Destruktiven Gruppierungen". Verantwortlich zeichnet der "Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.", Arbeitskreis "Psychomarkt und Religion".

Wolfgang Eggert, Jahrgang 1962, studierte an der FU Berlin und der LMU München Geschichte, Politologie und Journalistik. Es folgten Jobs bei SAT.1 und einer für VOX arbeitenden Produktionsgesellschaft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Februar 2023: >>**Afghanistan-Kinderschänder bleibt in Deutschland**

Von *Sven Reuth*

Die nächste tickende Zeitbombe wird auf deutsche Kinder freigelassen: Ein zwischenzeitlich schon abgeschobener afghanischer Kinderschänder wird am 13. Februar in Deutschland wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie Deutschland im Multikulti-Chaos versinkt, verdeutlicht auch dieser Fall. ...

Deutschland lernt nichts aus der endlosen Blutspur, die kriminelle Migranten hierzulande hin-

terlassen. Noch schlimmer: Jetzt läßt es tickende Zeitbomben schon auf die eigenen Kinder los. Dies zeigt der Fall eines im März 2018 vom Schöffengericht in Landau in der Pfalz verurteilten afghanischen Kinderschänders, der zuvor im Kreis Germersheim ein Mädchen und einen Jungen, 6 und 8 Jahre alt, brutal sexuell mißbraucht hatte.

Zurück im Gelobten Land

Als Grund für seine Tat nannte der Kriminelle unter anderem Streß auf der Arbeit und bei seinen Deutschkursen. Dafür wurde er zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Der Kommentar der Mutter zu dem Urteil lautete bloß: "Steuersünder werden schwerer bestraft."

Wenigstens gelang es, den Afghanen, der damals drei Jahre seiner Haftstrafe verbüßt hatte, im Februar 2021 nach Afghanistan abzuschicken. Im Dezember 2022 machte sich der Kriminelle, dem es in Deutschland trotz der Haftstrafe offenbar hervorragend gefallen hatte, wieder auf den Weg zurück ins Gelobte Land, wo Milch und Honig fließen. Die gegen ihn in Deutschland verhängte Einreisesperre kümmerte ihn natürlich nicht die Bohne. Über den Iran, die Türkei, Griechenland, Italien, Albanien, Kroatien, Slowenien, Österreich und die Schweiz ging es wieder zurück nach Deutschland. Die letzten Kilometer legte er in der Straßenbahn in das südbadische Weil am Rhein zurück.

Keine Angst vor Abschiebung

Hier flog er bei einer Polizeikontrolle auf, was ihn allerdings wenig kratzen dürfte. Denn am 13. Februar wird er in Deutschland auf freien Fuß gesetzt. Vor einer Abschiebung braucht er sich nicht zu fürchten, denn für Afghanen gilt seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 ein Abschiebestopp. Freie Bahn also für einen wegen schweren Kindesmißbrauchs verurteilten Schwerverbrecher, von dessen anstehenden Taten man dann wohl bald wieder in der Zeitung lesen kann.

Wenn wieder einmal die Frage aufkommen sollte, wie solche schrecklichen Taten wie der Doppelmord an zwei Jugendlichen in einem Regionalzug in Schleswig-Holstein durch einen staatenlosen Palästinenser denn überhaupt passieren können: Voilà, hier ist die Antwort. Der Umgang des deutschen Staates mit schwerkriminellen Migranten provoziert solche Taten geradezu. Und immer noch nehmen viel zu wenige Menschen in Deutschland solche Zustände als skandalös wahr. Man fragt sich, wie viele schreckliche Lektionen dieses Land eigentlich noch braucht.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Februar 2023:

>>**Lawrow: "Die Nazi-Ideologie wird gegen uns eingesetzt"**

Im zweiten Teil seines Interviews mit Rossiya 24 und RIA Novosti geht Rußlands Außenminister näher auf die Regierung in Kiew ein und zieht historische Parallelen. ...

_ Dmitri Kisseljow im Gespräch mit Sergej Lawrow

Haben die Amerikaner auch die US-Eingeborenen "eingeschmolzen"?

In der Tat, sie haben sie fast weggeschmolzen, so daß fast nichts mehr von ihnen übrigblieb. Schauen Sie sich an, was jetzt in den Vereinigten Staaten abgeht. Schauen Sie sich an, wie die Gesellschaft gespalten ist und wie die herrschenden Behörden jetzt versuchen, alles zu unterdrücken, indem sie, um ihre eigene Terminologie zu verwenden, ziemlich "autoritäre Werkzeuge" nun anwenden.

Die Gründe dafür sind dort zu finden: Ich glaube, daß der US-Exzeptionalismus und die absolute Überzeugung von ihrer eigenen Unfehlbarkeit und Überlegenheit der Hauptgrund dafür ist, daß wir uns jetzt den Ländern entgegenstellen, die das Kiewer Regime dazu benutzen, um einen hybriden Krieg gegen uns zu führen, auch wenn es nicht exakt nur ein hybrider Krieg ist.

Vor kurzem gab es eine breite Debatte zu historischen Parallelen, die aus Äußerungen der ukrainischen Führung gezogen wurden. Ich habe auch darüber gesprochen, daß genau wie im

Jahr 1812 und 1941 diejenigen, die die Welt unterjochen wollten, mit Europa anfangen, um einen großen Teil des Kontinents zusammenzufassen und einen Krieg gegen Rußland zu beginnen. Ich sehe heute keine großen Unterschiede. So wurde während des Großen Vaterländischen Krieges, im Zweiten Weltkrieg, die Nazi-Ideologie gegen uns in Stellung gebracht.

Warum weigern sich Menschen, die Nazi-Ideologie, welche dem Kiewer Regime heute zu Grunde liegt, zu erkennen? Die Erklärungen, die von den Befürwortern und Puppenspielern des Regimes abgegeben werden, können nicht anders interpretiert werden als der Versuch, die russische Frage endgültig zu lösen. Rußland soll eine strategische Niederlage bereitet werden. Damit es für lange Zeit nicht mehr zurückkommen könne.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sagte, der Krieg müsse mit einer russischen Niederlage enden, die es Rußland über Jahrzehnte unmöglich machte, seine Wirtschaft wiederaufzubauen. Klingt das nicht nach Rassismus, Nazismus und dem Versuch, die russische Frage zu lösen? Nein, noch nicht in den Gaskammern. Es gibt noch viele anständige Menschen in Deutschland, die ein Wiederaufleben des Nazismus nicht zulassen wollen. Doch, einige hätten wohl nichts dagegen, wenn es dazu käme.

Wir befinden uns inmitten einer geopolitischen Schlacht. Darüber gibt es keinen Zweifel. All jene, die sich an der Front mit praktischen Fragen beschäftigen, erfüllen eine lebenswichtige Aufgabe und sind Helden. Die Heldentaten, die sie im Namen der Zukunft der Menschheit vollbringen, werden es ermöglichen Entwicklungen zu durchkreuzen, die zu einer vollständigen Hegemonie der Vereinigten Staaten gemäß ihrer Doktrin geführt hätten.

Wie ich Ihren Ausführungen entnehme, besteht das Ziel darin, Rußland eine strategische Niederlage zu bereiten. Das bedeutet, der Westen weist die Vorstellung, zurück, daß Rußland überhaupt als Staat existieren dürfe. Rußland muß entweder zerstückelt oder geteilt werden, jetzt gibt es sogar einen neuen Begriff "Re-Föderalisierung" dafür. Die Polen reden wie üblich viel darüber. Was bleibt noch für Diplomatie unter solchen Umständen?

Ich glaube nicht, daß wir arbeitslos werden. Wir arbeiten jetzt in mehreren Bereichen. Erstens arbeiten wir hart daran, unsere Politik, unsere Argumente und die Wahrheit auf der internationalen Bühne zu vertreten. Niemand im Westen, in Europa oder Amerika versucht ernsthaft zu erörtern, ob sie Fehler gemacht hätten. Nein - es scheint so, als hätte alles erst am 24. Februar 2022 begonnen. Genau wie nach ihren Augen alles mit dem, was sie es als "Annexion" der Krim bezeichnen, im Jahr 2014 begonnen hätte - nicht mit dem Putsch im Februar.

Ich war bei den Gesprächen von Präsident Wladimir Putin mit der vormaligen deutschen Kanzlerin Angela Merkel, dem vormaligen französischen Präsidenten Francois Hollande und dem derzeitigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron zugegen. Wladimir Putin fragte, warum sich die Dinge so entwickelt hätten, wie es geschah. Sie sagten, wenn es die "Annexion" nicht gegeben hätte, wäre alles in Ordnung geblieben. Aber die "Annexion" fand statt, weil die "Behörde", die die Macht in der Ukraine an sich gerissen hatte, es für wichtig hielt - es war ihre erste Bauchreaktion -, den regionalen Status der russischen Sprache abzuschaffen. Damals wurde das nicht erreicht.

Aber das waren die Instinkte, die das Wesen dieser "Macht" genau beschreiben. Zwei Tage später forderten sie Rußland auf, die Krim zu verlassen, und schickten ihre Schläger dorthin. Die Krim reagierte nur darauf und auf nichts anderes. Aber die westlichen Politiker sagten immer wieder, daß ohne die "Annexion," "alles in Ordnung" geblieben wäre.

"In Ordnung" in welchem Sinn? Daß die Ukraine von Nazis regiert worden wäre, von Leuten, wie Tjahnybok oder Jazenjuk, die die Menschen, die sich weigerten, die Ergebnisse ihres Putsches zu akzeptieren, als "Untermenschen" abqualifizierten. Wladimir Selenski entfernte sich nicht weit von ihnen, als er die Menschen, die eine Wiedervereinigung mit der Ukraine ohne Umsetzung der "Bedingungen und Konditionen" der Minsker Vereinbarungen ablehnten, als "Individuen" titulierte.

Denjenigen, die in der Ukraine leben und sich als Teil der russischen Kultur, Tradition und Geschichte betrachten, riet er, sich ihren Kindern und Enkeln zuliebe, nach Rußland abzusetzen. Hat jemand darauf reagiert? Hat jemand darin nicht nur die Keime, sondern die volle Blüte des Nazismus entdeckt?

Niemand hat das. Unsere Diplomaten haben all diese inakzeptablen Handlungen und Erklärungen den zuständigen Gremien der UNO, der OSZE und dem berüchtigten Europarat zur Kenntnis gebracht. Nicht ein einziges Mal hat der Westen versucht, auch nur mit dem Finger seinem Mündel und Regime zu drohen. Es wurde ständig nur gedeckt, auch von der OSZE-Mission, die sich vor Ort für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen einsetzte.

Viele Mitarbeiter der Mission - die Fakten sind bekannt - halfen dem Kiewer Militär bei der Planung seiner Operationen und gewährten ihm Zugang zu den Daten der Drohnen, die ausschließlich für Zwecke der OSZE-Sonderbeobachtungsmission zu verwenden gewesen wären. Wir müssen die Wahrheit bekannt machen und einen gnadenlosen Kampf gegen falsche Behauptungen führen. Wir haben auf unserer Website einen Bereich, der diesen Themen behandelt, eingerichtet. Darüber hinaus reagieren wir täglich live auf alle die neuen Tricks derjenigen, die versuchen, das wahre Bild zu verfälschen.

Auch die diplomatische Arbeit mit unseren Partnern in der ganzen Welt ist Teil unserer Bemühungen. Wir unterhalten Austausch mit Delegationen auf der Ebene von Ministern und stellvertretenden Ministern. Wir reisen in Länder, mit denen wir eine konstruktive Zusammenarbeit aufbauen wollen. Delegationen kommen zu uns. Diese Arbeit ist wichtig.

Die Vereinigten Staaten und alle anderen westlichen Länder, die von den Amerikanern gefügig gemacht wurden und der EU die letzten Reste ihrer Unabhängigkeit raubten, sind weithin als "große Demokratien" bekannt. Sie verstehen Demokratie jedoch nur als ihr Recht, allen anderen ihr Verständnis der Dinge aufzudrücken. Diskussionen über demokratische Ansätze in internationalen Fragen lassen sie ungerührt.

Frage: Ist das totalitär?

Ja - totalitär. In der UN-Charta wird "Demokratie" nicht erwähnt, was vielleicht zum Besten ist. Es wird hingegen das Hauptprinzip erwähnt, das demokratischer ist als alles andere: Die UNO basiert auf der souveränen Gleichheit der Staaten. Falls jemand einen Beweis für die Achtung dieses Prinzips in den Handlungen unserer westlichen Kollegen fände, würde ich diese Person für den Friedensnobelpreis vorschlagen.

Falls es Demokraten wären, würde man Meinungen äußern lassen und dem Gegner seine Positionen darlegen lassen. Sie würden allen anderen zugestehen, sich wie erwachsene Menschen zu verhalten, um selbst entscheiden zu dürfen, wen man unterstützen und wessen Ansichten und Positionen man stärker zuneigen wollte.

So hätten sich alle auch in Bezug auf die Krise in der Ukraine verhalten sollen. Präsident Putin hat bis ins kleinste Detail die Ziele, die Ursachen und die Unvermeidbarkeit unserer speziellen Militäroperation ausgeführt. Dies geschah nicht plötzlich, sondern nach acht Jahren oder vielleicht sogar früher, seit Putins Münchner Rede im Jahr 2007, in der er versucht hat, darzulegen, daß der Westen sich in die falsche Richtung bewege und alle Grundsätze untergrabe, zu deren Einhaltung man sich verpflichtet hatte:

Wie unteilbare Sicherheit für Europa mit gleichen Sicherheitsinteressen; wie die Unzulässigkeit, daß ein Staat seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer ausbaue, und was äußerst wichtig scheint, wie die Unzulässigkeit, daß eine Organisation in Europa, für sich eine militärisch-politische Vorherrschaft beansprucht. Die NATO hat das getan, was nicht hinnehmbar ist.

Diese Grundsätze wurden 1999 zu Papier gebracht und sind 2010 erneut bekräftigt worden. Doch alle unsere Versuche, den Westen zur Einhaltung der von unseren Präsidenten und Premierministern unterzeichneten Dokumente zu bewegen, sind gescheitert. Oder besser gesagt,

sie erwiderten, daß es sich um politische Slogans handle, während nur die NATO rechtliche Sicherheitsgarantien liefern könne. Damit verletzen sie erneut jeden einzelnen Grundsatz.

Wir haben viele Jahre lang versucht, unseren Standpunkt zu erklären, und schließlich sagten wir uns, daß sie alles gehört hätten, was wir zu sagen hatten, so daß wir unsere Entscheidung trafen. Die westliche Reaktion war negativ und verurteilend. Doch, die Mehrheit aller Entwicklungsländer nahm eine neutrale Haltung ein.

Nur, eine neutrale Haltung wäre zu respektieren. Aber der Westen sendet täglich - das ist keine Übertreibung - über seine Botschafter an alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Aufforderungen aus, sich nicht mit russischen Delegationen zu treffen. Er fordert auf, Rußland zu verurteilen und sich den westlichen Sanktionen anzuschließen. Die überwältigende Mehrheit der Staaten hat Selbstachtung.

Daher sagen selbst kleine afrikanische Staaten mit 1,5 oder 2 Millionen Einwohnern, daß sie ihre eigenen Pläne für die Zusammenarbeit mit Rußland verfolgen. Diese Länder akzeptieren unsere Besuche und besuchen unser Land, obwohl ihnen dafür Strafen angedroht werden.

Wofür sind die Amerikaner bekannt? Wenn sie ein Land auffordern das zu tun, was sie wünschen, bieten sie keine Gegenleistung. Statt dessen sagen sie, das Land habe es zu durchzuführen oder sie würden es bestrafen. Das ist die ultimative Form von Pragmatismus samt Zynismus. Unsere Diplomaten haben in dieser Hinsicht eine Menge zu tun. Wir bieten Erklärungen an, entlarven Lügen, insbesondere die jüngsten Lügen über unsere Weigerung, Verhandlungen zu führen und fördern jeden Tag neue Fakten ans Licht.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat gesagt, daß "Waffen der Weg zum Frieden" wären, so daß die Ukraine auf dem Schlachtfeld gewinnen müsse. Wladimir Selenski hat eine 10-Punkte-Friedensformel vorgelegt: Eine vielseitige Enchilada (mexikanisches Misch-Gericht) mit allem, was dazugehört, einschließlich Lebensmittelversorgung, Energie und biologische Sicherheit.

Dazu fordert man den Rückzug Rußlands hinter die Grenzen von 1991, ein Tribunal zur Bestrafung Rußlands, die Zahlung von Reparationen und schließlich die Unterzeichnung eines Friedensabkommens. Das ist keine realistische Initiative. Ich glaube, daß Wladimir Selenskis Fantasie manchmal überbordert. Und jetzt hat der Westen sein Elaborat auch noch zu studieren.

Unsere Diplomaten werden ihr Bestes tun, um dafür zu sorgen, daß die antirussischen Veranstaltungen, die der Westen und das Kiewer Regime in New York und auf anderen Plattformen zum ersten Jahrestag der besonderen Militäroperation abzuhalten gedenken, nicht die einzigen Schlagzeilen bleiben.

Wir bereiten eine Übersicht über die Ereignisse des letzten Jahres und Dinge, die wir aufgedeckt haben, vor. Es geht nicht nur um die biologischen Militärprogramme der USA, über die sie, wie üblich nach Strich und Faden lügen und auch nicht um die direkte Beteiligung der USA an den Nord-Stream-Pipeline-Sprengungen. Die Unterstaatssekretärin für politische Angelegenheiten, Victoria Nuland hat sogar ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Es gibt viele Dinge, an die wir uns erinnern, und wir können aufzeigen, welche Methoden die Vereinigten Staaten anwenden, um ihre Hegemonie durchzusetzen. Nach den von mir genannten Aussagen, bereiteten die Amerikaner die Ukraine schon seit langem darauf vor und bildeten sie aus, um einen Krieg gegen Rußland unter westlicher Lizenz loszutreten. Die Vereinigten Staaten konzentrieren sich jetzt darauf, die EU für diesen Krieg zu mobilisieren und wovon ich überzeugt bin, schon seit langem planten, indem sie die EU zwingen, alle ihre Waffen an die Ukraine abzugeben. Dieser Prozeß steht nun kurz vor dem Abschluß.

Gleichzeitig erhöhen die Vereinigten Staaten die Produktion ihrer Waffen und zwingen Europa, diese zu kaufen. Die NATO-Länder sind verpflichtet, zwei Prozent ihres BIP für Waffen auszugeben. Und sie werden gezwungen, Produkte aus den USA zu kaufen. Es besteht kein

Zweifel daran, daß diejenigen, die an den amerikanischen Exzeptionalismus glauben und der Meinung sind, daß die USA die Welt zu beherrschen hat, auch die Absicht verfolgen, Europa wirtschaftlich niederzuhalten.

Emmanuel Macron und Olaf Scholz beschwerten sich öffentlich über die US-Gesetze zur Bekämpfung der Inflation, die in Wirklichkeit darauf abzielen, (europäische) Produktionsstätten in die Vereinigten Staaten zu locken. Dieser Prozeß ist im Gange. Die deutschen Hersteller verlagern dorthin, wo sie Vorteile erwarten. Doch, diese Vorteile sind eindeutig diskriminierend und zielen darauf ab, die europäische Industrie zu untergraben.

Das ist Exzeptionalismus in Reinkultur. Vor zwei oder drei Wochen hat die EU eine Erklärung zur Zusammenarbeit mit NATO unterzeichnet, wonach die EU alles zu tun gedenke, was NATO brauche. Die Amerikaner arbeiten hartnäckig auf ihre Ziele hin.

Das muß so laut wie möglich ausgesprochen werden. Im Moment geschieht das in Europa. Aber sie schmieden auch schon Pläne für Asien. Jens Stoltenberg spricht darüber in der NATO.

Auf dem Madrider Gipfel im Juni 2022 wurde angekündigt, daß sie globale Verantwortung übernehmen und Militärblocke gegen China und Rußland im asiatisch-pazifischen Raum (AUKUS) schaffen müssen. Sie haben eine Politik zur Aufnahme neuer Mitglieder beschlossen. Auch die großen Pazifikmächte wie Großbritannien und Frankreich sind dort aktiv und beteiligen sich an den eindeutig chinafeindlichen Übungen im Südchinesischen Meer.

Alle beobachten die Formen, die jener Exzeptionalismus nach sich zieht, wie den Wunsch, alle zu dominieren, um daraus einmal mehr einseitige wirtschaftliche Vorteile zu ziehen, die Wirtschaftskrise in den USA zu vermeiden und dazu andere Länder auszubeuten. Präsident Putin hat darauf hingewiesen, daß diese Entwicklungen im Sinne einer kolonialen Philosophie darauf abzielen, auf Kosten anderer zu leben. ...<<

Diese deutsche Übersetzung dieses Interview erschien zuerst auf Unser Mitteleuropa und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von dort übernommen.<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Februar 2023: >>Wahrheiten, die uns Polen verbieten will

Von *Daniell Pföhringer*

Die polnische Botschaft in Berlin hat allen Ernstes gedroht, gegen unsere Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld" juristische Schritte einzuleiten. Angeblich würden wir darin "historische Lügen" verbreiten. Dabei schreiben wir die Wahrheit - akribisch belegt mit Quellen. ...

Die E-Mail der polnischen Botschaft, die uns gestern erreicht hat, schlägt dem Faß dem Boden aus. Unsere aktuelle Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" kanzelt man ab mit den Worten: "Solche Veröffentlichungen dienen allein der Verbreitung von schädlichen Unwahrheiten und der Anstiftung zum Haß."

Die Botschaft spricht von "historischen Lügen", die wir verbreiten würden, und schließt mit einer Drohung: "Gleichzeitig möchten wir Sie darauf hinweisen, daß wir bei weiterer Verbreitung von historischen Lügen rechtliche Schritte in Erwägung ziehen werden."

Diese Einmischung einer fremden Regierung in die deutsche Medienarbeit ist ein unzumutbarer Angriff auf die Pressefreiheit. Vor allem aber verdreht die polnische Botschaft die Wahrheit in geradezu grotesker Weise. Nicht wir verbreiten Lügen, sondern Warschau ist erpicht darauf, daß die historische Wahrheit über die schweren Verbrechen, die die vermeintliche Opfernation Polen uns Deutschen, aber auch Ukrainern, Russen oder Juden angetan hat, unter den Tisch gekehrt und bloß nicht öffentlich diskutiert wird. Daher diese in der Geschichte der Bundesrepublik wohl einmalige diplomatische Intervention gegen ein Presseorgan.

Nachfolgend nur drei von zahlreichen Beispielen für Wahrheiten, die Polen nicht hören möch-

te und uns verbieten will.

1. Konzentrationslager für Deutsche

Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden in Polen KZs für Deutsche errichtet. Als erstes inhaftierte man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Einrichtungen im Posener Gebiet, später wurden es mehr. Eines jener Lager befand sich in Szczypiorno, ein anderes in Stralkow. Beide wurden Anfang 1919, unmittelbar nach dem Posener Aufstand, errichtet. Dort wurden jeweils 8.000 bis 9.000 Menschen hinter Stacheldraht gesperrt, darunter neben Soldaten des deutschen Grenzschutzes auch 13-, 14- oder 15-jährige Kinder sowie Greise und Frauen - allesamt Zivilisten.

Dies entspricht, wie man in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" nachlesen kann, den Angaben einer Protestnote, die Reichsminister Matthias Erzberger (Zentrum) 1920 an Frankreich adressierte. Darin hieß es:

"Die Internierung der Deutschen in Polen soll sich nicht nur auf Männer, sondern sogar auf Frauen erstrecken. ... In Brest-Litowsk, Kowel, Nowo Georgiewsk sind Konzentrationslager hierfür vorbereitet worden."

Der polnische Lagerterror nach dem Zweiten Weltkrieg war noch wesentlich schlimmer. Hunderttausende Deutsche wurden verschleppt und in KZs wie Lamsdorf oder Schwientochlowitz gefoltert und ermordet. Eine schier unerschöpfliche Fülle an Material bietet die "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa."

Die Authentizität und Zuverlässigkeit der darin enthaltenen Berichte wurden von der im Herbst 1951 vom Bundesministerium für Vertriebene eingesetzten wissenschaftlichen Kommission unter Vorsitz des Historikers Theodor Schieder bekräftigt. Die Schilderungen haben eines gemeinsam - sie beschreiben die Recht- und Hilflosigkeit der Deutschen, die sich auf einmal in Warschaus Herrschaftsbereich wiederfanden.

Der Warschauer Historiker Boguslaw Kopka, Verfasser der 2006 erschienenen Untersuchung "Arbeitslager in Polen 1944-1950 spricht gar von einem "polnischen Gulag". Noch für die Jahre 1949 bis 1954 wurde die Zahl der Zwangsarbeiter in Warschaus Herrschaftsbereich auf 50.000 geschätzt

2. Das Menschheitsverbrechen Vertreibung

Dazu schreibt der renommierte Völkerrechtler und ehemalige Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses, Prof. Dr. Alfred M. de Zayas, in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld": "Das wahrscheinlich größte Verbrechen an Deutschen war die Vertreibung von insgesamt etwa 14-15 Millionen Reichsdeutschen" aus den deutschen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Mitteleuropa.

De Zayas weiter:

"Damals wurde nicht nur ein Viertel des deutschen Reichsgebietes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 unter fremde Verwaltung gestellt, die dort seit 700 Jahren lebenden Deutschen wurden auch enteignet und massenhaft vertrieben. Dies ist ein beispielloses Verbrechen, das nach den Studien des Bundesarchivs, des Statistischen Bundesamtes und des Bundes der Vertriebenen mehr als zwei Millionen Menschen das Leben kostete - und Traumata und unheilbare Wunden bei den Überlebenden hinterließ.

Im Bundesarchiv lagern abertausende Erlebnisberichte von Vertriebenen, darunter viele von Nachkommen der Ermordeten und von Frauen, die vergewaltigt worden waren. Diese enorme Dokumentation, die in den späten 1940er und in den 1950er Jahren zusammengetragen und von Archivaren in Auswertungsbögen erfaßt wurde, ist bisher von deutschen und ausländischen Historikern nur zum Teil ausgewertet worden."

"Besonders verlustreich waren die Vertreibungen durch polnische Behörden, die sich keinesfalls in keiner Weise an die Bedingungen des Potsdamer Abkommens Kommunikés einhielten", so de Zayas. "Nach Artikel IX des Potsdamer Kommunikés vom 2. August 1945 wur-

den die deutschen Ostprovinzen nur unter polnische 'Verwaltung' gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen 'in geordneter und humaner' Weise ... übergesiedelt werden." Statt dessen begingen Polen und die anderen Vertreiberstaaten eines der monströsesten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.

Kein Geringerer als Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) prangerte dieses Menschheitsverbrechen am 23. März 1949 in einer Rede in Bern in deutlichen Worten an:

"Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. Sechs Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben. ...

Die Austreibung dieser 13 bis 14 Millionen aus ihrer Heimat, die ihre Vorfahren zum Teil schon seit Hunderten von Jahren bewohnt haben, hat unendliches Elend mit sich gebracht. Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den deutschen Nationalsozialisten verübten Untaten würdig an die Seite stellen."

3. Der Raub der deutschen Ostgebiete

Man kann es nur als dreist bezeichnet werden, daß in dem Papier, mit dem die Regierung in Warschau ihre Reparationsforderungen in Höhe von 1,3 Billionen Euro legitimieren will, die Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und das südliche Ostpreußen - also jene deutschen Ostgebiete, die sich Polen nach 1945 einverleibte - mit keiner Silbe erwähnt werden. Die Annexion von gut einem Fünftel des Reichsgebiets von 1937 soll also keinerlei Wert besessen haben? Weder die Kohlebergwerke in Schlesien noch die Seen und Wälder Ostpreußens noch die hunderttausenden von Fabriken und Immobilien, die man in Besitz nehmen konnte?

In COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" haben wir dazu berechnet:

"Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen. Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind.

Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Wofür also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat."

Tatsächlich war eine Abtretung dieser Gebiete laut dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 nicht vorgesehen, und alle deutschen Bundesregierungen bis zur sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt (SPD) dachten nicht im Traum daran, den Polen Ostdeutschland zu überlassen. Dennoch setzten schon im Zuge der Vertreibung umfassende Polonisierungsmaßnahmen in Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und dem südlichen Ostpreußen ein.

Die Preisgabe der deutschen Ostgebiete durch den sogenannten Zwei-plus-vier-Vertrag 1990 geschah dann unter massivem Druck der Siegermächte, wie der Staatsrechtler Michael A. Hartenstein in seinem Buch "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" hervorhebt, wenn er schreibt:

"Dieser Druck läßt sich anhand einiger öffentlicher Aussagen führender westlicher Politiker zwischen dem Fall der Mauer und dem Abschluß der Zwei-plus-vier-Konferenz am 12. September 1990 mehrfach nachweisen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ durch ihren Außenminister Baker klarstellen, daß sie von den gegenwärtigen Grenzen, innerhalb derer

Deutschland sich vereinigen solle, ausgehe, und daß man sich an die Sprachregelung der 'Schlußakte von Helsinki' halten sollte, 'die davon ausgeht, daß die Grenzen in Europa unverletzlich sind und nur mit friedlichen Mitteln verändert werden sollten'. Dies war im Wesentlichen auch die Position der Regierung Großbritanniens.

Frankreich ging über die Position der Vereinigten Staaten hinaus und verlangte über die Bestätigung der 'Unverletzlichkeit' der deutsch-polnischen Grenze eine Bestätigung der 'Unantastbarkeit' dieser Grenze, das heißt, 'daß man sie nicht mehr verändern kann', eine Position, die gegenüber den Bestimmungen der von US-Außenminister Baker genannten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Westeuropa von Helsinki von 1976 eine diskriminierende Sonderbehandlung für Deutschland vorsah."

Wo sind also die "historischen Lügen", die wir mit COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" angeblich verbreiten? Das genaue Gegenteil ist richtig: Wir bringen historische Wahrheiten - unterfüttert mit akribisch recherchierten Fakten und Quellen - aufs Tapet, die Polen natürlich unangenehm sind, aber nichtsdestotrotz endlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen.

Und die drei hier aufgelisteten Wahrheiten sind nur ein Bruchteil von dem, was sie in unserer Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" erfahren.

Wenn die Bundesregierung zu den unverschämten Reparationsforderungen keine passende Antwort an Warschau parat hat, dann müssen wir diese eben liefern.<<

09.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2023:

>>Bomber-Harris: Der Schlächter von Dresden

Von *Lars Poelz*

Im Zweiten Weltkrieg rückten zunehmend Städte in den Mittelpunkt von Luftangriffen, wobei es sich zunächst nur um kriegswichtige Ziele handelte. Doch mit ihrem "Moral Bombing" änderte die Royal Air Force bald ihre Strategie. Der Kopf dahinter: Luftmarschall Arthur Harris.

...

Nach der Luftschlacht um England 1941 änderten die Briten ihre Bombenkriegsstrategie, was für die Deutschen fürchterliche Auswirkungen hatte. So gelangten ab 1942 nicht nur mehr militärische Objekte in den Fokus, sondern zunehmend die Zivilbevölkerung.

Die Idee dazu kam von dem frisch gebackenen Luftmarschall Arthur Harris. Sein Plan war es, bei Nachtflügen die deutsche Bevölkerung zu demoralisieren - das sogenannte Moral Bombing. Dazu war ihm der bloße Einsatz von Brandbomben zu wenig. In einer Mitteilung an das Luftfahrtministerium kritisierte er:

"Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen, aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (das heißt psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm. Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrecken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben."

Harris' Taktik für den Bombenkrieg war für die Besatzungen der eigenen Flugzeuge verlustreich. Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (englisch für Schlächter) genannt.

Mitteldeutsche Städte im Visier

Nach den Luftangriffen auf westdeutsche Städte wie Köln (1942 mit 469 Toten) oder Hamburg (1943 mit 43.000 Todesopfern) wurden ab 1945 mitteldeutsche Städte wie Dresden zu bevorzugten Angriffszielen. Hintergrund für die Planung dieser Luftschläge waren die sowje-

tischen Erfolge. Aufgrund der bevorstehenden Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) stellte Churchill Überlegungen an, wie er Stalin durch Luftangriffe beeindrucken könne, nachdem die Ardennenoffensive den Alliierten einen empfindlichen Schlag versetzte.

Der britische Premier erkundigte sich am Abend des 25. Januar bei Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair über die Pläne der Royal Air Force. Nach Rücksprache mit Air Chief Marshall Charles Portal antwortete Sinclair am 26. Januar ausweichend, daß man prüfen werde, wie der deutsche Rückzug von Breslau gestört werden könne.

Daraufhin telegrafierte Churchill: "Ich habe Sie gestern nicht nach Plänen gefragt, wie der deutsche Rückzug aus Breslau gestört werden könnte. Im Gegenteil, ich habe gefragt, ob Berlin und zweifellos auch andere große Städte in Ostdeutschland jetzt nicht als besonders lohnende Ziele angesehen werden könnten. Ich freue mich, daß dies jetzt 'geprüft' wird. Teilen Sie mir bitte morgen mit, was man zu tun gedenkt."

Portal gab trotz einiger Zweifel nach und räumte ein, daß Angriffe auch gegen Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz und andere Städte durchgeführt werden müßten. An der Großangriffsserie war die United States Army Air Forces beteiligt.

Für die bisherigen Angriffe gab es spezielle Zielkarten, in denen die Stadtgebiete, Gewässer und freien Flächen unterschieden waren. Außerdem waren Flakstellungen, Flugplätze, Tarn- oder Scheinanlagen eingezeichnet. Derartige Zielkarten existierten für Dresden allerdings noch nicht.

Air Marshall Sir Robert Saundby, Harris' Stellvertreter, und Brigadegeneral Harold V. Satterley machten darauf aufmerksam, daß es ein Beweis dafür sei, daß Harris nicht beabsichtige, Dresden anzugreifen und zu zerstören. Doch das entspricht dies nicht den Tatsachen, es sei denn, die 8. US-Luftflotte hätte ihre Aufklärungsfotos der RAF nicht zugänglich gemacht. Vier amerikanische Aufklärungsfotos von Dresden sind inzwischen veröffentlicht worden. Aufgenommen wurden sie am 17. April 1942, 1943 und 1944 ohne weitere Angabe, und am 7. Oktober 1944 zugleich mit dem Tagesangriff auf Dresden-Friedrichstadt und Löbtau.

In seinen Erinnerungen schreibt Harris: "Der Angriff auf Dresden wurde seinerzeit von Leuten, die viel wichtiger waren als ich, für militärisch notwendig gehalten."

Harris sah sich aber bestätigt. Es blieb bei seiner Taktik, die Moral der deutschen Bevölkerung durch schwere Bombardements der Innenstädte zu treffen, und Luftmarschall Saundby schrieb: "Unsere Aufgabe bestand darin, die Befehle nach besten Kräften auszuführen."

Man belehrte den Masterbomber des ersten Angriffs, Maurice Smith, daß "die Zerstörung einer bis dahin heil gebliebenen Stadt dieser Art eine bedeutende Wirkung auf die Russen haben würde". Die Angriffe auf Dresden waren also beschlossene Sache. Das Wetter setzte voraus, wann der Angriff startet, denn davon hing der Erfolg ab. Durch die Flächenbombardements der über 160 Städte und 850 Gemeinden mußten mindestens 600.000 Menschen ihr Leben lassen.<<

Belgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2023:

>>**EU: Aufstand gegen deutschen Asyl-Irrsinn**

Von *Sven Reuth*

Die wahnwitzige deutsche Asyl-Politik der offenen Grenzen verschreckt mittlerweile den Rest Europas. Nun haben sich anlässlich des laufenden EU-Gipfels in Brüssel acht EU-Regierungschefs zu Wort gemeldet. Deutschland versinkt derweil weiter im Multikulti-Chaos. Aus Sicht vieler EU-Staaten ist das Maß nun endgültig voll.

Egal ob unter einer Kanzlerin Angela Merkel oder einem Kanzler Olaf Scholz - Deutschland verfolgt eine für den gesamten Kontinent selbstmörderische Politik der offenen Grenzen. Diese sorgt in ganz Europa für einen Verfall der inneren Sicherheit, für astronomische Kosten - und leider auch für den Verlust vieler Menschenleben, die bei den zahlreichen Tötungsdelikten der Zugewanderten verlorengelassen werden.

"Leere Worthülsen reichen nicht"

So äußerte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) gegenüber der Welt: "Leere Worthülsen werden nicht ausreichen. Es braucht endlich ein klares und deutliches Bekenntnis zur Verstärkung des Außengrenzschutzes und zum Einsatz entsprechender finanzieller Mittel aus dem EU-Budget dafür, sonst wird Österreich die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates nicht mittragen können."

Nehammer ist dabei nur der Sprecher einer breiter aufgestellten Gruppe von EU-Staaten, die endlich Änderungen in der Asylpolitik einfordern, die zwar seit Jahren angekündigt, dann aber immer wieder von Berlin sabotiert werden. So wandten sich vor dem Brüsseler Gipfel in einem Schreiben acht EU-Regierungschefs an die EU-Spitze in Brüssel.

Es handelte sich um die Ministerpräsidenten von Österreich, Litauen, Lettland, Estland, Dänemark, Griechenland, der Slowakei und Malta. Sie äußerten: "Unserer Meinung nach ist das aktuelle Asylsystem kaputt und es profitieren vor allem zynische Menschenschmuggler, die aus dem Unglück von Frauen, Männern und Kindern ihren Vorteil ziehen."

Neue Asyl-Rekordzahlen

Klare und überfällige Worte, bei denen aber leider zu befürchten ist, daß man in Berlin einmal mehr die Ohren auf Durchzug stellt. Der Problemdruck aber wächst. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der illegalen Grenzübertritte an der EU-Außengrenze auf über 330.000 und damit auf den höchsten Stand seit 2016 geschnellt. Die Zahl der Asylanträge stieg im Vergleich zum Vorjahr um 51 Prozent auf 954.000 an.

Die deutsche Regierung verhält sich in der Frage eines eigentlich notwendigen Grenzschutzes schon seit über einem Jahrzehnt hinhaltend. Immer wieder spricht man von einem Abschluß von Rücknahmeabkommen mit den Ländern, aus denen die Migranten kommen. Doch auch auf diesem Feld passiert so gut wie überhaupt nichts. So wurden die letzten Rücknahmeabkommen 2020 mit Weißrußland und 2014 mit den Kapverden geschlossen.

Weil auf dieser Ebene also kaum Fortschritte erzielt wurden, erhält die Idee eines EU-Grenzzauns immer mehr Zustimmung. Vor zwei Wochen besuchten der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer und der bulgarische Präsident Rumen Radew gemeinsam den Grenzzaun an der türkisch-bulgarischen Grenze. Nehammer forderte die EU, den Bulgaren die Kosten in Höhe von zwei Milliarden Euro für den Grenzzaun zurückzuerstatten.

"Barrieren zum Schutz der Außengrenze notwendig"

Nehammer hat seine Forderungen mittlerweile sogar noch ausgeweitet. In einem gestern veröffentlichten Interview mit der Bild forderte er als erster EU-Regierungschef sogar die Errichtung eines Grenzzauns über die gesamte EU-Außengrenze hinweg.

Wörtlich sagte der österreichische Bundeskanzler: "Physische Infrastruktur und Barrieren sind notwendig, um diese Außengrenzen zu schützen."

Leider muß man mittlerweile feststellen, daß die Migrationspolitik der EU durchaus zielführend sein könnte, wenn Deutschland nicht wäre. Nirgendwo sonst auf der Welt scheint die gefährliche Utopie zu herrschen, man könne auf jeglichen Grenzschutz verzichten. Dies bezeichnete selbst der frühere bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) einmal als "Herrschaft des Unrechts", ohne dann an diesen Zuständen zu ändern, als er selbst Bundesinnenminister wurde. Die Ära einer atemberaubend hohen Migration scheint noch nicht zu Ende zu sein.<<

USA: Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 9. Februar 2023 (x1.264/...):

>>Der Scoop des Jahres: Reporter-Legende Seymour Hersh macht die USA und Norwegen für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines verantwortlich

Es war eigentlich nur eine Frage der Zeit. Alle Indizien über die Täterschaft bei der Sprengung der Ostseepipelines Nord Stream 1 und 2 sprachen seit Beginn eine recht klare Sprache - nur die USA hatten sowohl ein klares Motiv als auch die Mittel und die Ruchlosigkeit für eine

derartige "Kriegshandlung". Doch seitdem herrschte sowohl in der Politik als auch bei den Medien dies- und jenseits des Atlantiks bleiernes Schweigen.

Nun hat Reporter-Legende Seymour Hersh das Schweigen gebrochen und eine aufsehenerregende Reportage geschrieben, in der er die USA und Norwegen für den Anschlag verantwortlich macht. Dabei greift Hersh auch auf Erkenntnisse zurück, die auch die NachDenkSeiten bereits sehr früh thematisiert haben. Hersh ist nicht irgendwer, sondern der wohl renommierteste Investigativ-Journalist überhaupt - der Mann, der unter anderem die Kriegsverbrechen von My Lay und Abu-Ghuraib aufdeckte. Die NachDenkSeiten haben Hershs Reportage automatisiert ins Deutsche übersetzt.

Wie Amerika die Nord Stream-Pipeline ausgeschaltet hat

Die New York Times nannte es ein "Mysterium", aber die Vereinigten Staaten führten eine verdeckte Seeoperation durch, die geheimgehalten wurde - bis jetzt.

Von *Seymour Hersh*.

Das Tauch- und Bergungszentrum der US-Marine befindet sich an einem Ort, der so obskur ist wie sein Name - an einem ehemaligen Feldweg im ländlichen Panama City, einer heute boomenden Urlaubsstadt im südwestlichen Panhandle von Florida, 70 Meilen südlich der Grenze zu Alabama. Der Komplex des Zentrums ist so unscheinbar wie sein Standort - ein trister Betonbau aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, der an eine Berufsschule im Westen Chicagos erinnert. Auf der anderen Seite der heute vierspurigen Straße befinden sich ein Münzwaschsalon und eine Tanzschule.

Das Zentrum bildet seit Jahrzehnten hochqualifizierte Tiefseetaucher aus, die einst amerikanischen Militäreinheiten auf der ganzen Welt zugeteilt waren. Sie sind in der Lage, technische Tauchgänge durchzuführen, um sowohl das Gute zu tun - C4-Sprengstoff zu verwenden, um Häfen und Strände von Trümmern und nicht explodierten Sprengkörpern zu befreien - als auch das Schlechte, wie das Sprengen ausländischer Ölplattformen, das Verschmutzen von Einlaßventilen für Unterwasserkraftwerke und die Zerstörung von Schleusen an wichtigen Schifffahrtskanälen.

Das Zentrum in Panama City, das über das zweitgrößte Hallenbad Amerikas verfügt, war der perfekte Ort, um die besten und wortkargsten Absolventen der Tauchschule zu rekrutieren, die im vergangenen Sommer erfolgreich das taten, wozu sie 260 Fuß unter der Oberfläche der Ostsee befugt gewesen waren.

Im vergangenen Juni brachten die Marinetaucher im Rahmen einer weithin bekannten NATO-Sommerübung namens BALTOPS 22 die fernausgelösten Sprengsätze an, die drei Monate später drei der vier Nord-Stream-Pipelines zerstörten, so eine Quelle mit direkter Kenntnis der Einsatzplanung.

Zwei der Pipelines, die unter dem Namen Nord Stream 1 bekannt sind, versorgen Deutschland und weite Teile Westeuropas seit mehr als einem Jahrzehnt mit billigem russischen Erdgas. Ein zweites Paar von Pipelines, Nord Stream 2 genannt, wurde bereits gebaut, war aber noch nicht in Betrieb. Nun, da sich russische Truppen an der ukrainischen Grenze sammeln und der blutigste Krieg in Europa seit 1945 droht, sah Präsident Joseph Biden in den Pipelines ein Vehikel für Wladimir Putin, um Erdgas für seine politischen und territorialen Ambitionen zu instrumentalisieren.

Adrienne Watson, eine Sprecherin des Weißen Hauses, erklärte in einer E-Mail: "Das ist falsch und frei erfunden." Tammy Thorp, eine Sprecherin des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency, schrieb ebenfalls: "Diese Behauptung ist komplett und völlig falsch."

Bidens Entscheidung, die Pipelines zu sabotieren, kam nach mehr als neun Monaten streng geheimer Debatten innerhalb der nationalen Sicherheitsgemeinschaft in Washington darüber, wie dieses Ziel am besten zu erreichen sei. Die meiste Zeit über ging es nicht um die Frage, ob die Mission durchgeführt werden sollte, sondern darum, wie sie durchgeführt werden konnte,

ohne daß offenkundig war, wer dafür verantwortlich war.

Es gab einen wichtigen bürokratischen Grund, sich auf die Absolventen der Tauchschule des Zentrums in Panama City zu verlassen. Die Taucher gehörten ausschließlich der Marine an und nicht dem amerikanischen Kommando für Sondereinsätze, dessen verdeckte Operationen dem Kongreß gemeldet und der Führung des Senats und des Repräsentantenhauses - der so genannten Gang of Eight - im Voraus mitgeteilt werden müssen. Die Biden-Administration tat alles, um undichte Stellen zu vermeiden, da die Planung Ende 2021 und in den ersten Monaten des Jahres 2022 stattfand.

Präsident Biden und sein außenpolitisches Team - der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan, Außenminister Tony Blinken und Victoria Nuland, die Unterstaatssekretärin für Politik - hatten sich klar und deutlich gegen die beiden Pipelines ausgesprochen, die von zwei verschiedenen Häfen im Nordosten Rußlands nahe der estnischen Grenze Seite an Seite 750 Meilen unter der Ostsee hindurch verlaufen und in der Nähe der dänischen Insel Bornholm enden, bevor sie in Norddeutschland enden.

Die direkte Route, die den Transit durch die Ukraine umging, war ein Segen für die deutsche Wirtschaft, die in den Genuß eines Überflusses an billigem russischen Erdgas kam - genug, um ihre Fabriken zu betreiben und ihre Häuser zu heizen, während die deutschen Verteilerunternehmen überschüssiges Gas mit Gewinn in ganz Westeuropa verkaufen konnten. Maßnahmen, die auf die Regierung zurückgeführt werden könnten, würden gegen das Versprechen der USA verstoßen, den direkten Konflikt mit Rußland zu minimieren. Geheimhaltung war unerlässlich.

Von Anfang an wurde Nord Stream 1 von Washington und seinen antirussischen NATO-Partnern als Bedrohung der westlichen Vorherrschaft angesehen. Die dahinterstehende Holdinggesellschaft, die Nord Stream AG, wurde 2005 in der Schweiz in Partnerschaft mit Gazprom gegründet. Gazprom ist ein börsennotiertes russisches Unternehmen, das enorme Gewinne für seine Aktionäre erwirtschaftet und von Oligarchen beherrscht wird, von denen bekannt ist, daß sie im Bannkreis Putins stehen.

Gazprom kontrollierte 51 Prozent des Unternehmens, während sich vier europäische Energieunternehmen - eines in Frankreich, eines in den Niederlanden und zwei in Deutschland - die restlichen 49 Prozent der Aktien teilten und das Recht hatten, den nachgelagerten Verkauf des preiswerten Erdgases an lokale Verteiler in Deutschland und Westeuropa zu kontrollieren. Die Gewinne von Gazprom wurden mit der russischen Regierung geteilt, und die staatlichen Gas- und Öleinnahmen machten in manchen Jahren schätzungsweise bis zu 45 Prozent des russischen Haushalts aus.

Die politischen Befürchtungen der Amerikaner waren real: Putin würde nun über eine zusätzliche und dringend benötigte wichtige Einnahmequelle verfügen, und Deutschland und das übrige Westeuropa würden von preiswertem, von Rußland geliefertem Erdgas abhängig werden - und gleichzeitig die Abhängigkeit Europas von Amerika verringern. Tatsächlich ist genau das passiert.

Viele Deutsche sahen Nord Stream 1 als Teil der Befreiung in Gestalt der berühmten Ostpolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, die es dem Nachkriegsdeutschland ermöglicht hatte, sich selbst und andere europäische Nationen, die im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren, zu rehabilitieren, indem es unter anderem billiges russisches Gas als Treibstoff für einen florierenden westeuropäischen Markt und eine florierende Handelswirtschaft nutzen würde.

Nord Stream 1 war nach Ansicht der NATO und Washingtons schon gefährlich genug, aber Nord Stream 2, dessen Bau im September 2021 abgeschlossen wurde, würde, wenn die deutschen Aufsichtsbehörden zustimmen, die Menge an billigem Gas verdoppeln, die Deutschland und Westeuropa zur Verfügung stehen würde. Die zweite Pipeline würde außerdem genug

Gas für mehr als 50 Prozent des jährlichen Verbrauchs in Deutschland liefern. Die Spannungen zwischen Rußland und der NATO eskalierten ständig, unterstützt durch die aggressive Außenpolitik der Biden-Administration.

Der Widerstand gegen Nord Stream 2 flammte am Vorabend der Amtseinführung Bidens im Januar 2021 auf, als die Republikaner im Senat, angeführt von Ted Cruz aus Texas, während der Anhörung zur Bestätigung Blinkens als Außenminister wiederholt die politische Bedrohung durch billiges russisches Erdgas ansprachen. Bis dahin hatte ein vereinigter Senat erfolgreich ein Gesetz verabschiedet, das, wie Cruz zu Blinken sagte, "(die Pipeline) in ihrem Lauf aufhielt". Die deutsche Regierung, die damals von Angela Merkel geführt wurde, übte enormen politischen und wirtschaftlichen Druck aus, um die zweite Pipeline in Betrieb zu nehmen.

Würde Biden den Deutschen die Stirn bieten? Blinken bejahte dies, fügte aber hinzu, daß er die Ansichten des neuen Präsidenten nicht im Einzelnen erörtert habe. "Ich kenne seine feste Überzeugung, daß Nord Stream 2 eine schlechte Idee ist", sagte er. "Ich weiß, daß er möchte, daß wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um unsere Freunde und Partner, einschließlich Deutschland, davon zu überzeugen, das Projekt nicht voranzutreiben.

Ein paar Monate später, als der Bau der zweiten Pipeline kurz vor der Fertigstellung stand, lenkte Biden ein. Im Mai dieses Jahres verzichtete die Regierung in einer erstaunlichen Kehrtwende auf Sanktionen gegen die Nord Stream AG, wobei ein Beamter des Außenministeriums einräumte, daß der Versuch, die Pipeline durch Sanktionen und Diplomatie zu stoppen, "schon immer aussichtslos" gewesen sei. Hinter den Kulissen drängten Beamte der Regierung Berichten zufolge den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelensky, der zu diesem Zeitpunkt von einer russischen Invasion bedroht war, dazu, den Schritt nicht zu kritisieren.

Das hatte unmittelbare Folgen. Die Republikaner im Senat, angeführt von Cruz, kündigten eine sofortige Blockade aller von Biden nominierten Kandidaten für die Außenpolitik an und verzögerten die Verabschiedung des jährlichen Verteidigungsgesetzes über Monate hinweg bis tief in den Herbst hinein. Politico bezeichnete Bidens Kehrtwende in Bezug auf die zweite russische Pipeline später als "die einzige Entscheidung, die Bidens Agenda gefährdet hat, wohl noch mehr als der chaotische militärische Rückzug aus Afghanistan".

Die Regierung geriet ins Trudeln, obwohl sie Mitte November einen Aufschub in der Krise erhielt, als die deutschen Energieregulierungsbehörden die Genehmigung für die zweite Nord Stream-Pipeline aussetzten. Die Erdgaspreise stiegen innerhalb weniger Tage um 8 %, da in Deutschland und Europa die Befürchtung wuchs, daß die Aussetzung der Pipeline und die wachsende Möglichkeit eines Krieges zwischen Rußland und der Ukraine zu einem sehr unerwünschten kalten Winter führen würden.

In Washington war nicht klar, wo Olaf Scholz, der neu ernannte deutsche Bundeskanzler, steht. Monate zuvor, nach dem Fall Afghanistans, hatte Scholz in einer Rede in Prag öffentlich die Forderung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron nach einer eigenständigeren europäischen Außenpolitik unterstützt - ein klarer Hinweis darauf, daß man sich weniger auf Washington und dessen wechselhaftes Handeln verlassen sollte.

Währenddessen wurden die russischen Truppen an den Grenzen der Ukraine stetig und bedrohlich aufgestockt, und Ende Dezember waren mehr als 100.000 Soldaten in der Lage, von Weißrußland und der Krim aus zuzuschlagen. In Washington wuchs die Besorgnis, und Blinken schätzte ein, daß diese Truppenstärke "in kurzer Zeit verdoppelt werden könnte".

Die Aufmerksamkeit der Regierung richtete sich wieder einmal auf Nord Stream. Solange Europa von den Pipelines für billiges Erdgas abhängig blieb, befürchtete Washington, daß Länder wie Deutschland zögern würden, die Ukraine mit dem Geld und den Waffen zu versorgen, die sie brauchte, um Rußland zu besiegen.

In diesem unruhigen Moment beauftragte Biden Jake Sullivan, eine behördenübergreifende

Gruppe zusammenzustellen, die einen Plan ausarbeiten sollte.

Alle Optionen sollten auf den Tisch gelegt werden. Aber nur eine würde sich durchsetzen.

PLANUNG

Im Dezember 2021, zwei Monate bevor die ersten russischen Panzer in die Ukraine rollten, berief Jake Sullivan eine Sitzung einer neu gebildeten Arbeitsgruppe ein - Männer und Frauen aus den Stabschefs, der CIA, dem Außen- und dem Finanzministerium - und bat um Empfehlungen, wie man auf Putins bevorstehende Invasion reagieren sollte.

Es war das erste einer Reihe von streng geheimen Treffen in einem sicheren Raum im obersten Stockwerk des Old Executive Office Building, das an das Weiße Haus angrenzt und in dem auch das President's Foreign Intelligence Advisory Board (PFIAB) untergebracht war. Es gab das übliche hin- und her Gerede, das schließlich zu einer entscheidenden Vorfrage führte: Würde die Empfehlung, die die Gruppe dem Präsidenten übermittelte, reversibel sein - wie eine weitere Schicht von Sanktionen und Devisenbeschränkungen - oder irreversibel - d.h. kinetische Aktionen, die nicht rückgängig gemacht werden könnten?

Laut der Quelle mit direkter Kenntnis des Prozesses wurde den Teilnehmern klar, daß Sullivan beabsichtigte, daß die Gruppe einen Plan für die Zerstörung der beiden Nord-Stream-Pipelines ausarbeiten sollte - und daß er den Wünschen des Präsidenten nachkam.

In den nächsten Sitzungen erörterten die Teilnehmer Optionen für einen Angriff. Die Marine schlug vor, ein neu in Dienst gestelltes U-Boot einzusetzen, um die Pipeline direkt anzugreifen. Die Air Force diskutierte den Abwurf von Bomben mit verzögertem Zünder, die aus der Ferne gezündet werden könnten. Die CIA vertrat die Ansicht, daß der Angriff in jedem Fall verdeckt erfolgen müsse. Allen Beteiligten war klar, was auf dem Spiel stand. "Das ist kein Kinderkram", sagte die Quelle. Wenn der Angriff auf die Vereinigten Staaten zurückgeführt werden könnte, "wäre das eine Kriegshandlung".

Zu dieser Zeit wurde die CIA von William Burns geleitet, einem sanftmütigen ehemaligen Botschafter in Rußland, der als stellvertretender Außenminister in der Obama-Regierung gedient hatte. Burns ermächtigte rasch eine Arbeitsgruppe der Agentur, zu deren Ad-hoc-Mitgliedern zufällig jemand gehörte, der mit den Fähigkeiten der Tiefseetaucher der Marine in Panama City vertraut war. In den nächsten Wochen begannen die Mitglieder der CIA-Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Plans für eine verdeckte Operation, bei der Tiefseetaucher eingesetzt werden sollten, um eine Explosion entlang der Pipeline auszulösen.

So etwas war schon einmal gemacht worden. Im Jahr 1971 erfuhr der amerikanische Geheimdienst aus noch unbekanntem Quellen, daß zwei wichtige Einheiten der russischen Marine über ein im Ochotskischen Meer an der russischen Fernostküste verlegtes Unterseekabel miteinander kommunizierten. Das Kabel verband ein regionales Marinekommando mit dem Hauptquartier auf dem Festland in Wladiwostok.

Ein handverlesenes Team von Mitarbeitern des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency und der National Security Agency (NSA) wurde irgendwo im Großraum Washington zusammengetrommelt und arbeitete unter Einsatz von Marinetauchern, umgebauten U-Booten und einem Tiefsee-Rettungsfahrzeug einen Plan aus, mit dem es nach vielen Versuchen und Irrtümern gelang, das russische Kabel zu lokalisieren. Die Taucher brachten ein ausgeklügeltes Abhörgerät auf dem Kabel an, das den russischen Datenverkehr erfolgreich abfing und mit einem Abhörsystem aufzeichnete.

Die NSA erfuhr, daß hochrangige russische Marineoffiziere, die von der Sicherheit ihrer Kommunikationsverbindung überzeugt waren, ohne Verschlüsselung mit ihren Kollegen plauderten. Das Aufzeichnungsgerät und das dazugehörige Band mußten monatlich ausgetauscht werden, und das Projekt lief ein Jahrzehnt lang munter weiter, bis es von einem vierundvierzigjährigen zivilen NSA-Techniker namens Ronald Pelton, der fließend Russisch sprach, aufgefliegen wurde.

Pelton wurde 1985 von einem russischen Überläufer verraten und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die Russen zahlten ihm nur 5.000 Dollar für seine Enthüllungen über die Operation sowie 35.000 Dollar für andere russische Betriebsdaten, die er zur Verfügung stellte und die nie veröffentlicht wurden.

Dieser Unterwassererfolg mit dem Codenamen Ivy Bells war innovativ und riskant und lieferte unschätzbare Erkenntnisse über die Absichten und Planungen der russischen Marine.

Dennoch war die behördenübergreifende Gruppe anfangs skeptisch, was die Begeisterung der CIA für einen verdeckten Tiefseeangriff betraf. Es gab zu viele unbeantwortete Fragen. Die Gewässer der Ostsee wurden von der russischen Marine stark patrouilliert, und es gab keine Ölplattformen, die als Deckung für eine Tauchoperation genutzt werden konnten. Müßten die Taucher nach Estland fahren, direkt über die Grenze zu den russischen Erdgasverladedocks, um für den Einsatz zu trainieren? "Das wäre ein Ziegenfick", wurde der Agentur gesagt.

Während "all dieser Planungen", so die Quelle, "sagten einige Mitarbeiter der CIA und des Außenministeriums: 'Macht das nicht. Es ist dumm und wird ein politischer Albtraum sein, wenn es herauskommt.'"

Dennoch berichtete die CIA-Arbeitsgruppe Anfang 2022 an Sullivans behördenübergreifende Gruppe: "Wir haben eine Möglichkeit, die Pipelines zu sprengen."

Was dann kam, war verblüffend. Am 7. Februar, weniger als drei Wochen vor der scheinbar unvermeidlichen russischen Invasion in der Ukraine, traf Biden in seinem Büro im Weißen Haus mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz zusammen, der nach einigem Wackeln nun fest auf der Seite der Amerikaner stand. Bei der anschließenden Pressekonferenz sagte Biden trotzig: "Wenn Rußland einmarschiert ... wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen."

Zwanzig Tage zuvor hatte Staatssekretärin Nuland bei einem Briefing des Außenministeriums im Wesentlichen dieselbe Botschaft verkündet, ohne daß die Presse darüber berichtet hätte. "Ich möchte Ihnen heute ganz klar sagen", antwortete sie auf eine Frage. "Wenn Rußland in die Ukraine einmarschiert, wird Nord Stream 2 so oder so nicht vorankommen."

Mehrere an der Planung der Pipeline beteiligte Personen zeigten sich bestürzt über die ihrer Meinung nach indirekten Anspielungen auf den Angriff.

"Es war, als würde man eine Atombombe in Tokio auf den Boden legen und den Japanern sagen, daß wir sie zünden werden", sagte die Quelle. "Der Plan sah vor, daß die Optionen nach der Invasion ausgeführt und nicht öffentlich bekannt gegeben werden sollten. Biden hat es einfach nicht kapiert oder ignoriert."

Bidens und Nulands Indiskretion, wenn es denn so war, könnte einige der Planer frustriert haben. Aber sie schuf auch eine Gelegenheit. Der Quelle zufolge waren einige hochrangige CIA-Beamte der Ansicht, daß die Sprengung der Pipeline "nicht länger als verdeckte Option betrachtet werden konnte, weil der Präsident gerade bekannt gegeben hatte, daß wir wüßten, wie man es macht".

Der Plan, Nord Stream 1 und 2 zu sprengen, wurde plötzlich von einer verdeckten Operation, die eine Unterrichtung des Kongresses erforderte, zu einer als streng geheim eingestuftem Geheimdienstoperation mit militärischer Unterstützung der USA herabgestuft. Nach dem Gesetz, so die Quelle, "gab es keine rechtliche Verpflichtung mehr, den Kongreß über die Operation zu informieren. Alles, was sie jetzt tun mußten, war, es einfach zu tun - aber es mußte immer noch geheim sein. Die Russen haben eine hervorragende Überwachung der Ostsee".

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe der Agentur hatten keinen direkten Kontakt zum Weißen Haus und wollten unbedingt herausfinden, ob der Präsident es ernst meinte, was er gesagt hatte, d.h. ob die Mission nun genehmigt war. Die Quelle erinnerte sich: "Bill Burns kam zurück und sagte: 'Tun Sie es'".

DIE OPERATION

Norwegen war der perfekte Ort für die Mission.

In den letzten Jahren der Ost-West-Krise hat das US-Militär seine Präsenz in Norwegen, dessen westliche Grenze 1.400 Meilen entlang des Nordatlantiks verläuft und oberhalb des Polarkreises mit Rußland zusammentrifft, stark ausgebaut. Das Pentagon hat - trotz einiger lokaler Kontroversen - hoch bezahlte Arbeitsplätze und Verträge geschaffen, indem es Hunderte von Millionen Dollar in die Modernisierung und den Ausbau von Einrichtungen der amerikanischen Marine und Luftwaffe in Norwegen investiert hat.

Zu den neuen Arbeiten gehörte vor allem ein fortschrittliches Radar mit synthetischer Apertur weit im Norden, das tief in Rußland eindringen kann und gerade zu dem Zeitpunkt in Betrieb genommen wurde, als die amerikanischen Geheimdienste den Zugang zu einer Reihe von Langstrecken-Abhörstationen in China verloren.

Ein neu eingerichteter amerikanischer U-Boot-Stützpunkt, der seit Jahren im Bau war, wurde in Betrieb genommen, und mehr amerikanische U-Boote konnten nun eng mit ihren norwegischen Kollegen zusammenarbeiten, um eine große russische Nuklearstation 250 Meilen östlich auf der Halbinsel Kola zu überwachen und auszuspionieren. Die Amerikaner haben außerdem einen norwegischen Luftwaffenstützpunkt im Norden erheblich ausgebaut und der norwegischen Luftwaffe eine Flotte von Boeing-Poseidon-Patrouillenflugzeugen zur Verfügung gestellt, um die Langstrecken-Spionage gegen Rußland zu verstärken.

Im Gegenzug verärgerte die norwegische Regierung im November letzten Jahres die Liberalen und einige gemäßigte Abgeordnete im Parlament mit der Verabschiedung des ergänzenden Abkommens über die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (SDCA). Das neue Abkommen sieht vor, daß die US-Justiz in bestimmten "vereinbarten Gebieten" im Norden für amerikanische Soldaten zuständig ist, die außerhalb des Stützpunktes eines Verbrechens beschuldigt werden, sowie für norwegische Bürger, die beschuldigt oder verdächtigt werden, die Arbeit auf dem Stützpunkt zu stören.

Norwegen gehörte zu den Erstunterzeichnern des NATO-Vertrags im Jahr 1949, in den Anfängen des Kalten Krieges. Heute ist der Oberbefehlshaber der NATO, Jens Stoltenberg, ein überzeugter Antikommunist, der acht Jahre lang norwegischer Ministerpräsident war, bevor er 2014 mit amerikanischer Unterstützung auf seinen hohen NATO-Posten wechselte. Er war ein Hardliner in Sachen Putin und Rußland und hatte seit dem Vietnamkrieg mit den amerikanischen Geheimdiensten zusammengearbeitet. Seitdem genießt er volles Vertrauen. "Er ist der Handschuh, der in die amerikanische Hand paßt", sagte die Quelle.

Zurück in Washington wußten die Planer, daß sie nach Norwegen gehen mußten. "Sie Haßten die Russen, und die norwegische Marine war voller hervorragender Seeleute und Taucher, die seit Generationen Erfahrung in der hochprofitablen Tiefsee-Öl- und Gasexploration hatten", sagte die Quelle. Außerdem konnte man darauf vertrauen, daß sie die Mission geheim halten würden. (Die Norweger könnten auch andere Interessen gehabt haben. Die Zerstörung von Nord Stream - falls die Amerikaner es schaffen sollten - würde es Norwegen ermöglichen, weitaus mehr eigenes Erdgas nach Europa zu verkaufen).

Irgendwann im März flogen einige Mitglieder des Teams nach Norwegen, um sich mit dem norwegischen Geheimdienst und der Marine zu treffen. Eine der wichtigsten Fragen war, wo genau in der Ostsee der beste Ort für die Anbringung des Sprengstoffs ist. Nord Stream 1 und 2, die jeweils über zwei Pipelines verfügen, waren auf ihrem Weg zum Hafen von Greifswald im äußersten Nordosten Deutschlands größtenteils nur durch eine Meile voneinander getrennt. Die norwegische Marine fand schnell die richtige Stelle in den flachen Gewässern der Ostsee, nur wenige Meilen vor der dänischen Insel Bornholm.

Die Pipelines verliefen in einem Abstand von mehr als einer Meile entlang eines Meeresbodens, der nur 260 Fuß tief war. Das wäre in Reichweite der Taucher, die von einem norwegi-

schen Minenjäger der Alta-Klasse aus mit einem Gemisch aus Sauerstoff, Stickstoff und Helium aus ihren Tanks tauchen und C4-Sprengladungen an den vier Pipelines anbringen würden, die mit Betonabdeckungen versehen sind. Es wäre eine mühsame, zeitraubende und gefährliche Arbeit, aber die Gewässer vor Bornholm hatten einen weiteren Vorteil: Es gab keine größeren Gezeitenströmungen, die das Tauchen erheblich erschwert hätten.

Nach ein paar Nachforschungen waren die Amerikaner einverstanden.

An diesem Punkt kam wieder einmal die obskure Tiefseetauchergruppe der Marine in Panama City ins Spiel. Die Tiefseeschulen in Panama City, deren Auszubildende an den Ivy Bells teilnahmen, werden von den Elite-Absolventen der Marineakademie in Annapolis, die in der Regel nach dem Ruhm streben, als Seal, Kampfpilot oder U-Boot-Fahrer eingesetzt zu werden, als unerwünschtes Hinterland angesehen. Wenn man ein "Black Shoe" werden muß, d.h. ein Mitglied des weniger begehrten Überwasserschiffkommandos, gibt es immer mindestens einen Dienst auf einem Zerstörer, Kreuzer oder Amphibienschiff. Am wenigsten glamourös ist die Minenkriegsführung. Ihre Taucher erscheinen nie in Hollywood-Filmen oder auf den Titelseiten populärer Zeitschriften.

"Die besten Taucher mit Tieftauchqualifikationen sind eine enge Gemeinschaft, und nur die allerbesten werden für den Einsatz rekrutiert und darauf hingewiesen, daß sie sich darauf einstellen müssen, zur CIA nach Washington gerufen zu werden", so die Quelle.

Die Norweger und Amerikaner hatten einen Ort und die Agenten, aber es gab noch eine weitere Sorge: Jede ungewöhnliche Unterwasseraktivität in den Gewässern vor Bornholm könnte die Aufmerksamkeit der schwedischen oder dänischen Marine auf sich ziehen, die darüber berichten könnten.

Dänemark gehörte ebenfalls zu den ursprünglichen NATO-Unterzeichnern und war in Geheimdienstkreisen für seine besonderen Beziehungen zum Vereinigten Königreich bekannt. Schweden hatte einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt und sein großes Geschick bei der Verwaltung seiner Unterwasserschall- und Magnetsensorsysteme unter Beweis gestellt, mit denen es erfolgreich russische U-Boote aufspürte, die gelegentlich in den entlegenen Gewässern der schwedischen Schären auftauchten und an die Oberfläche gezwungen wurden.

Die Norweger schlossen sich den Amerikanern an und bestanden darauf, daß einige hochrangige Beamte in Dänemark und Schweden in allgemeiner Form über mögliche Tauchaktivitäten in dem Gebiet unterrichtet werden mußten. Auf diese Weise konnte jemand von höherer Stelle eingreifen und einen Bericht aus der Befehlskette heraushalten, wodurch die Pipeline-Operation isoliert wurde. "Was ihnen gesagt wurde und was sie wußten, war absichtlich unterschiedlich", sagte die Quelle (die norwegische Botschaft, die um einen Kommentar zu dieser Geschichte gebeten wurde, hat nicht geantwortet).

Die Norweger waren der Schlüssel zur Überwindung anderer Hürden. Es war bekannt, daß die russische Marine über eine Überwachungstechnologie verfügte, die in der Lage war, Unterwasserminen aufzuspüren und auszulösen. Die amerikanischen Sprengsätze mußten so getarnt werden, daß sie für das russische System als Teil des natürlichen Hintergrunds erscheinen würden - was eine Anpassung an den spezifischen Salzgehalt des Wassers erforderte. Die Norweger hatten eine Lösung.

Die Norweger hatten auch eine Lösung für die entscheidende Frage, wann die Operation durchgeführt werden sollte. Seit 21 Jahren veranstaltet die amerikanische Sechste Flotte, deren Flaggschiff in Gaeta (Italien) südlich von Rom stationiert ist, jedes Jahr im Juni eine große NATO-Übung in der Ostsee, an der zahlreiche Schiffe der Alliierten aus der gesamten Region teilnehmen. Die aktuelle Übung, die im Juni stattfinden soll, wird als Baltic Operations 22 oder BALTOPS 22 bezeichnet. Die Norweger schlugen vor, dies sei die ideale Tarnung für das Verlegen der Minen.

Die Amerikaner steuerten ein entscheidendes Element bei: Sie überzeugten die Planer der Sechsten Flotte, eine Forschungs- und Entwicklungsübung in das Programm aufzunehmen. An der Übung, die von der Marine bekannt gegeben wurde, war die Sechste Flotte in Zusammenarbeit mit den "Forschungs- und Kriegsführungszentren" der Marine beteiligt. Bei der Übung, die vor der Küste der Insel Bornholm stattfinden sollte, sollten Taucherteams der NATO Minen verlegen, während die konkurrierenden Teams die neueste Unterwassertechnologie einsetzten, um die Minen zu finden und zu zerstören.

Dies war sowohl eine nützliche Übung als auch eine raffinierte Tarnung. Die Jungs aus Panama City würden ihre Arbeit tun, und die C4-Sprengsätze würden bis zum Ende von BALTOPS22 an Ort und Stelle sein, mit einem 48-Stunden-Timer versehen. Alle Amerikaner und Norweger würden bei der ersten Explosion schon lange weg sein.

Die Tage zählten herunter. "Die Uhr tickte, und wir waren kurz davor, die Mission zu erfüllen", sagte die Quelle.

Und dann: Washington überlegte es sich anders. Die Bomben würden immer noch während BALTOPS gelegt werden, aber das Weiße Haus befürchtete, daß ein Zeitfenster von zwei Tagen für ihre Detonation zu kurz vor dem Ende der Übung sein würde, und es wäre offensichtlich, daß Amerika beteiligt war.

Statt dessen hatte das Weiße Haus eine neue Anfrage: "Können sich die Jungs vor Ort etwas einfallen lassen, um die Pipelines später auf Kommando zu sprengen?"

Einige Mitglieder des Planungsteams waren verärgert und frustriert über die scheinbare Unentschlossenheit des Präsidenten. Die Taucher in Panama City hatten wiederholt geübt, C4 an den Pipelines anzubringen, wie sie es bei BALTOPS tun würden, aber nun mußte das Team in Norwegen einen Weg finden, um Biden zu geben, was er wollte - die Möglichkeit, einen erfolgreichen Hinrichtungsbefehl zu einem Zeitpunkt seiner Wahl zu erteilen.

Mit einer willkürlichen Änderung in letzter Minute beauftragt zu werden, war etwas, mit dem die CIA vertraut war. Allerdings wurden dadurch auch die Bedenken einiger Beteiligter hinsichtlich der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der gesamten Operation erneuert.

Die geheimen Befehle des Präsidenten erinnerten auch an das Dilemma der CIA in der Zeit des Vietnamkriegs, als Präsident Johnson angesichts der wachsenden Anti-Vietnamkriegsstimmung der Agentur befahl, gegen ihre Charta zu verstoßen, die es ihr ausdrücklich untersagte, innerhalb Amerikas zu operieren, indem sie führende Kriegsgegner ausspionierte, um festzustellen, ob sie vom kommunistischen Rußland kontrolliert wurden.

Die Agentur willigte schließlich ein, und im Laufe der 1970er Jahre wurde deutlich, wie weit sie zu gehen bereit war. Nach den Watergate-Skandalen enthüllten die Zeitungen, daß die Agentur amerikanische Bürger ausspionierte, an der Ermordung ausländischer Führer beteiligt war und die sozialistische Regierung von Salvador Allende untergrub.

Diese Enthüllungen führten Mitte der 1970er Jahre zu einer Reihe dramatischer Anhörungen im Senat unter der Leitung von Frank Church aus Idaho, bei denen deutlich wurde, daß Richard Helms, der damalige Direktor der Agency, akzeptierte, daß er verpflichtet war, die Wünsche des Präsidenten zu erfüllen, auch wenn dies einen Verstoß gegen das Gesetz bedeutete.

In einer unveröffentlichten Zeugenaussage hinter verschlossenen Türen erklärte Helms reumütig, daß "man fast eine unbefleckte Empfängnis hat, wenn man etwas auf geheime Anweisung eines Präsidenten tut". "Ob es nun richtig ist, daß Sie es haben sollten, oder falsch, daß Sie es haben sollen, (die CIA) arbeitet nach anderen Regeln und Grundregeln als jeder andere Teil der Regierung." Im Wesentlichen erklärte er den Senatoren, daß er als CIA-Chef für die Krone und nicht für die Verfassung gearbeitet habe.

Die Amerikaner, die in Norwegen im Einsatz waren, arbeiteten mit der gleichen Dynamik und begannen pflichtbewußt mit der Arbeit an dem neuen Problem - der Fernzündung des C4-

Sprengstoffs auf Bidens Befehl. Die Aufgabe war viel anspruchsvoller, als man in Washington dachte. Das Team in Norwegen konnte nicht wissen, wann der Präsident den Knopf drücken würde. Würde es in ein paar Wochen, in vielen Monaten oder in einem halben Jahr oder länger sein?

Das an den Pipelines angebrachte C4 würde durch eine kurzfristig von einem Flugzeug abgeworfene Sonarboje ausgelöst werden, aber das Verfahren erforderte die modernste Signalverarbeitungstechnologie. Einmal an Ort und Stelle, könnten die an jeder der vier Pipelines angebrachten Zeitverzögerungsgeräte versehentlich durch die komplexe Mischung von Meerese Geräuschen in der stark befahrenen Ostsee ausgelöst werden - durch nahe und entfernte Schiffe, Unterwasserbohrungen, seismische Ereignisse, Wellen und sogar Meerestiere.

Um dies zu vermeiden, würde die Sonarboje, sobald sie an Ort und Stelle ist, eine Abfolge einzigartiger tieffrequenter Töne aussenden - ähnlich denen einer Flöte oder eines Klaviers -, die vom Zeitmeßgerät erkannt werden und nach einer voreingestellten Verzögerung von mehreren Stunden den Sprengstoff auslösen würden. ("Sie wollen ein Signal, das robust genug ist, damit kein anderes Signal versehentlich einen Impuls senden kann, der den Sprengstoff zündet", erklärte mir Dr. Theodore Postol, emeritierter Professor für Wissenschaft, Technologie und nationale Sicherheitspolitik am MIT.

Postol, der als wissenschaftlicher Berater des Chefs der Marineoperationen im Pentagon tätig war, sagte, das Problem, dem sich die Gruppe in Norwegen wegen Bidens Verzögerung gegenübersteht, sei eine Frage des Zufalls: "Je länger der Sprengstoff im Wasser ist, desto größer ist das Risiko eines zufälligen Signals, das die Bomben auslöst").

Am 26. September 2022 warf ein P8-Überwachungsflugzeug der norwegischen Marine bei einem scheinbaren Routineflug eine Sonarboje ab. Das Signal breitete sich unter Wasser aus, zunächst zu Nord Stream 2 und dann zu Nord Stream 1. Wenige Stunden später wurde der C4-Hochleistungssprengstoff ausgelöst und drei der vier Pipelines wurden außer Betrieb gesetzt. Innerhalb weniger Minuten konnte man sehen, wie sich Methangas, das in den stillgelegten Pipelines verblieben war, an der Wasseroberfläche ausbreitete, und die Welt erfuhr, daß etwas Unumkehrbares geschehen war.

FALLOUT

Unmittelbar nach dem Anschlag auf die Pipeline behandelten die amerikanischen Medien den Vorfall wie ein ungelöstes Rätsel. Rußland wurde wiederholt als wahrscheinlicher Schuldiger genannt, angestachelt durch kalkulierte Indiskretionen aus dem Weißen Haus - ohne daß jedoch jemals ein klares Motiv für einen solchen Akt der Selbstsabotage jenseits einfacher Vergeltung gefunden wurde.

Als sich einige Monate später herausstellte, daß die russischen Behörden in aller Stille Kostenvoranschläge für die Reparatur der Pipelines eingeholt hatten, bezeichnete die New York Times diese Nachricht als "Erschwerung der Theorien darüber, wer hinter dem Anschlag steckt". Keine große amerikanische Zeitung ging auf die früheren Drohungen gegen die Pipelines ein, die von Biden und Staatssekretärin Nuland ausgesprochen wurden.

Während nie klar war, warum Rußland versuchen sollte, seine eigene lukrative Pipeline zu zerstören, kam eine aufschlußreichere Begründung für die Aktion des Präsidenten von Außenminister Blinken.

Auf einer Pressekonferenz im vergangenen September zu den Folgen der sich verschärfenden Energiekrise in Westeuropa befragt, beschrieb Blinken den Moment als einen potentiell guten: "Es ist eine enorme Chance, die Abhängigkeit von russischer Energie ein für alle Mal zu beenden und damit Wladimir Putin die Bewaffnung der Energie als Mittel zur Durchsetzung seiner imperialen Pläne zu entziehen.

Das ist sehr bedeutsam und bietet eine enorme strategische Chance für die kommenden Jahre, aber in der Zwischenzeit sind wir entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um

sicherzustellen, daß die Folgen all dessen nicht von den Bürgern in unseren Ländern oder in der ganzen Welt getragen werden."

Kürzlich äußerte sich Victoria Nuland erfreut über das Scheitern der jüngsten der beiden Pipelines. Bei einer Anhörung des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats Ende Januar sagte sie zu Senator Ted Cruz: "Wie Sie bin auch ich, und ich glaube auch die Regierung, sehr erfreut zu wissen, daß Nord Stream 2 jetzt, wie Sie sagen, ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund ist."

Die Quelle sah Bidens Entscheidung, mehr als 1.500 Meilen der Gazprom-Pipeline zu sabotieren, während der Winter näher rückte, wesentlich nüchterner. "Nun", sagte er über den Präsidenten, "ich muß zugeben, daß der Kerl ein Paar Eier hat. Er hat gesagt, er würde es tun, und er hat es getan".

Auf die Frage, warum die Russen seiner Meinung nach nicht reagierten, antwortete er zynisch: "Vielleicht wollen sie die Möglichkeit haben, dasselbe zu tun, was die USA getan haben."

"Es war eine schöne Tarngeschichte", fuhr er fort. "Dahinter steckte eine verdeckte Operation, bei der Experten vor Ort eingesetzt wurden und Geräte, die mit einem verdeckten Signal arbeiteten."

"Der einzige Makel war die Entscheidung, es zu tun."<<

10.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2023:

>>Hersh-Report: Wagenknecht und AfD fordern Aufklärung

Von *Sven Eggers*

Sahra Wagenknecht greift die Hersh-Enthüllungen auf Twitter auf, die AfD fordert einen Untersuchungsausschuß, und etablierte Politiker und Medien zittern. ...

Auch am Tag nach Erscheinen des brisanten Reports schlugen die Wellen weiter hoch. Seymour Hersh dokumentiert in seinem neuesten Bericht, wie die USA mit Billigung von Präsident Biden und norwegischer Unterstützung die Sprengung der Nord Stream-Pipeline vornahm.

Wem dient die Bundesregierung?

Der Artikel schlägt hohe Wellen. Die oppositionelle Sahra Wagenknecht (Linke) hat den Hersh-Beitrag auf Twitter geteilt und merkt dazu an: "Während die Bundesregierung die transatlantische Freundschaft beschwört und den USA kritiklos folgt, sorgt die US-Regierung für die Sprengung der Nord Stream-Pipelines, wie Pulitzer-Preisträger Hersh minutiös recherchiert hat. Wessen Interessen vertritt die Bundesregierung eigentlich?"

ZDF-Journalist Thomas Dudek ätzte sogleich gegen Wagenknecht und den weltberühmten Reporter: "Eine anonyme Quelle ist keine 'minutiöse Recherche'". Der Flüchtlingshelfer und Mainstreamjournalist Tobias Huch bezeichnete die rund um den Globus diskutierten Enthüllungen abwertend als "Geschichten aus dem Paulaner-Garten".

Der Spiegel, der Seymour Hersh in einem anderen Zusammenhang 2016 noch als "legendären amerikanischen Enthüllungsjournalisten" gefeiert hatte, bezeichnet ihn jetzt als "umstrittenen US-Journalisten".

Die Erkenntnisse von Seymour Hersh bestätigen die COMPACT-Recherchen in der Doku "Tatort Nord Stream - Täter USA". Seit ihrer Veröffentlichung Ende Dezember 2022 wurde das obige Video von 991.476 Menschen gesehen. ...

Waren Regierungsvertreter eingeweiht?

Unterdessen hat die AfD-Bundestagsfraktion die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen gefordert. Sowohl im Bundestag als auch im EU-Parlament müßten die Hersh-Enthüllungen aufgearbeitet werden.

Fraktionsvorsitzender Timo Chrupalla: "Dem Verdacht des Pulitzer-Preisträgers muß unbedingt nachgegangen werden." Der Bundestag habe "ein Recht darauf zu erfahren, welche

Kenntnisse die Bundesregierung hat". Und er hakt nach: "Waren womöglich Regierungsvertreter in die Anschlagplanung eingeweiht?"

Der AfD-Fraktionsvorsitzende findet erfreulich deutliche Worte: "Hat die Führungsmacht der NATO in europäischen Gewässern einen Anschlag auf lebenswichtige kritische Infrastruktur unseres Landes verübt?"

Wenn dem so sei, müsse die Frage erlaubt sein, ob das Bündnis die Sicherheit in Europa gewährleistet oder nicht vielmehr gefährdet. Der Abzug aller US-Truppen wäre die Konsequenz. "Die europäischen Staaten dürfen sich solche gewalttätigen Einmischungen nicht gefallen lassen. Noch weniger dürfen sie daran mitwirken."

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/10/hundert-jahre-pan-europa-plan-des-coudenhove-kalergi-die-realisation-einer-verschwörung/#more-10940>

Österreich: Der Internet-Blog " Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 10. Februar 2023 über den Pan-Europa-Plan des Coudenhove-Kalergi (x1.265/...): >>Hundert Jahre Pan-Europa-Plan des Coudenhove-Kalergi - Die Realisierung einer Verschwörung

... 100 Jahre Kalergi-Plan: Verschwörungstheorien ernst nehmen!

Von *Stefan Magnet*, AUF1

Vor 100 Jahren veröffentlichte Graf Richard Coudenhove-Kalergi seinen Plan zur Transformation Europas, seine Vision eines multikulturellen Europas. Anfangs belächelt, trat er bald seinen Siegeszug an. Und heute, zum 100. Jubiläum, feiert das EU-Europa die Geburtsstunde des Kalergi-Plans in Wien. Wenn Verschwörungen als solche nicht erkannt werden und die Pläne im Verborgenen gedeihen können, dann werden sie früher oder später Wirklichkeit. Nicht immer, aber immer öfter.

Wie sehr eine auf den ersten Blick wirre Utopie in kurzer Zeit bittere Realität werden kann, zeigt das Beispiel des Grafen Coudenhove-Kalergi, der 1894 geboren wurde und 1972 verstarb. Kalergi trat nach dem ersten Weltkrieg in Österreich in Erscheinung und verbreitete seine Vorstellung eines geeinten Europas in Gestalt eines Staatenbundes. Gesellschaftlich sagte er ein völlig vermischtes Europa voraus und prophezeite neue, kapitalistische Machtstrukturen, die die alten Herrscherhäuser und Monarchien ablösen würden.

Man muß sich in die Zeit vor hundert Jahren zurückversetzen: Das deutsche Kaiserreich von Wilhelm II. und die Habsburger Monarchie von Kaiser Karl in Österreich waren nach dem ersten Weltkrieg 1918 untergegangen. Politisch junge und instabile Republiken unternahmen erste Gehversuche. Von einer außereuropäischen Einwanderung, gar aus Afrika, konnte keine Rede sein. Es gab keine Afrikaner hier, lediglich eine Hand voll Schwarzer an den Herrscherhöfen der Adligen. Und dort waren sie Diener, und das nicht freiwillig.

Ob man Coudenhove-Kalergi mit seinen Ideen eines künftigen europäischen Staates und einer afroasiatischen Multikultur ernst nahm? Die breite Öffentlichkeit mit Sicherheit nicht. Doch er verschaffte sich Gehör und fand mächtige Verbündete, mit deren Hilfe er über drei Jahrzehnte konspirierte, um schließlich seiner Idee zum Durchbruch zu verhelfen.

Vor exakt einhundert Jahren gründete Richard Coudenhove-Kalergi die Pan-Europa-Bewegung. Am 17. November 1922 erschien in der Wiener Neuen Freien Presse ein Artikel: "Pan-Europa - ein Vorschlag".

Ein Datum, das als Startschuß für die Bewegung gelten kann. Und 2022 feiert man demgemäß in Wien den 100. Geburtstag dieser Bewegung, die auf der Webseite des EU-Parlaments als Wegbereiter der heutigen Europäischen Union gewürdigt wird. Kalergi sei ein Pionier der europäischen Integration gewesen und weiter: "Mit seinen Visionen eines geeinten und friedlichen Europas erwies sich Coudenhove-Kalergi als Vordenker der Europäischen Union." Die Medien bezeichnen ihn gleichlautend als Gründervater der EU und als Vordenker für ein geeintes Europa.

Was wollte aber dieser Coudenhove-Kalergi wirklich? Er begrüßte die Abschaffung des Blut-

adels, das Ende der Monarchien und der alten europäischen Herrscherhäuser. Die Kaiser, Könige und Fürsten von einst werden nach dem ersten Weltkrieg in den 19er-, 20er-Jahren von Plutokratien beerbt, so Kalergi. - Der Duden definiert Plutokratien als Staatsform, in der die Besitzenden, die Reichen die politische Herrschaft ausüben als Geldherrschaft. - Coudenhove-Kalergi analysierte im Jahre 1922 messerscharf:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ...

An die Stelle der feudalen Gesellschaftsstruktur ist die plutokratische getreten. Nicht mehr die Geburt ist maßgebend für die soziale Stellung, sondern das Einkommen. Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern. Denn niemand steht über ihr als der Staat, der wieder ihr Werkzeug und Helfershelfer ist."

Jede Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse müsse von Grund auf erfolgen, damit sie fortdauernd wirken könne, so Kalergi. "Schule und Presse sind die beiden Punkte, von denen aus sich die Menschen unblutig erneuern und veredeln ließen", schrieb Kalergi damals. - Und tatsächlich finden wir bis heute exakt dort die meiste Gehirnwäsche.

Das Europa der Zukunft sei ein vereintes Europa, das die nationalen Staaten und Völker hinter sich lassen würde. Die Monarchie sollte nicht etwa durch die Nationalstaaten Frankreich, Italien oder Deutschland beerbt werden, sondern ein Pan-Europa, ein geeintes Europa sollte entstehen, geführt von einem neuen geistigen Adel. Und so gab er seiner ersten Schrift, die 1922 in Leipzig erschien, passenderweise den Namen "Adel".

Er wählte einen unverbindlichen Erzählstil, der bei der Lektüre streckenweise an den Transhumanisten Yuval Noah Harari erinnert, der hundert Jahre später eine Fortsetzung einer Erzählung versucht. Kalergi beschreibt Vorgänge, die er wahrnimmt und zitiert Möglichkeiten der Zukunft, die er heraufdämmern sieht.

Dabei wählt er selten den Befehlston. Freunde Kalergis stellen richtigerweise fest, daß dieses Zitat etwa eine Fälschung sei. (Es wird eingeblendet:) "Für Deutschland wünsche ich mir eine eurasisch-negroide Zukunftsrasse." Denn so hat er es in der Tat nicht gesagt. Er beschreibt Szenarien, von denen er absolut überzeugt ist, daß sie eintreten werden. Er gibt keine Befehle. Denn die Adressaten seiner Botschaft verstehen auch so. In seinem Buch "Adel" schreibt er hingegen wortwörtlich:

"Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen."

Richard Coudenhove-Kalergi wörtlich. Dieses Zitat vorangestellt, führt Kalergi aus, warum es sich bei den gewachsenen Völkern in Europa um stupide Inzucht-Produkte handle. Aus der völkerkundlichen Forschung wissen wir, daß die Heiratskreise früherer Zeiten nicht allzu groß waren. Vor der Industriellen Revolution im 18. Jahrhundert kamen viele Menschen nicht über die eigene Region, die Dorfgemeinschaft und die Städte hinaus und heirateten eben Menschen aus ihrem Dorf oder der Nachbarschaft. Die Familien kannten sich vielfach schon über Generationen.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß es genau in dieser Zeit im 18. und 19. Jahrhundert eine unfaßbare Dichte an Erfindungen und Entdeckungen gab, wie Motore, Schreibmaschine, (?), Zeppelin und unzähliges anderes mehr. Und Namen wie Goethe, Schiller, Kant, Beethoven oder Mozart sind mit dieser Zeit verbunden. - Für Kalergi aber alles Inzucht! Ob Bauern

oder Adelige, Zitat:

"In beiden Fällen sind die Vorfahren untereinander blutsverwandt und daher meist physisch, psychisch, geistig einander ähnlich. Infolgedessen vererben sie ihre gemeinsamen Züge, Willenstendenzen, Leidenschaften, Vorurteile, Hemmungen in gesteigertem Grade auf ihre Kinder und Nachkommen. Die Wesenszüge, die sich aus dieser Inzucht ergeben, sind Treue, Pietät, Familiensinn, Kastengeist, Beständigkeit, Starrsinn, Energie, Beschränktheit, Macht der Vorurteile, Mangel an Objektivität, innere (?). Hier ist eine Generation keine Variante der vorhergehenden, sondern einfach deren Wiederholung. An die Stelle der Entwicklung tritt nur die Erhaltung."

Hier erleben wir bei Kalergi dieselbe Verachtung wie gegenüber den Menschen seiner Zeit, wie dies nun hundert Jahre später bei den Transhumanisten unserer Zeit der Fall ist. Die Menschen sind ungenügend, starrsinnig, behäbig, minderwertig, und sie müssen schleunigst verändert werden.

Wenn man so will, ist Kalergi ein umgekehrter Rassist. Er möchte die Völker unbedingt vermischen, da er sich davon die besten Eigenschaften erhofft. Die Rassen und Völker so zu belassen, wie sie über Jahrtausende geworden waren, ist für Kalergi abstoßend und keine Option. Mischlingen sagt er düstere Eigenschaften wie Charakterlosigkeit und Willensschwäche nach, und trotzdem wären diese Mischlinge in der Zukunft wesentlich besser als die Inzucht-Produkte seiner Gegenwart des Jahres 1922.

"Die Folge ist", so Kalergi, "daß Mischlinge vielfach Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit mit Objektivität, Vielseitigkeit, geistiger Regsamkeit, Freiheit von Vorurteilen und weiterem (?) verbinden. Mischlinge unterscheiden sich stets von ihren Eltern und Voreltern. Jede Generation ist eine Reaktion der vorhergehenden, entweder im Sinne der Evolution oder der Degeneration."

Für Kalergi ist klar: Kreuzung schafft originelle Persönlichkeiten und zugleich charakterlose, hemmungslose, treulose, willensschwache Mischlinge. Der Inzucht-Mensch ist Einseelen-Mensch, der Mischling Mehrseelen-Mensch, schreibt Kalergi. - Und hier ist er wieder: der göttliche Schöpferwunsch eines arroganten Ideologen.

Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung. Die Transhumanisten fragen die Menschen auch nicht, ob sie ihr Dasein eintauschen und künftig mit Computer-Applikationen unter der Haut und Roboter-Prothesen an den Gliedern leben wollen oder im Gen-Labor fortgepflanzt werden sollen. Und so fragte Kalergi in seiner Pan-Europa-Bewegung die Europäer auch nie, ob sie ihre Heimat und ihre Völker verändern wollten. Es gab nie eine Volksabstimmung, keinen einzigen demokratischen Volksentscheid darüber, daß die Europäer verdrängt werden sollten zugunsten einer, wie Kalergi sagt, eurasisch-negroiden Zukunftsrasse.

Und die Zukunfts-Mischlinge von damals 1922 sind die vielfach innerlich zerrissenen Migranten-Mischlinge von heute 2022. Kalergi verlockte vor hundert Jahren noch, daß der Mischling hemmungslos und willensschwach wäre und mehrere Seelen in seiner Brust in unterschiedliche Richtungen ziehen würden.

Doch Millionen nach Europa gelockte Einwanderer aus dem afro-asiatischen Raum sind tatsächlich ohne Perspektive, heimatlos, wurzellos, zerrissen. Kalergi waren die Schicksale der einzelnen Menschen immer egal. Er hatte eine Vision, zeichnete eine Perspektive und wie es den verdrängten Einheimischen oder den neu Eingewanderten, nach hier Gelockten dabei gehen würde, das war ihm gleichgültig.

Kalergi hatte von Anbeginn an mächtige, wohlhabende Verbindungen. Der Kalergi-Biograph Walter Döring schreibt in seinem Buch "Ein Leben für Pan-Europa": "Jetzt findet er bei seinen ehemaligen Brüdern aus den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft, bei Organisatoren und Journalisten Hilfestellung und Beratung."

- Mit "Brüdern" sind die Logenbrüder gemeint, die Logenbrüder der Freimaurerei, wohlge-

merkt, wie aus der Biographie eindeutig hervorgeht. - "Entscheidend für die junge Pan-Europa-Bewegung ist dabei die Unterstützung der Macht Warburg, der von Richard Coudenhove-Kalergis ... Pan-Europa-Bewegung so begeistert gewesen ist, daß er ihm 60.000 Mark zur Verfügung stellte."

(So) steht es wörtlich in der Biographie.

Die Anfangsfinanzierung für Kalergis Pan-Europa-Bewegung kam also von Max Warburg. Wikipedia weiß über ihn:

"Max Moritz Warburg (* 5. Juni 1867 in Hamburg; gestorben am 26. Dezember 1946 in New York) war ein deutscher Bankier und Politiker und Sproß der wohlhabenden deutsch-jüdischen Bankiersfamilie Warburg. Als Leiter und Teilhaber der Privatbank M. M. Warburg & CO war Warburg einer der bedeutendsten Bankiers, Politikberater und Netzwerker seiner Zeit."

Sein Bruder Paul Moritz Warburg gilt als der Ideengeber, Mitbegründer der US-Zentralbank FED. Pan-Europa hatte also von Anfang an mächtige Freunde. Mit dieser Anfangsfinanzierung von 60.000 Goldmark konnte die Pan-Europa-Bewegung auf eine professionelle Basis gestellt und bekannt gemacht werden.

1926 lernte Kalergi Konrad Adenauer kennen, der mehr als 20 Jahre später der erste Bundeskanzler Westdeutschlands nach dem zweiten Weltkrieg werden sollte. Kalergi emigrierte 1938 zunächst nach Ungarn, die Schweiz und schließlich in die USA. Dort versuchte er gemeinsam mit dem ebenso im Exil lebenden Otto von Habsburg vergeblich, eine österreichische Exil-Regierung zu bilden und verfaßte 1944 einen Entwurf, also seinen Entwurf von den "Vereinigten Staaten von Europa". Er arbeitete unbeirrt an seinem Deal.

Und 1950 erhielt er den Karlspreis der Stadt Aachen, später den Konrad-Adenauer-Preis, das großgeschriebene Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich sowie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern der BRD. Kalergi wurde satte 54-mal für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen, erhielt ihn aber nie.

War Kalergis Verschwörung erfolgreich? Sie können diese Frage selbst beantworten, wenn Sie heute aus dem Fenster sehen oder mit der Straßenbahn fahren. Dann wissen Sie, daß zumindest das gesellschaftliche Modell von Coudenhove-Kalergi Realität geworden ist. Ersetzungs-Migration und Multikultur sind die verfeinerten Schlagwörter einer Propaganda, die einst mit der Phantasie einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse begonnen hat.

Und die Enkel Kalergis verfolgen seine Vision unbeirrt und vehement - oder in dem Fall richtiger: seine Nichte. Diese heißt Barbara Coudenhove-Kalergi und publiziert regelmäßig zu bedeutenden Themen in der in Wien erscheinenden rosa (?) Tageszeitung "Der Standard". Im Jänner 2015, also noch vor Beginn des massiven Asyl-Ansturms damals - wenige Monate später wurden dann die Grenzen aufgebrochen - schrieb sie in konsequenter Fortsetzung der Ideologie ihres Onkels orakelhaft:

"Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen paßt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein."

Und sie meldete sich auch in der Corona-Zeit prophetisch zu Wort. Sie gab am 11. November 2021 die Parole aus: "Ja zur Impfpflicht!" Das war der Startschuß für die mediale und politische Offensive der Covid 19-Impfpflicht, die wenige Wochen später im Parlament durchgepeitscht wurde.

Kalergi hatte eine Vision von einem multikulturellen Europa, eine vor hundert Jahren schier ungläubliche Vision. Und die meisten Zeitgenossen ignorierten oder belächelten ihn. Nur wenige, dafür sehr einflußreiche und mächtige Männer erkannten sein Potential. Sie unterstützten ihn und verhalfen seiner Vision zum Durchbruch. Es dauerte nur wenige Jahrzehnte, und die Transformation war in vollem Gange. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten

von Nordamerika sind heute ein gesellschaftliches Abbild von Kalergis Pan-Europa-Vision. Der Kalergi-Geist vom multikulturellen Europa hat heute von allen führenden Politikern Besitz ergriffen. Und es ist ein striktes Tabu, sich gegen die immerwährende Einwanderung auszusprechen. Die führenden Gestalter Europas bekannten sich auch zu Kalergi, wie sich auch die EU zu ihm als Gründervater bekennt.

Der Antrieb für Multikultur ist weder Menschlichkeit noch Nächstenliebe oder Toleranz. Kalergi und die Seinen wollten keine natürlich gewachsenen Völker, und sie lehnten eine organische Entwicklung als lahme Inzucht ab. Kalergi wollte Schöpfer spielen und einen neuen Menschen erschaffen. -

Und bei den Transhumanisten ist es ähnlich. Ihre Rezeptions-Utopien klingen so fern, daß sie kaum jemand beachtet. Sie erlauben es unserem Verstand nicht, sich täglich damit zu befassen, da es dringlichere Probleme im Alltagskampf gibt: die hohen Preise, der Kampf gegen Zwangsmaßnahmen, das nackte Überleben.

Doch die Transhumanisten von heute sind nicht weniger zielstrebig als der Kalergi von damals. Kalergi war wohlhabend und hatte mächtige Freunde, die Transhumanisten heute, die aber haben ein ganzes Netzwerk von unvorstellbar reichen und mächtigen Leuten. Sie besetzen die Chef-Etagen gigantischer globaler Konzerne, was sich beispielhaft am Google-Konzern verdeutlichen läßt. Die Transhumanisten sind bereit, die Welt umzugestalten, und sie tun es Tag für Tag ein Stück mehr.

Die Recherchen zu dieser Sendung habe ich in meinem Buch "Transhumanismus - Krieg gegen die Menschheit" ausführlich dokumentiert, mit allen Quellen versehen. Auf 450 Seiten zeige ich, wie die Globalisten seit mehr als hundert Jahren versuchen, die totale Kontrolle über die Menschheit zu erlangen. Coudenhove-Kalergi war ein Meilenstein, dessen Pan-Europa-Bewegung in diesen Tagen den hundertsten Geburtstag feiert.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2023: >>Lawrow: "Polens Eliten wollen expandieren"

Polnische Politiker fordern eine "Entkolonialisierung" und territoriale Verkleinerung Rußlands. Dessen Außenminister Sergej Lawrow reagiert darauf im vierten Teil seines Interviews mit Rossiya 24 und RIA Novosti. ...

_ Dmitri Kisseljow im Gespräch mit Sergej Lawrow

Neulich sprachen sich die beiden ehemaligen polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski und Anna Fotyga für eine "Re-Föderalisierung" Rußlands aus. Der ehemalige polnische Präsident Lech Walesa sagte, es sei an der Zeit, mit Rußland "endlich ins Reine zu kommen". Was ist mit Polen los? Spielt es eine besondere Rolle wie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs? Möchte unser bösester Nachbar alle gegen uns aufbringen?

In diesem Zusammenhang gibt es viele Dinge zu besprechen. Polen hat eine schwierige Geschichte mit viel Schmerz und nicht minder morbiden Ambitionen, die deutlich zeigen, daß ein gewisser Teil der Elite immer noch expansionistische Pläne hegt, wie die Drei-Meere-Initiative (Intermarium), Anspielungen auf die heutige Westukraine und Russophobie.

Radoslaw Sikorski hat eng mit uns zusammengearbeitet. Er gehört nicht zum Lager der Rußland-Bewunderer, sondern ist ein pragmatischer und erfahrener Politiker. Er tut kaum etwas, was nicht kalkuliert ist. Jetzt, wo er Mitglied des Europäischen Parlaments ist, hat er mehr Spielraum. Nach der Explosion an der Nord-Stream-Pipeline twitterte er: "Danke, USA!" Dieser Tweet wurde später entfernt, aber es gibt viele Beweise. Wir haben gut mit ihm zusammengearbeitet.

Damals gab es eine von den Außenministern geleitete gemeinsame Kommission, der die stellvertretenden Minister der meisten anderen Behörden angehörten und die "Mini-Konsultationen" zwischen den Ländern durchführte. Es gab auch eine Kommission von Historikern. Man kann es heute kaum glauben, aber sie haben gemeinsam Lehrbücher geschrieben. Einige

Kapitel wurden gemeinsam verfaßt, und wo die Meinungen auseinandergingen, wurden zwei Versionen gedruckt. Es war ein Dialog, eine Plattform, auf der man sich ständig austauschte, und es entstand zwangsläufig ein zusätzliches Maß an Vertrauen. Jetzt ist das nicht mehr der Fall.

Es gibt einen Vorschlag von Anna Fotyga und eine Erklärung von Lech Walesa, daß Rußland "entkolonialisiert" werden muß - sie haben sogar diesen Begriff dafür geprägt. Es ist immer wieder die Rede von einigen unangenehmen und undurchsichtigen Vertretern der Nogai-Volksgruppen, die in der Region Astrachan einen unabhängigen Staat gründen wollen.

Auch im Leningrader Gebiet gibt es jetzt einige "einheimische" Bewohner. Auf diese Weise werden bestimmte kleine Völker ermuntert, indem man ihnen vorgaukelt, sie würden von Rußland diskriminiert, obwohl es genau andersherum ist: Sie können ihre Sprachen sprechen und leben nicht in Reservaten wie in den Vereinigten Staaten oder Kanada, wo sie, wie sich herausstellte, brutal getötet wurden.

Gleichzeitig wird gesagt, daß wir einfach "zu groß" wären. Sie zitierten Madeleine Albright, die sagte, daß "Rußland groß ist", aber dann nahmen sie es zurück: Sie mag das nicht gesagt haben, aber es ist eine Tatsache, daß es viele Menschen in den Vereinigten Staaten und Europa gibt, die so denken und diese Botschaft auf die eine oder andere Weise austreuen. Das ist eine Schande. Wir hatten einen umfassenden Mechanismus der Beziehungen zu Polen.

Es gibt noch eine weitere Sache, denn sie müßten sich zuletzt "mit Rußland auseinandersetzen". Was ist das anderes als ein Aufruf, die russische Frage endlich zu lösen? Ich habe vor kurzem die Vordenker aus Hitlerdeutschland zitiert, die sich um die endgültige Lösung der Judenfrage bemühten.

Fast das gesamte von den USA geführte Europa hat sich gegen uns versammelt, und es werden verschiedene Slogans vorgebracht, aber der Sinn bleibt derselbe, nämlich die Lösung der russischen Frage noch zu Lebzeiten der jetzigen Generation. Vielleicht nicht in Gaskammern, aber doch so, daß Rußland aufhört, als Großmacht zu existieren, es in den Hintergrund rückt und seine Wirtschaft degradiert würde.

Korrupte Politiker begannen zu behaupten, daß meine Vergleiche die Opfer des Holocaust beleidigten. Das kann nur eines bedeuten: Sie befinden sich in der Defensive. Sie haben keine Argumente. Ich habe die Opfer des Holocaust nicht beleidigt. Wir ehren sie, halten Veranstaltungen ab und laden alle ein, die auf die eine oder andere Weise an den historischen Ereignissen beteiligt sind.

Anders als die Polen, die uns schon vor der militärischen Sonderaktion nicht eingeladen haben, auf einer Veranstaltung zur Befreiung von Auschwitz zu sprechen. Wir haben nur gesagt, daß das Gedenken an die Opfer des Holocaust niemanden davon entbindet, heute Anstrengungen zu unternehmen, damit die Erinnerung das Aufkommen neuer Nazi-Bewegungen verhindere: Wir erleben dies in der Ukraine, in Estland und in Lettland, wo neonazistisches Gedankengut und neonazistische Praktiken wiederbelebt werden.

Die EU wird Anfang Februar einen Gipfel abhalten. Rußland ist kein EU-Mitgliedstaat, aber wir sind Nachbarn auf dem Kontinent, und die Tagesordnung, die dort besprochen wird, ist für uns nicht gleichgültig. Welche Tagesordnungspunkte würden Sie als guter Nachbar vorschlagen?

Ich verfolge die EU-Gipfel nicht mehr.

Sie werden zusammenkommen und sich wieder fragen: "Wer sind wir, was ist zu tun, und wohin gehen wir?"

Die Europäer kannibalisieren sich selbst. Es ist angekündigt worden, wer die Entscheidung treffen werde. Sie haben die Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, der NATO alles zu liefern, was sie will, einschließlich des Territoriums von Nicht-NATO-Ländern, falls sie Waffen jeglicher

Art näher an die russischen Grenzen verlegen müßten. All dies ist schwarz auf weiß festgelegt.

Olaf Scholz hat neulich zu Protokoll gegeben, daß die Sicherheit Europas allein von den Vereinigten Staaten abhängt. Es macht keinen Sinn, daß die EU Washington bittet, die europäische Wirtschaft und Industrie zu schonen oder bei den Subventionen für Unternehmen auf US-Territorium großzügig zu sein.

Wie der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire vor einiger Zeit sagte, sind die Stromkosten für Unternehmen in Europa derzeit viermal so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Präsident Emmanuel Macron erklärte, man werde Washington dazu drängen, Anpassungen vorzunehmen und Rabatte oder Ausnahmen zu gewähren. Ich denke, das werden sie versuchen.

Er war bereits mit dem Hut in der Hand dort: Sie haben nichts getan!

Deshalb interessiert es mich nicht besonders, was die EU bespricht. Sie haben die Entscheidung schon vor geraumer Zeit getroffen und sind nun dabei, Selenski zu einem Symbol für den Kampf der Demokratie gegen die Autokratie zu machen. Das ist genau das gleiche Schwarz-Weiß-Bild einer Welt, wie es unter anderem von den Amerikanern propagiert wird.

Der zweite Gipfel für Demokratie, den sie für Ende März dieses Jahres einberufen, wird eine einfache Aufgabe formulieren:

Alle Demokraten müssen gegen alle Autokraten kämpfen, wobei Rußland, China, Iran, Nordkorea, Syrien und Venezuela als Autokraten gebrandmarkt werden sollen. Das sind alle Länder, die sich weigern, den Forderungen des Westens nachzukommen. Wenn Sie sich die Liste der Eingeladenen zum ersten Gipfel ansehen, ergibt sich ein recht interessantes Bild. Darauf stehen Länder - ich will niemandem zu nahe treten -, die die Amerikaner selbst noch nie als demokratisch eingestuft hatten.

Gegenwärtig versucht dieses "revolutionäre" Team, das den Gipfel der "Demokratien" einberuft, soweit wir wissen, einen Beschlußentwurf auszuarbeiten, in dem die Philosophie "Demokratien gegen Autokratien" propagiert und in die Praxis umgesetzt werden soll. Die Idee ist, zumindest in diesem Stadium, soweit wir wissen, daß die Demokratien ihre Forderungen an die Autokratien inkl. eigene Rechte formulieren, um diese als Druckmittel zur Unterstützung über den Kopf der autokratischen Regierungen hinweg an die von diesen Regierungen vermeintlich "unterdrückten" Nationen zu vermitteln.

Das hätte ich vor einem Jahr oder gar zwei Jahren nicht glauben können. Heute wird es ernsthaft diskutiert. Ihr Plan besteht im Wesentlichen darin, sich dieselben Rechte anzumaßen, die sie gerne hätten, indem sie auf Biegen und Brechen und unter Verstoß gegen die Geschäftsordnung die Idee durchsetzen, ein Tribunal gegen Rußland zu errichten und von Rußland Reparationen zu verlangen.

All dies ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht. Aber das ist ihnen ja nicht fremd. Sie haben mit einem Fingerschnippen alle ihre Prinzipien über Bord geworfen, Prinzipien wie die Unverletzlichkeit des Privateigentums, die Unschuldsvermutung, den Wettbewerb nach Treu und Glauben, die Marktmechanismen etc. - alles, was sie jahrzehntelang im Rahmen des Globalisierungspakets kultiviert und anderen aufgezwungen haben. All das wurde gestrichen, nachdem es notwendig schien, die Russische Föderation bestrafen zu wollen.

Daß dies nicht funktioniert hat, ist eine andere Sache. Allein die Tatsache, daß die Amerikaner zu diesen illegalen Methoden gegriffen haben, macht alle mißtrauisch. Die derzeitige Diskussion über den Übergang zu nationalen Währungen kommt nicht von ungefähr. Wer weiß, auf welcher Seite des Bettes der US-Präsident morgen aufwachen wird oder wen er dann als "unsympathisch" empfinden könnte.

Die Präsidenten von Brasilien und Argentinien haben bereits die Möglichkeit der Schaffung einer bilateralen Währung erörtert. Dann gingen sie noch weiter und schlugen vor, über eine

Währung für alle lateinamerikanischen und karibischen Staaten nachzudenken. Luiz Inacio Lula da Silva schlug vor, dasselbe innerhalb der BRICS zu diskutieren. Dies ist bereits ein globaler und kein regionaler Ansatz für die Frage, was mit dem Währungssystem in einer Situation geschehen soll, in der die Amerikaner mit ihrem Dollar jede nur denkbare Ungerechtigkeit begehen.

Dieser Prozeß ist bereits im Gange. Saudi-Arabien verkauft sein Öl in Renminbi (Yian) an China. Rußland ist dabei, den Anteil der nationalen Währungen im Handel mit seinen wichtigsten Partnern auf 50 Prozent zu erhöhen. Und der Prozeß geht weiter und weiter. ...

Diese deutsche Übersetzung dieses Interview erschien zuerst auf Unser Mitteleuropa und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von dort übernommen. ...<<

11.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Februar 2023:

>>Dresden 1945: "Erst die Christbäume, dann die Bomben"

_ Von Ursula Wünsche

Ursula Wünsche, Jahrgang 1920, erlebte die Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 im Stadtteil Plauen mit. ...

Wenn ich zum Angriff auf Dresden berichte, so muß ich ein bißchen vorher anfangen. Die Schwester meiner Mutter wurde in Bayern komplett ausgebombt und kam 1944 mit zwei Söhnen nach Dresden zu ihrer Schwester. Unsere Wohnung hatte also schon "drei plus". Damit nicht genug. Breslau wurde geräumt, und die Cousinen meiner Mutter kamen mit einem Kind zu uns.

Es waren also allerhand Menschen in unserer Wohnung versammelt. Ich war kurz vorher ausgeflogen worden und lag in Dresden in einem Krankenhaus. Mein Bruder war in Itzehoe auf der Kadettenanstalt. Mein Vater war noch an der Front.

Der Abend war an und für sich wie immer. Wir saßen am Abendbrottisch und dann kam die Meldung: "Achtung, Achtung! Bomberanflug auf Dresden, es muß mit einem Angriff gerechnet werden. Die Bevölkerung wird gebeten sofort die Luftschutzräume aufzusuchen!"

Da Plauen ein Außenbezirk von Dresden ist, haben wir uns an und für sich in Sicherheit gewogen. Das war verkehrt. Den ersten Angriff verbrachten wir dicht gedrängt im Luftschuttkeller. Ich muß dazu sagen, wir hatten ein großes Geschäft, und die beiden großen Schaufenster waren nach dem Angriff natürlich eingedrückt, die Rollläden verbogen, der ganze Boden voll Glassplitter. Und der deutsche Hausfrauenwahnsinn zwang uns, das alles erst einmal wieder in Ordnung zu bringen. Es war ja vorbei, so dachten wir. Aber nichts war vorbei.

Der zweite Angriff erfolgte in einer Weise, die man heute nicht mehr nachvollziehen kann. Es gab keine Sirenen, es gab keine Warnungen. Die Bomber waren da. Die Christbäume standen am Himmel, taghell. Es war alles erleuchtet. Und dann folgten die Bomben. Das Schlimme war, daß meine Tante mit ihren Kindern und die beiden Cousinen mit dem Kind losrasten. Sie rasten hinaus, wollten draußen verrecken, aber nicht unter Trümmern verschüttet sein. Und meine Mutter ging auch.

Ich war ganz allein. Ich habe den Angriff zusammengedrückt an der Mauer der Weißeritz erlebt. Einkuschelt, ganz eng an die Mauer gedrückt habe ich alles gesehen. Wie der Feuersturm kam, wie die Funken waagerecht flogen, wie die Häuser abbrannten. Bebauung gab es bei uns jeweils nur auf einer Seite, dazwischen war das Wasser. Als ich wieder hochkam hatten wir nichts mehr. Das was wir gerade gemacht hatten war sinnlos gewesen, denn das Haus stand nicht mehr. Es brannte von oben nach unten durch in einer Geschwindigkeit, die man sich nicht vorstellen kann. Ich galt also als total ausgebombt.

Das was ich auf dem Leib hatte, konnte ich nicht mehr verwenden. Mein Mantel war voller Brandlöcher, Schuhe und Strümpfe waren weg. Ich hatte nur noch mich, so wie ich war. Ich habe dann später vom Hilfszug Dr. Goebbels eine Männerturnhose und ein Männerturnhemd

bekommen als notdürftige Bekleidung. Und wir haben zu Essen bekommen. Wir bekamen wirklich gut geschmierte Brote, damit wir überleben konnten. Ich habe mich dann bei meiner Tante und bei meinem Onkel auf der Reckestrasse in Dresden-Plauen in Sicherheit gebracht. Meine Tante hatte ihre Mutter aus Köln in Dresden untergebracht weil Dresden ja als sichere Stadt galt, die nicht angegriffen wird. Wir hatten kaum Splittergräben, wir hatten keine offiziellen Bombenkeller. Es gab nichts wo sich Menschen hätten in Sicherheit bringen können. Gar nichts. Und meine Tante bat mich nach ihrer Mutter zu sehen. Ich hatte einen Morgenmantel von meinem Onkel an. Mit dem bin ich durch die Stadt gelaufen.

Am Hauptbahnhof waren links und rechts die Leichenberge aufgetürmt. Ich bin nicht groß, etwa 1,60 Meter, aber ich konnte gerade so hochlangen. Links und rechts lagen nun die Toten und es verbreitete sich ein unbeschreiblicher Geruch. Ein fürchterlicher Geruch, der mich wochenlang verfolgt hat. Süßlich, faulig - es war furchtbar. Ich bin weiter gegangen und kam dann tatsächlich an.

Inmitten der Trümmer fand ich einen kleinen Trampelpfad, Menschen waren vor mir gegangen, gekrochen, geklettert - ich auch. Auf der rechten Seite kniete ein Mann, die Hände vorm Gesicht, das linke Bein ausgestreckt. "Oh, Gott", dachte ich. "Der hat jemanden gefunden, da mußt du hin." Nein, er war tot! Und die Luftmine - es muß eine Luftmine gewesen sein - hatte den gesamten Darmsack aus dem After getrieben, er hing wie eine riesengroße grünlich-bläulich schimmernde Beule hinter ihm. Es war furchtbar, es war ganz furchtbar.

Ich habe Tote gesehen, daß man es gar nicht mehr erfassen kann. Später waren sie auf dem Altmarkt dabei, mit Flammenwerfern die Leichen zu verbrennen. Aber was bis jetzt niemand gesagt hat, die Soldaten bzw. Angehörige des Militärs waren dabei den Toten zur Identifikation die letzten Dinge abzunehmen, die noch vorhanden waren. Ohringe, Ketten, Ringe, Uhren. Es war ein Wassereimer der voll war.

Das sind meine Erlebnisse an den Krieg und ich vergesse nichts. Wir sind nach 1945 jeden 13. Februar schweigend zur Ruine der Frauenkirche gelaufen. Wir haben dort gestanden, das Wetter mochte sein wie es wollte, still - haben unsere Kerzen entzündet und auf das Läuten der letzten Glocken gewartet. Das war eine Sache die sehr unter die Haut ging und ich hoffe, daß es auch weiterhin ein würdevolles Erinnern bleibt, ein würdevolles das wir den Toten schuldig sind!

(Quelle: dresden-gedenken.info)<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Februar 2023: >>Lawrow: "Auf zur großen Eurasischen Partnerschaft"

China und Rußland sind militärisch, geopolitisch und wirtschaftlich zwei Giganten. Doch können Sie zum beiderseitigen Nutzen zusammenarbeiten? Der russische Außenminister Sergej Lawrow antwortet darauf im fünften Teil seines Interviews mit Rossiya 24 und RIA Novosti. ...

_ Dmitri Kisseljow im Gespräch mit Sergej Lawrow

Eine Frage zu China. Die Beziehungen zu Peking machen rasche Fortschritte. Wir sind dabei, mit der VR China eine neue Weltordnung aufzubauen. Welche Berührungspunkte könnten wir haben? Oder gibt es vielleicht sogar einige Risiken? Es ist immer gefährlich, mit einem Riesen zu tanzen. Er könnte einem auf die Füße treten. Sind die Beziehungen zu China mit gewissen Risiken behaftet?

"Berührungspunkte" scheint eine sehr bescheidene Beschreibung unserer bilateralen Beziehungen zu sein. In unseren Erklärungen heißt es, daß wir zwar kein Militärbündnis gründen werden, daß diese Beziehungen aber über Militärbündnisse im klassischen Sinne dieses Wortes hinausgehen, weil es keine Einschränkungen, Grenzen oder Tabuthemen gibt. Besagte Beziehungen sind die besten in der gesamten Geschichte der UdSSR, der VR China und der Russischen Föderation.

Unser gemeinsames Interesse besteht in erster Linie darin, daß wir uns gemäß unseren nationalen Plänen entwickeln können, in Übereinstimmung mit den Normen des internationalen Handels (zum Teil gemäß WTO-Normen) und dem vom Westen geschaffenen System: den Bretton-Woods-Institutionen, dem IWF und der Weltbank. Als wir diesen Institutionen beitraten, gab es bestimmte Regeln, die wir akzeptierten. Es hat 17 Jahre gedauert, bis wir der WTO beigetreten sind. Wir akzeptierten die Regeln, die einen fairen Wettbewerb garantierten.

"USA können alles auf den Kopf stellen"

Jetzt ist auch dies alles zerstört. Die WTO hat die Arbeit des Streitbeilegungsgremiums (Dispute Settlement Body, DSB) blockiert, weil China Amerika auf seinem Gebiet und nach seinen Regeln "ausgespielt hat". China hat jedes Recht, eine Entschädigung zu fordern, und das Streitbeilegungsgremium würde diesen Fall sicherlich zu Chinas Gunsten entscheiden, wenn die Vereinigten Staaten die Arbeit dieses Gremiums zuließen.

Die Amerikaner blockieren lediglich die Ernennung neuer Mitglieder des Gremiums für die noch freien Stellen. Es gibt kein Quorum. Dies ist ein rein bürokratischer Ansatz, ein "sowjetischer Parteiansatz" im schlimmsten Sinne. Das geht nun schon seit vielen Jahren so. Weil China alle Streitigkeiten mit den USA gewonnen hat, hat die USA die WTO-Reform ins Leben gerufen, nachdem sie öffentlich verkündet hatten, daß sie sich auf die Interessen der USA und der EU stützen sollte. Ganz einfach: Anderen wird ihr Platz zugewiesen und gesagt, wie sie sich zu verhalten hätten!

Das Gleiche geschieht im Internationalen Währungsfonds. Wenn man die Kriterien anwendet, nach denen der IWF und die Weltbank gegründet wurden, könnten die BRICS-Länder heute eine größere Anzahl von Anteilen und Stimmen für sich beanspruchen, als in der derzeitigen Situation, in der die USA alle Entscheidungen im Alleingang blockieren und auf den Kopf stellen können - eine Situation, die sich eigentlich schon seit einigen Jahren abzeichnete.

Wenn alles gerecht wäre, würden wir den Leitern unseres Wirtschaftsblocks, die über die positiven Aspekte der Globalisierung sprechen, aufmerksamer zuhören. Diese Merkmale gibt es aber nicht mehr. Wir haben das früher erkannt, weil wir die ersten waren, die im Zusammenhang mit dem, was die USA über die Ukraine gegen uns geplant hatten, "einen Schlag einstecken" mußten.

"Es stehen Billionen auf dem Spiel"

Außerdem sind wir nicht so stark in dieses System eingebunden wie China, was den Handel betrifft. China hat US-Wertpapiere im Wert von 1,5 Billionen Dollar gekauft. Die Tiefe der Verstrickung Chinas in das derzeitige System, kann nicht mit unserer Lage verglichen werden. China ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Abhängigkeit zu verringern. Daran habe ich keine Zweifel. China hat bereits damit begonnen, diese Schritte einzuleiten. Dafür gibt es zahlreiche Anzeichen.

Peking wird mehr Zeit brauchen, um parallele Instrumente und Mechanismen zu schaffen, mit denen es sich gegen die Willkür der USA als Hauptverwalter des weltweiten Währungs-, Finanz- und Handelssystems in dieser Phase zu schützen vermag. Diese Mechanismen und Instrumente sollten jedoch nicht über Nacht entstehen. Andernfalls könnten sie schwerwiegende wirtschaftliche Verwerfungen auslösen, wenn man bedenkt, wie sehr die Volkswirtschaften der USA und Chinas miteinander verflochten sind, wobei Billionen von Dollar auf dem Spiel stünden.

Dieses Thema wird nicht nur diskutiert: Es wird ständig nach Möglichkeiten gesucht, neue Mechanismen zu schaffen. Dieser Prozeß führt zu einer Fragmentierung der globalen Mechanismen. Im Moment sind diese Mechanismen noch mit den USA und ihren Satelliten verbunden. Sie sind jedoch nicht mehr global und dienen nur einer Gruppe von Staaten. Wenn die Länder Lateinamerikas und der Karibik aufgefordert werden, über ihre eigenen Finanzinstrumente nachzudenken, so ist dies eher eine "Regionalisierung" der Globalisierung.

"Ressourcenverschwendung vermeiden"

In unserer Region schlug Präsident Wladimir Putin vor, sich mit den Integrationsprozessen im größeren eurasischen Raum zu befassen. Dazu gehören die EAEU, die ASEAN mit ihren weitreichenden Plänen und die SCO, die neben ihrer Sicherheitsagenda auch gute Verkehrs-, Logistik- und Wirtschaftsaussichten versprechen. An dieser Stelle möchte ich Chinas Seidenstraßeninitiative und das Abkommen über Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und ihren Mitgliedsländern einerseits und der Volksrepublik China andererseits erwähnen.

Auf dem Rußland-ASEAN-Gipfel in Sotschi 2015 schlug Wladimir Putin vor, die Pläne zu harmonisieren, anstatt die Positionen anderer Organisationen den Strukturen aufzuzwingen.

Widersprechen sich diese Projekte nicht gegenseitig?

Es gibt keine Widersprüche. Die Hauptsache ist, daß Doppelarbeit oder die Verschwendung von Ressourcen vermieden wird. Der Prozeß ist bereits in Gang gekommen. Es gibt eine Vereinbarung über die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Eurasischen Wirtschaftskommission und dem Verband Südostasiatischer Nationen sowie eine Vereinbarung zwischen der Eurasischen Wirtschaftskommission und dem Sekretariat der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit. Die SCO hat auch ein Memorandum mit ASEAN geschlossen.

Präsident Putin schlug vor, den Prozeß der Harmonisierung der Integrationsbestrebungen als die Bildung der Großen Eurasischen Partnerschaft (Greater Eurasian Partnership) zu bezeichnen. Bereits 2015 gab es die objektive Forderung, nach einer Alternative zur Globalisierung zu suchen, die uns viele Jahre lang aufgezwungen worden war, aber immer noch als mehr oder weniger zufriedenstellendes Arrangement angesehen wird. Die Alternative dazu ist die Große Eurasische Partnerschaft als Ausdruck eines Trends zur Regionalisierung globaler Prozesse.

Aber wie steht es um die Risiken? Es gibt die weit verbreitete Meinung, daß China so groß ist und wir so klein sind. Es könnte sich etwas ändern, und wir würden mit etwas Unüberwindbarem konfrontiert. Wie berechtigt sind solche Befürchtungen?

Man wirft uns auch vor, daß wir groß wären und alle um uns herum beleidigten. Es wird behauptet, daß den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht der ihnen gebührende Respekt entgegengebracht würde. Viele werden mit solchen Anschuldigungen kommen. Und es gibt auch viele, die uns mit China Angst einjagen wollen. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei um ein Spiel, das darauf abzielt, uns daran zu hindern, zu kooperieren und unsere Positionen in der Wirtschaft oder in internationalen Angelegenheiten zu koordinieren.

Es besteht kein Zweifel, daß die von Rußland und der VR China unterzeichneten Pläne den Interessen sowohl Moskaus als auch Pekings entsprechen. Sie definieren die Rolle unseres Landes nicht als untergeordnet. Diese Pläne sind für beide Seiten von Vorteil. Sie beschränken sich keineswegs auf Energielieferungen an China. Sie erstrecken sich auch auf den Weltraum, die Kernergietechnik und viele andere Hochtechnologiebereiche.

"Ihr Kampf gegen China wird viel Zeit brauchen"

Ich möchte daran erinnern, daß der Westen Rußland und China als Autarkien und Hauptbedrohung bezeichnet hat. Unser Land stellt eine unmittelbare Gefahr dar, die irgendwie sofort im Keim erstickt werden muß. Ihr Kampf gegen China wird mehr an Zeit verlangen.

Der Westen will, daß China an uns keine Militärhilfe leistet. Das ist ein routinemäßiger Vorwurf auch an die Demokratische Volksrepublik von Korea (DVRK), den Iran und andere Länder in der ganzen Welt. Unsere Verteidigungsindustrie funktioniert. Alles wird gut.

Wir mögen es nicht und halten es für inakzeptabel, wenn auf der internationalen Bühne schamlos Entscheidungen gefördert werden, die nur den USA und ihren Satelliten nützen. Wir werden uns gegen diese Praxis zur Wehr setzen.

Sind Sie für den Frieden?

Ich bin für den Frieden ohne Wenn und Aber! Ich kann mich nicht erinnern, aber jemand aus der Antike hat einst gesagt: "Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg." ("Si vis pacem para bellum" - Marcus Tullius Cicero). Ich teile diese Philosophie nicht. Doch, ich würde es so formulieren:

"Wenn du Frieden willst, sei immer bereit, dich zu verteidigen."

Ich denke, daß wir aus der gegenwärtigen geopolitischen Situation gestärkt hervorgehen werden und in der Lage sein werden, uns in jeder Situation noch besser zu verteidigen.

Diese deutsche Übersetzung dieses Interview erschien zuerst auf Unser Mitteleuropa und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von dort übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Februar 2023: >>Nuland? Schuldig an der Nord Stream-Sabotage!

Von Wolfgang Eggert

Auch am Tag 2 nach den Enthüllungen von Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh zur Skandal-Sprengung der deutsch-russischen Versorgungslinie Nord Stream 2 nehmen die Diskussionen kein Ende. ...

Nach Hersh's Informationen wurden die Explosivmittel im Juni 2022 von Kampfschwimmern der US-Marine unter dem schützenden Deckmantel der NATO-Übung BALTOPS 22 angebracht und drei Monate später mittels einer Signalboje fernegezündet. Einem Informanten zufolge waren sich die Teammitglieder völlig im Klaren darüber, daß sie an einer "Kriegshandlung" teilnahmen. Das sei auch der Grund für Warnungen aus den Reihen von CIA und Außenministerium gewesen. Tenor: "Wenn das auffliegt, werden wir einen politischen Albtraum erleben."

Unverhohlene Drohungen

Doch selbst höchste Regierungsvertreter schien das nicht zu interessieren. Sowohl US-Präsident Biden als auch seine Ostbeauftragte im Außenministerium, Victoria Nuland, hatten vor der Pipeline-Explosion unmißverständlich klargestellt, daß man dem deutsch-russischen Gasversorgungsprojekt Nord Stream 2 "ein Ende machen" werde.

Solche Aussagen fielen noch im Januar und Februar 2022. Biden erhob seine Drohung sogar im Zuge einer Pressekonferenz, während er direkt neben dem deutschen Bundeskanzler stand. Auf die Frage einer Journalistin, wie er das denn anstellen wolle, da die Pipeline doch in der Entscheidungsgewalt Deutschlands liege, kam die kryptische Antwort: "Ich verspreche Ihnen, wir werden dazu in der Lage sein."

Nuland stark befriedigt

Nuland zufolge war der deutschen Seite in "harten, offenen Gesprächen" klargemacht worden, daß - sprächen in der Ukraine die Waffen - die Pipelines ihr Ende fänden, "so oder so". Als dieser Job getan war, verkündete diese Frau in einer öffentlichen Senatsanhörung ihre "starke Befriedigung, zu wissen, daß Nord Stream jetzt ein Haufen Schrott am Grund des Meeres ist". Sie denke, auch für die ganze US-Administration sprechen zu können.

Nulands Beitrag zur Aufheizung der Ostpolitik ist keineswegs neu. Die Scharfmacherin ist mit dem neokonservativen Regierungsberater Robert Kagan verheiratet, ebenfalls ein Heißsporn, der in George W. Bush's 9/11- Kriegen seine Rolle spielte.

Beide wußten stets, die typisch amerikanische Struktur nichtgewählter Nebenregierungen zu nutzen: Lobbies, Pressure Groups und Think Tanks wie das zum Krieg treibende "Project for the new American Century", oder auch die RAND-Corporation; deren Studie "Weakening Germany" im Grunde auf eine Zerstörung der deutschen Wirtschaft hinauslief, wenn sie denn echt und keine Fälschung ist, wie hartnäckig behauptet.

Doch selbst, wenn dieses am 25. Januar 2022 an US-Regierungsbehörden versandte Memo-

randum von russischen Berufstrollen stammt, so bleibt der beunruhigende Fakt bestehen, daß RAND etliche derartige Strategiepapiere verfaßt hat, die bereits in veröffentlichter Version zeigen, welches Geistes Kind man dort ist.

Allein schon die Vorteilsnahmen, die im Vorfeld der Tat offen geäußerten Wünsche und drohenden Absichtserklärungen würden bei jedem Kriminalermittler zu einer sofortigen Verhaftung der Verdächtigen führen. Im Fall Nord Stream 2 aber konnten die Bösewichte ziemlich ungeniert agieren.

"Es ist erledigt"

Hacker KimDotCom traute seinen Augen nicht, als er - legal, wie er behauptet - auf eine Nachricht stieß, welche die britische Premierministerin Liz Truss auf ihrem iPhone dem amerikanischen Außenminister Blinken nur eine Minute nach Explosion der Nord Stream-Pipeline geschickt hatte. "It's done" stand dort. "Es ist erledigt." Und natürlich erinnern wir uns an den Tweet von Polens früherem Außenminister Radoslaw Tomasz Sikorski nach der Untat. Er lautet in geradezu rekordverdächtiger Offenheit: "Thank you, USA!"

London - Warschau - Washington - Moskau - Berlin ... Beängstigend viel erinnert an die Dunkeldiplomatie des Jahres 1939. Und die führte direkt in einen Weltkrieg. ...<<

12.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Januar 2023:

>>Lafontaine: Seine "Kriegs-Erklärung" an die US-Hörigen

Oskar Lafontaines jüngst erschienene Streitschrift: "Ami, it's time to Go! Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas" versucht die Kriegsursachen in der Ukraine zu klären. ...

_ Von *Karsten Frey*

Oskar Lafontaine, SPD-Chef von 1995 bis 1999 und Fraktionsvorsitzender der Linken von 2005 bis 2009, ist für eine klare Sprache bekannt. Diese Tugend zeichnet auch sein neues Buch "Ami, it's time to go: Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas" aus. Das Buch ist eine "Kriegs-Erklärung" im doppelten Sinne, denn es ist auch ein Generalangriff auf die Glaubensgewißheiten der Bundesbürger.

Am Gängelband Washingtons

Seine Botschaften sind so verstörend wie einfach: Presse und Medien sind ein gesteuerter Propagandaapparat, mehr Lücken- als "Lügenpresse", die USA sind ein aggressiver Staat, sie gefährden den Frieden wie kein anderes Land, und die Bundesrepublik ist kein freies Land, sondern ein "Protektorat" am Gängelband der USA.

Beginnen wir bei den Medien. Sie liefern nach Lafontaine ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit.

Das zeige sich an der Berichterstattung über den Ukraine-Krieg. Das Gerede von der Alleinschuld Rußlands gehört für Lafontaine ins Reich der Märchen. Schließlich hätten die USA seit den 90er Jahren eine Politik zur "demokratischen Eroberung" der Ukraine betrieben, hätten 2014 einen Putsch auf dem Majdan organisiert und mit dem Schauspieler Selenski eine Marionetten-Regierung in der Ukraine installiert, die den Willen der USA exekutierte.

Damit sei Gorbatschows Traum von einem gemeinsamen "europäischen Haus" systematisch zerstört worden. Die Vorgeschichte des Krieges sei vergessen worden. Bei jedem Krieg komme es nämlich nicht auf den ersten Schuß an, sondern darauf, wer die Provokation begonnen habe. Die "Vorkriegsgeschichte" sei ganz verdrängt worden.

"Das Pentagon kann jede Lüge verbreiten"

Die Drahtzieher dieser Verdrängung liegen nach Lafontaine auf der Hand: "Das Pentagon kann jede Lüge verbreiten", die "westliche Propagandapresse" würde sie ungeprüft schlucken. Für Lafontaine leben wir in einer riesigen Propagandablase. Für einen Politiker, der über Jahrzehnte im Mittelpunkt des medialen Interesses stand, sind das ungewöhnliche Töne. Gibt hier ein Insider sein Wissen preis? Oder ist Lafontaine jetzt in das Lager der sogenannten Ver-

schwörungstheoretiker gewechselt?

Zu behaupten, der Konflikt um die Ukraine habe mit dem 24. Februar 2020 begonnen, nennt Lafontaine eine "verlogene Propaganda". Die beherrsche die öffentliche Meinung, denn "eine freie öffentliche Debatte findet hier nicht mehr statt". Das letzte abschreckende Beispiel für den "erbärmlichen Zustand in dem sich Politik und Journalismus befinden, war die Reaktion auf den ungeheuerlichen Anschlag" auf die Gaspipeline Nord Stream 1 und 2. Lafontaine konstatiert, "niemand wage das Offensichtliche beim Namen zu nennen".

Weiter stellt Lafontaine fest: "Völlig verblödete Journalisten spekulierten über eine Täterschaft der Russen."

Das Ausmaß der Beschränktheit erinnere ihn an den Orwellschen Satz: "Wenn die Lüge nur lange genug wiederholt wird, dann wird sie irgendwann zur Wahrheit."

Mit der Frage nach den "Big Brother" sind wir bei der zweiten Stoßrichtung von Lafontaines "Kriegs-Erklärung". Sie wendet sich gegen die USA. Durch eine Art von Hirnwäsche sei uns ein "Mythos Amerika" eingepflanzt worden, nach dem die USA Vorkämpfer für eine gerechte und freiheitliche Weltordnung seien. In Wirklichkeit jedoch seien sie eine selbstsüchtige und aggressive Weltmacht. In der Ukraine führten sie einen Stellvertreter-Krieg, nach Aussagen von US Politikern seien sie bereit, "bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen".

Vielleicht auch bis zum letzten Europäer. Sie wären bereit, einen begrenzten Atomkrieg in Europa zu führen, bei dem von ihrem "strategischen Brückenkopf" nicht viel übrig bliebe. Der Kern der US-Strategie sei altbekannt. Es gelte, jeden auch nur potentiellen Rivalen auf der Weltbühne mit allen Mitteln aus dem Wege zu räumen. Gegner seien nicht nur Rußland und China, sondern auch ein unabhängiges Europa. ...<<

13.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Februar 2023:

>>Dresden 1945: Wir gedenken der Opfer des Bombenterrors

Von *Jan von Flocken*

Heute vor 78 Jahren versank die mit Flüchtlingen aus dem Osten überfüllte Barockstadt Dresden im Feuersturm. Die Opfer des angloamerikanischen Bombenterrors werden seit der Wiedervereinigung systematisch verhöhnt. Wir erinnern an sie - und treten für die Wahrheit ein.

...

161 deutsche Städte versanken während des Zweiten Weltkriegs im Bombenterror aus der Luft - von Köln bis Magdeburg, von Pforzheim bis Potsdam. Ein besonders grausiges Fanal setzte die Bombardierung der sächsischen Hauptstadt, des europäischen Kulturzentrums Dresden am 13./14. Februar 1945 durch US-amerikanische und britische Bombergeschwader. Bei diesem Angriff wurde die Stadt zu zwei Dritteln zerstört.

Terror gegen die Zivilbevölkerung

Den beteiligten Besatzungen der 1., 3. und 5. Bomber Group wurde in ihrer Einweisung am Vormittag des 13. Februar verkündet:

"Dresden besitzt wie andere Großstädte ein umfangreiches Netz von Telefon- und Eisenbahnverbindungen und ist von großer Bedeutung für die Kontrolle der Verteidigung." Außerdem sei die Stadt "mit westwärts strömenden Flüchtlingen überfüllt, und es sind Unterkünfte nunmehr sehr begehrt". Der Angriff erfolge auch, "um den Russen zu zeigen, was das Bomber Command anrichten kann".

Tatsächlich richtete das Bomberkommando Schauerliches an. Die Zivilbevölkerung wurde regelrecht hingeschlachtet. Nur der einzig strategisch wichtige Punkt, der Flughafen Dresden-Klotzsche mit den benachbarten Kasernen und Materiallagern, blieb von den Angriffen verschont. Auch die Bombardierung des Verkehrsknotenpunktes Dresden spielte im Hinblick auf die Auswirkungen nur eine Nebenrolle. Schon nach 48 Stunden konnte der Verkehr auf den Hauptgleisen wieder aufgenommen werden.

Die Zahl jener Menschen, die damals den Bombenangriffen zum Opfer fielen, wird sich nie exakt ermitteln lassen. 1939 zählte die Stadt 629.000 Einwohner. Fünf Jahre später waren noch 567.000 Personen erfaßt. Belegt ist, daß sich nach dem Vorstoß der Roten Armee im Januar 1945 mehrere zehntausend Flüchtlinge aus Schlesien (die Schätzungen reichen bis zu 500.000) in der Stadt aufhielten; hinzu kamen noch tausende Evakuierte aus anderen Landesteilen.

Wegen dieser Unklarheiten hielten sich Historiker auch bis Ende der 1980er Jahre weitgehend mit genauen Zahlenangaben zurück. Das sei an drei Beispielen der bundesdeutschen Geschichtsdarstellung aus dem Jahr 1988 illustriert.

In der Chronik des Jahres 1945, herausgegeben vom Dortmunder Harenberg Verlag, hieß es: "Die Schätzungen belaufen sich auf 60.000 bis 245.000 Tote".

In seinem Werk Geschichte des Zweiten Weltkriegs schrieb Mathias Färber von "einer Feuerhölle, in der nach zuverlässigen Ermittlungen etwa 100.000 Menschen ums Leben kamen". Und in der Chronik der Menschheit ist die Rede von "mindestens 60.000 Menschen. Schätzungen reichen sogar bis zu 245.000 Opfern".

Die mehrfach genannte Zahl 245.000 basiert auf einer Ermittlung der Joint Relief Commission des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Jahr 1948. 1954 unternahm das Statistische Bundesamt in Wiesbaden den Versuch, aufgrund des vorhandenen Schriftmaterials eine Bilanz der deutschen Verluste im Luftkrieg 1939-1945 zu verfassen. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß in Dresden etwa 60.000 Menschen dem Bombenterror zum Opfer fielen.

Die Deutschen als sogenanntes Tätervolk

Seit der Wiedervereinigung 1990 herrscht jedoch in der Politik das bizarre Bestreben, die Deutschen als beispiellos ruchloses Tätervolk zu brandmarken und im Gegenzug etwaige deutsche Opfer entweder zu bestreiten oder ihre Zahl so gering wie möglich zu halten.

Der DDR-Historiker Olaf Groehler, ein profunder Kenner der Materie, schrieb 1990 in seinem Kompendium Bombenkrieg gegen Deutschland noch zurückhaltend: "Aufgrund der Bergung von Opfern ... kann aber davon ausgegangen werden, daß die Zahl der bei diesen Februarangriffen auf Dresden ums Leben gekommenen Personen mindestens bei 30.000 liegt; sie kann sich jedoch auch auf 40.000 belaufen."

Allerdings verwickelt sich Groehler hier in Widersprüche, wenn er sich auf den Bericht des Befehlshabers der deutschen Ordnungspolizei vom 22. März 1945 beruft. In diesem Rapport ist von bisher 18.375 geborgenen Toten die Rede, aber auch von 35.000 als vermißt gemeldeten Personen, die in größter Zahl unter die Toten zu rechnen sein dürften.

Als 2002 Jörg Friedrichs Buch Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945 erschien und der Autor schrieb, die Alliierten hätten an einem "entlegenen und unerheblichen Ziel" wie Dresden ihre Macht demonstrieren wollen und er überdies die Zahl der Todesopfer mit 40.000 bezifferte, schritt die Politik ein.

Es begann ein unwürdiges Gezerre und Gefeilsche. Daß tausende Menschen durch den Feuersturm vollständig verbrannt waren und nicht mehr als Tote registriert werden konnten, wurde als Legende abqualifiziert. Auch die verheerenden Angriffe amerikanischer Tiefflieger an den Elbwiesen hätten nie stattgefunden - all dies sei eine kollektive Halluzination der Dresdner Bevölkerung gewesen.

Sogar das Argument, in den Berichten von Besatzungen der US-Luftwaffe wären keinerlei Vorstöße im Tiefflug auf wehrlose Zivilisten vermerkt, ist nicht zu billig, um herangezogen zu werden. Groehler hierzu: "Das klingt wenig wahrheitsgetreu, denn rühmens- und berichtenswert mochte auch den amerikanischen Piloten diese Art von Luftkriegführung nicht erscheinen."

Um ein kanonisch wirkendes und möglichst niedriges Maß an Todesopfern zu dokumentieren, wurde von der Politik eine Historikerkommission eingesetzt, die am 17. März 2010 in ihrem

Abschlußbericht wunschgemäß zu dem Ergebnis kam, es seien "bislang etwa 18.000 Dresdner Luftkriegstote nachgewiesen worden". Man gehe von "maximal 25.000 Menschen aus", die ums Leben gekommen seien.

Kaum war der Bericht erschienen, tauchten Dokumente auf, wonach damals 20.100 Leichen namentlich und 2.600 anonym bestattet worden seien. Flugs mußte die Mindestzahl korrigiert werden. Doch das Quantum von 25.000 zu bezweifeln, ist heutzutage schon fast ein strafbares Delikt.

Sinnloser Massenmord

Immerhin beschleichen manche Publizisten doch Zweifel, was den Fall Dresden 1945 betrifft. Der politisch überaus korrekte Bertelsmann-Verlag läßt seine Autoren in einer Neuen Chronik der Weltgeschichte (2010) zu dem Resultat gelangen: "Mehr als 35.000 Menschen kamen ums Leben."

Wem diese Zahlenakrobatik angesichts unschuldiger Opfer zu geschmacklos erscheint, darf sich auf das Standardwerk des Historikers Janusz Piekalkiewicz über den Zweiten Weltkrieg berufen: "Der Angriff auf Dresden hat weder den Krieg verkürzt noch den Vormarsch der Sowjets beeinflußt. Die Stadt liegt selbst am Tage der Kapitulation noch immer nicht im unmittelbaren Kampfgebiet."

Der britische Philosoph und Historiker Anthony C. Grayling schreibt in seinem Buch Die toten Städte (2007): "Das Ausmaß der Gleichgültigkeit gegen Menschenleben und menschliches Leid, das sich darin zeigt, daß man eine ganze Stadt bombardiert, bloß um eine Kaserne oder Fabrik zu zerstören, bleibt schuldhaft."

Die Zahl der Opfer in Dresden berechnet Grayling übrigens mit "über 30.000".<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Februar 2023: >>Polnischer Sender: "Ja, es wurden Deutsche getötet"

Von *Sven Reuth*

Nun ist auch auf der Netzseite von Wydarzenia, der Nachrichtensendung von Polsat, also dem zweitgrößten polnischen Fernsehsender, ein ausführlicher Beitrag über das COMPACT-Geschichtsheft "Polens verschwiegene Schuld" erschienen. Wieder werden hier ausführlich Stimmen zitiert, die ein Verbot des Heftes androhen. So wird Polens Vize-Außenminister Arkadiusz Mularczyk mit folgender Äußerung zitiert:

"Wir haben beschlossen, daß unsere Botschaft einen Brief an diese Zeitung schicken wird, in dem wir die Einstellung dieser Art von Veröffentlichung fordern werden, unter Androhung eines Gerichtsverfahrens."

"Es gab Verbrechen"

Gleichzeitig geht der Autor des Textes, Jakub Krzywiecki, aber auch ausführlich auf die Inhalte des Heftes ein - und bestätigt (!) sogar teilweise deren Richtigkeit. So räumt der angefragte Professor Marek Bialokur, Professor in der oberschlesischen Stadt Oppeln, mit Blick auf das von Polen nach dem Krieg betriebene Konzentrationslager Lamsdorf ein:

"Wir haben das Beispiel von Lamsdorf, einem deutschen Lager in der Region Opole, wo es eine Gruppe von Menschen gab, die umgesiedelt werden sollten. Ja, die Bedingungen waren schwierig und es gab Verbrechen, wie im Herbst 1945, als der Kommandant des Lagers, Czeslaw Geborski, Dutzende Menschen tötete. Andererseits sind die Gegenüberstellung und der Vergleich der Bedingungen, unter denen sie mehrere Monate lang funktionierten, mit dem, was die Deutschen geschaffen haben, völlig unvereinbar."

Leider läßt sich der Historiker aus Oppeln in einem weiteren Zitat dann aber zu einer falschen Aussage hinreißen. So bemerkt Bialokur mit Blick auf den Bromberger Blutsonntag, einem von polnischen Bürgern Anfang September 1939 verübten Massaker an deutschen Zivilisten, dieses sei durch Schüsse von deutschen Freischärlern ausgelöst worden.

Falsche Behauptungen über deutsche Freischärler

Falsch! Selbst der Welt-Autor Sven Felix Kellerhoff, der nun sicherlich nicht im Verdacht steht, ein "Rechter" zu sein, stellte mit Blick auf die damaligen Ereignisse und insbesondere auf die angeblichen Schüsse fest, daß es sich um "unbelegte Behauptungen" handele und es nie geklärt werden konnte, "woher die Geräusche gekommen waren."

Dies zeigt, wie wichtig es ist, sich antideutschen Geschichtsmythen entgegenzustellen und diese nicht unwidersprochen zu lassen. Erfreulich ist aber immerhin, daß das COMPACT-Geschichtsheft "Polens verschwiegene Schuld" der Aufhänger ist, daß man sich nun auch in Polen wenigstens ansatzweise auch einmal mit Verbrechen an Deutschen beschäftigt - wenigstens die im Lager Lamsdorf begangenen Verbrechen leugnet ja auch Marek Bialokur nicht.<<

14.02.2023

BRD: Die politische Webseite "anti-spiegel" berichtet am 14. Februar 2023 (x1.266/...):

>>Nord-Stream-Sprengung

Warum der größte Terroranschlag der Geschichte nicht untersucht wird

Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines war der größte Terroranschlag der Weltgeschichte. Während 9/11 zur Aktivierung von Artikel 5 der NATO geführt hat und eine Untersuchung zumindest vorgetäuscht wurde, findet bei Nord Stream gar keine Untersuchung statt.

Von *Thomas Röper*

Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines war nach Schadenssumme der größte Terroranschlag in der Weltgeschichte. Der Gesamtschaden von 9/11 betrug nach Schätzungen der Versicherungswirtschaft inklusive aller damit in Verbindung stehenden Kosten (Lebensversicherungen, Betriebsausfallversicherungen, etc.) etwa 50 Milliarden Dollar.

9/11 und die Nord-Stream-Sprengung

Die Nord-Stream-Sprengung dürfte ein Mehrfaches davon an Schäden verursacht haben, denn bei den Anschlag wurden nicht nur die Pipelines im Wert von knapp 20 Milliarden Dollar zerstört, sondern als Folgeschäden fallen auch entgangene Gewinne der deutschen Gasimporteure an, die das billige russische Gas mit Gewinn weiterverkauft haben, und auch die Verluste der deutschen und europäischen Wirtschaft insgesamt durch die nun dauerhaft wesentlich höheren Energiekosten muß man bei der Berechnung des finanziellen Schadens mit einbeziehen.

Bei 9/11 gab es einen riesigen Hype (was angesichts der von den Medien verbreiteten Bilder und der vielen Toten verständlich war), bei Nord Stream hingegen herrscht bei Medien und Politik im Vergleich dazu Schweigen im Walde, obwohl die Folgen des Terroranschlages für die Menschen in Deutschland und Europa immens sein werden, denn es drohen Abwanderungen von Firmen, also Arbeitslosigkeit, und dauerhaft empfindlich höhere Lebenshaltungskosten.

Bei 9/11 wurde wegen des angeblichen Angriffs auf die USA zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte Artikel 5 des NATO-Vertrages aktiviert, also der Verteidigungsfall ausgerufen. Die Folge war der "Krieg gegen den Terror". Bei der Sprengung der Nord Streams, was ebenfalls ein Angriff mindestens auf das NATO-Mitglied Deutschland war, redet niemand von einer Reaktion auf den - gemäß Völkerrecht - Kriegsakt gegen Deutschland und die anderen EU und NATO-Staaten, die an den Pipelines beteiligt waren.

Eine Untersuchung ist nicht gewollt

Da die Sprengung der Nord Streams nicht nur die an der Pipeline beteiligten deutschen und europäischen Firmen betrifft, die nun Investitionen in Milliardenhöhe abschreiben müssen, sondern auch jeden einzelnen Menschen in Deutschland und Europa, weil die Lebenshaltungskosten durch die höheren Energiepreise steigen werden und weil die Abwanderung von Industrien, die woanders dank billigerer Energie günstiger produzieren können, Arbeitsplätze kosten wird, sollte man meinen, daß die Regierungen - vor allem die Bundesregierung als Hauptbetroffene - ein Interesse an der Aufklärung des Terroranschlages haben sollten.

Und da es alle Menschen auch direkt betrifft, sollte man in einer Demokratie davon ausgehen, daß die Menschen transparent über die Ergebnisse der Untersuchung informiert werden.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Die Bundesregierung ist an einer Aufklärung nicht interessiert. So hat die Regierung zwar das Mehrzweckboot der Bundesmarine MITTELGRUND zum Tatort entsandt, aber an Bord befanden sich keine Taucher und Sprengstoffexperten der Bundeswehr. Statt dessen waren Taucher und Sprengstoffexperten der Bundespolizei an Bord, die aber nicht zum Einsatz kamen, weil sie die nötige Ausrüstung für einen Tauchgang bis auf eine Tiefe von 70 Metern gar nicht dabei hatten. Die MITTELGRUND hat offenbar nur Vergnügungsfahrten zum Tatort veranstaltet, aber ermittelt wurde dabei nicht.

Die AfD-Fraktion im Bundestag hat der Bundesregierung eine Kleine Anfrage zum Stand der Untersuchungen gestellt, die 55 Fragen umfaßte. Die Bundesregierung hat die Beantwortung fast aller Fragen mit dem Verweis auf "Geheimhaltungsinteressen" abgelehnt. Sogar die Antwort auf die Frage, wer nach Meinung oder Erkenntnis der Bundesregierung ein Motiv für die Sprengung gehabt haben könnte, wurde mit dem Verweis auf "Geheimhaltungsinteressen" verweigert. Die Details zu all dem finden Sie hier.

Was ist so geheim?

Wie gesagt sollte man in einer Demokratie meinen, daß ein so weitreichendes Schadensereignis, das jeden einzelnen Bürger in Deutschland direkt betrifft, transparent aufgearbeitet wird. Aber das passiert nicht, statt dessen ist alles geheim. Daher stellt sich die Frage, was daran so geheim sein könnte, daß die Bundesregierung sogar Antworten auf die einfachsten Fragen mit dem Verweis auf "Geheimhaltungsinteressen" verweigert.

Die erste Möglichkeit ist, daß die Bundesregierung wirklich nichts weiß, keine Ermittlungen durchführt und auch keine Informationen von anderen Staaten bekommen hat. Das halte ich für ausgeschlossen, zumindest von Schweden, das den Tatort unmittelbar nach den Explosionen für den Schiffsverkehr gesperrt und untersucht hat, dürfte die Bundesregierung Informationen bekommen haben, was sie ja auch selbst mitgeteilt hat.

Das bedeutet, daß die Bundesregierung schon lange mehr oder weniger eindeutige Hinweise auf die Täterschaft haben muß. Das bestätigt die Bundesregierung ja auch, indem sie indirekt zugibt, etwas zu wissen, die Freigabe der Informationen jedoch mit dem Hinweis auf "Geheimhaltungsinteressen" verweigert.

Rußland wird vom Westen inklusive der Bundesregierung seit Jahren aller Sünden dieser Welt beschuldigt, selbst dann, wenn keine belastbaren Hinweise in Richtung Rußland vorliegen, bloße Beschuldigungen reichen dafür aus. Gäbe es Hinweise auf eine russische Täterschaft, würde die Bundesregierung Rußland beschuldigen. Für Zurückhaltung gäbe es keinen Grund, und es gab in der jüngeren Vergangenheit auch keinen Fall, in dem die Bundesregierung sich mit lautstarken Anschuldigungen gegen Rußland zurückgehalten hätte.

Hinzu kommt, daß eine russische Täterschaft ein hervorragender Vorwand für neue Sanktionen wäre, allerdings gibt es ja kaum noch etwas, was die EU sanktionieren könnte. Aber medial würde eine russische Täterschaft bis zum Erbrechen ausgeschlachtet werden, um das gewollte anti-russische Feindbild zu verstärken.

Rußland war es also wohl nicht, aber wer kommt dann in Frage?

Die Drohung des senilen US-Präsidenten

Dann bleiben nur noch "NATO-Partner" als mögliche Täter übrig. Auch ohne den Hersh-Artikel, der die USA als Täter benennt und ausführlich beschreibt, wie das abgelaufen ist (und für den ich aus eigener Quelle eine Bestätigung habe) deutete alles auf die USA als Täter, oder zumindest als Auftraggeber, hin, wobei man - vor Erscheinen des Hersh-Artikels - auch vermuten konnte, daß ein anderer Staat die Drecksarbeit gemacht hat.

Diese Vermutungen sind nun vom Tisch, denn Hersh hat ausführlich berichtet, daß die oberste Sorge der Planer die Geheimhaltung war, weshalb alles so organisiert wurde, daß nicht einmal

der US-Kongreß informiert werden mußte, um die Zahl der Mitwisser auf das absolute Minimum zu beschränken. Den Auftrag an andere, zum Beispiel britische Spezialeinheiten, abzugeben, hätte die Zahl der Mitwisser um ein Vielfaches erhöht. Das war bei diesem heiklen Auftrag nicht gewollt.

Das bedeutet im Klartext, daß die Bundesregierung wohl genau weiß, daß die USA die Pipelines gesprengt haben. Das ist auch kein Wunder, schließlich stand Bundeskanzler Scholz neben US-Präsident Biden, als dieser am 8. Februar 2022 offen gesagt hat:

"Wenn Rußland einmarschiert, also Panzer oder Truppen wieder die Grenze zur Ukraine überqueren, wird es kein Nord Stream mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen."

Gemäß dem Hersh-Artikel waren die Planungen für den US-Angriff zu dem Zeitpunkt, als Biden das sagte - also bereits vor der russischen Intervention in der Ukraine - schon weit fortgeschritten und Biden persönlich hat die Entscheidung getroffen und angeordnet, die Pipelines dauerhaft zu zerstören.

Der senile US-Präsident wußte also sehr genau, was er da sagte. Ich bezeichne Biden in diesem Fall nicht ohne Grund als "senil", denn die oberste Prämisse war Geheimhaltung, weshalb die Planer des Angriffs auf die Pipelines - laut Hersh - schockiert waren, daß der senile Präsident so offen über eine der wohl geheimsten aller geplanten US-Operationen gesprochen hat.

Die US-Kolonie Deutschland

Damit steckt die Bundesregierung in einem Dilemma. Das gilt allerdings nicht für die Grünen, die als bekennende Anti-Deutsche die Sprengung der Pipelines, also einen Kriegsakt gegen Deutschland und die deutsche Wirtschaft, auf ihrem Parteitag gefeiert haben.

Aber zumindest Teilen von SPD und FDP dürfte klar sein, was geschehen ist. Aber was sollen sie tun? Die deutsche Öffentlichkeit darüber informieren, daß der angebliche Freund und Verbündete USA Deutschland de facto den Krieg erklärt und auch schon angegriffen hat? Das entspräche zwar der Wahrheit, aber dummerweise ist Deutschland immer noch von den USA besetzt und es stehen zehntausende US-Soldaten in und um Deutschland herum bereit, um die Besetzung notfalls auch mit "Nachdruck" aufrechtzuerhalten.

Deutschland ist eine Kolonie der USA, das zeigt dieser Vorfall wieder deutlich. Deutschland unterscheidet sich in nichts von zum Beispiel Indien im 19. Jahrhundert, als die Kolonialmacht Großbritannien Entscheidungen getroffen hat, die Indien offen geschadet, es ausgebeutet und in der Abhängigkeit von London gehalten haben.

Oder nehmen wir Südafrika, das als britische Kolonie nicht am Ersten Weltkrieg teilnehmen wollte, dessen von London abhängige Regierung aber gegen den Willen der Mehrheit im Land den Kriegsbeitritt beschloß und 140.000 Südafrikaner in den Krieg nach Europa schickte, was sogar zu einem Aufstand gegen die Kriegsteilnahme, zur sogenannten Maritz-Rebellion, führte.

Die Bundesregierung verhält sich exakt so, wie es die Regierungen der Kolonien seinerzeit getan haben. Die Kolonien hatten eigene Regierungen, die aber von der Gnade Londons abhängig waren, egal, wo die Wähler in den Kolonien bei Wahlen vorher ihr Kreuzchen gemacht hatten. Das gleiche erleben wir gerade in Deutschland, wo die Bundesregierung so viel Angst vor dem Kolonialherren in Washington hat, daß sie nicht einmal Fragen zur Sprengung von Nord Stream stellt.

In Washington wird es übrigens keineswegs bestritten, daß Deutschland und die anderen NATO- und EU-Staaten Kolonien der USA sind. Im Gegenteil: Führende US-Geostrategen sagen es ganz offen. Zbigniew Brzeziński bezeichnete die europäischen Länder in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" beispielsweise als "tributpflichtige Vasallen" der USA, was auch eine sehr treffende Formulierung ist.

Den USA dienen

Die deutschen Grünen sind die willigsten Erfüllungsgehilfen der USA, wie Bundeswirt-

schaftsminister Habeck bei seinem Antrittsbesuch bei seinen Vorgesetzten in Washington Anfang März 2022 offen gesagt hat und worüber die der Focus seinerzeit berichtet hat:

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Diese Worte sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck bei seinem zweitägigen Besuch in Amerika. In den USA sei man erfreut, daß Deutschland bereit sei, "eine dienende Führungsrolle auszuüben."

Damit war schon vor der Sprengung der Nord Streams alles gesagt und daher wird auch es keine Untersuchung und keine Aufklärung der Sprengung der Nord Streams geben: Die Bundesregierung sieht ihre Rolle darin, den USA - und nicht den Menschen in Deutschland - zu dienen.

Daß auch Baerbock offen sagte, sie werde die Ukraine unterstützen (also den Interessen der USA dienen), "unabhängig davon, was meine deutschen Wähler denken", rundet das Bild weiter ab.

In meinem neuen Buch "Putins Plan - Mit Europa und den USA endet die Welt nicht - Wie das westliche System gerade selbst zerstört " gehe ich der der Frage, worum es in dem Endkampf der Systeme - den wir gerade erleben - wirklich geht. Wir erleben nichts weniger als den Kampf zweier Systeme, in dem Vladimir Putin der Welt eine Alternative zum neoliberalen Globalismus anbietet. Wurden die Bürger im Westen gefragt, ob sie all das wollen, ob sie zu Gunsten des neoliberalen Globalismus auf ihren Wohlstand und ihre Freiheiten verzichten wollen?

Autor: Anti-Spiegel

Thomas Röper, geboren 1971, hat als Experte für Osteuropa in Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Rußland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet. Heute lebt er in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt über 15 Jahre in Rußland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Rußlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2023: >>>**Dresden: Menschenjagd der Tiefflieger**

Seit dem Jahr 2000 wird in Dresden eine öffentliche Diskussion geführt, in der sich Zeitzeugen an selbsterlebte Tieffliegerangriffe am 14. Februar 1945 erinnern. Die Mainstream-Geschichtsschreibung hingegen leugnet diese gut belegten Ereignisse ab. ...

_ Von Gert Bürgel

Den Anlaß dafür gaben die Historiker Götz Bergander und Helmut Schnatz, die sich mit Einzelheiten der Bombardierung Dresdens befaßten. Sie ermittelten, vornehmlich durch Aktenrecherchen, daß es solche Tieffliegerangriffe nicht gegeben habe.

Augenzeugen erinnern sich an Tiefflieger zu unterschiedlichen Zeiten. Sowohl bei den zwei Nachtangriffen am 13./14. Februar als auch tagsüber am 14. und 15. Februar beobachteten Zeitzeugen tieffliegende Flugzeuge. Das Hauptaugenmerk in der Auseinandersetzung liegt momentan auf den Tieffliegerbeobachtungen am 14. Februar 1945.

Methodische Mängel und fragwürdige Schlußfolgerungen

Beim Studium der Fachliteratur erkannte ich, daß Bergander und Schnatz die überzahlreichen Augenzeugenberichte nicht hinreichend in ihre wissenschaftlichen Untersuchungen einbezogen haben. Das war für mich Anreiz, diesen methodischen Mangel durch eigene Recherchen und Analysen zu beheben.

Erstmals zweifelte Götz Bergander in seinem Buch "Dresden im Luftkrieg" die zahlreichen Schilderungen der Tieffliegerangriffe an und brachte dazu eine Reihe an Argumenten vor. So hat er anhand US-amerikanischer Dokumente nachgewiesen, daß die von David Irving beschriebenen Tieffliegerangriffe der Begleitjäger nicht in Dresden, sondern weit entfernt auf dem Rückflug stattgefunden hätten.

Zugleich versuchte er, die zahlreichen Augenzeugenwahrnehmungen zu deuten: "Vielleicht kommen wir der Lösung näher, wenn wir in Betracht ziehen, daß es nur einen kurzen Überflug weniger tieffliegender Maschinen gab, die das Elbtal zwischen Waldschlößchen und Blauem Wunder kreuzten und einige Feuerstöße abgaben."

78 Augenzeugen für Tieffliegerangriffe

Bergander formuliert eine Vermutung (die These einer Verfolgungsjagd), die sich fast wie ein nachgewiesenes Ereignis liest.

Derzeit habe ich 78 Augenzeugen erfaßt, die in ihren Tieffliegerberichten eindeutig die Vormittagszeit des 14. Februar 1945 benennen. ...

Eine schreckliche Überraschung

Weitere 34 Augenzeugen sprechen von Tieffliegeraktivitäten im Zusammenhang mit dem Mittagsangriff. Darunter sind nicht wenige, die sich lediglich in der Zeitbestimmung unsicher sind. Diese Berichte habe ich der Vormittagsdarstellung nicht hinzugefügt. Selbst wenn Kritiker die Hälfte der erfaßten Berichte unberücksichtigt ließen, bliebe das Gesamtergebnis unverändert.

Als Schlußfolgerung aus allen Berichten läßt sich folgendes Ergebnis formulieren: Alle Aussagen und Niederschriften der Augenzeugen sind ausführliche Weg-Zeit-Schilderungen, beginnend mit der nächtlichen Flucht aus den brennenden Häusern bis zur sicheren Unterkunft irgendwo außerhalb des Bombardierungsgebietes. Darin enthalten sind die Tieffliegerbeobachtungen, meistens mit Schilderung von Bordwaffenbeschuß. Kein Augenzeuge erinnert sich in dieser Zeit an Motorengeräusche hochfliegender Bomberverbände oder an Bombenabwürfe, dafür werden explodierende Zeitzünderbomben erwähnt. Das Überraschungsmoment der plötzlich erscheinenden Tiefflieger wird betont.

Einige Augenzeugen benennen an gleichen Beobachtungsstandorten gleiche Schlüsselerlebnisse. Ein Teil erinnert sich zudem an den später erfolgten Mittagsangriff. Viele Augenzeugen meinten, der Bordwaffenbeschuß habe ihnen gegolten, darunter einige, die von verwundeten oder getöteten Personen berichten. Drei Augenzeugen sind durch den Bordwaffenbeschuß selbst verletzt worden oder haben einen ihrer Angehörigen beziehungsweise Begleiter verloren.

Tödliche Schußgarben

Von Massentieffliegerangriffen spricht kein Augenzeuge. Zwei Augenzeugen schilderten unmögliche Begebenheiten: Eine anonym gebliebene Telefonanruferin, die mir vom Ausgießen von Phosphor aus den Tieffliegern erzählte, und eine weitere, die gesehen haben will, wie der Pilot aus dem geöffneten Kabinenfenster mit einer MP auf die Menschen geschossen habe. Diese geringe Fehlzahl unter nahezu 300 von mir erfaßten Berichten zeigt, daß sich die Augenzeugen, bei aller Subjektivität in ihren Angaben, um Genauigkeit bemüht haben.

Konkrete Beobachtungen

Am 14. Februar 1945 muß in der Zeit von 10 bis 11 Uhr eine Gruppe von drei bis vier Jagdflugzeugen wenigstens dreimal das Gebiet der Elbauen vom Ostragehege bis Laubegast und die südlichen Bereiche Dresdens überflogen haben.

Eine Zeitzugin konnte in ihren Schilderungen eine erstaunliche Zeitbestimmung vorweisen: Auf der Flucht aus der brennenden Stadt gelangte ihre Familie über die Südhöhe nach Mockritz. Ihr Bruder war noch Säugling, Jahrgang 1944. Als 14-Jährige kannte sie genau die Stillzeiten, die von ihrer Mutter exakt eingehalten wurden (alle vier Stunden, von früh sechs Uhr an). Die Mutter begab sich deswegen gegen zehn Uhr in das dortige Schulgebäude, während die übrige Familie weiter unten am Kaitzbach wartete.

In dieser Zeit erfolgte ein Tieffliegerangriff aus westlicher Richtung. Die Familie ging an der Uferböschung des Kaitzbaches in Deckung, neben ihr starben durch die MG-Salven mehrere Soldaten, die, wie sie zuvor erfahren hatte, auf Genesungsurlaub waren. Bei einem gemeinsa-

men Ortstermin habe ich die besagte Stelle gezeigt bekommen. Einige Augenzeugen erinnern sich an warnende Ausrufe "Achtung, Tiefflieger ..!" oder ähnlich. Solche einprägsamen Erinnerungen sind nicht hinzuerfunden worden.

Keine Erfindungen

Mehrere von mir kontaktierte Augenzeugen haben ihre Erinnerungsberichte dem Zeitzeugenarchiv im Stadtarchiv zur Verfügung gestellt. Eine ansatzweise Prüfung meiner Ergebnisse ist dadurch möglich. All diese Augenzeugenberichte, nunmehr gebündelt in einer anschaulichen Gesamtdarstellung, gehören zur Quellenlage und dienen der Findung der historischen Wahrheit. Daß dieses Kapitel der Geschichtsaufarbeitung bisher vernachlässigt wurde, mag auch dem bisherigen Forschungsstand und den bisherigen Forschungszielen geschuldet sein.<<

15.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Februar 2023:

>>Der notwendige Abschied vom Mythos Amerika

Oskar Lafontaines jüngst erschienene Streitschrift: "Ami, it's time to Go! Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas" versucht die Kriegsursachen in der Ukraine zu klären. Hier folgt nun der dritte Teil der ausführlichen Buchanalyse von Karsten Frey. ...

_ Von Karsten Frey

Dafür schrecke die US-Politik nicht vor Terrorakten zurück. Im Hinblick auf die Sprengung der Ostsee-Pipeline sieht Lafontaine das Wort Noam Chomskys von den USA als "Terror-Staat Nummer 1" bestätigt. Aber wir seien so sehr in einem Orwellschen Käfig gefangen, daß wir den größten Schurkenstart nicht wahrnehmen könnten. Lafontaines verweist dabei auch auf US-Präsident Jimmy Carter, der die USA als "korrupte Oligarchie" titulierte, und auf die Rolle der US-Waffenindustrie, welche angeblich Senat und Kongreß kontrolliere. Nicht nur die weltpolitische Rolle, sondern auch das innenpolitische System der USA müßten wir einer kritischen Prüfung unterziehen.

Willy Brandt: Haßfigur der USA

Gleiches gilt für die Bundesrepublik, sie kommt in Lafontaines Analyse kaum besser weg. Der dritte Teil seiner "Kriegs-Erklärung" nimmt die Verhältnisse der Berliner Republik unter die Lupe. Die "mißbratenen Urenkel Willy Brandts" haben nach Lafontaine die Erfolge der Brandtschen Friedens-Politik verspielt. Bundeskanzler Brandt habe sich Anfang der 70er Jahre - auch gegen den Willen der USA - durchgesetzt, weshalb ihm Kissinger den Krebs an den Hals gewünscht habe.

Brandts historisches Verdienst war es, die Deutschen aus der atomaren Geiselhaft der Großmächte zu befreien. 40 Jahre lang wären sie bei einem Krieg zwischen Ost und West als erste erschossen worden. Über Mitteleuropa schwebte das Damoklesschwert der atomaren Vernichtung.

Mit der Wiedervereinigung wurden die Deutschen angeblich souverän, wieder Herr im eigenen Land. Doch nicht ganz. Bedingung von US-Seite war nämlich die Mitgliedschaft in der NATO. Das NATO-Statut schrieb die Rechte der USA aus der Besatzungszeit fort. Symbol der fortbestehenden Besetzung ist das US-Hauptquartier in Ramstein.

Baerbocks lebensrettende Waffen

Alle Resolutionen des Bundestages, die Amerikaner sollten ihre Atomwaffen abziehen, wurden von Washington ignoriert. Damit steht unser Land weiter ganz oben in Zielkatalog feindlicher Raketen. Die erzwungene Beteiligung der Deutschen nennt sich nukleare Teilhabe, - im Ernstfall wohl auf der Opfer-Seite. Das gehört zum Orwell-Sprech wie auch die neue Formel: Die Deutschen sollen jetzt "Führungsstärke beweisen", gemeint ist: sie sollen der US-Politik widerspruchslos folgen. Lafontaine wirft "den Befehlsempfängern in Berlin" komplettes Versagen vor, Annalena Baerbock repräsentiere das in unübertrefflicher Weise.

Nach Baerbocks Auftritten hätte es einen Aufschrei des Entsetzens geben müssen, etwa wenn

sie sagt: "Mehr Waffen für die Ukraine retten Leben".

Das hat sie wohl im Young Leaders Programm gelernt. "Guns Safe Lives" ist das Motto der US-Waffenlobby. Eklatantes Beispiel für die Hörigkeit der deutschen Politik gegenüber der Besatzungsmacht ist für Lafontaine die Reaktion des Bundeskanzlers auf die Zerstörung von Nordstream 2. Dazu bemerkt Lafontaine: "Ein mutiger Bundeskanzler hätte die Sprengung von Nordstream 2 eine Kriegserklärung an Deutschland genannt."

Mit diesem Akt des Terrors wurde Deutschland auf internationaler Bühne als Hanswurst vorgeführt. Einen kriegerischen Akt gegen das eigene Land nicht benennen zu können, zeugt von einem Mangel an Freiheit, Wahrhaftigkeit und Souveränität.

Die Fremdbestimmten

Hierin liegt das Dilemma der deutschen Politik: Deutschland ist ein in vieler Hinsicht fremdbestimmter Staat, wehrlos gegen fremde Eingriffe und Einflußnahme. Keine Kolonie, kein "fake state", aber auf dem besten Weg zum "failed state" zu werden. Welche Politikfelder der Fremdbestimmung unterliegen, läßt sich nicht offen diskutieren. Wie es sich dadurch schon verändert hat, wird durch Sprachregelungen verschleiert.

Die freiheitlich-demokratische Willensbildung bleibt Fassade. Verantwortlich dafür ist eine politische Klasse, die in Jahrzehnten geübt hat, den falschen Freund als Befreier und Heilsbringer zu feiern, die Unterscheidung von Eigenem und Fremdem aufzugeben und sich in die Rolle des "underdog" zu fügen.

Ein getretener Hund, der kuschen gelernt hat. Ein politisches Personal, das bereit ist, Schuld und Schulden immer wieder zu übernehmen und sogar für fremde Interessen in den Krieg zu ziehen. Statt die Fesseln der gefährlichen "Westbindung" zu lockern, beeilt sich die deutsche Politik, ihre Vasallen-Treue immer neu unter Beweis zu stellen.

Das ist für Lafontaine nicht nur erbärmlich, das ist in höchstem Maße verantwortungslos. Frieden und Wohlstand stehen auf dem Spiel. Entweder unterliegen die deutschen Politiker selbst einer Täuschung über den Charakter der USA. Oder sie täuschen die deutsche Öffentlichkeit über ihre eigene Rolle als Vertreter einer fremden Macht. Egal ob dumm oder gewissenlos, sie sind eine Fehlbesetzung. Soweit Lafontaines Meinung.

Ein zweites "1989" für Europa

"Ami, it's time to Go!" Ist ein Plädoyer für eine vollständige Neuorientierung der deutschen Politik. Das wäre eine gewaltige Aufgabe. Ein Ende der Fremdbestimmung in Politik und Medien käme einer Auflösung der alten Bundesrepublik gleich. Jeden Versuch in dieser Richtung werden "unsere" Medien, der große Bruder und seine Satrapen sicherlich als Kriegserklärung auffassen und entschieden bekämpfen.

Lafontaines "Kriegs-Erklärung" dagegen versucht zu klären, wie die Rollen von Kriegstreibern und Friedensstiftern vertauscht sind. Sein unbestreitbares Anliegen heißt: Frieden. Und der ist nur möglich, wenn die verworrenen Verhältnisse von Krieg und Frieden aufgeklärt werden. Wenn Lafontaines Analyse stimmt, dann braucht Europa ein zweites "1989", auch die Amerikaner müßten Europa verlassen. Ihr Abzug ist aus vielen Gründen nicht in Sicht. Eine Voraussetzung dafür wäre eine kopernikanische Wende im Denken, ein Ausbruch aus dem Orwellschen Käfig, ein Abschied vom Mythos Amerika. Dazu setzt Lafontaines Streitschrift ein kämpferisches Signal.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Februar 2023: >>**Nach dem Inferno: Erste Kritik an Churchill**

Vor 78 Jahren endete mit dem Tagesangriff vom 15. Februar 1945 vorerst das Bombeninferno über Dresden. Dieses wurde dann auch Thema im britischen Unterhaus - dennoch wurde Dresden nochmals im April 1945 (!) angegriffen. Wir erinnern an die Dresdner Bombenopfer - und treten für die Wahrheit ein. ...

Am 18. Februar hatte der Washington Evening Star berichtet, die alliierten Luftmarschälle

hätten die Entscheidung über die Terrorbombardierung getroffen und führten sie nun bewußt auf mit Flüchtlingen gefüllte Städte aus. Die Reaktionen der Auslandspresse, die ihre Informationen über die Zerstörung Dresdens von ihren Berliner Korrespondenten und aus deutschen Quellen bezog, löste am 6. März 1945 die erste ausführliche Debatte im englischen Parlament aus.

"Fleck auf dem Wappenschild"

Als der Abgeordnete Richard Stokes im Unterhaus seine Rede begann, verließ der Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair den Sitzungssaal. Der Minister hatte in vorangegangenen Anfragen wiederholt die Treffsicherheit der RAF bestätigt, und Stokes führte nun seine Zweifel an seinen Angaben aus. Er zitierte aus dem Manchester Guardian, Zehntausende von Dresdenern seien unter den Ruinen der Stadt begraben, und die Versuche, die Toten zu identifizieren, seien hoffnungslos.

Das englische Volk sei das einzige, das nicht erfahren dürfe, was in seinem Namen geschehe. Die Russen könnten Städte einnehmen, ohne sie vorher in Trümmer zu legen. Er fragte: "Was werden wir vorfinden, wenn alle Städte in Trümmer gelegt sind und Krankheiten grassieren? Würde es nicht nahezu unmöglich sein, die Ausbreitung von Krankheiten, Elend und Armut zu verhindern oder einzudämmen?"

Ich frage mich ernstlich, ob man sich in diesem Stadium darüber klar ist. Als ich den Minister vom 'Crescendo der Zerstörung' sprechen hörte, dachte ich: 'Was für ein großartiger Ausdruck für einen Kabinettsminister Großbritanniens in diesem Stadium des Krieges.' Die Luftangriffe würden für alle Zeiten einen 'Fleck auf unserem Wappenschild' hinterlassen."

Der Luftfahrt-Staatssekretär antwortete für Sinclair: "Wir verschwenden unsere Bomben nicht auf reine Terrormaßnahmen. Es gereicht dem ehrenwerten Kollegen nicht zur Ehre, in dieses Haus zu kommen und zu unterstellen, daß es eine Menge von Luftmarschällen oder Piloten oder sonst wen gäbe, die in einem Raum sitzen und sich den Kopf zerbrechen, wie viele deutsche Frauen und Kinder sie töten könnten."

Churchill: "Ich beabsichtige, die Geschichte zu schreiben"

Die öffentliche Wirkung der Unterhausdebatte und die Berichte der Auslandspresse beeindruckten Churchill. Am 28. März sandte er ein Memorandum an die Stabschefs, in dem er sie aufforderte, die weiteren Einsätze des Bomber Command daraufhin zu prüfen, ob deutsche Städte bombardiert werden sollten, nur um den Terror zu verstärken - "wenn auch unter anderen Vorwänden".

Das wirkte wie ein Versuch des Premiers, vor der Geschichte seinen Stabschefs und dem Bomber Command die Verantwortung für die Luftangriffe auf Dresden aufzubürden. Die Stabschefs sahen den Schwarzen Peter bei sich und wiesen das Memorandum in dieser Form zurück. Nach seiner Wahlniederlage 1945 sagte Churchill: "Was mich betrifft, so glaube ich, alle Beteiligten werden schließlich einsehen, die Vergangenheit der Geschichte zu überlassen, besonders da ich beabsichtige, diese Geschichte zu schreiben."

"Die deutsche Moral brechen"

Dagegen gab die USAAF nun ihre Zurückhaltung auf. Zwischen Februar und April 1945 flog sie noch 38 Angriffe auf deutsche Städte. Insgesamt waren über 5.800 Maschinen vom Typ "Flying Fortress" (Fliegende Festung) eingesetzt, die etwa 20.000 Tonnen Bomben abwarfen. Die Nachrichtenagentur AP brachte am 17. Februar 1945 eine Zusammenfassung der Intentionen amerikanischer Bombardierungspolitik:

"Alliierte Luftchefs haben die seit Langem erwartete Entscheidung getroffen, bewußte Terrorangriffe auf deutsche Bevölkerungszentren durchzuführen, um mit diesem unbarmherzigen Vorgehen das Schicksal Hitlers zu beschleunigen. Luftangriffe, wie sie kürzlich von schweren Bombern der alliierten Luftstreitkräfte auf Wohnviertel von Berlin, Dresden, Chemnitz und Cottbus geflogen wurden, stehen den Deutschen auch in Zukunft bevor. Ziel ist es, weitere

Verwirrung im Straßen- und Schienenverkehr der Nazis zu stiften und die deutsche Moral zu brechen."

Der Weg in das Vergessen

Die Folgen des Dresden-Raids schienen im Hinblick auf das nahe Kriegsende und der nun justiziabel zu machenden Kriegsschuldanklagen ein heikles Thema zu sein. Ein Mittelsmann überließ dem Verfasser dazu eine gewichtige Mitteilung des ehemaligen Botschafters der Sowjetunion in Bonn, Valentin Falin.

Demnach sei auf Churchills Anordnung die britische Seite an die sowjetische mit dem Wunsch herangetreten, sie möge alle Unterlagen über die Dresdner Bombenopfer, die in ihre Hände fielen, den Briten im Original aushändigen. Dafür würden die Russen aus dem englischen Beutebestand deutscher moderner Waffenentwicklung Kompensationen erhalten.

Auch über die Größenordnung der Opferzahlen, die man der Öffentlichkeit anbieten werde, wurde Einvernehmen angestrebt. Falin, langjähriger Diplomat in der Deutschlandabteilung des sowjetischen Auswärtigen Dienstes, arbeitete 1950/51 in der sowjetischen Kontrollkommission für Deutschland, die seit der Gründung der DDR 1949 die Militäradministration ersetzte. Damals hat er die Dokumente des Kontrollrates, speziell die Erlasse über die Koordination der Zonenbehörden gelesen. Einiges hatte er schon in seinem letzten Studiensemester in der Dienstbibliothek des Außenministeriums und später, Ende 1951, bei seinen Untersuchungen im Informationskomitee "in Händen gehabt".

Das Informationskomitee ging aus der Aufklärungszentrale hervor, die aus dem Hauptaufklärungsdienst des Generalstabes und der ersten Hauptverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit entstanden war und anfänglich noch von Außenminister Wjatscheslaw Molotow geleitet wurde.

Sollte Falins Angabe zutreffen, könnte das den auffallenden Mangel an deutschen Unterlagen über die Angriffsfolgen auf Dresden erklären. Spezialeinheiten der Roten Armee sperrten die Bediensteten der deutschen Ämter wochenlang von ihren Diensträumen aus und entwendeten, zerstörten oder vernichteten Akten, Unterlagen und anderes Archivgut. Es bestand ein nachhaltiges Widerstreben der deutschen und sowjetischen Nachkriegsadministration, die Aussagen der damals leicht zu erreichenden amtlichen Zeitzeugen zur Dresdner Katastrophe zu dokumentieren oder zugänglich zu machen.<<

16.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2023:

>>Flüchtlingsgipfel: Nancy Faeser ignoriert Warnungen

Von *Sven Eggers*

Auf dem heutigen "Flüchtlingsgipfel" erfährt Bundesinnenministerin Faeser von Städten und Gemeinden reichlich Unmut. Die Lage spitzt sich zu, Kriminalität explodiert. ...

Sporthallen als Notunterkünfte, organisatorischer Notstand, gefährliche finanzielle Schief-lagen, aber kaum Unterstützung aus Berlin. Deutsche Kommunalpolitiker werden mit dem Migrationsdesaster alleingelassen.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, will nicht länger schweigen und warnt im Interview mit der Rheinischen Post: "Soziale Spannungen wachsen zum Teil in der Nähe von Einrichtungen für Geflüchtete. Das macht uns große Sorgen."

Die Zahl von Neuankömmlingen werde weiter steigen, so Dedy. Beispielsweise würden nun auch aus dem türkisch-syrischen Erdbebengebiet immer Menschen nach Deutschland kommen. Zelte, Containerdörfer und Messehallen in den Städten hätten aber kaum noch freie Plätze. Bereits im Januar hat es etwa bundesweit schon wieder 29.000 Neuanträge gegeben.

Faeser: Keine Obergrenze

Bundesinnenministerin Faeser lehnt unterdessen weiterhin jede Zurückweisung von Migranten an den EU-Außengrenzen ab. Sie will sich für die Bundesrepublik Deutschland ausdrück-

lich auf keine Obergrenze festlegen lassen und ganz offenbar auch keine Abschiebungen vorantreiben. Jedenfalls interessieren sie gut 300.000 Personen, die von Rechts sofort ausgewiesen gehörten, überhaupt nicht.

Obwohl sie unser Land mit diesen Auffassungen selbst innerhalb der EU in eine Außenseiterrolle drängt und sogar Parteifreunde verärgert, hält Nancy Faeser geradezu fanatisch an ihrem selbstmörderischen Kurs fest; "eine tolle Innenministerin", findet Kanzler Scholz.

Die Februar-Ausgabe des COMPACT-Magazins dokumentiert, worum sich Nancy Faeser wirklich kümmert, nämlich um Einbürgerungserleichterungen, die sie quasi zur Chefsache macht:

"So sollen Kinder von ausländischen Staatsangehörigen automatisch den deutschen Paß erhalten, sofern zumindest ein Elternteil sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhält. Erwachsenen will Faeser die deutsche Staatsbürgerschaft nach fünf, unter bestimmten Umständen gar nach drei Jahren zuschanzen, bislang ist dies nach acht Jahren möglich. Auch der Weg zur Doppelstaatsangehörigkeit wird für Ausländer immer unkomplizierter."

Jetzt gibt es einen weiteren Dämpfer für Faeser: Das Meinungsforschungsinstitut Civey hatte in den vergangenen Tagen gefragt: "Wie bewerten Sie die bisherige Migrationspolitik von Bundesinnenminister Nancy Faeser?". 48 Prozent der Befragten beantworteten die Frage mit "sehr negativ", weitere 16,3 Prozent mit "eher negativ". Und: Nur 3,8 Prozent empfinden die Migrationspolitik von Nancy Faeser als "sehr positiv". Welch ein Armutszeugnis für die Faeser-Politik!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2023: >>"Deputinisierung": Mit Heusgen in den Dritten Weltkrieg

Von *Sven Reuth*

Der neue Sicherheitskonferenz-Chef Christoph Heusgen macht aus seinen Plänen keinen Hehl mehr: In Rußland muß seiner Auffassung nach ein Regime Change mit anschließender Umerziehung her. ...

Christoph Heusgen ist ein Karrierist, wie er im Buche steht. Ab 2005 war er außen- und sicherheitspolitischer Berater von Kanzlerin Angela Merkel, später dann Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen.

Der Angreifbare

Hier sorgte er für einen veritablen Skandal, der damals durch den Spiegel enthüllt wurde: Er bat die Kabinettschefin von UN-Generalsekretär António Guterres, seiner Frau eine Stelle auf der Gehaltsstufe P5 (mindestens 107.459 Dollar brutto und 56.000 Dollar netto New-York-Zuschlag) in dessen Büro zu geben. Dabei verwies er auf die guten Verbindungen seiner Frau zum Kanzleramt sowie zum Außenministerium. Außerdem betonte der den großen Beitrag, den Deutschland (gemeint war wohl eher der deutsche Steuerzahler) für die Vereinten Nationen leiste.

Jemand wie Heusgen weiß also, wie der Hase läuft und was von ihm erwartet wird. Deshalb lud er zur diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz alle Vertreter der AfD, immerhin die zweitgrößte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag, aus. Heusgen äußerte an diesem Montag vor der Presse zu dieser Angelegenheit: "Ich habe entschieden, daß wir die AfD nicht einladen"

Zur Begründung äußerte der gebürtige Düsseldorfer: "Das ist eine Entscheidung des Chairmans der Münchner Sicherheitskonferenz."

Patrioten unerwünscht

Das sagt natürlich sehr viel über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland aus. Eine Partei, die bei der letzten Bundestagswahl knapp fünf Millionen Wähler von sich überzeugen konnte, wird von der von ihrem Selbstverständnis her wichtigsten Sicherheitskonferenz der Welt ausgeladen. Auch stellt sich die Frage, ob Heusgen überhaupt recht-

mäßig gehandelt hat, denn an der Finanzierung der Konferenz beteiligen sich sowohl der Bund wie auch der Freistaat Bayern.

Mäßigende Stimmen scheinen bei der Münchner Sicherheitskonferenz nicht mehr erwünscht zu sein. Kein Wunder, denn Heusgen wünscht sich für Rußland ja schließlich auch eine "Deputinisierung", wie er nun gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland äußerte. Diesen Begriff nutzte der frühere Merkel-Berater auch schon in seinem Buch "Führung und Verantwortung".

Deputinisierung und Denazifizierung

Selbst Christina Dunz, die das Interview führte, stellt nun fest, daß dieser Begriff in Rußland sicherlich als "Provokation" empfunden werde, da Heusgen ihn in seinem Buch ja bewußt in eine Reihe mit dem Begriff der Denazifizierung stelle. Heusgen antwortet darauf nur ausweichend mit der Floskel, daß Deutschland nur mit der "Kraft der Alliierten" zu dem Staat geworden sei, der er heute ist.

Was für eine Anmaßung vom "Chairman" (also vom Vorsitzenden) der Münchener Sicherheitskonferenz. Rußland soll also nicht nur besiegt, sondern gleich noch nach deutschem Vorbild umerzogen werden. Aber mit anmaßendem Verhalten - siehe die Mail an das Büro des UN-Generalsekretärs - kennt sich der gebürtige Düsseldorfer scheinbar recht gut aus.

Sehnsucht nach Helmut Schmidt

Leider zeigen Heusgens Äußerungen exemplarisch, wie Teile der westlichen Eliten ticken. Unter einem totalen Sieg über Rußland mit anschließender westlicher Gehirnwäsche will man es schon gar nicht mehr machen. Wie sehr fehlt derzeit nur ein Helmut Schmidt, zu Lebzeiten Dauergast auf der Münchner Sicherheitskonferenz, der einmal bemerkte: "Besser 100 Stunden um sonst verhandeln, als eine Minute schießen."

Auch ein Wolfgang Ischinger wirkt im Vergleich zu seinem Nachfolger wie ein Relikt aus einer versunkenen Epoche. Bleibt nur noch die Frage, wem es gelingt, die Kriegstreiber noch rechtzeitig zu stoppen.<<

17.02.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 17. Februar 2023 (x1.268/...): >>>Chefarzt über wachsende "Impf-Nebenwirkungen": schlimmste je erlebte Erkrankungen

Dr. Jörg-Heiner Möller, Chefarzt der Kardiologie in der Asklepios-Klinik in Burglengenfeld (Bayern), hat sich an den fernen "Uckermark-Kurier" im obersten Nordosten Deutschlands (der Heimat einer dunklen Herrscherin) gewandt, weil er die erstaunliche vielstimmige Berichterstattung dieser Zeitung in einer sonst gleichgeschalteten Presse schätzt und hoffte, dort mit seinen erdrückenden Erfahrungen über anschwellende schwere Impf-Nebenwirkungen Gehör zu finden.

Und der "Uckermark-Kurier" hat einen Artikel über seinen breiten Erfahrungsbericht am 4. Februar 2023 veröffentlicht 1. Er ist erschütternd und wegen seiner empirischen und wissenschaftlichen Fundiertheit von großer Bedeutung. Wir bringen nachfolgend seine wesentlichen Punkte.

Von *Dr. Jörg-Heiner Möller*, Chefarzt

Chefarzt Dr. Möller war schon zu Beginn der Corona-Krise über seine Region hinaus bekannt geworden, da er mit seinem Team, lange bevor ein Impfstoff in greifbarer Nähe war, einen Weg entwickelt hatte, wie Corona besiegt werden könne. Er fand damit aber in medizinischen Kreisen kein Verständnis. Die Mittelbayerische Zeitung Regensburg berichtete am 9.9.2020 (leider hinter Bezahlschranke), daß er ihr Material vorgelegt habe, das belege, daß seine freundlichen Anfragen, seine Strategie durch eine Studie zu begleiten, auf taube Ohren gestoßen seien. Seine Kritik habe sich unter anderem gegen das Universitätsklinikum Regensburg gerichtet.

Ebenso intensiv befaßt er sich seit Monaten mit den in seiner Klinik in Burglengenfeld zunehmend auftretenden "Impf-Nebenwirkungen", die er als "PostVac" von "PostCovid" streng unterscheidet, wie der "Uckermark-Kurier" zitiert. "Das sind zwei Bezeichnungen für dieselbe, neu aufgetretene Autoimmunerkrankung, einmal durch das Corona-Virus selbst hervorgerufen, einmal durch die Impfung gegen Corona ausgelöst." Mit seinen Bemühungen um und seinem Eingehen auf die Erkrankten ist er inzwischen über seine Region hinaus bekannt geworden.

In der Klinik meldeten sich mittlerweile Betroffene aus dem gesamten Bundesgebiet. Ihnen erkläre der Herzspezialist stets als Erstes, daß sich Autoantikörper gegen körpereigene Rezeptoren gebildet haben, welche wiederum zur Erkrankung führen. Solche sogenannten Autoantikörper seien zwar auch in geringem Umfang in der Normalbevölkerung nachweisbar:

"In meiner Patientengruppe von aktuell 170 Frauen und Männern, die an PostCovid oder PostVac erkrankt sind, können wir sie jedoch zu 98 Prozent nachweisen, was ein starkes Argument für den autoimmunen Entstehungs-Mechanismus ist."

Fast alle diese Menschen hätten einen wahren "Ärztmarathon" hinter sich, um ihr altes Leben zurückzubekommen, erkläre der Chefarzt:

"Denn es werden meistens weder auffällige Laborwerte nachgewiesen, noch fallen krankhafte apparatemedizinische Untersuchungsbefunde auf. Und so machen es sich viele ärztliche Kollegen nur allzu einfach, indem sie das von ihnen nicht verstandene Krankheitsbild als psychosomatisch abtun und damit das Leid der Patienten noch mehr als ohnehin schon vergrößern."

Fall-Beispiele

Dr. med. Jörg-Heiner Möller führe Beispiele an: Da sei die Mutter von drei kleinen Kindern, die nach der Impfung so bleiern müde geworden sei (im Fachjargon: Fatigue), daß sie ihre Kinder nicht mehr versorgen könne. Nach über 50 Arztkontakten sollte sie nun in die Psychiatrie eingewiesen werden. Der Arzt sage: "Im Gespräch ist sie völlig normal, nur unendlich traurig und verzweifelt."

Und da sei der Berufspilot, der nach Coronainfektion nicht mehr fliegen kann, weil er alles vergißt. Da sei der junge Ingenieur, der sein Großbauprojekt nach der Corona-Impfung nicht mehr verantwortlich leiten könne, weil er z.B. nicht mehr in der Lage sei, Excel-Tabellen zu lesen und zu bearbeiten.

Da sei die junge Bankerin, die ihre Traumstelle wegen der PostVac-Erkrankung verliere.

Da seien die beiden Geschwister, die nach Impfung schwer erkrankt seien und seit einem Jahr nicht mehr in der Schule gewesen seien, und, und, und ...

"170 Schicksale dieser Art habe ich gesehen, täglich werden es mehr!", sage der Kardiologe, der bei seine Schilderung selber tief bewegt sei und weitere Leidenswege anführe: "Die Krankenschwester im ambulanten Dienst, die sich in ihrer kleinen Heimatstadt nicht mehr zurechtfindet und sich auf dem Weg zu den Patienten und auf dem Weg nach Hause verfährt; der Vater von kleinen Kindern, dem die Mama einen der Jungs zum Einkaufen zur Begleitung mitgeben muß, weil der Papa mit PostVac-Erkrankung mit dem Einkaufszettel nicht klar kommt! Was für ein katastrophales Vater-Sohn-Verhältnis bahnt sich an!"

Und der "Uckermark-Kurier" hebt hervor:

"Es sei die schlimmste Erkrankung, die er in seiner langen Berufslaufbahn jemals erlebt habe, auch, weil man den Patienten nicht glaube, betont der Mediziner:

Ich sehe zerstörte Lebensläufe, finanzielle Abstürze, zerrüttete Beziehungen, schwere Depressionen, bei denen Antidepressiva in keiner Weise helfen, und - Suizide, zunehmend. Ich habe selten so viel Verzweiflung gesehen und häufig selbst nach dem Gespräch mit diesen Patienten weinen müssen. So etwas habe ich noch nie erlebt!"

Erkennbares Muster beim Krankheitsbild

Obwohl das Krankheitsbild vielfältig sei, erschließe sich Dr. Möller doch ein immer wieder-

kehrendes Muster:

Es entwickle sich ein schweres Müdigkeitssyndrom, die Fatigue. In schlimmen Fällen könne das Bett nicht mehr verlassen werden. Und man könne es nicht wegtrainieren, nach jeder Anstrengung komme es zum schweren Rückfall. "Wir nennen diese Besonderheit PEM (post exercise malaise). Sie ist zum Beispiel der Grund, daß sich der Zustand vieler Betroffener unter dem üblichen Trainingskonzept einer Reha deutlich verschlechtert, nur wenige REHA-Zentren sind mit diesem Müdigkeitssyndrom vertraut."

Es träten in den allermeisten Fällen kognitive Störungen auf, vielfach als dementielle Entwicklung fehlinterpretiert. Wortfindungsstörungen seien noch eine harmlose Variante, am Steuer eines fahrenden Autos abgelenkt werden und vergessen, daß man Auto fährt, sei schon eine andere Kategorie! Es bestehe Gruppenintoleranz, d.h., die Reizüberflutung, wenn man mit Freunden zusammen sei, könne auf einmal nicht mehr toleriert werden. Es komme zu sozialer Isolation, was die zerstörerische Abwärtsbewegung dieser Erkrankung verstärke.

Kopfschmerzen, teils unerträglich und nicht auf die üblichen Medikamente reagierend, treten auf.

Es treten Sehstörungen auf, bei häufig völlig normalem augenärztlichem Befund.

Gelenk- und Muskelschmerzen stellten sich ein, häufig als "Rheuma" fehlinterpretiert.

Es bestehe eine Störung der Wärme-Kälte-Regulation.

Es könne zu einem schnellen Herzschlag ohne Grund kommen.

Therapiemöglichkeiten

Nach Therapiemöglichkeiten gefragt, führe der Spezialist aus, daß Augenmediziner der Universitätsklinik Erlangen bereits im Juli 2021 eine autoantikörperbindende Substanz (BC007), die zur Behandlung des Glaukoms und in der Kardiologie bei einer Form der Herzschwäche, bei der Autoantikörper nachweisbar waren, verwendet wurde, bei vier LongCovid-Patienten eingesetzt hätten.

"Es hat bei allen vier Patienten in diesem Heilversuch teilweise beeindruckend geholfen, bei dreien von ihnen dauerhaft, bei einem kam es nach sechs Monaten zu einem Rückfall. Dieser Heilerfolg ist seit Juli 2021 bekannt. Bislang (über 18 Monate später) hat eine Studie mit diesem Medikament noch nicht einmal begonnen, ich kommentiere das nicht. Solange BC007 nicht zugelassen worden ist, bleibt nur die so genannte 'Blutwäsche' noch als Therapieoption: Wenn man Autoantikörper als den entscheidenden Faktor der Erkrankung identifiziert, ist die gebotene logische Konsequenz, daß man eben diesen Autoantikörper mittels Immunadsorption zu entfernen versucht."

Kollegen, die so mutig gewesen seien, diese Therapie seit Anfang 2022 durchzuführen (nicht durch Leitlinien geschützt, als sogenannte off label-Therapie) hätten von einer Erfolgsrate von 70 bis 80 Prozent berichtet. Das Problem sei, daß die Krankenkassen eine Finanzierung bis zum heutigen Tage mit ausschließlich bürokratischen Argumenten ablehnten. Die Therapie koste ambulant aber gut 11.000 Euro, stationär sogar etwa 18.000 Euro.

"Nach dem Nichterkennen der Erkrankung und der Diskreditierung der betroffenen Menschen als 'psychosomatische Fälle' kommt jetzt der gesellschaftspolitische Skandal dazu, daß sich nur begüterte Patienten diese Behandlung leisten können. Von meinen 170 Patienten wurde die Immunadsorption deshalb nur bei 40 Patienten durchgeführt", beklage der Mediziner.

Nach sechs Monaten Verlaufsbeobachtung könne er aber bei 20 dieser 40 Patienten schon den Langzeiterfolg bewerten. Bei 60 Prozent sei es zu einer anhaltenden deutlichen Verbesserung gekommen. Bei 20 Prozent habe es nach anfänglicher Verbesserung einen Rückfall gegeben.

Dr. Möller: "Bei weiteren vier Personen hat es nicht geholfen, wobei drei von diesen vier Patienten berichteten, daß die Müdigkeit zwar deutlich besser geworden war, ihr eigentliches Hauptproblem (Gelenkschmerzen, Luftnot) jedoch unverändert geblieben sei. Diese Zahlen sind insgesamt noch viel zu niedrig, decken sich jedoch mit den Berichten meiner Kollegen,

die die Immunadsorption durchführen. Was wir sehen, ist, daß insbesondere Müdigkeitssyndrom und kognitive Störungen durch die Behandlung deutlich besser werden."

Der dritte Skandal

Nach dem Diskreditieren der Erkrankten und nach der Weigerung der Kostenträger, die einzig helfende Therapie zu finanzieren, weite sich die Sache möglicherweise zu einem dritten und wohlmöglich größten Skandal aus:

"Von den 170 von mir betreuten Patienten sind 120 PostVac-Patienten, d.h. die Erkrankung ist in kurzem zeitlichen Abstand nach der Impfung (meist nach der 2. oder 3. Impfung) ausgebrochen. Von all diesen 120 betroffenen Patienten wurden - entweder durch ihre Hausärzte (eher selten) - oder durch sie selbst Meldungen an das Paul-Ehrlich-Institut als Impfschaden geschickt. Bei keinem einzigen (!) erfolgte eine Anerkennung der Erkrankung als durch die Impfung verursachter Impfschaden."

Und Dr. Möller bekräftigte abschließend empört:

"Nun prüft das Paul-Ehrlich-Institut, soweit ich weiß, nicht den klinischen Sachverhalt des Impfschadens. Aber wer tut dies eigentlich? Und wie kann es sein, daß diese nachweislich durch die Impfung Erkrankten in keiner Statistik auftauchen? Das kann doch nur bedeuten, daß die Zahl der Impfschäden wesentlich höher ist, als offizielle Stellen verlautbaren! Hier ist dringend Transparenz geboten!"<<

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/victoria-nuland-redet-klartext-ueber-europas-autonomie/Victoria>

USA: Die politische Webseite "anti-spiegel" berichtet am 17. Februar 2023 (x1.267/...):

>>Nuland redet Klartext über Europas Autonomie

Die berüchtigte stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland hat offen erklärt, daß die europäischen Staaten nicht souverän sind. Und sie sollten "für die militärische Macht bezahlen, die wir brauchen."

von

Es ist immer wieder faszinierend, wie offen in den USA geredet wird. Victoria Nuland, die 2014 als Kekseverteilerin auf dem Maidan und parallel mit ihrem "Fuck the EU" zu Bekanntheit gekommen ist, hat an einem Gespräch der einflußreichen NGO Carnegie Endowment for International Peace teilgenommen. Dabei wurde sie unter anderem danach gefragt, was sie von den Ideen des französischen Präsidenten Macron hält, der für eine "strategische Autonomie" der EU plädiert hat.

Autonomie

Alleine die Fragestellung ist interessant, denn sie zeigt, daß man die EU und ihre Mitgliedstaaten in Washington nicht als souveräne Staaten ansieht, denn von Souveränität ist gar nicht die Rede. Die Rede ist von Autonomie. Wikipedia definiert den Begriff der Autonomie in der Politikwissenschaft wie folgt:

"Autonome Gebiete sind Territorien innerhalb eines Staates, die sich nach innen selbst verwalten. Sie haben eigene Gesetzgebungsorgane und politische Strukturen, unterliegen aber auch der Gesetzgebung des übergeordneten Staates und werden außen- und sicherheitspolitisch von diesem vertreten. Sie sind keine souveränen Staaten."

Das beschreibt den Zustand der EU und ihrer Mitgliedstaaten sehr treffend, denn die können sich zwar nach innen selbst verwalten und die Höhe der Krankenkassenbeiträge und ähnliches selbst festlegen, aber die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU werden in der Praxis von den USA getroffen.

Das letzte Mal, daß sich Staaten in Europa dem widersetzt haben, war der Irakkrieg 2003, als einige EU-Staaten sich gegen den illegalen und auf Lügen über angebliche Massenvernichtungswaffen des Irak basierenden US-Krieges gestellt haben. Seitdem hat es das nicht mehr gegeben und die Staaten der EU lassen sich ihre Außen- und Sicherheitspolitik von den

USA vorschreiben.

Es ist unvorstellbar, aber Deutschland zum Beispiel hat nicht einmal eine eigene Nationale Sicherheitsstrategie, weil Deutschland keine eigene Sicherheitspolitik hat, sondern sie sich von den USA vorgeben läßt. Derzeit streiten Bundeskanzleramt und Außenministerium, weil sie zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine eigene Nationale Sicherheitsstrategie ausarbeiten wollen, bisher kommen sie dabei jedoch nicht auf einen Nenner.

Autonomie nur gegen Bezahlung

In den USA weiß man das und daher war die Frage an Nuland, wie sie zu einer Autonomie Europas steht, interessant. Sie begann ihre Antwort wie folgt:

"Ich bin ein Fan - und Joe Biden ist ein Fan und Anthony Blinken ist ein Fan - des Niveaus der europäischen Militärmacht, für das sie bereit sind zu zahlen und das sie aufzubauen bereit sind. Und so können sie sie autonom einsetzen, wenn sie wollen, wenn sie in Missionen gehen, an denen wir nicht beteiligt sind. Aber es wird ein Vorteil für uns alle, wenn wir Missionen gemeinsam durchführen, so wie jetzt. Da ist also nichts, was die USA an strategischer Autonomie per se fürchten müssen, solange es sich nicht um eine Scheinautonomie oder eine billige Autonomie handelt, bei der sie nicht wirklich für die militärische Macht bezahlen, die wir brauchen."

Es geht in den USA also nicht um die Frage, ob Europa souverän ist. Das ist es nicht. Es geht bestenfalls um die Frage, wie autonom Europa sein darf. Und da hat Nuland eine einfache Antwort: Solange Europa für seine "militärische Macht" genug bezahlt, also so viele US-amerikanische Waffen kauft, wie die USA wollen, darf Europa gerne ein bißchen autonom sein und auch eigene "Missionen" - also Kriege - führen. Aber eben nur mit Einverständnis der USA.

Krieg ist für Nuland nicht per se schlecht, schließlich bedeutet Krieg, daß Waffen und Munition verbraucht werden und daher wieder nachbestellt werden müssen, was weitere Aufträge für die US-Rüstungsindustrie bedeutet.

Im Klartext sagt Nuland, daß Europa gerne ein bißchen autonom sein und auch mal selbst einen Krieg führen darf, wenn es den USA genug Geld in Form von Waffenkäufen dafür bezahlt.

Nuland feiert Leoparden

Besonders hat Nuland sich im zweiten Teil ihrer Antwort darüber gefreut, daß Deutschland der Ukraine Leopard-Panzer liefert. Das - so sagt sie offen - hätte sie nicht für möglich gehalten:

"Was ich hier noch sagen möchte, ist, daß Europa - und vor allem die großen Länder Europas - nie gesehene Schritte gemacht haben, um die Sicherheitsbedürfnisse und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ukraine zu unterstützen. Aber die Vorstellung, daß Deutschland überhaupt jemals tödliche Militärhilfe, vor allem Leopard-Panzer, die im Frühling existentiell wichtig werden, an die Ukraine liefern würde. ...

Wenn Sie mich am 23. Februar 2022 geweckt und gesagt hätten, daß das passieren würde, hätte ich gesagt: Keine Chance! Daher echte Anerkennung für unsere europäischen Partner, auch dafür, daß sie mit dem, was sie der Ukraine liefern, selbst gewisse Sicherheitsrisiken auf sich nehmen."

Die USA freuen sich explizit über die deutschen Leopard-Lieferungen. Nicht darüber, daß Polen Leoparden liefern will, oder daß auch Portugal drei moderne Leopard 2 zugesagt hat. Die Freude bezieht sich ausdrücklich auf Deutschland, weil die USA es geschafft haben, mit den Leopard-Lieferungen ausgerechnet Deutschland in die erste Reihe der europäischen Länder zu schieben, die besonders tödliche Waffen für den Kampf gegen Rußland liefern.

Deutschland dient

Und sie sagt es auch ganz offen: Das birgt Sicherheitsrisiken, denn Rußland könnte das als

Kriegsbeteiligung auffassen. Aber Nuland ist stolz auf die deutsche Regierung, die sich und ihr Land in Gefahr bringt, um den US-Interessen zu dienen. Eine eigene Sicherheitsstrategie hat die Bundesregierung schließlich nicht, sie dient den Interessen der USA. Daß die Bundesregierung den USA dient, hat Wirtschaftsminister Habeck Anfang März 2022 bei seinem Antrittsbesuch in Washington ja auch offen gesagt, wie zum Beispiel der Focus berichtet hat:

"Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle." Diese Worte sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck bei seinem zweitägigen Besuch in Amerika. In den USA sei man erfreut, daß Deutschland bereit sei, "eine dienende Führungsrolle auszuüben."

Wie sehr man in den USA erfreut ist, konnte man an Nulands Gesicht ablesen, als sie sich über die deutschen Leoparden freute.

In meinem neuen Buch "Putins Plan - Mit Europa und den USA endet die Welt nicht - Wie das westliche System gerade selbst zerstört " gehe ich der der Frage, worum es in dem Endkampf der Systeme - den wir gerade erleben - wirklich geht. Wir erleben nichts weniger als den Kampf zweier Systeme, in dem Vladimir Putin der Welt eine Alternative zum neoliberalen Globalismus anbietet. Wurden die Bürger im Westen gefragt, ob sie all das wollen, ob sie zu Gunsten des neoliberalen Globalismus auf ihren Wohlstand und ihre Freiheiten verzichten wollen?

Thomas Röper, geboren 1971, hat als Experte für Osteuropa in Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Rußland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet. Heute lebt er in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt über 15 Jahre in Rußland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Rußlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2023:

>>Die Herero-Frage: Lügen, Legenden und Wahrheit (1)

Gibt es wirklich eine einzigartige deutsche Schuld auch in der Kolonialgeschichte, so wie dies heute von einigen Zeitgeist-Historikern behauptet wird? Unser Autor Dr. Gert Sudholt geht dieser Frage nach. Die Rolle der Deutschen in der Kolonialgeschichte ist viel besser als ihr Ruf. Das verdeutlichen wir in unserer neuen Geschichtsausgabe "Deutsche Kolonien - Viel besser als ihr Ruf".

_ Von Dr. Gert Sudholt

Vor gut 60 Jahren hielt der damalige britische Premierminister Harold MacMillan in Kapstadt eine Rede, in der er den "Wind der Veränderungen" für den schwarzen Kontinent mit dem Charme eines britischen Gelehrten prophezeite. In Folge dieses Paradigmenwechsels britischer Afrikapolitik wurden die damaligen britischen Kolonien ebenso schnell wie unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen. Damals hätte die Möglichkeit bestanden dem afrikanischen Kontinent eine neue Ordnung zu geben, die auf den Grundsätzen der Selbstbestimmung der Völker, der Autonomie der Volkgruppen und der geopolitischen Grundlagen dieses Kontinents beruhte.

Keine "Landreformen", sondern Enteignung

Die Geschichte Afrikas hat einen anderen Weg genommen: Völkermorde und Bürgerkriege, Exodus der die Kolonien tragenden Europäer und Verelendung von Millionen Menschen kennzeichnen die politische Situation der letzten vier Jahrzehnte. Das damalige politische Erdbeben hat nach Simbabwe nun auch das ehemalige deutsche Schutzgebiet Südwestafrika erreicht.

Von Landreformen ist die Rede, zur Debatte steht jedoch schon seit Jahrzehnten die Enteignung europäischer Siedler und Farmer, die mit dem Geld deutscher Steuerzahler durchgesetzt werden soll. Zu Vorbereitung dieses scheinbar moralischen Anliegens werden zahlreiche publizistische Breitseiten geschossen. Sicherlich sehen es das Auswärtige Amt und das Ministe-

rium für Entwicklungshilfe gerne, wenn in den Medien dieser Monate die Infanteristen regierungsamtlicher Propaganda von deutscher kolonialer Schuld faseln, wenn Opferrechnungen präsentiert werden, die an afrikanische Märchenerzähler oder europäisches Jägerlatein erinnern.

Offiziell wird von regierungsamtlicher Seite zwar betont, man lehne Entschädigungszahlungen ab. Hier wird aber eine politische Offensive vorbereitet, die darauf abzielt, daß die Enteignung deutscher Farmer in Südwestafrika rechtens ist, da man vor einem Jahrhundert zuerst das Land gestohlen und dann das Volk ausgerottet habe. Hier ist es notwendig, den Dingen auf den Grund zu gehen und aus damaliger Sicht die Ereignisse von damals so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben.

Eine Generalprobe für den Holocaust?

In der Literatur nach dem Ersten Weltkrieg wurde von Seiten der Siegermächte immer wieder behauptet, das Deutsche Reich sei unfähig gewesen, Kolonien zu verwalten. Nach 1945 wurde insbesondere von deutschen Medien, vor allem aber auch von Wissenschaftlern der damaligen DDR gerne geschrieben, die Behandlung der Herero im Herbst 1904 sei die Generalprobe deutschen Junkertums für deutschen Völkermord an ethnischen Minderheiten während des Zweiten Weltkrieges gewesen.

Die klassische Epoche des Imperialismus bildete das 19. Jahrhundert, ausgehend von den napoleonischen Kriegen und ihren überseeischen Verwerfungen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 90 Jahren, also der Zeitraum von etwa 1800 - 1914.

Als Hoheitssymbol wurde der Reichsadler in ein weißes Mittelfeld gesetzt. Das Tuch war zugleich Dienstflagge des Reichskolonialamtes, das für überseeische Besitzungen wie Deutsch-Südwest (heute Namibia), Kamerun und Togo (Westafrika), Kiautschou (China) oder die Samoa-Inseln (Pazifik) zuständig war.

Abgesehen von den Arabern haben nur die Europäer unter verschiedensten Vorwänden, sei es unter dem Zeichen des Kreuzes oder getrieben von Entdeckerdrang oder unter der noch problematischeren Forderung nach Demokratisierung der Dritten Welt, Kolonien begründet und fremde Völker unterworfen, ihre sozialen Strukturen zerstört oder sie ausgerottet.

Krieg durch Mißachtung des Ethnos

Im Ausdehnungszyklus des 19. Jahrhundert standen vor allem Afrika, aber auch Vorder- und Hinterindien, der Malaiische Archipel, Australien und Ozeanien . Hinzu kommt der russische Ausgriff über Sibirien in den Fernen Osten und der koloniale Impetus der Vereinigten Staaten in den japanisch- chinesischen Raum. Siedlungs-, Wirtschafts- und Militärkolonien wurden im 19. und im vergangenen Jahrhundert gegründet; die politischen Mächte des 19. Jahrhunderts teilten die Kontinente in Einflußbereiche und Interessensphären nicht selten streng nach Längen und Breitengraden auf.

Das Beispiel des Kongo erinnert an die Mißachtung jedweder ethnischen Grundsätze, die auch mehr als hundert Jahre später die Ursachen für Bürgerkriege vor allem auf dem afrikanischen Kontinent sind.

Der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm hat diese Epoche einmal treffend charakterisiert, wenn er in "Deutschland und Übersee" (1971) schreibt: "Es war eine Epoche, in der es nicht nur für die Deutschen, sondern auch für Engländer, Franzosen, die Belgier, die Russen und Japaner sowie Nordamerikaner eine Selbstverständlichkeit war, sich bei der Aufteilung der Erde so viel wie möglich zu sichern."

Eine ähnliche Auffassung vertrat auch der Historiker Gustav Adolf Rein. Er betonte, daß ein neuer Wettlauf eingesetzt habe, der alle Völker mitgerissen habe, um die Welt untereinander aufzuteilen. Dieser hoch gesteigerte, national bestimmte Imperialismus, wie er sich in dem zeitgemäßen Wort von Cecil Rhodes widerspiegelt "Ausdehnung ist alles" führte schließlich das Abendland in zwei Weltkriege und bewirkte damit die Auflösung der Suprematie Europas

über die Ozeane und das Emporkommen der außereuropäischen Flügelmächte.

"Bezweifle, daß es einen deutschen Imperialismus gegeben hat"

Deutschlands Eintritt in den Kreis der Kolonialmächte fällt in die Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Vor 1890, also zur Bismarck - Zeit, erstreckten sich die deutschen Landerwerbungen auf Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch - Ostafrika, Deutsch Neuguinea und Südseeinselgruppen. Deshalb wird man auch dem Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue gerne zustimmen, wenn er betont:

"Ich selbst bezweifele, daß es einen deutschen Imperialismus gegeben hat und daß Bismarck ein Imperialist gewesen ist, wenn man die Bedeutung dieser Bezeichnung grundsätzlich vergleichbar sein soll, insbesondere mit der in England wo es eine Empire-Ideologie sowie eine imperialistische Missions-Idee gegeben hat sowie mit der in Frankreich gebräuchlichen."

Bismarck wollte dem Handel die Flagge folgen lassen. Und als der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz, der bereits im Sommer 1882 den Plan faßte an der südwestafrikanischen Atlantikküste eine Handelsniederlassung ins Leben zu rufen, fragte er beim Auswärtigen Amt in Berlin wegen Gewährung des Flaggenschutzes an . Großbritannien, das bereits 1878 die Walvis Bay, den einzig schiffbaren Hafen in dieser Region der Atlantikküste seiner flagge unterstellt hatte, meldete zudem Ansprüche auf das Hereroland im Norden Südwestafrikas an, gestützt auf die Tätigkeit englischer Staatsangehöriger in der britischen Kapkolonie.<<

18.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2023: >>Der Schöpfer der "Weltformel des Krieges"

Von *Sven Reuth*

Am 16. Februar verstarb in Danzig der Soziologe Gunnar Heinsohn, der mit streitbaren Thesen zur Zuwanderung auf sich aufmerksam machte. ...

Schon 1995 publizierte der amerikanische Auslandsgeheimdienst einen Aufsatz des hawaiianischen Politologen Gary Fuller mit dem Titel "Demographische Hintergründe für ethnische Konflikte", in dem dieser die Hintergründe des damals auf Sri Lanka tobenden Bürgerkriegs zwischen den Volksgruppen der Tamilen und der Singhalesen untersuchte.

Der Autor kam hier zu dem Ergebnis, daß nicht Hunger oder Unterentwicklung - und auch keine unüberbrückbaren religiös-kulturellen Differenzen - die Treibkräfte dieses Konflikts waren, sondern die enorme Zunahme der Bevölkerung auf der Insel vor der südöstlichen Küste Indiens. In dem Aufsatz verwendete Fuller erstmals den Begriff des "Youth Bulge", womit er eine überproportionale Ausstülpung der Basis der demografischen Alterspyramide in einem Land bezeichnete.

In Deutschland griff nun zu Beginn des neuen Jahrtausends der Universalgelehrte Gunnar Heinsohn die Arbeiten von Fuller auf und verdichtete sie - so bezeichnete es zumindest die altehrwürdige Neue Zürcher Zeitung - zu einer "Weltformel" des Krieges. Ein Staat befindet sich demnach in höchster Gefahr, zum Schauplatz eines Bürgerkriegs oder aber auch zum Träger eines Angriffskriegs zu werden, wenn die 15- bis 24-Jährigen mindestens 20 Prozent und die 0- bis 15-Jährigen mindestens 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Wenn Mütter über Jahrzehnte hinweg im Schnitt 3 bis 4 Söhne hätten, dann seien schwerste Konflikte praktisch unvermeidbar. Im Jahr 2003 hatte Heinsohn im Züricher Orell Füssli Verlag sein Buch "Söhne und Weltmacht" veröffentlicht, in dem er seine Thesen nochmals vertiefend ausführte.

Hier stellte Heinsohn, der damals noch das von ihm gegründete Europäische Institut für Völkermordforschung an der Universität Bremen leitete, fest: "Anders als die Kommunisten, die einmal ein Dutzend Nationen mit 35 Millionen Quadratkilometern beherrscht haben, ist die nun auftretende Macht ohne eindeutige Adresse."

Der neue Gegner trage "seit der Präsidentschaft Bill Clintons" nur noch "den englischen Na-

men youth bulge". Schon damals sprach Heinsohn davon, daß "mit der islamischen Speerspitze dieser Jugendarmee" nach "dem Ende der marxistischen Weltbewegung" erstmals wieder ein Herausforderer auftrete, "der das Geschäft des aktuellen Hegemon nicht etwa übernehmen, sondern zerstören will."

Die demografische Bombe

Um die Dimensionen dieser demografischen Bombe zu verdeutlichen, wies der Bremer Professor darauf hin, daß für das Jahr 2003 100 Millionen Jungen unter 15 Jahren aus der entwickelten Welt (wozu er die 30 OECD-Staaten, die osteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die EU-Beitrittskandidaten zählte) über 900 Millionen Jungen aus der unterentwickelten Welt gegenüberstünden.

Mit "Weltmacht und Söhne" wurde der am 21. November 1943 in Gotenhafen in der Danziger Bucht geborene Heinsohn erstmals einem breiten Lesepublikum bekannt, wozu auch seine Fähigkeit zu provozierenden Zuspitzungen beitrug. Schon in einem Aufsatz für das Theoriemagazin Kursbuch aus dem Jahr 2007 wurde er seinem Ruf gerecht, ein wider den Stachel der politischen Korrektheit löckender Freigeist zu sein, als er feststellte, daß man von einwandernden "Schwarzafrikanern oder Muslimen" nicht die notwendigen Voraussetzungen erwarten dürfe, die "für ein Verbleiben Deutschlands in der ersten ökonomischen Liga" notwendig sind.

Einwanderungskritiker und Einwanderungsbefürworter

"Einwanderer ohne Hochschulabschluß" könnten nämlich eines nicht, nämlich "die kritische Masse begabter junger Leute bereitstellen", die nötig sind, um bei der technischen Entwicklung an der Spitze zu bleiben. Dabei ist der Bremer Soziologe kein genereller Einwanderungsgegner. Schon in einem Beitrag für die Welt am Sonntag vom November 2005 forderte er "die Berliner Republik" müsse endlich "das Zeug zum Gewinner beim Rückbau Europas" haben und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck "der Einfallsreichtum eines Fridericus Rex beim Ansiedeln von Franzosen, Holländern oder Salzburgern in seinen menschenarmen Eroberungen" möge auch hierzulande Nachahmer finden.

Einem breiteren Publikum bekannt wurde Heinsohn durch seine streitbaren Auftritte in der mittlerweile eingestellten ZDF-Kultur-Talkshow "Das Philosophische Quartett". Mit Peter Sloterdijk war einer der beiden Moderatoren dieser Sendung ein ausgesprochener Fan des wissenschaftlichen Außenseiters aus Bremen, der Karlsruher Philosoph hatte sogar gefordert, dessen Buch "Söhne und Weltmacht" zur "Pflichtlektüre von Politikern und Feuilletonisten" zu erheben.

In bester Erinnerung haben viele Fernsehzuschauer heute noch den Schlagabtausch, den sich Heinsohn im Oktober 2006 mit dem früheren COMPACT-Autor, dem 2016 verstorbenen Moderator Roger Willemsen, lieferte. Der beliebte Publizist und Fernsehmoderator hatte zuvor sein Buch "Hier spricht Guantánamo" veröffentlicht, das zahlreiche Interviews mit Insassen des berüchtigten US-Gefangenenlagers enthielt. Beim "Philosophischen Quartett" traf er nun auf einen Diskutanten, der ihm zu erklären versuchte, warum die USA angesichts eines so jungen und zahlenmäßig überlegenen Gegners zu längst überwunden geglaubten Methoden des Antiterrorkampfes greifen würden.

Kritik am Asyl-Tsunami 2015

Willemsen staunte über die Eloquenz und das Wissen seines Kontrahenten - und blieb doch seiner Kritik am US-amerikanischen "Krieg gegen den Terror" treu. Heinsohns Auftritt wiederum beeindruckte die Fernsehzuschauer so stark, daß sein Jahre zuvor erschienen Buch "Söhne und Weltmacht" plötzlich auf der Bestsellerliste stand. Auch nach seiner Emeritierung im Jahr 2009 mischte sich der Bremer Soziologe immer wieder in laufende Debatten ein. Im Jahr 2015, als die Asylkrise sich auf ihrem Höhepunkt befand, sprach Heinsohn in der "Neuen Zürcher Zeitung" davon, daß sich "rund um das Mittelmeer" die "größte Migration der Ge-

schichte" abspiele.

Der "Youth Bulge" im Afrika südlich der Sahara habe eine historisch einmalige quantitative Dimension. Bei einer demoskopisch ermittelten Auswanderungsbereitschaft von 38 Prozent der Schwarzafrikaner müsse man mit 370 Millionen potentiellen Zuwanderern aus diesem Kontinent nach Europa rechnen, dazu kämen nochmals 85 Millionen Personen aus dem arabischen Raum mit dem gleichen Ziel.

Wegen der explosiven Bevölkerungszunahme in Afrika würde diese Zahl bis zur Mitte des Jahrhunderts auf 950 Millionen Menschen steigen können. Das deutsche Asylrecht erweise sich in einer solchen Situation noch als Schleusenöffner, den die halbe Welt in Anspruch nehmen könne.

Bildet sich eine Mega-Schweiz?

Als wäre das noch nicht genug, gefällt sich die politische Klasse darin, die Kritiker ihres Handelns der Islamophobie und des Rassismus zu bezichtigen und so mundtot zu machen. Gunnar Heinsohn konnte sich zuletzt sogar vorstellen, daß die kommenden Jahrzehnte nochmals eine große Wandlung der europäischen Staatenwelt mit sich bringen. Immer wieder bezog sich der Bremer Soziologe in den Artikeln, die er in den letzten Jahren veröffentlichte, auf eine Umfrage des Instituts "Swiss Opinion", nach der in Baden-Württemberg, im französischen Savoyen, im norditalienischen Como und im österreichischen Vorarlberg eine hohe Beitrittsbereitschaft zur Schweiz, insbesondere in den jüngeren Jahrgängen, besteht.

Offensichtlich schätze man an diesem Land die Aufrechterhaltung seiner Grenzhoheit und die dadurch gegebene Möglichkeit einer Auswahl der Zuwanderer, sie sei deshalb eine "funktionierende Zelle" im Alpenraum. Heinsohn zählte auch zu den wenigen uneingeschränkten deutschen Befürwortern des britischen EU-Austritts und sah in ihm das "Signal des Aufbruchs zu einer neuen Allianz", einer "Nord-Union", die sich "gegen die erstickende Bürokratie der EU und ihre ewigen Geldansprüche sträuben" würde. Auch im Wahlsieg Donald Trumps 2016 erblickte er eine Zäsur und stellte in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" fest:

"Am 8. November ging erstmals der weiße Teil der amerikanischen Arbeiterklasse als organisierte Bewegung zur Wahl."

Den weiteren Fortgang der Geschichte hält Heinsohn auf jeden Fall für offen, denn: "Was nicht geplant wird, kommt in der Panik sehr schnell."

Am 16. Februar dieses Jahres verstarb Heinsohn in Danzig. Insbesondere seine Thesen zur Kriegsdemographie werden die Wissenschaft weiter beschäftigen, auch wenn man diese nicht verabsolutieren sollte, wie der derzeitige Ukraine-Krieg zeigt, wo zwei alternde Gesellschaften gegeneinander kämpfen.<<

19.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Februar 2023:

>>Nord Stream und NATO: Wie wir getäuscht werden

Der bekannte Völkerrechtler und ehemalige UNO-Mitarbeiter Alfred M. de Zayas prangert angesichts der Enthüllungen von Seymour Hersh zu den Nord-Stream-Anschlägen die moralische Heuchelei des Westens an und rechnet dabei scharf mit der NATO ab. ...

_ Von Alfred M. de Zayas

Die Enthüllungen von Seymour Hersh und Analyse seiner Beweise, die auf die Urheberchaft der USA an der Sprengung der Nordstream-Pipelines hindeuten, klingen überzeugend. Unter normalen Verhältnissen würden solche Ergebnisse nicht nur eine Regierungskrise nach sich ziehen, sondern vielmehr:

- die Verurteilung des Terroranschlags durch den US-Kongreß,
- die Forderung einer internen Untersuchung illegaler Aktivitäten von CIA und des Pentagons,
- eine internationale Untersuchung unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen,
- eine umsichtige Deklaration des UN-Generalsekretärs,

- einen Protest durch das Amt für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen,
- einen allgemeinen Medienaufruhr,
- sogar Rücktritt der US-Administration Biden, angesichts des Ausmaßes der groben Verletzung der UN-Charta und internationaler Verträge.

Es ist verblüffend: Der Staat, der von sich behauptet, das Völkerrecht zu wahren, läßt sich auf eine dreiste Terroroperation ein, ausgeführt im Namen des amerikanischen Volkes, das jedoch die Beteiligung der US-Regierung an Operationen unter falscher Flagge samt offensichtlichen Staatsterrorismus ganz bestimmt nur ablehnen würde.

Selbstverständlich begann das Weiße Haus und Pentagon sofort jede Verantwortung von sich zu weisen und Seymour Hersh zu verleumden. Ist das etwas Neues? Sogar die alten Römer sagten schon: "Si fecisti, nega!" (Hast "Du's getan, so leugne es!")

Hersh, ein ehemaliger Reporter von Associated Press und der New York Times sowie langjähriger Mitarbeiter des New Yorker, kommentierte Aussagen, wonach das "falsch und frei erfunden" wäre, wie durch die Sprecherin des Weißen Hauses, Adrienne Watson oder Verlautbarungen von Tammy Thorp für die CIA, wonach solche "Behauptungen komplett und völlig falsch" seien, mit den Worten: "Es erinnert mich an meine Kindheit und Urteil meines Lehrers, welches sich mir einprägte und besagt, daß ein Verhalten nach dem Spruch: 'Wirf den Stein, doch versteck Deine Hand' unethisch wäre."

Klare Indizien

Schon lange vor Hershs Enthüllungen deuteten viele Indizien auf die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten hin. Schließlich hatten die USA alles getan, um die Fertigstellung der Nord-Stream-Pipelines zu verhindern, illegale Sanktionen gegen Unternehmen zu verhängen, die am Bau der Pipeline beteiligt waren und Bedrohungen, Erpressungsversuchen und Schikanen der USA ausgesetzt waren.

Im Übrigen war der Angriff angekündigt. Am 7. Februar 2022, vor dem Einmarsch Rußlands in die Ukraine, hatte US-Präsident Biden erklärt: "Wenn Rußland einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen." All dies hätte sich bestätigen lassen, wenn die schwedische Untersuchung transparent verlaufen wäre und die deutschen und russischen Eigentümer von Nord Stream die Beweise hätten einsehen dürfen. Aber auch Schweden blockte.

Edward Snowden, der CIA-Analyst und Whistleblower, der das amerikanische Volk und die Welt auf die verfassungswidrigen Praktiken des Nationalen Sicherheitsamts (NSA) aufmerksam machte, verriß die US-Dementis. Am 8. Februar tweetete er:

"Fällt Ihnen ein Beispiel aus der Geschichte für eine geheime Operation ein, für die das Weiße Haus sich verantwortlich zeigte, hingegen alles nur vehement bestritt - abgesehen von den kleinen Querelen im Zuge der Massenüberwachung?"

Er teilte auch einen Zeitungsartikel vom April des Jahres 1961, in dem der damalige US-Außenminister Dean Rusk die Rolle der USA bei der Invasion in der Schweinebucht leugnete und dem amerikanischen Volk versicherte, daß die Invasion nicht "von amerikanischem Boden aus inszeniert" worden sei. Rusk behauptete, daß "kubanische Angelegenheiten von den Kubanern selbst geregelt" würden, und beharrte darauf, daß die Invasion von Kubanern ohne jegliche US-Unterstützung abgelaufen wäre.

Gehirnwäsche im Westen

Es klingt surreal, daß der Westen behauptet, er wolle eine "auf Regeln basierte internationale Ordnung" und es im Krieg in der Ukraine darum ginge, eine solche Ordnung wiederherzustellen. Die USA und die NATO tun so, als ob sie Rußland aus der Warte moralischer Überlegenheit bekämpften. Die Mainstream-Medien tendieren dazu, solch unhaltbare Narrative nur weiter zu stützen.

Objektiv betrachtet, nimmt der Westen gegenüber Rußland keine moralisch überlegenere Po-

sition ein: Die Bilanz westlichen Imperialismus und Kolonialismus im 19. und 20. Jahrhundert sowie jüngste Aggressionen des Westens gegen die Völker Indochinas, Jugoslawiens, Afghanistans und des Irak wiegen schwerer und mörderischer als die russische Invasion in die Ukraine. Die Aktionen des Westens hatten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Folge, die völlig ungestraft blieben, wodurch "Präzedenzfälle für Zulässigkeit" geschaffen wurden, denen nun Rußland und andere zu folgen scheinen.

Das Problem ist, daß die meisten in den Vereinigten Staaten, wie Briten im Vereinigten Königreich oder auch Deutsche letzten Endes unserer eigenen Propaganda aufsitzen. Das ist keine Frage der Heuchelei, sondern eine Frage der Naivität. Seit Kindertagen werden wir in dem Glauben indoktriniert, daß wir per Definition die Guten wären und die Aufgabe hätten, dem Rest der Welt Demokratie und Menschenrechte beizubringen. Für einen Chinesen, Inder oder Afrikaner mag dies bizarr klingen, doch die Gehirnwäsche an den amerikanischen und europäischen Bevölkerungen ist phänomenal erfolgreich verlaufen.

Abweichler am Pranger

Aus diesem Grund werden die Enthüllungen von Seymour Hersh in der amerikanischen Öffentlichkeit voraussichtlich keine große Wirkung zeigen. Sie prallen einfach ab. Die Menschen glauben, was sie glauben wollen, wie Julius Caesar in "De bello civili" einst schrieb: "Quae volumus, ea credimus libenter" ("Was wir wollen, glauben wir gerne").

Oder noch schlimmer, wie der heilige Augustinus festhielt: "Mundus vult decipi" ("Die Welt will getäuscht werden"). So werden Amerikaner weiterhin am Anspruch ihres "Exzeptionalismus" und religiösen Eifers mit dem Recht allen anderen Unrecht zufügen zu können, festhalten. Ich selbst habe das geglaubt und Jahrzehnte gebraucht, um mich von diesem Bann zu lösen.

Es gibt einige, die hoffen, daß der Bericht von Seymour Hersh die Leute zu einer Neubewertung des Ukraine-Krieg führen und einige seiner Teilnehmer aus der westlichen Allianz dazu bewegen könnte, eine andere Position einzunehmen, um zu erkennen, daß der Krieg militärisch nicht zu gewinnen sei. Außer, wir wollten den Konflikt immer weiter eskalieren und in einer nuklearen Konfrontation enden.

Vermittlung scheint der einzige Ausweg: Doch leider scheinen wir in unserem eigenen Netz politisch opportuner Lügen und kognitiver Dissonanz gefangen. Selbstverständlich gibt es Politiker und Akademiker, die erkennen, wie inkohärent das System und dysfunktional EU und NATO sich präsentiert. Aber, die Mainstream-Medien haben uns erfolgreich darauf konditioniert, daß "Gleichschritt" unter den westlichen Staaten notwendig wäre. Aus diesem Grund wird ein Abweichler wie der ungarische Präsident Victor Orban von NATO-Regierungen und Mainstream-Medien so massiv attackiert.

*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen und Vertreibungsverbrechen. Dieser Beitrag erschien zuerst auf Unser Mitteleuropa und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von dort übernommen.<<*

20.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Februar 2023: >>Die Kriegshexen

Von Jürgen Elsässer

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz zeigten sie sich wieder auf dem Besen reitend: Frauen wie Annalena Baerbock, Marie-Agnes-Strack-Zimmermann und Ursula von der Leyen rei-

ßen uns in den Dritten Weltkrieg. ...

Dumm, dümmter Baerbock: Sie forderte am Wochenende von Putin eine 360 Grad-Wende... Strack-Zimmermann geifert in jedes Mikrofon über die Notwendigkeit, Kampfbomber zu liefern. "Keine Verhandlungen mit Putin".... Das ist das Wesen der "feministischen Außenpolitik".

Die Erinnyen (Furien) spielten auch eine entscheidende Rolle, als es zu Jahresanfang darum ging, den zaudernden Kanzler zur Lieferung von Kampfpanzern zu drängen. Kaum waren am 6. Januar nach langem Hin- und Her 40 Marder für die Front freigegeben worden, legte von der Leyen am 10. Januar in Bezug auf die Leo 2 nach.

Als der Sozialdemokrat auf einer Rüstungskonferenz auf dem US-Stützpunkt Ramstein am 20. Januar dem US-Druck immer noch nicht nachgab, bellte Strack-Zimmermann: "Die Geschichte schaut auf uns, und Deutschland hat leider gerade versagt." Baerbock brach die Kabinettsdisziplin und gab, unter Überschreitung ihrer Befugnisse, Polen grünes Licht, schon mal mit der Lieferung der Kettenfahrzeuge zu beginnen. Am 26. Januar knickte Scholz ein.

Die neue Fratze der Macht

Selbstverständlich ist Weltbrandstiftung kein weibliches Privileg. Erstens gibt es noch genügend Frauen, die zum Frieden mahnen: Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer und Alice Weidel sind nur die bekanntesten unter ihnen.

Und zum anderen gibt es genügend ekelhafte Kriegshetzer auch unter Männern: Boris Johnson ist Ende März 2022 höchstpersönlich nach Kiew gereist, um einen Waffenstillstand ("Istanbuler Vereinbarung") zu verhindern; Anton Hofreiter forderte im Dezember 2022 sage und schreibe 3.200 Kampfpanzer für das Regime von Selenski; dessen Berater Michailo Podoljak drohte im Januar 2023 mit "Luftangriffen auf russische Großstädte wie Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg" (\$Handelsblatt\$); und US-General Michael Minihan plant schon für 2025 einen Krieg mit China.

Und doch fällt auf: In den letzten zehn Jahren hat sich der Geschlechterproporz an den Schalthebeln der Macht wesentlich verändert. Nach alten Schlachtrössern wie Hillary Clinton, Victoria Nuland und Angela Merkel drängten vermehrt relativ junge und gänzlich unbeleckte Frauen ins Rampenlicht; außer Baerbock wären die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin, die über Tiktok-Clips populär wurde, und ihre Amtskollegin Jacinda Ardern zu nennen, die in Neuseeland als Lockdown-Einpeitscherin auftrumpfte und kürzlich wegen angeblicher Erschöpfung zurücktrat.

Außerparlamentarisch spielen Teens und Twens wie Greta Thunberg und Luisa Neubauer eine Rolle als Antreiber, sie sind die Personalreserve des Weltwirtschaftsforums (WEF). Mit Dieter Bohlen könnte man alle diesen Dämchen fragen, ob sie nach dem Abitur etwas anderes gemacht haben, als sich von Klaus Schwab oder George Soros "durchnudeln" zu lassen.

Sie sind nämlich nicht trotz, sondern wegen ihrer Unbedarftheit nach oben gekommen: Ohne politische Erfahrung sind sie auf die Einflüsterungen dubioser Berater von WEF und NATO angewiesen. Ihre amorphen Charaktere saugen schnell die Meinungen auf, die sich die Eliten gebildet haben. Der Pakt mit den Teufeln macht sie zu Hexen und katapultiert sie auf der Karriereleiter nach oben.

Das Gegengewicht

Das Gegengewicht bilden alte weiße Männer. Sie haben nämlich - unabhängig von Fehlern, die man ihnen ankreiden kann - eine sehr gefährliche Eigenschaft: Aufgrund ihrer Lebenserfahrung wissen sie, was sie wollen. Sie mögen Machtpolitiker sein, aber bestimmt keine Hasardeure. Es ist kein Wunder, daß es gestandene Machos sind, die sich dem Weltkrieg entgegenstemmen: Trump, Putin, Xi, Erdogan und Lula. Weltanschaulich sind sie sehr verschieden. Aber sie wissen, daß man bei allem, was man tut, nicht den Planeten vernichten darf. Wir haben nämlich nur diesen einen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Februar 2023: >>>**Vahrenholt: Energie-Irrsinn führt zu Massenarmut**

Von *Sven Reuth*

Der frühere Hamburger Umwelt-Senator Fritz Vahrenholt warnt Deutschland vor dem Total-Absturz, wenn es den Irrweg der Energiewende weiter ohne Korrekturen verfolgt. Die früheren IPCC-Gutachter Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt räumen in ihrem Buch "Unerwünschte Wahrheiten" mit den Klimalügen unserer Gegenwart ab.

Eines kann man Fritz Vahrenholt sicherlich nicht absprechen, nämlich seine enorme Expertise. Von 1991 bis 1997 war er Umweltsenator in Hamburg, dann übernahm er im Vorstand der Deutschen Shell den Bereich der Erneuerbaren Energien. Von 2001 bis 2007 leitete er als Vorstandsvorsitzender das Windenergieunternehmen Repower Systems, es folgten weitere vier Jahre als Vorstandsvorsitzender des RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy.

Schädliches US-Frackinggas

Schon seit längerer Zeit übt Vahrenholt in verschiedenen Publikationen sowie in zahlreichen Interviews und Artikeln eine pointierte Kritik an der sogenannten deutschen Energiewende. Dabei nimmt er kein Blatt vor dem Mund, wie sich nun auch in einem aktuellen Interview zeigt, daß er mit der Bild-Zeitung führte.

Hier vollzieht der Ex-Politiker und Ex-Manager eine knallharte Abrechnung mit der deutschen Politik und warnt eindringlich davor, den grünen Irrweg in die deutsche Energie-Zukunft weiter zu vollziehen. In den Erdgas-Terminals, die derzeit an der deutschen Nord- und Ostseeküste entstehen, sieht der streitbare Fachmann keine große Hoffnung. Hier werde am Ende US-Frackinggas angeliefert, das unter denkbar umweltschädlichen Bedingungen produziert werde. Die Bohrlöcher würden nach der Förderung einfach offen gelassen, wodurch extrem schädliches Methan-Gas in die Atmosphäre entweiche.

"Atom-Tabu ist ein deutsches Mysterium"

Nach Vahrenholts Auffassung wäre es viel besser, das in deutschen Böden eingelagerte Gas zu fördern. Die derzeit bekannten Vorkommen würden den deutschen Bedarf für 23 Jahre abdecken. Außerdem weist Vahrenholt darauf hin, daß mittlerweile auch ungiftige Fracking-Methoden entwickelt wurden, die die Böden nicht belasten.

Scharfe Kritik über der frühere Hamburger Umwelt-Senator am deutschen Atomausstieg, der eines Tages, so seine Überzeugung, rückgängig gemacht werden müsse. Merkel habe den Ausstieg "im Affekt" durchgesetzt, nun verteidigten "Linke und Grüne, die Öffentlich-Rechtlichen und deutsche Klimaaktivisten ... diese Geisterfahrt, die uns teuer zu stehen kommt und zu mehr CO₂ -Ausstoß führt als der gesamte deutsche Pkw-Verkehr." Es sei schlicht "Irrsinn", daß im April mit dem AKW Isar 2 "das effizienteste und sicherste Atomkraftwerk weltweit" stillgelegt werde.

Dazu führt Vahrenholt aus: "Das Atom-Tabu ist ein deutsches Mysterium. Da haben selbst deutsche Stromkonzerne entnervt aufgegeben. Die verbohrt Ampel-Politik gefährdet die Arbeitsplätze am Industriestandort Deutschland."

Das von Bundesumweltminister Robert Habeck (Grüne) ausgegebene Ziel, bis 2030 80 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren zu produzieren, bezeichnet Vahrenholt als "nicht machbar". Wenn die Politik weiter zwanghaft versuche, dieses unrealistische Ziel zu erreichen, dann wären regelmäßige Stromabschaltungen und eine gigantische Schädigung der deutschen Industrie die Folge.

"Millionen Arbeitsplätze gehen verloren"

Ein Grundproblem der deutschen Energiewende sieht Vahrenholt in den fehlenden Speichermöglichkeiten für Ökostrom, woran sich in absehbarer Zeit nichts ändern werde. Dann kommt Vahrenholt zu dem ernüchternden Fazit:

"Mit der aktuellen Energiepolitik verliert Deutschland massenhaft Wohlstand und Wirt-

schaftskraft. Millionen Arbeitsplätze gehen verloren, weil die Industrie in Länder abwandert, die preiswertere Energie bieten. In den USA etwa kostete der Strom ein Drittel des deutschen Preises. Diesen Wettbewerb hält kein deutsches Unternehmen auf Dauer aus. Das Fatale: Das Weltklima wird dadurch nicht besser, sondern schlechter. Wir stehen, was CO₂-Emissionen betrifft, bezogen auf unsere Produktion viel besser da als die meisten Länder der Erde."

Mit der alleinigen Präferenz für die Erneuerbaren manövrierte sich Deutschland in eine "Sackgasse". "Die Ampel und viele selbsternannte Klimaschützer" müßten "nur ihre Schützengräben verlassen" und sich für neue Technologien öffnen, um die Situation zu verbessern. Als Beispiel nannte Vahrenholt die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Februar 2023:

>>**NATO: Eine kriminelle Vereinigung**

_ Von Alfred M. de Zayas

... Inzwischen hat auch der kroatische Präsident Zoran Milanovic seine Ablehnung gegenüber der EU- und US-Führung zum Ausdruck gebracht und Friedensgespräche zum Ukraine-Konflikt angemahnt. Milanovic bezweifelt, daß die Krim jemals an die Ukraine zurückkehren werde, da sie von vornherein nicht zur Ukraine hätte gehören dürfen, weil die große Mehrheit der Halbinsel keine Ukrainer werden wollen.

In Deutschland sind es Sahra Wagenknecht von der Linkspartei und Oskar Lafontaine, die sich gegen den Krieg in der Ukraine stellen. In den Vereinigten Staaten ist es der republikanische Kongreßabgeordnete Matt Gaetz aus Pensacola, Florida, der keine weitere Militärhilfen an die Ukraine zulassen möchte.

Die US-Professoren John Mearsheimer, Richard Falk, Jeffrey Sachs und andere sind sich einig, daß der Krieg in der Ukraine nicht zu gewinnen sei und ein tragfähiger Kompromiß, ein Quid pro quo (mit Gegenleistungen), gefunden werden müßte, um die Kämpfe zu beenden, bevor sie zu einer atomaren Konfrontation eskalieren. Dennoch, scheinen wir schlafwandelnd auf eine Apokalypse zuzugehen.

Es ist merkwürdig, daß Washington einen solchen Krieg ohne Kriegserklärung führen und einhundert Milliarden Dollar verschleudern darf, ohne das amerikanische Volk demokratisch befragt zu haben, ob es das wirklich so will. Ungeachtet der Bedeutung der Enthüllungen Seymour Hershs und ihrer Auswirkungen auf Institutionen der Regierung wird sich wahrscheinlich wenig ändern: Der Würgegriff der Mainstream-Medien scheint so stark, daß die Erkenntnisse eines seriösen Enthüllungsjournalisten einfach beiseitegeschoben werden können, wenn immer diese der gewünschten politischen Linie entgegen stehen.

In unserer dysfunktionalen Demokratie bleiben viele Fakten, bleiben viele Berichte, bleiben viele Bücher ohne Konsequenzen: Der Zug fährt zu schnell und die Dynamik des Geschehens scheint zu verhindern, ihn noch stoppen zu können.

Den Krieg verlängern, solange es geht

Der 2014 begonnene Ukraine-Konflikt hat sich zu einem Krieg ausgeweitet, der nun schon ein Jahr dauert, an die 200.000 Soldaten und Zivilisten getötet und Milliarden Dollar und Euro verschlungen hat. Kann es unbegrenzte Zeit einfach so weitergehen?

Ich vermag nicht in eine Kristallkugel zu blicken. Es gab mehrere ernstzunehmende Vermittlungsversuche des türkischen Präsidenten Erdogan und des israelischen Premierministers Bennett - beide wurden von Washington torpediert. Es gab Vermittlungsaufrufe von Papst Franziskus, vom mexikanischen Präsidenten Lopez Obrador und vom brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva. Doch alles deutet darauf hin, daß die US-Regierung den Krieg verlängern und noch den letzten Ukrainer gegen Rußland verheizen möchte.

Solange der Proxy-Krieg die Einnahmen sprudeln läßt, wird es weitergehen: Der militärisch-industrielle Komplex hat bereits Milliarden verdient, so wie auch die Gewinne der Ölindustrie für 2022 astronomisch erscheinen.

Selbst wenn Putin in der Ukraine bedeutende militärische Erfolge erzielen sollte, wird der Krieg nicht enden, weil die USA es nie zuließen, daß der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski einer Friedenslösung nachginge. Der Krieg wird weiter eskalieren, bis alle erschöpft sind oder eine menschliche Fehlkalkulation beziehungsweise Computerpanne zum Atomkrieg führt.

Koalition für den Frieden

Ich würde mir eine Koalition der Präsidenten für den Frieden wünschen, die im UN-Sicherheitsrat und in der Generalversammlung darauf bestünden, daß der Krieg sofort beendet werden muß, weil die Gefahr der nuklearen Vernichtung zu groß erscheint.

Für den Rest der Welt ist es irrelevant, ob die Krim zur Ukraine oder zu Rußland gehörte. Die meisten Lateinamerikaner, Afrikaner und Asiaten wissen gar nicht, wo die Krim liegt. Wir im Westen haben kein Recht, den Planeten wegen unserer rein amerikanisch-europäisch-russischen Querelen in den Abgrund zu stürzen.

Welches Land hat genug Einfluß, um sich einzuschalten und zu versuchen, tragfähige Friedensvorschläge zu präsentieren? Vielleicht sollten China und Indien eine internationale Friedenskonferenz einberufen, die alle Parteien auffordert, die Kämpfe einzustellen und das Überleben des ganzen Planeten nicht länger aufs Spiel zu setzen.

Diese Konferenz sollte nicht nur die russische Invasion in der Ukraine verurteilen, sondern auch die Provokationen der Vereinigten Staaten und NATO, die als legitimes Verteidigungsbündnis begann, doch sich über die letzten 30 Jahren zu einer kriminellen Organisation im Sinne der Artikel 9 und 10 des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg aus dem Jahr 1945 entwickelte.

*_ Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas (*1947) ist US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker. Er war als Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Chef der Beschwerdeabteilung im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte tätig. Von 2012 bis 2018 war er unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. De Zayas ist Verfasser zahlreicher Gutachten und Bücher zu völkerrechtlichen Fragen und Vertreibungsverbrechen. Dieser Beitrag erschien zuerst auf Unser Mitteleuropa und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von dort übernommen.<<*

China: Das Außenministerium der Volksrepublik China berichtet am 20. Februar 2023 (x1.269/...): >>>US-Hegemonie und ihre Gefahren

Inhalt

Einführung

I. Politische Hegemonie - ihr Gewicht herumwerfen

II. Militärische Hegemonie - mutwillige Anwendung von Gewalt

III. Wirtschaftliche Hegemonie - Plünderung und Ausbeutung

IV. Technologische Hegemonie - Monopol und Unterdrückung

V. Kulturelle Hegemonie - Verbreitung falscher Narrative

Abschluß

Einführung

Seit die Vereinigten Staaten nach den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg zum mächtigsten Land der Welt geworden sind, haben sie mutiger gehandelt, um sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, Hegemonie zu verfolgen, aufrechtzuerhalten und zu mißbrauchen, Subversion und Infiltration voranzutreiben und vorsätzlich Kriege zu führen, was der internationalen Gemeinschaft Schaden zufügt.

Die Vereinigten Staaten haben ein hegemoniales Spielbuch entwickelt, um "farbige Revolutionen" zu inszenieren, regionale Streitigkeiten anzuzetteln und sogar direkt Kriege unter dem Deckmantel der Förderung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten zu beginnen. Die

Vereinigten Staaten, die an der Mentalität des Kalten Krieges festhalten, haben die Blockpolitik verstärkt und Konflikte und Konfrontationen geschürt.

Sie hat das Konzept der nationalen Sicherheit überdehnt, Exportkontrollen mißbraucht und anderen einseitige Sanktionen aufgezwungen. Es hat eine selektive Herangehensweise an internationales Recht und Regeln gewählt, sie nach eigenem Ermessen verwendet oder verworfen, und versucht, Regeln durchzusetzen, die seinen eigenen Interessen im Namen der Aufrechterhaltung einer "regelbasierten internationalen Ordnung" dienen.

Dieser Bericht versucht, durch die Präsentation der relevanten Fakten den Mißbrauch der US-Hegemonie im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technologischen und kulturellen Bereich aufzudecken und größere internationale Aufmerksamkeit auf die Gefahren der US-Praktiken für den Weltfrieden und die Stabilität zu lenken und das Wohl aller Völker.

I. Politische Hegemonie - ihr Gewicht um sich werfen

Die Vereinigten Staaten versuchen seit langem, andere Länder und die Weltordnung mit ihren eigenen Werten und ihrem eigenen politischen System im Namen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten zu formen.

Fälle von US-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder gibt es zuhauf. Im Namen der "Förderung der Demokratie" praktizierten die Vereinigten Staaten in Lateinamerika eine "Neo-Monroe-Doktrin", stifteten "Farbrevolutionen" in Eurasien an und orchestrierten den "Arabischen Frühling" in Westasien und Nordafrika, der Chaos und Katastrophen brachte in viele Länder.

1823 verkündeten die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin. Während sie ein "Amerika für die Amerikaner" propagierte, wollte sie in Wirklichkeit ein "Amerika für die Vereinigten Staaten".

Seitdem war die Politik der aufeinanderfolgenden US-Regierungen gegenüber Lateinamerika und der karibischen Region durchsetzt von politischer Einmischung, militärischer Intervention und Umsturz des Regimes. Von ihrer 61-jährigen Feindseligkeit und Blockade Kubas bis zum Sturz der Allende-Regierung in Chile baute die US-Politik gegenüber dieser Region auf einer Maxime auf - diejenigen, die sich unterwerfen, werden Erfolg haben; diejenigen, die sich widersetzen, werden zugrunde gehen.

Das Jahr 2003 markierte den Beginn einer Reihe von "farbigen Revolutionen" - der "Rosenrevolution" in Georgien, der "Orange Revolution" in der Ukraine und der "Tulpenrevolution" in Kirgisistan. Das US-Außenministerium gab offen zu, bei diesen "Regimewechseln" eine "zentrale Rolle" zu spielen. Die Vereinigten Staaten mischten sich auch in die inneren Angelegenheiten der Philippinen ein und verdrängten Präsident Ferdinand Marcos Sr. im Jahr 1986 und Präsident Joseph Estrada im Jahr 2001 durch die sogenannten "People Power Revolutions".

Im Januar 2023 veröffentlichte der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo sein neues Buch *Never Give an Inch: Fighting for the America I Love*. Darin enthüllte er, daß die Vereinigten Staaten geplant hatten, in Venezuela einzugreifen. Der Plan war, die Maduro-Regierung zu einer Einigung mit der Opposition zu zwingen, Venezuela seiner Fähigkeit zu berauben, Öl und Gold gegen Devisen zu verkaufen, hohen Druck auf seine Wirtschaft auszuüben und die Präsidentschaftswahlen 2018 zu beeinflussen.

Die USA mißt bei internationalen Regeln mit zweierlei Maß. Die Vereinigten Staaten haben ihr Eigeninteresse an erste Stelle gesetzt und sich von internationalen Verträgen und Organisationen verabschiedet und ihr innerstaatliches Recht über das internationale Recht gestellt. Im April 2017 kündigte die Trump-Administration an, daß sie alle US-Gelder für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) einstellen werde, mit der Begründung, daß die Organisation "ein Programm zur Zwangsabtreibung oder unfreiwilligen Sterilisation unterstützt oder sich an der Verwaltung eines Programms beteiligt".

Die Vereinigten Staaten sind 1984 und 2017 zweimal aus der UNESCO ausgetreten. 2017

kündigten sie an, das Pariser Klimaschutzabkommen zu verlassen. 2018 kündigte sie ihren Austritt aus dem UN-Menschenrechtsrat an und verwies auf die "Voreingenommenheit" der Organisation gegenüber Israel und das Versäumnis, die Menschenrechte wirksam zu schützen. 2019, Die Vereinigten Staaten kündigten ihren Rückzug aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen an, um die ungehinderte Entwicklung fortschrittlicher Waffen anzustreben. Im Jahr 2020 kündigte es den Ausstieg aus dem Vertrag über den Offenen Himmel an.

Die Vereinigten Staaten waren auch ein Stolperstein für die Kontrolle biologischer Waffen, indem sie Verhandlungen über ein Verifizierungsprotokoll für das Übereinkommen über biologische Waffen (BWÜ) ablehnten und die internationale Überprüfung der Aktivitäten der Länder im Zusammenhang mit biologischen Waffen behinderten. Als einziges Land, das im Besitz eines Chemiewaffenarsenals ist, haben die Vereinigten Staaten die Vernichtung chemischer Waffen wiederholt hinausgezögert und blieben bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen zurückhaltend. Sie ist zum größten Hindernis geworden, um "eine Welt frei von Chemiewaffen" zu verwirklichen.

Die Vereinigten Staaten bauen durch ihr Bündnissystem kleine Blöcke zusammen. Es hat der asiatisch-pazifischen Region eine "Indo-Pazifik-Strategie" aufgezwungen, exklusive Clubs wie das Five Eyes, das Quad und AUKUS zusammengestellt und regionale Länder gezwungen, Partei zu ergreifen. Solche Praktiken sollen im Wesentlichen dazu dienen, die Region zu spalten, Konfrontationen zu schüren und den Frieden zu untergraben.

Die USA urteilen willkürlich über die Demokratie in anderen Ländern und fabrizieren ein falsches Narrativ von "Demokratie versus Autoritarismus", um Entfremdung, Spaltung, Rivalität und Konfrontation zu schüren. Im Dezember 2021 waren die Vereinigten Staaten Gastgeber des ersten "Gipfels für Demokratie", der Kritik und Widerstand aus vielen Ländern auf sich zog, weil er den Geist der Demokratie verspottete und die Welt spaltete. Im März 2023 werden die Vereinigten Staaten einen weiteren "Gipfel für Demokratie" ausrichten, der unerwünscht bleibt und erneut keine Unterstützung finden wird.

II. Militärische Hegemonie - mutwillige Anwendung von Gewalt

Die Geschichte der Vereinigten Staaten ist geprägt von Gewalt und Expansion. Seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1776 haben die Vereinigten Staaten ständig nach gewaltsamer Expansion gesucht: Sie haben Indianer abgeschlachtet, sind in Kanada eingefallen, haben einen Krieg gegen Mexiko geführt, den Amerikanisch-Spanischen Krieg angezettelt und Hawaii annektiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten zu den von den Vereinigten Staaten entweder provozierten oder begonnenen Kriegen der Koreakrieg, der Vietnamkrieg, der Golfkrieg, der Kosovokrieg, der Krieg in Afghanistan, der Irakkrieg, der Libyenkrieg und der Syrienkrieg seine militärische Hegemonie, um den Weg für expansionistische Ziele zu ebnen. In den letzten Jahren hat das durchschnittliche jährliche US-Militärbudget 700 Milliarden US-Dollar überschritten, was 40 Prozent des weltweiten Gesamtbudgets ausmacht, mehr als die 15 dahinterstehenden Länder zusammen. Die Vereinigten Staaten haben etwa 800 Militärbasen in Übersee ...

Laut dem Buch "America Invades": How We've Invaded or been Military Involved with fast Every Country on Earth haben die Vereinigten Staaten mit nur drei Ausnahmen in fast allen der etwa 190 von den Vereinten Nationen anerkannten Ländern gekämpft oder waren militärisch involviert. Die drei Länder wurden "verschont", weil die Vereinigten Staaten sie nicht auf der Karte fanden.

Wie der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter es ausdrückte, sind die Vereinigten Staaten zweifellos die kriegerischste Nation in der Geschichte der Welt. Laut einem Bericht der Tufts University mit dem Titel "Introducing the Military Intervention Project: A new Dataset on US Military Interventions, 1776-2019" führten die Vereinigten Staaten zwischen diesen Jahren

weltweit fast 400 militärische Interventionen durch, von denen 34 Prozent in Lateinamerika und den USA stattfanden Karibik, 23 Prozent in Ostasien und im Pazifik, 14 Prozent im Nahen Osten und Nordafrika und 13 Prozent in Europa. Derzeit nimmt ihre militärische Intervention im Nahen Osten, in Nordafrika und in Subsahara-Afrika zu.

Alex Lo, ein Kolumnist der South China Morning Post, wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten seit ihrer Gründung selten zwischen Diplomatie und Krieg unterschieden hätten. Sie stürzte im 20. Jahrhundert in vielen Entwicklungsländern demokratisch gewählte Regierungen und ersetzte sie umgehend durch proamerikanische Marionettenregime. Heute wiederholen die Vereinigten Staaten in der Ukraine, im Irak, in Afghanistan, Libyen, Syrien, Pakistan und im Jemen ihre alte Taktik der Führung von Stellvertreter-, Niedrigintensitäts- und Drohnenkriegen.

Die US-Militärhegemonie hat humanitäre Tragödien verursacht. Seit 2001 haben die von den Vereinigten Staaten im Namen der Terrorismusbekämpfung eingeleiteten Kriege und Militäroperationen über 900.000 Menschen das Leben gekostet, darunter rund 335.000 Zivilisten, Millionen verletzt und Dutzende Millionen vertrieben. Der Irakkrieg von 2003 forderte etwa 200.000 bis 250.000 zivile Todesopfer, darunter über 16.000 direkt vom US-Militär getötete, und machte mehr als eine Million obdachlos.

Die Vereinigten Staaten haben 37 Millionen Flüchtlinge auf der ganzen Welt geschaffen. Seit 2012 hat sich allein die Zahl der syrischen Flüchtlinge verzehnfacht. Zwischen 2016 und 2019 wurden 33.584 zivile Todesopfer bei den syrischen Kämpfen dokumentiert, darunter 3.833 Tote durch Bombenanschläge der US-geführten Koalition, die Hälfte davon Frauen und Kinder. Der Public Broadcasting Service (PBS) berichtete am 9. November 2018, daß allein bei Luftangriffen der US-Streitkräfte auf Raqqa 1.600 syrische Zivilisten getötet wurden.

Der zwei Jahrzehnte andauernde Krieg in Afghanistan hat das Land verwüstet. Insgesamt 47.000 afghanische Zivilisten und 66.000 bis 69.000 afghanische Soldaten und Polizisten, die nichts mit den Anschlägen vom 11. September zu tun hatten, wurden bei US-Militäroperationen getötet und mehr als 10 Millionen Menschen wurden vertrieben. Der Krieg in Afghanistan zerstörte dort die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung und stürzte das afghanische Volk ins Elend. Nach dem "Kabul-Debakel" im Jahr 2021 kündigten die Vereinigten Staaten an, rund 9,5 Milliarden Dollar an Vermögenswerten der afghanischen Zentralbank einzufrieren, was als "reine Plünderung" gilt.

Im September 2022 kommentierte der türkische Innenminister Suleyman Soylu auf einer Kundgebung, daß die Vereinigten Staaten einen Stellvertreterkrieg in Syrien geführt, Afghanistan in ein Opiumfeld und eine Heroinfabrik verwandelt, Pakistan in Aufruhr gestürzt und Libyen in unaufhörlichen zivilen Unruhen zurückgelassen hätten. Die Vereinigten Staaten tun alles, um die Menschen jedes Landes mit unterirdischen Ressourcen auszurauben und zu versklaven.

Die Vereinigten Staaten haben auch im Krieg entsetzliche Methoden angewandt. Während des Koreakrieges, des Vietnamkrieges, des Golfkrieges, des Kosovokrieges, des Krieges in Afghanistan und des Irakkrieges setzten die Vereinigten Staaten massive Mengen chemischer und biologischer Waffen sowie Streubomben, Treibstoff-Luft-Bomben und Graphitbomben ein und Bomben mit abgereichertem Uran, die enorme Schäden an zivilen Einrichtungen, unzählige zivile Opfer und nachhaltige Umweltverschmutzung verursachen.

III. Ökonomische Hegemonie - Plünderung und Ausbeutung

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten die Vereinigten Staaten die Bemühungen zur Errichtung des Bretton-Woods-Systems, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an, die zusammen mit dem Marshall-Plan das internationale Währungssystem bildeten, das sich um den US-Dollar drehte.

Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten auch eine institutionelle Hegemonie im interna-

tionalen Wirtschafts- und Finanzsektor etabliert, indem sie die gewichteten Abstimmungssysteme, Regeln und Vereinbarungen internationaler Organisationen, einschließlich der "Zustimmung durch 85-prozentige Mehrheit", und ihre inländischen Handelsgesetze und -vorschriften manipulierten.

Indem sie den Status des Dollars als wichtigste internationale Reservewährung ausnutzen, sammeln die Vereinigten Staaten im Grunde "Seigniorage" aus der ganzen Welt; und seine Kontrolle über internationale Organisationen zu nutzen,

Die Vereinigten Staaten beuten den Reichtum der Welt mit Hilfe von "Seigniorage" aus. Es kostet nur etwa 17 Cent, einen 100-Dollar-Schein zu produzieren, aber andere Länder mußten 100 Dollar an tatsächlichen Waren aufbringen, um einen zu bekommen. Vor mehr als einem halben Jahrhundert wurde darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten exorbitante Privilegien und Defizite ohne durch ihren Dollar verursachte Tränen genossen und den wertlosen Papierschein dazu benutzten, die Ressourcen und Fabriken anderer Nationen zu plündern.

Die Hegemonie des US-Dollars ist die Hauptquelle für Instabilität und Unsicherheit in der Weltwirtschaft. Während der COVID-19-Pandemie haben die Vereinigten Staaten ihre globale Finanzhegemonie mißbraucht und Billionen von Dollar in den Weltmarkt gepumpt, so daß andere Länder, insbesondere Schwellenländer, den Preis zahlen mußten. Im Jahr 2022 beendete die Fed ihre ultralockere Geldpolitik und wandte sich einer aggressiven Zinserhöhung zu, was zu Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und einer erheblichen Abwertung anderer Währungen wie dem Euro führte, von denen viele auf ein 20-Jahres-Tief fielen.

Infolgedessen wurde eine große Anzahl von Entwicklungsländern durch hohe Inflation, Währungsabwertung und Kapitalabflüsse herausgefordert. Das war genau das, was Nixons Finanzminister John Connally einmal mit Selbstzufriedenheit und doch scharfer Präzision bemerkte:

Mit ihrer Kontrolle über internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen stellen die Vereinigten Staaten zusätzliche Bedingungen für deren Hilfe für andere Länder. Um Hindernisse für US-Kapitalzufluß und Spekulation abzubauen, müssen die Empfängerländer die Finanzliberalisierung vorantreiben und die Finanzmärkte öffnen, damit ihre Wirtschaftspolitik mit der amerikanischen Strategie in Einklang steht.

Laut Review of International Political Economy wurden neben den 1.550 Schuldenerlaßprogrammen, die der IWF seinen 131 Mitgliedsländern von 1985 bis 2014 gewährte, bis zu 55.465 zusätzliche politische Bedingungen geknüpft.

Die Vereinigten Staaten unterdrücken ihre Gegner vorsätzlich mit wirtschaftlichem Zwang. In den 1980er Jahren setzten die Vereinigten Staaten ihre hegemoniale Finanzmacht gegen Japan ein, um die von Japan ausgehende wirtschaftliche Bedrohung zu beseitigen und letztere zu kontrollieren und zu nutzen, um Amerikas strategisches Ziel zu erreichen, der Sowjetunion entgegenzutreten und die Welt zu beherrschen Plaza-Abkommen.

Infolgedessen wurde der Yen nach oben getrieben und Japan wurde gedrängt, seinen Finanzmarkt zu öffnen und sein Finanzsystem zu reformieren. Das Plaza-Abkommen versetzte der Wachstumsdynamik der japanischen Wirtschaft einen schweren Schlag und ließ Japan hinter sich, was später als "drei verlorene Jahrzehnte" bezeichnet wurde.

Amerikas wirtschaftliche und finanzielle Hegemonie ist zu einer geopolitischen Waffe geworden. Die Vereinigten Staaten haben einseitige Sanktionen und "Langarmgerichtsbarkeit" verstärkt und nationale Gesetze wie den International Emergency Economic Powers Act, den Global Magnitsky Human Rights Accountability Act und den Countering America's Adversaries Through Sanctions Act erlassen und eine Reihe von Gesetzen eingeführt von Durchführungsverordnungen, um bestimmte Länder, Organisationen oder Einzelpersonen zu sanktionieren. Statistiken zeigen, daß die US-Sanktionen gegen ausländische Unternehmen von 2000 bis 2021 um 933 Prozent gestiegen sind.

Allein die Trump-Administration hat mehr als 3.900 Sanktionen verhängt, was drei Sanktionen pro Tag bedeutet. Bisher hatten oder haben die Vereinigten Staaten Wirtschaftssanktionen gegen fast 40 Länder auf der ganzen Welt verhängt, darunter Kuba, China, Rußland, die DVRK, Iran und Venezuela, von denen fast die Hälfte der Weltbevölkerung betroffen ist. "Die Vereinigten Staaten von Amerika" haben sich in "die Vereinigten Staaten der Sanktionen" verwandelt.

Und die "langarmige Jurisdiktion" wurde auf nichts als ein Instrument für die Vereinigten Staaten reduziert, um ihre Mittel der Staatsmacht einzusetzen, um wirtschaftliche Konkurrenten zu unterdrücken und sich in normale internationale Geschäfte einzumischen. Dies ist eine ernsthafte Abkehr von den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft, mit denen sich die Vereinigten Staaten seit langem rühmen. auf nichts anderes als ein Instrument der Vereinigten Staaten reduziert, um mit ihren Mitteln der Staatsmacht wirtschaftliche Konkurrenten zu unterdrücken und sich in normale internationale Geschäfte einzumischen.

Dies ist eine ernsthafte Abkehr von den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft, mit denen sich die Vereinigten Staaten seit langem rühmen. auf nichts anderes als ein Instrument der Vereinigten Staaten reduziert, um mit ihren Mitteln der Staatsmacht wirtschaftliche Konkurrenten zu unterdrücken und sich in normale internationale Geschäfte einzumischen. Dies ist eine ernsthafte Abkehr von den Prinzipien der liberalen Marktwirtschaft, mit denen sich die Vereinigten Staaten seit langem rühmen.

IV. Technologische Hegemonie - Monopol und Unterdrückung

Die Vereinigten Staaten versuchen, die wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder zu verhindern, indem sie Monopolmacht, Unterdrückungsmaßnahmen und Technologiebeschränkungen in High-Tech-Bereichen ausüben.

Die Vereinigten Staaten monopolisieren geistiges Eigentum im Namen des Schutzes. Die Vereinigten Staaten nutzen die schwache Position anderer Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, in Bezug auf geistige Eigentumsrechte und den institutionellen Leerstand in relevanten Bereichen aus und ernten übermäßige Gewinne durch Monopole. 1994 trieben die Vereinigten Staaten das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) voran und forcierten den amerikanisierten Prozeß und die Standards beim Schutz des geistigen Eigentums, um ihr Technologiemonopol zu festigen.

Um die Entwicklung der japanischen Halbleiterindustrie einzudämmen, leiteten die Vereinigten Staaten in den 1980er Jahren die "301-Untersuchung" ein, bauten Verhandlungsmacht in bilateralen Verhandlungen durch multilaterale Abkommen auf, drohten, Japan als unlauteren Handel zu bezeichnen, und verhängten Vergeltungszölle, die Japan dazu zwangen Unterzeichnung des US-japanischen Halbleiterabkommens.

Infolgedessen wurden japanische Halbleiterunternehmen fast vollständig aus dem globalen Wettbewerb verdrängt, und ihr Marktanteil sank von 50 Prozent auf 10 Prozent. Unterdessen nutzten zahlreiche US-Halbleiterunternehmen mit Unterstützung der US-Regierung die Gelegenheit und eroberten sich größere Marktanteile.

Die Vereinigten Staaten politisieren technologische Probleme, machen sie zu Waffen und benutzen sie als ideologische Werkzeuge. Indem sie das Konzept der nationalen Sicherheit überdehnten, mobilisierten die Vereinigten Staaten die Staatsmacht, um das chinesische Unternehmen Huawei zu unterdrücken und zu sanktionieren, beschränkten den Eintritt von Huawei-Produkten auf den US-Markt, unterbrachen seine Lieferungen von Chips und Betriebssystemen und zwangen andere Länder, Huawei dies zu verbieten Durchführung des Aufbaus eines lokalen 5G-Netzes. Sie überredete Kanada sogar, Huaweis CFO Meng Wanzhou unge rechtfertigterweise fast drei Jahre lang festzuhalten.

Die Vereinigten Staaten haben eine Reihe von Ausreden erfunden, um gegen Chinas High-tech-Unternehmen mit globaler Wettbewerbsfähigkeit vorzugehen, und mehr als 1.000 chine-

sische Unternehmen auf Sanktionslisten gesetzt. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten auch Biotechnologie, künstliche Intelligenz und andere High-End-Technologien kontrolliert, Exportbeschränkungen verschärft, Investitionsprüfungen verschärft, chinesische Social-Media-Apps wie TikTok und WeChat unterdrückt und die Niederlande und Japan dazu gedrängt, Exporte einzuschränken von Chips und zugehöriger Ausrüstung oder Technologie nach China.

Auch die Vereinigten Staaten haben in ihrer Politik gegenüber Technologieexperten mit Bezug zu China mit zweierlei Maß gemessen. Um chinesische Forscher an den Rand zu drängen und zu unterdrücken, wurde seit Juni 2018 die Visumgültigkeit für chinesische Studenten mit Hauptfach in bestimmten High-Tech-bezogenen Disziplinen verkürzt. Wiederholt sind Fälle aufgetreten, in denen chinesische Wissenschaftler und Studenten zu Unrecht zu Austauschprogrammen und Studien in die Vereinigten Staaten gingen verleugnet und schikaniert, und es wurden groß angelegte Ermittlungen gegen in den Vereinigten Staaten arbeitende chinesische Gelehrte durchgeführt.

Die Vereinigten Staaten festigen ihr technologisches Monopol im Namen des Schutzes der Demokratie. Durch den Aufbau kleiner technologischer Blöcke wie der "Chips Alliance" und des "Clean Network" haben die Vereinigten Staaten Hochtechnologie mit dem Label "Demokratie" und "Menschenrechte" versehen und technologische Themen in politische und ideologische Themen verwandelt Ausreden für seine technologische Blockade gegen andere Länder zu erfinden.

Im Mai 2019 haben die Vereinigten Staaten 32 Länder zur Prager 5G-Sicherheitskonferenz in der Tschechischen Republik angemeldet und den Prager Vorschlag herausgegeben, um Chinas 5G-Produkte auszuschließen. Im April 2020 kündigte der damalige US-Außenminister Mike Pompeo den "5G Clean Path" an. ein Plan zum Aufbau einer technologischen Allianz im 5G-Bereich mit Partnern, die durch ihre gemeinsame Ideologie über Demokratie und die Notwendigkeit des Schutzes der "Cyber-Sicherheit" verbunden sind. Die Maßnahmen sind im Wesentlichen die Versuche der USA, ihre technologische Vorherrschaft durch technologische Allianzen aufrechtzuerhalten.

Die Vereinigten Staaten mißbrauchen ihre technologische Vormachtstellung, indem sie Cyberangriffe durchführen und abhören. Die Vereinigten Staaten sind seit langem als "Imperium der Hacker" berüchtigt und werden für ihre zügellosen Akte des Cyber-Diebstahls auf der ganzen Welt verantwortlich gemacht. Es verfügt über alle Arten von Mitteln, um allgegenwärtige Cyberangriffe und Überwachung durchzusetzen, einschließlich der Verwendung analoger Basisstationssignale, um auf Mobiltelefone zuzugreifen, um Daten zu stehlen, mobile Apps zu manipulieren, Cloud-Server zu infiltrieren und Seekabel zu stehlen. Die Liste geht weiter.

Die US-Überwachung ist wahllos. Alle können Ziele seiner Überwachung sein, seien es Rivalen oder Verbündete, sogar Führer verbündeter Länder wie die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und mehrere französische Präsidenten. Cyber-Überwachung und von den Vereinigten Staaten gestartete Angriffe wie "Prism", "Dirtbox", "Irritant Horn" und "Telescreen Operation" sind allesamt Beweise dafür, daß die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten und Partner genau überwachen.

Ein solches Abhören von Verbündeten und Partnern hat bereits weltweit für Empörung gesorgt. Julian Assange, der Gründer von Wikileaks, einer Website, die US-Überwachungsprogramme aufgedeckt hat, sagte: "Erwarten Sie nicht, daß eine globale Überwachungssupermacht mit Ehre oder Respekt handelt. Es gibt nur eine Regel: Es gibt keine Regeln."

V. Kulturelle Hegemonie - Verbreitung falscher Erzählungen

Die globale Expansion der amerikanischen Kultur ist ein wichtiger Teil ihrer externen Strategie. Die Vereinigten Staaten haben oft kulturelle Mittel eingesetzt, um ihre Hegemonie in der Welt zu stärken und aufrechtzuerhalten.

Die Vereinigten Staaten verankern amerikanische Werte in ihren Produkten wie Filmen. Amerikanische Werte und Lebensstil sind ein gebundenes Produkt an seine Filme und TV-Shows, Veröffentlichungen, Medieninhalte und Programme der staatlich finanzierten gemeinnützigen Kulturinstitutionen.

Es formt somit einen kulturellen und öffentlichen Meinungsraum, in dem die amerikanische Kultur regiert und die kulturelle Hegemonie aufrechterhält. In seinem Artikel Die Amerikanisierung der Welt hat John Yemma, ein amerikanischer Gelehrter, die wahren Waffen der kulturellen Expansion der USA entlarvt: Hollywood, die Bilddesign-Fabriken in der Madison Avenue und die Produktionslinien von Mattel Company und Coca-Cola.

Es gibt verschiedene Mittel, die die Vereinigten Staaten benutzen, um ihre kulturelle Hegemonie aufrechtzuerhalten. Amerikanische Filme werden am häufigsten verwendet; sie besetzen heute mehr als 70 Prozent des Weltmarktanteils. Die Vereinigten Staaten nutzen ihre kulturelle Vielfalt geschickt aus, um verschiedene Ethnien anzusprechen. Wenn Hollywood-Filme auf die Welt kommen, schreien sie die amerikanischen Werte heraus, die mit ihnen verbunden sind.

Die amerikanische kulturelle Hegemonie zeigt sich nicht nur in "direkter Intervention", sondern auch in "medialer Unterwanderung" und als "Trompete für die Welt". Die von den USA dominierten westlichen Medien spielen eine besonders wichtige Rolle bei der Gestaltung der globalen öffentlichen Meinung zugunsten der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten anderer Länder.

Die US-Regierung zensiert streng alle Social-Media-Unternehmen und fordert deren Gehorsam. Elon Musk, CEO von Twitter, gab am 27. Dezember 2022 zu, daß alle Social-Media-Plattformen mit der US-Regierung zusammenarbeiten, um Inhalte zu zensieren, berichtete Fox Business Network. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten unterliegt staatlichen Eingriffen, um alle ungünstigen Äußerungen einzuschränken. Google läßt Seiten oft verschwinden.

Das US-Verteidigungsministerium manipuliert soziale Medien. Im Dezember 2022 enthüllte The Intercept, eine unabhängige US-Ermittlungswebsite, daß der Beamte des US-Zentralkommandos, Nathaniel Kahler, im Juli 2017 das Public-Policy-Team von Twitter anwies, die Präsenz von 52 arabischsprachigen Konten auf einer von ihm gesendeten Liste zu erhöhen, darunter sechs vorrangig zu behandeln.

Einer der sechs war der Rechtfertigung von US-Drohnenangriffen im Jemen gewidmet, etwa durch die Behauptung, die Angriffe seien präzise gewesen und hätten nur Terroristen getötet, keine Zivilisten. Auf Kahlers Anweisung hin hat Twitter diese arabischsprachigen Konten auf eine "weiße Liste" gesetzt, um bestimmte Botschaften zu verstärken.

Die Vereinigten Staaten praktizieren bei der Pressefreiheit zweierlei Maß. Medien anderer Länder werden mit verschiedenen Mitteln brutal unterdrückt und zum Schweigen gebracht. Die Vereinigten Staaten und Europa schließen die russischen Mainstream-Medien wie Russia Today und Sputnik aus ihren Ländern aus. Plattformen wie Twitter, Facebook und YouTube schränken offen offizielle Konten Rußlands ein. Netflix, Apple und Google haben russische Kanäle und Anwendungen aus ihren Diensten und App-Stores entfernt. Rußlandbezogenen Inhalten wird eine beispiellose drakonische Zensur auferlegt.

Die Vereinigten Staaten mißbrauchen ihre kulturelle Hegemonie, um eine "friedliche Evolution" in sozialistischen Ländern anzustoßen. Sie richtet Nachrichtenmedien und kulturelle Einrichtungen ein, die auf sozialistische Länder abzielen. Es schüttet unglaubliche Mengen öffentlicher Gelder in Radio- und Fernsehsender, um ihre ideologische Unterwanderung zu unterstützen, und diese Sprachrohre bombardieren sozialistische Länder Tag und Nacht in Dutzenden von Sprachen mit aufrührerischer Propaganda.

Die Vereinigten Staaten nutzen Fehlinformationen als Speer, um andere Länder anzugreifen,

und haben eine Industriekette darum herum aufgebaut: Es gibt Gruppen und Einzelpersonen, die Geschichten erfinden und sie weltweit verkaufen, um die öffentliche Meinung mit der Unterstützung nahezu unbegrenzter finanzieller Ressourcen in die Irre zu führen.

Abschluß

Während eine gerechte Sache ihrem Verfechter breite Unterstützung verschafft, verurteilt eine ungerechte ihren Verfolger zum Ausgestoßenen. Die hegemonialen, herrschsüchtigen und schikanierenden Praktiken, Stärke einzusetzen, um die Schwachen einzuschüchtern, andere mit Gewalt und Ausflüchten zu nehmen und Nullsummenspiele zu spielen, richten großen Schaden an. Die historischen Trends von Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und gegenseitigem Nutzen sind nicht aufzuhalten.

Die Vereinigten Staaten haben sich mit ihrer Macht über die Wahrheit hinweggesetzt und die Gerechtigkeit mit Füßen getreten, um ihrem Eigeninteresse zu dienen. Diese einseitigen, egoistischen und regressiven hegemonialen Praktiken haben wachsende, heftige Kritik und Widerstand von der internationalen Gemeinschaft hervorgerufen.

Die Länder müssen sich gegenseitig respektieren und auf Augenhöhe behandeln. Große Länder sollten sich ihrem Status entsprechend verhalten und die Führung übernehmen bei der Verfolgung eines neuen Modells der zwischenstaatlichen Beziehungen, das auf Dialog und Partnerschaft statt auf Konfrontation oder Bündnisse setzt.

China wendet sich gegen jede Form von Hegemonismus (Vorherrschaft) und Machtpolitik und lehnt Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab. Die Vereinigten Staaten müssen eine ernsthafte Selbsterforschung durchführen. Sie muß kritisch prüfen, was sie getan hat, ihre Arroganz und ihre Vorurteile loslassen und ihre hegemonialen, herrschsüchtigen und schikanierenden Praktiken aufgeben.<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. Februar 2023:

>>Die Herero-Frage: Lügen, Legenden und Wahrheit (3)

Nach Jahren des Friedens kam es 1904 zum Aufstand der Herero in Deutsch-Südwestafrika. Cecil Rhodes und die britischen Imperialisten stachelten die Eingeborenen dazu auf und versorgten sie mit Waffen. ...

_ Von Dr. *Gert Sudholt*

Über zehn Jahre lang hatte sich Deutsch-Südwestafrika im Wesentlichen friedlich entwickelt. Für das Deutsche Reich war das Schutzgebiet ein Zuschußgeschäft, doch unabhängig davon wurden beträchtliche Mittel in den Aufbau des Landes gesteckt. Eine Eisenbahn war zwischen der Küste und Windhuk gebaut und Straßen waren angelegt worden - die kargen Regionen blühten förmlich auf.

Hunderte von Siedlern, auch ausgediente Schutztruppler, erwarben Land mit Genehmigung der Landeshauptmannschaft. Dies führte allerdings auch dazu, daß sich insbesondere die mit ihren großen Viehherden nomadisierenden Herero zunehmend beengt fühlten. Gefördert wurde dies durch die hemmungslose Landveräußerungspolitik des Herero-Oberhäuptlings Samuel Maherero, der Geld benötigte, um sein ausschweifendes Leben führen zu können.

Um einem Ausverkauf des Landes an weiße Siedler zu verhindern und damit das Lebensrecht der Herero zu sichern, wurden von Gouverneur Theodor Leutwein, dem vormaligen Landeshauptmann von Deutsch-Südwest, Vorschläge an die Reichsregierung gemacht, um den Herero unveräußerliche Reservate in ihren Kerngebieten und auf den besten Weideflächen zu garantieren.

Diese Überlegungen stießen in Berlin 1898 auf offene Ohren, wurden aber von den Herero so verstanden, daß sie sich in diese Reservate zurückziehen mußten und dort zusammengedrängt würden. Dieses Mißverständnis, das vor allem von englischen Händlern geschürt wurde, ist fraglos eine wesentliche Ursache des folgenden Aufstandes.

Leutweins Reservatspolitik

Zunächst wurden vier Reservate in den entscheidenden Wohngebieten der Herero ausgewiesen. Dort durften Europäer keine landwirtschaftlichen Flächen mehr erwerben - ein Umstand, der auch unter weißen Siedlern und Siedlungswilligen, insbesondere aber bei den Siedlungsgesellschaften auf energischen Widerstand stieß. Dennoch war die Reservatspolitik Leutweins von bemerkenswerter Voraussicht. Der Oberst sah und suchte darin die Möglichkeit, das Zusammenleben von Schwarz und Weiß in einem gemeinsamen geographischen Raum erträglich zu gestalten.

Sicherlich sollte den Europäern eine gehobene Position gesichert werden. Mit bewußter Einschränkung vertrat Leutwein aber die Auffassung, daß die Tatsache der intellektuellen Überlegenheit nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß "jeder Weiße, gleichviel wes Kind er sei, verbrieft und versiegelt das Recht sich herausnahme, jeden Eingeborenen als seinen Untergebenen zu behandeln". Dies sei "eine zu weit gehende Auffassung der Herrenstellung".

In solchen Sätzen verdeutlicht sich exakt die Einstellung der deutschen Verwaltung: Zwar eine bewußte Verfechterin des deutschen wie im weiteren Sinn eines europäischen Standpunkts, so suchte sie dennoch nach einem Modus vivendi, der auch der anderen Seite erträglich sein sollte.

Rücksichtslose Händler

Ein weiterer Grund für den Herero-Aufstand lag im Händlerwesen oder besser: Händlerunwesen. Europäische Kaufleute, meist Engländer oder Buren, aber auch Deutsche, verhökerten den Eingeborenen auf Pump Ware. Konnten diese nach Ablauf der Zahlungsfristen, die oft eigenwillig ausgelegt wurden, ihre Schulden nicht begleichen, nahmen ihnen die Händler das Vieh und ließen sich Land überschreiben.

So kann man in einem Bericht aus dem Jahr 1902 nachlesen: "Wenn nicht zu leugnen ist, daß sich das Schuldenmachen der Eingeborenen wenig, wenn auch sehr wenig gebessert hat, so ist das Vorgehen der Händler im Eintreiben der Schulden ein immer rücksichtsloseres, stellenweise ein direkt gesetzwidriges geworden."

Und der Präses der Rheinischen Mission im Hereroland beschrieb das Kreditproblem in seinem Jahresbericht von 1903 wie folgt:

"Es tauchte mehr oder weniger überall die Klage auf über den eingreifenden Luxus, der sich in Kleiderpracht und anderen Genüssen, die den Eingeborenen bisher fremd waren, kundtat. Leider wurde das meiste für diese Zwecke auf Kredit angeschafft. Bei Einforderung der Zahlung kam es dann nicht selten zu Konflikten.

Diese Folgen gaben den Missionaren Handhabe, durch Ermahnung, kirchliche Bestrafung dem Übelstand entgegenzuwirken. Aber der Schaden war derart eingerissen, daß Worte und Belehrungen allein ihn nicht mehr beseitigen konnten."

Um diesem Unwesen ein Ende zu machen, legte das Windhuker Gouvernement nach Rücksprache bei der Berliner Kolonialabteilung im Jahr 1903 fest, daß Schulden nicht mehr durch Stammes-, sondern allein durch Individualbesitz abgesichert werden sollten, und die Verjährungsfrist wurde auf 12 Monate festgelegt.

Windhuk hatte eine Verjährungsfrist von sechs Monaten gefordert. Dies hätte zu einem schlagartigen Ende der Kreditgewährung und der Schuldeneintreibung geführt. Pfändungen, Viehabtreibungen und der recht zweifelhafte Übergang des Landes in weiße Hände aufgrund oft fragwürdiger Schuldtitel von Eingeborenen sorgte für zunehmende Wut unter den Herero.

Die Machenschaften der Briten

Schließlich gilt noch anzuführen: England beziehungsweise den britischen Imperialisten gefiel der deutsche Landerwerb in Südwest- ebenso wenig wie der in Ostafrika. Cecil Rhodes wollte ein britisches Afrika von Kairo bis zum Kap. Daraus entwickelte sich eine Rivalität gegenüber der deutschen Kolonialpolitik, die von englischen Händlern geschürt wurde. Aussagen von

Hendrik Witbooi, einem Kaptein der Hottentotten, der Anfang der 1890er Jahre gegen die Deutschen gekämpft hatte und dann ein Jahrzehnt lang deren treuester Verbündeter war, räumte gegenüber Leutwein ein, "von Cecil Rhodes 4.000 Gewehre erhalten zu haben".

Auch die Herero wurden nachweislich mit britischen Henry-Martini-Gewehren und mit Munition beliefert. Und so forderte Samuel Maherero in seiner Kriegsproklamation vom 11. Januar 1904, daß man alle Ausländer, vor allem aber die Engländer, schonen solle.

Schon zu Beginn des Aufstandes 1904 lagerten in Walvis Bay Unmengen britischer Waffen und Munition, wie der Resident Magistrate, John Cleverley, ebenso nach Kapstadt berichtete wie von den zahlreichen Besuchen hoher Herero-Häuptlinge, die bei ihm nicht seelischen Trost, sondern handgreiflichere Argumente im Kampf gegen die Deutschen suchten, fanden und kauften, wie britischen Akten zu entnehmen ist.

Um Waffenschmuggel vorzubeugen und ihn zu unterbinden, hatte die deutsche Verwaltung ab Mitte der 1890er Jahre veranlaßt, alle Waffen, gleich ob von Europäern oder Nichteuropäern, registrieren und stempeln zu lassen. Als dann bei der Schlacht am Waterberg von 600 weggeworfenen Herero-Gewehren nur 400 gestempelt und die übrigen meist britischer oder portugiesischer Herkunft waren, war der Beweis erbracht, wer den Aufstand mit vorbereitet hatte.

Dazu zählte auch ein Brite namens Johannes Bann, der, wie ein Herero-Bericht zeigt, auf keinen Fall in die Hände der Deutschen fallen durfte. Warum? Weil er nicht nur Waffenschmuggel betrieb, sondern die Herero auch in Militärfragen beriet.

Verletzter Stolz

Die wirkliche Ursache als das ernstliche und letzte Motiv des Aufstandes, war dann wohl ein untergründiger verletzter Stolz: Vor der deutschen Zeit waren sie weitgehend die Herren des Nordens und des Zentrums Südwestafrikas gewesen. Mit mehr oder weniger großer Unabhängigkeit hatten die Kapteins über Land und Vieh verfügt. Frei und ungehindert konnten sie ihre Tiere, die oft in die Tausende gingen, übers Land treiben und weiden, wo Wasser war und Gras wuchs.

Mit dem Auftreten der Weißen wurde all diese Freizügigkeit eingedämmt. Die Versuche, europäische Normen und Denkvorstellungen durchzusetzen, die Eingriffe in das Stammesleben - all das sind Momente, die im Unterbewußtsein der Herero wohl stärker zum Aufstand beigetragen haben als alle zuvor erwähnten Einzelmotive.

Auf Seiten des deutschen Gouvernements war man sich zwar darüber klar, daß es unter den Herero eine Kriegspartei gab, aber man glaubte dennoch nicht, daß sie je die Oberhand bekommen und einen so allgemeinen und vorzüglich geplanten Aufstand durchführen könnten, bei dem schlagartig 123 Siedler umgebracht wurden, darunter auch fünf Frauen. ...<<

21.02.2023

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2023: >>Putins Rede zur Lage der Nation: souverän!

Von Jürgen Elsässer

"Große Siege unserer Wirtschaft": Putins Hauptakzent lag auf dem Aufbau der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit. "Putin verstehen" - jetzt seine Reden im Original lesen.

Für die "Welt" ist der Drops gelutscht: Man Putin kann man nicht mehr verhandeln. Die Zusammenfassung des Springer-Blattes: "Putin gibt den aggressiven Sozial-Diktator. Verhandeln wird man mit ihm nicht mehr können. Aber wenigstens droht er nicht mehr mit einem Atomkrieg."

"Bild" hatte schon Tage vorab in Hetz-Stimmung prognostiziert: "Was bei seiner großen Rede zu erwarten ist - Mit diesen Putin-Drohungen muß die Welt rechnen." Diskutiert wurden dann: Kriegserklärung, Kriegsrecht in ganz Rußland, volle Mobilmachung, Ausreisesperre für junge Leute. Völlig abgedreht auch Zeitungsenten von gestern und heute, Putin wolle weiß-Rußland annektieren.

Hinterher sprach "Bild" von einer "Kriegsrede". Nichts davon ist wahr. Putin hielt die jährliche "Rede zur Lage der Nation". Dem Titel entsprechend ging es vor allem um Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Von den 90 Minuten behandelten nur 20 das Kriegsgeschehen in der Ukraine.

Die Lage im Donbass kam nur insofern zur Sprache, als die neuen Oblaste - Donezk, Lugansk, Cherson, Saporischja - für Putin selbstverständlicher Bestandteil der Russischen Föderation sind, was er auch bekräftigte (da gab es den ersten Beifall). Spekulationen, er könnte die mittlerweile von Kiew wieder besetzten Gebiete im Austausch gegen einen Friedensschluß als Verhandlungsmasse opfern, sind damit vom Tisch. Dem innenpolitischen Fokus der Rede entsprechend behandelte er auch die Nord-Stream-Sprengung nicht.

Der Präsident sprach unaufgeregt und maßvoll - weit entfernt vom Geifern westlicher Hetzer oder auch des ukrainischen Präsidenten Selenski. Die Namen ausländischer Staatsführer nahm er nicht in den Mund. Der Westen insgesamt wurde aber klar als Weltfeind und als Verursacher des ukrainischen Blutvergießens markiert.

"Das ist dem Westen scheißegal"

Er äußerte keinerlei Drohungen mit Atomwaffen. Aber auch hier klare Ansage: 91 % der Atomstreitmacht sei einsatzbereit. Die atomare Abschreckung steht. Und: Rußland wird sich nicht mehr am Atomwaffenkontrollvertrag beteiligen. Was man im Westen auch zur Kenntnis nehmen sollte: Wenn man der Ukraine weitreichende Waffen zur Verfügung stellte, "sind wir gezwungen, die Gefahr immer weiter von unseren Grenzen zurückzuwerfen". Das deutet daraufhin, daß in diesem Fall die bisherigen Kriegsziele - Sicherung der neurussischen Gebiete im Donbass und im Süden - überschritten werden müßten.

Der einzige Punkt, an dem Putin emotional wurde, war bei der Beschreibung des "Nazi-Regimes" in Kiew, das sich offen in die NS-Tradition stellt. Putin nannte das Beispiel einer Brigade, die von Selenski vor kurzem den Titel "Edelweiß-Brigade" bekam, angelehnt an die "Edelweiß-Division" der Waffen-SS. "Aber das ist dem Westen - entschuldigen Sie meine Wortwahl - scheißegal."

Einige Wortlautauszüge aus der Rede

Faschismus: "In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat der Westen den Nazis in Deutschland praktisch den Weg an die Macht eröffnet. In unserer Zeit schafft er in der Ukraine ein 'Anti-Rußland'." Das Ziel sei immer das gleiche: Rußland zu zerstückeln.

Wirtschaftspolitik: "Die russische Wirtschaft hat die Schwierigkeiten überwunden." Die Arbeitslosigkeit sei 2022 zurückgegangen, der Wohnungsbau auf Rekordhöhe. Die neue Lage biete "enorme Möglichkeiten". "Der Krieg hat große Siege für die russische Wirtschaft gebracht."

Westliche Dekadenz: Der Mißbrauch von Kindern durch Pädophile werde im Westen als Norm betrachtet. Geistliche würden gezwungen, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen, Gott werde "genderneutral" gemacht. "Die (westlichen) Eliten werden verrückt, und es sieht so aus, daß sie nicht mehr geheilt werden." "In der Heiligen Schrift steht, eine Familie, das ist die Vereinigung von Mann und Frau."

Patriotismus: "Wir sind stolz auf unser multinationales Volk." - "Jeder von uns fühlt die genetische Verbundenheit mit unserem Volk."

Unterschied zu früheren Reden

Die heutige Rede Putins war relativ nüchtern. In früheren Reden spielte die Geschichte oft eine große Rolle (so bei den Reden zum 9. Mai oder zum 1. September), er kritisierte umfangreich die spalterische Nationalitätenpolitik der Kommunisten und betonte die jahrhundertelange Zusammengehörigkeit von Rußland und der Ukraine (so in seiner Rede vor einem Jahr, am 21. Februar 2022).

Legendär sind seine großen Friedensreden im Bundestag (2001) und bei der Münchner Si-

cherheitskonferenz (2007) mit umfangreichen Angeboten zur Kooperation. Alle diese Reden finden Sie im Original in den beiden COMPACT-Editionen "Wladimir Putin: Reden an die Deutschen" (2001 bis 2014) und "Putin verstehen: Seine großen Reden aus der Kriegszeit im Original" (2016 bis 2022).<<

22.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Februar 2023:

>>**Krank: Klima-Irre säbeln Ahorn in Berlin um**

Von *Sven Reuth*

Wer noch einen Zweifel daran gehegt haben sollte, daß die Klima-Chaoten schlicht nicht zu-rechnungsfähig sind, wurde nun eines Besseren belehrt: Die "Aktivisten" fällten nun einen Rotahorn vor dem Kanzleramt in Berlin. Im Dossier ...

Nicht nur Menschen werden Opfer der Öko-Terroristen der "Letzten Generation", sondern neuerdings auch Pflanzen. Vor dem Kanzleramt in Berlin sägten die Klima-Terroristen nun einen jungen Rotahorn ab; also ausgerechnet ein Lebewesen, das CO2 absorbiert. Noch ab-surder geht es wirklich nicht mehr.

Größenwahn und Narzißmus

Natürlich haben sich die Klima-Chaoten auch eine pseudoschlaue Begründung für ihr krimi-nelles Handeln überlegt. Mit der Attacke auf den unschuldigen jungen Rotahorn wollte man zeigen, wie bedroht "wichtige Kohlenstoffspeicher für unsere Zukunft" sind. An dieser Stelle braucht man wohl niemandem mehr zu erklären, wie widersprüchlich und geradezu irre die Positionierungen der "Letzten Generation" sind.

Bewiesen haben die "Aktivisten" der Letzten Generation mit dieser Aktion wieder einmal vor allem eines: Es handelt sich um eitle Narzißten, die in ihrem Selbstermächtigungsdenken glauben, sich alles erlauben zu können. Sowohl Menschen als auch andere Lebewesen werden bewußt ins Visier genommen, um das totalitäre Ziel der Verwirklichung einer umfassenden Öko-Diktatur Realität werden zu lassen. Das man gleichzeitig selbst dazu bereit ist, in frevel-hafter Weise Hand an die Natur anzulegen, macht deutlich, wie unterirdisch auch das intellek-tuelle Niveau dieser Truppe ist.

Einfach hängen lassen!

Es ist erkennbar notwendig, diesen Wirrköpfen in Zukunft energischer entgegenzutreten. Da-bei kann man durchaus auch seitens der Ordnungsbehörden Originalität walten lassen. In der österreichischen Hauptstadt Wien beispielsweise ließ man die Klimakleber einfach ein paar Stunden mehr als nötig an einer Praterbrücke kleben. Eigentlich schade, daß sie dann doch irgendwann abgehobelt wurden, gaben sie doch durchaus ein gutes Beispiel dafür ab, wohin die linksgrüne Verblendung am Ende führt. ...<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Februar 2023:

>>**Die Herero-Frage: Lügen, Legenden und Wahrheit (4)**

Die Schlacht am Waterberg 1904 soll der Auftakt zum Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika gewesen sein. Allerdings sprechen schon die nackten Zahlen gegen die Geno-zid-Theorie. ...

_ Von *Dr. Gert Sudholt*

Am 11. August wurde durch Generalleutnant Lothar von Trotha, Oberbefehlshaber der Schutztruppe, der Befehl zum Angriff gegen die aufständischen Herero gegeben. Die nun fol-gende Schlacht am Waterberg war für die deutsche Führung ein Desaster. Vorgesehen war, den Gegner durch Gefangennahme seiner bewaffneten Kräfte auszuschalten - das nannte man "Vernichtung" in der europäischen Generalstabssprache jener Zeit.

Nach Moltkes Strategie, vergleichbar mit der Schlacht von Sedan 1870 (Von Trotha hatte dar-an teilgenommen) sollten die Herero besiegt werden. Der Plan scheiterte. Von Trotha war von den ortskundigen Offizieren gewarnt worden, da sich die große Mehrheit der Herero auf der

Ostseite des Waterbergmassivs konzentriert hatten. Hier waren auf deutscher Seite die schwächsten Kräfte.

Die Afrikaner brachen aus und bewegten sich in ihrer Masse gen Osten auf das britische Betschuanaland zu. Dennoch telegrafierte von Trotha am 12. August 1904 nach Berlin:

"Der Feind, der mit außerordentlicher Zähigkeit kämpfte, erlitt trotz sehr gewandter Aufstellung im dichten Dornbusch schwere Verluste. Tausende von Vieh erbeutet. Zersprengt und im Rückmarsch nach allen Seiten begriffen, bewegt sich die Hauptmasse des Feindes nach Osten."

Im Generalstabswerk wurde die Niederlage mit den pathetischen Worten umschrieben:

"Keine Mühen, keine Entbehungen wurden gescheut, um dem Feind den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er schließlich willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung der Herero."

Heute wissen wir, daß diese Sätze damals zwar Eindruck eines glorreichen Sieges erweckt haben mögen, von der Realität jedoch weit entfernt waren. Nach Rohrbachs bereits erwähnten Schätzungen waren am Waterberg ca. 40.000 Herero mit Frauen und Kindern und etwa 60.000 Rindern zusammengezogen - eine für Südwestafrika enorme Zahl, die der Untersuchung bedarf.

Die tatsächliche Bevölkerungszahl

Damals gab es keine Wasserleitungen, und man war auf Quellen angewiesen. Der Waterberg liegt in einer verhältnismäßig regenreichen Region. Die Hauptquelle an dem Massiv lieferte, wie mir der damalige Leiter der Wasserabteilung der Südwestafrika-Administration, H. W. Stengel, zuverlässig ermitteln konnte, etwa 600 Kubikmeter Wasser pro Tag. Hinzu kommen einige kleinere Wasserlöcher und -reservoirs. 1903/04 war zudem ein überdurchschnittlich gutes Regenjahr gewesen. Dennoch benötigen 40.000 Menschen und 60.000 Stück Vieh täglich etwa 2.600 Kubikmeter Wasser. Das ist deutlich mehr als die dortigen Naturverhältnisse jemals erlaubt hätten.

Die Aufständischen aber hatten sich bereits vor der Schlacht in diesem Gebiet versammelt. Es können sich also höchstens etwa 13.000 Herero mit ca. 10.000 Rindern am Waterberg aufhalten haben. Wie sehr eine nüchterne Prüfung der Zahlen nötig ist, kennen wir auch aus anderen Bereichen, insbesondere aber aus den Legenden, die über den angeblichen Genozid an den Herero verbreitet werden.

So schrieb die Londoner "Times" am 7. Dezember 1970 in einem Nachruf auf den Herero-Kaptein Hosea Kutako: "1904 schlug von Trotha die unvermeidlich gewordene Rebellion der Herero nieder, die sich gegen die deutsche Kolonialherrschaft erhoben hatten und tötete dabei 65.000 der etwa 80.000 Herero."

Für uns ist jetzt noch interessant, wie viele Angehörige dieses Stammes überlebt haben. Am 1. Mai 1906 befanden sich 14.796 Herero unter Aufsicht der deutschen Behörden. Oberhäuptling Samuel Maherero sowie 1.275 seiner Anhänger waren im Betschuanaland offiziell registriert worden - wie viele sich in dem großen Land jedoch tatsächlich aufhielten oder sich in unzugänglichen Teilen versteckt hatten, konnte nie geklärt werden, es dürften jedoch ungefähr weitere 3.000 Personen gewesen sein.

Addiert man die drei Positionen, dann hätten ungefähr 19.000 Herero den Krieg 1904 überlebt. Nehmen Sie die von mir vorhin errechnete Zahl von ca. 25.000, bedeutet dies, daß infolge des Krieges und den damit verbundenen Kollateralschäden etwa 6.000 Herero ums Leben kamen. Nehmen Sie dann noch die 1911 ermittelte Zahl von 19.900 Personen, dann bewegen wir uns mit der Verlustzahl von 6.000 auf sicherem Boden und müssen die Zahl von 60.000 ermordeten Herero ins Reich der Legenden verweisen.

Die im heutigen Sprachgebrauch gängige These vom "Völkermord an den Herero" läßt sich also nicht aufrechterhalten. Was bei nüchterner Prüfung allerdings übrig bleibt, ist die Feststellung, daß man sich deutscherseits unerfreulicher Ausdrücke bediente, um den Fehlschlag am Waterberg in einen Erfolg umzumünzen, der in der deutschen Öffentlichkeit mit lauten "Hurra-Rufen" gefeiert werden konnte - handelte es sich doch um den ersten wirklichen Krieg des Wilhelminischen Deutschlands. ...<<

24.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Februar 2023:

>>Die Herero-Frage: Lügen, Legenden und Wahrheit (5)

Der sogenannte Vernichtungsbefehl von General von Trotha soll die These vom Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika stützen. Doch das Original dieser Proklamation ist nicht auffindbar. Eine Fälschung? Weitere Wahrheiten, die Ihnen der Mainstream verschweigt, lesen Sie in unserer neuen Geschichtsausgabe "Deutsche Kolonien - Viel besser als ihr Ruf". Das opulent illustrierte Werk können Sie hier bestellen.

_ Von Dr. *Gert Sudholt*

Ein besonderes Gewicht in der in Wirklichkeit unhaltbaren "Vernichtungsthese" kommt einer bombastischen Proklamation des Schutztruppen-Oberbefehlshabers Lothar von Trotha zu, die dieser acht Wochen nach der Schlacht am Waterberg zu Papier gebracht haben soll.

Die Proklamation hat folgenden Wortlaut:

"Ich, der große General der deutschen Soldaten sende diesen Brief an das Volk der Herero. Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. Ich sage dem Volk: Jeder, der einen Kaptein abliefert, erhält 1.000 Mark, wer Samuel Maharero abliefert, 5.000 Mark.

Das Volk der Herero muß jedoch das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auch auf sie schießen. Dies sind meine Worte an das Volk der Herero. Der große General des mächtigen deutschen Kaisers. Von Trotha."

Der nachfolgende Zusatzbefehl, der eine wesentliche Ergänzung und Ausführungsbestimmung ist, wurde jedoch nicht publiziert. Er lautet:

"Der Erlaß ist bei den Appellen der Truppe mitzuteilen, mit dem Hinzufügen, daß auch der Truppe, die einen Kaptein fängt, die entsprechende Belohnung zuteil wird, und daß das Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen. Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß dieser Erlaß dazu führen wird, keine männlichen Gefangenen mehr zu machen, aber nicht zu Greuelthaten gegen Weiber und Kinder ausartet. Diese werden schon laufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen wird. Die Truppe wird sich des guten Rufes des deutschen Soldaten bewußt bleiben."

Wie echt ist das Dokument?

Der Autor Claus Nordbruch erwähnt in seinem Buch "Der Hereroaufstand 1904", daß der Farmer Conrad Rust diesen Befehl erstmals im Herbst 1905 in den "Windhoeker Nachrichten" gelesen und dann in seinem Buch "Krieg und Frieden im Hereroland" (1905) veröffentlicht habe. Wenig später habe dann der sozialdemokratische "Vorwärts" den Befehl abgedruckt.

Auf diesen beiden Zeitungsveröffentlichungen fußen alle weiteren Publikationen. Doch weder im sorgfältig sortierten Windhoeker Staatsarchiv noch im Archiv des Reichskolonialamtes konnte bislang ein Original oder eine beglaubigte Abschrift gefunden werden. Wäre diese vorhanden - die Völkermordsfetischisten hätten sie schon längst begeistert geschwenkt. Es scheint kein Original zu geben, auf das sich Rust oder der "Vorwärts" berufen konnten. Es könnte also auch eine grobe Fälschung eines nicht existierenden Dokuments sein.

Ich will das nicht behaupten, aber es existiert lediglich eine unbeglaubigte Abschrift, deren Herkunft auf das ehemalige britische Betschuanaland hindeutet, wohin ja auch die Herero geflohen sind. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß Eingeborene, wenn sie diesen Aufruf des Generals von Trotha gehört hatten, Papier und Bleistift zur Hand gehabt haben und den Text mitstenografierten. Eher darf man vermuten, daß der Trotha-Aufruf mündlich überliefert wurde, vergleichbar mit dem Johannes-Evangelium, und daß dieser überlieferte Text erst später schriftlich skizziert wurde.

Dies läßt ernste Zweifel an der Echtheit dieses Dokuments aufkommen. Andererseits besteht aber dahingehend weitgehend Übereinstimmung, daß dieser oder ein ähnlicher Aufruf, wie auch immer er formuliert gewesen sein mag, existiert haben muß. Sonst hätte nicht der Kaiser auf Drängen seines Reichskanzlers von Bülow im Dezember 1904 diesen Befehl ausdrücklich zurückgenommen.

Augenzeugen widersprechen

Eine andere Frage ist jedoch die der Wirksamkeit dieser nach ihrer Diktion in erster Linie an die Herero gerichteten Proklamation. Ich hatte das Glück, 1966 und 1971 damals noch lebende Zeitzeugen in Südwestafrika befragen zu können. Man mag das Erinnerungsvermögen so alter Herren vielleicht in Zweifel ziehen, der Hererokrieg und die Proklamation haben sich jedoch tief ins Gedächtnis eingegraben.

Bereits 1961 fand in Südwest in den Spalten der dortigen deutschsprachigen "Allgemeinen Zeitung" eine lebhafte Diskussion statt. Sie wurde ausgelöst durch einen Artikel der Windhoeker Journalistin Olga Levinson, der in jener Zeitung in deutscher Übersetzung von der Zeitung "Cape Argus" (21.7.1961) übernommen wurde. Darauf antwortete der ehemalige Schutztruppler Salnow aus Tsumeb, der bei der Abteilung Estorff gedient hatte:

"Wir deutschen Soldaten waren keine disziplinlose Soldateska, die sinnlos mordete, sondern eine absolut disziplinierte Truppe, die keinem unbewaffneten Herero etwas zuleide tat. Das ist eine ganz gemeine Unterstellung. Jeder Soldat, der sich eines solchen Mordes schuldig gemacht hätte, wäre unweigerlich vor ein Kriegsgericht gestellt und schwer bestraft worden."

In diesem Zusammenhang muß schließlich darauf verwiesen, daß der (angebliche) Trotha-Befehl auch beabsichtigte, umherlaufende Herero-Banden, die nicht uniformiert waren, von der deutschen Truppe fernzuhalten. Es gab eine Art Guerillakrieg, und die Herero massakrierten jeden Schutztruppler, dessen sie habhaft werden konnten. Die überlieferten Beschreibungen sind schrecklich und erinnern an den Partisanenkrieg zwischen 1941 und 1945.

Der Tenor der Proklamation war bewußt abschreckend gehalten. Altsenator Carl Frey - ein noch 1971 lebender Zeitzeuge - erklärte mir gegenüber in einem ausführlichen Gespräch, daß dieser Befehl vorrangig der psychologischen Kriegführung dienen sollte. Daß zumindest dieses Ziel erreicht wurde, ist nicht bestritten worden. Der Gegner hielt sich von da von den deutschen Truppen fern, die sich im Übrigen selbst in einer miserablen Lage sich befanden

Es muß schließlich auch darauf hingewiesen werden daß dieser Befehl nach dem Ersten Weltkrieg erstmals in dem sogenannten Blaubuch "Report on the Natives of South West Africa and their Treatment by Germany" publiziert wurde, in der Absicht den Deutschen das Recht an seinen Kolonien abzuspochen. Hierzu ein wichtiger Hinweis: Am 29. Juli 1926 wurde die britische und südafrikanische Regierung gebeten, das Blaubuch über angebliche in Südwestafrika begangene Greuel zurückzuziehen. Am 28. Februar 1927 antwortete General Hertzog, der damalige Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, die Südwestafrika als Mandat im Auftrag des Völkerbundes verwaltete:

"Die Unzuverlässigkeit und Unwürdigkeit dieser Urkunde der Kriegshetze genügt nach Ansicht des Ministerpräsidenten, es zu diesem schimpflichen Begräbnis aller verwandten Schriften der Kriegszeit zu verdammen." (zitiert nach "Allgemeine Zeitung", Windhoek, 1.8.1961)

...<<

25.02.2023

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Februar 2023:
>>**Antideutsche Hetze: Polen und der "größte Feind Europas"**

Das öffentlich finanzierte, polnische Staatsmedium TVP Info hat Anfang Februar einen Artikel veröffentlicht, mit dem Titel: "Deutschland - der größte Feind Europas". Darüber berichtet RT Deutsch. Nachfolgend dokumentieren wir die wichtigsten Passagen im O-Ton. Warum Warschau lieber keine großen Töne spucken sollte, zeigen wir in unserer Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung".

_ Von *Elem Chintsky*

Der Verfasser des Artikels, Dawid Wildstein, ist kein unbekannter Journalist, sondern eine einflußreiche Stimme im innerpolnischen Polit-Diskurs. Als Medienvertreter der PiS-Elite arbeitet sich Wildstein auch nicht an einer neuen These ab. Lediglich der hetzende Ton, mit der neuerdings die These unters lesende Volk gebracht wird, obliegt einer rasanten Zuspitzung.

Wildstein stellt die Berliner Ampelregierung - aber auch alle anderen Regierungen bis zurück zu Helmut Kohl - als verschwörerische Kollektive dar, die hinter dem Rücken Warschaus und Washingtons mindestens seit 1991 eine geheime Machtallianz mit Moskau schmieden. Bis heute.

Alle an Kiew geleisteten Kriegsgerät-Lieferungen, alle Hilfgelder, sogar die in Deutschland aufgenommenen ukrainischen Flüchtlinge seien nur "ein deutscher Schein", um die eigentlichen, vermeintlich hinterhältigen Absichten Berlins zu camouflieren (tarnen). Nämlich die Absicht, so rasch wie möglich alle Geschäftsbeziehungen mit Moskau pünktlich nach dem bald endenden Krieg in vollem Volumen wieder aufzunehmen.

Die große Verschwörung

Wildstein offenbart eine schwache Kenntnis der Verfassung heutiger deutscher Souveränität, Autonomie und Handlungsfreiheit als Nationalstaat. Der polnische Propagandist verwechselt das Preußen von Friedrich II., Bismarcks Deutsches Reich und sogar Hitlers Drittes Reich mit dem heutigen US-Subjekt namens Bundesrepublik Deutschland.

Wildstein schreibt dem heutigen Berlin so großzügig viel Handlungsspielraum und galaktische Hintergedanken zu, daß die Glaubwürdigkeit des Schreibers rasant beim Lesen fällt. Die Regierungschefs Schröder und Merkel wollten einfach billiges Erdgas aus Rußland haben, um die deutsche Wirtschaft gedeihen zu lassen und beim Weiterverkauf an willige Nachbarn, wie Polen, noch ein paar Pfennige mehr dazuverdienen. Sehr einfache Erklärung.

Die Polen machen diese offenen pragmatisch-wirtschaftlichen Befindlichkeiten zu einer geradezu ideologischen Unterwanderung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des deutschen akademischen Sektors - direkt durch Gazprom kontrolliert. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wäre Wildstein der deutschen Sprache mächtig, könnte er in Echtzeit sehen, wie die deutschen Leitmedien - zum Beispiel Markus Lanz' Runde letztes im ZDF - um eine russophobe Linie aufrichtig bemüht sind. ...

Selbst vor der Tatsache, daß es Berlin nicht im Geringsten interessiert, wer die Nord-Stream-Pipelines gesprengt hat, zieht Wildstein nicht den Hut. Wäre Berlin wirklich dieser zynische, skrupellose, geopolitische Machtriese im Herzen Europas, den Wildstein zeichnet - der seine eigenen nationalen Interessen um jeden Preis durchsetzt und sogar einen Bruch mit den, in polnischen Augen, "heiligen" USA, wagt -, müßte die Faktenlage diametral anders liegen. Tut sie aber nicht. ...

Wären demnach die Sanktionen wahrlich zu lasch ausgefallen, würden wohl wieder die Deutschen von Wildsteins obiger Deutungsschablone als die "russophilen" Unruhestifter und Saboteure erfaßt werden. Dabei haben die letzten drei Sanktionspakete bereits die Schmerzgrenzen

Europas spürbar angetastet - und zwar nicht nur die Deutschlands. Selbst mit der neuesten Einigung geht es der polnischen Führung alles zu langsam und die Dringlichkeit vervielfacht sich mit den mageren Aussichten für einen militärischen Sieg Kiews. Wenn das so weitergeht, platzt den Polen bald der Kragen.

So auch dem polnischen Staatsoberhaupt Andrzej Duda. Dieser hatte Anfang Februar bei einem Besuch in Lettland Folgendes zum Thema Rußland erläutert:

"Wenn ich 'Russki mir' höre, sehe ich Armut, Elend, Versklavung, Gesindel. Und was normalerweise durch Nieten oder Bolzen verbunden sein sollte, ist durch Schnur oder Draht verbunden. ... Was Rußland in letzter Zeit getan hat, zeigte dem Rest der Welt, daß alle Geschichten über das Ende der Geschichte und alle Geschichten über einen ein für alle Mal gegebenen Frieden und Ruhe, insbesondere in Europa, ein absolutes Hirngespinnst waren."

Der Präsident erklärte des Weiteren, daß zwischen Polen und der EU auf der einen Seite und Rußland auf der anderen Seite ein eiserner Vorhang "bis zu den Wolken" errichtet werden soll. Fernab jeglicher Präferenzen für den Ausgang des Ukraine-Krieges hat Duda sicherlich vollkommen recht. Ein solcher Eiserner Vorhang, wie ihn damals auch Winston Churchill 1946 - am Vorabend zum Kalten Krieg - in die Existenz sprach, wird sicher errichtet. Wo genau - gemeint ist, entlang welcher geographischen Gebiete - ist noch offen. ...

Eine Bombe - unmöglich zu entschärfen

Das Ego polnischer Machteliten wird von den USA regelmäßig mit Lob weiter aufgepusht. Im Hinblick auf die geleistete Hilfe an die Ukraine hatte kürzlich der US-Botschafter in Polen, Mark Francis Brzezinski, noch einmal unterstrichen, daß die polnische Regierung und die polnische Bevölkerung die allererste war, die reagiert hat.

Brzezinski ist der Sohn des 2017 verstorbenen US-Sicherheitsberaters und einer der geopolitischen US-Architekten für den heutigen Ukraine-Krieg, Zbigniew Kazimierz Brzezinski. Für den Flüchtlingsstrom westwärts hat der Mann mit seiner Beobachtung jedenfalls vollkommen recht. Die polnische Gesellschaft war tatsächlich den geflüchteten Ukrainern unglaublich zuvorkommend, hilfsbereit, selbstaufopfernd und solidarisch gegenüber.

Mittlerweile wird die polnische Zivilgesellschaft nämlich immer öfter aufmerksam auf die kulturell-historischen Änderungen, die durch die Anwesenheit ukrainischer Geflüchteter innerhalb Polens auftreten. So hatte kürzlich die unabhängige, konservative, NATO- und EU-skeptische Mysl Polska in einem Kommentar analysiert, wie viele der zugereisten Ukrainer ihr Nazi-Vermächtnis mit ins Gastland hineingetragen haben. ...

Selbst deutsche Nazis sollen damals von der blutrünstigen Vorgehensweise der faschistischen UPA und OUN gegen die polnische Bevölkerung schockiert gewesen sein. Diese Geschichte haben die Polen und die Ukrainer vollkommen verpaßt aufzuarbeiten. Ganz im Gegenteil, die Symbole und das Gedankengut wird mit steigender Tendenz in Polen sichtbar und trägt zu einer Neuevaluierung der Situation bei. ...

Schmerzhaft und traumatische, historische Wahrheit dieser Größenordnung durch staatliche Verordnung tief zu vergraben und ihre Enthüllung künstlich hinauszuzögern, führt später nur zu einer um so stärkeren Detonation innerhalb der Zivilgesellschaft. Die Warschauer Führung hat allem Anschein nach diese Detonation vorsätzlich in Planung, auf die man im Innern tüchtig hinarbeitet.

Gleichzeitig wird selbstgefällig eine Zweifronten-Konfrontation - mit "dem größten Feind Europas" in Berlin und dem "ewigen Russen" in Moskau - verfolgt, erzwungen und begierig heraufbeschwört. Was könnte da noch schiefgehen?

_ Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. ... <<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Februar 2023:

>>**Trump: "Mit den Kriegstreibern aufräumen"**

Von *Daniell Pföhringer*

Ex-US-Präsident Donald Trump warnt in einer Videobotschaft vor einem Dritten Weltkrieg - und kündigt an, das Weiße Haus von "Kriegstreibern" zu säubern. Wie Deutschland schon seit über 100 Jahren von den US-Imperialisten ins Visier genommen wird - und warum uns die USA nun in einen weiteren Krieg ziehen wollen, erfahren Sie in COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland". ...

Der frühere US-Präsident Donald Trump hat in einer Videobotschaft zum Frieden in der Ukraine aufgerufen. Wir seien einem Dritten Weltkrieg noch nie so nah wie heute, so Trump, der angekündigt hat, 2024 erneut für das höchste Staatsamt zu kandidieren. Wörtlich sagte der streitbare Republikaner in seiner Ansprache, die unter anderem vom Magazin Forbes dokumentiert wurde:

"Der Dritte Weltkrieg war noch nie so nah wie heute. Wir müssen jetzt aufräumen mit all den Kriegstreibern, den letzten Globalisten im Tiefen Staat, im Pentagon, im Außenministerium und im nationalen Sicherheitsapparat."

Und er fuhr fort: "Einer der Gründe, warum ich der einzige Präsident seit Generationen war, der keinen Krieg begonnen hat, ist, daß ich der einzige Präsident war, der den katastrophalen Rat vieler von Washingtons Generälen, Bürokraten und sogenannten Diplomaten, die nur wissen, wie man uns in Konflikte bringt, aber nicht wissen, wie man uns da wieder rausholt, zurückgewiesen habe."

Nun seien Figuren wie Victoria Nuland und andere an den Schalthebeln der Macht, "die wie besessen davon sind, die Ukraine in Richtung NATO zu drängen" und so die Sicherheit der ganzen Welt aufs Spiel setzten. "Nun stehen wir am Rande des Abgrunds, am Rande des Dritten Weltkriegs, und viele Leute sehen es nicht, aber ich sehe es, und ich hatte mit vielen Dingen recht", so Trump weiter.

Der frühere US-Präsident stellte klar: "Nichts entschuldigt die ungeheuerliche und schreckliche Invasion in der Ukraine vor einem Jahr, der die nie passiert wäre, wenn ich Euer Präsident gewesen wäre". Doch nun sei es an der Zeit, für Frieden zu sorgen.

Trump wörtlich: "Wir müssen hier in Amerika die korrupten Globalisten loswerden, das Establishment, das alles verpfuscht hat. Und das schließt Präsident Biden ein, von dem seine eigenen Leute sagen, er habe nie eine gute Entscheidung getroffen, wenn es um andere Länder geht."

Abschließend erklärte der Ex-Präsident und Kandidat für die US-Präsidentschaftswahl 2024, daß der Ukraine Krieg binnen 24 Stunden beendet werden könne - "mit der richtigen Führung an der Spitze". Und er kündigte an: "Am Ende meiner nächsten vier Jahre werden die Kriegstreiber, Betrüger und Versager aus der Regierung verschwunden sein."<<

Afrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Februar 2023:

>>**Die Herero-Frage: Lügen, Legenden und Wahrheit (6)**

Mit heutigem Moralverständnis wird über Vorgänge vor über 100 Jahren geurteilt. Das widerspricht allen Grundsätzen sauberer historischer Arbeit. Die Wahrheit über den deutschen Kolonialismus lesen Sie in unserer neuen Geschichtsausgabe "Deutsche Kolonien - Viel besser als ihr Ruf". ...

_ Von Dr. *Gert Sudholt*

Wenige Wochen nach dem umstrittenen Befehl des Generalleutnants von Trotha, der in Berlin für erhebliche Verwirrung sorgte und zu einer ziemlich verfahrenen Situation führte, trat der Chef des Generalstabs an Reichskanzler von Bülow heran mit der Bitte, von Trothas zu zurückzunehmen und durch eine weitere zu ersetzen, wozu der Kaiser schließlich seine Zustimmung gab.

Mit Datum vom 12. Dezember 1904 wurde darin verfügt: "Der deutsche Kaiser begnadigt alle Herero, die sich ergeben, mit Ausnahme der führenden Köpfe des Aufstandes und derjenigen, die sich gegen Weiße etwas haben zuschulden kommen lassen."

Den ersten Anstoß dazu soll zum einen die Rheinische Mission gegeben haben, zum anderen hatte die öffentliche Meinung im Reich Druck ausgeübt - und schließlich hatte der vormalige Gouverneur Leutwein sich für eine akzeptable Behandlung der Herero eingesetzt.

Verlustreiche Operation

Erste Erfolge zeitigte diese Amnestie als sich am 23. Dezember 1904 etwa 500 Angehörige der bei Otjimbingwe beheimateten Herero gegenüber Major von Estorff, der sich ihnen persönlich verbürgt hatte, daß sie ihr Leben nicht verlieren würden, ergaben. Insgesamt konnten in den folgenden Monaten circa 20.000 Herero registriert und ihre Lebensgrundlagen sichergestellt werden.

Vergessen wird in der Debatte für gewöhnlich, daß während des Herero- und des Nama-Aufstandes 1904/1905 insgesamt 15.000 deutsche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften eingesetzt werden mußten. Davon sind 676 Soldaten im Gefecht gefallen, 689 wurden Opfer von Krankheiten wie Typhus, weitere 76 gelten als vermißt. Auch sie müssen zu den Gefallenen addiert werden.

Die Gesamtzahl der bei den Aufständen gefallenen deutschen Soldaten betrug also 1.518, die der Verwundeten 907. Die Offiziersverluste beliefen sich auf über 10 Prozent. Die Gesamtkosten schlugen mit knapp 600 Millionen Goldmark zu Buche.

Und vergessen wir nicht, daß die unerfreuliche Trotha- Proklamation - sollte sie denn authentisch sein - keineswegs ein historischer Sonderfall war. Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Kriege von allen Kolonialmächten in eindeutiger Denkweise geführt. Weder französische noch britische noch belgische oder amerikanische Kommandeure benahmen sich damals anders als der deutsche General von Trotha.

Die Niederkämpfung des Mashona-Aufstandes in Rhodesien, des Mahdisten-Aufstandes in Ägypten 1899 oder die Niederwerfung der Buren durch Lord Kitchener, der zugleich der geistige Vater der Konzentrationslager im benachbarten Südafrika war, fanden mit Praktiken statt, die Trothas Wortradikalismus entsprachen.

Schluß mit dem Moralisieren

Lassen Sie mich zum Schluß noch einen Gedanken in die Debatte werfen. Die Epoche des Imperialismus gehört der Vergangenheit hat. Sie hatte vor mehr als einem Jahrhundert ihren Höhepunkt. Aus den ehemaligen Angehörigen der Kolonien wurden nicht selten nach dem Zweiten Weltkrieg sogenannte Freiheitskämpfer.

Unsere Herzen schlugen in den 1960er Jahren für die Südtiroler Freiheitskämpfer, viele konnten sich für den Freiheitskampf der unterdrückten Völker in der Sowjetunion erwärmen und haben nicht selten Sympathien für Kurden oder Tschetschenen. Was für die einen Terroristen sind, sind für die anderen Lichtgestalten eines langen Marsches für die Freiheit der Völker.

Aus heutigem Blickwinkel mögen die aufständischen Herero aus dem Jahr 1904 manchen auch als Freiheitskämpfer erscheinen, und es gibt vielleicht den einen oder anderen, der mit diesen Ideen gegen Kolonialismus und Imperialismus sympathisiert. Dennoch muß auch gesagt werden, daß wir die Ereignisse vor einem Jahrhundert nicht mit der Elle der Gegenwart messen dürfen.

Seien wir uns klar darüber, daß die sogenannte historische Aufklärung heutzutage im Namen der Moral stattfindet. Im Namen dieser vermeintlichen Moral drischt man auf einem Kaiserreich herum, das sich im Vergleich zu den Briten oder den Belgiern wie ein kolonialer Waisenknabe ausgenommen hatte.

Im Namen der Moral fokussierten deutsche Politiker, sekundiert von willfähigen Hofhistorikern, den einzig möglichen dunklen Punkt deutscher Kolonialgeschichte. Der historisch ä-

ßerst komplexe Herero-Aufstand wurde zum nationalen Schuldereignis höchsten Ranges hochstilisiert - mit den entsprechenden (auch finanziellen) Folgen.

Wer freilich Geschichtsschreibung unter dem Blickwinkel der Moral betreibt, der setzt voraus, daß Menschen in der Vergangenheit immer mit dem Bewußtsein der Gegenwart gehandelt hätten. Dies haben und dies konnten sie nicht.

Kein Mensch käme auf die Idee, das Verhalten Julius Caesars unter dem Aspekt moderner Moralvorstellungen zu betrachten. War Karl V. nach heutigen Vorstellungen ein Gutmensch, der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. ein vorzeigbarer Demokrat oder muß man in den Geschichtsbüchern vor ihm warnen? Wie wäre es mit einem Appell "Nie wieder Cromwell" oder "Nie wieder Napoleon"?

Selbstverständlich hielten dies aufgeklärte Zeitgenossen für unmöglich. Die Forderung "Nie wieder Hitler" aber hat in unserem heutigen Bewußtsein den Rang eines Glaubensbekenntnisses eingenommen. Und damit nie wieder Hitler sei, muß man alles, was auch nur im Entferntesten den Weg dieses politischen Kometen gekreuzt hat, "moralisch" verdammen.

Dabei ist diese Sorge gänzlich unbegründet. Das sollte die Geschichtswissenschaft deutlich sagen. Es gibt keinen zweiten Metternich, keinen zweiten Bismarck, es gibt keinen zweiten Churchill und keinen zweiten Hitler. Geschichte wiederholt sich nicht, und aus der heutigen Angst mancher Leistungsträger, dies könne doch geschehen, resultiert die elende Vermoralisierung von Ereignissen, die sich unter dieser Prämisse nicht verstehen lassen. Moral hat in der Betrachtung der Geschichte nichts zu suchen.<<

26.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Februar 2023:

>>**Thor, Odin und die Nibelungen**

Von *Daniell Pföhringer*

Die Nordmänner sind die Stars des Kinos, doch antideutsche Historiker ziehen sie in den Schmutz. Dabei gibt es einen reichhaltigen Fundus an Literatur, der ihnen zur Ehre gereicht.

...

Ohne die Germanen läuft in der Filmindustrie nichts mehr: Vikings war einer der größten Erfolge der Seriengeschichte, im letzten Jahr begeisterte der Kinofilm The Northman die Zuschauer, und unlängst erschien auf Netflix die zweite Staffel von Barbaren - eine deutsche Produktion, in der Arminius und seine Thusnelda den römischen Imperialisten zeigen, wo Thors Hammer hängt.

Nordische Krieger sind also die perfekten Superhelden. Noch wichtiger: Das Germanentum, das sich vor rund 4.000 Jahren an der Schwelle zur Bronzezeit herausbildete, ist untrennbar mit unserer Volkwerdung verbunden. Doch während ihnen Tacitus in seiner Germania Tugenden wie Tapferkeit, Sittlichkeit und Ehrenhaftigkeit bescheinigte, soll die positive Erinnerung an unsere Ahnen heutzutage dem Zerrbild unzivilisierter und blutrünstiger Unholde weichen. Sie dürfen, so das neue Dogma, weder als Vorbild noch als Identifikationssymbol dienen.

"Edda", Externsteine, Ahnenerbe

Dabei verfügten die "vornehmen Germanen" (Nietzsche) über eine reiche Kultur, die von der Romantik bis zur Gegenwart viele große Geister wie Richard Wagner inspiriert hat. Die wichtigste Quelle altnordischer Mythologie ist die Edda, die lehrreiche Geschichten, die zum Teil bis ins 9. Jahrhundert zurückreichen und die Ideenwelt aus Island, Norwegen und Grönland zur Wikingerzeit widerspiegeln, vereint.

Dieser unschätzbare Fundus an altem Wissen ist nun in einer neuen Ausgabe erhältlich - prachtvoll illustriert und zu einem unschlagbar günstigen Preis. Ein ideales Geschenk, das den Background zu Vikings & Co. vermittelt. Das trifft auch auf die Neuauflage der legendären Sammlung von Felix und Therese Dahn zu. In ihrem Standardwerk präsentieren der große

Nacherzähler (Ein Kampf um Rom) und seine Gattin die bekanntesten germanischen Götter- und Heldensagen - von den Wölsungen bis zu den Nibelungen. Ein echtes Schmankerl für alle, die in die Welt unserer Vorfahren eintauchen wollen.

Warum bestimmte Historiker mit der Verketzerung der Nordmänner ganz und gar falsch liegen, verdeutlichen der Historiker Arnulf Krause in *Die Geschichte der Germanen* und der Ethnologe Dennis Krüger in seinem Sammelband *Die Germanen: Kultur - Weltanschauung - Kriegsführung*. Beide Werke zeigen ein wirklichkeitsgetreues Bild unserer Vorfahren. Krüger hat in seinem Buch verschiedene Beiträge jüngerer und älterer Zeit zusammengetragen, die auch Kontroversen aufgreifen. Unter anderem geht es um Männerbünde und Wotanismus, heidnischen Glauben und Kultstätten.

Zu diesen zählen auch die Externsteine im Teutoburger Wald, deren Bedeutung mit jener der großen Megalithbauten von Stonehenge vergleichbar sind. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts stritten sich die Forscher darüber, ob es sich bei der Felsformation im Teutoburger Wald tatsächlich um ein Heiligtum unserer Vorfahren handelte. Eine Grabung 1934/35 unter der Leitung von Wilhelm Teudt wollte Klarheit schaffen, wie Krügers anderer Sammelband *Im Kampf um die Externsteine* beschreibt. Das Werk bietet nicht nur einen Rundgang durch die Natursehenswürdigkeit, sondern präsentiert zudem die wichtigsten Vertreter der Germanentheorie.

Neben Teudt selbst war dies auch Herman Wirth. Dessen Werke sind nach dem Krieg in den Giftschrank gewandert. Der Grund: Der niederländische Philologe und Frühzeitforscher war der erste Leiter der Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe, die 1935 unter der Ägide von SS-Führer Himmler gegründet wurde. Wirth fiel wegen seiner Matriarchatstheorie später bei den NS-Machhabern in Ungnade, in den 1970ern wurde er dann zur Ikone der aufkommenden Alternativszene - und Willy Brandt lud ihn sogar zum Kaffeetrinken ein.

Dem SS-Ahnenerbe empfahl sich Wirth seinerzeit vor allem mit seinem 1928 veröffentlichten Werk *Der Aufgang der Menschheit*, in dem er die aufgrund mangelnder Schriftquellen im Dunkeln liegende Frühgeschichte des nordischen Menschen erhellte.

Das zweibändige Opus magnum, das lange Zeit nur zu horrenden Preisen unterm Ladentisch erhältlich war, wurde nun zu einem günstigen Preis wieder neu aufgelegt.

Wirth stützte sich bei seinen Untersuchungen auf alte Zeichen und Symbole, sprachliche Befunde und Analogien zu Völkern der Moderne, um, wie er es nannte, eine "Geistesurgeschichte" unseres Volkes zu entwerfen. Ebenfalls aus dem Giftschrank geholt wurde seine Schrift *Was heißt deutsch?*, in der er die spirituelle Sendung unseres Volkes beschreibt.

Runen, Raunen, Rituale

Bleiben noch die Runen - die Schrift der Germanen. Um ihre Entschlüsselung und Deutung als magische Zeichen machte sich vor allem der Ariosoph Guido von List verdient. Als angeblicher Stichwortgeber Hitlers ist auch er der Feme verfallen - obwohl er schon 1911 verstarb. Um so verdienstvoller ist es, daß seine wichtigste Schrift in einer Neuauflage der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht wurde. In *Das Geheimnis der Runen* erläutert der Germanenforscher anhand der Überlieferung der Edda die magische Bedeutung der Urrunen und präsentiert eine profunde Einführung in das mystische Geheimnis des sogenannten Wotanismus.

List ist Kult: Der von der Theosophie Helena Blavatskys inspirierte Wiener hatte schon früh seine Neigung zum Spirituellen entdeckt und entwickelte ein starkes Interesse an germanischer Mythologie. 1874 war er in die Freimaurerloge Humanitas in Neudörfel an der Leitha aufgenommen worden, doch schon bald wandte er sich von dem ihm fremd erscheinenden Logenwesen ab - und widmete sich lieber der Glaubenswelt der alten Germanen und ihren mystischen Schriftzeichen, den Runen.

1908 rief List eine nach ihm benannte Gesellschaft ins Leben, die einflußreiche Persönlichkeiten wie den Wiener Bürgermeister Karl Lueger zu ihren Mitgliedern zählte. In *Das Geheimnis*

der Runen, schrieb er den germanischen Schriftzeichen magische Kräfte zu. Mit dieser Mystik verbunden sind auch Zeichensymbolik und Wappenkunst, die List in seinem Werk eingehend beleuchtet und als Teil des germanischen Volksbrauchtums behandelt. Als besonderes Schmankerl bietet diese Neuauflage in moderner Schrift zudem im Anhang die Satzung der damaligen Guido-von-List-Gesellschaft sowie - geradezu sensationell - deren Mitgliederverzeichnis aus dem Nachlaß des Gründers. Erstaunlich, welche Namen sich in dieser Liste wiederfinden. ...<<

27.02.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Februar 2023: >>Neue Zahlen: Wer plünderte im Ahrtal?

Von *Sven Eggers*

Während der Flutkatastrophe im Sommer 2021 kam es zu würdelosen Plünderungen im Ahrtal. Jetzt ist klar: Die Täter waren zumeist Ausländer. ...

Wer könnte die Bilder aus dem Ahrtal je vergessen?! Eine von Politik und Medien sträflich unterschätzte Hochwasser-Katastrophe verwüstete 2021 ganze Landstriche in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Ahr überschwemmte die Ufergebiete, der Starkregen führte zu verheerenden Verwüstungen und Sturzfluten, die 180 Menschen in den Tod rissen.

Hunderte Fälle aktenkundig

Während Verzweifelte trauerten und dennoch einander halfen sowie bis zur Erschöpfung anpackten, kam es in diesen fürchterlichen Stunden und Tagen auch zu Plünderungen und Einbrüchen. Hunderte solcher Fälle sind aktenkundig, die Dunkelziffer enorm.

Die AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hatte bereits im August des vorigen Jahres von der Landesregierung wissen wollen, wer für diese unverschämten Plünderungen und Diebstähle verantwortlich ist. Wer also sind die Täter? Erst jetzt hat der grüne Justizminister Benjamin Limbach eine Antwort vorgelegt. Und siehe da - es handelt sich zu einem Großteil um nichtdeutsche Tatverdächtige.

Der nordrhein-westfälische CDU-Fraktionsvize Gregor Golland kritisierte nach Bekanntwerden der Zahlen, es sei "schlimm, daß so viele, insbesondere offenbar ausländische Straftäter die Flutkatastrophe zur persönlichen Bereicherung genutzt haben". Er läßt sich wie folgt zitieren: "Wer so handelt, gehört hart bestraft und hat sein Gastrecht verwirkt."

Zu den Zahlen: Die Polizei registrierte insgesamt 1.057 solcher Fälle, weniger als die Hälfte konnte aufgeklärt werden. Schwerpunkt waren demnach Eigentumsdelikte, also Straftaten, die geeignet waren, die Notsituation der Bevölkerung schamlos auszunutzen. Erfasst sind zudem Unterschlagungen, Raubüberfälle und Plünderungen von Auslagen in Geschäften. Teilweise geht es auch um schwere Diebstähle in Hotels, Geldinstituten oder rund um Baustellen.

Aus der Antwort auf die AfD-Anfrage geht hervor: 632 Eigentumsdelikte sind verzeichnet. Von den 275 identifizierten Tatverdächtigen besaßen 196 keinen deutschen Paß, darunter 92 rumänische Staatsbürger, 13 Türken, zwölf Bulgaren, zwölf Serben und acht Syrer. In zwei Fällen wurden die Beschuldigten kurdisch-libanesischen Clans zugeordnet.

Abschiebungen: Keine

Bei den weiteren 425 Straftaten und 350 Tatverdächtigen geht es zumeist um Brandstiftung, Körperverletzung, Subventions- und Sozialleistungsbetrug sowie um Veruntreuungen und Umweltdelikte. Bisher wurden insgesamt 48 Personen wegen Untaten in diesem Zusammenhang verurteilt und einige Strafbefehle erteilt. Abgeschoben wurde niemand.

Auch hier zeigt sich: Deutschland versinkt im Multikulti-Chaos. ...

"Nahezu sämtliche Probleme sind hausgemacht, allen voran die Masseneinwanderung und die Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel, Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Folgen sind Gewaltorgien wie zum Jahreswechsel, aber auch alltäglich präsente organisierte Kriminalität und das Treiben der berüchtigten Clans."

Die Zahl der Plünderungs-Opfer im Ahrtal beziffert die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen übrigens auf 670 Personen, darüber hinaus wurden 376 Institutionen und Unternehmen geschädigt. "Der Schaden mit Bezug auf die Flutkatastrophe beträgt 1,814 Millionen Euro", heißt es in der Antwort auf die AfD-Anfrage. Die Not der Menschen für Plünderungen und Diebstähle zu mißbrauchen, sei "mit das Schädigste und Niederträchtigste, was ich mir vorstellen kann"; gibt sich SPD-Landrat Markus Ramers aus dem Kreis Euskirchen denn auch empört.

Andreas Keith von der AfD-Fraktion NRW kann es nicht fassen:

"Nicht nur schaffen die Ausländerbehörden, aufgrund fehlenden politischen Willens oder der gesetzlichen Möglichkeiten, die Diebe nach Verurteilung nicht außer Landes, sondern es gibt auch keine Bemühungen seitens der Regierung, die Schäden durch Sonderzahlungen auszugleichen."

Angeblich sei in 45 Fällen die jeweilige Abschiebung der Straftäter geprüft worden, rechtfertigt sich das zuständige NRW-Ministerium. Die rechtlichen Hürden aber seien letztlich dann doch zu hoch gewesen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Februar 2023: >>**Grüner OB Belit Onay dealt mit Klima-Terroristen**

Von *Sven Eggers*

In Hannover arbeitet der grüne Oberbürgermeister ganz ungeniert mit Durchgeknallten von Letzter Generation & Co. zusammen. Ein Tabu-Bruch? Oder ist das bereits Normalität? ...
Helfe ich euch, dann helft ihr mir...

Belit Onay, Oberbürgermeister in Hannover, geht vor Klima-Kriminellen in die Knie, setzt ihre Forderungen um - und wird dafür belohnt. Proteste der Letzten Generation werden in Hannover eingestellt. Was für ein schmutziger Deal!

Kritik an Onay

Neun-Euro-Ticket und ein Tempolimit auf Autobahnen gegen Klebe- und Schmieraktionen. So etwa läßt sich ein Polit-Deal der besonderen Art umschreiben, den der Oberbürgermeister in einem Brief den Fraktionen im Bundestag (mit Ausnahme der AfD) vorstellte. Allerdings erntet der grüne Politiker recht deutliche Kritik.

CSU-Politikerin Andrea Lindholz, Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag, gegenüber der Welt: "Herr Onay und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen damit eine Bewegung, die fortlaufend und bewußt Straftaten begeht, um ihre Anliegen durchzusetzen, und die in Teilen von Berufsdemonstranten getragen wird."

Friedliche Proteste seien natürlich in Ordnung, so Lindholz weiter. Aber: "Straftaten zu begehen, um ein Ziel zu erreichen, gehört ebenso wenig dazu wie Ultimaten oder Erpressungen. Dafür fehlt mir jedes Verständnis."

Manuel Höferlin, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: "Erpressung ist keine Ausdrucksform legitimen Protests."

Deshalb halte er es "für naiv und gefährlich, wenn einzelne Kommunen dieser Erpressung jetzt nachgeben. Denn die nächste Eskalation folgt bestimmt."

Bildung könnte helfen!

Für die AfD-Fraktion wurde der Abgeordnete Stephan Brandner deutlich: Für ihn sei "ein schnelles Ende dieses kriminellen Unfugs vonnöten: Gute Bildung, robustes Durchgreifen und schnelle, harte Strafen sind erforderlich". Politik dürfe sich nicht erpressen oder nötigen lassen.

Belit Onay ist seit 2019 im Amt. Er wirbt offen für das Zukunftsziel einer "autofreien City". Dennoch nerven Klima-Nötiger der Letzten Generation auch in Hannover. Zuletzt bewarfen sie das Reiterstandbild von König Ernst August vor dem Hauptbahnhof mit Farbbeuteln. Statt solche Sachbeschädigungen strafrechtlich zu verfolgen, traf sich Onay mit den Klima-

Gestalten und schloß mit ihnen weitreichende Vereinbarungen. Neben Neun-Euro-Ticket und Tempolimit will er auch die Einführung eines für Klimaschutz zuständigen "Gesellschaftsrats" wohlwollend prüfen lassen. Im Gegenzug versprachen die Klebe-Fanatiker, in Hannover nicht länger Straßen zu blockieren und Denkmäler zu beschmieren.

Pikant: Zuvor hatten die Klima-Chaoten dem Oberbürgermeister ein Ultimatum gestellt. Bis zum 6. Februar habe er ihre Forderungen umzusetzen. Zunächst hatte Onay noch abgewunken: "Ultimaten und Drohungen akzeptieren wird nicht." Zwei Wochen später kam es dann ganz anders ...

Fast vollständig gebeugt

Jetzt sagt der grüne Politiker: "Mir ist es wichtig, den Protest und die Blockaden von der Straße zu holen." Selbst die Süddeutsche Zeitung staunt: "Als Konsequenz beugt sich Onay nun also fast vollständig den Forderungen der Klimaaktivisten, die seinen Brief an den Bundestag stolz einer Pressemitteilung anhängten."

Im neuen COMPACT-Spezial über Klima-Terroristen findet sich eine hochspannende Stellungnahme vom vormaligen Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen, der schon im Herbst letzten Jahres ausdrücklich vor grüner Ideologie und den Folgen warnte:

"Wenn der Mittelstand sich jetzt nicht dagegen zur Wehr setzt, wird in fünf bis zehn Jahren kaum mehr etwas davon übrig bleiben. Die Mittelständler, die werden vielleicht etwas mehr als das Bürgergeld verdienen, aber sie werden ihre Unabhängigkeit verlieren und in irgendeiner Weise vom Staat abhängig sein. Und durch die Abhängigkeiten werden sie dann gezwungen sein, sich so zu verhalten, wie die Ideologie das gerne möchte."

Klar, daß die Klima-Kriminellen nun auch anderswo ihr Glück versuchen werden und eine Einstellung ihrer Aktionen jeweiligen Regierungen oder Kommunen gegen Umsetzung diverser Forderungen aufzwingen wollen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß kritisierte den Deal von Hannover via Twitter: "Das Signal des Grünen-Politikers lautet: Wer Regeln bricht und Straftaten verübt, wird belohnt. So etwas beschädigt unsere Demokratie!"<<

28.02.2023

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet 28. Februar 2023 (x1.270/...): >>**Schon 2024: Habeck will Verbot von Öl- und Gasheizungen!**

Es ist der nächste Anschlag auf den ohnehin dahinschmelzenden Wohlstand der Deutschen: Die Ministerialbeamten von Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) und Bauministerin Geywitz (SPD) arbeiten an einem Gesetzentwurf, der das Verbot des Einbaus neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024 vorsieht. In Zeiten von ohnehin explodierenden Energie- und Mietpreisen wird mit solchen Verboten der Traum vom eigenen Haus immer illusorischer gemacht.

Ab dem 1. Januar 2024 soll demnach jede eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit sogenannter "erneuerbarer Energie" betrieben werden - ein irreführender Begriff, denn nach dem Energieerhaltungssatz kann Energie nicht erzeugt, sondern nur umgewandelt werden. Vor allem aber steht für konventionelle Gasheizungen kein äquivalenter Ersatz zur Verfügung. Wärmepumpen-Technologie und die dafür erforderliche Gebäude-Isolierung sind mit zusätzlichen, für viele Menschen unbezahlbaren Kosten verbunden.

Doch das Eigenheim gehört ohnehin seit Langem zu den ideologischen Feindbildern der Grünen. Auch ist es für die Grünen eine unerträgliche Vorstellung, daß Bürger selbst über die Beheizung ihrer Wohnung oder über die Wahl ihres Verkehrsmittels entscheiden. Am schlimmsten finden sie allerdings Bürger, die auch das Denken nicht an den Staat delegieren. Während die anderen etablierten Parteien sich wegduckten und an die Grünen anbiedern, erteilen wir dieser Partei und ihrer Bevormundungs-Ideologie eine klare Absage!<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Februar 2023:

>>**Polens Verbrechen: Was Sie nicht erfahren sollen**

Von *Daniell Pföhringer*

Die Regierung in Warschau will COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" aus dem Verkehr ziehen lassen. Über Greueltaten wie den Bromberger Blutsonntag sollen die Deutschen offenbar nichts wissen. ...

Schon mehrere Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 hatten der polnische Rundfunk und die Presse einen chauvinistischen Propagandafeldzug gegen die im Lande lebenden Minderheiten geführt. Dieser gipfelte in der Feststellung, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Wohlmeinende Polen warnten damals ihre Nachbarn, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen, die Rede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" ging um.

Die angekündigte Jagd auf Deutsche begann dann schon kurz nach Kriegsbeginn. Besonders schlimm wüteten die Polen am 3. September 1939 in Bromberg (Bydgoszcz). Die mehrheitlich deutschsprachige Stadt in Westpreußen war per Versailler Diktat 1920 dem polnischen Staat zugeschlagen worden.

Nach offenbar schon vorher erstellten Listen ermordeten zurückströmende polnische Soldaten und ein entfesselter Mob an jenem Sonntag tausende Deutsche im nun der Woiwodschaft Posen zugeordneten Bromberg und anderen Städten. Der polnische Historiker Janusz Piekalkiewicz nimmt eine Zahl von 5.000 bis 6.000 getöteten Volksdeutschen an. Deutsche Quellen von 1939 sprechen von 5.437 Toten.

Polen selbst gab die Täterschaft am sogenannten Bromberger Blutsonntag zu: Am 9. September 1939 forderte der polnische Sender in Wilna die Bevölkerung auf, sich ein Beispiel an den Mördern von Bromberg zu nehmen und im Kampf gegen die Deutschen alle erdenklichen Mittel anzuwenden.

Brechstangen und Gewehrkolben

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas hält in seinem Buch "Die Wehrmachts-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg" über die damaligen Ereignisse in Bromberg fest: "Bei den Hausdurchsuchungen wurden zunächst von den Soldaten und dem Mob sämtliches Geld und Wertsachen gestohlen, die Wohnungen auch sonst ausgeplündert und völlig verwüstet. Die Männer der Familie, ... vom 13-jährigen oder gar 10-jährigen Jungen bis zum 70- oder 80-jährigen Greis, wurden in fast allen Fällen in viehischer Weise umgebracht."

De Zayas zitiert den Marineoberkriegsgerichtsrat Ulrich Schattenberg, der von der Wehrmachts-Untersuchungsstelle beauftragt wurde, die ersten Zeugenvernehmungen in Polen durchzuführen. In seinem Bericht vom 14. September 1939 heißt es: "Zumeist wurden die Ermordeten mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben, Knüppeln derart zusammengeschlagen, daß ihre Gesichter bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurden. Ich sah selbst angekohlte, zum Teil verbrannte Leichen ermordeter Volksdeutscher."

Und weiter: "In vielen Fällen mußten die Volksdeutschen die Ermordung ihrer Väter, Brüder oder Kinder mit ansehen, ohne ihnen, wenn die Verletzten noch nicht gleich tot waren, Hilfe bringen zu dürfen. Dabei wurden sie noch von den Soldaten und vom Pöbel verhöhnt. In anderen Fällen mußten sie die Ermordung der Angehörigen ansehen, um dann selbst als nächstes Opfer erschlagen oder erschossen zu werden."

Leichenhaufen an den Straßen

Doch nicht nur deutsche Stellen meldeten die Greueltaten von Bromberg. Der schwedische Journalist und Augenzeuge Christer Jäderlund berichtete am 8. September 1939 für die Zeitung "Stockholms Tidningen":

"Der Sonntag war fürchterlich. Nach dem Abzug der polnischen Truppen und vor Ankunft der deutschen Wehrmacht entstand in der Stadt ein schreckliches Massaker. Die Anzahl der ermordeten und scheußlich verstümmelten Menschen - Deutsche und Polen, die als deutschfreundlich verdächtig waren - wird auf etwa 1.000 berechnet. Ich fotografierte selbst eine ganze Reihe der großen Leichenhaufen, die noch heute, teils auf den Straßen, teils in den Wäldern sowie in den Gärten, umherlagen."<<

01.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. März 2023:
>>**Geo-Engineering: Klima-Schlacht über den Wolken**

Die technische Modifikation des Wetters galt noch vor wenigen Jahren als Verschwörungstheorie. Heute sind Militärs, Ministerien und sogar Privatunternehmen an den Experimenten beteiligt - und zwar hochoffiziell. ...

_ Von *Johann Leonhard*

"Wir lachen nicht mehr darüber, daß das hier teils ein Unternehmen und teils ein Kult ist", sagt Luke Iseman, Geschäftsführer der im Oktober 2022 gegründeten US-Firma Make Sunsets - auf Deutsch: Mach Sonnenuntergänge. Der Mann sieht nicht aus wie ein Wissenschaftler. Mit Irokesenschnitt und Flip-Flops erinnert er optisch eher an einen typischen Woke-Linken oder Antifa.

Im Gespräch mit der Redaktion von Technology Review, dem Medium des Massachusetts Institute of Technology (MIT), gibt Iseman zu, daß er und sein Team seit einiger Zeit "Geo-Engineering-Aktivismus" betreiben und damit gutes Geld verdienen - und zwar ohne "öffentliche Beteiligung oder wissenschaftliche Prüfung". Durch sogenannte Cooling Credits können sich Privatpersonen in das Projekt einkaufen und dabei helfen, die Erde angeblich abzukühlen.

...

Verschwörungstheorie wird Realität

Die Bundeswehr warnte schon 2012 vor solchen Aktivisten mit Gottkomplex - und zwar zu einer Zeit, als groß angelegte Operationen zur Wetterbeeinflussung im Mainstream noch als Science-Fiction abgetan wurden. In einem Dokument des Bundeswehr-Planungsbüros aus besagtem Jahr mit dem Titel "Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert - Future Topic: Geo-Engineering" äußerten die deutschen Militärs Befürchtungen, daß Techniken des Geoengineering "durch irrationale nicht staatliche Kräfte" eingesetzt werden könnten. Den Grund für die Proliferation sah man seinerzeit auch darin, daß solche Akteure "freien Zugang zu Informationen und Patenten" erhalten und sich dadurch selbstständig machen könnten. Genau das ist nun geschehen.

Einer dieser wild gewordenen Akteure ist ein Privatier mit besonders dickem Scheckbuch: Bill Gates. Seit vielen Jahren finanziert er zahlreiche Projekte zur vermeintlichen Bekämpfung des Klimawandels. Ende 2019 machte er ernst - der US-Sender CNBC meldete:

"Bill Gates unterstützt das erste Höhen-Experiment eines radikalen Ansatzes mit dem Namen Solar Engineering."

Der Plan: "Tausende von Flugzeugen würden in großer Höhe fliegen und Millionen Tonnen von Partikeln rund um den Planeten versprühen, um eine massive Chemiewolke zu erzeugen, die die Erdoberfläche kühlen würde." Unbeabsichtigte Auswirkungen des Experiments könnten "massive Veränderungen in regionalen Wetterereignissen und die Auslöschung des blauen Himmels" sein, wie der Sender unter Verweis auf Kritiker wie Stephen Gardiner, Moralphilosoph an der Universität Washington, zu Bedenken gibt. "Die Folgen könnten schrecklich sein und massenhafte Hungersnöte, massive Fluten und Dürren einschließen, die sehr große Bevölkerungsteile betreffen." ...

Mitte Oktober 2022 berichtete CNBC: "Das Büro des Weißen Hauses für Wissenschaft und Technologie koordiniert einen auf fünf Jahre angelegten Forschungsauftrag zum Studium ver-

schiedener Wege, wie die Menge an Sonnenlicht, die auf die Erde trifft, modifiziert werden könnte."

Zur Erprobung freigegeben seien "mehrere Arten sonnenlichtreflektierender Technologien", darunter auch die "Ausbringung von Aerosolen in der Stratosphäre, maritime Wolkenaufhellung und die Ausdünnung von Zirkus-Wolken". Es sind genau solche Wetterexperimente, die - glaubt man den sogenannten Verschwörungstheoretikern - schon seit Jahrzehnten über unseren Köpfen stattfinden, allerdings immer vehement geleugnet wurden und nun als vermeintliche Methoden im Kampf gegen den Klimawandel erneut Popularität gewinnen. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in unserer Mitte März erscheinenden Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt". Darin widerlegen wir nicht nur die Lügen der Klima-Ideologen, sondern zeigen auch, welchem Zweck der Klima-Schwindel wirklich dient, wer davon profitiert - und welche Finanziere hinter den Klima-Chaoten stecken. Eine wichtige Aufklärungsschrift genau zur rechten Zeit! ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. März 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>**Betreff: Die vorsätzliche militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zerstörung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Teil 2**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Von der Paneuropa-Bewegung zur Europäischen Union (EU)

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern der Verlust der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte des Deutschen Volkes sowie die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung langfristig geplant und arglistig realisiert.

Die militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ausschaltung Deutschlands, die man nach der Weltkriegsniederlage im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Paneuropa-Bewegung (Paneuropa-Union)

Die Paneuropa-Bewegung wurde 1923 in Wien durch den Grafen R. Coudenhove-Kalergi gegründet. Diese europäische Einigungsbewegung verfolgte die Bildung eines europäischen Staatenbundes und förderte nachweislich die Gründung des Ruhrstatutes, des Europarates, EVG, EWG, EURATOM, EG sowie der EU. Die Paneuropa-Bewegung war freimaurerischen Ursprungs. Bedeutende Freimaurer und Förderer des paneuropäischen Gedankens, wie z.B. Aristide Briand, Gustav Stresemann und US-General George Marshall, wurden später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Coudenhove-Kalergi

Der Freimaurer Graf Richard von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichischer Schriftsteller, 1923 Gründer und erster Präsident der Paneuropa-Bewegung in Wien, Generalsekretär der 1947 von ihm begründeten Europäischen Parlamentarier Union), veröffentlichte u.a. im Jahre 1923 "Pan-Europa" und 1953 "Die Europäische Nation".

Als Coudenhove-Kalergi im Jahre 1923 "Pan-Europa" veröffentlichte, hatte er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.

Herbert Ludwig berichtete später (am 22. November 2013) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die europäische Integrationsbewegung (x903/...): >>**Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"**

... Coudenhove-Kalergi ... wurde ... nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von

Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Richard Coudenhove-Kalergi hielt z.B. am 30. Januar 1933 im Hotel Kaiserhof in Berlin einen Vortrag über das Thema "Deutschlands europäische Sendung" (x032/9).

Jean Monnet

Ein wichtiger und einflußreicher Mitbegründer der europäischen "NWO-Integrationsbewegung" war auch der Freimaurer Jean Monnet.

Der französische Unternehmer Jean Monnet (1888-1979, koordinierte während des Ersten Weltkrieges maßgeblich die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, 1919 Mitglied der französischen Delegation in Versailles, von 1919 bis 1923 stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, danach in führenden Stellungen bei US-Banken tätig, Gründer einer US-Investmentbank, die auch Geschäftsbeziehungen mit Hitler und der NSDAP unterhielt, beschäftigte sich seit 1938 mit den alliierten Vorbereitungen für den langfristig geplanten Zweiten Weltkrieg, koordinierte während des Zweiten Weltkrieges ab 1940 in den USA die Kriegsmateriallieferungen der westlichen Alliierten, erstellte nach dem Zweiten Krieg den sog. "Schumann-Plan", von 1952 bis 1955 erster Präsident der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, gründete 1955 mit US-Unterstützung das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa") wurde später "Vater eines vereinten Europa" genannt.

US-Strategie der Spaltung Eurasiens

US-Außenminister George C. Marshall stellte am 5. Juni 1947 das US-Hilfsprogramm für Europa vor. Der Marshall-Plan sollte in erster Linie eine mögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Westdeutschland verhindern und langfristig ausschließen.

Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um langfristig jegliche Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer

Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<
James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründete damals die damalige US-Außenpolitik wie folgt (x156/40-41): >>... Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb im Jahre 1996 über den Marshall-Plan (x068/275-277): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis - zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert. ...<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Ruhrstatut

Nachdem die planmäßige anglo-amerikanische Hungerpolitik in den westdeutschen Besatzungszonen die angestrebte bedingungslose Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt hatte, begannen die westlichen Alliierten nach der Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) unverzüglich damit, die wesentlichsten Teile der deutschen Wirtschaft widerrechtlich zu beschlagnahmen, um die Arbeitskräfte und die wichtigen Grundstoffe (Kohle, Stahl und Roheisen) Westdeutschlands zum Vorteil der europäischen Länder und der USA zu nutzen.

Da die Westdeutschen nicht mehr frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen konnten, wurde ihnen gemäß Völkerrecht zweifelsfrei das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Infolge dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen (wirtschaftliche Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft) konnten die westlichen Alliierten später mit Hilfe der Europäischen Union praktisch die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft jahrzehntelang auf niederträchtige Art und Weise ausplündern, kontrollieren und lenken.

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, eine internationale Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu errichten.

Am 23. April 1948 gründete die US-Siegermacht in New York das "American Committee for a United Europe" (ACUE). Diese überwiegend vom CIA finanzierte Organisation förderte und

unterstützte in erster Linie die Gründung einer allgemeinen europäischen Union und die Bildung eines europäischen Einheitsstaates.

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. ...<<
Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In dem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 24. Oktober 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Bewegung (x977/...): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann*", existiere. ...<<

Im Verlauf des Petersberger Abkommens vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die Bundesregierung beantragte daraufhin den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich eigentlich um eine Tarnorganisation der NWO-Denkfabriken. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte hauptsächlich die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entmündigung (Gebrechlichkeitspflegschaft) sowie Überwachung Deutschlands gewährleisten.

Der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. zum Ruhrstatut wurde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt, deshalb war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, in der EG und in der EU, von Anfang an nichtig und damit völkerrechtlich unwirksam.

Europäischer Bundesstaat

Die Europäische Union (EU), die ursprünglich eine Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war, verteidigte nie demokratische Grundwerte, die Interessen des Gemeinwohls und die Verteidigung der christlichen Nationalstaaten Europas, sondern sie setzte sich in erster Linie für die Durchsetzung eines EU-Einheitsstaates, gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Machtinteressen der internationalen Hochfinanz (Neue Weltordnung) ein.

Die europäischen Nationalstaaten sollen zukünftig zu Provinzen eines neuen zentralistischen EU-Bundesstaates werden (Schaffung eines EU-Haushaltes und eines EU-Finanzministers, Vergemeinschaftung der Schulden, zentrale Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof etc.). Dieser linkslastige EU-Einheitsstaat scheint anscheinend um jeden Preis das kommunistische System der Volksrepublik China anzustreben. In dieser EU-Diktatur sollen Leistungsbereitschaft, individuelle Eigenverantwortung und Kreativität, die bisher die souveränen Nationalstaaten auszeichneten, durch die bisher überall gescheiterte sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (52/1999) berichtete am 27. Dezember 1999 über den europäische Bundesstaat: >>Die Brüsseler Republik

Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.

Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019: >>Bilderbergs Europa: Die Drahtzieher der neuen EU-Spitze

... Geburtshelfer Rockefeller

Der verschwiegene Klub der Reichen und Mächtigen war nämlich von Anfang an treibende Kraft hinter der sogenannten europäischen Integration. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Warwick, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee on United Europe (ACUE) gegründet. Der britische Telegraph berichtete im Jahr 2000: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich stellt fest: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung.

Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkrat-

zer.wordpress.com" über die angestrebte Weltregierung der geheimen Machteliten (x949/...):

>>Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung

... James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft."* (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im *CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974*: *"Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. ... Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen."* ...

Wolfgang Schäuble bezeichnet am 11.1.2013 in Heidelberg ebenfalls globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: *"Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir 'Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. ... Die Globalisierung hat zur Folge, daß das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch außerhalb Europas an seine Grenzen stößt. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten."* ...<<

Sofortiger EU-Austritt

Die Massenmedien behaupten zwar bei jeder Gelegenheit, daß die Europäische Union (EU) besonders für die Deutschen lebensnotwendig wäre und für die Deutschen nur Chancen und Vorteile bieten würde, aber die Realität sieht völlig anders:

Ungeachtet der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges besaß die Bundesrepublik Deutschland Ende 1958 bereits wieder einen Überschuß in Höhe von 2,9 Milliarden DM (x069/215).

Obgleich die deutsche Wirtschaft in den folgenden Jahrzehnten unaufhörlich große Exportüberschüsse erzielte, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht verschwenderisch lebte und der Staat keine außergewöhnlichen Maßnahmen finanzierte (Ausnahme: Vereinigung BRD/DDR), betrug die amtliche Schuldenlast der vermeintlich reichen Bundesrepublik Deutschland schon Ende 2010 mehr als 2.000 Milliarden Euro.

Diese unfaßbare Schuldenlast enthielt nicht die Haftungssumme von vermutlich mehr als 1.000 Milliarden Euro, die im Rahmen des EZB-Anleihekaufprogrammes zusätzlich entstanden.

Eine im April 2013 veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank kam zu dem Ergebnis, daß die Deutschen im Schnitt sogar ärmer waren als z.B. die Bevölkerung der EU-Krisenstaaten Spanien, Italien, Griechenland und Zypern.

Angesichts der enormen deutschen Exportüberschüsse stellt sich natürlich die Frage, wo eigentlich die Milliardenüberschüsse des deutschen Staates seit 1959 geblieben sind.

Ein beträchtlicher Teil der deutschen Überschüsse wurde offensichtlich durch die EU systematisch konfisziert (Wohlstandstransfer bzw. verdeckte Reparationen an die zahlreichen Nettoempfänger der EU).

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland müßte aufgrund der erfolgreichen Exportwirtschaft eigentlich zu den reichsten Bürgern Europas zählen, aber aufgrund der EU-Zwangsgliederung besitzen die Deutschen lediglich sehr geringe Vermögen und belegen laut EZB-Studien gegenwärtig sogar den letzten Platz innerhalb der EU.

Angesichts der gegenwärtigen Verarmung der Deutschen können die westalliierten Siegermächte die deutsche Zwangsgliederung in der EU als "Erfolgsgeschichte" bezeichnen, denn die offiziellen Vorgaben der Siegermächte (Potsdamer Vereinbarungen) wurden nicht

nur erfüllt, sondern sogar wesentlich übertroffen.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... B.

Wirtschaftliche Grundsätze

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion) ...<<

Aufgrund der permanenten politischen Entmündigung und hinterlistigen Ausplünderung der deutschen Bevölkerung ist es unumgänglich, die EU sofort zu verlassen, um diese völkerrechtswidrige Unterdrückung und Ausbeutung der Deutschen endlich zu beenden.

Der sofortige EU-Austritt dürfte völkerrechtlich unproblematisch sein, weil der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. Ruhrstatut gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde. Die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften war deshalb auch von Anfang an nichtig und damit unwirksam.

Die verdeckten Wiedergutmachungen und speziellen "Ausgleichszahlungen" der Bundesrepublik Deutschland an die EU und EURATOM sind unverzüglich zurückzufordern oder später mit den noch strittigen Reparationen des Zweiten Weltkrieges zu verrechnen.

Schlußbemerkungen

Bei der Europäischen Union handelt es sich um kein europäisches Staatenbündnis, sondern um ein perfides Lügengebilde der gemeingefährlichen NWO-Globalisten. Die Europäische Union vertrat nie die Interessen der Deutschen, denn es handelte sich bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) und den Folgegemeinschaften, wie z.B. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU, eindeutig um parasitäre Tarnorganisationen der anglo-amerikanischen NWO-Denkfabriken.

Diese geschickt getarnten NWO-Organisationen, die unter dem Deckmantel der Humanität, der Menschenrechte und der Menschenwürde, die Europäer unentwegt gegeneinander aufhetzen, gewährleisteten hauptsächlich die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entmündigung sowie Überwachung Deutschlands. Da sich die wirtschaftliche Annektion Deutschlands still und heimlich vollzog, gab es im Gegensatz zum veröffentlichten Versailler Vertrag nie Proteste gegen diese völkerrechtswidrigen Maßnahmen.

Die jahrzehntelange Ausplünderung und politische Entmündigung der Deutschen waren zweifelsfrei Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Da Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht kraft Verjährung enden, sind die verantwortlichen Siegermächte durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Die anglo-amerikanischen NWO-Denkfabriken verfügen zweifelsfrei über geniale Täuscher und Hetzer, die es letzten Endes schafften, die angeblich gebildeten und "aufgeklärten Menschen" bis zum heutigen Tag unentwegt schamlos zu belügen und zu betrügen. Es ist unglaublich und nicht zu fassen, aber die Menschen wurden durch die Erziehungsanstalten (Kindergarten, Schule, Universität etc.) und die allmächtigen Propagandamedien derartig gehirngewaschen, verblödet und verweichlicht, daß sie nicht mehr in der Lage sind, für die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte einzutreten und zu kämpfen.

Trotz alledem werden die profitgierigen Finanzoligarchen, die seit jeher den Tod von Millio-

nen Menschen billigend in Kauf nehmen, ihre menschenverachtende Neue Weltordnung nicht durchsetzen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die furchtbaren Folgen der weltweit durchgeführten mRNA-Experimente nicht mehr verschwiegen werden können.

Danach müssen die Erfinder des Nürnberger Tribunals und ihre willigen Erfüllungsgehilfen wegen ihrer andauernden Verbrechen, die sie seit Jahrzehnten im Namen der "Demokratie und des Friedens" begingen, endlich durch einen unabhängigen Weltgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden.

Die verbrecherischen Finanzeliten, die Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen können nur für alle Zeiten ausgeschaltet werden, wenn die jeweiligen reformierten Nationalstaaten alle aktiven und passiven Drahtzieher der satanischen NWO-Verbrecherorganisationen vollständig enteignen.

GOTT MIT UNS ...<<

02.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. März 2023:

>>**Pforzheims verglühtes Herz - Rede von Jürgen Elsässer**

Von Jürgen Elsässer

An jedem 23. Februar jährt sich die Bombardierung Pforzheims. Wir entreißen die Opfer dem Vergessen - auch in unserer Geschichtsausgabe "Verbrechen an Deutschen", über die Sie hier mehr erfahren.

Die badische Stadt am Schwarzwaldrand wurde noch vollständiger zerstört als Dresden. COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer, der in Pforzheim geboren wurde und in der Goldmacherstadt auch aufwuchs, schickte in diesem Jahr ein Grußwort an die Teilnehmer der Kundgebung, die Jahr für Jahr trotz massiver Proteste von Antifa und Linksextremisten die Erinnerung an das Schicksal der Stadt aufrecht erhalten.

In seinem Grußwort schrieb Jürgen Elsässer:

"Liebe Pforzheimer!

An diesem Schreckenstag sind meine Gedanken in der alten Heimat, bei Euch. Meine Mutter hat mir immer vom 23. Februar erzählt, wie sie von Dietlingen auf den Horizont Richtung Pforzheim schaute, und die Lohr dort blutige Bahnen in den Himmel schlugen. Als Kind wurde mir unheimlich, wenn so leichthin über den "Monte Scherbelino" gesprochen wurde, als sei es eine italienische Touristenattraktion - in dem Trümmerberg mußten ja auch die Knochen der Zerbombten zermahlen aufgeschüttet sein. Nie wäre ich in der Nähe spazieren gegangen.

Die stolze Goldstadt unserer Väter wurde schlimmer zerstört als Dresden, prozentual mehr Menschen fielen den Bomben zum Opfer. Die Wut über Täter wurde nach dem Krieg erstickt, schließlich waren wir Westdeutsche ja jetzt mit ihnen verbündet. Das Wirtschaftswunder war ein süßes Gift, das beim Vergessen half.

Leichte Beute für die Fremden

Im Feuersturm verglühte das Herz von Pforzheim. Der Neuaufbau war effizient, aber seelenlos. Vielleicht wurde unsere Heimat deswegen eine so leichte Beute für die zugewanderten Fremden, zu einer der ersten umgevolkten Städte des deutschen Südens.

Der Schoß, aus dem das Verderben kroch, ist fruchtbar noch. Die Vernichtung, die die Angloamerikaner über uns brachten, wiederholten sie später in Vietnam und im Irak, heute im Donbass.

Ich danke Euch Patrioten von Herzen, daß Ihr die Erinnerung wachgehalten habt. Ihr haltet tapfer und gegen übermächtigen Druck stand, seit vielen Jahren, und ertragt Verleumdung und Verfolgung. In der Asche unseres Volkes glimmt noch Glut, und Ihr seid es, die sie bewahrt. Das heimliche Deutschland schläft unter dem Monte Scherbelino und wartet auf den Son-

nenaufgang im Osten."

Das große Tabu des 20. Jahrhunderts: Die Lager in Polen und der Tschechoslowakei, die Rheinwiesener Lager von Amerikanern und Briten, sowjetische Massenvergewaltigungen, alliierter Bombenterror. In COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen" dokumentieren wir den Leidensweg des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert - und geben den vergessenen Opfern eine Stimme. Ein unverzichtbares Nachschlagewerk - zur Erinnerung für die Alten, zur Einführung für die Jungen. ...<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. März 2023:
>>**Der verdeckte polnisch-ukrainische Krieg**

Von *Helmut Roewer*

Die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts kehren zurück. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß sich bald auch Polen und die Ukraine in die Haare bekommen. ...

In diesem Beitrag notiere ich einige Gedanken über unsern Nachbarn Polen und sein Verhältnis zu Deutschland, Rußland und den USA. Anlaß für dieses Besinnen ist der gegenwärtige Ukraine-Konflikt, in dem Deutsche und Polen nach meinem Eindruck so gut wie nie mit einer Stimme sprechen. Beginnen wir mit meinem Sudelbuch-Eintrag von heute, dem 2. März 2023. Der geht so: Nachrichtenagentur Nowosti von gestern:

"Heute am 1. März um 08:40 Uhr griff ein deutscher Leopard 2 Panzer in der Nähe von Artjomowsk an. Unsere Jungs waren schockiert von dem, was sie sahen... Aber nach 100 Metern war diese 60-Tonnen-Maschine völlig im Schlamm versunken. Einem Trupp unserer Soldaten gelang es, sich schnell zu orientieren und durch ein geschicktes Manöver den feindlichen Panzer mitsamt seiner polnischen Besatzung zu erbeuten." ...

Kriegsbeteiligung durch Leopard-Panzer

Ende Februar hatte ich mir notiert, daß die Polen mit großem öffentlichem Tamtam einige Leopard 2-Panzer an die Ukraine übergeben haben. Genaue Zahlen wurden nicht genannt. Die Minister beider Seiten mischten sich volksnah unter die Panzersoldaten, denen man ihre Nationalität an der Nasenspitze nicht ansah.

Der Kriegseinsatz der Leos ist in mehrfacher Weise problematisch. Es geht hier auch um die Frage, ob die hieran beteiligten Dritten (Polen und Deutschland) sich an einem fremden Krieg durch Kriegshandlungen beteiligen. Hierzu gibt es einander widersprechende kriegsvölkerrechtliche Theorien, die dies bejahen bzw. verneinen. Aus meiner Sicht kommt es allein auf die Sicht desjenigen Staates an, der die fragliche Unterstützung ohne seinen Willen hinnehmen muß. Fühlt er sich angegriffen, befinden sich die Unterstützerstaaten mit ihm - in diesem Fall mit Rußland - im Krieg.

Kommen dann noch plumpe verbale wortwörtliche Kriegs-Erklärungen eines der Unterstützerstaaten hinzu ("Wir befinden uns mit Rußland im Krieg"), wie die außenpolitische Komplet-Laiin Annalena Baerbock vollmundig tönte, dürften auf russischer Seite die letzten Zweifel ausgeräumt sein.

Man kann nun einwenden, daß die Russen seit dem ersten Auftreten der deutschen Außenministerin in Moskau Anfang Februar 2022 über die Qualitäten der Dame unterrichtet sind, als sie ihrem darob entgeisterten Kollegen Lawrow im Angesicht des eskalierenden Ukraine-Konflikts vorschlug, über die Vorzüge der Windkraft zu sprechen. Tags drauf, am 13. Februar 2022, gab Putin eine denkwürdige Pressekonferenz, auf der viel gelacht wurde.

Polen will Kriegspartei werden

Doch kommen wir zu den Polen und den Deutschen zurück. Wer erinnert sich heute noch an das Weimarer Dreieck, als Deutschland Frankreich und Polen in den 1990er Jahren versuchten, einen gemeinsamen sicherheitspolitischen Standort zu formulieren? Aus und vorbei. Die Staaten sprechen seit Jahren nicht mit einer Zunge - und in Sachen Ukraine-Konflikt werden die Differenzen offen sichtbar.

Die polnische Seite tut sich keinen Zwang an, in Richtung Deutschland Zensuren und Belehungen zu erteilen. Der polnische Außenminister tat dies erst jüngst in der letzten Februarwoche 2023. Das offizielle Deutschland nimmt diese Unverschämtheiten un widersprochen hin. Ich habe nicht vor, hier ein Faß mit den Feindseligkeiten der letzten 30 Jahre zu öffnen.

Wichtig erscheint mir im Moment allein der Ukraine-Konflikt. Nach meinem Eindruck unternimmt Polen alles Mögliche, um endlich auch offizielle Kriegspartei zu werden - vermutlich hat es dabei im Hinterkopf, so den Nato-Bündnisfall auslösen zu können. Hierher gehört nicht nur der (? provozierte) Einschlag einer ukrainischen Rakete auf polnischem Boden, die flugs und zu unrecht als russischer Angriff bezeichnet wurde, sondern es wird unter polnischen Offiziellen ganz offen erwogen, die polnischen Grenzen nach Osten zu verschieben.

Hierzu werden vermeintliche Ansprüche aus der Zeit vor 1945 bemüht, als Stalin und Churchill (mit Billigung Roosevelts) den gesamten wiederzuerrichtenden polnischen Staat mit einem Federstrich nach Westen bis zur Oder verschoben hatten.

Als aufmerksamer Deutscher stutzt man: Revision der Beschlüsse der Großen Drei von Teheran 1943? Was ist dann mit den als Kompensation abgetrennten ehemals deutschen Ostgebieten? Vergessen wir das mal, um die Debatte nicht zu verzetteln. Fest steht indessen der Wunsch des offiziellen revisionistischen Flügels der polnischen Politik der Drang nach Osten. Lemberg – Lwow - Lwiv ist das Minimum des Begehrten. Um diesem Wunschtraum näher zu kommen, wurden mit der Selenskyj-Regierung Absprachen getroffen, die es polnischen Staatsbürgern ermöglichen, ukrainische Staatsämter einzunehmen.

Polen gegen die Ukraine

Groß soll zudem die Zahl polnischer Legionäre sein, die in der Ukraine bewaffnet Dienst tun. Die Nachrichten, die über beide Vorgänge nach Deutschland gelangen, sind vage und widersprüchlich. Ich gebe zu: Darüber wüßte ich gerne Verlässliches. Die Ukrainer indessen, sie müssen das doch mitkriegen, wenn im Westen des Landes plötzlich verstärkt polnisch gesprochen wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß denjenigen, die jetzt während des Ukraine-Konflikts ihren ukrainischen Nationalismus entdeckt haben, das polnische Vorgehen gleichgültig sein könnte. Vielmehr halte ich es für wahrscheinlich, daß die Feindseligkeiten zwischen beiden Nationen aus den 1920er/30er Jahren fröhliche Urständ feiern - in Erinnerung an die polnischen Ausrottungsbemühungen gegenüber den Ukrainern auf dem damals polnischen Staatsgebiet.

Hier bahnt sich ein Konflikt an - oder ist bereits im Gange -, der mit dem Krieg im Donbass nicht das Geringste zu tun hat. Er findet vielmehr unter dem Deckmantel dieses Krieges statt. Bei diesem polnisch-ukrainischen Konflikt gilt für Deutschland, sollte es klug handeln, eines: Raushalten.

Wenn die Lage bislang zwischen Polen und der Ukraine sowie zwischen Polen und Rußland noch nicht bis zum Äußersten eskaliert ist, so liegt das am Einfluß der USA. Polen ist in der US-Strategie der vorgeschobene Posten Richtung Rußland. Es ist der Rammbock, um die benachbarte Ukraine unter amerikanische Kontrolle zu bringen und auf diese Weise Rußland zu schaden. Eine einfache Erwägung, die man bei den Chefdenkern, wie dem nunmehr verstorbenen Zbigniew Brzezinski nachlesen kann.

Nebenbei bemerkt: Der Mann war ausweislich seines Namens polnischer Herkunft. Ich weiß nicht, was US-Präsident Biden bei seinem Blitzbesuch in Polen Ende Februar 2023 den mit den Füßen scharrenden Polen versprochen hat - jedenfalls aus deutscher Sicht nichts Gutes.

Klar ist nur: Die US-Regierung will keinen Waffenstillstand. Sie wollte ihn im März/April 2022 nicht, als sie den britischen PM Boris Johnson nach Kiew schickte, um das Istanbul-Abkommen zu verhindern, was dann auch geschah. Und sie will ihn auch heute nicht, wie die Reaktion auf die chinesische Friedensinitiative vom Ende Februar 2023 zeigt.

Diese wurde am 1. März 2023 mit für China beleidigenden Worten durch den US-Sicherheits-

rat zurückgewiesen: Man dulde kein Abkommen, das den Russen das Töten von Ukrainern erleichtere.

Die Amerikaner wollen keinen Frieden, den sie nicht selbst diktieren können. Und daß sie das im Moment könnten, sieht nicht so aus. Also muß weiter gekämpft und gestorben werden. Das mag gefallen, wem will - mir jedenfalls nicht. Ich wiederhole hier gerne, was am vergangenen Wochenende auf deutschen Straßen zu lesen war: Ich bin nicht im Krieg mit Rußland.

Nicht das ewige Opfer, sondern häufig auch ein Kriegstreiber: Wie Polen schon vor dem Ersten Weltkrieg gezündelt hat und danach Millionen von Deutschen vertrieben, in Lager gesperrt, gefoltert und ermordet hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld". ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25274" berichtet am 2. März 2023 (x1.253/...): >>Ukraine-Krieg: Kein Ende in Sicht - Kalkül für den Great Reset?

Ein Jahr Krieg und kein Ende in Sicht!? Warum kommt eine militärisch überlegene Großmacht wie Rußland gegen die ukrainischen Streitkräfte nur schleppend voran? Stecken letztlich andere Ziele hinter diesem Krieg? Vieles deutet darauf hin, daß es in diesem Krieg um weit mehr als nationale Interessen geht.

Berichte aus der ukrainischen sowie russischen Bevölkerung und von investigativen Journalisten untermauern diese Aussage. ...

1 Jahr Ukraine-Krieg und kein Ende in Sicht - Kalkül für den Great Reset?

Am 24. Februar jährte sich der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Ein Jahr Krieg und kein Ende in Sicht!

zdf.de schrieb: "Der Kreml hatte einen Blitzsieg im Sinn, als er vor einem Jahr die Ukraine angriff. Zwölf Monate später herrscht ein Patt zwischen Kiew und Moskau, ... weder Moskau noch Kiew sind bereit, auf der Grundlage des Status quo zu verhandeln."

Ein Blitzkrieg war also angeblich geplant und jetzt herrscht mehr als ein Jahr Krieg. Immer mehr Menschen in Europa, aber auch in der Ukraine selbst, stellen sich die Frage: "Ist Rußland tatsächlich nicht in der Lage, einen militärischen Sieg zu erringen?"

Denn wenn man die Militärstärke von Rußland und der Ukraine im Jahr 2022 vergleicht, dann sollte die russische Armee bei Weitem überlegen sein. Stecken letztlich andere Ziele hinter diesem Krieg, als von Moskau vordergründig kommuniziert wird? Könnte es deshalb sogar Kalkül sein, daß kein Ende in Sicht ist? Diese Sendung versucht, mögliche Antworten auf diese Fragen zu finden. Zunächst einmal müssen wir uns die Beweggründe und Absichten anschauen, welche Moskau für den Krieg vorgab.

Vorgegebene Beweggründe für den Krieg

1. Die Osterweiterung der Nato und der drohende Eintritt der Ukraine in die Nato.
2. Die Hilfe für die Volksrepubliken des Donbass.
3. Die Entnazifizierung der Ukraine.

Die von Putin genannte NATO-Osterweiterung vollzog sich seit 1999 in fünf Schritten bis hin an die Grenzen Rußlands. Weitere Kandidaten wären u.a. Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan und die Ukraine. Daß dies Rußland nicht gefällt, ist kaum abzuleugnen.

Der seit 2014 andauernde Konflikt im Osten der Ukraine kostete laut UNO-Angaben allein bis Ende 2018 13.000 Menschen, darunter etwa 3.300 Zivilisten das Leben.

Die Angriffe ukrainischer Truppen auf die Bevölkerung im Donbass nahmen ab Mitte Februar 2022, also noch vor dem Einmarsch der russischen Truppen, drastisch zu. Die neutralen Beobachter der OSZE zählten ab dem 17. Februar 2022 bis zu 1.400 Explosionen pro Tag. 100.000 Zivilisten sollen ins Innere oder nach Rußland evakuiert worden sein, um sie zu schützen.

Das Regiment Asow ist ein Freiwilligenbataillon, das im Jahr 2014 Teil der Nationalgarde des Innenministeriums der Ukraine wurde. Laut Wikipedia sei die Einheit umstritten, wegen Ver-

bindungen zu rechtsextremen Gruppen und nationalsozialistischer Symbolik.

Bilanz nach einem Jahr

Nach einem Jahr Krieg ziehen wir nun Bilanz. Inwieweit hat Rußland ihre vorgegebenen Ziele verfolgt oder erreicht.

Eine Diskussionsrunde des Internetportals NuoViso mit Billy Six liefert hierzu einige Anhaltspunkte. Billy Six ist ein deutscher investigativer Journalist, der bekannt ist für seine gefahrenreichen Reportagen von den verschiedensten Brennpunkten der Welt.

Die Frage, was die Menschen in der Ostukraine eigentlich wollen, ob sie Hilfe von Rußland wünschten, beantwortet er so:

Ob die Menschen in der Ostukraine mehrheitlich pro Rußland oder pro Ukraine sind, müsse von Stadt zu Stadt, von Region zu Region sowie zwischen Stadt und Land unterschieden werden. Bei seinem letzten Besuch der Ukraine in 2014 sei es noch so gewesen, daß ein Drittel prorussisch war und zwei Drittel sich passiv aus dem Konflikt raushalten wollten. Heute sei es so, daß etwa ein Drittel immer noch prorussisch sei, aber auch ein Drittel klar proukrainisch. Bei der vorwiegend russisch sprechenden Bevölkerung habe sich in den letzten zehn Monaten die Sichtweise verändert.

Zitat aus der Bevölkerung: "Putin ist nicht mit Geschenken, sondern mit Bomben gekommen." Der Donbass sei jetzt komplett verwüstet worden, daß er, Billy Six, gar keine Zukunft mehr sehe. Dies bestätigen auch Berichte von Zuschriften, die Kla.TV aus der Ukraine erreichten.

Den Menschen sei dort keinesfalls Hilfe zuteil geworden. Ganz im Gegenteil sind sie durch den Einmarsch der russischen Truppen noch mehr gefährdet als zuvor. Ihnen wird das Wichtigste zum Leben vorenthalten. So erhalten sie z.B. nur zweimal pro Woche für einige Stunden Wasser. Die meisten jungen Menschen und Familien haben deshalb das unruhige Gebiet verlassen.

Überdies, so Billy Six, habe Putin den Krieg auch nicht beendet, als er noch die Möglichkeit dazu gehabt hätte. Nämlich am 9. Mai 2022, als Rußland gerade Mariupol eingenommen hatte. Damit war der Landkorridor zwischen Rußland und der Krim sichergestellt, um die Krim mit Wasser und Strom zu versorgen. Auch die Schienen sowie die Straßenverbindung sei unter russischer Kontrolle gewesen. Putin hätte den Krieg damals beenden können, die Truppen aus der Region Charkow zurückziehen, eine Verteidigungslinie bauen und nur noch defensiv agieren. Er hätte die Chance gehabt, die Ukrainer gegenüber der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen.

Statt dessen habe Putin in seiner Rede am 9. Mai gesagt: "Wir müssen weiterhin entnazifizieren, und wir befinden uns im Krieg und es wird noch lange dauern."

Was diese sogenannte Entnazifizierung betrifft, so erreichten Kla.TV weitere Ungereimtheiten von ukrainischen Zeugen. Nationalisten des militanten Regiments Asow, waren laut dem Bericht aus der Ukraine in Mariupol eingekesselt. Sie wurden durch russische Truppen gefangen genommen. Ausgerechnet aber diese Gefangenen wurden kurze Zeit später gegen russische Gefangene ausgetauscht und über die Arabischen Emirate mit Ehren wieder in die Ukraine zurückgebracht.

Frage der ukrainischen Bürger: "Wenn Putin die Ukraine entnazifizieren will, weshalb werden dann ausgerechnet Gefangene des Asow-Bataillon zurückbefördert?" Das könnten natürlich auch nur gezielt gestreute Gerüchte sein. Was aber, wenn sie dies nicht sind?

Billy Six berichtet überdies weiter, daß er andere "Nationalisten" in der Ukraine ganz klar als Gegner einer globalistischen Agenda wahrgenommen habe. Sie seien gegen Migration, gegen einen EU- sowie NATO-Beitritt, sie seien auch gegen Impfungen und wollten nichts mit dem Kommunismus zu tun haben. Und genau diese sollen nun das Hauptziel des Krieges der Russen sein?

Aufgrund all dieser Ungereimtheiten hier eine kurze Zwischenbilanz:

Der Bevölkerung im Osten wurde keinesfalls Hilfe zuteil. Aufgrund der verheerenden Lage haben die meisten Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Die zurückgebliebenen älteren Menschen leben in katastrophalen Umständen ohne funktionierende Infrastruktur.

Was die angebliche Entnazifizierung betrifft, so läßt sich auch hier eher das Gegenteil feststellen. Diese Ungereimtheiten lassen selbst bei Ukrainern die Frage aufkommen, was denn sonst hinter dem Krieg stecken könnte.

Mögliche Hintergründe des Krieges

Der deutsche freie Journalist Aron Morhoff, der ebenfalls an der Diskussionsrunde mit Billy Six beteiligt war, äußerte folgenden Gedanken: Es gibt diese Theorie, daß solche Konflikte (wie der Ukraine-Krieg) gar nicht mehr eskalieren sollen. Es gehe gar nicht um einen frontalen bzw. totalen Krieg. Sondern genau dieser schwelende (andauernde) Konflikt soll letztlich von beiden Seiten an die eigene Bevölkerung verkauft werden, als so eine Art permanenter Ausnahmezustand. Das habe man auch bei Corona beobachtet wie auch hier beim Ukraine-Krieg, so Morhoff.

Diese Strategie des "schwelenden Konflikts" verfolgten offensichtlich beide Seiten, die Russische sowie die Ukrainische, die von den westlichen Staaten aufgerüstet wird. Dahinter stünden längerfristige Ziele, wie eine globalistische Agenda bzw. eine neue Weltordnung.

Ryan Matters, ein Schriftsteller aus Südafrika, dessen Arbeiten von verschiedenen freien Medien übernommen wurden, definiert die globalistische Agenda wie folgt:

"Teil der globalistischen Agenda ist die Zerstörung der gegenwärtigen Wirtschaft, um die Einführung eines neuen Wirtschaftssystems - den sogenannten 'Great Reset' - zu ermöglichen. Dieses neue Wirtschaftssystem basiert auf 'Digitalem Zentralbankgeld' (CDBC) und Überwachung und wird von künstlicher Intelligenz gesteuert."

Wenn man sich die Folgen des Krieges in der Ukraine vor Augen führt, so könnte dies eine plausible Erklärung sein. Denn der "Krieg ohne sichtbares Ende" trägt vor allem dazu bei, die Weltwirtschaft zu destabilisieren. Die Gaspreise treiben in die Höhe und die Finanzmärkte werden in Aufruhr versetzt.

Billy Six kann weder Putin noch die ukrainische Regierung als Gegner einer globalistischen Agenda erkennen - im Gegenteil! Putin verfolge diese genauso, nur mit einer stärkeren russischen Fußnote. So hat Putin bei der vermeintlichen Covid-19-Pandemie genauso mitgespielt wie die meisten anderen Länder der Welt. Rußland war ein Vorreiter bei der Einführung von Impfpässen.

Anfangs 2022 begann die Bank von Rußland mit der Erprobung ihres "digitalen Rubels", ihrer Version einer digitalen Zentralbankwährung (CBDC) - um nur wenige Beispiele zu nennen. Es ist ein unvollständiges Bild und es lassen sich noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Doch vieles deutet darauf hin, daß es im russisch-ukrainischen Krieg um weit mehr als nationale Interessen geht. Auch die Rolle Putins ist alles andere als klar. Vieles deutet darauf hin, daß sich der russisch-ukrainische Krieg als Wegbereiter einer globalistischen Agenda erweist. Deshalb sind die weiteren Ereignisse in diesem Krieg auch aus diesem Blickwinkel weiter zu beobachten.<<

03.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2023: >>Frankfurt/Main: Roter Teppich für Klima-Chaoten

Von *Daniell Pföhringer*

Verdi-Streiks und Klima-Demos haben heute schon in vielen Städten der Republik für Verkehrschaos gesorgt. Doch was jetzt in der Mainmetropole Frankfurt genehmigt wurde, schlägt dem Faß den Boden aus. Was die Öko-Chaoten wirklich wollen, welche falschen Thesen sie verbreiten, wer ihre Vordenker sind und wer sie finanziert, haben wir in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen" zusammengetragen. ...

Erst heute kam es zu Warnstreiks im ÖPNV und Demos der Klima-Kids von Fridays for Future in mehreren Städten, auch in Frankfurt am Main. Doch in der hessischen Großstadt dürfte auch der morgige Samstag für Auto- und Busfahrer in Frankfurt am Main nicht gerade vergnügungssteuerepflichtig werden: Sogenannte Aktivisten des Bündnisses Wald statt Asphalt haben eine Demo der besonderen Art angekündigt. Sie wollen sich von einer Brücke über die A 648 im Frankfurter Stadtteil Bockenheim abseilen, um gegen den dortigen Autobahnausbau zu protestieren.

Komplett irre: Obwohl die Aktion der Klimaterroristen nicht gerade ungefährlich ist, die Autobahn für den Zeitraum extra gesperrt und der Samstagmittag-Verkehr umgeleitet werden muß, kann die Stadt das Treiben nicht untersagen. "Uns sind die Hände gebunden. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat im vergangenen Jahr entschieden, daß eine derartige Abseil-Aktion rechtmäßig ist und im Rahmen einer angemeldeten Demonstration erlaubt ist", zitiert die Bild-Zeitung die zuständige Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP).

Das Verwaltungsgericht rechtfertigte seine Entscheidung 2022 mit der Begründung, daß Abseilen von Autobahnbrücken als politische Demonstration erlaubt sei, wenn dadurch keine "unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit entsteht". Eine, gelinde gesagt, erstaunliche Einschätzung der Lage ...

Ursprünglich hatten die Klima-Chaoten geplant, sich von einer Brücke über der A5 abzuseilen. Nach einem Kooperationsgespräch mit dem Ordnungsamt, hätten die Mitglieder von Wald statt Asphalt jedoch umdisponiert, berichtet die Frankfurter Neue Presse. Die Aktion steht unter dem Motto "Ausbaubeschleunigung stoppen, Moratorium des Bundesverkehrswegeplans, Autobahnbau in FFM stoppen". Darüber hinaus plant das Bündnis einen Demonstrationzug vom S-Bahnhof in Frankfurt-Rödelheim ... (bis nach) Bockenheim.

Zum Selbstverständnis schreibt die Gruppe Wald statt Asphalt auf ihrer Website: "Unser Bündnis hat sich ursprünglich gegründet, um die Proteste gegen die A49 und für den Erhalt des Dannenröder Waldes zu unterstützen. Heute fördern wir Austausch und Vernetzung der vielfältigen Akteure der Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich gemeinsam mit uns entschlossen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch die fortschreitende Versiegelung natürlicher Flächen einsetzen."

Neben Abseilaktionen und Baumbesetzungen führt das Bündnis immer wieder Straßenblockaden durch. Zu den Unterstützern der Gruppe zählen Organisationen aus dem gesamten Spektrum der Klimaterroristen, unter anderem Extinction Rebellion Dresden, Extinction Rebellion Mannheim, Fridays for Future Stuttgart, Robin Wood Hamburg/Lüneburg, Ende Gelände Hannover, Ende Gelände FFM, Students for Climate Justice oder Aktionstreffen Klimakampf Regensburg.

Straßen blockieren, Gemälde beschmieren, Polizisten mit Mollis und Steinen traktieren - sind die Klima-Chaoten völlig durchgeknallt? Ja! Und es wird noch alles viel schlimmer ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2023: >>**Windkraft: Eine Lizenz zum Töten der Wildtiere**

Von *Sven Reuth*

Heute vor 50 Jahren wurde das Washingtoner Artenschutzabkommen unterzeichnet, mit dem große Hoffnungen für die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt verbunden waren. Heute wird die Klima-Religion zur Bedrohung für immer mehr Arten. ...

Der Ausbau der Windenergie soll in Deutschland künftig ohne Rücksicht auf Verluste vorangetrieben werden, obwohl gerade diese Stromerzeugungsart viele Schattenseiten aufweist. Das fängt mit der Landschaftsverhandlung durch immer höhere und größere Windräder an, deren Bau zu einem enormen Flächenfraß führt, und hört mit dem schlimmen Aderlaß auf, den die Tierwelt zu tragen hat.

Dennoch hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) im April vergangenen Jahres

sein "Osterpaket" durchgebracht, daß auch zahlreiche Verfahrensvereinfachungen für die Errichtung von Windrädern an Land vorsieht, durch die besonders viele Vögel und Insekten gefährdet werden. Doch der Artenschutz soll in Deutschland solche Projekte künftig nicht mehr stoppen können.

Schon jetzt jährlich mehr als 12.000 tote Greifvögel

Die Folgen sind verheerend: So fallen den Windrädern nach Angaben der Deutschen Wildtierstiftung pro Jahr mehr als 12.000 Greifvögel zum Opfer, Arten wie der Rote Milan und der Schreiadler könnten deshalb in Deutschland bald ausgestorben sein. Schlimm steht es auch um die Fledermäuse. Hier liegen Schätzungen bei 240.000 pro Jahr getöteten Exemplaren, denn der Luftdruck, den die Anlagen erzeugen, bringt die Lungen der Tiere zum Platzen.

Eine Analyse des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) aus dem Jahr 2019 begründet den Verdacht, daß auch das Insektensterben etwas mit der Windstromerzeugung zu tun haben könnte, der jährliche Aderlaß soll hier bei rund einer Billion Fluginsekten liegen. Diese erhalten bekanntlich auch einen Großteil der Pflanzenwelt und sind deshalb unerlässlich zur Sicherung unserer natürlichen Grundlagen. Wenn es um die heilige Kuh Windenergie steht, dann wollen die grünen Jakobiner aber plötzlich weder etwas von Technikfolgenabschätzung noch von Artenschutz wissen.

Die Demontage des Artenschutzes und seine Opferung auf dem Altar der Klima-Religion begann schon zu Zeiten der GroKo unter dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Er legte schon vor drei Jahren einen 18 Punkte umfassenden Arbeitsplan vor, der insbesondere die Streichung artenschutzrechtlicher Vorgaben vorsah, um so die Rechtssicherheit der Windenergiebetreiber beim Bau neuer Anlagen zu erhöhen.

Die 2020 verabschiedete Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) machte den Weg frei für den Bau energiepolitischer Großprojekte, bei denen auf den Artenschutz keine Rücksicht genommen werden muß. Laut Gernot Engel, einem Energierecht-Experten der Kanzlei Luther, handelte es sich sogar "um einen energiepolitischen Wendepunkt". Bei künftigen Ermessensentscheidungen über den Ausbau großer Ökostrom-Projekte könnte den Richtern künftig nämlich mit dem Verweis auf die "öffentliche Sicherheit" jeder Handlungsspielraum fehlen.

Die Lizenz zum Töten

Und Harry Neumann, Bundesvorsitzender der Naturschutz Initiative (NI), äußerte damals mit Blick auf die Gesetzesänderung: "Offensichtlich will die Bundesregierung der Windindustrie eine Art 'Lizenz zum Töten' verschaffen, wenn es darum geht, den Schutz streng geschützter Wildtiere auszuhebeln, die den Profitinteressen der Windlobby entgegen stehen. Eine Lex Windenergie lehnen wir daher entschieden ab. Wir würden diese Gesetzesänderung auch nicht klaglos hinnehmen."

Zu den Leidtragenden der diversen Gesetzesänderung, in denen die Bedeutung des Artenschutzes permanent herabgestuft wurde, gehören aber nicht nur Tiere, die an Land leben, sondern auch die Tierwelt der Nord- und Ostsee zählen. Deutschland plant in der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Nord- und Ostsee den Bau von 2.000 bis 3.000 weiteren Windkraftanlagen. Damit soll die Offshore-Windenergiekapazität in dem deutschen Seegebiet bis 2030 fast verdreifacht und von diesem Stand aus bis 2040 nochmals verdoppelt werden.

Weißer Flecken, die nicht genutzt werden, gibt es in der deutschen Nord- und Ostsee damit praktisch nicht mehr. Seevögel wie die Trottellumme, die Dreizehenmöve, der Stern- und der Prachtaucher dürften damit sehenden Auges dem Aussterben ausgeliefert werden, denn gegen die geplanten Monster-Windräder mit Rotorblättern von 85 Metern Länge haben sie schlicht keine Chance.

Wenn alle Ausbaupläne für die Windkraft tatsächlich umgesetzt werden, dann dürfte die nächste Generation an Kindern in Deutschland wohl aufwachsen, ohne je einen Greifvogel in

der freien Natur beobachtet zu haben. Eine weitere Zerstörung ihrer knappen Lebensräume insbesondere in den auch von den Windkraftanlagenbetreibern besonders begehrten Mittelgebirgslagen werden diese Tiere nämlich wohl nicht mehr überleben.

Die dystopische Vision einer Welt ohne Vögel, die die Biologin Rachel Carson in ihrem 1962 erschienenen Buch *Silent Spring* ausmalte, droht nun zumindest in Teilen Wirklichkeit zu werden - aber ausgerechnet im Namen einer neuen Öko-Diktatur, die in den sechziger Jahren noch unvorstellbar war.<<

Rußland, China: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2023: >>**Globaler Süden steht hinter Rußland und China**

Die USA müßten verstehen, daß praktisch die gesamte südliche Hemisphäre in der Ukraine-Krise auf der Seite Rußlands Seite steht, schreibt Andrea Widburg, Kolumnistin für den *American Thinker*. ...

Demnach hat sich der "globale Süden" dazu entschlossen, unter dem Druck westlicher Länder zuverlässig Geschäfte mit Moskau zu machen. So stellt Widburg fest:

"Im Ukraine-Konflikt erhält die Ukraine die stärkste Unterstützung aus Europa, das seit langem Angst vor den Russen hat, und aus Amerika, das eine Vorliebe für Außenseiter hat und dessen Politiker sich mit ukrainischem Geld die Taschen vollstopfen können. Mit Ausnahme der anglo-amerikanischen Sphäre in Neuseeland und Australien unterstützt aber der größte Teil der südlichen Hemisphäre Rußland. Es ist also nicht nur China, das Putin unterstützt, es ist fast überall so in diesem Teil der Welt."

Demnach höre die südliche Hemisphäre auf Rußland, weil deren Vertrauen in den Westen längst erschüttert ist.

Der Wahn des Westens

Die Kolumnistin äußert weiter: "Während der Westen von Gender, Blockaden und Klimawandel besessen ist, lebt die südliche Hemisphäre in der realen Welt, einer Welt hoher Energiepreise aufgrund von Armut, Hunger und Konflikten, und dem Wahnsinn des Klimawandels.

Die Weltwirtschaft wird nicht mehr von den Amerikanern dominiert. Der Westen herrscht über nichts, und der globale Süden hat andere Möglichkeiten... Der regelbasierten internationalen Ordnung wird nicht vertraut und sie befindet sich im Niedergang. Kurz gesagt, es ist eine Heuchelei, mit welcher der Westen, insbesondere Amerika, die Regeln für sich selbst im Handumdrehen ändert."

Asien und Afrika wenden sich ab

Bereits zuvor hatte der Ex-Diplomat Kishore Mahbubani, ein Forscher am NUS-Institut für Asienstudien, gesagt: Ein Großteil der Welt habe sich Sanktionen gegenüber Moskau verweigert, weil es nicht an die westliche Version des Ukraine Konflikts glaubt. Und die Sympathie für Rußland wächst weiter, solange sich der Konflikt hinzieht.

Und selbst der *Economist* erklärte, daß Südafrika zunehmend geneigt ist, mit Rußland und China zusammenzuarbeiten und sich vom Westen zu entfernen, obwohl es wirtschaftlicher Probleme hat, deren Lösung von westlichen Investitionen abhängt.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/25258](https://www.klagemauer.tv/25258)" berichtet am 3. März 2023 (x1.253/...): >>**Absolute Ignoranz ist allgegenwärtig**

Tödliche Ignoranz oder Weltentscheid - Rede an die Nationen von Ivo Sasek

Politiker, die hinter den Kulissen mit Waffenhändlern, Drogenhändlern, geheimen Organisationen usw. verhandelt sind, schädigen durch ihre Macht- und Profitgier die Völker mehr als alle im Mainstream verschrienen Terroristen zusammengenommen. In dieser Nationenrede liefert *Kla.TV*-Gründer Ivo Sasek neue Fakten zum Thema und ruft zu weltdemokratischen Be-

schließen auf, wie es solche noch nicht gegeben hat. Dieser Weckruf gehört in jedes Haus!
Wir dringen jetzt in vereinter Kraft zu grundlegenden Weltentscheidungen durch.

Darüber sprechen wir hier in dieser Sendung.

Hier nur gerade wieder ein kleines Segment dieses aktuell laufenden Völkermordes:

Der Pharmakonzern Pfizer und die Zulassungsbehörde FDA wollten diese 55.000 Pfizer-Dokumente für 75 Jahre versiegeln, sprich der gesamten Menschheit gezielt vorenthalten. Denn wir sind in der maßlosen Überzahl als Volk.

Wir werden all diese Straftäter und Genozidtreiber so lange nicht aus den Augen lassen, bis deren gegenwärtigen, zukünftigen, aber auch Jahrzehnte zurückliegende Verbrechen verfassungs- und fachgerecht aufgearbeitet sind!

Das ist mein Aufruf an die Völker. Wir erklären als Volk:

"Die Zeit der Kriege ist vorbei - wir wollen keine Kriege mehr; denn wir sind das herrschende Volk - das friedliebende Volk!"

Von *Ivo Sasek*

Was sich täglich nicht allein im deutschen Bundestag abspielt, ist zum Symbol eines ganzen Weltzustandes geworden. Ob da gerade eine Alice Weidel von der AfD auf 180 ist und die Regierungserklärung von Scholz für einen beispiellosen Rundumschlag gegen die Ampel nutzt, oder ob sich der Grünen-Wirtschaftsminister Habeck unter schärfsten Worten an der Einführung seiner Gasumlage verkrallt - eines bleibt sich auf alle Seiten hin gleich:

Nicht anders als bei jedem profanen Stammtisch, schwelgt jede Partei nur noch im eigenen Monolog, beweihräuchert sich bei jeder Gelegenheit mit doch eher störenden Selbst-Ovationen. Die gegenseitige Respektlosigkeit und Ignoranz sind absolut geworden.

Absolute Ignoranz herrscht aber nicht nur in Bundeshäusern, sondern schlechthin überall, wo man auch hinsieht, egal wie ernsthaft die Thematik.

Die sturste Ignoranz boomt aber vor allem unter höchsten Verantwortungsträgern. Man hört sich gegenseitig einfach nicht mehr zu, ganz einerlei wie lautstark, eindringlich oder gar lebensbedrohlich die Inhalte von Einsprachen auch daherkommen.

Und das hat seine logischen Gründe; zwei wichtigste davon erkläre ich hier einmal am Beispiel der ausgehärteten Ignoranz zwischen "Mainstream getreuen" Verantwortungsträgern und ihren Gegenspielern, den "freien Aufklärern". Es ist ganz einfach:

Die freien Aufklärer können den sogenannten "politisch Korrekten" einfach deshalb nicht mehr zuhören, weil sie tausende Beweise dafür an der Hand haben, daß deren vordergründige Machtträger allesamt unter der Knute verborgener Hintergrund-Mächte stehen. Diese tödliche Weisungsgebundenheit in allem macht sie taub. Erst recht die Nachweise, wie viele der politisch Korrekten sich gerne selber am Kuchen dieses Geheim-Filzes satt fressen. Da ist der Ofen dann ganz aus. Verfilzte bewegen sich ja in ständig sträflichen Interessenskonflikten.

Andererseits können die sogenannten politisch Korrekten samt ihren Machtträgern und Instanzen aus genau denselben Gründen nicht mehr zuhören - weil es eben tatsächlich genauso ist, wie es die freien Aufklärer darlegen: Allein Kla.TV hat es mit nahezu 20.000 aufwendigen Sendungen stichhaltig nachgewiesen:

Das große Sagen geht nur noch von Wirtschaftsköpfen aus. Und diese operieren aus dem Untergrund und zwar in allem und jedem. Also nicht mehr die sogenannten demokratisch gewählten Volksvertreter haben etwa das Sagen. Zu allerletzt hat die Menschlichkeit in unseren listig vorgetäuschten Demokratien noch mitzureden.

Man kann also unter dem Strich sagen: Es ist keine Verschwörungstheorie, sondern eine knallharte Verschwörungstatsache.

Die schweigende Ignoranz der Volksvertreter aller Länder ist primär darauf zurückzuführen, daß diese Verantwortungsträger von allerlei Geheimbund-Mächten manipuliert, genötigt oder gar erpreßt werden. Am sträflichsten aber erzeugen sich alle bewußt selbstbereichernden Ver-

bandelungen unserer Machträger zu diesen geld- und machtgerigen Bösewichten. Leider sind solche Verfilzungen auf allen existentiellen Lebensgebieten geradezu Legion geworden. Und genau darum ist deren Ignoranz, um nicht zu sagen Aufklärungsresistenz gegen alle Aufklärer, so absolut - sonst müßten sie ja ihre finsternen Machenschaften offen zugeben. Ihre illegalen Geschäfte und Verbindungen würden aufliegen und sie würden zur Rechenschaft gezogen und entsprechend bestraft werden. Doch genau auf dieses Ziel arbeiten wir jetzt gemeinsam hin, okay?

Wir dringen jetzt in vereinter Kraft zu grundlegenden Weltentscheidungen durch. Darüber sprechen wir hier.

Hier stellvertretend nur gerade ein paar eher unbekannte Verbrechen amtierender Politiker aus den Kreisen von Kriegs- und Pharma-Verfilzungen: Durch italienische Aufklärer kam ein europaweiter Waffenhandel zwischen amtierenden Regierungsleuten mit dem organisierten Verbrechen ans Licht.

Schon in den neunziger Jahren operierten der jetzige ukrainische Bürgermeister von Odessa, Gennady Trukhanov, verfilzt mit dem Drogen- und Waffen-Mafiaboß Alexander Angert. Auch Nicolai Fomichev muß als Mitglied dieser Crew ins Verursacherlexikon eingetragen werden.

Schon damals betrieben sie zusammen ein großes Drogen- und Waffenhandelssystem.

Da der Ukraine-Krieg noch immer eine Goldgrube für die Mafia ist, dürfte Trukhanov noch immer eine zentrale Rolle spielen. Denn Trukhanov schloß seinerzeit eine Ausbildung als Artillerieoffizier ab. Dadurch verschaffte er sich beste fachtechnische Kenntnisse, um auf dem Schwarzmarkt mit allen möglichen Waffen dealen zu können.

Gerade jetzt wird wieder mit Waffen aus der westlichen Militärhilfe im großen Stil gehandelt. Waffenhandel also mit sowohl gestohlenen als auch unterschlagenen Waffen. Das "Organisierte Verbrechen" füllt allem voran die eigenen Waffenlager auf und handelt dann mit dem Rest.

Bezahlt man eine Kalaschnikow mit Kokain, gibt es große Rabatte. Daß dies seit Jahrzehnten so getrieben wird, bestätigte der Staatsanwalt von Kalabrien. Noch bis zum heutigen Tag tauchen immer wieder Waffen und Munitionsbestände aus dem Bosnienkrieg von 1992-95 auf. Von allen damals gelieferten Waffen sollen gerade einmal 10 % wirklich bei den Truppen angekommen sein.

Und während in unseren Tagen für die Ukraine fast alle Waffen- und Munitionslager Europas systematisch geplündert werden, wurde abermals festgestellt, daß große Teile der versprochenen Waffen und Munition nie an den ukrainischen Zielen angekommen sind. Dafür sind viele dieser Waffen wieder auf dem Schwarzmarkt aufgetaucht und werden gerade von Afrika bis zum Hindukusch, ja selbst in Schweden und der Niederlande gehandelt.

Der strategischste Verrat aber ist, daß unsere mit der Waffenlobby verfilzten Politiker die europäischen Armeen geradezu blauäugig entwaffnen. Und zwar durch demokratisch getarnte, in Wahrheit aber "hinterhältig geplante Waffenspenden" an die Ukraine. All dies geschieht nicht zufällig gerade jetzt, im Vorfeld eines jederzeit möglichen europaweiten Kriegsausbruches.

Dies bedeutet im Klartext, daß Europa einer - zum Beispiel russischen - Großoffensive von Tag zu Tag weniger standhalten könnte.

Auch die NATO-Ziele die Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, einst formulierte, könnten sich dann als verräterisch erzeigen; sein offenes Motiv lautete ja: "Wir wollen die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten behalten".

In Tat und Wahrheit wollte das geheimbundgelenkte Washington aber schon immer nur SICH ALLEIN oben und alle übrigen Nationen unten behalten! Im Falle eines europaweiten Kriegsausbruches dürften sich dann diese verborgenen Hintergrundmächte einmal mehr zu-

sammen mit ihren loyalsten US-Vasallen ins Fäustchen lachen. Dann hätten sie nämlich alle europäischen Staaten nicht um sonst beständig lobbyiert.

Um abschließend zum Kriegsthema auch aus der humanitären Ukrainehilfe von Seiten Deutschlands noch ein paar Zahlen zu nennen:

Im ersten Halbjahr 2022 verschwanden im Großraum Kiew nicht weniger als 22 Schiffskontainer, 389 Eisenbahnwaggons und 220 LKWs mit humanitärer Hilfe spurlos. Ebenso verschwanden € 55 Millionen an Spenden. Vom ursprünglich reinen Warenwert von 360 Millionen Euro wurden also insgesamt € 342 Millionen gestohlen. All solches geht definitiv nicht ohne Mafia-verfilzte Politiker, versteht ihr?

Nun zu einigen Pharma-verfilzten Verantwortungsträgern und ihrem vielschichtig schleichenden Völkermord:

Ein großes und weltweites Heer unabhängiger und getreuer Aufklärer hat bereits viele Namen von Hauptverursachern samt deren Vasallen ans Licht gebracht; sie sind allorts rapportiert und müssen daher nicht wiederholt werden. Hier nur gerade wieder ein kleines Segment dieses aktuell laufenden Völkermordes.

Wir schauen heute einmal nicht auf die wachsenden Massen von Impfgeschädigten und Impftoten, auch nicht auf die gigantisch florierenden Geschäfte mit Bestattungen, auch nicht auf die noch immer laufenden Milliardenengeschäfte mit aller Gattung Covid-Profitprodukten, Geräten, Schutzkleidungen, Spritzen, Masken, Desinfektionsmittel, usw.

Wir schauen einmal nur auf den verborgenen Völkermord VOR der Geburt:

Wovor Frauenärztin Dr. Rebecca Leist bereits im November 2021 gewarnt hatte, ist eingetreten:

- 80 % der geimpften Schwangeren erlitten Fehlgeburten.

- In Australien gab es 2022 63 % weniger Geburten!

- Bei uns in der Schweiz gab es den stärksten Geburtenrückgang seit 150 Jahren - dieser übertrifft beide Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise und auch die Einführung der Geburtenkontrolle.

Ob dieser drastische Geburten-Rückgang erst der Anfang oder eine endlose Kette von Unfruchtbarkeit bedeutet, kann derzeit niemand mit Gewißheit sagen.

Dr. Naomi Wolf aber sagte frühzeitig aus, daß Pfizer und die FDA genau wußten, daß der experimentelle Schein-Impfstoff die Fruchtbarkeit von Frauen und Männern ruiniere. So wurde, obgleich 80 % der untersuchten Babys gestorben sind, trotzdem die Gentherapie eingeführt.

Überdies kam es genau neun Monate nach Einführung des gemeingefährlichen Covid-Experimentalstoffes in ganz Europa und vielen anderen Ländern zu einem drastischen Rückgang der Geburtenrate. Pünktlich neun Monate nach Start der Covid-Gentherapie wurde in 13 von 19 europäischen Ländern, in England und Wales, Australien und Taiwan ein massiver Rückgang der Geburtenrate festgestellt.

- In Deutschland fiel die Geburtenrate um 8,3 % in nur drei Quartalen des Jahres 2022.

- In England und Wales gab es einen Einbruch von 12 % bis Juni 2022 - und genau zu diesem Zeitpunkt stellte deren Regierung die Veröffentlichung dieser Daten ein!

- Unmittelbar neun Monate nach Start der "Impfung" sei ein zweistelliger Rückgang der Geburtenrate in Westeuropa und anderen fortschrittlichen Ländern zu verzeichnen gewesen.

Diese eben genannten Zahlen sind wie immer ohne Dunkelziffer zu verstehen. All diese Daten hat Dr. Robert Chandler, basierend auf seiner Studie von 55.000 Pfizer-Dokumenten, ans Licht gebracht.

Zuvor wollten der Pharmakonzern und die Zulassungsbehörde FDA diese Dokumente für 75 Jahre versiegeln, sprich der gesamten Menschheit gezielt vorenthalten. Doch in seinem kürzlich erschienenen Pfizer-Report faßte er dennoch 50 Studien mit all diesen schockierenden Ergebnissen zusammen. Natürlich wurde auch diese Erfassung wieder eingestellt und natür-

lich auch durch den Mainstream der betrogenen Menschheit vorenthalten.

Keine Verschwörungstheorie - alles bare Fakten! Dennoch wird die Gen-Impfung für Schwangere weiterhin eisern empfohlen. Dies bezeichnet Dr. Naomi Wolf zusammenfassend mit den Worten: "Sie töten Westeuropa."

Sie alle sollen wissen, daß die Zeit kommt und jetzt schon im Anbruch ist, wo die betrogenen Völker nicht allein ihre politische Hoheit wiederentdecken werden, sondern auch neue Gerichte Richter ermächtigen werden, um mit all diesen Verbrechen und Verbrechern gründlich aufzuräumen.

Es wird wieder gerechte Gerichte geben, die den Völkern wahres Recht verschaffen. Jeder üble Volksvertreter, der insgeheim mit dieser aufgefliegenen Kriegstreiber- oder Pharma-Mafia verfilzt ist, und sich an deren Waffen- und Drogenhandel mit bereichert, wird nicht mehr aus den Augen gelassen, bis all seine Verbrechen fachgerecht aufgearbeitet sind; auch jedem sonstigen Machtmißbraucher blüht dasselbe Schicksal, weltweit! Ebenso all jenen, die sich an gezielt gelenkten Energie-Krisen und dergleichen bereichern.

Ich rufe an dieser Stelle allen Militärs Europas zu: Laßt euch nicht weiter in diesen hinterhältig US-provozierten Rußland-Ukraine-Krieg verwickeln! Verweigert all jenen Hochgrad-Kriegsverbrechern, die wir mit Kla.TV seit Jahren offenlegen, jede Unterstützung! Sagt laut und deutlich NEIN zu diesem geschürten Angriffskrieg!

Allem voran ihr deutschen Militärs - verweigert einen weiteren Stellvertreterkrieg!

Welches Militär auch immer seine Soldaten zur Einmischung in diesen Ukraine-Rußland-Krieg beruft, das ruft Todgeweihte zu einem Angriffskrieg und nicht etwa, wie behauptet, zu einem Verteidigungskrieg!

Europa kann einen dritten heißen Weltkrieg nicht gewinnen! Das ist Fakt, das sagen alle Fachleute des Militärs, die noch nüchtern sind. Denn es wäre ein dritter Stellvertreterkrieg, ein Angriffskrieg für diabolische Kriegstreiber, der nichts als Fluch über Europa bringen würde.

Folgt also nicht euren Waffenlobby-verfilzten Politikern, verweigert dieser ganzen Kriegstreiber-Mafia eure Dienste, damit ihr wegen diesen Schwerstverbrechern nicht in einem sinnlosen Blutbad endet!

Die freie Aufklärungsszene hat doch mit zehntausenden aufwendigen Massenstudien und Hunderttausenden unwiderlegbaren Einzelbeiträgen nachgewiesen, daß eine relativ überschaubare Minderheit von Verschwörern diesen hybriden Krieg gegen den Rest der Welt führt!

Du bedrohte Menschheit - verpflichte dich nicht diesen Kriegstreibern, verpflichte dich vielmehr notwehrmäßig dazu, dieselben zusammen mit uns so gründlich aufzudecken und so lange nicht mehr von ihnen zu lassen, bis sie alle, bis zu ihrem letzten Mann, gebührend zur Rechenschaft gezogen sind! Ja, bis diese vollständig entmachtet, gerecht bestraft und auch enteignet sind.

Wir lassen nicht mehr locker, bis ihre unmenschlich ergatterten Krisen-Profite, diese Billionen von Euros und Aberbillionen von Dollars, zurück an die geplünderten Völker und Nationen geflossen sind.

Denn wir sind in der maßlosen Überzahl!

Wir, die geplünderten Völker, stehen jetzt auf und demonstrieren diesen Menschheitszerstörern, daß wir in echt das sein können, was sie uns nun lange genug in übelster List bloß vorgaukelt haben - wir können eine echte Demokratie sein, sprich: eine funktionierende Volksherrschaft! Eine Weltdemokratie!

Weil auch alle Justizbediensteten bis dato bewiesen haben, daß sie nicht mehr dem Volk, sondern einzig diesen herrschenden Wirtschaftsmagnaten Recht sprechen dürfen, haben sie uns alle dadurch regelrecht verpflichtet, unsere Länder selber verfassungsgemäß zu verteidigen.

Darum tragen wir als Volksherrschaft weiterhin alle von der Justiz mißachteten Beweise ans

Licht - und zwar so lange, bis der Menschheit sämtliche Verfilzungen zwischen ihren Machthabern, Politikern, Aufsichts-Behörden usw. zu allen mafiösen Geheimorganisationen restlos vor Augen liegen. Wir lassen nicht mehr locker, bis sämtliche dieser Mißstände in echt gerichtlich aufgearbeitet sind, okay?

Gemeinsam bringen wir sämtliche Verflechtungen unserer Politiker, Schutzbeauftragten und sonstigen Verantwortungsträgern mit z.B. der Waffenlobby und ihren Verschwörern oder der Pharma-Mafia und ihren mutwilligen Impfmördern ans Licht. Wir erstellen Anklageschriften, gleichsam einem Verursacherlexikon, in dem alle bereits aufgefliegenen Machtmißbraucher und Machtmißbraucherinnen samt ihren kriminellen Taten und Verfilzungen aufgeführt sind. Wir werden all diese Straftäter und Genozidtreiber so lange nicht aus den Augen lassen, bis deren gegenwärtigen, zukünftigen, aber auch Jahrzehnte zurückliegende Verbrechen verfassungs- und fachgerecht aufgearbeitet sind!

Ich habe mit all diesen Hinweisen nur gerade wieder ein Spitzchen dieses gigantisch darunter liegenden Eisberges berührt. Es gäbe hunderte weitere Themen- und kriminelle Handelszonen, worin sich unsere Politiker und Verantwortungsträger verfilzt haben. Bei jeder einzelnen Seilschaft geht es immer nur um Machterweiterung und um das persönliche Kapitalschlagen aus Krisen.

Wir können das ausgerufene Krisen-Profit-Verbot daher nicht genügend ernst nehmen! Laßt uns gemeinsam die Seiten von Vetopedia (www.vetopedia.org), diesem Verursacherlexikon füllen und all diese Mafia-Verfilzten samt ihren Werken ans Licht bringen.

Die Weltgemeinschaft darf geschlossen auch die ganze Flüchtlingsmafia nicht aus den Augen lassen, ebenso die Organhandel-Mafia, die Porno-, Kinder- und Frauenhandel-Mafia. Überseht auch nie, was für gigantische Krisen-Profite aus dem geschürten Klimawahn, mittels realer Wetterwaffen oder dann wieder künstlich erzeugter Energiekrisen geschlagen werden.

Studiert all die themenspezifischen Sendungsblöcke auf Kla.TV. Ihr findet sie unter der Rubrik "Themen von A bis Z".

Auch die ganze Überwachungs-Mafia generiert ständig mächtige Profite aus ihren selber geschürten Krisen. Wir müssen diese Profite genauso verbieten wie diejenigen aus der gemeingefährlichen Gentechnik, dem Transhumanismus und dergleichen.

Lassen wir auch jene Menschheitszerstörer nie aus den Augen, die entgegen aller Studienbeweise ihre 4G-, 5G- usw. Mobilfunk-Waffentechnologien auf uns gerichtet lassen.

Während sie die Menschheit schleichend verstrahlen, generieren sie unermessliche Profite aus ihren todbringenden Technologien. Werdet nicht müde, die Schandseiten zu füllen, bis auch all jene Täter samt ihren Verbandelungen am Licht sind, die in den ganzen Adrenochrom-Handel verstrickt sind.

Auch all jene ganz großen Abzocker gehören dringend ans Licht, die mittels künstlicher Intelligenz, kurz KI, also mit Supercomputern, längst unfaßbar lukrative schwarze Wetten gegen die Menschheit abschließen. Sie generieren ständig Milliarden aus zuvor errechneten und natürlich auch gezielt manipulierten wirtschaftlichen Zusammenbrüchen. Sie führen also auch Finanzkrisen bewußt künstlich herbei, profitieren an Börsenabstürzen tausenderlei mehr. Ihre jüngste weltweite Verführung heißt ChatGPT.

Wie beim Handy lassen deren Großinvestoren auch die Völker an dieser hoch faszinierenden künstlichen Intelligenz teilhaben. Microsoft hat bereits mit zwei Milliarden auf diesen schnellst wachsenden Internetdienst gewettet und schiebt soeben weitere zehn Milliarden nach. Was sämtliche Nutzer nicht wissen: Sie hinken, wie immer, dem wahren Stand der Entwicklung um Jahrzehnte hinterher. Die Welt tappt einmal mehr in die Falle der ganz Großen. Innerhalb von nur zwei Monaten zählte ChatGPT bereits 100 Millionen aktive Nutzer.

Ja, und nebst all diesen Krisen-Profiteuren gibt es dann auch noch eine Mafia, die gewaltige Profite aus dem Tod, insbesondere dem Covid-Tod, generiert.

Bestattungen sind fast über Nacht zum wuchernden Geschäft geworden. Schon zwischen 2019-2021 hat sich der Gewinn pro Aktie von Service Corporation International (Worterklärung: texanisches Bestattungsunternehmen) mehr als verdoppelt: von 1,90 Dollar auf 4,57 Dollar.

Neulich gab die US-Service Corporation International ihre Frühjahrszahlen bekannt - ein weiteres Spitzenquartal mit einem Umsatz von fast einer Milliarde Dollar und einem Gewinn von 135 Millionen Dollar.

Tom Ryan, der Vorstandssitzende des Unternehmens rätselte dabei gegenüber Investoren und Wallstreet-Analysten: "Ich frage mich, was die Ursache für die vielen Todesfälle sein könnte, die in den letzten zwölf Monaten nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in ganz Westeuropa und Australien zu verzeichnen waren?"

Laßt uns auch weiterhin die ganzen Polit-Großkapitalfilze ans Licht bringen!

Denn Großkapitalisten wie etwa NGO-Mogul George Soros, können über Nacht sogar nationale Währungen destabilisieren - mit immer tragischen Folgen für Normalverdiener. Soros wurde ja schließlich schon 1992 mit seiner Wette gegen das britische Pfund berühmt.

An einem einzigen Tag hat er mit einer einzigen Wette eine ganze Milliarde Dollar Krisen-Profit gemacht! Wir befassen uns übrigens noch immer erst mit dem Spitzchen dieses gewaltigen Betrug-Berges. Denn während die Zwangsabgabemedien weiterhin täglich Panik schüren und uns die Energie-Ausweglosigkeiten vor Augen malen, gehört endlich auch die ganze Patente-Mafia ans Licht. Auch hier existieren weltweit verzweigte Geheimbundstrukturen.

Ohne diese wären längst unzählige hochwertigste Energieerfindungen auf dem Markt. Wir könnten alle gratis und franko in Fluten der Energie schwimmen, wenn nicht auch hier kriminelle Verbände mit ihren verfilzten Politikern für die Unterschlagung von aller Gattung Erfindungen sorgen würden - freilich stets unter super Vorwänden und persönlich lukrativen Krisen-Profiten.

Summarisch steuert alles auf den vom WEF proklamierten Great Reset hin: Wir sollen nichts mehr besitzen und uns damit recht zufriedengeben. Von anderer Seite her sollen wir uns immer und immer wieder stechen und boostern lassen und dabei keine Fragen bezüglich Gesundheit und Überleben stellen. Wir sollen uns von früh bis spät auf sämtlichen Gebieten unseres Lebens bis in die kleinsten Details hinein überwachen lassen - und dabei keinerlei Verdacht oder Ängste hegen.

Wir sollen immer weiter und weiter allerlei Zwangsabgaben abliefern - nicht allein für immer höhere Krankenkassenbeiträge, sondern auch für die überteuerten Massen-Medien - und uns dabei keinesfalls beschweren und deren Gifte widerstandslos in uns einfließen lassen - Tag für Tag. Es ist höchste Zeit, daß die Weltgemeinschaft endlich mit diesen schlimmsten aller Handlanger von Schwerverbrechern abrechnet.

Wißt ihr was? Ich lege jetzt gleich einmal einige Vorschläge vor, die zu regelrechten Weltentscheiden ausufern mögen. Und hängt mir jetzt bitte nicht gleich ab, wenn ihr die erste Hälfte des Satzes gehört habt, denn der Satz geht dann noch weiter - und es kommt gut.

Sagen wir doch als gesamte Weltbevölkerung einmal laut und deutlich "Ja" zum Great Reset von Klaus Schwab und seinen Drahtziehern:

Doch als Weltdemokratie fällen wir vorab den Entscheid, daß wir diesen Great Reset zuerst einmal über mindestens 20 Jahre an all seinen Erfindern und Propagandisten testen: also an Klaus Schwab und all seinen WEF-Kollegen, ebenso an all den sicher darauf wettenden Hintergrundmächten wie BlackRock, Vanguard und Co. Freilich muß der Great Reset ebenso zuerst 20 Jahre lang an all jenen privaten Geldherrschern etwa der Federal Reserve, der City of London, dem Vatikanstaat erprobt werden.

Kurzum: allem voran an all jenen bekannt gewordenen Kreisen, die seit Jahrhunderten die größten Profite aus den Weltkrisen geschlagen haben: so etwa die Häuser Rothschild, Rocke-

feller und Co. Aber auch an allen gegenwärtigen Multimilliardären Jeff Bezos, Bom Kim, Anthony Wood, Ernest Garcia II, Jack Dorsey, Mark Zuckerberg, Brian Armstrong, George Soros, Bill Gates, Bobby Murphy, Evan Spiegel, Dan Gilbert, Jeff Green und so weiter muß der Great Reset auf Herz und Nieren getestet werden.

Denn nur, wenn uns vorab diese Macht-Eliten und Reichsten der Erde auch nach 20 Jahren Great Reset noch glücklich scheinen, kaufen wir ihnen den Great Reset ab.

Auf einen Nenner gebracht: Die Weltdemokratie testet die Tauglichkeit des ausgerufenen Great Reset zuerst an jenem 1 % Superreicher, die gerade mehr Geld besitzen als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung zusammen.

Als Weltdemokratie fällen wir den Entscheid, daß sich vorab die dauerhafte Zufriedenheit sämtlicher Multimilliardäre und Multibillionäre dieser Welt über mindestens 20 Jahre hinweg erweisen muß, bevor dieser angestrebte Great Reset auch auf uns, die übrige Menschheit, angewendet werden darf - vorher aber nicht! Sollte der Great Reset jene Sorte Mensch glücklich machen, die ihn ja auch erfunden und über der ganzen Welt ausgerufen haben, dann sehen wir weltdemokratisch weiter.

Ich sage jetzt einfach einmal in aller Deutlichkeit, was wir, das Volk, die ganze Zeit über komplett falsch machen:

Wir lassen uns immer wieder von Politikern und Verantwortungsträgern leiten und bestimmen, die in keiner Weise mit ihrem eigenen Leib und Leben bewiesen haben, daß ihre hehren Theorien und politischen Ideale überhaupt funktionieren. Wir haben auch eine Bildungs-Mafia über uns aufkommen lassen, die uns zunehmend mit ihren Ideologien und Theorien vom grünen Tisch überzieht.

Wir wissen heute ja noch nicht einmal mehr sicher, ob wir Männlein oder Weiblein sind, so weit sind wir schon. Wir lassen lauter Mächte über uns herrschen, die uns in keinem Ansatz zuerst an sich selber beweisen konnten, daß ihre Theorien wirklich gute Früchte tragen. Und wenn ihr an dieser Stelle sagt, daß so etwas doch gar nicht möglich wäre, dann antworte ich euch: Und ob so was möglich ist!

Ich verweise jeden, der an der Möglichkeit solch einer Testphase oder Testpraxis zweifelt, an meinen eigenen Werdegang:

Bevor ich angefangen habe, zu der Öffentlichkeit zu reden und in der breiteren Öffentlichkeit zu wirken, habe ich das, was ich zu sagen und zu bieten habe, zuerst einmal über gute 30 Jahre am eigenen Leib getestet - zusammen mit meinem Team, mit dem ich übrigens noch immer, seit nun schon über 30 Jahre zusammenarbeite. Wir haben mit anderen Worten sämtliche unserer Dienste, unserer Werke und Produkte seit 1979 unentgeltlich angeboten.

Bevor wir den Slogan herausgegeben haben "Die neue Welt ist ohne Geld", haben wir dieses Konzept im teuersten Land der Erde, in der Schweiz, umgesetzt. Mittlerweile sind es schon weit über 40 Jahre. Natürlich wissen wir, daß es für alles Geld braucht. Ohne Geld meint in einer ersten Stufe alles, was irgend möglich ist, nicht mehr gegen Bezahlung zu tun.

Daß du mittlerweile 20.000 Sendungen von Kla.TV unentgeltlich schauen kannst, daß du meine neun großen Spielfilme unentgeltlich beziehen und anschauen kannst (unter www.kla.tv/Spielfilme), ist der Beweis, daß meine Theorie in der Praxis funktioniert - und zwar mit tausenden Menschen zusammen, die in denselben Breitengraden wie ich mit meinen Teams hier wohnen.

Auch daß du 2.000 Lehrvorträge von mir unentgeltlich in Schrift und Tonträgen beziehen kannst, ist ein weiterer Beweis davon (zu finden unter www.elaion-verlag.ch).

Alle 18 AZK-Großveranstaltungen, wo Zehntausende von Menschen unentgeltlich teilnehmen konnten, mit allen Lehrmaterialien und sogar mit feinstem Essen unentgeltlich versorgt wurden, ist ein Beweis, daß meine Theorie in der Praxis funktioniert. (zu sehen unter www.anti-zensur.info)

Wir haben zusammen nicht eines an die Öffentlichkeit getragen und der Öffentlichkeit zugebetet, was wir zuvor nicht über Jahrzehnte hinweg am eigenen Leib getestet haben. Daß eine neue Welt ohne Geld funktionieren kann, haben wir auch über Jahrzehnte hinweg bewiesen, indem wir tausende von Menschen unentgeltlich therapiert, unentgeltlich bei uns beherbergt und, statt Geld von ihnen zu nehmen, sie auch noch durchgefüttert haben.

Und wenn du jetzt trotzdem entsetzt fragst, wie denn so etwas gehen soll, es brauche doch für alles Geld und schließlich regne es ja kein Geld vom Himmel, dann antworte ich dir dieses eine: Es ist korrekt, Geld regnet es nicht vom Himmel, aber wann immer wir wirklich gute Arbeit leisten, Dienste, die von Herzen kommen, Dienstleistungen ohne Hintergedanken und Gewinnabsichten, dann sorgt der Himmel dafür, daß die Menschen uns für unsere guten Leistungen belohnen - automatisch!

Sie haben dann ganz von selber den Drang, unsere Sache finanziell zu unterstützen. Und nein, nicht erst auf Spendenaufrufe und Bettelbriefe hin! Nicht erst dann, wenn wir mit einem Kollekten-Korb durch die Reihen gegangen sind; auch nicht erst dann, wenn wir unsere Kontonummern veröffentlicht haben und ständig darauf hinweisen, daß man uns doch bitte spenden möge, weil wir sonst keine Einkünfte haben. Wir haben über Jahrzehnte hinweg nicht eine von all diesen genannten Möglichkeiten genutzt! Wir haben statt dessen bedenkenlos auch Zehntausende bedient, die uns dafür nie einen müden Cent zurückgegeben haben.

Auch diese Erfahrung haben wir freiwillig über Jahrzehnte hinweg am eigenen Leib und Leben, sprich in der persönlichen Praxis getestet, bevor wir ausgerufen haben: "die neue Welt ist ohne Geld".

Fakt ist, daß wir zu keiner Stunde je Mangel hatten und bis zum heutigen Tag nur zunehmenden Überfluß kennengelernt haben - und zwar beim Austeilen!

Heute bediene ich, zusammen mit tausenden ehrenamtlichen Mitwirkern, bereits regelmäßig Millionen von Menschen. Und wir alle arbeiten hart - Nacht und Tag. Und wißt ihr was? Nebst allen ehrenamtlichen Dienstleistungen arbeiten wir alle auch noch hart für unser eigenes Brot.

Dabei lassen wir ständig beachtliche Teile unseres erarbeiteten Geldes wieder in unsere ehrenamtlichen Werke einfließen, damit wir euch unentgeltlich dienen können! Ich habe nicht weniger als drei eigene Betriebe gegründet, um euch da draußen unentgeltlich dienen zu können. Das heißt, ich und wir alle sind wirklich nicht auf euer Geld aus.

Viel lieber dienen wir euch mit unserem eigenen Geld, und stellen uns mit Haut und Haar immer wieder zu eurer Verfügung. Wie ich es schon seit 1979 tue, tun wir es noch heute als Führungsteams von Kla.TV, AZK, S & G, OCG usw.

Unsere Überschüsse lassen wir immer und immer wieder in den gemeinsamen Kreislauf einfließen: für die Aufklärungsarbeit, für die Rehabilitationsarbeit, für die Wiederherstellungsarbeit von Hilfesuchenden aller Gattung, für die Familienhilfe und vielerlei mehr.

Ich glaube daher, kompetent zu sein, wenn ich weiter vorschlage: Wir sagen fortan "Ja" zu allen von der Pharma befohlenen Impfungen, auch zu den mRNA-Impfungen ...

... aber dies mit der einzigen Auflage, daß wir all diese Produkte vorab über mindestens 20 Jahre hinweg an ihren eigenen Herstellern testen, ebenso an sämtlichen Politikern, die solche experimentellen Aktionen unterstützen.

Der 20-Jahre-Test muß aber auch zuerst an allen Komplizen und Mitwirkern von Gesundheitsämtern und dergleichen erfolgreich abgeschlossen werden. Und wir stellen weltdemokratisch eindeutig völlig unabhängige Überwachungsinstanzen zusammen, die diese Impfstoffe ständig untersuchen, daß an derer Stelle keinesfalls etwa irgendeine Salzlösung gespritzt wird. Denkt an unsere Sendungen mit den verschiedenen Chargen. Das haben sie bereits getan. Wer immer für Impfungen dieser Art ist, muß sich für mindestens 20 Jahre als Testperson hingeben, bevor die Weltbevölkerung mit diesen Giften in Kontakt gebracht werden darf.

Unter dem Strich müssen wir als Weltdemokratie auf die Weltentscheidung hinarbeiten, daß nicht irgend etwas mehr über die gesamte Menschheit gezogen werden darf, was nicht zuerst an deren Erfindern selbst ausreichend getestet wurde.

Wir möchten zuerst einmal sehen, wie es Bill Gates, Karl Lauterbach, Drostens und Konsorten nach 20 Jahren mRNA-Spritzen geht.

Darum schlage ich weiter vor, daß wir sogar "Ja" zu der geplanten totalen Überwachung sagen, auch "Ja" zur Abschaffung des Bargeldes ...

... aber einzig unter der Auflage, daß die gesamte Weltbevölkerung mindestens 20 Jahre lang all die zuvor genannten Eliten mit diesen ihren eigenen Technologien überwachen darf.

Als Weltdemokratie drehen wir gleichsam den Spieß um und verordnen eine Art riesige Truman-Show.

Zuerst bringen wir alle gemeinsam diese verborgenen Hintergrundmächte ans Licht, bis wir den hintersten und letzten Namen in unser Verursacherlexikon eingetragen haben.

Dann sondern wir all diese Geheimbundmächte aus und versehen sie mit genau dieser Überwachungstechnologie, die sie soeben der ganzen Weltbevölkerung unter die Haut zu implantieren gedachten.

Wir möchten auch hier, über mindestens 20 Jahre hinweg, einmal jede Bewegung dieser geheimnisvollen Eliten mitverfolgen. Alle Augen der Welt dürfen dann abends - statt Fernsehen - sich damit beschäftigen, was diese Menschen den ganzen Tag über so treiben. Wir arbeiten mit Gesichtserkennung und GPS, daß wir jederzeit wissen, wo sich zum Beispiel Klaus Schwab, Elon Musk, Bill Gates, wo sich George Soros und all die andern Großfunktionäre so aufhalten.

Jede Transaktion, die sie tätigen, jeden Dollar, den sie einnehmen, möchten wir gemeinsam rekonstruieren und nachvollziehen können. Sie werden, wie von ihnen geplant, selber unter einem Sozial-Kreditsystem leben. Es gibt sofort Abzüge, Reiseeinschränkungen und automatische Sanktionen, sobald sie nicht genauso laufen, wie wir es als anständige Weltbevölkerung für richtig halten.

Wir möchten zuvor jede Wette verstehen lernen, die diese Großspekulanten zuvor auf unsere Abstürze abgeschlossen haben. Wir wollen die Weltbevölkerung am Beispiel dieser Menschen weiterbilden, so daß sie genau verstehen lernt, ja, daß schließlich jedes Kind beurteilen kann, inwieweit sie der Weltgemeinschaft nützen oder schaden.

Wir möchten auch jede Verbindung kennenlernen, wer mit wem genau in Verbindung steht und was sie den ganzen Tag über so tun - und, wenn wir schon mal dabei sind, natürlich auch in der Nacht. Wir möchten sehen, was diese Sorte Mensch, die uns gerade total überwachen will, selber genau isst und trinkt, welche Medikamente sie nehmen und welche sie verweigern. Kein Fetzen Stoff soll an ihrem Leib sein, über den wir nicht Bescheid wissen.

Über mindestens 20 Jahre hinweg möchten wir jeden Schritt, den sie gehen, überwachen und uns weltweit gegenseitig darin abwechseln mit unserer Beobachtung, daß uns kein Moment entgeht. Wenn der Weltgemeinschaft diese von ihr überwachten Eliten hernach wirklich glücklich scheinen, kann sie deren Technologien ja annehmen und sich selber auch überwachen lassen - aber freilich erst nach einem abermaligen weltdemokratischen Entscheid - und keine Stunde früher. Und auf gar keinen Fall, wenn uns das Glück dieser überwachten Eliten nicht restlos überzeugt hat.

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich noch über den Einstieg in die "neue Welt ohne Geld" einen weltdemokratischen Vorschlag machen.

Denn eine "Welt ohne Geld" kann nicht über Nacht eingeführt werden. Sie muß heranwachsen, man muß sich zuerst schrittweise an sie gewöhnen. Und mein Vorschlag ist folgender:

Ich verwende dazu einen Vergleich: Kein gewöhnlicher und gesunder Erdenbürger würde doch jemals z.B. irgendwelchen offensichtlichen Terroristen, etwa den IS-Kopfabschneidern

sein Geld geben, damit diese dann weiterhin allen möglichen Leuten, die ihnen nicht passen, die Köpfe abschneiden können. Ihr erinnert euch sicher noch, wie sie jeweils vor laufender Kamera den Menschen, die ihnen nicht gepaßt haben, die Köpfe abgeschlagen oder sie erschossen und erstochen haben.

Meine Frage an die Weltgemeinschaft ist an dieser Stelle aber folgende:

Warum geben denn wir unser Geld, ich rede jetzt sinnbildlich, eigentlich weiterhin irgendwelchen Mainstream-Kopfabschneidern?

Seht es doch an Kla.TV, wie man professionelle Fernseharbeit auch nebenberuflich leisten kann, ohne eine einzige Zwangsabgabe. Wieso soll der Mainstream weiterhin jährlich Milliarden Zwangsabgaben von all jenen abnötigen dürfen, die sie tagtäglich doch nur faustdick belügen und immer schadenbringender hinters Licht führen?

Laßt uns auch hier zu einem Weltbeschluß durchdringen: Sie dürfen weiterhin Meinungsmache betreiben, aber nur noch auf eigene Kosten, mit ehrlich verdientem Geld. Schluß mit Zwangsfinanzierung!

Warum geben wir weiterhin unser Geld an Big Pharma, an die Kriegstreiber, an die Bankster, an die Klima-Mafia, an alle möglichen Versicherungs-Mafias und Krisen-Profiteure?

Warum finanzieren wir mit unserem Geld weiterhin all diese bargeldlosen Systeme, fallen auf all diese Bequemlichkeiten herein, wie QR-Code usw.?

Wißt ihr, warum die Bargeldlosigkeit den noch herrschenden Eliten so wichtig ist? Weil sie ganz genau wissen, daß die Zeit gekommen ist und noch mehr kommen wird, wo ihr euer Geld vor all solchen Kriminellen plötzlich zurückziehen, zurückhalten werdet - und zwar aus Gewissensgründen!

Darum geben sie derart Vollgas, daß sie eure Geldflüsse und Vermögen in ihren digitalen Systemen mit einem Knopfdruck beherrschen können.

Wenn wir darum nicht genau jetzt als ganze Weltbevölkerung aufstehen und ihnen gerade noch rechtzeitig den absoluten Riegel schieben, spielt es diesen Weltherrschafts-Lüstlingen bald keine Rolle mehr. Denn mit einem Knopfdruck werden sie dann euer Geld einfach einfrieren können und ihr habt keines mehr. Und somit auch keine Wehrfähigkeit, keine Stimme, keine Bewegungsfreiheit mehr.

Laßt uns daher zusammenstehen und weiter darauf hinarbeiten, daß immer mehr Whistleblower aus allen Gebieten aufstehen und diese mafiösen Strukturen offenlegen.

Laßt uns weiter daran arbeiten, daß alle denkbaren Fachleute, Fachärzte, Militärs, Spezialisten und Aufklärer aus sämtlichen Hintergründen aufstehen und aus diesen Verbandlungen aussteigen. Möge auch ein Entlastungslexikon entstehen, wo sich alle eintragen können, die jetzt frühzeitig noch aus all diesen unrechtmäßigen, völkerschädigenden Verfilzungen aussteigen. Möge man diesen Menschen einst ein Kränzchen winden, sie als mutige Helden dieser Zeit feiern, weil sie noch rechtzeitig die Seite gewechselt haben.

Laßt uns aber als weltweite Volksherrschaft zuerst einmal unser Veto gegen jeden Krieg einlegen. Wir erklären: Die Zeit der Kriege ist vorbei - wir wollen keine Kriege mehr; denn wir sind das herrschende Volk - das friedliebende Volk! (siehe www.kla.tv/25231)

Wir sind am Schluß dieser Rede angekommen. Ich empfehle euch ein Mantra, daß ich immer und immer wieder laut spreche mit all unseren Mitarbeitern zusammen. Das heißt - und das gilt auch für dich:

"Nicht durch Heeresmacht von Menschen, nicht durch Menschenkraft wird's sein.

Durch die Himmelskräfte in uns, bricht der Feind jetzt gänzlich ein."

Anders geht's nicht.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 46 Jahren vor Gott steht.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. März 2023: >>Biden in Panik: Neue Waffen für die Ukraine

Von *Sven Reuth*

Die USA befeuern den Krieg in Europa weiterhin kräftig. Nun bringt Washington zum ersten Jahrestag des Kriegsbeginns hektisch eine weitere Waffenlieferung auf den Weg. Fürchtet US-Präsident Biden eine erfolgreiche russische Offensive? ...

Der US-Ökonom Jeffrey Sachs hat die Europäer in mehreren Interviews davor gewarnt, daß die USA in der Ukraine einen langen Krieg auf europäischem Boden anstreben würden. Deshalb sollte aus seiner Sicht die EU an einer schnellen Verhandlungslösung interessiert sein.

"USA geht es um globale Vorherrschaft"

So äußerte der weltbekannte Ökonom noch am 1. April 2022 in einem Interview mit der Welt: "Biden hat in der Tat gesagt, daß wir uns für einen langen Konflikt wappnen sollen. Das ist eine schreckliche Idee. Ein langjähriger Kampf; da spricht ein alter amerikanischer Mann mit Erinnerungen aus dem Kalten Krieg. Da spricht kein Mann der Zukunft. ... Die USA betreiben Expansionspolitik. Das ist der Geist in Washington. Der USA geht es um die Vorherrschaft in der Welt."

Scheinbar hat Sachs die Intentionen der USA genau richtig eingeschätzt. Der Krieg in der Ukraine tobt nun ein gutes Jahr - und nun legt Washington mit weiteren Waffenlieferungen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar nach.

Neues Luftabwehrsystem für die Ukraine

In dem neuen Paket enthalten sind unter anderem zusätzliche Munitionspakete für die Mehrfachraketenwerfer vom Typ Himars, Drohnen unter anderem vom Typ Switchblade oder Ausrüstung zur Minenräumung. Die Rüstungsgüter werden diesmal direkt bei der US-Waffenindustrie bestellt und stammen nicht aus den Beständen der US-Armee.

Die gelieferten und angekündigten US-Hilfen belaufen sich jetzt auf 73,1 Milliarden Euro gegenüber 54,9 Milliarden Euro der EU. Mittlerweile wurde der Ukraine also Hilfe über 128 Milliarden Euro geliefert oder versprochen. Offensichtlich befürchtet Biden, daß die russische Offensive, die derzeit gerade läuft, erfolgreich sein könnte, also werden nochmals große Mengen an Waffen über den Großen Teich geschickt.

Der Ukraine-Krieg wird zum gigantischen Aufrüstungsprojekt, das die Taschen der US-Industrie füllt. Gleichzeitig betreibt man die Schwächung Rußlands, blockiert eine europäisch-russische Annäherung und setzt so die eigenen geopolitischen Doktrinen um. Die Verlierer dieser Entwicklung sitzen in Europa, das die Hauptlast der Sanktionen trägt und nun mit dem größten Krieg seit 1945 auf dem Kontinent zurechtkommen muß.<<

04.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. März 2023: >>Klima-Terroristen beschmieren Grundgesetz-Skulptur

Von *Daniell Pführinger*

Die Letzte Generation hat wieder zugeschlagen: Diesmal hat es die Glasskulptur "Grundgesetz 49" nahe dem Bundestagsgebäude erwischt. Die Polizei bestätigte inzwischen, daß "sechs Personen die Gedenkstätte mit einer Flüssigkeit beschmiert oder übergossen und auch beklebt" hätten. In einer Art Bekennervideo auf Twitter ist zu sehen, wie die Klimaterroristen aus 10-Liter-Eimern eine dunkle Flüssigkeit auf die Glaswände des Denkmals kippen. Auf einem der Plakate steht: "Erdöl oder Grundrechte". Begleitet wurde die Aktion von einem erstaunlichen Medieninteresse.

Straßen blockieren, Gemälde beschmieren, Polizisten mit Mollis und Steinen traktieren - sind die Klima-Chaoten völlig durchgeknallt? Ja! Und es wird noch alles viel schlimmer... Was die sogenannten Aktivisten von Letzte Generation & Co. im Schilde führen, mit welchen Lügen sie hausieren gehen - und woher die Kohle dafür kommt, haben wir in unserer neuen Spe-

zial-Ausgabe "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" ausführlich dokumentiert. Die ultimative Abrechnung mit der Klima-Ideologie und ihren Sturmtruppen. ...<<
06.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2023:

>>**Kriegsgier: Strack-Zimmermann legt nach**

Von *Sven Eggers*

Unterwürfig interviewt Markus Feldenkirchen vom Spiegel die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die liefert und schießt scharf gegen alle Friedensfreunde. ...

Das ist nur bedingt zu ertragen. Eine Stunde lang hofiert Mainstream-Schreiberling Feldenkirchen im Rahmen eines "Spitzengesprächs" die Kriegspropagandistin Strack-Zimmermann und feiert sie als "vielleicht streitbarste, frechste, gewiß aber furchtloseste Politikerin der Regierungskoalition".

Begriffsumkehr

In aller Ausführlichkeit kann die FDP-Verteidigungspolitikerin dann auf jeden losgehen, der die Ukraine nicht bis an die Zähne hochrüsten möchte. Jürgen Elsässer erklärt sich dieses Gebaren im aktuellen COMPACT-Magazin wie folgt:

"Unter 'toxischer Männlichkeit' verstanden die Gründerinnen des Feminismus den vermeintlichen Hang des starken Geschlechts zu Gewalt und Krieg, von dem sich die angebliche Sanftheit und Friedlichkeit der Frauen positiv abhoben. Strack-Zimmermann dreht den Spieß um und bezeichnet nun als toxisch, daß ihr verweichlichte Männer beim Kriegszug gegen Moskau im Weg stünden."

Darüber hinaus hat es Strack-Zimmermann auch auf den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz abgesehen: Für den "sollte seine Partei sich schämen", poltert sie im Spiegel-Gespräch. Der habe zuletzt Klimaaktivisten als "Terroristen" diffamiert. Hier muß dann sogar die Neue Zürcher Zeitung einbremsen:

"Der CDU-Chef hat die radikalen Anhänger der Letzten Generation kritisiert und unter anderem als 'kriminelle Straftäter' bezeichnet - aber nicht als Terroristen. Beim Spiegel konnte Strack-Zimmermann ihren Vorwurf dennoch ohne Widerrede in die Welt setzen."

Die FDP-Politikerin hatte Merz zuletzt bereits im Rahmen einer mittlerweile berühmten Karnevals-Rede attackiert, ihn dort als "Flugzwerg" verspottet, der auf Schwache eindresche: "Nach außen bürgerlicher Schein, im Herzen aber voll gemein. Wer vor Krieg geflohen ist, verhöhnt er als Sozialtourist. Heißt ein Junge Ali und nicht Sascha, beschimpft er ihn als Grundschulpascha."

Er geht ihr nicht schnell genug

Auch im aktuellen Interview kritisiert Strack-Zimmermann, daß die Kriegsvorbereitungen viel zu langsam vor sich gingen: "Wir hätten vor einem halben Jahr die Ukraine schon ausbilden können. Jeder Tag, den wir gewartet haben, ist ein Tag zu viel gewesen, weil einfach viele Menschen in der Ukraine sterben."

Deutschland als Kriegspartei, das scheint ihre Wunschvorstellung zu sein, und mit solchen Aussagen ist der Weg dorthin auch bereits geebnet; ein Spiel mit dem Feuer.

Ist sie damit eine Kriegstreiberin? Strack-Zimmermann: "Also das Wort Kriegstreiberin, wir haben das mal gescannt, wird ungefähr in der Woche 14.000 mal verwandt gegen mich. Das ist kein Witz. Das ist ein Wort, was eigentlich aus dem Munde von Rechtsradikalen kommt. Die bezeichnen mich gerne so."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2023: >>**Kinderarbeit: Kein Thema für die Klima-Terroristen**

Wohlhabende Länder, die Ökostrom vorschreiben, fördern die Grausamkeiten an den Menschen in den Entwicklungsländern! Doch das ist den deutschen Klima-Terroristen egal. In unserem Spezial Klima-Terroristen: Was Sie denken, wer sie bezahlt zeigen wir Ihnen, die Hin-

termänner des Klima-Terrors und das, was sie wirklich denken und wollen. ...

_ Von *Ronald Stein*

Der herrschenden Klasse, der Machtelite und den Medien mangelt es an Energiekompetenz, was der Grund dafür sein könnte, daß sie Gespräche über die häßliche Seite der "grünen" Mandate und Subventionen vermeiden. Bevor irgend jemand in Washington beschließt, Windturbinen, Solarzellen oder ein Elektroauto anzuschaffen, sollte er das für den Pulitzer-Preis nominierte Buch *Clean Energy Exploitations* lesen und selbst entscheiden, ob er die Greueln an der Menschheit und die Umwelterstörung bei Menschen mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe in Entwicklungsländern finanziell unterstützen will, damit die reichen Länder grün werden können.

Unglaublich teure Transformation

Reichtum ohne ethische oder moralische Standards für die weniger Begüterten kann für die billige Arbeitskraft der Wegwerfarbeiter gefährlich und tödlich sein. Wir haben die Auswirkungen auf die verfügbaren Arbeitskräfte gesehen, als Katar innerhalb eines Jahrzehnts sieben neue Stadien bauen mußte, um für die Fußballweltmeisterschaft 2022 gerüstet zu sein.

Die Fußballweltmeisterschaft in Katar wurde im vergangenen Jahr durchgeführt, aber die "akzeptable" Zahl von mehr als 6.500 Wanderarbeitern, die zwischen 2011 und 2020 beim Bau der WM-Infrastruktur mit billigen Wegwerf-Arbeitskräften ums Leben kamen, wird bei Zuschauern und Teilnehmern viele Fragen über unsere ethischen und moralischen Überzeugungen aufwerfen, die sich aus der schrecklichen Zahl ergeben.

Der Übergang zur Stromerzeugung aus Wind und Sonne hat sich für die wohlhabenden Länder Deutschland, Australien, Großbritannien und die USA, die 6 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren (508 Millionen gegenüber 8 Milliarden), als äußerst kostspielig erwiesen. Diese reichen Länder haben nun mit die höchsten Kosten für ihren Strom, während in den ärmeren Entwicklungsländern, die derzeit keine aus Erdöl hergestellten Produkte des 20. Jahrhunderts verwenden, jedes Jahr viel Kinder sterben, weil die in den reichen Ländern verwendeten Produkte aus fossilen Brennstoffen nicht verfügbar sind.

Wenn wir einen Blick über die wenigen wohlhabenden Länder hinaus werfen, sehen wir, daß mindestens 80 Prozent der Menschheit, d.h. mehr als sechs Milliarden Menschen auf dieser Welt, mit weniger als 10 Dollar pro Tag auskommen müssen, und daß Milliarden von Menschen, die nur wenig oder gar keinen Zugang zu Elektrizität haben, von Politikern mit den teuersten Methoden zur Erzeugung von intermittierendem Strom versorgt werden.

Die Energiearmut gehört zu den schlimmsten Krisen des 21. Jahrhunderts, über die jedoch am wenigsten gesprochen wird. Wir sollten Energie nicht als selbstverständlich ansehen. Wohlhabende Länder mögen in der Lage sein, teuren Strom und Brennstoffe zu ertragen, aber nicht diejenigen, die es sich am wenigsten leisten können, in "Energiearmut" zu leben.

Die Ausbeutung der Ärmsten

Vor Jahrzehnten waren es die Sweatshops in der Textilindustrie, die das Interesse aller an der Menschheit weckten, aber heute ist es die "grüne" Bewegung, die von ärmeren Entwicklungsländern dominiert wird, die nach den exotischen Mineralien und Metallen schürfen, die die reichen Länder unterstützen, die um jeden Preis grün werden wollen.

Heute wissen die reichen Länder, daß es in den Entwicklungsländern so gut wie keine Umwelt- und Arbeitsgesetze gibt, was diesen Ländern unbegrenzte Möglichkeiten gibt, Menschen mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe auszubeuten und die Umwelt in ihren Landschaften zu verschandeln.

In einem aktuellen Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) heißt es: "Ein typisches Elektroauto benötigt sechsmal so viele Mineralien wie ein herkömmliches Auto, und ein Onshore-Windkraftwerk benötigt neunmal mehr Mineralien als ein Gaskraftwerk."

Lithium-Dreieck und Kongo-Kobalt

Lithium: Mehr als die Hälfte der weltweiten Lithiumreserven befindet sich in drei südamerikanischen Ländern, die an die Anden grenzen: Chile, Argentinien und Bolivien. Diese Länder werden zusammen als "Lithium-Dreieck" bezeichnet.

Kobalt: In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) werden 70 Prozent des weltweiten Kobalts gefördert. Während es an Umweltproblemen beim Kobaltabbau nicht mangelt, liegt das Hauptproblem hier bei den Menschenrechten: gefährliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit. Kobalt ist ein giftiges Metall. Eine längere Exposition und das Einatmen von Kobaltstaub kann zu Gesundheitsproblemen an Augen, Haut und Lunge führen.

Nickel: Ein Hauptbestandteil von Elektroauto-Batterien, der in den Regenwäldern Indonesiens und der Philippinen direkt unter der Erdkruste vorkommt. Daher wird das Nickel im horizontalen Tagebau gewonnen, was zu einer umfassenden Umweltzerstörung führt: Abholzung der Wälder und Abtragung der obersten Bodenschicht.

Kupfer: Chile ist der führende Kupferproduzent der Welt. Der Großteil des chilenischen Kupfers wird im Tagebau abgebaut. Diese Art des Abbaus wirkt sich negativ auf die Vegetation, den Mutterboden, die Lebensräume der Tierwelt und das Grundwasser aus. Die nächsten drei großen Kupferproduzenten sind Peru, China und wiederum die berüchtigte Demokratische Republik Kongo.

Blut-Mineralien statt Blut-Diamanten

Ohne moralische oder ethische Bedenken gegenüber den entbehrlichen Arbeitskräften fördern die wohlhabenden Länder weiterhin Subventionen für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und den Bau von Wind- und Solaranlagen. Diese Subventionen bieten den Entwicklungsländern, die diese "grünen" Materialien abbauen, finanzielle Anreize, um die Ausbeutung der armen Bevölkerung und die Umweltzerstörung in ihren Landschaften fortzusetzen. Kann man diese Subventionen den Ausgebeuteten gegenüber als ethisch, moralisch und sozial verantwortlich einstufen?

Viele von uns hatten die Gelegenheit, den Film "Blood Diamonds" von 2006 mit Leonardo DiCaprio in der Hauptrolle zu sehen, der viele der ähnlichen Grausamkeiten schildert, die jetzt auf der Suche nach den "Blutmineralien" geschehen, d.h. nach jenen exotischen Mineralien und Metallen, die die "grüne" Bewegung in den reichen Ländern unterstützen, die weiterhin die Umweltzerstörung in den Landschaften der Entwicklungsländer fördern und den Bürgern mit gelb-, braun- und schwarzhäutigen Arbeitern, die für die grüne Bewegung der wenigen reichen Nationen ausgebeutet werden, Grausamkeiten auferlegen.

Vor ein paar Jahren, im Jahr 2021, war ich Mitautor des für den Pulitzer-Preis nominierten Buches Clean Energy Exploitations - Helping Citizens Understand the Environmental and Humanity Abuses That Support Clean Energy.

Kinderarbeit und Naturzerstörung

Das Buch leistet hervorragende Arbeit bei der Erörterung der mangelnden Transparenz der Auswirkungen der grünen Bewegung auf die Ausbeutung der Menschheit in den Entwicklungsländern, in denen die exotischen Mineralien und Metalle abgebaut werden, die zur Herstellung der für die Speicherung "grüner Energie" benötigten Batterien unabdingbar sind. In diesen Entwicklungsländern wird in diesen Bergbaubetrieben Kinderarbeit ausgebeutet, und sie sind verantwortlich für die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen an gefährdeten Bevölkerungs-Minderheiten. Außerdem zerstören diese Betriebe durch die Umweltzerstörung direkt den Planeten.

Jeder Einzelne sollte seine Energiekompetenz verbessern und wissen, wo und wie Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer usw. abgebaut werden und welche Greuelthaten an der Menschheit und Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe begangen werden. Mit diesem Wissen über die Lieferkette dieser "Blutmineralien", die benö-

tigt werden, um die Mandate und Subventionen der reichen Länder für Ökostrom zu unterstützen, können sie dann ihre eigene Entscheidung treffen, ob sie diese Ausbeutungsgreuel finanziell unterstützen wollen oder nicht.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. März 2023: >>Tulsi Gabbard: Amerikas neue Querfront-Queen

Von *Daniell Pföhringer*

Die politischen Lagergrenzen lösen sich auch in den USA zunehmend auf: Beim großen Treffen der rechtskonservativen CPAC am vergangenen Wochenende trat neben Donald Trump auch eine frühere Präsidentschaftskandidatin der Demokraten auf. Die rechnete dabei scharf mit ihrer früheren Partei ab. Gabbards Kritik an der US-Linken ist mit der Sahara Wagenknechts in Deutschland vergleichbar. Aufschluß gibt ihr Buch "Die Selbstgerechten" - ein Gegenentwurf zum Woke-Wahn.

Es war bereits ihr zweiter Auftritt beim des Conservative Political Action Conference (CPAC), dem "Woodstock für Konservative", wie das große Jahrestreffen der rechten Republikaner und ihrer Unterstützer auch augenzwinkernd genannt wird. Und erneut brachte Tulsi Gabbard, Ex-Kongreßabgeordnete für den Bundesstaat Hawaii und eine der demokratischen Bewerberinnen zur US-Präsidentschaftswahl 2022, eine Botschaft für ihre frühere Partei mit. In ihrer CPAC-Rede am vergangenen Wochenende warf Gabbard den Demokraten einmal mehr vor, die sogenannte Identitätspolitik als Waffe einzusetzen, um das Land zu spalten. Ihre einstige Partei fördere "anti-weißen Rassismus", so die 41-Jährige unter tosendem Applaus der rund 2.000 Konferenzgäste.

Gabbard wörtlich: "Das Weiße Haus listet stolz all diese Statistiken über die Vielfalt in der Biden-Administration auf. Man spricht über Geschlecht, Rasse und Sexualität, aber nicht über Fähigkeiten und Errungenschaften."

Und sie fuhr fort: "Sie verraten den Traum von Dr. Martin Luther King. Sie beurteilen uns nur nach unserer Hautfarbe und nicht nach unserem Charakter. Sie werden zu den Rassisten, die sie zu hassen vorgeben."

Die frühere Demokraten-Politikerin kritisierte ihre Ex-Partei auch bei anderen Themen wie Bildungspolitik und Abtreibung. Abschließend erklärte sie: "Egal, wie unterschiedlich unsere Ansichten in manchen Fragen auch sein mögen - als Menschen, die Frieden, Sicherheit und Freiheit schätzen, haben wir keine Zeit zu verlieren. Unser Land ruft nach uns!"

Gegen Woke-Wahn und Kriegstreiberei

Tulsi Gabbard ist das amerikanische Pendant zu Sahara Wagenknecht: Gender-Irrsinn, Woke-Wahn und Kriegstreiberei haben sie von der US-Linken entfremdet. Dabei bewarb sich die damalige Kongreßabgeordnete bei den Vorwahlen 2020 sogar noch um eine Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten.

Die attraktive und sportliche Hawaiianerin ist in mehrfacher Hinsicht eine außergewöhnliche Erscheinung: Ihre Mutter ist deutscher Herkunft, ihr Vater hat samoanische sowie europäische Wurzeln, sie selbst ist praktizierende Hindu und hat ihren Amtseid nicht auf die Bibel, sondern die Bhagavadgita abgelegt. Die passionierte Surferin war als Soldatin im Irak und in Kuwait im Einsatz (ihr Dienstgrad: Major), später absolvierte sie an einer Privatuniversität in Honolulu ein betriebswirtschaftliches Studium.

Außenpolitisch vertritt Gabbard - die als einzige demokratische Abgeordnete 2021 nicht für die Amtsenthebung Trumps stimmte - einen strikten Antiinterventionismus, plädiert für den Abzug aller US-Truppen aus dem Ausland. Innenpolitisch vereint sie soziale und konservative Standpunkte - ist also selbst schon eine personifizierte Querfront.

Ihren Austritt bei den Demokraten begründete Gabbard im Oktober 2022 so: "Ich kann nicht länger in der heutigen Demokratischen Partei bleiben, die unter der vollständigen Kontrolle

einer elitären Kabale von Kriegstreibern steht, die von feiger Wokeness getrieben sind, die uns spalten, indem sie jedes Thema durch die Brille des Rassismus betrachten und antiweißen Rassismus schüren."

Einen Tag später legte sie bei Youtube nach: "Die Demokratische Partei, der ich beigetreten bin - die Partei von JFK und Martin Luther King, die für Meinungsfreiheit und bürgerliche Freiheiten gekämpft hat - diese Partei gibt es nicht mehr."

Und weiter: "Die Demokraten von heute glauben an offene Grenzen und setzen den nationalen Sicherheitsstaat als Waffe ein, um gegen politische Gegner vorzugehen. Vor allem aber treiben uns die Demokraten von heute immer näher an einen Atomkrieg heran."

Politische Beobachter gehen inzwischen davon aus, daß Gabbard eine wichtige Rolle in Trumps Administration spielen könnte, sollte dieser 2024 als Sieger aus den US-Präsidentenwahlen hervorgehen. Damit würden die USA dann erstmals in ihrer Geschichte eine waschechte Querfront-Regierung haben - ein durchaus reizvoller Gedanke.<<

08.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. März 2023:

>>Kirche: Der wahre "Booster" für den Mißbrauchsskandal

Von *Phil Mehrens*

Nach der Veröffentlichung neuer Untersuchungsergebnisse aus dem Bistum Mainz: Die Debatte um sexuellen Mißbrauch in der katholischen Kirche findet kein Ende. Doch der Hauptgrund für den Sittenverfall in den Pfarrhäusern wird weiterhin konsequent verschwiegen. In COMPACT-Spezial Geheimakte Kinderschänder: Die Netzwerke des Bösen dokumentieren wir die unfäßbarsten Fälle von staatlichem, kirchlichem und kriminell motiviertem Kindesmißbrauch.

Am vergangenen Freitag rückte der Mißbrauchsskandal innerhalb der katholischen Kirche erneut in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der mit einer Studie befaßte Rechtsanwalt Ulrich Weber machte neue Untersuchungsergebnisse öffentlich, die belegen, daß auch im Bistum Mainz, wie bereits für andere Bistümer ermittelt, Fälle von sexueller Gewalt nicht konsequent verfolgt und teilweise unter den Teppich gekehrt wurden.

"Ein System hat versagt"

"Erschreckend" nannte Bischof Peter Kohlgraf die Erkenntnisse, bezeichnete die zuvor oft verharmlosten Fälle von Mißbrauch als Verbrechen. "Ein ganzes System hat versagt", so Kohlgraf, der auch andeutete, daß die Studienergebnisse die Amtszeit der Bischöfe Albert Stohr, Hermann Kardinal Volk und Karl Kardinal Lehmann (langjähriger Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) nicht im günstigsten Licht erscheinen läßt.

Die erneute Debatte ruft die vor einem Jahr in Erinnerung, bei der der im Dezember verstorbene Papst Benedikt XVI. seine letzte Schlacht zu schlagen hatte: Ihm wurde als ehemals zuständigem Erzbischof von München und Freising vorgeworfen, einen Mißbrauchstäter nicht aus dem Verkehr gezogen und in Bezug auf seine Teilnahme an einer Sitzung, bei der in dem Fall entschieden wurde, eine unzutreffende Aussage gemacht zu haben.

Die unangemessen aggressiven Vorhaltungen seiner Kritiker ließen freilich schon damals den Verdacht keimen, daß hier alte Rechnungen beglichen werden sollten. Benedikt XVI. hatte sich 2019 in seiner letzten größeren Schrift nämlich intensiv mit der Mißbrauchskrise befaßt. Und seine Ursachenforschung hatte es in sich: Die Übergriffe von Geistlichen und kirchlichen Mitarbeitern auf Schutzbefohlene brachte er in Verbindung mit der sittlichen Verwahrlosung in der Ära von Studentenprotest und sexueller Revolution und forderte als Gegenmittel ein "Zurück zu Gott!".

Homosexuelle Clubs in Priesterseminaren

Konkret hatte Ratzinger von "homosexuellen Clubs" in Priesterseminaren und als Fallbeispiel von einem Bischof berichtet, der Seminaristen Pornofilme vorführen ließ. Mit anderen Wor-

ten: Die - auch den Bereich der Pädophilie einschließende - Enttabuisierung jener Zeit hatte auch die Kirchen voll erwischt. Fürwahr eine unappetitliche Thematik, die anzusprechen indes für die linke Orthodoxie ein größeres Sakrileg ist, als wenn ein Kardinal auf einer Sau durch das Portal des Petersdoms geritten gekommen wäre.

Der Papst a.D. hatte einen Frontalangriff auf die heilige Kuh gewagt, die in der deutschen Christenheit das Kreuz Christi längst in den Schatten stellt. Wütende Angriffe seitens liberaler Katholiken waren die Folge. Benedikts Argumentation konterkarierte das von interessierten Kreisen etablierte Narrativ von den "Männerbünden" und problematischen Machtstrukturen als Hauptgrund für den Skandal.

Die mag es gegeben haben. Nur ein spezifisch katholisches Problem sind sie nicht, wie nicht nur die parallelen Fälle in der evangelischen Kirche und in nicht-klerikalen Jugendbildungsstätten zeigen. Selbst die mit Atheisten durchsetzte Linkspartei ist laut einer Lagebewertung des Chefs ihrer Jungkaderschmiede, Jakob Hammes, betroffen - auch Linke können Mißbrauchsskandal.

Verhängnisvolle 68er-Revolte

Tatsächlich ist der von Benedikt XVI. zur Diskussion gestellte Zusammenhang längst bestätigt, und zwar durch die von der katholischen Kirche zur Aufarbeitung der Vorwürfe in Auftrag gegebene Studie Sexueller Mißbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz von 2018, die hierzulande ein breites mediales Echo fand.

1.670 Täter und 3.677 Opfer wurden aufgrund der in den Diözesen liegenden Akten der Jahre 1946 bis 2014 ermittelt. Allerdings hat sich von den vielen deutschen Qualitätsmedien offenbar keines die Mühe gemacht, sich die 356 Seiten mal etwas genauer anzusehen, um zu prüfen, ob an Ratzingers Thesen vielleicht doch was dran sein könnte.

Der eigentliche Sprengstoff der Studie liegt nämlich nicht in der hohen Zahl der dokumentierten Fälle, sondern erstens darin (wie an dieser Stelle bereits berichtet), daß rund zwei Drittel der Vorfälle gleichgeschlechtlicher Art waren, und zweitens darin, daß die sexuelle Revolution wie ein Brandbeschleuniger, neudeutsch: ein "Booster", für die sittenwidrigen Übergriffe wirkte. Nie gab es mehr Erstdelinquenten als in den Jahren zwischen 1965 und 1970.

Mehr als jeder zehnte derjenigen Täter, von denen sich das Datum des ersten Vergehens ermitteln ließ, beging dieses in den fünf Jahren zwischen 1965 und 1970, die als Hoch-Zeit der "sexuellen Befreiung" gelten. Im Vergleich zum Zeitraum 1946 bis 1950 hat sich die Zahl der Delinquenten verdoppelt. Rund 42 Prozent aller zeitlich zuzuordnenden Ersttaten entfallen in dem Gesamtuntersuchungszeitraum von über siebzig Jahren (Akten von 1946 betreffen auch Mißbrauchsfälle aus der Zeit vor 1946) auf die zwanzig Jahre von 1955 bis 1975 (siehe Tabelle).

LGBT-Wahn und Mißbrauch

Der Anstieg fällt auffällig zusammen mit der Veröffentlichung des Kinsey-Reports im Jahr 1955, der allgemein als Startschuß der Entwicklung zu einem offeneren Umgang mit der menschlichen Sexualität gilt. Das Absinken der Zahlen nach 1975 will die Studie wegen einer angenommenen hohen Dunkelziffer nicht als grundsätzliche Entwarnung verstanden wissen.

Viele Opfer sind aus Scham erst mit größerer Distanz zu dem Erlittenen bereit, ihre Opferrolle öffentlich zu machen. Es kommen also desto mehr Mißbrauchsfälle ans Licht, je länger sie zurückliegen. Auch wenn der Höhepunkt der Libertinage (Kinderläden, Oswald-Kolle-Filme) Anfang der Siebziger überschritten war, blieb Mißbrauch eine konstante Größe.

In drei Teilprojekten wurde ein deutliches Übergewicht gleichgeschlechtlicher Mißbrauchsdelikte ermittelt: 62,8 Prozent bei der Auswertung der Daten aus den Diözesen, 80,2 Prozent bei der Analyse von Straftakten der Staatsanwaltschaften. Die Teilstudie, die auf Interviews mit Beschuldigten und Betroffenen basiert, hatte zum Ergebnis, daß 80 Prozent der Täter eine

LGBT-Orientierung aufwiesen.

Heilige Kuh bleibt unangetastet

Der Anteil homosexuell empfindender Menschen unter den Delinquenten ist signifikant höher als in "anderen institutionellen Kontexten", bilanzieren die Autoren. Als Erklärung bieten sie an: Junge, "unreife" Homosexuelle hätte "die Aussicht auf ein enges Zusammenleben ausschließlich mit Männern" während der Priesterausbildung angelockt.

Bemerkenswert ist die kollektive Entschlossenheit deutscher Qualitätsmedien, die das Thema des sexuellen Mißbrauchs mit maximaler Aufklärungsbereitschaft aufgegriffen und sich hernach in die Thematik monatelang förmlich verbissen haben.

Die statistischen Belege für einen Zusammenhang zwischen Mißbrauchsfällen und gesamtgesellschaftlicher sexueller Enthemmung wurden hernach großkurvig umfahren, um ja diese heilige Kuh nicht umzunieten, während sie die Schlußfolgerungen des linksfeministisch und geschlechtsrevisionistisch orientierten "synodalen Wegs" hinsichtlich hierarchischer Verkrustungen, patriarchaler Strukturen und rückständiger Rollenverteilungen mit schulterklopfendem Wohlwollen begleiteten. Um nicht zu sagen: sich mit ihnen als einer guten Sache gemein machten. ...<<

10.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. März 2023:

>>Regierung und Geheimdienst schmieren GEZ-Journaille

Von *Sven Eggers*

Die Nähe zwischen Staatsmedien und Regierung kommt immer dreister daher. Jetzt wurde bekannt: Ministerien zahlen Mainstream-Journalisten rund 1,5 Millionen Euro. COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" deckt die Rolle geschmierter Schreiberlinge auf.

Nun hat es die Bundesregierung selbst bestätigt: Mainstream-Journalisten erhalten reichlich Kohle, um Gefälligkeitsjournalismus für Kanzler Scholz und seine Truppe umzusetzen. Statt also die Regierung kritisch zu hinterfragen, werden Journalisten von Polit-Versagern mit Geld ruhiggestellt. Kein Wunder also, daß wir seit Jahren in Funk und Fernsehen ausschließlich regierungshörige Hofberichterstattung erleben.

Wirbel um AfD-Anfrage

Es ist eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion, die derzeit mächtig Staub aufwirbelt. Die Bundesregierung bestätigt in der Antwort 200 Fälle seit 2018, in denen Journalisten für insgesamt 14 Ministerien gearbeitet und dafür fette Honorare abgegriffen haben. Etwa 1,5 Millionen unserer Steuergelder sind dafür draufgegangen.

Diese unverschämte Vorgehensweise ist nicht nur skandalös, sondern greift direkt die demokratische Ausrichtung unserer Gesellschaft an. ...

"Ausgewogen, objektiv, überparteilich. So sollten öffentlich-rechtliche Medien berichten. Das ist im Rundfunkstaatsvertrag ausdrücklich geregelt. Und tatsächlich ist eine unabhängige Presse Markenkern einer funktionierenden Demokratie. Wann aber waren wir jemals weiter von diesem Idealbild entfernt?"

Zu den Journalisten, die sich mit großem Eifer zu Werbefiguren der Regierung degradieren lassen, zählen auch Promis von ARD und ZDF. Noch als Tagesschau-Sprecherin erhielt Linda Zervakis 12.000 Euro dafür, Ministerien und Kanzleramt gefällig zuzuarbeiten und beispielsweise den Bundeskanzler im Juni 2022 bei einem Auftritt auf einer Messe in Berlin zu interviewen. Gefügig lieferte sie Scholz ein paar inhaltsleere Stichworte.

Hochgedient durch Flachheit

12.000 Euro! Es handelt sich hier um unsere Steuergelder, sollte man sich vor Augen halten. Scholz soll sich die Zervakis auch noch persönlich gewünscht haben. Da werden sich andere Moderatorinnen nun künftig gewiß mächtig ins Zeug legen, um auch bald zu den Ausgewählten zu zählen. Zervakis hatte sich hochgedient durch ihre peinlich-flachen Fragen an Scholz,

Baerbock und Laschet im Rahmen des "Triells" zur Bundestagswahl 2021.

Dem Berliner Tagesspiegel paßt die ganze Diskussion ganz und gar nicht in den eigenen anti-deutschen Kram. Das Blatt heult: "Die AfD tut viel dafür, Medien als 'Systempresse', der öffentlich-rechtlichen Rundfunk als 'Staatsfunk' und den Rundfunkbeitrag als 'Zwangsabgabe' zu verleumden. Das dürfte auch die Absicht gewesen sein, mit der diese Anfrage gestellt wurde." Zur Nachhilfe für Tagesspiegel & Co.: Gute Journalisten sollten grundsätzlich kritisch daherkommen. Ihre Aufgaben bestehen darin, aufzudecken, zu recherchieren und zu kontrollieren. Politiker müßten gute Journalisten fürchten und sich schon deswegen besonders bemühen, bloß keine Angriffsfläche zu bieten. So entstünde eine Kontrollfunktion, von der die Gesellschaft insgesamt profitierte.

"Genug GEZahlt" hält demgegenüber fest: "Heute bilden herrschende Volksvertreter und etablierte Medienschaffende eine Mischpoke. Sie versorgen sich gegenseitig mit Informationen, sie starten gemeinsame Kampagnen, sie finanzieren sich, sie schieben sich Posten und Einfluß zu."

Auch BND-Zahlungen an Journalisten

Das hat System. Seit Jahren laden Kanzleramt und Ministerium Journalisten regelmäßig zu "Hintergrundgesprächen" ein. Hier, im trauten Kreis, streuen Politiker exklusive Infos und verschaffen den geladenen Reportern somit Wissensvorsprünge. Diese Zirkel schweißen natürlich zusammen und sorgen für Nähe und Kumpanei. Ein entsprechend gebauchpinselter Redakteur wird sich hüten, kritisch über die hohe Politik zu berichten. Man will ja schließlich wieder eingeladen werden. So entsteht ein Teufelskreis verhängnisvoller Abhängigkeiten. Journalisten mutieren zu Pressesprechern der Politiker.

Daß die Bundesregierung nun direkte Zahlungen an GEZ-Journalisten zugibt, bestätigt ein offenes Geheimnis. Sehr erleuchtend ist, was der Deutsche Bundestag bei der Präsentation der Regierungsantwort an die AfD-Fraktion hinzufügt:

"Nicht enthalten in der Aufstellung sind nach Angaben der Bundesregierung aus Gründen des Staatswohls Honorare, die der Bundesnachrichtendienst (BND) an Journalisten gezahlt hat, weil die Kooperationen des BND 'besonders schützenswert' seien."

Es gab also auch Geheimdienstzahlungen an Medienvertreter! Die Mainstream-Presse am Gängelband des BND? ...

Der Ausfall und vor allem die Geheimdienst-Infiltration öffentlich-rechtlicher Medien gefährdet die Demokratie. ...<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. März 2023: >>Orban: "Standen noch nie so kurz vor Weltkrieg"

Von *Sven Reuth*

In Deutschland hämmern Politik und Medien den Bürgern immer wieder ein, daß man überhaupt keine Angst vor einem Welt- oder Atomkrieg haben müsse. Der ungarische Premier Orban sieht dies offenbar anders. ...

Viktor Orban ist mit seiner nach wie vor Rußlandfreundlichen Haltung in der EU weitgehend isoliert und muß im Kreis seiner Kollegen für seine maßvolle Haltung oft heftige Kritik einstecken. Nun machte der ungarische Ministerpräsident mit kaum zu überbietender Klarheit deutlich, welche Sorgen ihn umtreiben.

Westen brennt "im Kriegsfeuer"

In einem Interview mit einem staatlichen Radiosender äußerte er: "Die internationale öffentliche Meinung ist stark gespalten. Der Westen steht auf der einen Seite, der Rest auf der anderen: die Türkei, die arabischen Staaten, China und die afrikanischen Staaten, sie alle fordern Friedensgespräche. Wir waren noch nie so nah dran, daß ein lokaler Krieg zu einem Weltkrieg eskaliert."

In Europa wären derzeit nur Ungarn und der Vatikan um eine Friedenslösung bemüht. Füh-

rende Kräfte der westlichen Welt hingegen würden "im Kriegsfeuer" brennen und immer zahlreichere und immer gefährlichere Waffen in die Ukraine entsenden. Orban nannte hier ausdrücklich die derzeit in Gang befindliche Debatte über die Lieferung von Kampfflugzeugen. Selbst eine Initiative zur Entsendung von NATO-Soldaten in die Ukraine hält Orban nicht mehr für undenkbar.

Der ungarische Premier sieht die USA wegen des Kriegs in der Ukraine derzeit so stark in der europäischen Politik engagiert wie selten zuvor. Den US-Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr käme deshalb auch mit Blick auf eine mögliche Beendigung des Krieges eine überragende Bedeutung zu.

"Pädo-Propaganda verbannen"

Weiter betonte Orban, daß Ungarn im Streit mit der EU in Fragen des Kinderschutzes keine Abstriche machen werde. Eine Frühsexualisierung von Kindern lehne seine Regierung nach wie vor ab.

Dazu erklärte Orban: "Wir haben diese Art von Schulungen erfolgreich aus den Schulen verbannt, und jetzt will Brüssel sie wieder einführen. Eltern haben das Recht, von der Regierung zu erwarten, daß sie ihre Kinder schützt, und wir werden Brüssel ganz sicher nicht nachgeben."

Sollte sich Brüssel in diesem Streit durchsetzen, so Orban, sei mit einer Zunahme der Pädophilie-Fälle zu rechnen. "Gender-Propaganda" in den Schulen werde man aber nicht dulden.

....<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/25367](https://www.klagemauer.tv/25367)" berichtet am 10. März 2023 (x1.253/...): >>**Snuff Factory - Ort des Grauens (Interview mit Dr. Marcel Polte)**

In sogenannten Snuff Factories, einem nicht auszudenkenden Ort des Grauens, werden mit Mind Control-Programmen u.a. bereits Kleinstkinder für bestimmte Zwecke des satanischen Kultes konditioniert. Niemand sieht es - kaum jemand glaubt es, und doch gibt es unvorstellbar viele Opfer, die beinahe unauffällig einen "normalen" Alltag bewältigen, und die Umwelt realisiert nicht, daß mit diesen Kindern merkwürdige Dinge vor sich gehen.

Uncle Sam's Snuff Factory, eine unterirdische Anlage, in der eben diese sogenannten Snuff-Filme produziert werden, aber auch MK-Ultra bzw. das Nachfolgeprojekt Project Monarch durchgeführt wird. Das heißt, es geht da um Persönlichkeitsspaltung und Konditionierung von Persönlichkeitsanteilen bei Kindern und Jugendlichen.

Und darüber berichtet Katy Groves. Ja, sie beschreibt sehr deutlich, daß es einen Kinderhandelsring gibt, von der CIA betrieben, wo im großen Stil in dieser Anlage, aber auch an vielen anderen Orten der Welt, solche Vorgänge wie Snuff-Film-Produktionen, aber halt auch MK-Ultra bzw. Konditionierungen stattfinden.

Kla.TV-Moderatorin: Herzlich willkommen, liebe Zuschauer, zu unserem heutigen Interview. Bei uns ist heute zu Gast Dr. Marcel Polte. Hallo Marcel! Sehr schön, daß es geklappt hat, daß du dir Zeit nehmen konntest und heute bei uns bist. Du warst vor gut zwei Jahren schon mal bei uns bei Kla.TV, und heute machen wir Fortsetzung mit dem neuen Buch von dir. Du bist Jurist vom Beruf her, aber das ist eigentlich nicht der Weg, wie du zu dem Thema Mind Control kamst, sondern eher über deine außerberufliche Tätigkeit als Hypnosetherapeut, die du ein paar Jahre ausgeübt hast. Wie kam es, daß du auf dieses Thema überhaupt aufmerksam geworden bist und dich so damit beschäftigt hast?

Marcel Polte: Ja, erst mal vielen Dank, Steffi und an Kla.TV, daß ihr euch diesem schwierigen Thema nochmal stellt und du dich auch wieder eingearbeitet hast. Bei mir war es in der Tat so, daß ich beruflich mit dem Thema nichts zu tun hatte. Ich habe 15 Jahre in großen Kanzleien gearbeitet, allerdings im Bereich Wirtschaftsrecht und Aktienrecht, hatte also nichts mit Strafrecht zu tun.

Ich bin dann eher zufällig auf das Thema im Rahmen meiner therapeutischen Arbeit gestoßen

und war dann auch erst mal überrascht, daß es so was geben kann wie rituelle Gewalt, wie Mind Control, Persönlichkeitsspaltung, Konditionierung - das sind ja so Stichworte, die eine Rolle spielen, dissoziative Identitätsstörung (Aufspaltung der Persönlichkeit in verschiedene Anteile).

Ich hatte angefangen zu recherchieren und sehr schnell feststellen müssen, daß da tatsächlich sehr viel dran ist, daß es sehr viele seriöse Quellen gibt, die das Ganze belegen. Vor allem die Fachliteratur von Therapeuten, und zwar weltweit, wo man sehr schön sehen kann: Deutsche Therapeuten beschreiben im Detail dasselbe, was bspw. amerikanische - oder aus anderen Ländern - Therapeuten auch schon seit Jahrzehnten beschreiben.

Daß es mittlerweile Datenerhebungsstudien gibt usw. Die Quellen hatte ich ja im ersten Buch sehr ausführlich dargestellt, weil mir wichtig war, diese Faktenbasis, diese Quellenlage auch sehr deutlich zu machen, daß wir es hier eben nicht mit einer Verschwörungstheorie zu tun haben.

Kla.TV-Moderatorin: Du hast drei Bücher geschrieben. Heute unterhalten wir uns über dein neuestes Buch: "Uncle Sam's: Ein Insiderbericht aus der Mind Control-Hölle". Wie kamst du denn auf diesen Titel?

Marcel Polte: Ja, also Uncle Sam's ist die Kurzform einer, muß man sagen, ironischen Bezeichnung der Täter für einen Ort unvorstellbaren Grauens, nämlich Uncle Sam's (bekannte Werbefigur für US-Army, gilt als wichtiges Nationalsymbol der USA) Snuff Factory, eine unterirdische Anlage, in der eben diese sogenannten Snuff-Filme (filmische Aufzeichnung von Morden, häufig in Verbindung mit Mißbrauch, zur Unterhaltung oder sexuellen Erregung) produziert werden, aber auch MK-Ultra (Forschungsprogramm der CIA über Bewußtseinskontrolle) bzw. das Nachfolgeprojekt Project Monarch durchgeführt wird.

Das heißt, es geht da um Persönlichkeitsspaltung und Konditionierung von Persönlichkeitsanteilen bei Kindern und Jugendlichen. Und darüber berichtet Katy Groves, die im Moment etwa 27 Jahre alt ist, die für zwei Jahre über YouTube in vielen, vielen Videos darüber berichtet hat, was in ihrem Leben passiert ist. Nämlich, daß sie aufgewachsen ist in einer Familie, die sowohl Verbindungen zur okkulten Elite hatte als auch zur CIA.

Beide Eltern, sagt sie, sind ebenfalls in dieses MK-Ultra-Projekt schon hineingeboren oder zumindest in sehr frühen Jahren dem Projekt zugeführt worden. Und es gab eben halt auch Verbindungen großmutterlicherseits. Auch die spielte als Täterin nach ihrem Bericht eine Rolle in solch satanisch okkulten Strukturen.

Und bei ihr war es so, daß sie sehr spät, wie es häufig ist - bzw. in ihrem Fall noch relativ früh im Vergleich zu anderen Überlebenden - sich erinnert hat an ihre Erfahrungen, unter anderem dann in dieser Uncle Sam's Snuff Factory, die etwa eine ¾ Stunde von Austin, Texas, entfernt ist, wo sie mit ihrer Familie gelebt hat. Darüber berichtete sie sehr detailliert in ihren Videos, die es leider mittlerweile in dieser Form nicht mehr gibt, weil die Täter offenbar Maßnahmen ergriffen haben, um sie nicht mehr frei sprechen zu lassen.

Kla.TV-Moderatorin: Also du hast das Wort "Factory" mit drin, das erinnert mich halt an Massenproduktion, oder sagen wir mal eine große Produktion. Andererseits ist es im Bericht von Katy Groves, also einer Überlebenden. Haben wir es hier wirklich mit Masse zu tun oder ist das nur die Assoziation?

Marcel Polte: Ja, sie beschreibt sehr deutlich, daß es einen Kinderhandelsring gibt, von der CIA betrieben, wo im großen Stil in dieser Anlage, aber auch an vielen anderen Orten der Welt, solche Vorgänge wie Snuff-Film-Produktionen, aber halt auch MK-Ultra bzw. Konditionierungen stattfinden. Sie spricht davon, daß sie in ihrer Zeit, also bis etwa 17 Jahre, wo sie aktiv dort genutzt wurde für das Programm, Tausende Kinder hat sterben sehen, auch selber tausendfach Vergewaltigung, Mißbrauch und Folter über sich ergehen lassen mußte.

Und viele ihrer Aussagen werden eben durch andere Quellen belegt, gerade, wenn es um klei-

ne Details geht, die sie beschreibt, die auch so öffentlich eigentlich nicht bekannt sind. Da bin ich in anderen Quellen, die völlig unabhängig von ihr sind, darauf gestoßen, daß das eben von anderen auch berichtet wird. Man muß dazu sagen, es ist immer schwer vorstellbar, daß so viele Kinder oder Opfer dort verwickelt sind.

Wenn man sich Datenerhebungen anschaut, wie weit das ganze reicht, wie viele Überlebende es allein gibt, und dazu muß man die Dunkelziffer natürlich noch dazurechnen, dann haben wir es hier schon mit großen Zahlen von Opfern zu tun. Also ein Beispiel ist der Arbeitskreis "Ritueller Gewalt". Der hatte 2005 und 2007 in einem kleinen Gebiet in Deutschland mal so eine Umfrage bei Vertragstherapeuten durchgeführt.

Da kamen allein schon 102 Fälle von ritueller Gewalt zum Vorschein, die als glaubwürdig eingestuft wurden, mit 42 berichteten Tötungsdelikten. Wobei man sagen muß, da konnte man so Kreuzchen setzen, hat mein Patient darüber berichtet oder nicht.

Da können auch in vielen Fällen Mehrfachtötungen beinhaltet sein, weil typischerweise jemand, der in diesen Verhältnissen aufgewachsen ist, leider, muß man sagen, nicht nur an einer Opferung oder einem Tötungsdelikt entweder direkt beteiligt war oder das mit ansehen mußte. Also insofern sind das in der Tat erschreckend hohe Zahlen an Opfern, mit denen wir es hier zu tun haben.

Kla.TV-Moderatorin: Also so, wie das im Buch rüberkommt, ist Katy Groves ja sehr intelligent. Sie kommt auch nicht aus sozial schlechten Verhältnissen, sondern es sind eigentlich sehr gebildete Eltern - schwer vorstellbar. Man hat ja so ein Schubladendenken, man denkt: Na ja, gut, das sind vielleicht ein paar Minderbemittelte, die sich auf Gewaltexzesse einlassen. Aber hier haben wir es mit hochgebildeten Menschen zu tun.

Du hast uns auch einmal in einem Interview erklärt, daß der Kult, wie es ja immer genannt wird, auch solche Menschen braucht, um sie auf Schlüsselpositionen oder hohe Machtpositionen zu setzen, immer noch, wo man viele Fragezeichen hat. Wie muß man sich das denn vorstellen, wie funktioniert das denn?

Marcel Polte: Ja, auch gerade das mit den Schlüsselpositionen oder Tätern aus allen gesellschaftlichen Schichten - wo aber gerade in Täterkreisen Richter, Staatsanwälte, Polizei, Lehrer, Unternehmer dazugehören - ist natürlich für viele schwer vorstellbar. Das wird dann als Verschwörungstheorie abgeschrieben. Aber da müßte auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu den Verschwörungsmedien gehören. Dort gab es tatsächlich im August 2020 einen Artikel: "Das Ergebnis war immer Verlassenheit" von Heike Schmoll, wo auf die Arbeit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von sexuellem Kindesmißbrauch eingegangen wurde, die auf Grundlage eines Bundestagsbeschlusses eingesetzt wurde.

Da wurde auch ein Forschungsprojekt und eine Studie zum Thema rituelle Gewalt durchgeführt und Aussagen von Betroffenen ausgewertet. Die wurden dort zum Teil rezitiert in diesem FAZ-Artikel, wo interessanterweise auch genau diese Täterkreise angesprochen wurden, mehrfach. Und ähnlich war es auch bei ihr. In einem Video von Katy Groves berichtet ein anderer Anteil sogar an einer Stelle die Namen der Eltern, so daß sich nachprüfen ließ, das tatsächlich die Eltern, wie sie schon Monate oder sogar über ein Jahr vorher behauptet hatte, diese Berufe haben.

Der Vater ist promovierter Psychologe, die Mutter anerkannte Klavierlehrerin. Und sie beschreibt es auch sehr schön in ihren Videos, daß nach außen hin ein unscheinbares, heiles Familienleben zelebriert wurde und niemand vermuten konnte, was hinter den Wänden dieses schönen Familienhauses sich alles abspielt. Und die Frage ist natürlich auch: Wie kann so was unbemerkt bleiben? Dazu muß man sagen, es geht nicht nur darum, daß die Spuren des Mißbrauchs nicht erkannt werden, beispielsweise in der Schule, sondern daß es bei ihr auch so war, daß sie quasi täglich in diese Untergrundanlage gebracht wurde.

Das heißt, die ganze Nacht über hatte sie am Ende maximal zwei Stunden Schlaf. Wie geht

das? Man hat sie sozusagen zu Bett gebracht, mit Drogen auch dazu gebracht, daß sie relativ schnell eingeschlafen ist und hat dann einen anderen Anteil von ihr, der vorher geschaffen wurde, aufgeweckt, auch wieder unter Einsatz von erstmal "Downer", also beruhigenden Drogen und dann "Upper", wo man aufgeputscht wird. In diesem Zustand wurde sie dann sozusagen aufgeweckt.

Das war dann ein anderer Anteil, und dieser Anteil wurde dann eben stundenlang in dieser Anlage programmiert oder für Snuff-Filme und andere schlimme Dinge eingesetzt. Und erst als sie dann in den frühen Morgenstunden wieder zurückgebracht wurde, hat man sie mit Hilfe von Drogen in so einen tranceähnlichen Schlaf versetzt, so daß sie tatsächlich sehr wenig Schlaf hatte. Hat sich immer gewundert in ihrer Kindheit und Jugend, daß sie ständig übermüdet ist und sich nicht konzentrieren oder schwer konzentrieren kann und sich gewundert, woher das kommt.

Und erst Jahre später, als sie drauf kam, was mit ihr passiert ist, hat das alles einen Sinn ergeben. Das sind diese Methoden, mit denen die Täter arbeiten. Und da muß man wissen, ein Anteil, der so was erlebt, auch wenn es stundenlang geht, wird aber sozusagen zurückgesetzt. Und dann, man nennt es Frontalter, der Tagesanteil, wenn der dann hervorgeholt wird, der weiß von all dem nichts, was passiert ist.

Der hat weder direkte mentale Spuren, das kannst du ja bei diesem Anteil hinterlassen, der weiß das alles nicht. Und die Täter achten natürlich darauf, daß möglichst wenige körperliche Spuren zurückbleiben, so daß das Ganze erst mal von außen betrachtet sehr unauffällig scheint. Bis auf solche Hinweise, daß ein Kind ständig übermüdet ist. Aber da kann man natürlich auch andere Gründe anführen, warum das der Fall ist.

Kla.TV-Moderatorin: Also, du sprichst ja auch immer von diesen Persönlichkeitsanteilen, wird auch in deinem Buch viel darüber berichtet. Aber das ist eigentlich fast bißchen unvorstellbar, daß jemand von sich selbst nicht weiß, was passiert ist. Also, wie kann ich mir das denn vorstellen?

Marcel Polte: Das ist ein ganz wichtiges, zentrales Argument, ein Aspekt des ganzen Phänomens, muß man sagen. Ein Argument dafür, daß wir es hier mit etwas unvorstellbar Gewaltigem zu tun haben, weil die Täter über Wissen verfügen, genau das zu erreichen.

Also über Wissen verfügen, ein Kind in den Zustand zu bringen, in eine todesnahe Situation mit Hilfe von Mißbrauch, Folter, Drogen, wo eben als Schutzmechanismus diese Persönlichkeitsspaltung einsetzt - in der Psychologie als dissoziative Identitätsstörung (Aufspaltung der Persönlichkeit in verschiedene Anteile) bekannt und seit langem schon dokumentiert - und es so eben schaffen, diverse Anteile zu produzieren, die sie dann für bestimmte Zwecke konditionieren können.

Also z.B., um bestimmte Aufgaben in der Außenwelt zu übernehmen. Es gibt da z.B. einen Anteil, der speziell für Kindesmißbrauch und Kinderpornographie benutzt wird, der von klein auf konditioniert wurde, diese Aufgaben perfekt zu erfüllen. Und dann gibt es aber, und das zeigt, wie weit das Ganze geht, auch Anteile, die nur Funktionen übernehmen in der Innenwelt dieses Opfers. Das heißt, da wird eine komplette Innenwelt erschaffen mit verschiedenen Orten und Personen.

Da gibt es z.B. einen inneren Programmierer. Wenn eine Programmierung aufbrechen sollte, nimmt der dann entsprechende Reparaturen vor. Es gibt Berichterstatter-Anteile, Bestrafer-Programme, Selbstmord-Programme, Selbstverletzungs-Programme, die alle dazu dienen, dieses ganze System am Laufen zu halten. Und das ist mittlerweile extrem gut in der Fachliteratur belegt, weil man in verschiedenen Ländern bei ganz vielen Betroffenen auf dieselben Programme gestoßen ist, zum Teil mit denselben Bezeichnungen, mit denselben Funktionen. Und auch die Patienten beschreiben dieselben Methoden, mit denen die Täter das erreicht haben.

Kla.TV-Moderatorin: Und das ist auch der Grund, warum diese Opfer es immer so schwer haben, ihre Erinnerungen quasi weiterzugeben, weil sie das gar nicht von sich selber mitbekommen. Verstehe ich das richtig?

Marcel Polte: Genau. Also dieser Anteil, der als Kernpersönlichkeit in der Außenwelt agiert, zur Schule geht, zur Arbeit geht, der hat diese Dinge in der Regel nicht erlebt. Deswegen wird auch in der Fachliteratur gesprochen von dem Tagkind und dem Nachtkind. Das Nachtkind ist quasi der Anteil, der hervorgerufen wird beispielsweise für okkulte Zwecke, um an Ritualen teilzunehmen. Und das Tagkind ist eben das Kind, das tagsüber seine Aufgaben erfüllen muß, und wo es tatsächlich auch Anteile gibt, die sozusagen zwischengeschaltet sind, die verhindern, daß das Tagkind vielleicht - oder auch die Umwelt - darauf kommt, daß da merkwürdige Dinge passieren.

Also beispielsweise das Tagkind oder ein Lehrer stellt eine Verletzung fest. Das Tagkind kann sich nicht erklären, woher diese Verletzung, die beispielsweise von einem Ritual oder vom Mißbrauch kommt, stammt. Und dann schaltet sich kurzzeitig sozusagen ein Anteil dazwischen, der nur dafür geschaffen wurde, für solche Situationen Erklärungen zu liefern. Und er liefert dann eben die Erklärung, die Sinn macht, denkt sich etwas aus, wie es zu dieser Verletzung kam, und damit ist das dann erledigt. Das ist ein kleiner Baustein in diesem System, um das Ganze am Laufen zu halten und vor Aufdeckung zu schützen.

Kla.TV-Moderatorin: Also in deinem Buch geht's ja auch viel um diese Programmierungen, relativ anspruchsvoll, das auch nachvollziehen zu können. Wieder einmal mehr kommt in deinem Buch auch Disney zur Sprache. Da werden Filme genannt, die stark benutzt werden, wohl, um Kinder zu programmieren. Der Film "Fantasia", die Geschichten vom "Zauberer von Oz" werden sehr häufig genannt, aber auch "Alice im Wunderland" und andere. Aber ich sage mal, auf den ersten Blick kann man an diesen nicht wirklich was Verwerfliches finden, wenn man sich so einen Kinderfilm anschaut. Wie muß ich mir das vorstellen, daß man das für Programmierungen einsetzen kann?

Marcel Polte: Dazu muß man wissen, daß natürlich diese Programmierung schon sehr früh los geht. Also, Überlebende sprechen davon - oder auch Überlebende, die selber Täter waren und sich von daher sehr genau auskennen mit diesen Programmierungsmethoden - daß zum Teil schon im Mutterleib damit begonnen wird, Kinder dazu abzurichten, zu dissoziieren, indem der Mutter Schmerzen zugefügt werden und damit auch dem Kind. Dadurch lernt das Kind sehr früh schon, Teile seiner Wahrnehmung, seines Bewußtseins, abzuspalten, dieses sogenannte Dissoziieren.

Deswegen sind die Täter (da geht auch Katy Groves drauf ein) sehr daran interessiert, innerhalb der Kultfamilie zu bleiben, weil ein Mensch, der gelernt hat, sehr gut zu dissoziieren, im Zweifel diese Fähigkeit sogar genetisch weitergibt an seine Kinder. Die sind dann besonders gut programmierbar oder können besonders einfach aufgespalten werden. Diese genetische Weitergabe der Dissoziationsfähigkeit ist übrigens auch ein Grund dafür, warum die Täter dieses Nachfolgeprojekt von MK-Ultra Projekt Monarch, also nach dem Monarchfalter benannt haben, weil beim Monarchfalter diese genetische Weitergabe von bestimmten Eigenschaften über die Generationen hinweg erstmals festgestellt wurde. Das ist nur so ein Neben-aspekt des Ganzen. Deine Frage war eben nochmal? ...

Kla.TV-Moderatorin: ... wegen Disney ...

Marcel Polte: ... wegen Disney, genau, ja!

Kla.TV-Moderatorin: Also, ich meine, es taucht immer wieder auf.

Marcel Polte: Ja, genau.

Kla.TV-Moderatorin: In deinem Buch werden ganz gezielt Filme beschrieben. Aber ich kann es mir trotzdem nicht vorstellen. Was wird da gemacht?

Marcel Polte: Ja, genau.

Kla.TV-Moderatorin: Was wird da gemacht?

Marcel Polte: Das stimmt. Da drauf wollte ich hinaus. Es geht sehr früh los. Und dazu muß man wissen: Kindern in sehr jungen Jahren, also sagen wir mal zwei, drei, vier Jahre alt, kann man natürlich komplexe Informationen schwer vermitteln, um dann am Ende vielleicht bestimmte Programme zu installieren oder Anteile zu schaffen. Und da greift man auf diese kindlichen Filme zu, wo in visualisierter Form dem Kind ermöglicht wird, etwas zu übernehmen.

Also ein konkretes Beispiel: Der Film Fantasia. Das wird in dem Buch eines Forschers sehr detailliert beschrieben, weil er mit einer Überlebenden zusammengearbeitet hat, die auch eine Programmiererin war und von daher sehr genau wußte, wie sie zum Beispiel den Film Fantasia für Programmierzwecke angewandt hatte. Da gibt es zum Beispiel eine Szene, wo Mickey Mouse, glaub ich, mit einem Holzbesen den Boden reinigen muß. Und irgendwie kommt es dazu, daß er diesen Besen zerhackt. Und dann kommen auf einmal ganz viele kleine Besen an. Es multipliziert sich sozusagen dieser Ursprungsbesen.

Das ist eine kleine Szene, wo dem Kind gezeigt wird: "Du kannst dich aufspalten." Genauso, wie dieser Besen aufgespalten wurde, damit später viele aufgespaltete Besen da sind, die dann diese Aufgabe übernehmen, kann anhand dieser Szene diesem Kind gezeigt werden: "Wenn der Schmerz so unerträglich wird, spalte dich doch einfach wie dieser Besen." Und auf diese Weise werden in kindlicher, bildlicher Form bestimmte Dinge veranschaulicht.

Ein anderes Beispiel ist: Man sieht auch in diesem Film an einer Stelle, wie quasi, ich glaube Mickey Mouse ist es dann, aus seinem Körper austritt. Also da sieht man dann so einen Schatten oder so eine angedeutete Figur aus seinem liegenden Körper rausgehen. Und das wird z.B. dann von den Tätern benutzt, um ein Kind anzuregen, solche außerkörperlichen Zustände einzunehmen.

Was auch ein ganz wichtiges Thema ist, was auch durch viele Aussagen gut dokumentiert ist, daß die Täter da ein großes Interesse dran haben, Kindern beizubringen, bestimmte, wir würden vielleicht sagen paranormale, Fähigkeiten zu beherrschen, eben halt auch diesen außerkörperlichen Zustand, um in dem Zustand bestimmte Aufgaben erfüllen zu können. Und da nutzt man zum Beispiel dann wiederum diese Szene des Filmes.

Dazu muß man sagen, daß der Film eben nicht einfach nur vorgespielt wird, sondern das findet statt in dem Zustand, wo das Kind Mißbrauch, Folter, Drogen ausgesetzt ist, das heißt, in einem veränderten Bewußtseinszustand sehr viel offener ist für die Eindrücke und die Suggestionen, die ihm in diesem Moment angeboten werden. Und insofern greifen da verschiedene Methoden ineinander.

Da spielen eben immer wieder bestimmte Filme eine Rolle. "Zauberer von Oz" wurde schon von Cathy O'Brien Mitte der neunziger Jahre genannt, als sie über ihre Erfahrungen mit MK-Ultra sprach. Und beispielsweise die Schweizer Überlebende Chantal Frei beschreibt in ihrem Buch, daß sie genau auch wieder mit diesem Film bzw. mit Vorführungen oder Inszenierungen dieser "Wizard of Oz-Geschichte" programmiert wurde. Insofern decken sich da auch die Detailinformationen von Betroffenen.

Kla.TV-Moderatorin: Also du sprichst ja auch immer davon, es geht darum, Anteile zu erschaffen, die bestimmte Aufgaben übernehmen. Um was geht es denn da? Um was für Aufgaben geht es diesen Tätern?

Marcel Polte: Ja, also zum einen sind das tatsächlich diese Aufgaben in der Innenwelt, z.B. ist da ein Anteil, der für Bestrafungen zuständig ist. Also, wenn z.B. das Kind oder dann später auch die Jugendliche oder Erwachsene etwas macht, was diesen Täterkreisen, dem Kult oder in dem Fall der CIA als Täter gefährlich werden könnte, also z.B. zu einem Therapeuten geht, dort über bestimmte Dinge berichtet, dann schaltet sich ein vorher geschaffener Anteil ein, der sozusagen vorher in einen Ruhezustand gebracht wurde oder stillgelegt wurde bis zu dem

Moment, wo er dann aktiv werden soll - in dem Fall, wo dann Informationen aufgedeckt werden, wo dieser Anteil dann aktiv wird.

Das ist auch so ein Muster, was man in vielen Berichten findet, auch von Therapeuten, daß dann beispielsweise auch diesem Täterkreis, diesem Kult Bericht erstattet und per Telefon oder E-Mail erzählt wird, was in dieser Therapiesitzung passiert ist, welche Informationen weitergegeben worden sind, damit dann entsprechende Straf- oder Verhinderungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Und das ist dann oft gerade im Therapiekontext erst Monate später aufgefallen, daß es dort einen Anteil gab, der nach jeder Sitzung den Tätern berichtet hat, was da passiert ist. Da wußte weder der Therapeut davon noch der Betroffene selber, weil eben dieser Switch stattgefunden hat. Und es kann sein, daß es später rauskommt, weil man im Rahmen der therapeutischen Arbeit Zugriff hat auf andere Anteile, die wiederum vielleicht einen ganz anderen Überblick haben über dieses System, die über Anteile berichten können, über deren Funktion und Aufgabe berichten können und dann solche Dinge rauskommen.

Wobei es eben halt immer täterloyale Anteile gibt, die absolut diesen Tätern treu sind und Bestrafungsaktionen durchführen oder Bericht erstatten - aber auch Anteile, (da geht auch Katy Groves drauf ein,) wenn man zu diesen Anteilen ein Vertrauensverhältnis aufbauen kann, die bereit sind zu kooperieren.

Also beispielsweise Kinderanteile oder sogar Anteile, die entstanden sind, ohne daß die Täter von ihnen wissen, weil dieser Schutzmechanismus, daß eine Persönlichkeitsspaltung stattfindet, der kann natürlich einerseits gezielt funktionieren, das ist der Sinn dieses Täterwerkzeuges, aber es kann natürlich auch als unbeabsichtigtes Produkt des Täters passieren. Das heißt, da sind Anteile vorhanden, von denen auch die Täter nichts wissen, die aber bestimmte Dinge vielleicht mitbekommen haben und darüber diesem Außenanteil oder dem Therapeuten Bericht erstatten können.

Kla.TV-Moderatorin: Also, du hast auch im letzten Interview schon erwähnt, daß der sogenannte Kult, wie es immer bezeichnet wird, ja auch sehr großes Interesse hat, Schlüsselpositionen bis hin zu Machtpositionen zu besetzen mit solchen Menschen, die eben Mind Control erfahren haben. Aber welchen Zweck verfolgen die?

Marcel Polte: Ja, also zum einen wird natürlich immer gesagt, das ist eine Verschwörungstheorie, daß da irgendwelche Menschen mit Einfluß zu diesen Täterkreisen gehören. Dazu muß man sagen: Im August 2020 gab es in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Artikel, der nannte sich: "Das Ergebnis war immer Verlassenheit", von Heike Schmoll, wo über die Arbeit der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von sexuellem Kindesmißbrauch berichtet wurde. Das ist eine Kommission, die auf Grundlage eines Bundestagsbeschlusses eingesetzt wurde und die auch ein Projekt und eine Studie zum Thema rituelle Gewalt durchgeführt hat.

Und da sind sie halt eben auch auf diese Mind Control-Techniken gestoßen. In einem Artikel kann man nachlesen, daß sie sich selber wundern darüber, daß die Täter offenbar über diese Bruchstelle im menschlichen Geist Bescheid wissen, wo man diese Spaltungen herbeiführen kann. Und sie haben auch sehr viele Aussagen von Betroffenen ausgewertet. Da sind einige Zitate in diesem Artikel in der FAZ enthalten, wo es darum geht, daß Betroffene genau das sagen.

Zu den Tätern gehören Staatsanwälte, Richter, Lehrer, Unternehmer, Leute aus der Kirche usw., weil es für die Täterkreise natürlich wichtig ist, aufgrund ihrer Agenda, wo wir vielleicht drüber sprechen werden, die sie anstreben, bestimmte Positionen in unserer Gesellschaft zu besetzen, um einerseits ihren Einfluß auszubauen und andererseits sich selbst vor Entdeckung zu schützen.

Darüber spricht auch Katy Groves. Sie beschreibt es sehr knapp mit wenigen Worten und sagt,

das Ziel der Täter ist "die Hölle auf Erden". Das ist das, was von vielen anderen Quellen, die ich im Buch nenne, immer wieder genannt wird. Daß es den Tätern tatsächlich um ein übergeordnetes Ziel geht, sieht man auch daran, daß das Ganze über Generationen hinweg verfolgt wird.

Das heißt, das ist kein Kurzfristplan, sondern da wird ein Plan verfolgt über viele Generationen, was eben auch dazu führt, daß Täter nicht nur die eigenen Eltern sind, sondern deren Eltern sind wiederum auch Täter. Die eigenen Eltern waren zunächst mal Opfer.

Das heißt, das Ziel ist immer, die eigenen Kinder zu Tätern zu erziehen oder zu konditionieren, um dann in der nächsten Generation eine neue Opfergeneration zu schaffen, die dann wiederum als Täter das Ganze fortführt, plus dem Effekt, daß diese Fähigkeit der Dissoziation, (Abtrennen von Teilen der Wahrnehmung oder des Bewußtseins) so wird von den Tätern ausgegangen, vererbbar ist, so daß jede nachfolgende Generation noch leichter zu programmieren und aufzuspalten ist als die vorangegangene Generation.

Und all diese Überlebenden, die ich auch mit Quelle im Buch nenne, berichten immer wieder davon. Es geht den Tätern tatsächlich darum, quasi ein satanisches Weltreich auf Erden zu erschaffen, die Rückkehr des Antichristen vorzubereiten, eine neue Weltordnung. Wo aber häufig auch den Tätern am Anfang gesagt wird, das ist sozusagen ein positiver Plan. Man will alles verbessern, man will ja sozusagen ein neues biblisches Weltreich schaffen.

Und irgendwann merken aber die Opfer, das was ihnen da erzählt wird, das kann so nicht stimmen. Das macht schon deshalb keinen Sinn, weil die Täter mit Methoden arbeiten wie Mißbrauch und Folter, die eigentlich nicht zu dem angeblich positiven Ziel, was sie verfolgen, passen und dann sozusagen sich herauskristallisiert, es geht hier um die totale Weltherrschaft, die von diesen Täterkreisen angestrebt wird.

Kla.TV-Moderatorin: Du hast es ja gerade erwähnt, die Hölle auf Erden erschaffen. Es ist auch so, wenn man in deinem Buch liest. Es liest sich ja auch so wie die Hölle auf Erden, gerade, wenn sie das alles beschreibt mit Uncle Sam's Snuff Factory. Sie beschreibt ja nicht nur die Produktion von Snuff-Filmen, es ist von Kannibalismus die Rede, es ist von extremsten Grausamkeiten die Rede. Also, wenn das die Täter verfolgen, dann ist wirklich die Hölle hier unten los.

Auf einen Aspekt würde ich gerne noch eingehen, den du im Buch beschreibst, dort gibt es z.B. eine Cannibals' Kitchen. Ich könnte schon kotzen, wenn ich es über die Lippen lasse. Da beschreibst du ja auch, das sind Menschen, die können sich quasi Menschengerichte bestellen. Was sind das für Menschen? Also das ist unvorstellbar!

Marcel Polte: Es ist in der Tat unvorstellbar! Wobei man sagen muß, Kannibalismus im Zusammenhang mit ritueller Gewalt ist auch ein durchgängiges Muster. Wenn man sich die Überlebenden-Berichte anschaut, beispielsweise die mit Chantal Frei, der Schweizer Überlebenden, aber auch viele andere, die haben auch alle Erfahrungen mit Kannibalismus machen müssen. Und nach Katy Groves Bericht findet das eben in einem sehr ausgefallenen Rahmen statt. Das wird von den Tätern dann mit so einer ironischen Bezeichnung "Cannibals' Kitchen" genannt, dort quasi angeboten.

Das war so ein Punkt in meinen Recherchen, wo ich auch wieder erstaunt war, wie sich bestimmte Details decken. Und zwar spricht Katy Groves davon. Sie geht da gar nicht tief ein auf das Thema. Also sie hat viel, viel mehr erlebt, als was sie in ihren Videos berichtet, das ergibt sich aus Andeutungen. Sie erwähnt nur kurz, sie hätte weiße aristokratische Frauen gesehen, wie sie Kinder, die auf Platten angerichtet gebracht wurden, dann verspeist haben.

Ich hatte mich lange gefragt oder gewundert über diesen Ausdruck, warum sie von "weißen aristokratischen Frauen" spricht, bis ich ein Buch las eines anderen Überlebenden von MK-Ultra und ritueller Gewalt, nämlich Kerth Barker, der eine Begebenheit schildert, wo er zusammen mit einem Satanisten - er war da noch ein kleiner Junge und als Mädchen konditio-

niert worden - in ein Anwesen gebracht wurde von zwei Schwestern, die sehr stolz auf ihre aristokratische Herkunft waren, und die ihn dann ein bißchen in so bestimmte Geheimnisse eingeweiht haben.

Im Keller gab es da einen großen Bereich, wo tatsächlich Kannibalismus betrieben wurde. Sie haben erklärt, wie sie an das menschliche Fleisch kommen. In dem Fall war es so, daß Migrantenfamilien, in USA spielte es sich ab, aus Mexiko von ihnen angesprochen wurden, ob sie da arbeiten wollen und wurden da sozusagen hingelockt. Dann hat man ihnen Drogen verabreicht. Irgendwann befand sich dann die ganze Familie in dem abgeschotteten Kellerbereich wieder mit den Folgen, die man sich jetzt ausmalen kann.

Die haben dort den Zusammenhang erklärt zwischen weißer Aristokratie und Kannibalismus und haben gesagt: So wie in uralten Zeiten die Menschen von Löwen gefressen wurden und daher die Menschen die Löwen verehrt haben, hat sich das weiterentwickelt. Irgendwann konnten die Löwen selber erlegt werden. Und dann war der, der an der obersten Stelle der Nahrungskette stand, in der Lage, das, was unter ihm war, zu verspeisen. Das hatte in sich den Aspekt des Herrschens und der Überlegenheit.

Und deswegen wäre in der Aristokratie, die dann irgendwann dazu übergegangen sei - das ist sicher aber nur ein Teil - ihre eigenen Bauern als Zeichen ihrer Macht oder ihrer gottähnlichen Stellung zu verspeisen, in diesen Kreisen wie so ein Erkennungszeichen dafür, daß man eben der restlichen Menschheit, auf Grund seiner Abstammungs- und Blutlinien, überlegen sei. Und gleichzeitig natürlich, in diesen Kreisen, die dann auch okkult satanisch praktizierend sind, gibt es die Schnittstellen, daß da nicht nur die Überlegenheit demonstriert wird, sondern daß auch dieser energetische Aspekt durch die Aufnahme der Energie eines anderen Lebewesens eine Rolle spielt.

Aber da wird es sehr schön nachvollziehbar zumindest erklärt, warum Katy Groves - und das sind ja unabhängige Quellen - an der Stelle von weißen aristokratischen Frauen spricht, die dort Kannibalismus betreiben.

Kla.TV-Moderatorin: Also, wie gesagt, Katy Groves lebt in den USA. Es gab auch um die Zeit, wo sie mit ihren Videos zu sehen war, große Hoffnungen in den USA. Es gab so eine ganze Bewegung. Alle dachten, Trump räumt auf mit diesem ganzen Satanismus, der dort läuft, mit diesen ganzen Verknüpfungen mit der CIA, aber Katy Groves hat sich nicht dahin gewandt. Warum?

Marcel Polte: Ja, sie wurde tatsächlich aufgefordert, mit ihren Kommentaren oder Videos: Ja, wende dich doch mal an Trump, der räumt da jetzt auf. Diese unterirdischen Anlagen, die sogenannten DUMBs (Deep Underground Military Bases) werden gesäubert, da passiert jetzt ganz viel.

Sie war da sehr skeptisch und hat sich später dann ganz klar positioniert gegenüber Trump und dieser ganzen QAnon (durch Posts einer anonymen Quelle namens Q entstandene Bewegung, die von einer satanischen Elite ausgeht) - Bewegung, weil sie sagt, bei Trump selber sieht sie viele Charakterzüge, die sie bei ihrem eigenen Vater sieht, den sie als narzißtisch (Ich-Schwäche - abhängig von Bewunderung) und soziopathisch (mangelnde Fähigkeit sich in andere hineinzusetzen) einschätzt.

Meinte sogar, es gäbe noch mehr zu Trump zu sagen, über was sie nicht reden könne, und diese verdächtige Einschätzung von Trump, die findet sich auch in andern Quellen wieder, z.B. Svali, eine andere Überlebende, eine Ex-Chef-Programmiererin der Illuminati, die auch sehr viel Insiderwissen über Programmierung veröffentlicht hat und deswegen auch in Therapeutenkreisen ernst genommen und geschätzt wird, weil sie eben dieses Expertenwissen hat. Die hat sich auch zu Trump geäußert und gesagt, nach ihrer Kenntnis aus den Zeiten, wo sie dort aktiv war in diesen Täterstrukturen, daß da der Plan gewesen sei, Trump damals schon als Präsident zu installieren. Allerdings ursprünglich wohl für zwei Amtszeiten, um dann irgend-

wie später das amerikanische Volk zu enttäuschen und Aufruhr herbeizuführen.

Im Buch gehe ich im Einzelnen nochmal darauf ein, auch auf QAnon, was ja im Kontext von Trump dann zu sehen ist. Also dieser Bewegung, die sehr stark dann immer propagiert hat, es gibt eine satanische Elite, die Kinderblut trinkt usw. und in unterirdischen Anlagen da haust. Da läßt sich letztendlich eigentlich sehr schön nachweisen oder aufzeigen, daß das Ganze eine sogenannte Psy-Op war, also eine Operation der psychologischen Kriegsführung kann man sagen, von den Täterkreisen initiiert, um dieses Thema rituelle Gewalt und die vielen Stimmen von Überlebenden, die immer mehr geworden sind in den letzten Jahren, sozusagen dauerhaft mundtot zu machen. Weil, was ist das Ergebnis des Ganzen?

Also zum einen, Trump hat niemals irgend etwas aufgedeckt oder befreit, er hat sich streng genommen noch nicht mal zu diesem Thema wirklich direkt geäußert. Er hat hier und da vielleicht mal eine kleine Anmerkung gemacht, wo dann die Anhängerschaft sehr viel hineininterpretiert hat. Und am Ende gab es aber keine einzige Verhaftung oder Aufdeckung in dem Kontext, was ein Leichtes gewesen wäre. Weil, all die Tatorte, die Täter, sind ja bekannt. Also, zumindest bei Therapeuten, auch in Deutschland weiß ich das, die wissen über ganz, ganz viele Tatorte, wo aktiv noch Dinge passieren.

Genauso in den USA - beispielsweise Katy Groves wäre ja eine wichtige Quelle gewesen. Das heißt, allein schon mit einer kleinen Einsatzgruppe hätte man mal einen dieser Orte ausheben können und hätte diese ganzen Beweise sammeln können. Das ist allerdings nie passiert. Das Ergebnis dieses Ganzen ist aber, daß dieses Thema "Okkulte Satanische Elite" jetzt ein absolutes Verschwörungsthema geworden ist in den Medien. Jeder, der in der Richtung etwas sagt, es gäbe okkulte Strukturen, wird gleich in diese "QAnon-Ecke" geschoben. Sieht man ja sehr deutlich in der Medienlandschaft, wenn das Thema mal aufkommt.

Die Therapeuten, die seit 30 Jahren in Deutschland und vor allem auch in der Schweiz mit dem Thema arbeiten, mit Betroffenen arbeiten, die sind jetzt gerade einer ganz massiven Kampagne ausgesetzt, wo sie als Verschwörungsspinner dargestellt werden und vor allem auch als gefährlich. Genauso wie QAnon sich ja als gefährlich rausgestellt hat durch den Angriff auf das Kapitol, wo man auch nach- oder zumindest aufzeigen kann, daß das Ganze nicht alles so ganz zufällig passiert ist.

Daß Trump auch in seiner Rede gesagt hat: Geht zum Kapitol - daß er zumindest Andeutungen gemacht hat - ihr müßt stark sein, ihr müßt euch mit Stärke euer Land wieder holen. In dieser schon aufgeheizten Stimmung, nach den angeblich gestohlenen Wahlen. Also, da war sehr vieles absehbar, gerade wenn man überlegt, daß dann sogenannte Agent Provokateure (Personen, die üblicherweise im Auftrag des Staates andere zu einer gesetzeswidrigen Handlung provozieren sollen) eingesetzt werden typischerweise, also infiltriert werden, einzelne Personen.

Hat man auch damals schon gesehen, also Absperrung zur Seite oder die Menschen hinter die Absperrung winken. Da läßt sich sehr schnell ein Mechanismus in Gang setzen, der am Ende, wie gesagt, dann dazu geführt hat, daß man jetzt über dieses Thema rituelle Gewalt gar nicht mehr reden kann, weil man dann in diese Ecke "Trump - QAnon" gesteckt wird. Das führte leider dazu, von der Schweiz ausgehend, daß schon einige Therapeuten in der Schweiz ihren Job verloren haben, weil ihnen jetzt vorgeworfen wird, sie gehören einer Verschwörungserzählung an und trichtern den jetzt unbedarften Menschen ein, sie hätten rituelle Gewalt erlebt und würde sie damit erst richtig krank machen.

Das ist hoch dramatisch. Vor kurzem wurde eine Fachtagung vom Trauma Hilfe Zentrum München zu dem Thema rituelle Gewalt und Dissoziation abgesagt, weil die Betreiber inzwischen Angst haben, mit dem Thema in Verbindung gebracht zu werden. Also insofern eine sehr wirkungsvolle Kampagne, die da im Moment abläuft.

Kla.TV-Moderatorin: Ja, da spielst du sicher auch auf die SRF-Kampagne an aus der Schweiz

mit Satanic Panic und dem ganzen Drumherum, wo die Medien doch jetzt richtig hoch heizen gegen all diese Fakten, die du und viele andere ja immer wieder belegen.

Marcel Polte: Genau. Und dazu muß man wissen: Satanic Panic (Panikmache aus tausenden angeblich unbegründeten Fällen satanisch ritueller Gewalt) und False Memory (falsche Erinnerungen/Pseudoerinnerungen), die Schlagworte, die jetzt wieder aktiviert werden, wurden ja schon in den 90er Jahren in den USA geschaffen, als so viele Überlebende bei Therapeuten gelandet sind und die Therapeuten sich gewundert haben, was da los ist, sich ausgetauscht haben, Fachtagungen durchgeführt haben.

Dr. Corydon Hammond, der hat die sogenannte Greenbaum Speech 1992 auf einer Fachtagung gehalten, wo er über all das schon geredet hat, über Programmierung, über Aufspaltung, CIA, MK-Ultra, Okkulte Strukturen, Programme. Er wurde dann mundtot gemacht. Also, das war damals schon im Hochkommen. Und dann hat man durch diesen Vorwurf der Satanic Panic den Therapeuten Angst gemacht mit dem False-Memory-Argument, weil sie Angst haben mußten, sie würden ihre Zulassung verlieren, sie würden mit Millionen-Schadensersatz-Prozessen überzogen werden, weil sie ja angeblich ihren Patienten das alles eingeredet haben, ihre eigenen Eltern zu beschuldigen usw.

Also, das hat man damals schon erfolgreich angewendet, und jetzt zieht man genau dieses Mittel aus der Tasche, um wieder einen Deckel drüberzuhalten über das, was derzeit durch neue Überlebenden-Berichte hochkommt.

Kla.TV-Moderatorin: Ja, du hast es ja schon erwähnt. Eigentlich wäre es ein allzu Leichtes, gewisse Dinge zu beweisen. Es wird ja von verschiedenen Überlebenden immer wieder über die gleichen Orte berichtet. Du hast jetzt einen recht ungewöhnlichen Weg gewählt, weil du gesagt hast: Jetzt möchte ich wissen, ist da überhaupt etwas dran? Erzähl' doch mal kurz, was du gemacht hast, um einen Beweis dafür zu führen, ob es diese Anlage in der Nähe von Austin überhaupt gibt.

Marcel Polte: Ja. Also ich war mir zum einen schon sehr sicher, daß ich den Aussagen glauben kann wegen diesen vielen Querverbindungen und Querverweisen, die ich aufzeigen konnte. Allerdings, gerade für das Buch, dachte ich, wäre es gut, man kann nochmal quasi einen objektiven Beweis liefern, daß gerade ... und da war sozusagen der Dreh- und Angelpunkt diese Uncle Sam's Snuff Factory. Wenn es die geben sollte, dann kann man davon ausgehen, ihr Bericht trifft zu.

Wenn es die nicht gibt, dann muß man sich überlegen, wie man das Ganze einordnen kann. Ja, und da habe ich auf eine Technik zurückgegriffen, die die CIA ja schon in den 70er Jahren entwickelt hat, die sehr, sehr gut durch tausende CIA-Dokumente und Aussagen von Beteiligten belegt ist, das sogenannte Remote Viewing (mediale Fernwahrnehmung nach einem vorgegebenen Protokoll), wo die CIA eine Methode entwickelt hat, wie man auf quasi extrasensorische Weise, also mediale Weise, an Informationen kommt. Das, was früher vielleicht als Hellsehen, Wahrsagen beschrieben wurde.

Da hat die CIA ein ganz spezifisches Protokoll entwickelt mit dem Ziel, daß im Prinzip jeder Angehörige, jeder Soldat, in der Lage sein soll, mit Hilfe dieses Protokolls an Informationen zu kommen über unbekannte Orte oder Personen oder Ereignisse. Und das war erstaunlich erfolgreich. Also man hat es tatsächlich geschafft, eine Methode zu entwickeln, die auch operativ angewendet werden konnte. Das läßt sich in Dokumenten, die ich auch im Buch abgedruckt habe, Original-Dokumenten, eindeutig belegen. Und dann dachte ich mir halt, warum sollte man nicht diese von der CIA in Jahrzehnten entwickelte Methode mal gegen die CIA anwenden.

Ich hab da ein Projekt in Auftrag gegeben bei Personen, bei denen ich weiß, daß sie mit dieser Methode professionell schon länger arbeiten, die auch talentiert sind. Also, Talent spielt immer auch eine wichtige Rolle. Mit denen ich schon erfolgreich zusammengearbeitet hatte und

daher wußte, über welche Fähigkeiten sie verfügen. Und die Aufgabe war, einfach herauszufinden: Gibt es diese Anlage Uncle Sam's Snuff Factory? Allerdings in der Form, daß - und das ist das Wichtige - dieser sogenannte Remote Viewer, der sich das Ganze dann anschaut, gar nicht weiß, um was es geht, sonst würden natürlich Fantasien und Vorannahmen da mit reinfließen.

Die CIA hat dieses Problem gelöst, indem sie die Technik des Coordinate Remote Viewing geschaffen hat, das heißt, man arbeitet da mit sogenannten Koordinaten. Es wird ein Ziel definiert, in dem Fall: "Beschreibe Uncle Sam's Snuff Factory" aus den Beschreibungen von Katy Groves. Und dann wird diese Aufgabenstellung, dem sogenannten Tasking (Aufgabenstellung für ein Remote Viewing), eine Zufallszahlen-Kombination zugewiesen, im Vorfeld des Projektes. Das ist in der Tat erstaunlich, daß das so funktioniert, aber es funktioniert! Und dem Remote Viewer wird nur diese Zahlenkombination gesagt.

Das heißt, er weiß nicht, um was es geht. Und in dem Fall wußten die drei Remote Viewer noch nicht einmal, daß ich der Auftraggeber bin. Also, sie waren völlig unbeeinflusst. Und alle drei haben im Ergebnis dann tatsächlich eine unterirdische Anlage beschrieben, wo noch ein anderes verborgenes Projekt zum Vorschein kam, über das Katy Groves nicht gesprochen hat, wo aber auch ganz, ganz eindeutig dieses Mind Control MK-Ultra Projekt zum Vorschein kam. Zum Beispiel hat eine Remote Viewerin, die sehr talentiert zu sein scheint, allerdings gerade noch am Ende ihrer Ausbildung ist, die hat sogar etwas aufgezeichnet, nämlich eine Art Meßinstrument, wo von einer Person (die hat sie aufgezeichnet) die Gehirnwellen gemessen werden, und zwar von verschiedenen Anteilen.

Und genau so eine Zeichnung findet man erstaunlicherweise in einem Fachbuch von Dr. Allison Miller, wo eine Überlebende, Carol Rutz, sich erinnern konnte, wie sie genau an so eine Anlage angeschlossen war mit einem Helm, wo dann Kabel zu der Meßapparatur führten, die die Gehirnwellen aufgezeichnet hat, mit einer Beschreibung auch.

Und das war sehr faszinierend, daß solche Details dann geliefert wurden von jemandem, der noch nicht einmal wußte, um was es geht, was sich sogar in der Fachliteratur dann wiederfindet. Und das war im Ergebnis für mich dann nochmal die Bestätigung - oder auch dann für die Allgemeinheit: Diese Anlage Uncle Sam's Snuff Factory, die gibt es tatsächlich, und da passieren diese Dinge, wie von Katy Groves beschrieben.

Kla.TV-Moderatorin: Ja, es ist natürlich unglaublich. Du hast es schon angesprochen: Alle Dinge sind bekannt, aber es wird nichts gemacht. Von Seiten der Justiz passiert nichts, von Seiten der Regierungen passiert nichts. Im Gegenteil. Ich meine, das bekannteste Beispiel ist Lt. Col. Michael Aquino. Er stellt sich noch hin, ist offen bekennender Satanist. Man weiß von den Basen, wo er stationiert war. Es sind schreckliche Dinge abgegangen, auch da gibt es viele Zeugenaussagen. Und trotzdem ...

Marcel Polte: Genau. Da gab es ein Ermittlungsverfahren gegen ihn.

Kla.TV-Moderatorin: Aber im Grunde passiert nichts. Und das ist ja das Erschreckende in dem, wo wir stehen. Und deshalb um so wichtiger, daß es solche Bücher gibt wie von dir. Und wir können unseren Zuschauern nur empfehlen, daß sie sich selbst informieren, daß sie sich mit diesem Thema beschäftigen. Es ist grausam! Es ist schlimm! Aber wir stehen hier vor der Realität, es ist Fakt!

Die Beweise sind da. Wir reden hier nicht über Verschwörungstheorien, sondern wir reden hier über knallharte Praktiken: Kinder, die Tag und Nacht geschändet werden bis aufs Äußerste, die Tag und Nacht die Hölle erleben - und dem muß ein Ende gesetzt werden! Deshalb dir vielen Dank, Marcel, daß du heute da warst. Auch für deine Bücher. Wir wünschen dir auch viel Erfolg bei der Verbreitung und hoffen, daß die Zuschauer sich einfach mit einreihen in diesen Kampf gegen Mind Control, gegen Satanismus, daß hier auf Erden nicht die Hölle losbricht.

Marcel Polte: Ich danke dir. Und vielleicht als letztes Stichwort, ich hatte es eben vergessen, für die Zuschauer, die da selber recherchieren wollen: Gerade vor zwei Wochen gab es eine Meldung des Bayerischen LKA, daß man verschiedene Darknet-Seiten ausgehoben hat und dabei auch auf eine besonders gesicherte Seite gestoßen ist, "The Appendix", wo die Täter genau diese Snuff-Filme fanden. In der Pressemeldung des LKA kann man das nachlesen. Es ging dort um Filme, wo Kinder getötet und mißbraucht werden. Also nochmal zu all denen, die sagen, so was wie Snuff-Filme könnte es gar nicht geben. Danke nochmal für die Einladung.<<

11.03.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/25365](https://www.klagemauer.tv/25365)" berichtet am 11. März 2023 (x1.253/...): >>**Was ALLE betrifft: Top UNO-Beamter enthüllt dunkle Geheimnisse der UNO**

Die Vereinten Nationen sind derzeit dabei, die Agenda 2030 weltweit einzuführen, die Einrichtung einer Ein-Welt-Regierung mit nicht gewählten Führern. Was alle Menschen betrifft, darüber sollten auch alle Menschen Bescheid wissen und ein Wörtchen mitreden dürfen. Daher enthüllt ein Top UN-Beamter die dunklen Ziele der UNO.

Die Vereinten Nationen zusammen im Schulterschuß mit dem World Economic Forum WEF u.a.m. sind derzeit dabei, die Agenda 2030 weltweit einzuführen. Es geht hierbei um die größte je geplante Transformation, die für alle Länder und alle Völker massiv geplant ist und jeden Aspekt der menschlichen Gesellschaft verändern will: Finanzen, Landwirtschaft, Ernährung, Reisen, Wirtschaft, Sexualität, Bildung usw.

Das ultimative Ziel der Agenda 2030 ist die Einrichtung einer Ein-Welt-Regierung mit nicht gewählten Führern.

Die Vereinten Nationen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Weltwirtschaftsforum sind das Herzstück dieser geplanten Weltregierung. Über ihnen stehen finanzielle Interessengruppen, die völlig im Verborgenen agieren, damit niemand sie jemals für ihre Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft ziehen soll.

In Anbetracht der allumfassenden Tragweite dessen, was vor sich geht, ist es dringend notwendig, diese kriminelle Agenda der UNO möglichst allen Menschen bekannt zu machen. Denn was alle Menschen betrifft, dazu sollten auch alle Menschen ein Wörtchen mitreden können, z.B. in einem Weltribunal. Aus diesem Grund organisierte die Nachrichtenplattform Stop World Control in Zusammenarbeit mit dem International Crimes Investigative Committee am 28. Januar 2023, eine Online-Enthüllung. Ein hoher Beamter, der zwei Jahrzehnte lang auf höchster Ebene innerhalb der UNO gearbeitet hat, legt die dunklen Geheimnisse der Organisation transparent dar.

Interview - Video: Weltweite Entlarvung der Vereinten Nationen

Ein hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen enthüllt die dunklen Geheimnisse der extremen Korruption. Die Vereinten Nationen werden kontrolliert von kriminellen Oligarchen, welche Wahlen stehlen, um sich zu bereichern und die Menschheit zu versklaven. Bitte beachten Sie diesen mutigen Whistleblower von den Vereinten Nationen.

Dr. Reiner Füllmich: Willkommen zu einer weiteren Sitzung des Untersuchungsausschusses für internationale Verbrechen. Heute werfen wir einen genaueren Blick auf die Vereinten Nationen. Viele Menschen sind sich bewußt, daß sie die Eine-Welt-Regierung werden sollen, wie es im Great Reset verkündet wurde. Worum geht es also bei den Vereinten Nationen und mit wem sprechen wir? Unser Interviewpartner ist ein ehemaliges hochrangiges Mitglied der Vereinten Nationen. Sein Name ist Calin Georgescu. Es ist am besten, mit jemandem zu sprechen, der aus eigener Erfahrung weiß, wovon er spricht, als mit jemandem zu sprechen, der nur Ideen darüber hat, was innerhalb der Vereinten Nationen vor sich geht.

Calin Georgescu: Ich habe dieser Institution fast 18 Jahre gedient. Angefangen habe ich in

Rumänien beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Das gab mir die Möglichkeit, das System zu verstehen. Ich war Direktor für die Koordination der rumänischen Nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung und der lokalen Agenda 21 in Rumänien. Später habe ich an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, in New York, Genf und vielen anderen Ländern.

Ich war auch Teil des europäischen Ausschusses der Vereinten Nationen. Ich habe an vielen Treffen und Interviews teilgenommen und verstehe, wie dieses System funktioniert. Ich hatte die Gelegenheit, wichtige Leute zu treffen und ich habe erfahren wie sie arbeiten. Ich war mir sicher, daß die Vereinten Nationen eine fantastische Institution sind, die den Menschen helfen kann, ein gutes Leben zu haben im Einklang mit der Natur. Mein Hintergrund ist der Umweltschutz. Ich bin aufgrund meines Hintergrunds zu den Vereinten Nationen gekommen als Spezialist für nachhaltige Entwicklung.

Aber später habe ich entdeckt wie die Dinge wirklich funktionieren. Denn wenn man ins Feld geht, findet man die Realität. Man findet die Realität nicht im Büro, der Zeitung oder dem Fernsehen. Du findest die Realität vor Ort. So habe ich gelernt, daß das Wichtigste ist, daß die Natur, Gott, das Universum uns alles gibt, was wir wollen Alles. Er kann alle unsere Bedürfnisse decken. Aber es ist unmöglich, unsere Gier zu stillen. Die Gier kommt nicht von der Mehrheit der Menschen. Die Gier kommt von einem kleinen Teil der Menschen: die Oligarchen (=Multimilliardäre), das Welt-Oligarchensystem.

Dr. Reiner Füllmich: Sind sie diejenigen, die die Kontrolle haben?

Calin Georgescu: Ja, sie haben die Kontrolle. Die Vereinten Nationen sind die Plattform für die Oligarchen, um die Welt zu kontrollieren.

Dr. Reiner Füllmich: Und die Oligarchen sind es, die sich einmal im Jahr in Davos treffen, die Mitglieder des Weltwirtschaftsforums.

Calin Georgescu: Natürlich ist die UN-Agenda für 2030 die Agenda von Davos.

Die UNO wurde 1945 gegründet mit einem einzigen Ziel: den Frieden zu sichern. Was für ein fantastischer Zweck!

Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, daß in verschiedenen Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe: Ich habe den Frieden gesehen, sehr klein, in einer Ecke sitzend und wartet darauf, daß er die Chance bekommt zu sprechen - aber diese Chance hatte er nie. Er wartet einfach. Er wartet. Eigentlich ging es bei allen Diskussionen um den Krieg. Aber sie sagen nicht Krieg. Sie sind sehr manipulativ.

Dr. Reiner Füllmich: Alles wird auf den Kopf gestellt: Wenn sie Frieden sagen, meinen sie Krieg. Wenn sie Gerechtigkeit sagen, meinen sie Ungerechtigkeit.

Calin Georgescu: Exakt, exakt, das ist der Punkt!

Im Bereich nachhaltige Entwicklung nahm ich an den meisten offiziellen und inoffiziellen Treffen teil. Ich kann dir sagen, was das Ergebnis war. Die Schlußfolgerung ist immer: Wie können wir den Konsum steigern? Und natürlich ist das Wichtigste: das Galadiner. Wie können wir zum Essen kommen? Nur die konsumierende Seite zu erhöhen ist sehr gefährlich. Das war auch die Situation beim Club of Rome, einer weiteren wichtigen NGO.

Dr. Reiner Füllmich: Du warst auch Mitglied des Club of Rome?

Calin Georgescu: Ich war der Präsident für Europa, fast für 2,5 Jahre in Wien, Österreich.

Dr. Reiner Füllmich: Bist du dort auf das gleiche Problem gestoßen?

Calin Georgescu: Ganz genau. Zuerst hatten sie eine Vision, daß es eine Grenze gibt. Sie sagten, wir fahren zu schnell und gefährlich ...

Dr. Reiner Füllmich: ... bei der Ausbeutung der Ressourcen des Planeten?

Calin Georgescu: Ja, aber in welchem Sinne? Im Sinne von Gier! Nehmen wir z.B. die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen von Guinea-Conakry. Warum Guinea-Conakry? Ich habe gesehen, daß Guinea-Conakry, von allen Orten, die ich besucht habe, eines der reichsten Län-

der der Welt ist. Obwohl es sehr klein ist, ist es fantastisch reich.

Dr. Reiner Füllmich: Ich hatte keine Ahnung.

Calin Georgescu: Fantastisch! Das beste Gold und andere Bodenschätze liegen in Guinea-Conakry. Wenn also die Menschen von Guinea-Conakry die natürlichen Ressourcen für sich selbst ausnutzen wollen, ist das in Ordnung. Aber wenn andere von außen reinkommen, ist das ein Problem. ...

Die Mehrheit der Länder der Welt hat keine Kontrolle über ihre eigenen natürlichen Ressourcen. Dieses System wird vollständig von Davos kontrolliert mit der gleichen Agenda wie die Vereinten Nationen. Genau wie ich es dir gesagt habe. Sie kontrollieren sowohl die natürlichen Ressourcen als auch die Menschen an der Macht.

Man kann hier nicht von politischen Führern sprechen, denn die gibt es nicht! Sie wünschen sich, Macht zu haben, aber sie sind die Angestellten des weltweiten Oligarchensystems. Sie haben die Macht über Europa, weil sie alle Kanzler kontrollieren, Präsidenten, Premierminister usw. und was es auch immer gibt. Die politischen Führer arbeiten nicht für das Volk.

Dr. Reiner Füllmich: Sie arbeiten für die andere Seite. Sie arbeiten für die Oligarchen.

Calin Georgescu: Ganz genau. Sie sind die Angestellten der Oligarchen.

Dr. Reiner Füllmich: Was du sagen willst, ist, daß die UN jetzt nicht zu unterscheiden ist vom Weltwirtschaftsforum WEF, weil es kontrolliert wird von denselben Ideen und denselben Oligarchen.

Calin Georgescu: Ganz und gar, 100 Prozent.

Dr. Reiner Füllmich: Und das WEF wiederum erschafft ihre Führer, die dann gehen, um von uns im Rahmen ihres Young Global Leaders Programm gewählt werden.

Calin Georgescu: Das ist der Punkt: Die Menschen, die bei den Vereinten Nationen arbeiten, werden daraufhin überprüft, ob sie politisch korrekt sind. Aber du mußt zu 100 % politisch korrekt sein. Wenn du das nicht bist, kommst du nicht rein.

Sie versuchen Dich über das Gehalt zu kontrollieren.

Dr. Reiner Füllmich: Sie zahlen dir eine ganze Menge Geld.

Calin Georgescu: Ganz genau. Sie bieten dir verschiedene Angebote wie z.B. freien Zugang zu Transportmitteln, freien Zugang zu Restaurants, freien Zugang zu verschiedenen Dingen. Tatsächlich ist es ein Ausweis, der UN-Ausweis, der dir das Gefühl gibt, jemand wichtiges zu sein. Nicht vergleichbar mit gewöhnlichen Menschen.

Dr. Reiner Füllmich: Sie machen dich nicht nur reicher, sondern man fühlt sich auch anderen Menschen gegenüber überlegen.

Calin Georgescu: Genau wie im Bankensystem. Schau dir den jungen Mann an, der in der Bank arbeitet. Er fährt mit seinem Auto und sieht seinen Freund und sagt: "Tut mir leid, ich habe keine Zeit für dich. Ich bin jemand, ich bin Bankier."

Sie investieren in die Manipulation des Geistes der Menschen. Sobald ihre Gedanken manipuliert sind, verkaufen sie ihre Seele.

Dr. Reiner Füllmich: Also wenn sie vielleicht angefangen haben mit guten Absichten, wählen sie Leute, die völlig auf Linie sind und bereit sind, ihre Seele zu verkaufen.

Calin Georgescu: Ganz genau. Sie wollen nicht, daß dein Leben schön und harmonisch ist. Sie bevorzugen die Dunkelheit. Ihr müßt unter ihrer Kontrolle sein.

Darwin sagte zu uns, daß wir von Tieren abstammen. Die Nachkommen von Affen. Die neuen Darwins sagen uns, daß wir von Robotern abstammen. Wir haben über Transhumanismus diskutiert (= Menschen werden zu Robotern). Wie können sie das der Menschheit aufzwingen? Es passiert, wenn die Menschen völlig glauben, daß sich dieses internationale System, das irgendwo hoch oben ist, um uns kümmert. Aber nur wenn du respektierst, was sie sagen. Das ist falsch.

Sie versuchen, alles zu diktieren, was unsere Gesundheit betrifft. Wie kann jemand mir so

etwas diktieren?

Dr. Reiner Füllmich: Das ist eine andere NGO = private Organisation. Die Weltgesundheitsorganisation ist nur eine weitere NGO. Niemand von dort wurde von irgendeinem gewählt.

Calin Georgescu: Nein sie sind nur nominiert. Normalerweise nominieren sie auch nur die Leute, die in ihren Augen totale Sklaven sind.

Dr. Reiner Füllmich: Ja, das ist der einzige Grund, den ich finden kann, warum jemand wie Tedros, der in seinem eigenen Land Verbrechen begangen hat, der Vorsitzende der Weltgesundheitsorganisation wird. Keiner hat ihn gewählt! Er wurde nominiert.

Calin Georgescu: Und weißt du was? Ich habe ihn in Genf getroffen, und er war die genaue Definition eines Sklaven. - In den Sechzigern gab es eine große Legende in den Vereinigten Staaten: Malcolm X. Malcolm X war der Anführer gegen die Sklaverei.

Dr. Reiner Füllmich: Er war der Anführer der Black-Panther-Bewegung, glaube ich.

Calin Georgescu: Ganz genau. Und er wurde ermordet, nebenbei bemerkt. Die gleiche Situation wie bei John. F. Kennedy.

Dr. Reiner Füllmich: Ja, genau.

Calin Georgescu: Weil er sagte: "Es gibt einen Hausneger und einen Feldneger." Was ist ein Hausneger?

Dr. Reiner Füllmich: Der Onkel Tom.

Calin Georgescu: Ganz genau. Er sagt "wir". Er sagt immer "wir". "Wir" bedeutet du als Sklave zusammen mit deinem Chef. Du bist "wir". Er sagt "wir", weil er Teil des Systems ist. Ein Hausneger ist ein Sklave, der seinem Boss völlig ergeben ist. Ob das nun Brüssel oder Washington ist, oder die Europäische Union, was auch immer, es ist das Gleiche.

"Feldneger" hingegen sind Menschen, die nicht wollen, daß ihr Land ein Feld für andere sein soll.

Und hier ist der wichtigste Punkt, daß die Mehrheit der Menschheit nicht versteht, daß die Kontrolle nicht nur das Bankensystem ist. Die Macht ist dort, wo die natürlichen Ressourcen sind. Sehen Sie sich Afrika an, das ich sehr gut kenne. Ich verbrachte fast acht Jahre auf verschiedenen afrikanischen Missionen. Afrika ist wahrscheinlich der schönste Teil der Welt. Aber es gibt kein einziges freies Land in Afrika! Guinea-Conakry kann als die Perle Afrikas bezeichnet werden oder der Goldbarren der Erde. Klein, schön, fantastisch, voll von natürlichen Ressourcen, verstehst du? "Voll" bedeutet voll. Und die Menschen auf der Straße haben das Gerät vor sich (Anmerkung: Handys) und spielen Spiele.

Dr. Reiner Füllmich: Und was ist passiert?

Calin Georgescu: Sie wurden alle einer Gehirnwäsche unterzogen! Sie kontrollieren die Präsidentschaft. Und das Volk ist ein Sklave. Tatsächlich ist die Sklaverei nicht verschwunden. Sie ist mächtiger als je zuvor! Historisch gesehen war das Tor zur Sklaverei in Dakar, im Senegal. Jetzt ist es der gesamte afrikanische Kontinent, es gibt Türen und Türen und Türen für die Sklaverei.

Dr. Reiner Füllmich: Aber die Sklavenhalter sind jetzt anders. Tatsächlich sind es die Oligarchen, die die Vereinten Nationen kontrollieren.

Calin Georgescu: Das ist der Grund, warum es keine korrekten politischen Kampagnen gibt. Sie positionieren genau die Personen, die sie wollen.

Dr. Reiner Füllmich: Es gibt keine echten Wahlen mehr.

Calin Georgescu: Nein. Wahlen gibt es nicht mehr, sie existieren nur auf dem Papier. Sie wissen, wie sie den Geist, den Verstand des Menschen manipulieren können, damit sie genau das wählen, was sie wollen. Donald Trump war ein großer Schock.

Dr. Reiner Füllmich: Das haben sie nicht erwartet. Das war ein Unfall, nehme ich an. Das war nicht Teil ihres Plans.

Calin Georgescu: Es war das erste Mal in diesem Oligarchen-System, daß ein Unfall passiert

ist. Denn normalerweise hätte es Hillary Clinton sein müssen.

Dr. Reiner Füllmich: Ja.

Calin Georgescu: Ja, nicht Donald Trump.

Dr. Reiner Füllmich: Ja.

Calin Georgescu: Womit wir es jetzt zu tun haben in dieser P(l)andemie und all diesen Lüg-
nern, das sollte 2016 sein.

Dr. Reiner Füllmich: Sie mußten ihren Plan ändern.

Calin Georgescu: 2020 sollte ein Desaster sein in Bezug auf Nahrung und Wasser. Das wollen
sie jetzt im Jahr 2025 machen. - Es ist klar, daß sie das nicht schaffen werden. Das System ist
fast zusammengebrochen. Sie sind in ihren letzten Momenten. Jetzt müssen wir alle den Mut
haben, "Nein" zu sagen.

Das wichtigste Stück in diesem Spiel, ist das, was ich bei meinen Kollegen gesehen habe: Sie
haben nicht die Kraft, "Nein!" zu sagen, weil sie wissen, daß am Ende des Monats jemand
einen Knopf drückt und Tausende von Dollar auf ihr Bankkonto kommen.

Dr. Reiner Füllmich: Es geht also nur um Geld. - Gab es einen bestimmten Vorfall, der dich
zu der Entscheidung gebracht hat: "Ich muß hier raus!", oder war es ein langsamer Prozeß?

Calin Georgescu: Es war natürlich Schritt für Schritt. Der wichtigste Schritt war mein letzter
Einsatz auf den Marshallinseln, wo ich wahrscheinlich den schönsten Teil der Welt gesehen
habe. Und ich habe gesehen, was für eine Katastrophe die Vereinten Nationen dort verursacht
haben, mit den Tests der Atombomben, 1960, die zerstörten die meisten der Inselgruppen der
Marshallinseln.

Dr. Reiner Füllmich: Du hast mir gesagt, sie haben die gesamte Thunfisch-Population zerstört.

Calin Georgescu: Der Thunfisch ist komplett betroffen von der nuklearen Strahlung. Das kann
man nicht einfach aufräumen wie das Haus. Das ist unmöglich. Aber was noch wichtiger ist,
die Menschen in diesem Paradies waren davon betroffen. Sie wußten nicht, daß es einen zwei-
ten Weltkrieg gab. Sie wußten nichts von der Existenz von Ärzten.

Dr. Reiner Füllmich: Und sie brauchten auch keine.

Calin Georgescu: Ja. Der durchschnittliche Mensch wurde 180 - 200 Jahre alt.

Dr. Reiner Füllmich: Wirklich?

Calin Georgescu: Ja. Und jetzt liegt der Durchschnitt bei 35, 40 Jahren.

Dr. Reiner Füllmich: Das Durchschnittsalter, in dem sie starben,

Calin Georgescu: ... zwischen 180 und 200 Jahren.

Dr. Reiner Füllmich: Oh, mein Gott!

Calin Georgescu: Ganz genau. Und jetzt liegt der Durchschnitt bei 40,45, nicht mehr. Wegen
der Strahlung. Der wichtigste Teil war, dass, als ich mit meinem Bericht über diese Mission in
Genf ankam, haben sie alles getan, mich davon abzuhalten, diesen Bericht zu präsentieren. Sie
haben sogar meine Pressekonferenz abgesagt. Wegen meines Respekts für die Menschen auf
den Marshallinseln habe ich dann beschlossen aufzuhören. Ich habe beschlossen, für immer zu
gehen. Es war ein Punkt des Bewußtseins. Ich bin aus der Matrix ausgestiegen.

Die Vereinten Nationen könnten eine fantastische Rolle spielen, aber das ist nicht der Fall,
denn sie sind völlig unter der Kontrolle der Oligarchen. Und sie treiben diese Situation so sehr
voran, daß ich festgestellt habe, daß in den meisten Fällen, die Mitarbeiter der UN, von oben
bis unten absolut lächerliche Sklaven sind. Niemand hat die Kraft "Nein" zu sagen. Nur "Ja-
Sager", überall.

Reiner Füllmich: Gibt es keine Ausnahmen von dieser Regel?

Calin Georgescu: Nein, keine Ausnahmen.

Wissen Sie, wie viel das Gebäude der Vereinten Nationen pro Jahr kostet? Allein das Gebäu-
de in Genf kostet 2,5 Milliarden US- Dollar pro Jahr. Nur um dieses Gebäude mit all den An-
gestellten zu erhalten, mit all den Ausgaben, mit allem.

Reiner Füllmich: 2,5 Milliarden.

Calin Georgescu: 2,5 Milliarden. Was kann man mit 2,5 Milliarden in Guinea machen? Wir können das Land an einem Tag wieder aufbauen!

Reiner Füllmich: Die Tatsache, daß du für die UNO arbeitest, gibt dir weitere besondere Privilegien. Du hast mir gesagt, daß du überall hinreisen kannst, weil du deinen UN-Paß hast, richtig?

Calin Georgescu: Wenn man den UN-Ausweis hat, kann man überall Business Class reisen. Wir haben alle Privilegien.

Dr. Reiner Füllmich: Und ihr müßt dafür nicht bezahlen?

Calin Georgescu: Nein, alles wird von der UN bezahlt. Ich bezahle nichts.

Reiner Füllmich: Es sind die Steuerzahler der Welt, die dafür bezahlen, ohne es zu wissen.

Calin Georgescu: Das Geld kommt von den Ländern. Jedes Land leistet einen Beitrag.

Reiner Füllmich: Jedes Mitgliedsland.

Calin Georgescu: Jedes Mitgliedsland leistet einen Beitrag. Die Zukunft der Menschheit muß den freien Menschen gehören.

Reiner Füllmich: Souveräne Menschen, die erkennen, daß sie ihre persönliche Souveränität haben.

Calin Georgescu: Und die Souveränität des Menschen respektieren.

Reiner Füllmich: Wir haben die UNO, die eine großartige Institution hätte sein können. Aber sie wurde völlig vereinnahmt, von den Oligarchen des Weltwirtschaftsforums.

Calin Georgescu: Genau wie der Club of Rome. Genau wie der World Wildlife Fund. Genau wie Greenpeace. Und es gibt noch viele weitere Beispiele.

Reiner Füllmich: So ziemlich alle NGOs.

Calin Georgescu: Auf jeden Fall die größten, ja. Nichtstaatliche Organisationen sind per Definitionen, Organisationen, die sich um die Bedürfnisse der Gemeinschaft kümmern.

Reiner Füllmich: Ja, genau das sollten sie sein.

Calin Georgescu: Aber sie werden sofort von den Oligarchen übernommen.

Reiner Füllmich: Wenn wir also denken, daß sie etwas Gutes für die Menschen tun, tun sie es in Wirklichkeit tun für die Oligarchen.

Calin Georgescu: Die NGOs geben sich auch gegenseitig Geld. Sie unterstützen andere NGOs. Es ist eine sehr, sehr professionelle Manipulation. Sehr professionell, sehr schlau, sehr intelligent. Einfach... anpassen...sehr, sehr behutsam.

Du verstehst nicht, daß du Teil des Systems bist.

Wenn die Menschen verstehen würden, was das Leben wirklich ist, würden alle Regierungen verschwinden. Sie verstehen das Leben nicht. Weil das Leben nicht so ist, wie wir es heute kennen. Zum Beispiel sind wir in unserem Haus, wir wachen auf, gehen zu unserer Arbeit. Unser Chef sagt, daß wir zur Arbeit ins Ausland sollen, wir nehmen ein Hotel, wir nehmen ein Flugzeug. Das ist kein Leben.

Das Leben ist völlig anders. Leben ist, wie wir uns der Natur nähern. Wie sehr wir bei uns selbst bleiben, wie sehr wir mit uns selbst reden, wie viel Zeit man an einem Tag verbringt nur für sich selbst. Nur für dich. Wenn du am Morgen mehr Zeit mit dir verbringst, bist du kreativer, gehst besser mit deiner Familie, mit deiner Frau, mit deinen Kindern um. Harmonie ist wichtig, genau wie in der Natur.

Reiner Füllmich: Wenn Menschen darüber reden, daß sie Zeit mit ihren Kindern verbringen, sollten wir eigentlich darüber reden, daß wir ein qualitativ hochwertiges Leben zugute haben. Nicht nur eine ausgeklügelte Nische, sondern ein qualitativ hochwertiges Leben. Und das muß völlig losgelöst sein von diesen globalen Konzernen.

Calin Georgescu: Lebensqualität bedeutet nicht, daß man ins Einkaufszentrum geht mit seinen Kindern und seiner Frau, um einen Film zu sehen und Sushi zu essen. Nein!

Übrigens, zu glauben, daß man in den Urlaub fährt ...versuchen Sie bitte zu verstehen, was gestört worden ist. Wir fahren in den Urlaub. Das ist falsch. Es ist eine Manipulation. Mit dem Geld in der Tasche. Ich fahre in die Karibik ... Madagaskar ... Aber normalerweise muß jeder Tag ein Feiertag sein. Der Begriff sollte nicht existieren, denn das Leben im Hier und Jetzt soll ein Urlaub sein. Wir müssen es genießen. Wir wissen nicht, wie man das Leben genießen kann. Sie sorgen dafür, daß man das Leben nicht genießen kann.

Denn sobald man das Leben genießt, bist du für sie in der falschen Richtung. Sie wollen nicht, daß du Gefühle hast. Sie wollen nicht, daß du Liebe empfindest. Sobald ihr Liebe habt - was die mächtigste Sache ist, die das Universum uns gibt - bist du nicht mehr nützlich für sie. Dann bist du in ihren Augen falsch, und du mußt sofort still sein.

Du mußt einfach ein Roboter sein, der sie respektiert und für ihre Ziele arbeitet. Die Mehrheit der Menschen arbeitet für sie. Das ist ein Problem. Sie arbeiten nicht für sich selbst, sie arbeiten nicht für ihr eigenes Land. Das ist die Ursache der Armut. Nummer eins der Millenniums-Ziele ist es, die Armut zu beseitigen. Das ist absoluter Schwachsinn, weil sie es überhaupt nicht respektieren. Es gibt mehr Armut denn je!

Das Desaster an den Schulen ist schlimmer denn je, denn in den Schulen kontrollieren sie die Kinder. Wenn man in der Schule nicht frei ist und du nur zu einem Roboter erzogen wirst, bist du in ihren Händen. Du kannst nicht frei sein, weil du das System respektierst.

Ich möchte diesen Punkt nochmal unterstreichen: Wir wissen nicht, was Leben bedeutet, und das ist genau das, wonach sie suchen. Nimm zum Beispiel deinen Beruf, du bist Anwalt. Du verteidigst einen Mann gegen einen anderen. Aber im normalen Leben, wie auf den Marshall-Inseln, gibt es das nicht.

Reiner Füllmich: Denn man braucht kein System von den Regeln für die Gerechtigkeit.

Calin Georgescu: Ganz genau. Mein Anliegen an euch ist es, zu verstehen wie man sein Bewußtsein erweitern kann und wie ich am Bewußtsein des Universums teilhaben kann. Dann brauchen wir keine Anwälte

Reiner Füllmich: oder Politiker.

Calin Georgescu: oder Politiker. Im Allgemeinen haben diejenigen, die in die Politik gehen keine Ahnung. Wenn du ihn fragst: "Was machst du da?"

Reiner Füllmich: Das gilt im Grunde für alle Politiker, die in den letzten 30 Jahren gewählt wurden. Davor mag es anders gewesen sein. Sie haben sie mit ihrer Young Global Leaders-Programm und dem Einfluß des Weltwirtschaftsforums auf die Vereinten Nationen, völlig unter ihrer Kontrolle. Dieser Einfluß hat es ihnen möglich gemacht alle Schichten der Gesellschaft zu infiltrieren mit ihren eigenen Leuten.

Calin Georgescu: Das ist richtig. Absolut richtig.

Reiner Füllmich: Mit ihren Marionetten.

Calin Georgescu: Das heißt aber nicht, daß wir die Situation so belassen müssen. Wir müssen mutig sein und sie ändern. Ja, wir müssen uns in der Politik engagieren denn dort können wir diese Situation ändern. Die Menschheit hat heute eine große Chance. Es ist eine Chance für uns, aufzuwachen. Es ist eine Chance, unser Leben zu überdenken wie es vom Schöpfer für jeden von uns gedacht war vom Beginn der Menschheit an.

Ansonsten ist es klar, daß die Menschheit verschwindet. Einstein sagte über die Atomkraft und ihr wißt sehr gut, was sie im Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Die Wissenschaft wurde gegen den Menschen eingesetzt. In dem Moment, in dem sie das benutzen, ist es das Ende der Menschheit. Es ist klar, daß wir uns in die falsche Richtung bewegen, wir sind definitiv in die falsche Richtung unterwegs. Wir müssen aufhören, sonst wird es eine Katastrophe.

Sie kommen jetzt mit dem Klimawandel, sie kommen mit dem Kohlenstoffkredit, Dinge die es gar nicht gibt.

Dr. Reiner Füllmich: Hier geht es nur um Geld, denn durch den Zwischenstaatlichen Aus-

schuß für Klimaänderungen, schaffen sie mehr Geld aus dem Nichts für sich selbst, indem sie einfach die Leute anlügen über Klimawandel anlügen den es gar nicht gibt. Ich sage das, weil der Gründer von Greenpeace, der mehrere Abschlüsse hat, einen davon in Biologie, hat uns sehr detailliert erklärt, daß der Klimawandel ein Mythos ist.

Calin Georgescu: Um Angst zu verbreiten. Um dich anzuklagen.

Dr. Reiner Füllmich: Das ist immer das Hauptproblem: Angst. Das ist es, was sie benutzen. Um uns in Angst zu halten, müssen sie alle ihre kleinen Werkzeuge in ihrem Werkzeugkasten haben. Corona, der Virus, die Pandemie, Nahrungsmittelknappheit, Klimawandel globale Erwärmung all das. Das ist alles ein Mythos, erfunden von den Oligarchen, damit sie Geld machen können und uns unter Kontrolle zu halten. Ist das die kurze Version von dem, was du sagst?

Calin Georgescu: Ganz genau. Wie können wir die Menschen kontrollieren? Man kontrolliert sie, wenn du das wichtigste Gefühl benutzt. Wenn du diese Emotion kontrollierst, bist du der Boss. Und die Menschen bleiben in dieser Situation stecken. Sie verstehen nicht, daß dies kein Teil des Lebens ist. Normalerweise gibt es so etwas nicht. Angst im Allgemeinen sollte es nicht geben, nur Mut. Mut bedeutet, einen ersten Schritt zu machen zum Bewußtsein. Sie kontrollieren dies, weil sie wissen, daß die Menschen nicht die Macht haben zu verstehen, wer sie sind.

Dies war ihre wichtigste Investition in der Welt. Die Gesellschaft braucht dich nicht, um weise zu sein, denn wenn du weise bist, wirst du nach Freiheit suchen. Ihre Gesellschaft braucht dich nicht um frei zu sein, denn wenn du frei bist, wirst du Fragen haben. Du wirst ein Rebell sein, du wirst ein Löwe sein. Und das brauchen sie nicht. Sie brauchen Duckmäuser. Sie brauchen Schafe.

Dr. Reiner Füllmich: Angst ist das ultimative Instrument der Kontrolle. Während meines gestrigen Vortrages habe ich auf die Frage angespielt, die Hermann Göring nach dem Krieg gestellt wurde, Sie fragten ihn: "Wie war es möglich, daß Sie aus einem Volk von Dichtern, Wissenschaftlern und Schriftstellern in Ungeheuer verwandelten?"

Und er sagte: "Oh, es braucht nicht viel, es macht keinen Unterschied, ob es eine kommunistische oder eine kapitalistische Gesellschaft ist. Das Einzige, was man braucht, ist Angst." Ganz genau und für die Angst benutzen sie die Pandemie gerade jetzt. Und dann das nächste Werkzeug aus ihrem Werkzeugkasten und dann das nächste und dann das nächste. Denn nur wenn die Menschen in Angst gehalten werden befolgen sie Befehle.

Calin Georgescu: Sie sind alle an ihren Geräten (Anmerkung: Handys). Das Gerät bedeutet alles. Das Gerät ist schon dein Leben. Das macht uns viele Probleme, denn dann gibt es keine Kommunikation zwischen uns.

Dr. Reiner Füllmich: Es trennt sie vom Leben.

Calin Georgescu: Total, und das ist genau das, was die Oligarchen wollen. Übrigens, diese Lockdowns, was ein krimineller Akt ist, waren ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dr. Reiner Füllmich: Ich stimme zu 100 % zu.

Calin Georgescu: Weil du die Kinder dazu bringst, daß sie die meiste Zeit des Tages am Computer sitzen. Sie sind völlig abhängig von diesem System. Von dem Moment an, ist es wie eine Droge. Und du hast keine Unterhaltung mit ihm, weil sein Leben dort ist. Unser virtuelles Leben ist da. Und du als Vater oder Mutter versuchst, an sein Herz heranzukommen, und du kannst es nicht, denn er ist dort und du bist hier.

Dr. Reiner Füllmich: Manche Eltern versuchen nicht einmal mehr, das zu tun. Ich habe gestern Morgen ein Paar gesehen im Restaurant. Sie wollten sich nicht mit ihren Kindern beschäftigen. Sie hatten diese Computerspiele vor sich, die eine ganze Menge Lärm machten, und das ist es, was eine Unterhaltung ersetzt. Aber es ist kein Gespräch, weil du mit einer Maschine zusammenarbeitest. Das ist ein weiterer Schritt in Richtung Transhumanismus.

Calin Georgescu: Das Ende des Transhumanismus ist Post-Transhumanismus, was eine äußerst katastrophale Situation für die Menschheit wäre. Der Transhumanismus ist nur ein Übergang zum Roboter. Wir müssen also "Nein" sagen. Das ist meine Botschaft an die Menschen, sie müssen "Nein" sagen. Sie müssen dieses einfache Wort benutzen: "Nein". Sag NEIN!

Dr. Reiner Füllmich: "Nein, ich willige nicht ein!"

Wenn du also letztendlich sagst, wir müssen "Nein" sagen, sagst du, wir müssen "Nein" zur UN sagen. Weil sie in Wirklichkeit die Oligarchen sind. Und wenn sie über Frieden reden, reden sie über Krieg, weil sie sich für den Krieg interessieren, da das eine gute Möglichkeit ist, Geld zu verdienen. ... Wenn sie über Reichtum sprechen und wirtschaftliche Freiheit für alle, dann reden sie über Armut, weil Menschen in Armut zu halten, bringt ihnen Geld. Es geht um totale Kontrolle.

Calin Georgescu: Wußtest du, daß heute offiziell mehr als 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen müssen? Alle diese Oligarchen sind miteinander verbunden mit dem System der Pädophilie. Wir wissen daß mehr als acht Millionen Kinder verschwinden jedes Jahr. Acht Millionen ist die gesamte Bevölkerung von Österreich.

Sie verschwinden spurlos, einfach so. Dieser kriminellen Handlung muß Einhalt geboten werden. Es hört auf, wenn die Menschen ein Bewußtsein dafür bekommen und verstehen, daß dies nicht ihr Leben ist. Sonst sind wir nicht in der Lage, von der Natur zu lernen. Wir haben einen fantastischen Planeten erhalten mit fantastischen Ressourcen, und wir zerstören ihn komplett. Alles wird aus Gier getan. Das ist der Grund, warum wir keine natürlichen Ressourcen haben, weil wir alles für unsere Gier nehmen.

Reiner Füllmich: Sie versuchen, unsere Ressourcen zu monopolisieren. Das geht sehr weit. Wir haben von einigen der Menschen gelernt, die wir interviewt haben, daß sie sogar versuchen, die Luft zu monopolisieren.

Calin Georgescu: Mit dem Wasser ist es das gleiche. Ich präsentiere das auch meinen Studenten und auch bei den Vereinten Nationen. Ich habe darüber einen Bericht geschrieben. Ich sagte: Es ist falsch, eine Plastikflasche auf dem Tisch zu haben. Erstens, weil es in Plastik ist, was nicht natürlich ist. Nummer zwei, weil Wasser an jedem Ort, in jedem Haus, in jedem Restaurant, kostenlos sein muß. Frei. Und wie kann man auf die Idee kommen, Geld zu verdienen mit etwas Natürlichem? Das ist für alle. Es ist nicht nur für sie.

Reiner Füllmich: Aber wir haben uns schon daran gewöhnt, was das Wasser betrifft. Ich frage mich, ob sich die Menschen daran gewöhnen werden, daß sie die Luft nur dann konsumieren können, wenn sie dafür bezahlen.

Calin Georgescu: Ja, natürlich, sie wollen an diesem Punkt ankommen.

Reiner Füllmich: Die Antwort auf alles ist also, sich mit der Natur zu verbinden, anstatt sich mit der UN und ihren Marionetten zu verbinden.

Glaubt nicht, was diese Leute euch erzählen - die Leute, die euch die ganze Zeit über getäuscht haben. Glaubt an das, was die Natur uns zu bieten hat.

Calin Georgescu: Sei du selbst. Ich meine: Sei du selbst, bevor jemand anderes sagt, wer du bist. Wisse, wer du bist, bevor jemand anderes dir sagt, wer du bist.

Abmoderation: Sich als Teil der Natur, der Schöpfung, zu erleben und dies als die eigentliche Normalität wieder zu entdecken, erscheint gerade in den aktuellen Herausforderungen ein wichtiger Pol zu sein, um Energie zu tanken und in der Balance zu bleiben. Nicht minder wichtig, ja existentiell überlebensnotwendig, scheinen gesunde Beziehungen und Familien zu sein, mit Zeit für die Kinder, damit diese nicht der Digitalisierung oder gar der Pädophilie zum Opfer fallen.

Und lehren uns die gigantischen, im Interview dargelegten Herausforderungen nicht auch, wie sehr wir uns als Menschheitsfamilie brauchen, in gegenseitiger Verantwortlichkeit füreinan-

der? Sprechen Sie mit Ihren Nächsten, also Freunden, Bekannten, Arbeitskollegen usw. über die Inhalte dieses Interviews und bilden Sie Netzwerke. Haben Sie den Mut, klein anzufangen und kontinuierlich zu wachsen, bis wir miteinander und geschlossen "Nein" sagen zu dieser perfiden Agenda der UNO.<<

12.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. März 2023:

>>Der neue Vahrenholt: Faktenhammer gegen Klima-Wahn

Von Sven Reuth

Fritz Vahrenholts neues Buch ist eine grandiose Abrechnung mit einer einseitigen Klimawissenschaft wie auch mit einer geradezu verrückten Energiepolitik, die Deutschland in die Armut führt. ...

Man soll bekanntlich vorsichtig sein mit Superlativen, aber was sich gut zwölf Monaten an den Strommärkten abspielt, kennt keine Parallelen. Ende August 2022 durchbrach der Preis die zuvor für unerreichbar gehaltene Schwelle von 1.000 Euro pro Megawattstunde. Damit hatten die Notierungen gegenüber den vorherigen Normalwerten um 3.000 Prozent zugelegt. Das überstieg sogar noch die Verhältnisse am Gasmarkt, wo sich die Preise in der Spitze verzehnfachten.

Die Deindustrialisierung läuft

Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres sind die Preise zwar wieder etwas zurückgekommen. Dennoch sind sie viel zu hoch, als daß Deutschland als Industriestandort noch eine Zukunft haben könnte. Die Meldungen über Betriebsverlagerungen, Standortschließungen und Stellenabbaupläne häufen sich - egal, ob man nach Aachen und Köln zu Ford, nach Ludwigshafen zur BASF oder nach Herzogenaurach zu Schaeffler schaut. Auch die Privathaushalte leiden schwer, viele von ihnen fallen wegen der extremen Energiepreise unter das Existenzminimum.

So kann das auf keinen Fall weitergehen, sagt Fritz Vahrenholt, einer von Deutschlands bekanntesten Energie-Experten. Von 1991 bis 1997 war er Umweltsenator in Hamburg, dann übernahm er im Vorstand der Deutschen Shell den Bereich der Erneuerbaren Energien. Von 2001 bis 2007 leitete er als Vorstandsvorsitzender das Windenergieunternehmen Repower Systems, es folgten weitere vier Jahre als Vorstandsvorsitzender des RWE-Tochterunternehmens RWE Innogy.

Schon seit längerer Zeit übt Vahrenholt in verschiedenen Publikationen sowie in zahlreichen Interviews und Artikeln eine pointierte Kritik an der sogenannten deutschen Energiewende. In seinem neuen Buch "Die große Energiekrise: ... und wie wir sie bewältigen können" zeigt der frühere Top-Manager aber auch auf, welchen Weg es aus dieser Mega-Krise noch gibt.

Deutsche Gas-Reserven nutzen

Dabei plädiert Vahrenholt - ganz im Gegensatz zum energiepolitischen Kurs der Ampel-Regierung - für Technologieoffenheit als eine unabdingbare Voraussetzung zur Lösung der Energiekrise. Mit der alleinigen Präferenz für die Erneuerbaren manövrierte sich Deutschland in eine Sackgasse.

Die Ampel und viele selbsternannte Klimaschützer müßten nur ihre Schützengräben verlassen und sich für neue Technologien öffnen, um die Situation zu verbessern. Als Beispiel nennt Vahrenholt die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung, aber auch den Neubau von Atomkraftwerken. Gerade die Nukleartechnologie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nochmals enorm weiterentwickelt, was die Agitation der AKW-Gegner mittlerweile völlig substanzlos werden läßt.

Vahrenholt schlägt außerdem vor, die deutschen Gasreserven zu heben, statt überteuertes US-amerikanisches Fracking-Gas zu importieren.

Verdrängte Zyklen des Klimas

Auch Fracking im eigenen Land sollte kein Tabu sein, denn in Österreich wurde mittlerweile eine umweltschonende Fracking-Methode entwickelt, deren Anwendung in Deutschland und Europa weit besser wäre als der Import des unter teilweise haarsträubend umweltschädlichen Methoden gewonnenen Fracking-Gases aus dem Mittleren Westen der USA. Die Alternative, die derzeit leider gerade schon tagtäglich zu einer äußerst unschönen Realität wird, ist die schnelle Deindustrialisierung Deutschlands. Wollen wir diesen Preis wirklich zahlen?

In dem neuen Buch Vahrenholts finden sich außerdem wieder zahlreiche Betrachtungen zu bislang noch unzureichend geklärten Klima-Phänomenen, die möglicherweise starken Einfluß auf das Weltklimahaben, die in den meisten Debatten aber skandalös unterbelichtet bleiben. So klärt Vahrenholt seine Leser über das hochinteressante Phänomen der Atlantischen Multi-dekaden-Oszillation auf, die dafür gesorgt haben könnte, daß das Klima von der Mitte der 60er Jahren bis zur Mitte der 80er Jahre sehr viel rauher war als heute. Zur Erinnerung: Damals gab es auch in deutschen Zeitungen ständig Spekulationen darüber, ob bald eine neue Eiszeit beginnen würde.

Fritz Vahrenholt beschließt sein Buch mit 20 Thesen, wie wir aus der Energiekrise herauskommen können. Für jeden, der an Fragen des Klimas wie auch an grundlegenden Fragen unseres Energiesystems interessiert ist, ist es ein großes Lesevergnügen sowie eine wichtige Wissenserweiterung.

Eine falsche Energiepolitik gefährdet die tägliche, sichere Versorgung mit Energie, führt zu Wohlstandseinbußen der privaten Haushalte und vernichtet industrielle Arbeitsplätze, die im internationalen Wettbewerb stehen. Die Antwort auf die drängenden Energiefragen unserer Zeit muß eine technologische Energie-Offensive in Deutschland sein, die alle Alternativen einbezieht, von der Schiefergas-Förderung über die CO₂-freie Nutzung heimischer Braunkohle bis zur Entwicklung einer neuen Generation sichererer Kernkraftwerke. ...<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. März 2023: >>Putin legt Schriftverkehr zu Nord-Stream-Attentaten offen

Rußland wird seinen Schriftverkehr mit Deutschland, Dänemark und Schweden zu den Ermittlungen zu den Anschlägen auf die Gaspipelines Nord-Stream 1 und 2 dem UN-Sicherheitsrat unterbreiten. ...

Dies erklärte der russische Diplomat Dmitri Poljanski am 9. März in einem Interview mit Jackson Hinkle auf dem YouTube-Kanal The Dive. Poljanski äußerte:

"Die genannten Länder verweigern Rußland jeglichen Zugang zu Informationen wie auch jegliche Beteiligung, obwohl es die betroffene Partei ist. Wir müssen an den Ermittlungen teilnehmen, bekommen jedoch nur Briefe, in denen steht, daß andere Länder sich damit beschäftigen und wir uns um eigene Angelegenheiten kümmern sollten. Um transparent zu sein, werden wir demnächst diesen Briefwechsel veröffentlichen und ihn den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates unterbreiten."

UN-Abstimmung Ende März

Der UN-Sicherheitsrat soll über die Resolution zu den internationalen Ermittlungen um die Sabotage an den Pipelines voraussichtlich Ende März abstimmen, so Poljanski. Die vorläufige Abstimmung des Resolutionsentwurfes komme jedoch schlecht voran, zitiert ihn die Zeitung RBK.

Explosionen hatten Ende September 2022 vor der dänischen Ostsee-Insel Bornholm vier Lecks in die beiden Pipelines gerissen. Die Diskussion über den Vorfall wurde nun neu entfacht, nachdem der US-Journalist Seymour Hersh unter Berufung auf eine anonyme Quelle geschrieben hatte, daß US-Marinetaucher für die Explosionen in der Ostsee verantwortlich wären.

Viele Dementis - aber Rußland bleibt außen vor

Washington nannte die Veröffentlichung eine Lüge. Der Kreml beklagte, daß Rußland daran gehindert werde, sich an der Untersuchung zu beteiligen. Die New York Times wiederum berichtete kürzlich, es gäbe Erkenntnisse, die darauf hindeuteten, daß eine pro-ukrainische Gruppe den Angriff auf die Pipelines im vergangenen Jahr verübt haben soll. Michail Podoljak, Berater im ukrainischen Präsidentenbüro, erklärte freilich, die Ukraine habe nichts mit dem Vorfall zu tun.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ...<<

13.03.2023

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. März 2023: >>Warum ignorierten die USA alle "roten Linien"?

Der Rußland-Ukraine-Konflikt hat eine 30jährige Vorgeschichte. In ihr haben USA und NATO zahlreiche Vereinbarungen mit Rußland gebrochen und Angebote zur Zusammenarbeit zurückgewiesen. ...

_ Von Robert Wiesmeier

Es gibt zwei große, aber konträre Narrative zu den Ursachen des Ukraine-Krieges. Der Westen meint, Putin sei ein imperialistischer Tyrann und wolle das alte Zarenreich durch einen willkürlich und ohne jede Vorwarnung geführten Überfall wiederherstellen, und die Ukrainer hasse er ohnehin. Dagegen steht die Ansicht, die gewaltige Ausdehnung der NATO seit Gorbatschow habe die Sicherheit Rußlands zunehmend bedroht, bis sich die Lage zu einer Existenzgefährdung entwickelt habe: zunächst durch den Maidanputsch, dann durch die Aussicht, die NATO könne sich auch die Ukraine einverleiben.

Die Analyse von hunderten Wikileaks-Dokumenten zeigt, daß die USA seit den Neunziger Jahren genau über die roten Linien Rußlands informiert waren und auch von den eigenen Beratern immer wieder auf das Risiko hingewiesen wurden. Kurzum, sie haben mit voller Absicht den Krieg erzwungen.

Sicherheitsfrage damals und heute

Der Terminus Sicherheit wird oft bemüht, wenn Großmächte ihre Handlung rechtfertigen wollen. Was bedeutet er aber, wenn sich zwei große Atom-Mächte gegenüberstehen? In der Phase des Wettrüstens während des Kalten Krieges hatten beide Rivalen erkannt, daß Sicherheit und Frieden nur erreicht werden könne, wenn die "gesicherte wechselseitige Vernichtung" gegeben sei: Gleichgewicht des Schreckens, atomares Patt. Lange Vorwarnzeiten reduzieren das hohe Risiko eines Fehlalarms. Der Atomkrieg wird also gewonnen (oder verloren), ohne geführt zu werden.

Gelingt einer Partei ein Kippen des Gleichgewichts, so muß der Unterlegene jede unbillige Forderung nach Entwaffnung, Deindustrialisierung, Ausbeutung oder Handelsvorteilen akzeptieren wie nach einer bedingungslosen Kapitulation. Bis 1991 wurde durch Abkommen erreicht, dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau einzupendeln: Begrenzung der Reichweiten, der Stationierungsorte, der Zahl der Trägersysteme, und, besonders wichtig, Zahl und Ort der Stationierung von Anti-Raketensystemen.

Die Begrenzung der Abwehrsysteme ist von zentraler Bedeutung: Verfügt einer der Kontrahenten über ein effektives Abwehrsystem, dann ist die "wechselseitige Vernichtung nicht mehr gegeben und ein Angriff mit Kernwaffen ist wieder ohne Suizid möglich.

NATO-Osterweiterung seit 1990

Es war deshalb durchaus nicht gleichgültig und "zumutbar", daß sich die NATO seit 1990 um einen halben Erdteil nach Osten ausbreitete, wichtige Abrüstungsabkommen kündigte und im Vorfeld Rußlands (in Polen und Rumänien) Abwehrsysteme installiert hat. Das Gleichgewicht war nicht länger gewahrt! Damit haben die USA in grandioser Leichtfertigkeit die Situation

von 1962 wiederholt, als Chruschtschow auf die NATO-Kernwaffen in der Türkei mit der Stationierung gleichartiger Systeme auf Kuba antwortete.

Wie konnte es dazu kommen? Was hatten die Entscheidungsträger in den USA vor? Haben sie einfach darauf vertraut, die "einzige Supermacht" zu sein, und angenommen, Rußland sei nun geschwächt genug, so daß die USA (wie unter Jelzin) folgenlos die Hand auf die Rohstoffe des Landes legen könne? Haben die "Eliten" jahrzehntlang die Situation einfach falsch eingeschätzt und niemand hat sie auf die Gefahren hingewiesen? Leichtfertigkeit oder vorsätzliche Aggressivität zwecks Erhaltung und Ausbau des US-Hegemonialbereiches?

Neue Erkenntnisse durch Julian Assange

Durch die gezielte Analyse der geheimen Dokumente, die von Julian Assange veröffentlicht wurden, können jetzt Argumente zur Diskussion gestellt werden. Es scheint, daß die USA vielfache Informationen und Warnungen verzeichnen konnten, daß Rußland die fortdauernde NATO-Erweiterung als große Bedrohung und Herausforderung einordne. Die Bestrebungen des Westens bezüglich der Ukraine seit 2004 und 2014 werde im Besonderen als Rote Linie angesehen.

Bereits Jelzin hatte diesen Standpunkt gegenüber Bill Clinton vertreten, die DUMA und führende Kreise Rußlands, auch die Liberalen, schlossen sich an. Das Mißtrauen Rußlands wurde durch den Jugoslawienkrieg (1999) angefacht, den die NATO ohne Mandatierung durch die UNO ausgelöst hatte. Der Exzeptionalismus der Entscheider in den USA kam voll zur Geltung in der Erklärung, "von nun an" werde sich das NATO-Imperium zu Kriegen "selbst mandatieren". Rußland brach daraufhin die Beziehungen zur NATO ab.

Der neue Präsident Putin nahm mehrere Jahre lang eine wohlwollende und unverkrampfte Haltung gegenüber der NATO und den USA ein. Er favorisierte Gorbatschows Vision vom "gemeinsamen Haus Europa". Er nahm die Beziehungen zur NATO wieder auf, ratifizierte den START-2-Vertrag und vertrat sogar selbst die Idee einer NATO-Erweiterung:

Da der NATO ja keine feindselige UdSSR mehr gegenüberstünde, könnte sie sich doch von einer militärischen und aggressiven in eine politische Organisation entwickeln und zu einem Rückgrat der Kooperation USA-Europa-Rußland werden. Rußland könne schließlich selbst dem Bündnis beitreten. Mit dieser versöhnlichen Politik stellte sich Putin frontal gegen die russische politische Kaste und nahm massive Anfeindungen in Kauf.

Allerdings beharrte auch PUTIN darauf, die Ausdehnung einer militärisch offensiven und bedrohlichen NATO-Erweiterung sei inakzeptabel: "... eine Bedrohung für Rußland, eine Destabilisierung Europas und der ganzen Welt!".

Noch 2002 unterstützte Putin im "NATO-Rußland-Rat" gegenüber dem Präsidenten Bush die Idee einer friedlich-konstruktive Erweiterung. Berlusconi pflichtete bei: Rußland müsse als Teil der NATO-Familie gesehen werden und es spreche nichts gegen Putins Vorbehalt, einer Erweiterung müsse eine Vereinbarung zwischen NATO und Rußland vorausgehen.

Zahlreiche Mahner vor Ost-Erweiterung

Eine der Wikileaks-Depeschen (2007) stammt von dem Kreml-Kritiker Andrej Kortunow, heute Generaldirektor der Russ. Intern. Affairs Council. Er wies auf Fehler und antirussische Initiativen der USA hin, auch auf die Invasion im Irak, die mangelnde Würdigung der entgegenkommenden Haltung Rußlands, die Kündigung des ABM-Vertrages und die NATO-Ausdehnung. Es folgten zahlreiche massive Warnungen der Verbündeten vor der NATO-Erweiterung, besonders im Hinblick auf Georgien und die Ukraine.

Maurice Gourdault-Montagne, Berater des französischen Präsidenten warnte 2005: "Wenn es in Europa noch einen potentiellen Kriegsgrund gäbe, dann sei dies die Ukraine." Zahlreiche andere hochrangige Politiker Frankreichs mahnten, schon die Absicht, Georgien oder der Ukraine könnten Avancen zu einer NATO-Verbindung gemacht werden, sei "das unbedachte Überqueren russischer Stolperdrähte".

Auch aus Deutschland kamen gleichlautende Signale. Ein Ausgreifen auf die Ukraine sei besonders bedenklich: "Während Georgien 'nur ein Käfer auf der Haut des Bären' sei, sei die Ukraine seit über tausend Jahren untrennbar mit Rußland verbunden", so Sicherheitsberater Rolf Nickel, Italien stieß ins gleiche Horn; Norwegens Außenminister Gahr Stohre teilte mit, er "verstehe die Einwände Rußlands, die NATO müsse die Beziehungen zu Rußland normalisieren".

Eindeutige Signale: NATO-Osterweiterung ist Einkreisung Rußlands

Der US-Gesandte in Moskau William Burns teilt als Resumé zahlreicher Gespräche mit russischen und US-amerikanischen Denkern und Politikern die Auffassung, daß die "NATO-Erweiterung und die Stationierung der Raketenabwehrsystemen in Rußland als inakzeptable Einkreisung aufgefaßt" werde.

Russische Intellektuelle und Wissenschaftler aus den unterschiedlichsten politischen Lagern erklären, "die vorbehaltlose Unterstützung der US-Interessen nach 9/11 durch Rußland sei vom Westen feindselig und rücksichtslos mit der NATO-Erweiterung, US-Systemen in Rußlands Hinterhof und massiver Einwirkung mit Dollarmilliarden in der Ukraine und in Georgien quitiert worden. Legitime Interessen Rußlands blieben unberücksichtigt".

Burns warnte vor dem Abgleiten in eine "klassische Konfrontationshaltung" mit Rußland. Im März 2008 legte er nach: Einer der wenigen Bereiche, in denen zwischen den Entscheidern, den Beratern und Experten und der informierten Öffentlichkeit in Rußland eine einheitliche Meinung bestünde, sei die strikte Ablehnung der NATO-Osterweiterung, insbesondere in die Kernlande Ukraine und Georgien. Würde die Politik der Einkreisung fortgesetzt, so würde der bis dahin feste Wunsch der russischen Militärs nach einer Zusammenarbeit mit der NATO erlöschen.

Fast ein halbes Hundert von Depeschen von russischen Beamten, Diplomaten, Abgeordneten und auch vom Präsidenten selbst beschreibt die Osterweiterung als "besorgniserregend" und "alarmierend", es sei eine "Sicherheitsbedrohung", und es wurden Spannungen an den Grenzlinien vorausgesagt. Außenminister Lawrow und Botschafter Burns nahmen in gemeinsam verfaßten Depeschen gegen die NATO-Ausweitung Stellung, Schwergewicht der Argumentation liegt wieder auf Ukraine + Georgien.

Burns warnt nachdrücklich, der Versuch, die Ukraine in die NATO zu integrieren, würde "Moskau dazu veranlassen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen". ...<<

14.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. März 2023: >>Homo s@piens - Google und der Transhumanismus

Google-Chefentwickler Ray Kurzweil will als Mensch-Maschine-Wesen unsterblich werden.

...

_ Von *Jonas Glaser*

Ray Kurzweil ist vielleicht der fanatischste Vertreter des Transhumanismus. Vielleicht, weil ihn selbst die existentielle Tragik des Menschseins (Verletzlichkeit, Sterblichkeit) tief bedrängt und er deswegen in dessen Überwindung einen Fortschritt erhofft. Angeblich schluckt er täglich 250 Nahrungsergänzungsmittel. Vor zehn Jahren, also 65-jährig, versicherte er: Dank dieser Pillen verfüge er über den Körper eines 40-Jährigen. Seine damalige Prognose für das Jahr 2023:

"In fünfzehn Jahren, wenn ich chronologisch 75 Jahre alt bin, möchte ich biologisch 38 sein. Dann werden wir unsere Biochemie neu programmieren können, und später kommen die Nanobots, winzige Roboter, die wir in unseren Blutkreislauf einspeisen."

Außerdem möchte Kurzweil sein Leben so weit verlängern, bis die KI-Technik ihm Unsterblichkeit verleihen und sein Bewußtsein auf Festplatte downloaden kann. 2008 sagt er:

"Mit dem heutigen Wissen können selbst Angehörige meiner Generation in fünfzehn Jahren

noch bei guter Verfassung sein. Dann wird es möglich sein, unser biologisches Programm durch Biotechnologie zu modifizieren, was uns lange genug leben lassen wird, bis uns die Nanotechnologie befähigt, ewig zu leben."

Nur durch Digitalisierung werde das Bewußtsein unsterblich:

"Dem Gehirn, obschon in vielerlei Hinsicht beeindruckend, sind klare Grenzen gesetzt. ... Ebenso ist auch unser biologischer Körper in seiner derzeitigen Version gebrechlich und fehleranfällig, ganz zu schweigen von den mühsamen Instandhaltungsroutinen, die er erfordert."

Beherrscher des Todes

Schon früh hatte Kurzweil der biologischen Gebrechlichkeit den Krieg erklärt. 1948 im New Yorker Stadtteil Queens geboren, erfand der junge Informatik-Crack bereits Anfang der 1970er die Kurzweil Reading Machine. Die verwandelt Drucktexte in akustische Zeichen und macht sie damit auch für Blinde verstehbar. Eine Übersetzung in Blindenschrift war fortan nicht mehr nötig. Diese Erfindung führte zu einer Freundschaft zwischen Kurzweil und dem blinden Soul-Musiker Stevie Wonder. Der feuerte ihn an, den Kurzweil K250 zu erstellen, einen Synthesizer, der die Klänge zahlreicher Instrumente künstlich erzeugen kann. 1984 erreichte er die Marktreife. Wonder erhielt eine Extra-Anfertigung dieses Synthesizers, die auf Sprachkommandos hörte.

2002 wettete Kurzweil auf seiner Website longbets.org: "Ich werde eine KI erschaffen, die den Turing-Test bestehen kann" - also Antworten auf Fragen gibt, bei denen eine Kontrollperson nicht mehr unterscheiden kann, ob sie von einem Menschen oder einer Maschine kommen.

Kurzweil, von Bill Gates als "führender Experte im Bereich der Künstlichen Intelligenz" bezeichnet, wurde 2012 zum Chefentwickler von Google berufen. Im folgenden Jahr gründete der Konzern ein Subunternehmen namens Calico (California Life Company). Deren Ziel: "den Tod zu beseitigen". Als Chief Executive Officer von Calico erklärte er 2015: "Wenn Sie mich heute fragen, ob es möglich ist, 500 Jahre alt zu werden, so lautet die Antwort: ja!"

Wieder einmal soll die Menschheit glauben, daß mythische Träume auch auf Erden realisierbar seien. Im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kritisiert Kurzweil die Todesverdrängung des Menschen: Weil er sein Bewußtsein nicht als endlich begreife, aber dennoch um das unausweichliche Ende wisse, fantasiere er sich eine Weiterexistenz im Jenseits herbei oder suche nach philosophischen Gründen, "warum der Tod etwas Positives und Befreiendes ist und es nicht gut wäre, das Leben ins Unendliche zu verlängern.

Die Verdrängung der Tatsache, daß der Tod eine unermeßlich schreckenerregende Vorstellung ist - ganz zu schweigen von dem Leiden, das damit einhergeht -, ist weit verbreitet. Wir hängen an unseren Rationalisierungen, die es uns erlauben, im Angesicht der heraufziehenden Tragödie weiterzumachen. Solange wir keine Alternative hatten, war das vernünftig. Heute haben wir allerdings eine Alternative." Kurzweil meint natürlich die Digitalisierung des Bewußtseins.

Hier ließe sich einwenden, daß die Evolution unsere Psyche auf Endlichkeit zugeschnitten hat. Ein unbegrenztes Fortdauern würde sie nicht ertragen, wie John Boorman in dem Sci-Fi-Film Zardoz (1974) zeigt, in dem jahrhundertealte Menschen ihre Mörder als Befreier bejubeln. Das Bewußtsein oder gar die ganze Psyche müßten nicht nur durch Digitalisierung vor dem Verfall geschützt, sondern auch für das Ertragen einer endlosen Existenz umprogrammiert werden.

Das aber ist für Kurzweil kein Problem, denn evolutionäre Programme lassen sich aus seiner Sicht - der eines angemessenen Schöpfers - korrigieren. In seinem Buch Homo S@piens. Leben im 21. Jahrhundert - Was bleibt vom Menschen? (1999) heißt es:

"Letztlich geht es darum, den informationsverarbeitenden Vorgängen, die hinter den Erkrankungen, der Reifung und der Alterung des Organismus stecken, auf die Spur zu kommen und

so Mittel zu finden, Fehlentwicklungen der Evolution zu korrigieren und Verbesserungen vorzunehmen."

Kurzweil begreift die Biologie als Variante der Informatik, wenn er die DNA zur "Software der Evolution", zum leistungsfähigen "Festspeicher" erklärt, "der die gewaltige Maschinerie des Lebens steuert". Wie den digitalen Code von eins und null hält er auch den genetischen Code der vier Basen Adenin, Cytosin, Guanin und Thymin für neu programmierbar - und damit auch mentale Prozesse. Selbst die räumliche Begrenzung des Menschen durch seinen Körper ist in seinem transhumanen Digitalismus aufgehoben. Daten lassen sich in Sekundenschnelle um den Globus jagen, das bedeutet Aufhebung von Krankheit, Schmerz, Tod und Begrenzung.

Gott spielen

Sind das nicht die klassischen Versprechungen von Religionen? Kurzweil räumt eine Ähnlichkeit zwischen Großreligionen und Transhumanismus ein, aber behauptet, seine Ideen gründeten "nicht auf Glauben, sondern auf wissenschaftlicher Betrachtung technologischer Trends und auf Untersuchungen, warum sich Technologie in bestimmter Weise entwickelt und inwiefern sie eine Fortsetzung der Evolution ist, die sie erst hervorgebracht hat".

Religionen, so Kurzweil, drückten nur "die Vorahnung aus, daß wir irgendwann die Mittel besitzen würden, die Beschränkungen der Sterblichkeit tatsächlich zu überwinden. Ihre Begründer hatten keine Ahnung, wie das gehen sollte, aber sie wußten, daß es einen Weg geben mußte." Aber Kurzweil kennt den Weg ...<<

15.03.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25427" berichtet am 15. März 2023 (x1.253/...): >>**Bürger von Oxford: Zukünftig in Käfighaltung mit begrenztem Auslauf**

Daß das WEF die sogenannte Covid-Pandemie dazu genutzt hat, massive Einschränkungen für die Bürger durchzusetzen, war gut erkennbar. Aber auch im Zuge des angeblichen Klimanotstandes sollen diese weiter ausgebaut werden. Zuletzt sorgte hierbei das Konzept der 15-Minuten-Städte für Schlagzeilen.

In dystopischen Science-Fiction-Romanen sind Städte oder Landstriche zum Teil in Zonen aufgeteilt, die die Bewohner nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen verlassen dürfen. Ein unerlaubtes Überschreiten dieser Zonengrenzen wird meist mit drastischen Strafen sanktioniert. Häufig geht es in diesen Fiktionen darum, die Arbeiter oder die ärmeren Bewohner von dem Gebiet der Reichen und Privilegierten fernzuhalten.

Oxford, die Hauptstadt der Grafschaft Oxfordshire in England, wurde von diesen Zukunftsfantasien eingeholt. Hier möchte man die Stadt durch "VerkehrsfILTER" in sechs 15-Minuten-Zonen unterteilen und die Bewegungen der Bürger zwischen den Zonen gezielt reduzieren. Die Idee zu dieser Verkehrsstrategie entstammt offenbar vom Konzept der "15-Minuten-Stadt", welches auf Grund des angeblichen Klimanotstandes, das World Economic Forum im März 2022 vorstellte.

Dieses Konzept beruht auf den Vorstellungen des Mathematikprofessors Carlos Moreno, wonach alle wichtigen Einrichtungen innerhalb von höchstens 15 Minuten ohne Auto erreichbar sein sollen. Anstelle des Autos soll nun das Fahrrad im Mittelpunkt stehen.

Auf den ersten Blick erscheint dies als eine tolle Sache, da sich alle zum Leben notwendige Infrastruktur in der Nähe befindet und keine weiten Wege erforderlich sind. Bedenklich werden solche Konzepte jedoch, wenn die Mobilität der Bürger eingeschränkt wird.

Und genau das planen die Regierenden in Oxford ab dem Jahr 2024 sollen, vorgeblich um den Verkehr zu reduzieren, spezielle Kameras, sogenannten "Traffic Filter", die Grenzen zwischen den Zonen überwachen. Passiert ein Fahrzeug den Filter, liest die Kamera das Nummernschild und wenn keine Ausnahme- oder Aufenthaltserlaubnis besteht, wird eine Bußgeldaufforde-

rung zugestellt. Frei passieren dürfen Busse und Taxis, und auch zu Fuß oder Fahrrad ist der Grenzübertritt noch ohne Strafe erlaubt.

Die Einwohner der Stadt können für den Übertritt eine Sondergenehmigung beantragen, die es ihnen dann erlaubt, häufiger durch die Filter zu fahren. Die Bewohner der umliegenden Gemeinden dürfen nach Beantragung bis zu 25 Tage ungestraft die Filter passieren. Die Stadt bemüht sich, die Sache zu verharmlosen und argumentiert: "Ziel sei es, das Verkehrsaufkommen und Staus zu reduzieren, die Busse schneller und zuverlässiger zu machen ..."

Einmal eingeführt, können die Genehmigungen jedoch jederzeit auch wieder entzogen oder ein Übertritt gänzlich verboten werden. Da in 15-Minuten-Städten das Zurücklegen von weiten Strecken offiziell nicht nötig ist, werden Sonderregelungen später für die Bürger schwer zu begründen sein.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Bürger von Oxford von diesem Plan nicht begeistert sind und ihren Regierenden Käfighaltung mit begrenztem Auslauf vorwerfen. Solche Konzepte werden nicht nur von den Mainstream-Medien beworben. So sind auch andere Städte der Welt, wie Canterbury, Brisbane und Melbourne, sind von der Idee angetan. Im deutschsprachigen Raum haben sich Berlin, Bocholt und Hamburg auf den Weg zu einer 15-Minuten-Stadt gemacht.

Geht es wirklich nur um die Einschränkung des Verkehrs, und um Nachhaltigkeit? Oder wird hier unter dem Vorwand des Klimaschutzes ein Überwachungsstaat installiert, der den Bewegungsradius der Bürger begrenzt, um sie dann konsequent zu kontrollieren?

Insbesondere die Erfahrungen der letzten Jahre mit den Corona-Maßnahmen zeigen, welche dramatischen Folgen und Einschränkungen zum vermeintlichen Infektionsschutz jetzt schon in westlichen Staaten durchgesetzt wurden. Sind solche Überwachungssysteme erst einmal installiert, eröffnet dies noch andere Möglichkeiten und einem Mißbrauch sind Tür und Tor geöffnet. Wer also von 15-Minuten-Städten spricht, sollte auch das volle Potential nennen, das eine diktatorische Umsetzung einer an sich vielleicht gut klingenden Idee nach sich ziehen kann.<<

16.03.2023

BRD: Die internationale Online-Zeitung "Epoch Times" berichtet am 16. März 2023 (x1.271/...): >>Genbasierte "Impfstoffe" - das Pharma-Verbrechen des Jahrhunderts?

Von Ole Skambraks

"Die Fakten liegen auf dem Tisch", sagen zahlreiche Mediziner und Wissenschaftler. Sie fordern den sofortigen, weltweiten Zulassungsstop der "Corona-Impfstoffe" sowie juristische Schritte, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Professoren Sucharit Bhakdi, Werner Bergholz, Martin Haditsch, Ulrike Kämmerer und Dr. Ronald Weigl, der durch die mehrstündige Konferenz der MWGFD am 15.03.2023 geführt hat, haben Hoffnung. Hoffnung, daß sich bald das Blatt wendet und Verfehlungen der Corona-Zeit ernsthaft aufgearbeitet werden. Langsam kämen die Fakten auch im Mainstream an.

Ein Hoffnungsschimmer ist für Sucharit Bhakdi die Berichterstattung über Impfschäden im "ZDF Heute-Journal", in dem Gesundheitsminister Karl Lauterbach mit seinen zweifelhaften Aussagen konfrontiert wurde.

Werner Bergholz, Mitglied des Sachverständigenausschusses zur Pandemiepolitik der Bundesregierung, sieht Hoffnung in der Klage von Pascal Najadi gegen Pfizer.

Als britisch-schweizerischer Bürger hat der Investmentbanker und ehemalige Regierungsberater Anfang März 2023 vor dem Obersten Gericht des Staates New York erfolgreich eine Klage gegen Pfizer sowie die "US-Food and Drug Administration" (FDA) eingereicht. 1.000 Seiten Beweise lägen vor und die zuständige Richterin Lori Sattler sei eine gradlinige und intelligente Person, was Hoffnung auf ein faires Verfahren mache.

"Gefährliche Feinde"

Zudem ist Najadi der erste Bürger, der den Schweizer Präsidenten und Gesundheitsminister Alain Berset wegen Amtsmissbrauchs angezeigt hat. Strafrechtlich relevant sei seine Impfkampagne, die bewußt Falschinformationen verbreitet hat. Najadi, der der Konferenz aus seinem Luzerner Büro zugeschaltet wurde, ist sich bewußt, daß er nun "gefährliche Feinde" hat. Er steht unter Polizeischutz.

In über vier Stunden haben die Fachexperten versucht, das Ausmaß und die Folgen der globalen Corona-Politik und Impfkampagne deutlich zu machen. Vorgegangen war ein Online-Symposium mit 23 Vorträgen.

Die Gefährlichkeit der genbasierten "Impfstoffe" wurde thematisiert, genauso wie Therapie- und Diagnosemöglichkeiten von Impfschäden (viele "Long COVID-Fälle" seien nichts anderes als Post-Vakzin-Syndrome).

SARS-CoV-2 eine "Biowaffe"?

Es kam die Möglichkeit zur Sprache, daß "Gain-of-Function-Forschung" - also Forschung daran, wie man Viren für den Menschen gefährlicher machen kann - SARS-CoV-2 als "Biowaffe" erschaffen hat.

Genauso wurde die Strategie des "European Centre for Disease Prevention and Control" angeschaut, die Impfquoten 2023 weiter zu steigern. Dies gelinge durch "Vertrauen, Zwänge, Selbstgefälligkeit, Kalkül und kollektive Verantwortung" ("The '5Cs' model - Confidence, Constraints, Complacency, Calculation, and Collective responsibility" - Anmerkung der Redaktion: Seite 20 im PDF).

Die Finanzierung und die Pläne der WHO standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Mit einem international verbindlichen Pandemievertrag möchte die Organisation Sanktionsrechte erlangen, die die Souveränität der Nationalstaaten bei zukünftigen Pandemien einschränken.

"Wer wegschaut, macht sich mitschuldig"

"Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wer wegschaut, macht sich mitschuldig", wurde immer wieder verdeutlicht. "Nahezu alle Medien blicken inzwischen den Tatsachen ins Auge, thematisieren aber nicht die Dimension der Schäden und die Wucht der Zahlen", heißt es im Presstext zur Konferenz.

Die Dimension sei deutlich größer, als es Politiker zugeben, wie jüngst Karl Lauterbach. Im ZDF sprach der Gesundheitsminister von 0,01 Prozent schwerer Schäden durch die "Corona-Impfungen" (eine Person von 10.000).

Dr. Werner Bergholz zitiert eine geleakte Studie der US-Armee. Diese untersucht die Gesundheit des Militär-Personals - immerhin zweieinhalb Millionen Menschen. Die Jahre 2016 bis 2020 und der Zeitraum nach den "Impfungen" wurden miteinander verglichen. Bei Herzmuskelentzündung (Myokarditis) ist eine Zunahme von 4 Prozent festzustellen, Krebsfälle sind um 3 Prozent gestiegen und neurologische Befunde (die auch weniger schwere Schäden mit einbeziehen) um 30 Prozent.

Allerdings erwähnte Bergholz nicht, daß das US-Verteidigungsministerium nach Veröffentlichung der Militärdaten eine Korrektur gemeldet hat. Die Datenbank soll die Zahl der Erkrankungen zwischen 2016 und 2020 zu niedrig angegeben haben.

Ausmaß geringer als bei anderen Herzerkrankungen

Dr. Martin Haditsch zeigt die Ergebnisse zweier Myokarditis-Studien. Statt der angeblich "zu erwartenden" Wahrscheinlichkeit einer Schädigung des Herzmuskels von 0,0035 Prozent (35/1.000.000) zeigte sich in Thailand eine Häufigkeit von 2,3 Prozent (7/301) und in Basel von 2,8 Prozent (22/777).

Anzumerken bleibt, daß der Kardiologe Christian Müller zu den Ergebnissen seiner Baseler Herzstudie sagt, es handele sich um "sehr kleine Veränderungen", und es sei ein vorübergehendes Phänomen. "Das Ausmaß ist geringer, als man es bei anderen akuten Herzerkrankun-

gen sonst sieht."

37 Prozent Übersterblichkeit im Dezember

Laut Eurostat gab es in Deutschland Ende 2022 eine Übersterblichkeit von 37 Prozent. Für die gesamte EU wird eine Übersterblichkeit von 19 Prozent angegeben. Auffallend sei, wie Dr. Haditsch sagt, daß die Länder mit den geringsten "Impfquoten" (Bulgarien, Rumänien, Slowakei) auch die geringste (Über)Sterblichkeit aufwiesen.

Was er nicht sagt: Es gibt auch Länder wie Schweden, die eine hohe Impfquote und geringe Übersterblichkeit im gesamten Jahr 2022 aufweisen.

Plasmiden: der biologische Super-GAU

Dr. Ulrike Kämmerer macht auf neue Veröffentlichungen zu den "Impfstoff-Substanzen" aufmerksam. Offenbar bestehe ein erheblicher Anteil der verpackten Erbinformation in den Nanolipiden aus Plasmid-DNA.

Plasmide sind eine Sonderform ringförmiger, bakterieller Gene, welche zur technischen Herstellung der RNA verwendet werden. Sie enthalten neben der Erbinformation für das Spike-Protein auch sogenannte Resistenzgene gegen Antibiotika", lautet es im Presstext.

15-30 Prozent der Erbinformation der "Impfungen" soll aus diesen Plasmiden bestehen. Kämmerer bezeichnet dies als biologischen Super-GAU. Damit handele es sich bei dem "Piks" eindeutig um eine verbotene Geninjektion. Es sei zu befürchten, daß die extrem langlebigen und vermehrungsfähigen Plasmide im Körper unabsehbare langfristige Wirkungen haben können, schildert die Humanbiologin.

Vielfältige Schädigungsbilder

Der stellvertretende Vorsitzende der MWGFD Dr. Ronald Weigl berichtet zum Ende der Konferenz über die vielfältigen gesundheitlichen Probleme, die nach der Impfung auftreten können. "Sie reichen von Fatigue, Brain Fog, Herzmuskel-Schädigungen, Lähmungen, Erblindung, Hörsturz, Hautveränderungen, Autoimmunerkrankungen, schnell wachsenden Tumoren bis hin zu chronischen Infekten, Schmerzen und Schlafstörungen, Depressionen, Demenz und vielen weiteren Beschwerden."

Weil viele Geschädigte bei ihren Hausärzten, die meist selbst die "Impfungen" durchgeführt oder zumindest angeraten hätten, sehr oft kein Gehör fänden oder abgewiegelt würden, hat die MWGFD ein Therapeutenvermittlungsprojekt auf die Beine gestellt. Hilfesuchende können über die Telefonhotline +49 851 2042 5683 an einen geeigneten Therapeuten, meist Arzt oder Heilpraktiker, vermittelt werden.

Dr. Martin Haditsch erklärte bezugnehmend auf das SPARS-Szenario des "Johns Hopkins Center for Health Security", "Vergebung sei Teil der Strategie". Doch man dürfe sich von dieser Rhetorik nicht blenden lassen. Alle Vortragenden betonten die Rolle der Justiz, die jetzt gefragt sei. Es sei Zeit, daß Geimpfte und Ungeimpfte wieder zusammenkommen und die Verantwortlichen des "riesigen Pharma-Verbrechens" zur Rechenschaft ziehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. März 2023: >>**Jeder weiß es jetzt: Lauterbach lügt!**

Von *Sven Eggert*

Nun räumt also SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach Impfnebenwirkungen ein. Kann er sich das erlauben? Die Kritik an ihm wächst. ...

"Lauterbach lügt": Rund um diese Schlagworte verbreiteten sich bei Twitter, Gettr & Co. diverse Hashtags, Trends und Diskussionsstränge. Seine Propaganda von der "nebenwirkungsfreien" Impfung ist widerlegt.

Reihenweise Falschbehauptungen

In diversen Talkshows hatte er seine Märchen verbreitet. Mainstreammedien ließen ihn widerspruchslos gewähren. Jetzt stellt sich heraus: Seine Behauptungen waren reihenweise falsch, selbst Studien, auf die er sich berufen hatte, sind mittlerweile widerlegt oder stellten sich als

Fälschungen heraus. Sogar sein eigener Lebenslauf ist geschönt, wenn nicht gefälscht. Jetzt mußte sich Lauterbach sogar im heute-journal des ZDF kritische Fragen gefallen lassen, ein absolutes Novum. Lassen ihn Politik und Medien fallen wie eine sprichwörtliche heiße Kartoffel? Soll er geopfert werden? Und was ist dann mit Spahn und Gesinnungsfreunden?

Die Welt hat sich jedenfalls schon voll auf Karl Lauterbach eingeschossen:

"Eines aber bleibt die größte, die historische Fehlleistung dieses Ministers in der Corona-Zeit: daß er mit derart leichter Hand Zwangsmaßnahmen gegen alle und jeden erließ. Die Pflicht zur Maske, die Pflicht, zu Hause zu bleiben, die Pflicht zur Isolation, die Pflicht zum Testen für Schulkinder, die Pflicht zur Impfung, die er für die ganze Bevölkerung durchzusetzen versuchte. Nun stellt sich heraus, daß Lauterbachs Machtdemonstrationen unnötig waren. Fast alle Opfer, die Lauterbach von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, von der ganzen Bevölkerung verlangte und durchsetzte, waren falsch, manche sogar lächerlich."

Tatsächlich geht er nach und nach in die Knie. Im ARD-Morgenmagazin hat er vor einiger Zeit bereits eingeräumt, daß der Umgang mit Kindern in der Coronazeit falsch gewesen sei.

Späte Vorwürfe

"Zum Beispiel war es im Nachhinein betrachtet ein Fehler, die Schulen und Kitas so lange geschlossen zu halten." Lauterbach schiebt die Schuld dabei auf vermeintliche Experten. Beispielsweise beklagte er stotternd, daß "die Wissenschaft nicht gut genug war" und drosch dann los:

"Damals war die Wissenschaft in Deutschland: Die Schulen müssen geschlossen werden, weil es dort zu Übertragungen kommt. Das hat sich in dieser Form nicht als richtig erwiesen."

Karl Lauterbach ist nun wirklich ein denkbar ungeeigneter Kronzeuge. Er war es, der den Wissenschaftlern der Regierung blind vertraut und immer wieder strengste Maßnahmen gegen Kinder und Jugendliche gefordert hatte und der dadurch eine erhebliche Mitschuld an jetzigen Psycho-Leiden der jungen Menschen und weiteren verheerenden Folgen trägt.

Laut ZDF hatte Lauterbach Mitte März 2021 noch gefordert: "Ich appelliere an die Länder, alle Schulen bis Ostern wieder zu schließen, auch die Grundschulen."

Die Virusmutationen würden sich nämlich "insbesondere bei den Jüngeren rasant ausbreiten", so der Lauterbach-Sprech. Mehr noch: Es sei ein Fehler gewesen, "die Schulen ohne flächendeckend funktionierende Testabläufe zu öffnen".

Und wehe dem, der eine andere Meinung vertrat oder sich auf anderslautende wissenschaftliche Erkenntnisse, die es ja durchaus gab und lediglich von Medien totgeschwiegen wurden, zu berufen wagte: Ein solcher Querdenker wurde von Lauterbach und seinen Helfershelfern massiv attackiert und beleidigt, ja bekämpft. Hätten Lauterbach und Bundesregierung doch nur auf Koryphäen wie Bhakdi gehört und nicht blind Drostzen vertraut! Dann wäre dieser Gesellschaft viel Leid erspart geblieben. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24435" berichtet am 16. März 2023 (x1.253/...): >>Das neue Versuchskarnickel-Prinzip

Das neue Versuchskarnickel-Prinzip verpflichtet nun aber diese Frankensteins dazu, ihren Fraß zuerst einmal für mindestens 20 Jahre an sich selbst zu testen ... Die Kurzversion der Nationenrede von Kla.TV-Gründer Ivo Sasek ruft zu weltdemokratischen Beschlüssen auf, wie es solche noch nicht gegeben hat.

Kaum sind wir der erzwungenen Covid-Genmanipulation entgangen, haben uns dieselben Frankensteins schon wieder zu ihren Versuchskarnickeln erkoren. Ihre Konzerne haben bereits erste Zulassungen für ihr nächstes irrsinniges Menschen-Experiment ergattert. Du sollst ihre saugefährlichen Experimentalstoffe nun über deine tägliche Nahrung aufnehmen. Und zwar durch Unmengen fein gemahlene Ungeziefer in deinen Backwaren, Suppen, Saucen, Teigwaren usw. Das neue Versuchskarnickel-Prinzip verpflichtet nun aber auch diese Frankensteins dazu, ihren Fraß zuerst einmal für mindestens 20 Jahre an sich selbst testen ...

1. Sagen wir doch als gesamte Weltbevölkerung einmal laut und deutlich "Ja" zum Great Reset von Klaus Schwab und seinen Drahtziehern: Doch als Weltdemokratie fällen wir vorab den Entscheid, daß wir diesen Great Reset zuerst einmal über mindestens 20 Jahre an all seinen Erfindern und Propagandisten testen: also an Klaus Schwab und all seinen WEF-Kollegen, ebenso an all den sicher darauf wettenden Hintergrundmächten wie BlackRock, Vanguard und Co.
2. Wir lassen uns immer wieder von Politikern und Verantwortungsträgern leiten und bestimmen, die in keiner Weise mit ihrem eigenen Leib und Leben vorab bewiesen haben, daß ihre hehren Theorien und politischen Ideale überhaupt funktionieren.
3. Wir sagen fortan "Ja" zu allen von der Pharma befohlenen Impfungen, auch zu den mRNA-Impfungen ... ABER dies mit der einzigen Auflage, daß wir auch all diese Produkte vorab über mindestens 20 Jahre hinweg an ihren eigenen Herstellern testen, ebenso an sämtlichen Politikern, die solche experimentellen Aktionen unterstützen. Der 20-Jahrestest muß aber auch zuerst an allen Komplizen und Mitwirkern von Gesundheitsämtern und dergleichen erfolgreich abgeschlossen werden.
4. Die Weltdemokratie testet die Tauglichkeit des ausgerufenen Great Reset zuerst an jenem 1 % Superreicher, die mehr Geld besitzen als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung zusammen. Als Weltdemokratie fällen wir den Entscheid, daß sich vorab die dauerhafte Zufriedenheit sämtlicher Multimilliardäre und Multibillionäre dieser Welt über mindestens 20 Jahre hinweg erweisen muß, bevor dieser angestrebte Great Reset auch auf uns, die übrige Menschheit, angewendet werden darf - vorher aber nicht!
5. Darum schlage ich weiter vor, daß wir sogar "Ja" zu der geplanten totalen Überwachung sagen, auch "Ja" zur Abschaffung des Bargeldes ... ABER einzig unter der Auflage, daß die gesamte Weltbevölkerung mindestens 20 Jahre lang all die zuvor genannten Eliten mit diesen ihren eigenen Technologien überwachen darf. Als Weltdemokratie drehen wir gleichsam den Spieß um und verordnen eine Art große Truman-Show.
6. Wir dringen jetzt in vereinter Kraft zu grundlegenden Weltentscheidungen durch. Darüber sprechen wir hier in dieser Sendung.<<

17.03.2023

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. März 2023:

>>Kriegsbrandstifter: Polen liefert Mig-29 an Selenski

Von Jürgen Elsässer

Immer für einen Weltkrieg zu haben: Polen spielt aktuell dieselbe Rolle wie in den 1930 Jahren. ...

Kaum sind die Kampfpanzer der NATO-Staaten im Anrollen, wird schon die nächste rote Linie überschritten, geht schon die nächste Aufrüstungsrunde der Ukraine los: Polen wird Mig-29-Kampfflugzeuge liefern, auch noch aus deutschen Kontingenten. Der deutsche Kriegsminister Pistorius sagt, sein Name sei Hase, er wisse von nichts ...

Polen liefert 12 Mig-29 an Selenski, davon die ersten vier bereits in den nächsten Tagen. Die Slowakei hat weitere 13 zugesagt. Noch vor zwei Wochen hörte man aus Washington und Berlin, Kampfflugzeuge stünden nicht auf der Tagesordnung. Aber Polen prescht trotzdem vor. Was ist da im Gang? Will Warschau die Russen mit aller Gewalt provozieren?

Erschreckende Rüstung

Wenn man die Geschichte von hinten erzählt, dann wird immer deutlicher: Polen hat bei seiner Neugründung nach dem Ersten Weltkrieg den Größenwahn des früheren Königreichs geerbt. Damals ging es gegen die Minderheiten im Land, vor allem die Deutschen und die Ukrainer.

Heute muß der ungarische Premier warnen: "Wir waren noch nie so nah dran, daß ein lokaler Krieg zu einem Weltkrieg eskaliert." Er meint damit seine polnischen Nachbarn, mit denen

die Ungarn vor zwei Jahren noch ganz dicke waren. Jetzt ist das brüderliche Verhältnis zerbrochen, weil Polen wie wahnsinnig aufrüstet und bald die stärkste nicht-nukleare Armee der Welt haben wird, doppelt so stark wie die Bundeswehr.

Polens verschwiegene Schuld

Auch heute hofft man sich vom Kuchen im Osten, sprich der Ukraine etwas abschneiden zu können. Von 1919 bis 1921 riß sich Warschau riesige Gebiete des alten Zarenreiches unter den Nagel, eroberte Wilna und zeitweise selbst Kiew. Mit den willfährigen Ukrainern zusammen wollte man Richtung Moskau marschieren. In den 1930er Jahren wollte man zuerst gegen Deutschland marschieren, dann ab 1934 mit Hitler zusammen gegen die UdSSR. Die beiden Räuber teilten 1938 gemeinschaftlich die Tschechoslowakei untereinander auf.

Doch was geschah danach? Man ließ sich 1939 von London und Paris in die Konfrontation um Danzig treiben, war zu keinem Kompromiß mit den Deutschen bereit. Polen wurde so mitschuldig am Zweiten Weltkrieg. Ab 1945 nahm man furchtbare Rache an den Deutschen. Millionen wurden vertrieben, drangsaliert und starben auf der Flucht. Wir haben "Polens verschwiegene Schuld" akribisch recherchiert und aufgeschrieben.

Daran will sich östlich von Oder und Neiße heute niemand mehr erinnern. An die Millionen Vertriebenen, an den Landraub, der ungefähr so groß ist wie die ehemalige DDR. An die Millionen Toten. Man macht im polnischen Staats-TV Stimmung gegen COMPACT und unser Aufklärungswerk über Polens Verbrechen an Deutschen im 20. Jahrhundert. Man droht uns mit juristischen Schritten. So wie die Berliner Ampel gestrickt ist, könnte Polen sogar von denen Hilfe bekommen. Dabei gehört unsere Polen-Ausgabe in den Schulunterricht. Schon als Warnung davor, wozu Polen auch heute wieder in der Lage wäre. Wie heißt es oft? Wehret den Anfängen!<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. März 2023: >>**Neues Interview: Kann Orban Europa retten?**

In einem denkwürdigen Interview mit der Schweizer Weltwoche nahm der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban zu der Frage Stellung, wie sich Europa gerade angesichts des Krieges in der Ukraine neu strukturieren muß. ...

Orban ist ein Staatsmann, der lange unter dem Kommunismus gelitten hat und deshalb besser als jeder andere weiß, was für Europa gut wäre. Als gläubiger Christ - bekanntlich fehlt der EU ja jede Art von Glauben - stellte Orban fest, daß Ungarn, und wir dürfen ergänzen, ganz Europa, am meisten durch die Sanktionen der EU gegen Rußland getroffen wurde.

Orban äußerte dazu: "Die Sanktionen haben die Preise für Öl und Gas in die Höhe getrieben. Wir haben die Industrie in Ungarn zuletzt massiv vorangebracht. Die Energie, die es dazu braucht, müssen wir importieren. 2021 kostete uns das 7 Milliarden Euro, 2022 waren es 17 Milliarden!"

Gegen die zerstörerische Kraft des Bösen

Anscheinend hat Europa vergessen, daß es Rußland auch nach dem Krieg noch geben wird. Weshalb auch jene, in diesem Fall österreichische Unternehmungen, die jetzt noch in Rußland tätig sind, ermutigt werden sollten weiter dort zu bleiben - die Zeiten werden sich ändern. Unabhängig davon darf man immer wieder betonen, daß Waffenlieferungen den Krieg verlängern, anstatt daß die liefernden Staaten und vor allem die neutralen alles und auf allen Ebenen unternehmen, um den Krieg zu beenden.

Orban sagte dazu weiter: *"Ich halte die christliche Lehre auch in der Politik für gültig. Das klingt zwar vereinfacht, aber ich glaube daran, daß es eine Schöpfungsordnung gibt. Wir müssen uns an Gottes Arbeit beteiligen. Damit leisten wir einen Beitrag zum Guten in der Welt und kämpfen gegen die 'zerstörerische Kraft des Bösen'."*

Aus österreichischer Sicht ist in diesem Zusammenhang die Neutralität von größter Bedeutung. Im Moskauer Memorandum, das 1955 dem österreichischen Staatsvertrag vorausging,

wurde von einer "Neutralität nach Schweizer Muster" gesprochen. Nun, das hat sich leider gravierend verändert und Zug um Zug einigte man sich auf eine militärische Neutralität. Gegenüber Österreich immer vertragstreu

Aber auch bei dieser stellt sich die Frage, ist nicht gerade die militärische Neutralität in einem militärischen Konflikt nötiger denn je? Leider versteht das der österreichische Außenminister nicht, der kürzlich wieder eine seiner destruktiven Wortspenden abgab, wonach Österreich politisch nicht neutral sei.

Was soll das heißen? Glaubt man so etwa zum Frieden beizutragen oder vergraust man sich Rußland, das vor dem Krieg Österreich gegenüber niemals einen Vertrag brach? Das soll überhaupt nicht heißen, daß man nicht deutlich gegen einen Angriffskrieg ist. Es soll aber sehr wohl heißen, dass, was schon Clausewitz sinngemäß ausführte, nicht der erste Schuß, sondern das was dahinter steht oder vorher geschehen ist, entscheidend ist. Rußland will Sicherheit an seinen Grenzen und sieht, daß das Versprechen, das man 1990 abgegeben hat, wonach die Nato sich nicht nach Osten bewegen dürfe, gebrochen wurde.

Weiters hat Putin in den letzten 20 Jahren vergeblich versucht gemeinsam mit dem Westen eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen. Dies wurde vor allem seitens der USA nicht einmal ignoriert, so daß Putin leider den Krieg begann. Putin-Versteher zu sein heißt nicht Putin in diesem Krieg zu unterstützen, sehr wohl aber zu verstehen, wieso es zu dieser Eskalation kam. Dies wird leider von den Mainstream Medien nicht zur Kenntnis genommen.

Natürlich sind wir für Pressefreiheit, aber auch für die Verantwortung der Presse, den Menschen umfassend und nicht einseitig zu erklären, wieso es überhaupt so weit kam. Dies geschieht nicht und die Verantwortung vieler Medien, objektiv zu berichten, wurde nicht wahrgenommen.

Vom Patt zum Weltkrieg

Auch die Pressefreiheit heißt ja nicht die Freiheit wovon, sondern auch die Freiheit wozu und das ist eben die objektive Wahrheitspflicht der Medien, die diese in vielen Fällen sträflich vernachlässigen. Sehr deutlich erkennt Orban:

"In den Brüsseler Entscheidungen öfter amerikanische Interessen als europäische. In einem Krieg an den Grenzen Europas haben heute die Amerikaner das letzte Wort."

Orban meint, daß niemand diesen Krieg gewinnen kann und daß eine Pattsituation entstanden sei, aus welcher ein Weltkrieg entstehen könnte. Denn was ist das strategische Ziel die Ukraine laufend aufzurüsten? Nach einer Beendigung des Krieges wird die Ukraine zerstört sein und Rußland immer noch als Großmacht existieren - erkennt man dies wirklich?

Sinngemäß meint Orban, daß die Nato eben ein Verteidigungsbündnis und kein Angriffsbündnis ist, zu dem sie sich inzwischen entwickelt hat. Zum Unterschied vom glaubenslosen entchristlichten Europa ist die Orthodoxie in Rußland ein fester Bestandteil der Politik, das "heilige Rußland", aus dem heraus die Politik Putins auch verstanden werden muß.

Die ungarische Erfahrung ist eindeutig:

"Wenn in Washington die Demokraten an der Macht sind, gehen wir in Deckung. Die wollen uns immer ändern, wie auch die Brüsseler Politiker. Sie wollen uns vorschreiben, wie wir mit der Immigration umgehen und wie wir unsere Kinder erziehen. Das ist respektlos."

Die Weltwoche fragte, ob ein Donald Trump die letzte Friedenshoffnung wäre? Orban darauf:

"Nicht die letzte, aber er ist eine Hoffnung und könnte den Gordischen Knoten im Ukraine-krieg wohl in ein paar Wochen durchtrennen."

"Kinder machen schwere Zeit durch"

Sehr wichtig erscheint uns, daß Orban darauf verwies, "daß Kinder in ihrer Jugend eine schwierige Zeit durchmachen, in der sie in die Welt hineinwachsen. In dieser Zeit müssen wir ihre Identität stärken, nicht schwächen und verunsichern, wie das die Genderideologien tun. Damit machen wir unsere Kinder kaputt. Unwiderruflich und unumkehrbar."

Das, was wir auch an dieser Stelle immer zu vermitteln versuchen, ist die Notwendigkeit die EU auf Grundlage der Subsidiarität neu zu organisieren. Die EU wird zerfallen, wenn sie sich entgegen ihren Grundprinzipien immer mehr dazu entwickelt ein Einheitsstaat zu sein, der ihren Mitgliedern in jedem einzelnen Detail vorschreiben will, was sie zu tun haben.

Eine EU, die sich nicht von Grund auf reformiert, ist zum Sterben verurteilt. In jeder entscheidenden Frage, etwa in der Verteidigung Europas, im Lösen des Immigrantenproblems, im sinnvollen und vorsichtigen Umgehen mit den Geldern ihrer Mitglieder, in ihrer Identität als Wirtschafts- und nicht als Kriegsunion, hat die EU versagt.

In Österreich will man zwar die Neutralität, geht mit ihr aber fahrlässig um. Gerade ein kleines Land benötigt eine Außenpolitik, die mit allen sprechen und Wirtschaft treiben kann, die aber ihre eigene Ideologie hat, die sie erst mühsam nach dem Zerfall der österreich-ungarischen Monarchie, im Grunde genommen erst seit 1945 bzw. dem Staatsvertrag 1955, gewonnen hat. Österreich hat sich als kleiner Staat erst in der 2. Republik neu definiert und bis in die letzten Jahre war diese Neudefinition in jeder Weise erfolgreich.

Kickl (FPÖ) bei Orban

Dies hat auch der Bundesobmann der freiheitlichen Partei Herbert Kickl erkannt und in den letzten Tagen einen erfolgreichen Besuch in Ungarn gemacht und damit bestätigt, daß man von der Haltung Orbans nur lernen kann.

Ähnlich hat der dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer bereits für Mitte Mai den auch mit unserer Liga persönlich befreundeten Zsolt Semjen, stellvertretender Ministerpräsident in Ungarn, nach Wien ins neue/alte Parlament eingeladen.

Mit Ungarn und der Schweiz sollte die außenpolitische Lage Österreichs neu definiert werden. In der Rede des Bundeskanzlers Nehammer zur zukünftigen Politik wurde zwar die Neutralität bestätigt, nicht aber die lendenlahme Politik Österreichs in der EU erkannt.

Nehammer bestätigte auch die unabdingbare Notwendigkeit, die Verteidigungsbereitschaft bzw. das Bundesheer entsprechend zu stärken und schickte damit wohl auch Signale an die freiheitlich Partei aus. Allerdings muß klar sein, daß der existentielle Fehler der ÖVP, mit den Grünen statt mit der FPÖ zu koalieren, erkannt und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden müssen.

Da dies FPÖ in den Umfragen bereits an erster Stelle liegt, wird sie bei den nächsten Nationalratswahlen, falls nichts Gravierendes geschieht, die Option haben, sowohl mit der ÖVP als auch mit der SPÖ, soweit diese sich nicht selbst total zerstört, koalieren zu können. Nachdem die sinnlose Aufregung um Ibiza vor allem der ÖVP auf den Kopf gefallen ist, sollten sich wechselseitige Animositäten in Grenzen halten. Die Politik ist ein seltsames Wesen, das schneller als man denken kann zu neuen Entscheidungen führt.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ...<<

18.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. März 2023: >>Immer mehr Messerattacken

Von *Sven Eggers*

Es wird immer schlimmer: Allein in Berlin gab es im Jahr 2022 registrierte 3.317 Messerangriffe. ...

3.317 Fälle von Messerangriffen, das sind neun solcher Taten am Tag allein in der deutschen Hauptstadt. Die Zahlen rückte der Berliner Senat gestern auf Anfrage der AfD im Abgeordnetenhaus heraus. Die Tendenz ist ansteigend. Im Jahr 2021 waren es 2.777 Messerattacken, 2020 weniger als 2.600.

Viele ausländische Tatverdächtige

Gegen 2.428 Tatverdächtige wurde ermittelt, etwa die Hälfte von ihnen (1.234) hatte keinen

deutschen Paß. Oft geht es um Männergruppen aus einschlägigen Brennpunkt-Stadtteilen. Unsere Prognose: Deutlich mehr als die Hälfte trägt keinen deutschen Vornamen.

Polizeipräsidentin Barbara Slowik hatte vor einigen Wochen beklagt, daß immer häufiger auch Kinder und Jugendliche mit Messern aufgegriffen würden: "Sie gehen gemeinsam los, treffen auf andere Gruppen und dann gibt es Auseinandersetzungen, eben auch unter Einsatz von Messern."

"Nahezu sämtliche Probleme sind hausgemacht, allen voran die Messereinwanderung und die Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel und Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Folgen sind Gewaltorgien wie zum Jahreswechsel, aber auch alltäglich präsenste organisierte Kriminalität und das Treiben der berüchtigten Clans."

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatten 2021 bereits 27,2 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund, das entspricht 22,3 Millionen. Ein Plus von zwei Prozent oder 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr - das entspricht der Einwohnerzahl von München. Eine solche Entwicklung kann nur fatale Folgen nach sich ziehen.

Tabuthematik Ausländerkriminalität: Die Schweigespirale von Massenmedien muß durchbrochen werden! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. März 2023: >>**Drei Jahre Corona-Unrecht: Wer sühnt?**

Von *Sven Eggerts*

Auf den Tag genau vor drei Jahren trat Merkel vor TV-Kameras und verkündete als Kanzlerin massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens; ein Kurs, der Leid, Spaltung und Tod mit sich brachte. ...

Am 18. März 2020 schwurbelte uns die damalige Kanzlerin zur besten Fernsehzeit auf den Abendbrotstisch: "Wir müssen aus Rücksicht voneinander Abstand halten. Der Rat der Virologen ist ja eindeutig: kein Handschlag mehr, gründlich und oft die Hände waschen, mindestens eineinhalb Meter Abstand zum Nächsten und am besten kaum noch Kontakte zu den ganz Alten, weil sie eben besonders gefährdet sind."

Nur zwei (!) Tage vor diesem Befehl hatte die Bundesregierung auf ihrer Internetseite verbreitet: "Achtung Fake News! Es wird behauptet und rasch verbreitet, das Bundesministerium für Gesundheit/die Bundesregierung würde bald massive weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens ankündigen. Das stimmt nicht! Bitte helfen Sie mit, ihre Verbreitung zu stoppen."

Seither haben Lockdown und Impfterror viele Opfer gefordert.

Der damalige CDU-Gesundheitsminister Spahn war es, der die Menschen später mit übler Panik-Propaganda an die Spritzen trieb: "Wahrscheinlich wird am Ende dieses Winters so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben sein."

Übersterblichkeit nach Massenimpfung

So war noch im ersten Corona-Jahr 2020 in der Bundesrepublik kein Anstieg von Sterbefällen zu verzeichnen. Gewichtet man die Daten und berücksichtigt geburtenstarke Jahrgänge, ist sogar von einer Untersterblichkeit auszugehen. Das änderte sich erst mit Einsetzung der Massenimpfungen zum Jahresanfang 2021, die uns eine fürchterliche Übersterblichkeit beschert haben.

2020 starben in der BRD 985.571 Menschen, 2021 waren es 1.062.732, für 2022 wird eine ähnliche Zahl geschätzt. Das wären für beide Spritzenjahre zusammen etwa 150.000 zusätzliche Tote im Vergleich zu 2020.

Besonders zum Jahreswechsel explodierten die Zahlen. "In keinem Dezember seit Kriegsende sind so viele Menschen gestorben wie Ende 2022. Es überrascht, weil die Pandemie doch vorbei ist", konnte man am 22. Januar 2023 in der Hamburger Morgenpost mit Bezug auf das Statistische Bundesamt lesen. Selbst in den Hungerwintern 1946 und 1947 gab es also weni-

ger Tote in Deutschland.

Patientendaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung liefern weitere Zahlen: Allein 2021 hatten sich 2.487.526 Patienten mit Impfnebenwirkungen in ärztliche Behandlung begeben; eine enorme Zahl, denn viele Eingeschüchterte trauten sich ja gar nicht in eine Praxis.

Aus der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion geht darüber hinaus hervor, daß die Zahl der Krankschreibungen nach Impfung in astronomische Höhen geschossen ist, nämlich von 5.834 im Jahre 2020 auf deutlich mehr als eine Million (1.242.847) im Jahre 2021; das ist ein Anstieg um das 213-fache.

AfD-Gesundheitspolitiker Kay-Uwe Ziegler fordert die Notbremse: "Die Impfstoffe müssen nun umgehend zurückgerufen werden. Jede weitere Verwendung hat augenblicklich zu unterbleiben."

Die uns vor wenigen Monaten von der Tagesschau noch gebetsmühlenartig heruntergerasselte 7-Tage-Inzidenz liegt heute noch in einer Größenordnung, die zu Beginn 2022 Ausgangssperren ausgelöst hätte, mittlerweile aber als harmlos erkannt wird.

Abstandhalten statt Nächstenliebe

Würde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Meinungs- oder Versammlungsfreiheit waren den Politikern keinen Pfifferling wert. Kirchen setzten auf Abstandhalten statt Nächstenliebe, Kinderspielplätze wurden abgeriegelt, Parkbänke selbst für Gebrechliche zu Tabuzonen.

Der Ethikrat nickte wie ein Wackeldackel alles ab. Wir erlebten Polizisten, die auf friedliche Menschen eindroschen, wir haben von Kinderselbstmorden erfahren und Alte isoliert in Heimen verrecken sehen. Lebensfrohe Jugendliche wurden zu depressiven Problemfällen, rüstige Rentner sterbenskrank. Sektenhaft am Regierungsrockzipfel klammernde Medien spendeten dem Unrechtsregime auch noch Beifall.

Die Verantwortlichen gehören zur Rechenschaft gezogen. Es ist wichtig, das Ausmaß des Unrechts jetzt zu dokumentieren. ...<<

19.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. März 2023: >>Horrorzahlen: Mehr Gruppenvergewaltigungen

Von *Sven Eggers*

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata. Allein in Berlin gab es seit 2020 fast 300 Gruppenvergewaltigungen. Wohin soll das führen? ...

Im Jahre 2018 waren in der deutschen Hauptstadt 38 Gruppenvergewaltigungen zu beklagen, 2020 waren es rund 300. Viele Opfer sind minderjährig, viele Täter sind Ausländer. Das geht aus einer Anfrage des AfD-Abgeordneten und Rechtsexperten Marc Vallendar an den Berliner Senat hervor.

Ausländische Tatverdächtige

Zu den gepeinigten Opfern der 299 Gruppenvergewaltigungen in Berlin zählen 94 Minderjährige. Etwa die Hälfte der Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche, wobei hier nicht nach Vornamen, sondern nach Pässen kategorisiert wurde. Außerdem wies der Senat darauf hin, daß die Beteiligung von mehr als einem Täter nicht zwingend eine Gruppe darstelle.

Doch ob nun gruppenvergewaltigt oder von einzelnen sexuell mißbraucht, ob erstochen oder erwürgt, das ist letztlich nicht entscheidend. ...

"Wir vergessen nicht: Maria, 2016 in Freiburg von einem Afghanen vergewaltigt und dann in den Fluß geworfen. Sie ertrank. Gemessert wurde Ende 2017 die 15-jährige Mia aus Kandel, ihr Mörder kam als unbegleiteter Minderjähriger in die BRD: Oder Julia, 15 Jahre jung, 2018 attackiert in Viersen. Sie verblutete nach sechs Messerstichen. Mireille, 16, im März 2018 in Flensburg von einem Afghanen erstochen.

Ihr Mörder war aus Bulgarien in die BRD gekommen. Im Mai 2018 wurde die 14-jährige Su-

sanna aus Mainz von einem Iraker vergewaltigt und erwürgt. Manuela, 16 Jahre, wurde 2019 in Wiener Neustadt von einem vorbestraften Syrer erdrosselt. Oder Leonie aus Wien, erst 13. Sie wurde im Juni 2021 von mehreren Afghanen unter Drogen gesetzt, gruppenvergewaltigt und ermordet."

Mainstreammedien berichteten über die neuen Horror-Zahlen zu Gruppenvergewaltigungen übrigens nicht. AfD-Fragesteller Vallendar: "Der stetig zu beobachtende Anstieg schwerer Sexualdelikte ist erschreckend."

Die Schweigespirale von Massenmedien muß durchbrochen werden! ...<<

20.03.2023

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. März 2023:

>>**Polen-Botschafter in Paris droht mit Kriegseintritt**

Die Zeichen stehen auf Sturm. Zumindest in Polen, das sich von den USA immer weiter in einen Krieg mit Rußland im Zuge der Ukraine-Krise treiben läßt.

Immer für einen Weltkrieg zu haben: Polen spielt aktuell dieselbe Rolle wie in den 1930 Jahren. Mehr zu diesem verschwiegene Zusammenhang in unserer Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld".

Keinen Zweifel an einem baldigen direkten Kriegseintritt Polens (und somit der NATO) in der Ukraine ließ nun der polnische Botschafter in Frankreich, Jan Emerik Rosciszewski. In einem Interview mit dem französischen Fernsehsender LCI sagte der Diplomat unumwunden: "Wenn die Ukraine ihre Unabhängigkeit nicht verteidigt, haben wir keine andere Wahl, wir werden gezwungen sein, in einen Konflikt einzutreten."

Der wahre Grund für die polnische Aufrüstung

Immerhin seien die Grundfeste der "europäischen Werte und Kultur in Gefahr", man habe daher keine andere Wahl. Damit ist klar, daß Polen direkt, statt wie bisher verdeckt, in den Ukraine-Krieg eingreifen wird. Und das mit Rückendeckung der NATO.

Jetzt erscheint auch klar, warum Polen derzeit eine Armee von 300.000 Soldaten zusammenzieht und bewaffnet. Unter anderem wurden hunderte von Panzern aus Südkorea und andere Waffen angekauft, mutmaßlich finanziert von den USA. Polen sucht die direkte Konfrontation mit Rußland.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. ...<<

22.03.2023

Österreich: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 22. März 2023

(x1.272/...): >>**Die Formwandler der Eliten**

Während das Coronanarrativ immer mehr zerbröselt, läuft die Agenda der globalistischen Eliten auf mehreren Ebenen weiter und stellt die Widerstandsbewegung vor neue Herausforderungen. Teil 1/2.

Von *Eric Angerer*

Diverse Behauptungen des Coronaregimes haben sich schrittweise als falsch entlarvt. Für den Großteil der Bevölkerung ist das gegessen. Gleichzeitig wirken aber die Übergriffe nach und arbeiten politische Netzwerke an der modifizierten Fortsetzung des Gesundheitsnotstandes. Der Angriff der Great-Reset-Strategen läuft aber auch über andere Ebenen, nämlich über die Energie- und Klimafrage, über die digitale Überwachung, über die Auflösung der Nationalstaaten, über die Verarmung durch Inflation und über den Krieg.

Gegen diese kombinierte Offensive der Globalisten gegen die Völker der Welt braucht die Freiheitsbewegung vielschichtige Antworten. Dabei sind einerseits Brüche innerhalb der herrschenden Klasse zu berücksichtigen, andererseits eigene Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

Mehr als zwei Jahre lang haben die globalistischen Parteienkartelle in diversen Ländern ihre

Coronapolitik als "alternativlos" hingestellt. Unterstützt wurden sie dabei von ihren ausgesuchten "Experten" und gleichgeschalteten Mainstream-Medien. Kritiker wurden diffamiert, verhöhnt und sanktioniert. Dennoch ist das fanatisch propagierte Coronanarrativ weitgehend erodiert - von den Schulschließungen und die Maskenpflicht bis zum Testirrsinn und den Lockdowns.

Totes Narrativ

Und was die mRNA-Injektionen betrifft, sollte die "Schutzimpfung" anfänglich vor einer Infektion bewahren, dann eine Weitergabe des Virus verhindern und schließlich nur noch schwere Verläufe ausschließen - was real schließlich durch die Omikronvariante erreicht wurde. Nachdem sich die angebliche Wirksamkeit der mRNA-Behandlungen immer mehr erledigt hat, wird auch ihre angebliche Sicherheit - angesichts deutlicher Übersterblichkeit ab 2021 - immer mehr in Frage gestellt.

Die meisten Menschen haben all die falsche Coronapropaganda des Regimes zumindest innerlich abgehakt. Das zeigen auch die gefallenen Quoten der "Corona-Impfung" - von etwa 75 Prozent bei den ersten beiden Injektionen auf etwa 50 Prozent beim dritten und etwa 20 Prozent beim vierten "Stich" in den meisten EU-Ländern. Manche Menschen wollen von all diesem Irrsinn nach fast drei Jahre einfach nichts mehr hören. Viele werden dem Regime die Eingriffe in ihre Körper, die sinnlosen Grundrechtseinschränkungen und besonders die Repressalien gegen ihre Kinder nicht so bald vergeben.

Dieser langsam gekippten Stimmung tragen nun auch etliche jener Politiker Rechnung, die als Entscheidungsträger zu den Haupttätern des Regimes gehörten. Sie mäßigen ihren Ton, stellen sich aus der Verantwortung und sprechen von Versöhnung.

Selbst in einem konformistischen und stets regimetreuen Mikrokosmos wie der grünen Lehrerschaft sind die Coronahardliner stiller geworden, meiden das Thema und beschweigen diverse üble Erkrankungen in der "vollständig immunisierten" Kollegenschaft. Nur noch wenige verbohrte Extremisten in urbanen Akademikermilieus klammern sich an ihre eigene Propaganda der vergangenen beiden Jahre.

Es ist natürlich notwendig, die Vertuschungsmanöver der Herrschenden und ihre Versuche, sich aus der Verantwortung zu stehlen, als solche zu benennen und ernsthafte Konsequenzen einzufordern: nicht nur materielle Entschädigungen, Entschuldigungen und Rehabilitierungen, sondern auch eine Aufarbeitung des Impfdesasters und ein Zur-Rechenschaft-Ziehen der Verantwortlichen. Gleichzeitig sollten Kritiker nicht nur alles schwarzsehen, sondern durchaus auch wahrnehmen, daß der Zusammenbruch des Coronanarrativs eine positive Entwicklung ist, zu der die Widerstandsbewegung wesentlich beigetragen hat.

Nachwirkungen den Coronamaßnahmen

Gegenüber denjenigen, die immer alles nur als völlig hoffnungslos darstellen und ihre Energie zur Demotivierung von Widerstand einsetzen, sind zwei Dinge wichtig zu benennen: Erstens haben wir diesen Teilsieg errungen. Zweitens war er nur möglich, weil die Masse der Bevölkerung - und zwar unter den "einfachen" Leuten und nicht unter den Intellektuellen und "Meinungsmachern" - nicht mehr mitgezogen hat mit diesem Projekt der Globalisten.

Freude darüber ist richtig und sollte man sich gönnen. Sie sollte aber nicht die Augen davor verschließen, daß der Kampf alles andere als zu Ende ist. Der Gegner ist mächtig und hat keineswegs ein Einlenken im Sinn. Gegenwärtig forciert sein Regime vor allem Angriffe an anderen Fronten, aber auch im Gesundheitsbereich rüstet er sich für neuerliche Vorstöße.

Zu allererst muß festgehalten werden, daß zwar das Coronanarrativ mittlerweile tot ist, daß aber zahlreiche Repressalien des Regimes nachwirken. Die Angstkampagne und die soziale Isolation durch Schulschließungen und Lockdowns haben insbesondere Kinder und Jugendliche beschädigt.

Laut einer großen Studie in Österreich haben sich Depressionen und Angststörungen bei ihnen

verfünf- bis verzehnfacht, dazu kommen massiv gestiegene Schlafstörungen, Handysucht, Übergewicht und Bildungsrückstände. All das hat nicht nur die Möglichkeiten der Jugendpsychiatrien gesprengt, sondern wird auch die Jugendlichen und die Gesellschaft noch lange begleiten.

Und dann sind da natürlich die Folgen der mRNA-Injektionen, die trotz immer mehr bedrückender Fakten in ihrem Ausmaß noch unabsehbar sind. Eindeutig ist jedenfalls, daß in verschiedensten Ländern nicht ab 2020, als das angeblich so mörderische Coronavirus ohne "Schutzimpfung" ungestört wüten konnte, sondern mit dem Start der Impfkampagnen ab 2021 eine erhebliche Übersterblichkeit zu verzeichnen ist. Die Nebelgranaten des Coronaregimes können das immer weniger verschleiern. Und eindeutig ist auch, daß seit der massenhaften Verabreichung von mRNA-Injektionen bestimmte Krankheiten explodieren, etwa Herzerkrankungen und Krebs.

Angesichts dessen, daß die Spikeproteine der "Impfungen" lange im Körper verbleiben, ist zu befürchten, daß insbesondere bei Krebs und Autoimmunerkrankungen ein Gutteil der Schädigungen noch vor uns liegt. Dazu kommen auch noch immer klarer werdende negative Auswirkungen der mRNA-Injektionen auf Fruchtbarkeit und Geburten. Und wenn die Herrschenden nicht eine vollständige Diktatur einführen, werden diese Dinge immer mehr ans Licht kommen.

Gain-of-Function und (ethnische) Biowaffen

Das verheerende Desaster der "Corona-Impfkampagne" hindert die Netzwerke aus Weltwirtschaftsforum (WEF), Weltgesundheitsorganisation (WHO), Milliardärsstiftungen, Big Pharma und Pentagon freilich nicht daran, ihre Machenschaften in diesen Bereichen fortzusetzen. Die mRNA-Forschung wird mit massiver finanzieller Unterstützung noch mehr forciert und diese Genbehandlungen für diverse Krankheiten geplant. Und die Gain-of-Function-Forschung, die Viren zusätzliche Fähigkeiten verleiht und Erreger zu Forschungszwecken ansteckender macht, läuft weiter.

Kritische Wissenschaftler wie Roland Wiesendanger und viele einfach logisch denkende Menschen haben es von Anfang an nicht für einen Zufall gehalten, daß Sars-CoV-2 ausgeht in Wuhan entstanden ist, wo sich ein Labor befindet, in dem Gain-of-Function-Forschung an Sars-Viren betrieben wurde. Daß das FBI zuletzt auch die Laborthese vertreten hat, liegt natürlich daran, daß sie von diesen Leuten für die antichinesische Agenda der US-Führung benutzt wird. Verschwiegen wird dabei, daß in das Labor in Wuhan auch US-Pharmakonzerne, US-Behörden mit Millionensummen sowie Anthony Fauci, leitender medizinischer Berater der US-Regierung, verstrickt waren.

Und das Labor in Wuhan ist keinesfalls das einzige, das diese Netzwerke betreiben. Die chinesische Regierung hat im März 2022 die Zahl von weltweit 336 Biolaboratorien mit amerikanischer Beteiligung im Ausland genannt und gefordert, Kontrollen zuzulassen. Solche Labors betreiben US-Pharmakonzerne oft in Kombination mit dem Pentagon, in Afrika, in Georgien und insbesondere in der Ukraine.

In der Ukraine sollen darin speziell die Clique um die neokonservative Hardlinerin Viktoria Nuland, Joe Biden und seinen Sohn Hunter involviert sein. Angeblich wollte der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch diese Labors, bei denen es letztlich um verschiedene Formen von Biowaffen geht, schließen, bevor ihn der Maidanputsch daran hinderte. Russische Behörden haben 2022 mit der Eroberung einiger Gebiete offenbar auch etliche US-Biolabors entdeckt und zahlreiche gefundene Dokumente darüber veröffentlicht.

Ein erstes solches Labor hatten die russischen Behörden bereits 2014 auf der Krim in die Hände bekommen. Es könnte, wie Thomas Röper in einem aufschlußreichen Artikel ausgeführt hat, Rußlands Umgang mit der 2020 ausgerufenen Pandemie maßgeblich mitbestimmt haben. Die russische Führung ging offenbar davon aus, daß US-Stellen gezielt an "ethnischen

Viren" arbeiten, an Viren also, deren Gefährlichkeit auf die DNA von speziellen ethnischen Gruppen wie etwa Russen oder Chinesen zugeschnitten ist. Das würde die US-Labors in China oder der Ostukraine erklären. Und es würde den russischen Umgang mit der "Pandemie" erklären:

Rußland hatte anfänglich sofort mit einem Lockdown reagiert. Dann wurde im März 2020 umgehend eine ABC-Einheit der russischen Armee nach Italien geschickt, um den italienischen Ärzten und Katastrophenschützern zu helfen - und wohl auch Informationen über die neue Krankheit zu sammeln. Rußland dürfte die "Pandemie" als US-Angriff vor allem gegen Menschen mit russisch-slawischem Genotyp befürchtet haben.

Als sich das als unbegründet herausstellte - eher ist die Coronamortalität in China höher als in anderen Teilen der Welt -, wurden die Maßnahmen in Rußland rasch wieder gelockert. Die mRNA-Impfstoffe wurden aus Rußland ferngehalten und auch die Impfquote mit dem eigenen Impfstoff liegt in Rußland nur bei etwa 50 Prozent. Im März 2023 hat das russische Verteidigungsministerium schließlich den "Pfizer-Impfstoff" als US-Biowaffe bezeichnet.

Gesundheitstotalitarismus reloaded

Ob Sars-CoV-2 ein erster Versuch von US-Stellen war, eine antichinesische Biowaffe auszuprobieren, ist gegenwärtig hochspekulativ. Faktum ist, daß an solchen Dingen geforscht wird, daß US-Behörden weltweit DNA verschiedener Bevölkerungen sammeln, daß durch die Tests während der "Pandemie" Unmengen an DNA-Material akkumuliert wurden - und daß Entscheidungsträgern in den USA nach den Atombombenabwürfen auf Japan, dem Einsatz von chemischen Waffen in Vietnam und von Uranmunition im Irak und in Serbien so ziemlich alles zuzutrauen ist.

Daß in absehbarer Zeit ein neues Virus natürlich entsteht, aus einem Labor auskommt oder ausgelassen wird, daß der WHO für die Ausrufung einer neuen Pandemie ausreicht, scheint jedenfalls sehr wahrscheinlich. Und dieselben Netzwerke, die mit dem Event 201 im Oktober 2019 die bald darauf ausgerufene Coronapandemie eins zu eins durchgespielt hatten, haben ja im Herbst 2022 in Brüssel unter dem Titel "Katastrophale Ansteckung" ein neues Planspiel veranstaltet.

Dabei waren wieder das Johns-Hopkins-Center, die WHO und die Gates-Stiftung mit Bill Gates himself sowie einige Gesundheitsminister, darunter der deutsche. Ausgegangen wurde von einer Epidemie in einem Teil der Welt, von einer rasanten Ausbreitung auf andere Teile und einer höheren Sterblichkeit als bei Sars-CoV-2.

Manche denken, daß die Herrschenden mit einem neuen Anlauf einer "Pandemie" nach dem Zusammenbruch des Coronanarratives nicht noch einmal durchkommen würden, daß sich das die Menschen nicht noch einmal bieten lassen würden. Für eine Pandemie in derselben "Preisklasse" mag das stimmen, aber bei einer relevanten Modifikation sollte man darauf lieber nicht wetten.

Wenn tatsächlich Ansteckung und Sterblichkeit massiver und, wie im Planspiel in Brüssel angenommen, vor allem Jugendliche und Kinder betroffen sind, dann kann der politischen Kaste und den gleichgeschalteten Medien sehr rasch eine neue Verängstigung sehr vieler Menschen gelingen.

In der EU-Bürokratie dürfte auch bereits vorgesorgt werden. Ein Sonderausschuß des Europäischen Parlaments legte im Februar 2023 ein Papier mit 274 Punkte vor, in dem der Umgang mit der "Corona-Pandemie" bilanziert und die Vorbereitung für die nächste skizziert wird. Faktenresistent und in bemerkenswerter Abgehobenheit von der Stimmung in der Bevölkerung wird behauptet, die EU habe den Test bestanden, die Impfung sei sicher und wirksam - aber bei der nächsten Pandemie brauche es mehr zentrale Kontrolle.

Dazu passen natürlich die nachdrücklichen Bestrebungen, der WHO mehr Macht über die einzelnen Staaten - durch neue Befugnisse, um "potentielle" Gesundheitsnotfälle auszurufen und

die Mitgliedsstaaten zu verpflichten, die WHO als "bestimmende Behörde" anzuerkennen, und durch permanente globale Impfpässe. Im neuen Pandemievertrag soll die WHO sogar die Kontrolle über den Viehbestand und die Lebensmittelversorgung bekommen - diktatorische Vollmachten für eine ungewählte globale Institution am Gängelband von Big Pharma und Milliardenstiftungen.

In Deutschland läuft der jüngste "Expertenvorschlag" für ein neues Epidemiegesetz auf eine Gesundheitsdiktatur hinaus - schon eine "drohende" Epidemie soll für die Aushebelung von Grundrechten ausreichen.

Kontrolle und Gleichschaltung

Ein solcher Gesundheitstotalitarismus ist aber nicht die einzige und gegenwärtig nicht die Hauptfront der Angriffe des globalistischen Großkapitals. Eine andere Front ist die der digitalen Überwachung. An ihr rücken die politischen Vertreter des Great Reset langsam und stetig vor. Es geht an dieser Front um die erwähnten Impfpässe und andere Gesundheitszertifikate, aber auch um digitale Identitäten wie mit Biometrie- und Blockchain-Technologie des Projektes ID2020. In der EU wird die Digitalisierung von Ausweisen vorangetrieben, in den USA tut das die Regierung im Rahmen ihrer neu vorgestellten "Sicherheitsstrategie".

Dazu kommen das Zurückdrängen von Barzahlung und das Forcieren von Kartenzahlung und digitalen Währungen. Letzteres ermöglicht Kontrolle und schließlich per Knopfdruck das Sanktionieren von mißliebigen Personen. Das wiederum steht in Zusammenhang mit den Social-Credit-Systemen, an denen die EU-Führung arbeitet und in denen dann Dinge wie Impfstatus oder angeblich "klimafreundliches" Verhalten eine Rolle spielen können.

Für das Vorantreiben all der Projekte der Globalisten spielen willfährige Mainstreammedien eine wesentliche Rolle. Auch wenn sie in der Frage der Coronamaßnahmen, angesichts des offensichtlichen Desasters, vorsichtiger geworden sind, setzen sie ihren propagandistischen "Haltungsjournalismus" in anderen Fragen fort: Aktuell betrifft das besonders die Themenfelder Ukraine, Klima und Gender, begonnen hat es mit Migration und Islam. Zu all diesen Fragen sind im Mainstream kaum eine kontroverse sachliche Diskussion und Information möglich. Statt dessen regieren moralisierte Aufgeregtheit und betreutes Denken.

Das oftmals störrische Publikum wird als Objekt der Erziehung betrachtet. Und die Erzieher dieses modernen Totalitarismus sind die akademischen politisch-medialen Ideologen. Sie treten als Priester der globalistischen Diversity-Säkularreligion, der Klima-Endzeitsekte und der heiligen Kriege ihres bewaffneten Arms NATO auf.

Ihre moralisch-narzißtische Selbstüberhöhung als Bessermenschen versprechen sie auch ihren Gläubigen, Ketzer hingegen müssen mit politischer, sozialer und beruflicher Verdammnis rechnen. Der Stigmatisierung als Covidiot, Coronaleugner, Wissenschaftsfeind und Schwurbler folgt nun die als "Lumpenpazifisten" (ein Sascha Lobo im Spiegel) oder "Friedenschwurbler".

Ein Christian Kreil, Journalist der linksliberalen österreichischen "Qualitätszeitung" Standard, bezeichnete Sahara Wagenknecht und Alice Schwarzer gar als "Putinfotzen". Und wie sehr die globalistisch-transatlantischen Regimemedien ihre letzten Hemmungen verlieren, bewies auch eine Eva Illouz, die ausgerechnet am 80. Jahrestag der berühmten Sportpalastrede von Josef Goebbels in der Zeit einen "totalen Sieg" für die Ukraine propagierte.

Kein Wunder jedenfalls, daß - laut einer Umfrage von Ende 2022 - 59 Prozent der Deutschen angaben, daß es um die Meinungsfreiheit im Land schlecht bestellt sei. Die immer weitere Einengung des "erlaubten" Meinungskorridors ist freilich kein Zufall, sondern einer allgemeinen antidemokratischen Entwicklung, in der immer mehr Entscheidungen de facto von transnationalen Strukturen getroffen und damit auch letzte Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerungen in Nationalstaaten ausgehebelt werden.

Klimahysterie als Instrument

Eine Diskussion der naturwissenschaftlichen Aspekte der Klimadebatte und der Frage, ob beziehungsweise in welchem Ausmaß Klimaveränderungen menschlich beeinflusst sind, würde hier den Rahmen sprengen. Festzuhalten ist, daß - ähnlich wie beim Coronanarrativ - von den globalistischen Kartellparteien und insbesondere von den Regimemedien ein wissenschaftlicher Konsens behauptet wird, der so nicht existiert.

Albert Einstein hatte gesagt: "Wenn du ein wirklicher Wissenschaftler werden willst, denke wenigstens eine halbe Stunde am Tag das Gegenteil von dem, was deine Kollegen denken." Das wird auch in der Klimadebatte möglichst schwer gemacht, denn insbesondere Abweichler aus dem Wissenschaftsbetrieb werden von den "Experten" und Journalisten des Regimes diffamiert und beruflich geschädigt. Verbreitet hat sich dabei auch der Begriff des "Klimaleugners". Er soll offenbar auch in dieser Frage eine sachliche Debatte verunmöglichen, denn er führt die Auseinandersetzung auf eine religiöse Ebene von Glaubenssätzen, die man nicht "leugnen" darf.

Wenn vom herrschenden System, also von Politikern, Mainstreammedien und den hinter ihnen stehenden globalistischen Netzwerken in einer Frage eine derartige Gleichschaltung durchgeführt, ein bestimmter Kurs als "alternativlos" propagiert und Kampagnen wie Fridays for Future oder die Klimakleber gehypt werden, sollten kritische Menschen hellhörig und skeptisch werden. Hier sind offenbar massive Kapitalinteressen am Werk und hier sollen offenbar Dinge durchgesetzt werden, die in der Regel zulasten der Mehrheit der Bevölkerung gehen.

Die "Klimakrise" und der "russische Angriffskrieg" werden offensichtlich benutzt, um die Energiepreise in die Höhe zu treiben, wovon Energiekonzerne ebenso profitieren wie das Projekt der Energiewende. Bezahlt wird das von der Masse der Bevölkerung, deren Löhne durch die Inflation entwertet und deren Ersparnisse enteignet werden. Damit haben die Betreiber dieses Kurses aber keineswegs genug: Die EU hat bereits 2021 das Programm "Fit für 55" vorgelegt und im März 2023 im Parlament beschlossen, nach dem zur "Klimarettung" Eigenheime, die nicht energieeffizient genug sind, enteignet werden können.

Und offenbar wird auch schon darüber nachgedacht, daß Überschüsse aus Photovoltaikanlagen verpflichtend in die Netze eingespeist werden müssen. Schließlich ist das EU-weite Verbot von Verbrennungsmotoren für Pkw ab 2035 noch nicht über die Bühne, zeigt aber, wohin die Reise nach dem Willen der globalistischen Eliten gehen soll.

Hohe Kosten für E-Autos in der Anschaffung sowie steigende Stromkosten könnten individuelle Mobilität auf eine immer kleinere Gruppe von Wohlhabenden beschränken. Und in diese Richtung gehen ja auch die "Smart Citys", die etwa in Cleveland, Bologna, Darmstadt oder Wien forciert werden, in denen alles "Nötige" innerhalb von 15 Minuten erreichbar ist und Mobilität darüber hinaus womöglich je nach "social credit" immer mehr beschränkt wird. Und schließlich halten sich die globalistischen Eliten wohl auch noch "Klimalockdowns" in der Hinterhand, um die aufmüpfige Bevölkerung zu kontrollieren.

Neben totalitären Überwachungsabsichten geht es den maßgeblichen Kapitalgruppen vor allem um eine Lösung ihrer Verwertungskrise: Durch die Zerstörung der Weltwirtschaft soll ein Wiederaufbau aus den Ruinen ermöglicht werden, durch massive Kapitalvernichtung den überlebenden Kapitalgruppen ein neuer Boom beschert werden.

Big Tech, Big Pharma, die Bio- und Neurotechnologie, der deregulierte Finanzsektor, Investoren wie BlackRock oder George Soros, Profiteure wie Amazon, diverse Milliardärsstiftungen sowie der vorgebliche "Nachhaltigkeitssektor", stehen bereits in den Startlöchern - und traditionelle Sektoren versuchen sich anzupassen und zu partizipieren. Sie warten auf die staatlichen Konjunkturprogramme für eine "grüne Wirtschaft".

Wie in allen historischen Akkumulationszyklen zuvor verbinden sich auch jetzt die aufstre-

benden Kapitalgruppen mit dem Staat, weil sie seine Hilfe brauchen. Die Milliardenaufträge für die Impfkampagnen der Pharmakonzerne waren da nur der Anfang.

Was hier gerade anläuft, ist eine Art neuer Keynesianismus. Doch wie der Militärkeynesianismus zur Finanzierung von Kriegen ist die Staatsnachfrage nach Pharma- und Kontrolltechnik, nach neuen Energieproduktion, Biotechnologie und Digitalisierung nicht für, sondern gegen den Menschen gerichtet. Sie wird, wenn die Globalisten damit durchkommen, mit der Verarmung von Hunderten Millionen Beschäftigten und Gewerbetreibenden einhergehen. ...

Eric Angerer, Jahrgang 1974, ist studierter Historiker und war als Nachrichtenjournalist tätig. Die letzten Jahre arbeitete der begeisterte Alpinist im Bildungsbereich, unter anderem als Sportlehrer. Er verfaßte und redigierte zahlreiche historische Texte und solche der marxistischen Theorie. Sein politisches Engagement bezog sich lange Zeit vor allem auf die Unterstützung betrieblicher Selbstorganisation von Beschäftigten in Industrie und Gesundheitswesen. Aktuell beteiligt er sich an der Initiative "Analyse Widerstand Freiheit" (AWF) in Österreich.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. März 2023: >>**Putin über Deutsche: "Beugen sich bei Schlägen"**

Wladimir Putin setzt beim Aufbau einer multipolaren Weltordnung keine großen Hoffnungen mehr in die Deutschen. ...

_ Von Thomas Röper

Im wöchentlichen Nachrichtenüberblick des russischen Fernsehens spielte der Terrorakt gegen die Nord-Stream-Pipelines erneut eine herausragende Rolle Putins Antwort über die deutsche Regierung und ihre Politik war mehr als deutlich. Daher habe ich den Beitrag des russischen Fernsehens übersetzt.

Beginn der Übersetzung: In diesem Zusammenhang wies Putin darauf hin, daß Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg nie wirklich ein souveräner Staat im eigentlichen Sinne des Wortes war. Die Erklärung ist laut Putin einfach:

"Die Sowjetunion hat einst ihre Truppen aus Deutschland abgezogen und ihre faktische Besetzung des Landes beendet. Die Amerikaner haben das, wie Sie wissen, nicht getan, sie besetzen Deutschland weiterhin. Aber es geht ja nicht nur um Deutschland, sondern die Europäer haben meiner Meinung nach das Gen der Unabhängigkeit, der Souveränität und des nationalen Interesses verloren. Je mehr sie auf die Nase oder auf die Stirn geschlagen werden, desto tiefer verbeugen sie sich und desto breiter wurde ihr Lächeln.

Es ist schwer, etwas dagegen zu tun, so ist die Generation der heutigen Führungskräfte, sie haben den Instinkt für das nationale Interesse verloren. Das hat viele Gründe - wirtschaftliche Abhängigkeit, politische Abhängigkeit, mediale Abhängigkeit, industrielle Abhängigkeit, es sind eine Menge Fäden, die diese Bedingungen der demütigenden Abhängigkeit schaffen. Da kann man nichts machen. Meiner Meinung nach wird sich alles irgendwann ändern, aber wann das sein wird, ist im Moment schwer zu sagen."

"Glauben Sie, daß es eine Zukunft für Nord Stream gibt?", fragte Sarubin.

Putin antwortete: "Ja, natürlich, das glaube ich. Wenn unsere europäischen Partner daran interessiert sind, wenn ihr Instinkt für nationale Interessen wiederbelebt wird, dann hat das Projekt natürlich eine Chance. Aber manchmal habe ich den Eindruck, daß sie alles tun, was man ihnen von der anderen Seite des Ozeans sagt."

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. ...<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. März 2023: >>**Atomkriminelle! Urangeschosse für die Ukraine**

Von Jürgen Elsässer

Großbritannien hat angekündigt, radioaktive Uran-Munition an Kiew zu liefern, sozusagen als Upgrade der ebenso auf der Lieferliste stehenden Challenger-Panzer. Moskau reagierte scharf

und sprach von einer "schmutzigen Atombombe" und "nuklearen Provokationen". ...

Geschosse mit abgereichertem Uran hatten eine furchtbare Wirkung auf die Zivilbevölkerung, als sie von Amerikanern und Briten gegen Irak, gegen Jugoslawien und gegen Afghanistan eingesetzt wurden. Der Uranstaub, der sich beim Verfeuern bildet, führt zu radioaktiver Verseuchung großer Landstriche und lagert sich im Körper der dort lebenden Menschen ab.

Was ist der militärische Zweck von Uranmunition?

Am Beispiel des Irak-Krieges 1991: Durch die Härtung mit DU erreichten die Panzergeschosse von USA und Großbritannien auf eine weitaus größere Distanz durchschlagende Wirkung als die der Irakis. Im Schnitt konnte ein M-1-Panzer einen T-72 auf eine Distanz von drei km ausschalten - dieser hätte auf knapp zwei km herankommen müssen, um seinerseits in eine effektive Schußposition zu kommen.

Es wurde sogar ein Fall bekannt, wo ein britischer Challenger-Tank aus einer Distanz von über 5 km einen irakischen Panzer zerstörte. In einem anderen Fall durchschlug eine amerikanische DU-Granate den Turm eines T-72 glatt und bohrte sich dahinter in einen zweiten irakischen Panzer - auch dieser wurde zertrümmert. Auf diese Weise kamen die alliierten Panzer nur selten unter feindliches Feuer - und wenn doch, dann erwies sich das abgereicherte Uran ein weiteres Mal als lebensrettend: Durch die Verstärkung der M1-Panzerungen mit DU prallten die irakischen Geschosse oft wirkungslos ab.

Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung

Uranbomben - das aufrüttelnde Sachbuch von Frieder Wagner.

Die Auswirkungen der radioaktiven Mikropartikel aus den DU-Bomben auf die einheimische Bevölkerung sind verheerend - im Unterschied zu den Besatzungssoldaten müssen sie für immer in den verseuchten Zonen leben. Dr. Jawat Al-Ali (55), Direktor des onkologischen Zentrums des größten Krankenhauses im südirakischen Basra, berichtete 2003 auf einer Konferenz in Japan: "In Basra sind zwei seltsame Phänomene aufgetreten, die ich noch nie zuvor gesehen habe.

Das erste ist Doppel- und Dreifachkrebs bei einem Patienten. Zum Beispiel Leukämie und Magenkrebs. Wir hatten einen Patienten mit zwei Krebsarten, einen im Magen und einen in den Nieren. Monate später entwickelte sich der erste Krebs in seiner anderen Niere - nun hatte er drei verschiedene Krebsarten. Das zweite Phänomen ist die Häufung von Krebsfällen in Familien. Wir haben bei uns 58 Familien, in denen mehr als eine Person von Krebs betroffen ist. Dr. Yasin, einer unserer Chirurgen, hat zwei Onkel, eine Schwester und einen Cousin, die krebserkrank sind. Dr. Mazen, ein anderer Spezialist, hat sechs Familienmitglieder, die an Krebs leiden.

Meine Frau hat neun Familienmitglieder, die Krebs haben." Und weiter: "Kinder sind besonders anfällig für DU-Vergiftungen. Sie haben eine weitaus höhere Aufnahmequote, weil ihr Blut zur Knochenbildung und -ernährung gebraucht wird und sie viele Weichteile haben. Knochenkrebs und Leukämie waren bisher die Krankheiten, von denen sie am meisten betroffen waren, aber nun ist es auch Lymphkrebs, der sich überall im Körper ausbreiten kann und bisher selten im Alter unter zwölf auftrat, verbreitet."

Welche Auswirkungen diese radioaktive Hinterlassenschaft auf die Bevölkerung hat, zeigen die Erfahrungen aus dem Golfkrieg 1991. Eine Studie der britischen Atomenergiebehörde, im November 1991 zum "Independent" durchgesickert, ging von 500.000 zusätzlichen Krebstoten im Irak aus. Dieser Hochrechnung wurde eine Hinterlassenschaft von 40 Tonnen DU-Munition zugrundegelegt. (In der Realität waren es im Irak zwischen 260 und 400 Tonnen.)

Am 7. Februar 2000 räumte Nato-Generalsekretär George Robertson offiziell ein, daß die Streitkräfte des Paktes während des 78tägigen Krieges gegen Jugoslawien 31.000 DU-Geschosse abgefeuert hatten. Das entspräche einer Menge von 10,5 Tonnen Uran. Die jugoslawische Regierung beschuldigte die Nato, etwa 50.000 DU-Geschossen abgefeuert zu ha-

ben. Das entspräche 15 bis 17 Tonnen Uran.

Lesen Sie mehr über die Auswirkungen von Geschossen mit abgereichertem Uran in Frieder Wagners aufrüttelndem Sachbuch "Uranbomben - Die verheimlichte Massenvernichtungswaffe" ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. März 2023: >>Titanic-Attentat - Anschlag der Hochfinanz

Von *Jürgen Elsässer*

Der Untergang der Titanic

Haben Sie Lust auf ein nervenzeretzendes Sachbuch? Dann nehmen Sie "Das Titanic-Attentat" zur Hand. Zum 111. Jahrestag des Untergangs der Titanic (15. April 1912) bringt der Enthüllungsautor Gerhard Wisnewski dieses Buch wieder heraus, das die Titanic-Forschung revolutionierte - natürlich unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit. Vom Mainstream tapfer ignoriert, war es bald vergriffen - jetzt endlich wieder verfügbar.

Der Untergang der Titanic wühlt die Menschen seit über hundert Jahren auf. Was die wenigsten wissen: Es war gar kein Unglück. Es war ein kühl kalkuliertes Attentat. Und ein Attentat, das am Beginn der Weltherrschaft der Hochfinanz steht. Es gibt wohl kaum ein anderes Beispiel in der Weltgeschichte, wo sich persönliche Tragödien mit der großen Politik in derart diabolischer Weise vermischen.

Der Zusammenhang wurde im Mainstream ignoriert, um die Öffentlichkeit nicht auf die Spur der Attentäter und ihrer politischen Motive zu bringen. Gott sei Dank gibt es mit Gerhard Wisnewski eine investigative Spürnase, die das Verborgene zu Tage bringt und auf fesselnde Weise aufschreibt. Ein veritabler Krimi - aber kein fiktiver, sondern ein realer!

Was gab und gibt es nach so langer Zeit noch zu entdecken? Antwort: alles. Denn die wichtigsten Befunde wurden ignoriert, wegerklärt und totgeschwiegen. Warum wurden zum Beispiel die eintreffenden und zum Teil bestätigten Eiswarnungen ignoriert? War es Fehlverhalten, Fahrlässigkeit, Übermut oder doch gerade das Ziel dieser Reise, eine glaubwürdige Kulisse für einen inszenierten Unfall zu finden?

An Bord der Titanic war fast die gesamte Finanzelite der USA. Neben Berühmtheiten wie Schriftsteller Jaques Futrelle, der den Hobbykriminologen Prof. van Dusen erfand, und Präsidentenberater Major Archibald Butt starben unter anderem auch Colonel John Jacob Astor, Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und Georg Widener.

Die vier Herren waren nicht nur die reichsten Passagiere auf der Titanic, deren Vermögen zusammen auf 70 Millionen Pfund geschätzt wird, sondern sie hätten wohl auch alle die Möglichkeit gehabt, in die nie vollbesetzten Rettungsboote zu steigen. Allerdings wurden sie durch die Besatzung mit der Begründung am Einstieg gehindert, daß Frauen und Kinder Vorrang hätten.

Eigentümer der Titanic war der größte Finanzmagnat J. P. Morgan. Er war nicht an Bord... Welches Interesse sollte er haben, andere Mitglieder seiner Klasse umzubringen? Wisnewski dazu: "Tatsächlich zeigt die Geschichte der großen Attentate, daß diese immer multifunktional waren. Meistens ging es um drei Dinge: Geld, Politik und Personen."

Für Kenner der Materie: Kurz nach dem Titanic-Attentat fand die Gründung der mächtigen Federal Reserve statt, der US-amerikanischen Zentralbank. Sie ist im Privatbesitz, aber verkleidet sich als Staatsbank. J. P. Morgan war einer der Drahtzieher der Gründung. Andere konnten nicht dabeisein - weil sie mit der Titanic abgeoffen sind.

Mehr soll nicht verraten werden. Jedenfalls: Wer etwas über die internationale Hochfinanz wissen will, kommt um Wisnewskis Titanic-Attentat nicht herum. Wisnewski deckt auf, was über 100 Jahre im eiskalten Naß des Polarmeeres begraben war.<<

23.03.2023

Österreich: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 23. März 2023 (x1.273/...): >>>Die Formwandler der Eliten

Während das Coronanarrativ immer mehr zerbröselt, läuft die Agenda der globalistischen Eliten auf mehreren Ebenen weiter und stellt die Widerstandsbewegung vor neue Herausforderungen. Teil 2/2.

Von *Eric Angerer*

Diverse Behauptungen des Coronaregimes haben sich schrittweise als falsch entlarvt. Für den Großteil der Bevölkerung ist das gegessen. Gleichzeitig wirken aber die Übergriffe nach und arbeiten politische Netzwerke an der modifizierten Fortsetzung des Gesundheitsnotstandes. Der Angriff der Great-Reset-Strategen läuft aber auch über andere Ebenen, nämlich über die Energie- und Klimafrage, über die digitale Überwachung, über die Auflösung der Nationalstaaten, über die Verarmung durch Inflation und über den Krieg.

Gegen diese kombinierte Offensive der Globalisten gegen die Völker der Welt braucht die Freiheitsbewegung vielschichtige Antworten. Dabei sind einerseits Brüche innerhalb der herrschenden Klasse zu berücksichtigen, andererseits eigene Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. ...

Migration, Fragmentierung und Klassenkampf

Auch Massenmigration, insbesondere nach Europa, wird von den globalistischen Eliten weiter forciert werden. Nicht zufällig ist ja auch in der UN-Agenda 2030 etwa das Ziel der Ansiedlung von Millionen Afrikaner in der EU festgeschrieben. Nicht zufällig drücken EU-Institutionen über politische Beschlüsse und rechtliche Vorgaben die Aufnahme von immer mehr Migranten gegen den Willen von großen Mehrheiten der europäischen Völker durch.

Nicht zufällig kann der Großteil der eigentlich ausreisepflichtigen Migranten letztendlich doch meist im gewünschten Sozialstaat bleiben. Nicht zufällig unterstützen und beschönigen die globalistischen Mainstreammedien die außereuropäische Massenmigration mehr oder weniger massiv - und diffamieren Kritiker dieser Einwanderungspolitik mit den üblichen Methoden als "Rassisten" oder gar "Nazis".

Tatsächlich ist Migration, anders als die selbstgerechten grünen Mittelschichten vorgeben, nichts Fortschrittliches - weder für die Herkunfts- noch für die Zielländer. Bei Letzteren führt sie unter anderem zu Lohndruck, in Ersteren zieht sie teilweise benötigte Arbeitskräfte ab und stellt ein Ventil dar, um gesellschaftliche Veränderungen nicht durchführen zu müssen.

Tatsächlich haben globalistische Stiftungen, transatlantische Netzwerke, die UNO und die EU seit Jahrzehnten außereuropäische Massenmigration nach Europa vorbereitet und vorangetrieben, denn sie ist ein integraler Bestandteil der neoliberal-globalistischen Agenda.

Erreichen wollen die Herrschenden damit mehrere Dinge. Dazu gehört "das Vorantreiben einer demografischen Globalisierung, die den ungehinderten Verkehr von Kapital und Waren durch eine kapitalkonforme Verschiebung von Arbeitskräften ergänzen soll. Verstärkter Lohndruck durch die Präsenz von deklassierten Unterschichten und eine nachhaltige ethnische Fragmentierung der Bevölkerung sollen die Durchsetzung des Neoliberalismus in Europa vollenden.

Das Vorbild des US-Modells und tribalistische Konflikte á la "Gangs of New York" (Film von Martin Scorsese) sollen eine Solidarität der Bevölkerung gegen die Zumutungen der globalistisch-kapitalistischen Ausbeutung verunmöglichen".

Wie in den USA seit 150 Jahren realisiert soll eine nachhaltige ethnische Fragmentierung der Bevölkerung auch in Europa Klassenkampf von unten so weit wie möglich verhindern. Begleitet wird diese Entwicklung von der herrschenden Klasse auch ideologisch:

Während nationale europäische Identitäten und die der Arbeiterklasse als reaktionär und/oder altmodisch hingestellt werden, preisen Medien, Politik und Bildungseinrichtungen sämtliche

andere Identitäten als bunte Bereicherungen - egal ob es sich um die ethnischen oder religiösen Identitäten von Immigranten oder um sexuelle Vorlieben und variable geschlechtliche Selbstbilder handelt.

Die Gründe dafür sind klar: Nationalstaaten und Arbeiterkampf sind Hindernisse für die Ziele der Globalisten, andere Identitäten werden hingegen mit der Diversity-Ideologie zur immer stärkeren Atomisierung der Individuen im One-World-Globalismus benutzt.

Eskalation in der Ukraine

Grundlos, plötzlich und unprovokiert soll der russische Einmarsch in die Ukraine erfolgt sein - das können nur Menschen behaupten, die entweder ahnungslos oder Propagandisten der NATO sind. Die Grundlage für die US-Politik gegenüber Rußland hatte der einflußreiche Geostrateg Nicholas Spykman (1893 bis 1943) gelegt, indem er die US-Kontrolle über die "Rimlands" verlangte, also die Gebiete, die das russische Kernland umschließen - von Ostasien über Zentralasien, den Iran, den Nahen Osten, den Balkan und Mittel- und Osteuropa.

Der aus polnischem Adel stammende einflußreiche US-Strategen Zbigniew Brzeziński führte 1997 in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" die geopolitische Vision der amerikanischen Vorrangstellung im 21. Jahrhundert weiter aus: Eurasien sei das "große Schachbrett", auf dem die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden Jahren bestätigt und herausgefordert werde. Die USA müßten die Verhältnisse dort so gestalten, daß niemand ihre Hegemonie bedrohen könne - und eine entscheidende Rolle spiele dabei die Kontrolle über die Ukraine.

Konkretisiert wurde diese Strategie des US-Imperiums von der Strömung der sogenannten Neocons, die auf die Regierung von George W. Bush massiven Einfluß hatten und nun wichtige Posten im Kabinett von Joe Biden besetzen. Zur älteren Generation der Neocons gehören vor allem Richard Perle und Paul Wolfowitz. Letzterer nahm bereits im Jahr 2000 gemeinsam mit Brzeziński an einem großen ukrainisch-amerikanischen Symposium in Washington teil, wo er ganz offen davon schwärmte, Rußland zu einem Krieg mit der Ukraine zu provozieren, und sich verpflichtete, die Zerstörung Rußlands zu finanzieren.

Die jüngere Generation der Neocons besteht unter anderen aus Robert Kagan, Victoria Nuland und Jake Sullivan, die bei der Ukraine-Eskalation durch Regierungen von Barak Obama und Joe Biden eine wesentliche Rolle spielten. Die noch unter Bush 2004 von US-Geheimdiensten und NGOs organisierte "Farbrevolution" in der Ukraine war von der störrischen Bevölkerung 2008 gleich wieder abgewählt worden. Beim Maidan-Putsch 2014 waren neben denselben US-Netzwerken, offenbar zentral angeleitet von Nuland, auch die systematisch aufgebauten rechtsextrem-nationalistischen ukrainischen Kräfte federführend, die nun Nägel mit Köpfen machen sollten.

Während das Maidan-Regime nicht verhindern konnte, daß Rußland die Krim zurückholte und der Widerstand gegen den Putsch sich in Lugansk und Donezk behauptete, wurde die Opposition in Charkow, Slawjansk-Kramatorsk, Mariupol und Odessa von den neonazistischen Milizen des Regimes brutal unterdrückt.

In den acht Jahren danach tötete ukrainischer Artilleriebeschuß auf die Großstädte Donezk und Lugansk etwa 13.000 Menschen, verbot das Kiewer Regime die russische Sprache weitgehend, Oppositionsparteien und TV-Sender Schritt für Schritt, trieb der Kult um den westukrainischen NS-Kollaborateur und fanatischen Antisemiten Stepan Bandera zu immer neue Blüten und durchsetzte den Staatsapparat, insbesondere Armee und Geheimdienst, mit seinen Anhängern. Gleichzeitig nutzte die NATO das Abkommen von Minsk, um die ukrainische Armee und die rechtsextremen Verbände massiv aufzurüsten.

Mit der Wahl oder Installierung von Joe Biden, der schon 2014 als Außenminister den Putsch in Kiew zu verantworten hatte, zum US-Präsidenten Anfang 2021 war klar, daß es in der Ukraine zu einer Zuspitzung kommen würde. Während Rußland der NATO noch im Dezember eine Reihe von Vorschlägen gegenseitiger Sicherheitsgarantien machte, wurden diese vom

Westen ignoriert und statt dessen eskalierte die Lage. Das Regime in Kiew kündigte seinen NATO-Beitritt sowie die Stationierung von US-Raketen in der Ukraine an und ab Januar 2022 wurde der Beschuß der Großstädte im Donbass stark intensiviert. Den russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 mag man legitim oder falsch finden, unprovokiert war er definitiv nicht.

Krieg, Globalismus und Geopolitik

Der Globalismus wird insbesondere vom US-Großkapital getragen, speziell von den Internetkonzernen, von Investmentfonds wie BlackRock oder Vanguard, von Big Pharma, Big Oil, Biotechnologie und von Milliardärsstiftungen (Gates, Rockefeller, Soros ...).

Sie sind mit dem US-Staat und dem "Tiefen Staat" in den USA verbunden, haben wesentlichen Einfluß auf globale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die UNO oder das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die NATO zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung. Dementsprechend steht auch die mächtige US-Rüstungsindustrie hinter dem globalistischen One-World-Projekt. Die EU-Staaten haben dabei nur die Rolle von "tributpflichtigen Vasallen", wie Brzeziński offen formulierte - und für Kanada, Australien und Japan sieht es nicht anders aus.

Rußland in einen zermürbenden Krieg in der Ukraine zu zwingen, wie das die USA in Vietnam erlebten, war das Ziel des US-Imperiums. Rußland als potentieller Herausforderer der unipolaren US-Weltherrschaft sollte wirtschaftlich, militärisch und politisch geschwächt werden. Das hat allerdings nur teilweise funktioniert.

Zwar hat Rußland Tausende, wenn nicht Zehntausende Soldaten und große Mengen Militärtechnik verloren. Gleichzeitig liegt ein Sieg des Kiewer Regimes mit seinen zahllosen Söldnern aus NATO-Staaten in weiter Ferne, Rußland konnte den Donbass fast vollständig und eine Landbrücke zur Krim erobern.

Ökonomisch haben die beispiellosen Sanktionen gegen Rußland viel weniger erreicht, als von USA und Europäischen Union (EU) erhofft. Das liegt einerseits an der offenbar guten Vorbereitung in Rußland: Importsubstitution, Ersatz für Zahlungssystem SWIFT und westliche Kreditkarten etc. Andererseits beteiligen sich die meisten Staaten nicht an den Sanktionen: Neben China und Indien sind das diverse arabische, afrikanische und lateinamerikanische Länder.

Daß ein NATO-Staat wie die Türkei oder das traditionell proamerikanische Saudi-Arabien sich gegen die Sanktionen stellen und mit Rußland und China kooperieren, ist für das US-Imperium ein herber Rückschlag. Der Verkauf von russischem Öl und Gas läuft weiter, verstärkt nach China und Indien, über verschiedene Umwege aber auch nach Europa.

Trotzdem hat die bisherige globale Hegemonialmacht noch einige Optionen, finanzwirtschaftliche, militärische und politische. Der erste Bereich scheint sich aber zunehmend abzunutzen, im Gegenteil wurde in Folge der Sanktionen in den vergangenen Monaten die Position des Dollars als Weltreservewährung immer mehr untergraben, der Ölhandel von Rußland mit China, Indien und sogar Saudi-Arabien verstärkt in anderen Währungen abgewickelt.

Militärisch sind die USA weiterhin massiv überlegen. Sie haben nach verschiedenen Angaben zwischen 600 und 800 Militärstützpunkte in anderen Ländern, Rußland gerade mal 20, überwiegend in Zentralasien und seit einigen Jahren auch in Syrien. China, das insgesamt den USA auch militärisch näherkommt, verfügt lediglich über eine einzige Militärbasis im Ausland, nämlich in Dschibuti in Ostafrika. 2021 haben sie USA 801 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, vor China mit 293 Milliarden, Indien mit 76, Großbritannien mit 68, Rußland mit 66, Frankreich mit 57, Deutschland und Saudi-Arabien jeweils mit 56.

Allerdings sind die Kapazitäten der USA eben weltweit verstreut und gebunden, bestimmte Waffensysteme und Munition scheinen der NATO durch den Ukrainekrieg bereits auszugehen. Und in manchen Bereichen, Stichwort Hyperschallraketen, dürfte Rußland auch überlegen sein.

Die stärksten Möglichkeiten haben die USA gegenwärtig offensichtlich auf der politischen

Ebene, wo sie den Einfluß, den sie mit ihren jahrzehntlang aufgebauten Strukturen - Geheimdienste, NGOs, Medien, US-loyale Politiker und Intellektuelle - weltweit haben. Wie das funktioniert, kann man aktuell in verschiedenen Teilen der Welt beobachten:

In Moldawien hat man die Harvardabsolventin und Weltbankberaterin als Präsidentin installiert, die nun gegenüber Transnistrien zündelt, um Rußland dort unter Druck zu setzen. In Georgien arbeiten US-Geheimdienste, westlich finanzierte NGOs und aus der Ukraine zurückgebrachte Kämpfer an einen "Maidan" in Tiflis, um eine neue Front gegen Rußland aufzumachen.

In Brasilien driftet der "linke" Präsident Luiz Inácio Lula da Silva - sicherlich auf Druck aus Washington - immer mehr auf die Linie der Globalisten. So verweigert er - anders als sein konservativer Vorgänger -Familien den Zugang zum Hilfsprogramm Bolsa Familia, wenn die Kinder nicht gegen Corona "geimpft" sind.

Zum Krieg in der Ukraine hatte er anfänglich eine ähnliche Position wie Jair Bolsonaro, jetzt knickt er immer mehr ein und Brasilien stimmte der UN-Resolution zur Verurteilung des "Angriffskrieges" zu - ohne Rücksicht auf die BRICS-Staaten Rußland, China und Indien. Ebenso im Visier hat das US-Imperium einen anderen BRICS-Staat: Offenbar betreiben US-Geheimdienste, Finanzkonzerne und George Soros mit seinen NGOs einen Sturz der für die Globalisten unerfreulichen Regierung von Narendra Modi in Indien.

Auch in Kasachstan arbeiten US-Stellen daran, die Einbindung des Landes in die von Rußland und China betriebene eurasische Integration zu verhindern, antirussische Stimmungen anzuhetzen und es zunehmend von Rußland zu lösen - mit bislang einigen kleineren Erfolgen. In Kasachstan und anderen zentralasiatischen Staaten könnten die US-Geheimdienste ebenso die "islamische Karte" spielen wie gegen Indien und China, wo es 180 beziehungsweise 25 Millionen Muslime gibt. "Positive" Erfahrungen mit dem Einsatz von Islamisten gegen unerwünschte Regierung haben die US-Geheimdienste von Indonesien über Afghanistan bis nach Syrien schon wiederholt gemacht.

Friktionen unter den Herrschenden

Seit dem Februar 2022 zeichnen sich Konturen einer multipolaren Weltordnung am Horizont ab. Die USA können nicht mehr überall schalten und walten, wie sie wollen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Dennoch geben sich das Imperium und seine globalistischen Netzwerke keineswegs geschlagen, sondern versuchen verschiedene Optionen, um die Gegner zu spalten und in die Schranken zu weisen. Neben diesen geopolitischen Interventionen sind das eben auch Vorstöße in den Bereichen Gesundheitstotalitarismus, Klimanotstandsregime, Massenmigration und Verarmung über Inflation.

Ob die Globalisten mit all diesen Plänen und die US-Stellen mit ihren Machenschaften von Brasilien über Georgien bis nach Indien durchkommen, ist keineswegs gesagt. Der Ausgang des Waffengangs in der Ukraine ist weiterhin offen. In einigen Weltregionen sind Regierung und Länder selbstbewußter geworden. Bei manchen Angriffen müssen die Herrschenden auch wieder den Rückzug antreten. Selbst im kleinen Österreich wurde die Impfpflicht nach breitem Widerstand in der Bevölkerung wieder eingestampft, das aktuell geplante "Krisensicherheitsgesetz", ein autoritäres Ermächtigungsgesetz, dürfte nun doch keine Mehrheit im Parlament finden.

Insgesamt zeigen sich auch unter den Herrschenden zunehmende Differenzen. China etwa war lange Teil des WEF und seiner Agenda und spielt mit seinem Social-Credit-System eine Vorreiterrolle, die Klaus Schwab, Bill Gates und Co gut gefällt. In der aktuellen geopolitischen Konfrontation stellt es sich aber gegen die vom US-Kapital geführten Globalisten. Die chinesische Führung ist nämlich klug genug, Rußland nicht fallen zu lassen. Wenn Rußland von der NATO zerschlagen würde, wäre die geopolitische Lage für China - ohne den militärisch starken Energielieferanten - ja auch wesentlich schlechter.

Aber auch in der herrschenden Klasse der USA zeichnen sich Konflikte über die weitere Vorgangsweise ab. Donald Trump etwa steht für eine Minderheitsströmung des US-Kapitals, die den globalen Interventionismus zurückfahren und sich protektionistisch auf ein Wiedererstarren der US-Wirtschaft konzentrieren will. Und Trump sah China als Hauptgegner der USA und wollte Rußland nicht in die Arme Pekings treiben. Die Biden-Regierung hingegen hat, mit Unterstützung der Neocons, die Konfrontation mit Rußland gesucht.

Und auch innerhalb der vorherrschenden globalistischen Strömung des US-Kapitals entstehen Friktionen. So hat sich Elon Musk in den vergangenen Monaten nicht nur in der Frage von Meinungsfreiheit versus Cancel Culture mit dem Mainstream angelegt, sondern auch die Eskalationspolitik der Regierung der Ukraine kritisiert.

Noch bedeutender ist der vorsichtige Kurswechsel der berühmten RAND Corporation: RAND ist einer der einflußreichsten Thinktanks der USA in den Bereichen Militär, Wirtschaft und Politik. Beispielsweise hat RAND 1972 die Strategie erarbeitet, wie der Kalte Krieg zu gewinnen wäre, und später hat US-Präsident Ronald Reagan genau diesen Plan erfolgreich umgesetzt. Neben verschiedenen Nobelpreisträgern haben auch Donald Rumsfeld und Condoleezza Rice für RAND gearbeitet.

Im Jahr 2019 hat RAND in einer Studie festgestellt, daß Rußland keinerlei aggressive Absichten habe. Statt das als Ausgangspunkt für Entspannung zu sehen, hat RAND ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem Rußland endlich dazu gebracht werden soll, aggressiv auf die Provokationen der USA zu reagieren, damit die USA Rußland endlich als internationalen Bösewicht darstellen und politisch und wirtschaftlich isolieren können. Und ebenfalls 2019 hat die RAND-Corporation eine weitere Studie veröffentlicht - mit dem Titel "Rußland überdehnen - aus vorteilhafter Position konkurrieren".

Darin wurde auf 354 Seiten genau aufgelistet, wie die USA Rußland in den Bereichen Wirtschaft, Geopolitik, Propaganda und Militär überdehnen können. Ein Großteil der Empfehlungen dieser Studien wurde in den beiden Jahren darauf umgesetzt - nämlich der Wirtschaftskrieg, die Eskalation in der Ukraine, der Druck auf Syrien, Weißrußland, Moldawien und im Südkaukasus, mehr US-Militär in der Nähe Rußlands etc.

Im Januar 2023 hat RAND nun ein neues Papier veröffentlicht, das der US-Regierung ziemlich deutlich empfiehlt, sich aus dem Ukraine-Abenteuer zurückzuziehen und dabei sogar recht offen die Anerkennung der russischen Gebietsgewinne und die Aufhebung der Rußland-Sanktionen ins Spiel bringt.

Da der wirtschaftliche Krieg gegen Rußland nicht den gewünschten Zusammenbruch gebracht hat, suchen die US-Strategen nun offenbar nach einer Ausstiegsmöglichkeit, um sich wieder dem Hauptkonkurrenten China zuzuwenden, bevor die Kapazitäten der USA in der Ukraine völlig verbrannt werden. Dabei werden in dem Papier auch der Verzicht auf einen NATO-Beitritt der Ukraine sowie ihre Neutralisierung ins Spiel gebracht - Dinge, die auch ohne Hunderttausende Tote zu haben gewesen wären.

Ob sich diese Kräfte im globalistischen Mainstream der USA gegen die Neocons und die in der Ukraine verstrickte Biden-Clique durchsetzen werden, wird sich zeigen. Immerhin käme es mehr oder weniger der Anerkennung einer Niederlage gleich.

Bei einem niedergehenden Imperium besteht schließlich auch die Gefahr, daß verantwortungslose und irrsinnige Extremisten in seiner Führung mit dem Rücken zur Wand Götterdämmerung spielen wollen.

Wenn Leute wie Biden oder Nuland Zugang zu einem Atomwaffenarsenal haben, kann man nur hoffen, daß sich rationalere Kräfte wie RAND oder Musk durchsetzen.

Eine weitere Konfliktlinie für die herrschenden globalistischen Eliten ist perspektivisch auch die zwischen den USA und der EU. Zuletzt war die EU zu keiner eigenständigen Politik in der Lage und Figuren wie Annalena Baerbock oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann sind nichts

anderes als ideologisch vernebelte Handlanger für US-Interessen.

Je mehr aber die europäische Wirtschaft von diesen Interessen gegen die Wand gefahren wird, während die USA - über Flüssiggasexporte und den Abzug von Industrien nach Nordamerika - davon profitieren, desto mehr könnten in europäischen Eliten auch Kräfte stärker werden, die da nicht mehr mitspielen. Da das nicht in allen Ländern zeitgleich passieren wird, könnte das in der EU zentrifugale Entwicklungen antreiben.

Entwicklung in Richtung Revolution?

Wladimir Iljitsch Lenin definierte im Jahr 1915 eine revolutionäre Situation durch eine Kombination mehrerer Aspekte: Die herrschende Klasse kann ihr System nicht mehr in unveränderter Form aufrechterhalten. Die Empörung der unterdrückten Klassen verbindet sich mit Friktionen in der politischen Führung der herrschenden Klasse. Die Not der unterdrückten Klassen verschärft sich "über das gewohnte Maß hinaus". Durch die Verhältnisse der Krise steigert sich die Aktivität der Massen beträchtlich.

All diese Aspekte entwickeln sich zunehmend. Die beschriebenen Friktionen in der herrschenden Klasse sind eine positive Entwicklung, denn sie erschweren ein geschlossenes Vorgehen gegen die Masse der Bevölkerung. Wenn das Imperium mit seiner Militärkampagne in der Ukraine oder mit seiner ökonomischen Erdrosselung Rußlands oder mit einem Regime Change in Syrien, Georgien oder Indien nicht erfolgreich ist, dann ist das Sand ins Getriebe des globalistischen Großkapitals. Wenn das WEF und China nicht mehr an einem Strang ziehen, ist das ebenso vorteilhaft, wie es ein Auseinanderbrechen der EU wäre.

Die EU ist ein Instrument des neoliberalen und globalistischen Regimes. Widerstandsbewegungen haben bessere Möglichkeiten, wenn sie es nur mit "ihren" nationalen Regierungen zu tun haben - ohne die autoritären Vorgaben und Erpressungen des Molchs EU.

Letztlich können freilich nicht Kleinstaaterei und Nationalismus die Perspektive sein, sondern eine freie wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker. Das wird aber nicht durch eine Reform der EU möglich sein, sondern nur auf ihren Trümmern.

Wirtschaftliche Probleme können die Macht des Imperiums weiter schwächen. Auch wenn die gegenwärtige hohe Inflation teilweise politisch gewollt ist, schafft ein Außen-Kontroll-Geräten auch viel Instabilität.

Der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank in den USA, die daraufhin fallenden Börsenkurse, und die existenzbedrohende Notlage der Großbank Credit Suisse können im Finanzwesen und der Wirtschaft des Westens, wenn diese Entwicklung nicht eingefangen wird, dramatische Dynamiken hervorrufen. In jedem Fall sind das Warnzeichen. Und zunehmende ökonomische Schwierigkeiten des Systems in der EU und den USA werden sicherlich zu massiven politischen und sozialen Krisen führen.

Die Probleme und Konflikte der Herrschenden werden aber nicht bedeuten, daß sich irgend etwas von alleine zum Besseren wendet. Ihre Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung werden ebenso weitergehen wie die totalitären Vorstöße gegen persönliche und politische Freiheiten - bis hin zu neuen Eingriffen in die körperliche Integrität von Menschen. Denn all diese Dinge sind Teil der Versuche des globalistischen Großkapitals, seine Verwertungskrise zu lösen. Vor uns liegt ein längerer Kampf auf verschiedenen Ebenen, der auf der Seite der Herrschenden wie auf der Seite der Völker Siege und Niederlagen bringen wird.

Widerstandsbewegung sehen wir jetzt bereits in vielen Bereichen. Nach den Massenmobilisierungen gegen das Coronaregime gibt es aktuell beispielsweise große Streiks in Frankreich und Großbritannien, die Bauernproteste in die Niederlande, Demonstrationen gegen Sanktionen, Inflation und Krieg in Deutschland, Tschechien oder Moldawien. Vermutlich werden in den nächsten Monaten insbesondere Konflikte um die Geldentwertung und andere soziale Fragen zunehmen.

Ausrichtung der Freiheitsbewegung

Daß sich die Aktivität der Massen - im Sinne der zitierten Stelle bei Lenin - beträchtlich steigert, ist wahrscheinlich. Um so beschämender, daß die allermeisten der Linken, die jahrzehntelang in studentischen Subkulturen von Revolutionen fantasiert haben, nun, wo ein Generalangriff des weltweiten Kapitals auf die arbeitenden Klassen läuft und sich Widerstand dieser Klassen formiert, in den Fragen Corona, Rußland und Klima als Lakaien oder sogar Scharfmacher der Herrschenden agieren.

Geht man von einer Zuspitzung der sozialen und politischen Konflikte aus und hat einen realistischen Blick auf die Macht der Globalisten, ist es wichtig, daß in der Widerstandsbewegung eine Debatte zur Perspektive des eigenen Kampfes in Gang kommt. Wesentlich sind dabei drei Fragen: Wer sind die sozialen Träger erfolgreichen Widerstands? Wie sollte die Bewegung aufgebaut werden? Welche politische Ausrichtung sollte sie haben?

Die akademisch-grünen Mittelschichten sind materiell und ideologisch dermaßen an den Staatsapparat, an diverse NGOs und andere parasitäre Institutionen des Systems gebunden, daß sie dem Regime in ihrer großen Mehrheit bis zum Ende die Treue halten werden. Auf diese Leute sollte die Freiheitsbewegung ihre beschränkten Kräfte nicht verschwenden. Vielmehr wird - wie sich bereits gegen das Coronaregime gezeigt hat - die Arbeiterklasse die wesentliche Trägerin des Widerstandes sein.

Sie ist zahlreich und von der Mainstream-Propaganda vergleichsweise wenig beeinflusst. Vor allem aber hat sie durch ihre Stellung im Produktions- und Zirkulationsprozeß des Kapitals eine entscheidende Funktion. Ohne sie wird nichts produziert, gebaut oder transportiert und sie hat das Potential, den Globalisten in den Arm zu fallen. Eine wichtige unterstützende Rolle in der Widerstandsbewegung kann wütenden Jugendlichen und Kleingewerbetreibenden zukommen.

Die Verbreitung von politischer Aufklärung durch unabhängige Medien der Freiheitsbewegung und Demonstrationen sind sehr wichtig. Aber das reicht nicht. Das Lesen von kritischen Texten aktiviert noch nicht. Demos können, das lehrt jede historische Erfahrung, nicht ständig auf einem hohen Niveau gehalten werden. Sie haben Konjunkturen, können entweder Ziele durchsetzen und sich weiterentwickeln oder sie verlieren wieder an Teilnehmerzahl. Notwendig sind dauerhafte Widerstandsstrukturen in Betrieben, in Wohnvierteln und von Jugendlichen.

Und schließlich handelt es sich vorerst um einen Abwehrkampf gegen die vielschichtige Offensive des globalen Kapitals. Die Freiheitsbewegung braucht aber nicht nur defensive Antworten, sondern auch eigene positive Vorschläge als Alternative zu den globalistischen Netzwerken. Ein zentraler Punkt für die Freiheitsbewegung muß die Forderung nach der Enteignung und Vergesellschaftung von BlackRock, Amazon, Big Pharma und Big Tech und all der anderen großen Konzerne und Banken sein.

Solange die jetzigen Besitzer diese Konzerne kontrollieren, wird keine positive Entwicklung der Welt zu machen sein. Ein weiterer Eckpunkt wird die Forderung nach einer massiven Ausweitung der direkten Demokratie sein müssen, so daß sämtliche relevanten Entscheidungen von der Bevölkerung des jeweiligen Landes getroffen werden. ...

Eric Angerer, Jahrgang 1974, ist studierter Historiker und war als Nachrichtenjournalist tätig. ... Aktuell beteiligt er sich an der Initiative "Analyse Widerstand Freiheit" (AWF) in Österreich.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25509" berichtet am 23. März 2023 (x1.253/...): >>Gesetzeslücken schließen - Babys retten

Die Schweiz - ein Land, in welchem Menschenrechte so gut umgesetzt werden, wie kaum sonst wo. Aber wie sieht es mit den Ungeborenen aus? Genießen sie den Schutz, den sie als Schwächste der Gesellschaft dringend bräuchten? Eine Hebamme zeigt gravierende Mängel in

der Schweizerischen Gesetzgebung auf.

Wenn es um die Einhaltung der Menschenrechte geht, so ist die Schweiz eines der Länder, das ganz oben auf der Liste steht. Männer und Frauen haben vor dem Gesetz dieselben Rechte, Minderheiten werden gesetzlich geschützt und das Recht auf Leben und Menschenwürde sind in der Bundesverfassung fest verankert.

Wie steht es aber mit den Menschenrechten für ungeborene Kinder? Ausgerechnet die Ältesten unserer Gesellschaft, die noch nicht einmal selber ihre Stimme erheben und für ihre Rechte kämpfen können, sind weder durch die Bundesverfassung noch durch die Gesetzgebung ausreichend geschützt.

Eine Hebamme, welche sich an Kla.TV gewendet hat, schreibt dazu: "Wer denkt, daß ungeborene Kinder gesetzlich ausreichend geschützt seien, irrt. Man betrachte zum Beispiel die Artikel im Schweizer Strafgesetzbuch, die den Schwangerschaftsabbruch regeln:

Eine zeitliche Obergrenze für Abtreibungen gibt es in den Artikeln nicht und die Bedingungen für eine erlaubte Abtreibung sind so dehnbar definiert wie ein maximal weichgekauter Kaugummi. Bisher ist es zum Glück nicht die Regel, aber eine Abtreibung bis kurz vor der Geburt ist gesetzlich gesehen tatsächlich möglich - selbst bei einem kerngesunden Kind. Das müssen Herr und Frau Schweizer endlich verstehen und etwas dagegen unternehmen."

AZK-Referat vom 26.11.2022

Ich bin Julia, ich bin Hebamme. Das seht ihr hier auf diesen Bildern und ich habe noch ein kleines Anliegen, das jetzt vor allem die Schweizer betrifft. Es ist eben so, wir können auch aktiv werden in der Schweiz, wir haben zum guten Glück noch diese Möglichkeit, daß wir auch mindestens versuchen können, politisch etwas zu bewegen. Und dazu sind bei euch, bei den Schweizer Orten, drei verschiedene Bögen aufliegen und zwar zwei Initiativen und ein Referendum. Den einen Bogen möchte ich gerne kurz vorstellen. Das betrifft mein Gebiet, mein Herzstück und es geht um zwei Initiativen zum Lebensschutz, die heißen "Einmal darüber schlafen" und "Lebensfähige Babys retten".

Das möchte ich ganz kurz noch erklären, weil wenn man es besser versteht, dann weiß man auch, warum man unterschreiben soll. Und ich als Frau vom Fach habe den Eindruck, das sind zwei ganz wichtige Initiativen, denn sie decken eine wichtige, eine gravierende Lücke in der Schweizer Gesetzgebung ab.

Das muß ich ganz kurz erklären, ganz kleine Schlaufe noch. Zwar ist es so - vielleicht wissen das einige Schweizer, einige vielleicht noch nicht - in der Schweiz ist es erlaubt, daß man bis zur 12. Schwangerschaftswoche straffrei abtreiben darf. Das ist etwa diese Größe, die dann etwa ein Kindlein erreicht (zeigt eine ganz kleine Puppe).

Das Herz schlägt dann zwar schon seit Wochen aber bis zu diesem Zeitpunkt ist es straffrei möglich. Dort hört aber dieser Gesetzesartikel noch nicht auf, der geht da noch ein bißchen weiter. Und zwar besagt dieser, daß es unter gewissen Bedingungen auch möglich ist, noch zu einem viel späteren Zeitpunkt in der Schwangerschaft eine Abtreibung vorzunehmen. Natürlich ist es so formuliert, daß man es auf den ersten Moment nicht gerade checkt, daß es irgendwie auch ein bißchen ein Schwammartikel ist. Aber die Gesetzeslücke die ist da, das Türchen, das ist potentiell offen, daß man bis kurz vor der Geburt abtreiben kann.

Da bewegen wir uns dann in diesen Dimensionen, um das einfach mal ein bißchen zu veranschaulichen (zeigt eine Puppe in der Größe von ca. 50 cm).

Darum hat sich ein mutiges Komitee zusammengesetzt und ich habe davon erfahren und ich möchte das kurz vorstellen. Die haben auf wirklich gute Weise dieses Anliegen in zwei Initiativen formuliert. Und die erste Initiative, die sie formulieren, die heißt eben "Einmal darüber schlafen" - wie es Frau Bahner heute Morgen so gut formuliert hat. Sie hat gesagt, eine informierte Entscheidung ist es erst, wenn man einmal darüber geschlafen hat. Diesen Satz habe ich gerade gehört, weil, es ist halt schon so in der Schweiz, der Arzt muß der schwangeren

Frau ein Verzeichnis abgeben über alle Hilfsstellen und Beratungsmöglichkeiten.

Aber wenn zwischen dem Beratungsgespräch und der Abtreibung eine Viertelstunde Zeit liegt, meine Lieben, dann nützt dieses Verzeichnis einen alten Hut. Denn ein Hilfsangebot ist erst eines, wenn die Frau auch die Möglichkeit hat, es auch wahrzunehmen und darum verlangt dieses Komitee "Einmal darüber Schlafen" mindestens einen Tag Bedenkzeit zwischen Beratung beim Arzt und der tatsächlich eingenommenen Pille. Die zweite Initiative - das ist beides auf einem Bogen, das ist vereinigt, da muß man also zweimal unterschreiben.

Die zweite Initiative heißt "Lebensfähige Babys retten" und da sind wir dann eben wieder bei denen da (zeigt die große Puppe), denn ab einem gewissen Zeitpunkt können die Kinder atmen, auch wenn sie zu früh geboren sind, die können atmen außerhalb des Bauches. Diese zweite Initiative, die verlangt, wenn ein Baby schon so reif ist, daß es atmen kann, daß es selbst überleben kann, dann darf es nicht mehr abgetrieben werden.

Das ist doch einfach herrlich, also ich finde das doch einfach super, eine Regelung, wo man mindestens mal versucht, einen kleinen Schieber da reinzuschieben, einfach mal eine erste Scheibe vom Salami. Wie hat Thiel (gemeint ist Andreas Thiel, der auch einen Vortrag hielt) es heute Morgen so schön gesagt. Er hat gesagt, besonders schützenswert sind Eigentum, Familie und das Leben und hat gesagt, vor allem dieses Leben, das sich noch nicht selber schützen kann, dieses müssen wir ganz besonders bewahren.

Ich finde, diese zwei Initiativen sind ein wunderbarer Ansatz.

Einerseits, um die Frauen zu bewahren vor Entscheidungen, die sie vielleicht später im Leben dann wirklich bereuen, die ein ganzes Leben beeinflussen können.

Das ist keine Blinddarmpoperation oder eine Mandelentfernung, hey das ist so ein wichtiger Entscheid, da können wir wirklich den Frauen helfen, daß sie da nicht überstürzt in etwas reingeraten. Und wir können den Kindern helfen, denn gemäß Schätzungen können über 1.000 Kinder in der Schweiz - nur schon in der Schweiz - gerettet werden mit diesen beiden Vorlagen. Darum sage ich, solange wir noch können, nehmen wir doch den Schreiber in die Hand und unterstützen dieses Anliegen! Ich glaube, die Kinder und die Frauen werden es uns danken.

Weil jedes Kindlein, egal ob gewünscht oder nicht gewünscht, es kann so zu einer Perle werden und ich glaube das lohnt sich. Ebenso liegen noch zwei weitere Unterschriftenbögen auf, informiert euch, geht zu den Tischen und nehmt diesen Schreiber in die Hand. Das ist doch toll, wenn wir diese Rechte als Schweizer noch nutzen, solange wir noch können.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. März 2023: >>Titanic-Untergang: Freie Bahn für das Fed-Monster

Eine Gruppe mächtiger Privatbanken beherrscht seit 1913 die US-Notenbank Federal Reserve. Der Untergang der Titanic ebnete diesem Kartell den Weg. ...

_ Von *Oliver Janich*

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 ereignete sich eine Katastrophe, die sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt hat: Der Untergang der Titanic, der etwa 1.500 Menschen das Leben gekostet hat. Dieses Ereignis hat vielleicht aus einem ganz anderen - bis heute verborgenen - Grund den Lauf der Geschichte für immer verändert. Es ermöglichte den größten Raubzug aller Zeiten: die Gründung der US-Notenbank Federal Reserve, kurz Fed genannt.

An Bord der Titanic befanden sich die reichsten Männer des Planeten und vehementesten Gegner einer Zentralbank: Benjamin Guggenheim, Isidor Straus und John Jacob Astor. Andererseits sagte John Pierpont Morgan, der Eigner der Titanic-Reederei White Star Line und einer derjenigen, die seit Jahren im Geheimen an der Installation der Fed arbeiteten, die Reise in der eigens für ihn vorbereiteten Luxus-Suite in letzter Minute ab...

Die Privatisierung des Geldwesens

Nun war der Weg frei für die Gründung der Fed. Am 22. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten schon im Weihnachtsurlaub waren, beschloß der Kongreß, versteckt unter einem Stapel anderer Gesetze, die Etablierung einer privaten Notenbank. Zu Tarnzwecken gab man ihr den Namen "Federal", um dem Volk zu suggerieren, es handele sich dabei um eine Regierungsbehörde.

Die Nacht-und-Nebel-Aktion war nötig, weil die US-Verfassung eine solche Notenbank nicht vorsah. Im Gegenteil: den Bundesstaaten wurde im ersten Verfassungsartikel untersagt, ungedecktes Papiergeld, sogenannte Credit Bills, auszugeben und irgend etwas anderes als Gold oder Silber zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären.

Federal Reserve

Der Kongreß erhielt lediglich das - nicht exklusive - Recht, Münzen zu prägen. Auch privaten Personen oder Unternehmen war es somit erlaubt, Münzen herauszugeben. Aus heutiger Sicht wäre es wünschenswert gewesen, in der amerikanischen Verfassung deutlicher zu verankern, daß die Regierung auch keinem privaten Unternehmen das Monopol auf die Erzeugung von Geld übertragen darf. Denn genau in diese vermeintliche Lücke stießen die Banken mit der Etablierung der Fed.

Drei Jahre zuvor hatten sich an einem kalten Tag im November 1910 auf Jekyll Island, einer kleinen Insel vor der Küste des US-Bundesstaates Georgia, mächtige Männer getroffen.

Eingeladen in das dortige Clubhaus hatte Senator Nelson Aldrich, der republikanische Vorsitzende der Währungskommission, Gesellschafter von JP Morgan und Schwiegervater von John D. Rockefeller jr. Neben ihm und Vizefinanzminister Piatt Andrew nahmen fünf Großbanker an dem diskreten Treffen teil: Henry Davison von JP Morgan, Charles Norton von der First National Bank of New York (heute Citigroup), Benjamin Strong vom Bankers Trust (Vermögensverwaltungsgesellschaft von JP Morgan), Frank Vanderlip von Rockefellers National City Bank sowie Paul Warburg von Kuhn, Loeb & Co. (1977 von Lehman Brothers übernommen).

Die Geburt des Fiat Money

Laut New York Times vom 3. Mai 1931 repräsentierten diese sieben Männer ein Sechstel des gesamten Wohlstandes der Welt. Da der Money-Trust in der Öffentlichkeit bereits unter Beschuß war, ersann man einen ebenso einfachen wie wirkungsvollen Plan: Dem Publikum wurde weisgemacht, die Federal Reserve diene dazu, die Macht des Geldkartells zu beschneiden. Zu diesem Zweck wurde die Fed so kompliziert konstruiert, daß keiner mehr durchblickte. In der Öffentlichkeit opponierten sogar einige Teilnehmer des Money-Trusts zum Schein gegen die neue Zentralbank.

In Wirklichkeit war die Fed aber das, was alle Notenbanken sind: Ein Kartell der Großbanken. Sie schöpft Geld aus dem Nichts ("Fiat Money") durch einfache Buchungsvorgänge und erlaubt es den angeschlossenen Banken pyramidenartig, das neu geschöpfte Geld zu vervielfachen. Diesem Geld liegen keinerlei wirtschaftliche Vorgänge oder Sicherheiten zugrunde, aber die Kunden der Banken müssen ihrerseits für dieses wertlose Kreditgeld ihr Vermögen als Sicherheit verpfänden. Wenn eine der angeschlossenen Banken in Schwierigkeiten gerät, ist es Aufgabe der Fed, sie - unter Zuhilfenahme von Steuergeldern und weiterem Fiat Money - zu retten.

Haben Sie Lust auf ein nervenzerfetzendes Sachbuch? Dann nehmen Sie "Das Titanic-Attentat" zur Hand. Zum 111. Jahrestag des Untergangs der Titanic (15. April 1912) bringt der Enthüllungsauteur Gerhard Wisnewski dieses Buch wieder heraus, das die Titanic-Forschung revolutionierte - natürlich unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit. ...<<

24.03.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 24. März 2023 (x1.274/...): >>Genbasierte "Impfstoffe" - das Pharmaverbrechen des Jahrhunderts? Die Fakten liegen auf dem Tisch!

Die von Prof. Bhakdi vereinten "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) lassen den Verantwortlichen für die genbasierten "Impfstoffe" und die politische Durchsetzung der Massen-Injektionen keine Ruhe.

Auf einem am 28.2.2023 veranstalteten 7-stündigen Online-Symposium hatten sich 22 Experten aus medizinischer und juristischer Perspektive der Frage angenommen, was die "Covid-Impfstoffe" so gefährlich macht und wie sich das wohl größte Pharma-Verbrechen der Menschheitsgeschichte stoppen und aufarbeiten läßt. Am 15. März 2023 fand nun in München eine Pressekonferenz statt, in der wesentliche Ergebnisse vorgestellt wurden. Nachfolgend ein Bericht von "Report 24" (hl):

Ein Bericht von *Edith Brötzner* (Report 24)

Spätestens seit der Pressekonferenz der MWGFD (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.) "Genbasierte "Impfstoffe" - das Pharmaverbrechen des Jahrhunderts? Die Fakten liegen auf dem Tisch!", am 15. März 2023 in München, muß man sich ernsthaft die Frage stellen: Sind wir von allen guten Geistern verlassen? Und: Wo zum Geier bleibt die vierte Macht im Staat? In der mehrstündigen Pressekonferenz präsentierten die hochkarätigen Wissenschaftler und Ärzte der MWGFD nicht nur knallharte Fakten, sondern forderten auch die Justiz nachdrücklich auf, endlich ihres Amtes zu walten und die Verbrechen an der Menschlichkeit der vergangenen zwei Jahre aufzuarbeiten.

Nichts für schwache Nerven war die Pressekonferenz mit den zahlreichen Statements der MWGFD-Wissenschaftler und Ärzte vergangenen Mittwoch. Das unfassbare Ausmaß der offensichtlichen "Impf-Schäden" und die Wucht der Zahlen werden immer noch beharrlich von Mainstream-Medien und Politik totgeschwiegen.

Um Licht ins "Impf-Dunkel" zu bringen, lud die MWGFD mit ihrer schockierenden Pressekonferenz zum ultimativen "Faktencheck". Wie erwartet, war vom Mainstream, der seit 2020 eher auf "Gleichschaltungs-Fördergelder" anstatt echte Information zu setzen scheint, weit und breit keine Spur zu sehen. Einzig und allein Servus TV war neben zahlreichen Alternativen Medien vor Ort vertreten. Mit ihrer umfassenden Aufarbeitung der Zahlen- und Faktenlage machte die MWGFD vor allem eines deutlich: Die Tage des "Unter-den-Teppich-Kehrens" sind gezählt und alle Fakten liegen längst auf dem Tisch.

Referiert wurde von Prof. Dr. med. Sucharit Bhakdi (zugeschaltet, ehemaliger Direktor des Institutes für medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, Bestseller-Autor, Vorsitzender der MWGFD e.V.), Prof. Dr. rer. nat. Werner Bergholz (Physiker & ehem. Prof. für Electrical Engineering an der Jacobs University Bremen), Prof. Dr. med. Arne Burkhardt (Facharzt für Pathologie, Reutlingen, Leiter des Teams "Pathologie-Konferenz", Dr. med. univ. Dr. phil. Christian Fiala (Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Arzt für Allgemeinmedizin, Tropenmedizin, Wien), Prof. Dr. med. Dr. phil. Martin Haditsch (Facharzt für Hygiene, Mikrobiologie, Virologie, Infektionsepidemiologie, Tropenmedizin, ärztlicher Leiter Travel-MedCenter Leonding, ärztlicher Leiter Labor Hannover MVZ GmbH), Prof. Dr. rer. biol. hum. Ulrike Kämmerer (zugeschaltet, Humanbiologin, Würzburg), Ltd. Ministerialrat a.D. Uwe Kranz (ehem. LKA-Präsident Thüringen, Autor und Analyst), Dr. med. Ronald Weikl (Frauenarzt, praktischer Arzt, Naturheilverfahren, Passau, stellv. Vorsitzender der MWGFD e.V.) und Pascal Najadi (zugeschaltet, Investmentbanker, Filmproduzent, ehemaliger Regierungsberater, Schweiz, 3fach Covid "geimpft").

"Die Fakten liegen auf dem Tisch! Wer wegschaut, macht sich mitschuldig! Jetzt ist die Justiz

gefragt! Jene, die diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, müssen nun zur Rechenschaft gezogen werden!" (Zitat MWGFD)

Alle Fakten liegen auf dem Tisch

Auch Report24 war vor Ort und hat für Sie die spannendsten Statements der vortragenden Wissenschaftler und Ärzte kurz zusammengefaßt:

Prof. Dr. Bhakdi erläuterte die Funktion der Liquid-Nanopartikel. Im Gegensatz zu natürlich vorkommenden Fetten sind diese Moleküle positiv geladen. Da alle Zellfunktionen mittels negativ geladener Moleküle aufrechterhalten werden, sind Störungen durch positiv geladene Moleküle zu erwarten. Es gibt keinen bekannten Mechanismus, die Lipide abzubauen oder aus der Zelle herauszubefördern.

Vor 2020 durften kationische Lipide nur für Forschungszwecke verwendet werden. Eine Anwendung an Menschen war wegen der unbekanntenen Risiken nicht erlaubt. BioNTech gab zwar an, die präklinischen Sicherheitsprüfungen durchgeführt zu haben, was die Voraussetzung für die Notzulassung des Präparates war. Tatsächlich wurden jedoch nie Tierstudien von den Impfstoffherstellern durchgeführt.

Diese wurden von Wissenschaftlern nachgeholt und die Ergebnisse wurden Ende 2021 publiziert und zeigten folgende Ergebnisse: Die Injektion von leeren Lipid-Nanopartikeln verursachten hochentzündliche Gewebsreaktionen am Einstichort. Das Einträufeln der Lipide in die Nase verursachte schwere Lungenentzündungen, die oft tödlich verliefen. Substanzen, die durch Eindringen in den Körper Schäden erzeugen, sind definitionsgemäß Giftstoffe.

Die Konzentration der giftigen Lipide ist in den menschlichen Impfstoffen zehnfach höher als die Konzentrationen, die im Tierversuch eingesetzt wurden. Die Injektion eines jeden mRNA-Wirkstoffes kommt also der Verabreichung eines Giftes gleich. Das ist schwere Körperverletzung und nicht vereinbar mit dem ersten ethischen Grundsatz der Medizin.

Gefährliche Plasmide in Impfstoffen gefunden

Biologin Prof. Dr. Kämmerer erläuterte die Gefährlichkeit der modRNA, die über mehrere Mechanismen dramatisch schädigend in die Immunregulation eingreift und die bis dato noch nie zugelassenen Lipidgemische in den Impfungen, die sowohl Immunität und Zellfunktion massiv schädigen können. Laut allerneuesten Veröffentlichungen stellt auch der erhebliche Anteil der Plasmide in den Impfungen eine beachtliche Gefahr dar. Die Plasmide werden zur technischen Herstellung der RNA verwendet.

Bei den "Impfstoffen" von Pfizer und Moderna wurde nun von Genetikern aus den USA nachgewiesen, daß 15-30 % der Erbinformationen der Impfungen aus intakten Plasmiden bestehen. Das bedeutet, daß der Pils eindeutig eine verbotene Geninjektion darstellt. Zu befürchten ist, daß die unfreiwilligen Empfänger dieser extrem langlebigen und vermehrungsfähigen Plasmide mit bis dato unabsehbaren langfristigen körperlichen Folgen dieser Genmanipulation rechnen müssen. Die volle Ausprägung dieser Auswirkungen ist aktuell noch nicht absehbar.

Dr. Bergholz verwies in seinem Statement auf die vorhandene Datenlage. Bereits im Juli 2021 war auf Basis der allgemeinen Bevölkerungs-Daten des israelischen Gesundheitsministeriums klar: Die Covid-Injektionen schützen nicht vor Infektionen.

Ähnliche Daten wurden auch von den englischen und kanadischen Behörden und dem Robert-Koch-Institut veröffentlicht. Eine kürzlich erschienene Studie einer Klinik aus Cleveland, bei der alle rund 50.000 Mitarbeiter erfaßt wurden, zeigt in eindrucksvoller Weise das Problem der negativen Impfeffektivität. Das heißt, daß die Infektionsanfälligkeit für SARS-CoV 2 mit jeder Injektion schlimmer wird.

Ein ähnlich desaströses Bild zeigt sich bei den Impfschäden. Die Anzahl der dem Paul-Ehrlich-Institut gemeldeten Nebenwirkungen ist um ca. 2.200 % höher als bei konventionellen Impfungen. Bei schweren Nebenwirkungen um ca. 500 % und bei den im zeitlichen Zusam-

menhang Verstorbenen um fast 3.000 % pro einer Million Injektionen. Selbst wenn man konservativ von lediglich 5 % schwerer Nebenwirkungen ausgeht, impliziert dies bei 60 Millionen Doppelt-Geimpften, daß alleine in Deutschland drei Millionen Menschen unter schweren Impfnebenwirkungen leiden.

80 % kausale Beteiligung der Corona-Impfung bei Obduktionen nachgewiesen

Prof. Dr. Burkhardt führte gemeinsam mit seinem Kollegen Lang aus Hannover rund 80 Nachuntersuchungen von Asservaten obduzierter Menschen, die nach Corona-Impfungen verstorben sind - ebenso wie zwanzig Biopsie-Beurteilungen - durch. Bei 80 % der Verstorbenen wurde die kausale Beteiligung der Corona-Impfung am Todesgeschehen als wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich erachtet. Das "Impfinduzierte" antigene und toxische Spike-Protein wurde immunhistologisch nicht nur an der Injektionsstelle, sondern in vielen Geweben und Organen (u.a. Gefäßwände, Myokard, Milz und Gehirn) nachgewiesen.

Besonders beunruhigend - im Hinblick auf Langzeitfolgen und die genetische Alteration - ist der Nachweis des Spike-Proteins in den Eierstöcken, der Gebärmutter, der Plazenta, der Prostata und den Hoden (mit Reduktion der Spermienproduktion). Bei einer Totgeburt in der 37. Schwangerschaftswoche einer geimpften Mutter (2x Comirnaty, zuletzt zehn Tage vor Schwangerschaft) fanden sich Spike-Proteine in Trophoblast, Amnionepithel und Nabelschnur.

Dr. Fiala beleuchtete in seinem Statement den gravierenden Unterschied von konventionellen Impfungen und der Corona-Injektion. Er sieht in der Corona-Impfung, die trotz nur bedingter Zulassung sofort in nie dagewesenem Ausmaß verabreicht wurde, eine mögliche Wiederholung des Contergan-Skandals und bezweifelt, daß man aus diesem Skandal gelernt hat. Er kritisiert auch die Tatsache, daß es bis heute - mangels ungeimpfter schwangerer Studienteilnehmerinnen - keine ordentliche Zulassungsstudie für die Anwendung der Corona-Impfung an Schwangeren gibt.

Angesichts dessen ist es wenig überraschend, daß sich bereits jetzt ein starker Anstieg an Problemen in der Reproduktion zeigt, wie zum Beispiel steigende Fehlgeburten, massive Verschlechterung der Spermienqualität sowie ein deutlicher Geburtenrückgang neun Monate nach Start der Impfungen. Angesichts dessen könnte der globale Skandal, der uns droht, Contergan in den Schatten stellen.

Dringender Bedarf an Tests für Abgrenzung von Long Covid und Post-Vac

Prof. Dr. Haditsch wies darauf hin, daß sämtliche Organsysteme durch die Spike-Stoffe betroffen sein können. Sowohl Herz/Kreislauf, Gefäße als auch das Immun- und Reproduktionssystem (einschließlich ungeborener Kinder), das Nervensystem und die Haut. Beobachtet werden bei Impfgeschädigten unter anderem allgemeine Entzündungen/Krankheiten und völlig neue Krankheitsbilder wie ADE (infektionsverstärkende Antikörper), VITT (Vakzininduzierte immunthrombotische Thrombozytopenie), V-Aids oder SADS (Plötzlicher Erwachsenenentod).

Laut Haditsch sollte hochwertige Labordiagnostik in der Lage sein, einen möglichen Zusammenhang mit Corona festzustellen und eine Abgrenzung von Long Covid zu Post-Vac durchführen zu können. Auch sollte ein Labor-Monitoring im Falle einer Behandlung möglich sein und die Qualität der Befunde sollte die Nutzung als Beweismittel im Falle eines Gerichtsverfahrens ermöglichen.

Das Untersuchungsprofil muß hierfür ausreichend empfindlich sein, um nichts zu übersehen, gleichzeitig aber ausreichend genau, um falsche Rückschlüsse zu verhindern. Haditsch sieht einen dringenden Bedarf an Tests mit niederschwelligem Zugang, die in großen Mengen flächendeckend und kostengünstig durchführbar sind und mit zeitnahen Ergebnissen angeboten werden können.

Derzeit gibt es hierfür noch kein offizielles Testprofil. Dieses sollte jedoch ehest möglich

durch eine interdisziplinäre Expertengruppe festgelegt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch keine Tests für Untersuchungen von Antigen im Blut etabliert und nur für Forschungszwecke verfügbar.

Dr. Ronny Weikl wies in seinem Vortrag auf das "Therapeuten-Vermittlungs-Telefon" (0049 851 2042 5683) der MWGFD hin. Bei diesem Projekt werden Hilfesuchende an Therapeuten, Ärzte oder Heilpraktiker vermittelt. Auch die "Meldestelle Impftod" (0049 851 2042 5681) ist ein Projekt des Vereins. Dort unterstützt man Angehörige von mutmaßlich im Zusammenhang mit der Impfung Verstorbenen mit der Vermittlung einer Obduktion und der anschließenden histopathologischen Abklärung.

Auch ein Erste-Hilfe-Leitfaden bei Impfnebenwirkungen ist auf der Webseite bereits verfügbar. Für das Therapeuten-Vermittlungsprojekt und die Unterstützerliste werden aktuell weitere Therapeuten, Mediziner und insbesondere auch Ärzte, die über die gesetzlichen Krankenkassen abrechnen können (weil viele Geschädigte auch aufgrund monatelanger Arbeitsunfähigkeit an der Armutsgrenze angelangt sind), gesucht.

Klage gegen Pfizer erfolgreich eingereicht

Der Schweizer Pascal Najadi war kurz zugeschaltet. Er war der Erste weltweit, der 2022 den Schweizer Präsidenten und Gesundheitsminister Alain Berset wegen Amtsmissbrauchs wegen seiner Impfkampagne strafrechtlich angezeigt hat. Dieses Strafverfahren läuft auf der obersten Stufe der Schweizer Justiz und wird vom Staatsanwalt der Schweizerischen Eidgenossenschaft geführt. Als britisch-schweizerischer Bürger hat Pascal Najadi zudem am 6. März 2023 vor dem obersten Gericht des Staates New York in Manhattan, USA, erfolgreich eine Klage gegen Pfizer eingereicht.

Ltd. Ministerialrat a.D. Uwe Kranz geht von 20 bis 30 Millionen Fällen zu meldender Nebenwirkungen (davon zehn Millionen schwere und 300.000 Todesverdachtsfälle) aus. In seinem Statement beleuchtet er die Hintergründe und weist auf die Finanzierung der Aufsichtsbehörden hin. Hier kommt ein erster Verdacht auf, wenn man feststellen muß, daß diese bis zu 96 % von Spenden und freiwilligen Leistungen (z.B. durch die Bill und Melinda Gates Stiftung oder die von ihr gesponserte GAVI-Allianz) abhängig sind. Frei nach dem Motto "wes Brot ich esse, des Lied ich sing".

Obwohl die WHO die eigentliche Aufgabe hat, internationale Seuchen und Pandemien zu managen, hat sie sich in den vergangenen Jahren gesundheitspolitisch geradezu disqualifiziert. Definitionen wurden verändert, der zu Diagnose-Zwecken nicht zugelassene und untaugliche PCR-Test wurde zum Goldstandard erhoben, die betrügerischen Zulassungsverfahren wurden nicht verfolgt, der urplötzlich herbeigezauberte "mRNA-Impfstoff" wurde durchgewunken, die internationalen Studien und Datenanalysen zu den "Impf-Schäden" werden negiert, vertuscht oder sogar bekämpft, die Covid-Pandemie wurde im Jänner 2023 um weitere drei Monate verlängert und die nächste Pandemie ist bereits in Vorbereitung (Catastrophic Contagious), die vor allem Kinder und Jugendliche treffen soll.

Gleichzeitig arbeitet die WHO mit großem Hochdruck an höchst bedenklichen Ergänzungen ihrer Verfassung (IHR, Convention Amendments, CA+). Begriffe wie Menschenrechte und Würde werden hier gestrichen, Definitionen der WHO sollen künftig bindend sein, die Kontrolle der WHO wird ausgehebelt, Sanktionsrechte gegen unfolgsame Staaten werden installiert, Notfallregeln und -maßnahmen werden implementiert und selbst ein Beschlagnahmerecht für die WHO soll geschaffen werden.

Mitgliedsstaaten wird dadurch die Souveränität entzogen. Sogar eine "Genomic Surveillance Strategy" ist für die nächsten zehn Jahre in Vorbereitung. Sollte diesen geplanten Änderungen der Konvention und der International Health Regulation (IHR) von den Mitgliedsstaaten Ende Mai zugestimmt werden, werden tragende Säulen unserer Grundrechte in Frage gestellt oder aufgehoben.

Die Gesellschaft der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V." (MWGFD) ist ein Zusammenschluß von in Medizinberufen tätigen Personen und Wissenschaftlern, die sich in Forschung und Lehre mit den Themen Gesundheit, Freiheit und Demokratie beschäftigen. Diese haben sich in der Corona-Krise in ihrer Kritik und den überzogenen Beschränkungen zusammengefunden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. März 2023: >>**Mordfall Luise: Setzt die Strafmündigkeit runter!**

Von *Sven Reuth*

Neuer erschütternde Details zum Fall der von einem 12- sowie einem 13jährigen Mädchen getöteten Luise aus Freudenberg: Die Tat war offenbar von langer Hand geplant. Die Verrohung schreitet fort, auch Multi-Kulti hat daran seinen Anteil.

Es sind schockierende Nachrichten, die am Tag nach der Trauerfeier für die von zwei etwa gleichaltrigen Mädchen ermordete Luise kursieren. Demnach hat eine der beiden Täterinnen sich vor der Tat im Internet über das Thema Strafmündigkeit erkundigt. Daraus kann man folgern, daß die beiden Mädchen das fürchterliche Verbrechen erst dann realisierten, als sie wußten, daß die dafür straffrei ausgehen würden.

Strukturiertes Vorgehen

Ein weiteres erschütterndes Indiz mehr, das nun bekanntgeworden ist. Es zeigt einmal mehr, das der Mord an Luise auch tatsächlich anhand aller Kriterien, die sich dafür heranziehen lassen, ein Mord war.

Die Tat geschah nicht aus irgendeinem Affekt heraus, sondern wurde von langer Hand geplant. Auch nach der Tat gingen die Mädchen weiter erschreckend kaltblütig und strukturiert vor. Die Eltern der zu diesem Zeitpunkt schon toten Luise wurden mit einem Anruf, in dem behauptet wurde, Luise befinde sich auf dem Heimweg, in Sicherheit gewogen.

Das ist ein zumindest semiprofessionelles Vorgehen, das selbst viele erwachsene Straftäter nicht aufbringen. Gerade die Details dieser Tat zeigen, daß unbedingt eine Debatte über die Herabsetzung der Strafmündigkeit vonnöten ist. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert beispielsweise schon seit Jahrzehnten eine Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre, da die Zahl schwerer Straftaten, die durch ganz junge Menschen begangen werden, steigt.

Savonarolas Kinderpolizisten

Das würde dann ja immer noch bedeuten, daß ganz junge Täter immer noch nach dem milden Jugendstrafrecht abgeurteilt würden. Jugendstrafen würden also - so wie nach bisheriger Rechtsprechung auch - nur in Ausnahmefällen und bei schweren Straftaten ausgesprochen werden. In diesem Bereich wäre ein solches Vorgehen dann aber auch nötig. Der Staat hat schließlich die Pflicht, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre sollten auch dem Letzten klargemacht haben, daß diese Sicherheit auch durch Kinder oder ganz junge Jugendliche bedroht werden kann.

Auch Kinder sind - im Guten wie im Schlechten - eben bloß Menschen. Im florentinischen Gottesstaat des Eiferers und Dominikanermönches Savonarola, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Italien für einige Jahre existierte, beschlagnahmten die Kinderpolizisten der "Fanciulli" Spiegel, Kosmetika, schöne Kleider und Möbel sowie Bücher, weil jedweder Luxus gegen die Gebote Gottes verstoße.

Die "Fanciulli" trieben die zum Tode Verurteilten sogar zu den Scheiterhaufen. Zur Zeit des Sowjetdiktators Stalin wurden Schulkinder in der Parteipresse als Helden gefeiert, wenn sie ihre Eltern als angebliche Abweichler denunzierten, was für diese oft das Todesurteil bedeutete.

Es muß sich etwas ändern

Auch Kinder können also unvorstellbar grausam sein, gerade weil ihnen die Lebenserfahrung fehlt. Ein Staat, der rechtzeitig klare Grenzen aufzeigt, kann vielleicht wenigstens noch so

manche Fehlentwicklung korrigieren. Außerdem: Nach jetziger Gesetzeslage dürften die Personen, dürften die Personen, die bei TikTok im Mordfall Luise zur Selbstjustiz aufgerufen haben, wesentlich härter bestraft werden als die beiden Täterinnen selbst.

Das kann einfach nicht gerecht sein, insbesondere wenn man sich das Martyrium vor Augen führt, das das Opfer durchleiden mußte. Die Täterinnen versuchten erst, Luise mit einer Plastiktüte zu ersticken. Als das mißlang, hielt ein Mädchen Luise fest, während das andere Mädchen mit 30 Messerstichen auf sie einstach. Das zu diesem Zeitpunkt noch lebende Opfer wurde dann eine Böschung heruntergestoßen, wo es verblutete.

Wenn immer jüngere Täter immer schwerere Straftaten begehen, muß der Staat eben einschreiten und die Strafmündigkeit herabsetzen!

Die Gesellschaft verrotet. Daran hat auch Multi-Kulti seinen Anteil. ...<<

Jugoslawien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. März 2023: >>Nie vergessen: NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Von Jürgen Elsässer

Am 24. März 1999 begann die NATO völkerrechtswidrig mit der Bombardierung Jugoslawiens. In Deutschland war es vor allem der "Krieg der Grünen". ...

Der Krieg der Grünen

"Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie die verantwortlichen Politiker die Bevölkerung während des Kosovokrieges" - so 1999 die Kritik von Willy Wimmer (CDU), ehemals Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und mit Kanzler Helmut Kohl an den Verhandlungen zur Wiedervereinigung beteiligt.

Wimmer blieb ein einsamer Rufer in der Wüste. Die Parteien, alle Leitmedien und die erdrückende Mehrheit der Öffentlichkeit standen damals wie ein Mann hinter dem elfwöchigen Krieg, obwohl es der erste in der Geschichte der Bundeswehr war und er ganz offensichtlich das Grundgesetz wie das Völkerrecht brach: Ersteres erlaubt nur einen Verteidigungseinsatz unserer Streitkräfte - aber Jugoslawien hatte Deutschland nicht angegriffen. Zweiteres erfordert für jedes militärische Eingreifen die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - diese lag jedoch nicht vor.

Während bei den westlichen Aggressionen gegen den Irak 1991 und 2003 bis zu einer halben Million Menschen in Berlin und anderswo demonstrierten, waren es 1999 bestenfalls ein paar Tausend Serben und versprengte Friedensbewegte. Der Grund für das Desinteresse: Es war der Krieg der Grünen.

Die einstige Hauptpartei des Pazifismus hatte die Seiten gewechselt und ihre Anhänger mitgezogen. Wäre Kohl zu dieser Zeit noch Regierungschef gewesen, hätte Joschka Fischer das gesamte linke Lager zum Megaprotest vor den Reichstag geführt. Als Vizekanzler aber wollte er beweisen, daß er Bombenwerfen noch besser beherrscht als Steinewerfen.

SPD-Kanzler Gerhard Schröder trug den Überfall der NATO auf einen souveränen Staat voll mit, spielte seine Bedeutung aber herunter: "Wir führen keinen Krieg", heuchelte er in seiner Fernsehansprache zum Angriffsbeginn am 24. März 1999. Emotionale Durchschlagskraft bekam die militaristische Propaganda jedoch erst durch die Grünen - ihr Verdienst war es, das Töten Unschuldiger antifaschistisch zu legitimieren: Man müsse dem serbischen Hitler ... Slobodan Milosevic entgentreten und ein Auschwitz im Kosovo verhindern.

Ein Modell wurde etabliert: Zum ersten Mal schwangen die Grünen die Nazikeule und erzwangen damit einen spektakulären Politikwechsel. Und zum ersten Mal wurden fehlende Fakten durch moralischen Overkill ersetzt: Die Fischermen sprachen von Hunderttausenden ermordeten Albanern und beschuldigten jeden, der Beweise für die Fake News sehen wollte, der Komplizenschaft.

Die großen Gewinner der Zerschlagung Jugoslawiens durch die NATO waren die Moslems. Dem von ihnen dominierten Albanien konnten sie seit den 1990er Jahren zwei weitere Staaten

hinzufügen: Bosnien-Herzegowina und das Kosovo. Auch in Mazedonien darf seit 2001 die Partei der Terrororganisation UCK mitregieren.

Der Islam, der auf dem Balkan seit 1945 weitgehend unter Kontrolle war, ist wieder eine Macht geworden, die an die Pforten der EU klopft. Hunderttausende Mohammedaner aus Bosnien und dem Kosovo haben in den letzten 25 Jahren in Deutschland Asyl gefunden. Von den Grünen als arme Opfer verhätschelt, ist ihre Diaspora zum Reservoir für den kriminellen Bodensatz in den Ghettos unserer Städte geworden.

Warum die Serben das Haßobjekt der islamophilen Grünen waren, erklärt sich leicht: Dieses Volk, in den Jahrhunderten osmanischer Unterdrückung sensibilisiert, spürte in den 1980er Jahren die Gefahr eines neuen Dschihad als erstes. Mit der Nachgiebigkeit gegenüber den Jüngern des Propheten, die in den späten Tito-Jahren um sich griff, wollten sie unter ihrem neuen Anführer Milosevic Schluß machen.

Sie kämpften über zehn Jahre gegen die moslemische Expansion - und verloren, weil sich der Westen mit ihren Feinden verbündete. Ist es ein Wunder, daß das Millionenheer der Asylforderer im Herbst 2015 über die Balkanroute kam - über den Weg, der 1999 freigebombt wurde? ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. März 2023: >>Vertuschung: Falsches US-Spiel um Nord-Stream-Terror

Der US-Investigativjournalist Seymour Hersh ist weiterhin scher: Olaf Scholz bekam bei seinem Washington-Besuch genaue Instruktionen zur Vertuschung der US-Urheberschaft am Nord-Stream-Terror. ...

_ Von *Seymour Hersh*

Die Biden-Regierung verheimlicht weiterhin ihre Verantwortung für die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines. Vor sechs Wochen habe ich auf der Grundlage anonymer Quellen einen Bericht veröffentlicht, in dem Präsident Joe Biden als derjenige genannt wird, der im September letzten Jahres die mysteriöse Zerstörung von Nord Stream 2 angeordnet hat. Dabei handelt es sich um eine neue 11-Milliarden-Dollar-Pipeline, mit der die Erdgaslieferungen von Rußland nach Deutschland verdoppelt werden sollten.

Die Geschichte fand in Deutschland und Westeuropa ein großes Echo, wurde aber in den USA von den Medien nahezu totgeschwiegen. Vor zwei Wochen, nach dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Washington, versuchten US-amerikanische und deutsche Geheimdienste, die Vertuschung noch zu verstärken, indem sie die New York Times und die deutsche Wochenzeitung Die Zeit mit Falschmeldungen fütterten, um den Bericht zu widerlegen, daß Biden und US-Behörden für die Zerstörung der Pipelines verantwortlich seien.

Keine gründliche Untersuchung

Die Pressesprecher des Weißen Hauses und der CIA haben stets bestritten, daß Amerika für die Sprengung der Pipelines verantwortlich war, und diese Pro-forma-Dementis reichten dem Pressekorps des Weißen Hauses völlig aus.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß ein dort tätiger Reporter die Pressesprecherin des Weißen Hauses gefragt hat, ob Biden das getan hat, was jeder ernstzunehmende Regierungschef tun würde: Den amerikanischen Geheimdienst offiziell zu "beauftragen", eine gründliche Untersuchung mit allen seinen Mitteln durchzuführen und herauszufinden, wer die Tat in der Ostsee begangen hat. Laut einer Quelle innerhalb der Geheimdienst-Community hat der Präsident das nicht getan und wird es auch nicht tun. Warum nicht? Weil er die Antwort kennt.

Sarah Miller, eine Energieexpertin und Redakteurin bei Energy Intelligence, dem Herausgeber führender Fachzeitschriften, erklärte mir in einem Interview, warum die Pipeline-Geschichte in Deutschland und Westeuropa für Schlagzeilen gesorgt hat.

Weiter schrieb sie auf ihrem Blog: "Die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines im September führte zu einem weiteren Anstieg der Erdgaspreise, die bereits das Sechs- oder Mehrfache des

Vorkrisenniveaus erreichten", sagte sie. "Nord Stream wurde Ende September gesprengt. Die deutschen Preise für Gasimporte erreichten einen Monat später, im Oktober, das Zehnfache des Vorkrisenniveaus. Die Strompreise wurden in ganz Europa in die Höhe getrieben und die Regierungen gaben Schätzungen zufolge bis zu 800 Milliarden Euro aus, um Haushalte und Unternehmen vor den Auswirkungen zu schützen.

Die Gaspreise sind aufgrund des milden Winters in Europa inzwischen auf etwa ein Viertel des Höchststandes vom Oktober zurückgegangen, liegen aber immer noch zwei- bis dreimal so hoch wie vor der Krise und sind mehr als dreimal so hoch wie die aktuellen Preise in den USA.

Im vergangenen Jahr haben deutsche und andere europäische Produzenten ihre energieintensivsten Betriebe wie die Düngemittel- und Glasproduktion geschlossen, und es ist unklar, wann diese Fabriken wieder in Betrieb genommen werden, wenn überhaupt. Europa bemüht sich um den Aufbau von Solar- und Windenergiekapazitäten, aber es könnte sein, daß diese nicht schnell genug kommen, um große Teile der deutschen Industrie zu retten."

Anfang März empfing Präsident Biden den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz in Washington. Die Reise umfaßte nur zwei öffentliche Veranstaltungen - einen kurzen, pro forma stattfindenden Austausch von Komplimenten zwischen Biden und Scholz vor dem Pressekorps des Weißen Hauses, bei dem keine Fragen erlaubt waren, und ein CNN-Interview mit Scholz von Fareed Zakaria, der nicht auf die Pipeline-Vorwürfe einging.

Der Bundeskanzler war ohne deutsche Pressevertreter nach Washington geflogen, ein offizielles Abendessen war nicht vorgesehen, und die beiden Staats- und Regierungschefs wollten auch keine Pressekonferenz abhalten, wie es bei solchen hochrangigen Treffen üblich ist. Statt dessen wurde später berichtet, daß Biden und Scholz ein 80-minütiges Treffen hatten, bei dem die meiste Zeit über keine Berater anwesend waren.

Eine alternative Story

Seitdem wurden von keiner der beiden Regierungen Erklärungen oder schriftliche Absprachen veröffentlicht, aber mir wurde von jemandem mit Zugang zu diplomatischen Geheimdienstinformationen gesagt, daß es eine Diskussion über das Pipeline-Exposé gab und daß infolgedessen bestimmte Elemente in der CIA gebeten wurden, in Zusammenarbeit mit dem deutschen Geheimdienst eine Titelgeschichte vorzubereiten, die die amerikanische und deutsche Presse mit einer alternativen Version der Zerstörung von Nord Stream 2 versorgen würde.

In den Worten der Geheimdienst-Community sollte die Behörde "das System pulsieren", um die Behauptung zu widerlegen, Biden habe die Zerstörung der Pipelines angeordnet.

An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß Bundeskanzler Scholz - unabhängig davon, ob er im Voraus über die Zerstörung der Pipeline informiert war oder nicht - seit letztem Herbst eindeutig an der Unterstützung der Vertuschung der Operation der Biden-Regierung in der Ostsee beteiligt war. Die CIA hat ihre Arbeit getan und mit Hilfe des deutschen Geheimdienstes Geschichten über eine "inoffizielle" Ad-hoc-Operation, die zur Zerstörung der Pipelines geführt hat, ausgeheckt und verbreitet.

Der Betrug bestand aus zwei Elementen: einem Bericht in der New York Times vom 7. März, in dem ein anonym amerikanischer Beamter zitiert wurde, der behauptete, daß "neue Geheimdienstinformationen ... darauf hindeuten", daß "eine pro-ukrainische Gruppe" an der Zerstörung der Pipeline beteiligt gewesen sein könnte; und einem Bericht in der Zeit, Deutschlands meistgelesener Wochenzeitung, vom selben Tag, in dem es hieß, daß deutsche Ermittlungsbeamte eine gecharterte Luxussegeljacht aufgespürt hätten, die am 6. September vom deutschen Hafen Rostock aus an der Insel Bornholm vor der dänischen Küste vorbeigefahren sei.

Die Insel liegt nur wenige Kilometer von dem Gebiet entfernt, in dem die Pipelines am 26. September zerstört wurden. Die Yacht war von ukrainischen Eigentümern gemietet worden

und mit einer sechsköpfigen Mannschaft besetzt: einem Kapitän, zwei Tauchern, zwei Tauchassistenten und einem Arzt. Fünf von ihnen waren Männer, eine war eine Frau. Gefälschte Pässe spielten eine Rolle.

Die beiden Zeitungen wiesen in ihren Berichten darauf hin, daß es, wie die Times es ausdrückte, "viel gab, was sie nicht wußten". Die neuen Informationen hätten jedoch auch dazu geführt, daß die Beamten "zunehmend optimistisch" seien, daß man zu einer eindeutigen Schlußfolgerung über die Täter kommen werde. Aber das würde lange dauern, sagten verschiedene hochrangige Beamte in Washington und Deutschland.

Die Botschaft war, daß die Presse und die Öffentlichkeit aufhören sollten, Fragen zu stellen und die Ermittler die Wahrheit herausfinden lassen sollten. Diese würde natürlich nie ans Licht kommen. Holger Stark, der Autor des Berichts in Die Zeit, ging noch einen Schritt weiter und merkte an, daß es einige "in den internationalen Sicherheitsdiensten" gebe, die die Möglichkeit nicht ausgeschlossen hätten, daß die Yachtgeschichte "eine Operation unter falscher Flagge" sei. In der Tat, das war sie.

Direkt aus der CIA-Propagandaküche

"Es war eine totale Erfindung des amerikanischen Geheimdienstes, die an die Deutschen weitergegeben wurde und darauf abzielte, Ihre Geschichte zu diskreditieren", sagte mir eine Quelle innerhalb der amerikanischen Geheimdienst-Community.

Die Desinformationsprofis der CIA wissen, daß eine Propagandamasche nur dann funktioniert, wenn die Empfänger verzweifelt nach einer Geschichte suchen, die eine unerwünschte Wahrheit schmälern oder ersetzen kann. Und die fragliche Wahrheit ist, daß Präsident Joe Biden die Zerstörung der Pipelines autorisiert hat und es schwer haben wird, seine Aktion zu erklären, während Deutschland und seine westeuropäischen Nachbarn unter den hohen täglichen Energiekosten leiden, weil Unternehmen geschlossen werden.

Ironischerweise kam der aufschlußreichste Beweis für die Schwäche des Berichts der New York Times von einem der drei Times-Reporter, deren Namen auf der Geschichte standen. Wenige Tage nach der Veröffentlichung des Berichts wurde der Reporter Julian Barnes in dem beliebten Times-Podcast The Daily von Moderator Michael Barbaro interviewt. Hier ist der Text:

GASTGEBER: Wer genau war für diesen Angriff verantwortlich? Und wie sind Sie und unsere Kollegen vorgegangen, um das herauszufinden?

REPORTER: Nun, ich glaube, wir haben während der meisten Ermittlungen nicht die richtigen Fragen gestellt.

GASTGEBER: Hmm. Und was waren die richtigen Fragen?

REPORTER: Nun, wir hatten uns logischerweise auf Länder konzentriert.

GASTGEBER: Mm-hmm.

REPORTER: All diese Staaten, die wir gerade durchgegangen sind, hat Rußland es getan? War es der ukrainische Staat? Und das war einfach eine Sackgasse nach der anderen. Wir haben keine Beamten gefunden, die uns sagten, daß es glaubwürdige Beweise gibt, die auf eine Regierung hindeuten. Also begannen meine Kollegen Adam Entous, Adam Goldman und ich, eine andere Frage zu stellen. Könnte das von nichtstaatlichen Akteuren getan worden sein?

GASTGEBER: Hmm.

REPORTER: Könnte das von einer Gruppe von Personen getan worden sein, die nicht für eine Regierung arbeiten?

GASTGEBER: So etwas wie freiberufliche Saboteure. Wie sind Sie auf diese neue Frage gekommen?

REPORTER: Nun, wir begannen zu fragen, wer diese Saboteure sein könnten. Oder, wenn wir das nicht beantworten konnten, mit wem könnten sie verbündet sein? Könnten es pro-russische Saboteure sein? Könnten es andere Saboteure sein? Und je mehr wir mit Beamten

sprachen, die Zugang zu Geheimdienstinformationen hatten, desto mehr sahen wir, daß diese Theorie an Zugkraft gewann.

GASTGEBER: Mm-hmm.

REPORTER: Und mein anfänglicher Gedanke, daß es sich um pro-russische Saboteure handeln könnte, erwies sich als falsch. Wir erfuhren, daß es sich höchstwahrscheinlich um eine pro-ukrainische Gruppe handelte.

GASTGEBER: Hmm. Mit anderen Worten, eine Gruppe von Leuten, die das im Namen der Ukraine getan hat. Was haben Sie erfahren, das Sie glauben läßt, daß es so war?

REPORTER: Michael, ich sollte ganz klar sagen, daß wir wirklich sehr wenig wissen, oder? Diese Gruppe bleibt mysteriös. Und sie bleibt nicht nur für uns rätselhaft, sondern auch für die US-Regierungsvertreter, mit denen wir gesprochen haben. Sie wissen, daß es sich bei den Beteiligten entweder um Ukrainer oder um Russen oder um eine Mischung aus beiden handelt. Sie wissen, daß sie nicht mit der ukrainischen Regierung in Verbindung stehen. Aber sie wissen auch, daß sie Anti-Putin und Pro-Ukraine sind.

GASTGEBER: Nach all diesen investigativen Berichten kommen Sie also zu dem Schluß, daß es sich bei den Tätern um eine Gruppe von Menschen handelt, die dasselbe wollen wie die Ukraine, aber nicht offiziell mit der ukrainischen Regierung verbunden sind. Aber ich bin neugierig, wie sicher Sie sind, daß diese Personen nicht mit der ukrainischen Regierung verbunden sind?

REPORTER: Nun, die Geheimdienstinformationen besagen derzeit, daß sie es nicht sind. Und obwohl uns von offizieller Seite gesagt wird, daß der Präsident der Ukraine und seine wichtigsten Berater nichts davon wußten, können wir nicht sicher sein, ob das stimmt oder ob nicht jemand anderes davon wußte.

Die Reporter der Times in Washington waren der Gnade der Beamten des Weißen Hauses ausgeliefert, "die Zugang zu Geheimdienstinformationen hatten". Aber die Informationen, die sie erhielten, stammten von einer Gruppe von CIA-Experten für Täuschung und Propaganda, deren Aufgabe es war, die Zeitung mit einer Titelgeschichte zu füttern - und einen Präsidenten zu schützen, der eine unkluge Entscheidung getroffen hat und jetzt darüber lügt.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Die Übersetzung wurde von Thomas Röper besorgt. ...<<

25. März 2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25534" berichtet am 25. März 2023 (x1.253/...): >>Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag: Was wußte Kanzler Scholz?

Die USA haben den Nord Stream-Terroranschlag verübt! Dies berichtete Fox News, der meistgesehene Nachrichtensender der USA, am 10. März 2023. Noch immer versteckt sich die deutsche Regierung jedoch hinter einem angeblichen "Geheimhaltungsinteresse". Hatte Kanzler Scholz Kenntnis von einer US-Geheimdienstoperation? Dann könnte diese Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag sehr bald zur Akte Scholz werden ...

Als am 26. September 2022 die Nord Stream-Gaspipelines, die russisches Gas nach Deutschland lieferten, durch gewaltige Explosionen zerrissen wurden, konnten Seismologen massive Erderschütterungen messen. Sollte jedoch aufgeklärt werden, wer hinter diesem rücksichtslosen Terroranschlag steckt, könnte dies - im Vergleich zu jenen Explosionen - ein "politisches Beben" ungeahnten Ausmaßes auslösen.

Für die ermittelnden schwedischen Behörden war sofort klar, daß "höchstwahrscheinlich ein staatlicher Akteur ... verantwortlich war". Dies liegt auch auf der Hand, denn nur Staaten verfügen über die technischen Mittel, um in ca. 80 m Meerestiefe eine derart komplexe Geheimdienstoperation in "James Bond-Manier" durchzuführen. Es geht in dieser Dokumentation somit um "Staatsterrorismus"! Aufgrund der enormen Bedeutung für den Wirtschaftsstandort

Deutschland bezeichnete das Compact-Magazin den Terroranschlag auf die Nord Stream-Pipelines als "deutsches 9/11"!

Über viele Monate hat sich die deutsche Regierung jedoch in Schweigen gehüllt und lediglich auf laufende Ermittlungen verwiesen.

Für Aufsehen sorgte dann am 8. Februar 2023 eine Veröffentlichung des renommierten US-Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh. Wer ist Seymour Hersh?

Hersh deckte über Jahrzehnte sehr treffsicher größte politische Skandale auf:

1969: Aufdeckung des Massakers von My Lai (Vietnamkrieg)

1973: Beteiligung an der Aufdeckung des Watergate-Skandals

1973: Aufdeckung geheimer US-Bombardierungen in Kambodscha

1974: Aufdeckung von Inlandsspionage durch die CIA

2004: Aufdeckung von US-Mißhandlungen von Gefangenen in Abu Ghraib im Irak

2013: Widerlegung der US-Version, daß Syrien Giftgas eingesetzt habe.

Seine Auszeichnungen:

- 1970: Pulitzer Preis für internationale Berichterstattung

- 1969, 1973, 1974, 1981, 2004: George Polk Award - einer der bedeutsamsten Preise für Journalisten

- viele weitere hochrangige Preise belegen seine herausragende Kompetenz

Der vielfach ausgezeichnete Enthüllungsjournalist deckte nun im Februar 2023 auf, daß US-Präsident Joe Biden die Nord-Stream-Zerstörung höchstpersönlich befohlen haben soll, welche dann durch die CIA ausgeführt wurde. Er beruft sich auf Insider-Informationen aus höchsten Regierungskreisen. Aufgrund seiner Enthüllungen wird in dieser Dokumentation eine hochgradig geheime Terror-Akte geöffnet, deren Sprengkraft die Explosionen in der Ostsee weit in den Schatten stellen könnte:

Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag, Teil 1

Die Vorgeschichte

Berlin, Ende 2018: Bereits ca. vier Jahre vor den Anschlägen bedrohte der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, deutsche Konzerne mit Sanktionen, wenn sie sich am Bau von Nord Stream 2 beteiligen sollten.

Ostsee, September 2021: Die Gaspipeline Nord Stream 2 wird fertiggestellt.

Washington, 7. Februar 2022: US-Präsident Joe Biden kündigt das Ende von Nord Stream 2 auf einer Pressekonferenz mit Bundeskanzler Scholz an.

Der Anschlag war von US-Präsident Joe Biden schon am 7. Februar angekündigt worden.

"Wenn Rußland einmarschiert, das heißt Panzer oder Truppen wieder die Grenze überqueren, dann wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden es beenden." Auf den Einwand einer Reporterin, daß Nord Stream Deutschland gehöre, fügte er hinzu: "Ich versichere Ihnen, wir sind dazu in der Lage." Bundeskanzler Scholz stand neben ihm und lächelte verständnisvoll.

Ostsee, vor Bornholm, Juni 2022: Laut Hersh befestigten US-Taucher C4-Sprengstoff an den Nord-Stream-Pipelines. Diese Geheimdienstaktion wurde im Rahmen der NATO-Übung "BALTOPS 2022", an der ca. 7.000 Soldaten und 50 Schiffe beteiligt waren, perfekt getarnt.

Diese Darstellung Hershs erscheint insbesondere deshalb sehr glaubhaft, weil fast alle bedeutenden Terroranschläge der letzten Jahrzehnte ebenfalls durch eine Übung getarnt wurden. Kla.tv hat dies in der Sendung "Vier Terrormuster" ausführlich dokumentiert.

Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag, Teil 2

Die Ausführung

Ostsee, vor Bornholm, 26. September 2022: Ein norwegisches Spionageflugzeug vom Typ Poseidon P8 wirft über der Ostsee eine Boje mit einem Fernzünder ab. Wenige Stunden später zündete dieser den C4-Sprengstoff, der die Gaspipelines zerriß. Laut Hersh gaben US-

Präsident Joe Biden und CIA-Direktor Bill Burns den Befehl zur Sprengung. Norwegen soll die US-Geheimdienstoperation unterstützt haben.

Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag, Teil 3

Die sofortigen Beschuldigungen Rußlands

Bereits am 28. September 2022 berichtete BILD: "Die Spur führt zu einer Spezialeinheit Putins" und "Putin ließ Nord Stream schon beim Bau verminen". Weshalb aber Rußland Interesse haben sollte, die eigens erstellte Pipeline zu zerstören, konnten BILD und auch andere Medien nicht erklären.

Inzwischen berichtete sogar die "Washington Post", daß es keine Hinweise für eine Beteiligung Rußlands gäbe. Dies bestätigte auch der ermittelnde deutsche Generalbundesanwalt Peter Frank. Auch aus Sicht des bekannten US-Ökonomen Jeffrey Sachs hat Rußland keinerlei Interesse an einer Zerstörung der Pipelines. Er sagte wörtlich: "Das widerspricht den Interessen Rußlands. Rußland verliert Einkommen, finanzielles Vermögen und Verhandlungsmacht". Die Beschuldigung Rußlands erweist sich als durchsichtiges Ablenkungsmanöver!

Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag, Teil 4

Der Hauptverdächtige

Laut Hersh waren Kampfschwimmer in ca. 80 Meter Meerestiefe im Einsatz. Laut Wikipedia verfügen nur folgende Staaten über Kampfschwimmer: Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, Österreich, Rußland, Schweden, Schweiz, Südafrika und die USA. Somit ist die Zahl der Staaten, die einen solch komplexen Terroranschlag verüben könnten, sehr begrenzt. Staaten, wie z.B. Südafrika, die Schweiz oder Österreich haben sicher kein Motiv für eine derartige Terrorattacke. Schließt man eine Täterschaft Rußlands aus und berücksichtigt die Drohungen Bidens, so geraten zunehmend die USA ins Visier.

Diese Spur wird auch durch folgende Zitate gestützt:

Polen, 27. September 2022, 18.38 Uhr, also nur einen Tag nach dem Anschlag: Der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorski twitterte: "Thank you, USA". Offensichtlich ist für diesen Politik-Insider völlig klar, daß die USA hinter diesem Terroranschlag stecken.

Berlin, 5. Oktober 2022, Berliner Zeitung: US-Starökonom Jeffrey Sachs: "Der mit Abstand wahrscheinlichste Täter hinter der Aktion sind also die USA". "Sie warnten im Voraus vor der Zerstörung der Pipelines. Sie verfügen auch über die technischen Mittel für solch eine Aktion. Wahrscheinlich war es eine Boeing P-8 Poseidon, die auch von Überwachungsmonitoren gesehen wurde."

USA, 13. Oktober 2022: Der Ex-Geheimdienstoffizier und UN-Waffeninspekteur Scott Ritter bringt es in einem Interview auf den Punkt: "Das war ein Angriff der USA auf Deutschland ... Wenn ihr das nicht seht, dann nehmt die deutsche Flagge runter, hißt die amerikanische Flagge und erkennt euren Status als US-Kolonie an."

USA, 26. Januar 2023: Gemäß Seymour Hersh war die für Europa zuständige Abteilungsleiterin im US-Außenministerium Victoria Nuland direkt an der Planung des Gaspipeline-Anschlages beteiligt. Vor einem Ausschuß des US-Senates entlarvte sie sich selber gegenüber Senator Ted Cruz: "Wie Sie, bin auch ich und die ganze Administration sehr glücklich, daß Nord Stream 2 jetzt nur noch ein Haufen Metall am Meeresboden ist."

Geheim-Akte Nord Stream-Terroranschlag, Teil 5

Die Rolle der deutschen Regierung

Berlin, Deutschland, Oktober 2022

Die Abgeordnete Sarah Wagenknecht (Die Linke) stellt folgende Anfrage an die Bundesregierung: "... welche NATO-Schiffe und Truppenteile, bzw. welche russischen Schiffe und Truppenteile sich ... in den Gegenden aufhielten, in denen die Beschädigungen (der Gaspipelines) auftraten, und in jenem Zeitraum gesichtet wurden."

Antwort der Deutschen Bundesregierung:

Die Bundesregierung sei "nach sorgfältiger Abwägung zu dem Schluß gekommen, daß weitere Auskünfte aus Gründen des Staatswohls nicht - auch nicht in eingestufte Form - erteilt werden können. ... Die erbetenen Informationen berühren somit derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen, daß das Staatswohl gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt und das Fragerecht der Abgeordneten ausnahmsweise gegenüber dem Geheimhaltungsinteresse der Bundesregierung zurückstehen muß, ... da auch nur die geringe Gefahr des Bekanntwerdens nicht hingenommen werden kann".

Offensichtlich verfügt die Bundesregierung über Informationen zu diesem hochbrisanten Anschlag, die nicht einmal die Abgeordneten des Bundestages - geschweige denn die Bürger - erfahren dürfen!

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der den Nord-Stream-Anschlag als "Kriegserklärung gegen Deutschland" bezeichnete, redet Klartext: "Es ist erbärmlich und feige, daß die Bundesregierung den Vorfall unter den Teppich kehren will, ... Die Spatzen pfeifen es doch längst von den Dächern: Die USA haben den Anschlag entweder direkt ausgeführt oder sie haben zumindest grünes Licht dafür gegeben."

Fox News, der meistgesehene Nachrichtensender der USA, berichtet am 10. März 2023, daß es offenkundig sei, daß die USA diesen Kriegsakt verübt haben. Die Regierung habe die ganze Zeit gelogen und wolle der Bevölkerung nun eine absurde Vertuschungsgeschichte verkaufen, daß eine sogenannte "pro-ukrainische Gruppe" den Anschlag verübt habe.

Die Luft wird daher für die US-Regierung immer dünner, denn die Täterschaft der USA bedeutet im Klartext:

1. Ein NATO-Partner und angeblicher Freund Deutschlands entpuppt sich als Feind!
2. Ein angeblich demokratischer und friedliebender Präsident entpuppt sich als gewaltbereiter Terrorist!

Noch viel heikler könnte es jedoch für Bundeskanzler Olaf Scholz bzw. die deutsche Regierung werden. Offensichtlich ist, daß die Regierung mehr weiß als sie sagt. Die rigorose Geheimhaltungspolitik der Regierung und das verräterische Lächeln des deutschen Bundeskanzlers bei der Biden-Pressekonferenz, legen den Schluß nahe, daß Olaf Scholz über diese US-Geheimdienstoperation informiert war. Dies wäre der Gipfel der Heuchelei und an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten, da dieser hinterhältige Anschlag insbesondere für Deutschland dramatische Konsequenzen hat:

1. Die Zerstörung der deutschen Volkswirtschaft durch den Verlust günstiger Energie- und Rohstoffimporte aus Rußland! Diesen Zusammenhang bestätigt auch der Vorstandsvorsitzende von BASF, Martin Brudermüller. Zitat: "Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?" Zitat Ende. Hauptprofiteur sind die USA, die nun gegenüber der deutschen Wirtschaft klare Wettbewerbsvorteile besitzen.

2. Den Bürgern wird über die dramatisch gestiegenen Energiepreise und die damit verbundene Inflation auch noch der letzte Cent aus der Tasche gezogen. Durch diesen Terroranschlag findet somit eine beispiellose Enteignung des Volkes statt! Hauptprofiteur sind wieder die USA, die nun teures und umweltschädliches Fracking-Gas nach Deutschland liefern können.

FAZIT: Sollte Bundeskanzler Scholz Kenntnis von einer US-Geheimdienstoperation gehabt haben, wäre dies Hochverrat an jedem Bürger Deutschlands und ein klarer Bruch seines Eides. Er müßte unverzüglich zurücktreten! Somit könnte die Geheim-Akte Nord-Stream-Terroranschlag sehr bald zur Akte Scholz werden!

Verehrte Zuschauer,

wenn selbst die Spatzen es schon von den Dächern pfeifen, dann helfen auch Sie mit, daß die Geheim-Akte Nord-Stream-Terroranschlag einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird. Leiten Sie deshalb diese aufklärende Dokumentation an möglichst viele Freunde, Arbeitskollegen

und Verwandte weiter, denn über die deutschen Massenmedien werden diese offensichtlich nicht über diese Zusammenhänge informiert!<<

27.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. März 2023:

>>**Ausländische Tatverdächtige: Kriminalität explodiert**

Von *Sven Eggers*

Eine große Mehrheit der Deutschen fordert, die Zuwanderung zu begrenzen. Die Politik ignoriert das. Dabei explodiert die Kriminalität. ...

Eine aktuelle Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach bringt es an den Tag: 86 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für Regeln und Kontrollen bei der Migration aus, etwa durch ein Zuwanderungsgesetz. Eine Mehrheit von 59 Prozent, im Osten der Republik bis zu 70 Prozent, hält es für unmöglich, weitere Fremde bei uns aufzunehmen.

Ausländerkriminalität steigt stark

Die Sorgen der Menschen sind mehr als berechtigt. Soeben hat das Innenministerium die neue Polizeiliche Kriminalstatistik für 2022 vorgelegt. Danach hat die Zahl der Straftaten in der BRD deutlich zugelegt. 5,623 Millionen Straftaten wurden im vergangenen Jahr registriert, 11,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Von etwa zwei Millionen Tatverdächtigen besaßen 783.876 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das ist eine Zunahme von 22,6 Prozent gegenüber 2021. Die Zahlen fielen noch krasser aus, beachtete man die Vornamen der Tatverdächtigen und nicht allein den Paß.

Als Tatverdächtige werden in der Statistik ferner auch 310.062 Zuwanderer aufgeführt (plus 35 Prozent). Das sind Personen mit dem Aufenthaltsstatus "Asylbewerber", "Schutzberechtigter", "unerlaubt aufhältig" und "geduldet".

Manuel Ostermann, stellvertretender Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, äußerte sich gegenüber Reportern der Bild: "Auch im Zusammenhang mit der Migrationskrise wird das Problem steigender Gewalttaten deutlich. Die Statistik spricht da eine erschreckende aber deutliche Sprache."

Ohne Zuwanderungsbeschränkung ist keine Besserung zu erwarten. Wie dramatisch die Lage ist, verdeutlichen die nüchternen Zahlen: Zum Zeitpunkt der bundesdeutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 lebten hierzulande 5,6 Millionen Ausländer (vor allem im Westen). Heute haben wir es mit dem Vierfachen zu tun - wobei man zur Vertuschung amtlicherseits nicht mehr von Ausländern, sondern eben von Menschen mit Migrationshintergrund spricht. Etwa die Hälfte davon hat bereits deutsche Pässe bekommen.

Es werden immer mehr

Und ein Ende der verheerenden Entwicklung ist nicht abzusehen. 57 Prozent der BRD-Bürger sorgen sich laut aktueller Allensbach-Umfrage, daß die Zahl der Migranten weiter ansteigen könnte und sind entsprechend beunruhigt. Mehr als 50 Prozent haben Probleme bei der Unterbringung von Ausländern mittlerweile selbst erlebt, also mit eigenen Augen gesehen.

Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatten 2021 bereits 27,2 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund, das entspricht 22,3 Millionen. Ein Plus von zwei Prozent oder 1,4 Millionen gegenüber dem Vorjahr - das entspricht der Einwohnerzahl von München.

Es brennt an allen Ecken und Enden: Osdorfer Born und Steilshoop in Hamburg, das Bahnhofsviertel in Frankfurt am Main, Dortmunder Nordstadt, Düsseldorf-Garath, Duisburg-Marxloh, Essen-Altendorf, Bremen-Huchting, München-Neuperlach: Wir werden zu Fremden im eigenen Land. Die Frage nach Integration stellt sich dort schon gar nicht mehr.

Oder die Sonnenallee, eine verrufene, arabisch geprägte Meile in Berlin-Neukölln. Auch hier trugen sich zuletzt Gewaltexzesse zu. Die Neue Zürcher Zeitung: "Die Sonnenallee ist eine Welt für sich. Fast alle Frauen tragen Kopftuch, es sind viele Männer auf der Straße, sie gehen

Geschäften nach, Bargeldbündel werden übergeben. Zur bürgerlichen deutschen Gesellschaft scheint es keine Schnittstelle zu geben."

Das Märchen der Herrschenden, ein ungebremster Zuzug von Menschen aus teils fremden Kulturkreisen mildere den Fachkräftemangel, glaubt denn auch eine Mehrheit der Deutschen nicht mehr. Zwei Drittel der von Allensbach Befragten gehen vielmehr davon aus, daß weniger gut qualifizierte Menschen zuwandern. Ganze 10 Prozent nehmen übrigens an, daß die regierende SPD in Sachen Zuwanderung gute Lösungen finden werde.

Kein Gegensteuern der Politik

Viele Deutsche registrieren diese Zustände mit Fassungslosigkeit und fragen sich, warum die Regierenden das Desaster nicht erkennen, nicht gegensteuern, sondern es immer weiter verschlimmern. Wie ist es möglich, daß die Folgen einer verfehlten Migrationspolitik verschwiegen oder tabuisiert werden, wenn sie doch so offensichtlich sind? Eigentlich kann es darauf nur eine Antwort geben: Das Chaos ist gewollt.

Und was macht Innenministerin Faeser? Sie treibt Einbürgerungserleichterungen voran. So sollen Kinder von ausländischen Staatsangehörigen automatisch den deutschen Paß erhalten, sofern zumindest ein Elternteil sich länger als fünf Jahre in Deutschland aufhält. Erwachsenen will Faeser die deutsche Staatsbürgerschaft nach fünf, unter bestimmten Umständen gar nach drei Jahren zuschanzen, bislang ist dies nach acht Jahren möglich. Auch der Weg zur Doppelstaatsangehörigkeit wird für Ausländer immer unkomplizierter.

Als am 4. September 2015 die Grenzen geöffnet wurden, gab es kein Halten mehr. Die Bundeskanzlerin hatte mit ihrer einsamen Entscheidung dafür gesorgt, daß eine wahre Asyl-Flut über uns hereinbrach und auch ganz Europa in den Sog gezogen wurde.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. März 2023: >>**Corona-Lügen: Die verweigerte Aufarbeitung**

Von *Sven Eggers*

Die Forderung nach Aufarbeitung der Corona-Lügen wird lauter, Politiker aber verweigern sich. ...

Bayerns CSU-Gesundheitsminister Klaus Holetschek warnt vor einer Debatte um die fürchterlichen Schäden, die uns die Corona-Politik der Herrschenden eingebrockt hat. Es dürfe nicht immer nur um die Frage gehen, was schiefgelaufen sei und wer die Schuld trage. Das helfe "kein Stück weiter", so Holetschek.

Das könnte Figuren wie dem Söder-Adlatus so passen! Sein Ziel ist es, trotz der vielen Opfer seiner Politik einfach so zur Tagesordnung überzugehen; sich sozusagen einen Freibrief für die nächste Pandemie auszustellen. Das kommt einer Verhöhnung von Lockdown-Geschädigten und Impftoten gleich.

Die Toten klagen an

In Wahrheit hatte die Corona-Politik von Holetschek, Lauterbach, Spahn und weiteren Akteuren verheerende Folgen. War im ersten Corona-Jahr 2020 in der Bundesrepublik kein Anstieg von Sterbefällen festzustellen, so änderte sich das mit Einsetzung der Massenimpfungen zum Jahresanfang 2021, und zwar mit grauenvollen Folgen.

In der April-Ausgabe des COMPACT-Magazins wird aufgearbeitet: 2020 starben in der BRD 985.571 Menschen, 2021 waren es gemäß Angaben des Statistischen Bundesamtes 1.062.732, für 2022 wird eine ähnliche Zahl geschätzt. Das sind für beide Spritzenjahre zusammen etwa 150.000 zusätzliche Tote im Vergleich zu 2020. Besonders zum Jahreswechsel explodierten die Zahlen. Selbst in den Hungerwintern 1946 und 1947 gab es weniger Tote in Deutschland.

Millionen mit Impf-Nebenwirkungen

Patientendaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung liefern weitere Zahlen: Allein 2021 hatten sich 2.487.526 Patienten mit Impfnebenwirkungen in ärztliche Behandlung begeben; eine enorme Zahl, denn viele Eingeschüchterte trauten sich ja gar nicht in eine Praxis.

Aus der Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion geht darüber hinaus hervor, daß die Zahl der Krankschreibungen nach Impfung in astronomische Höhen geschossen ist, nämlich von 5.834 im Jahre 2020 auf deutlich mehr als eine Million (1.242.847) im Jahre 2021; das ist ein Anstieg um das 213-fache.

AfD-Gesundheitspolitiker Kay-Uwe Ziegler fordert die Notbremse:

"Die Impfstoffe müssen nun umgehend zurückgerufen werden. Jede weitere Verwendung hat augenblicklich zu unterbleiben."

Die AfD-Bundestagsfraktion legte im Dezember 2022 zudem eine Auswertung der Abrechnungsdaten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) aus dem Zeitraum 2016 bis Anfang 2022 vor. Die Unterlagen umfaßten die Angaben von sage und schreibe 72 Millionen Kassenpatienten, gefiltert in Bezug auf "plötzliche" und "unerwartete" Todesarten. Das Ergebnis: Im ersten Impfstoffjahr 2021 schnellte die Sterblichkeit in allen diesen Kategorien im Schnitt um über 400 Prozent, in der Kategorie "plötzlich eingetretener Tod" sogar um 1.082 Prozent nach oben.

Die Schuldigen

Es gibt hier nichts zu vergeben und nichts zu vergessen. Würde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Meinungs- oder Versammlungsfreiheit waren Politikern keinen Pfifferling wert. Kirchen setzten auf Abstandhalten statt Nächstenliebe, Kinderspielplätze wurden abgeriegelt, Parkbänke selbst für Gebrechliche zu Tabuzonen. Der Ethikrat nickte wie ein Wackeldackel alles ab. Wir erlebten Polizisten, die auf friedliche Menschen eindroschen, wir haben von Kinderselbstmorden erfahren und Alte isoliert in Heimen verrecken sehen.

Die Corona-Täter kamen aus allen "gesellschaftlich relevanten" Bereichen. Hier fünf krasse Beispiele:

"Ich hingegen möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für alle ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen." (Nikolaus Blome, Kolumnist, Spiegel Online, 7. Dezember 2020)

"Wer die Wirkung der Impfung bestreitet, handelt völlig verantwortungslos und ruft negative, gesellschaftliche Konsequenzen hervor." (Andreas Bovenschulte, SPD-Bürgermeister von Bremen, Bild, 9. Dezember 2021)

"Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden. (Rainer Stinner, FDP-Politiker, in dem Kommentar auf Facebook, Report24, 6. August 2021).

"Die Gesellschaft muß das jetzt selbst regeln: 'Wenn Du nicht geimpft bist, dann möchte ich auch nicht, daß Du mit meinen Kindern spielst.'" (Prof. Emil Reisinger, Mediziner, ndr.de, 28. Oktober 2021)

"Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes." (Sarah Bosetti, ZDF-Komikerin, Twitter, 3. Dezember 2021).

Und die angeblich so alternativlose Maske? Alles Unsinn! Die britische Cochrane-Gesellschaft, das wohl seriöseste Forscher-Netzwerk der Welt, bestätigt, daß der Mund-Nase-Schutz epidemiologisch so gut wie gar keinen Effekt auf die Ausbreitung des Virus hatte. Die Welt kommentierte: "Damit steht fest: Die Pflicht zum Masken-Tragen in der Öffentlichkeit, eine der zentralen Maßnahmen in Deutschland, war unbegründet."

Anschlag auf unsere Kinder

Erinnern wir uns an das schäbige Strategiepapier aus dem Bundesinnenministerium - damals geführt von Horst Seehofer (CSU) - vom März 2020, das exakt vorgab, wie ein ganzes Land

in Angststarre zu versetzen sei. Ausdrücklich wurde darin beworben, mit welchen Schauergeschichten man bei Kindern am effektivsten Schuldgefühle auslösen könnte, um sie zum Mitmachen zu bringen:

"Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, schuld daran zu sein, weil sie zum Beispiel vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann."

Die Panikmache zeigte Wirkung: Nach Angaben eines Forscherteams des Universitätsklinikums Essen ist es während des zweiten Lockdowns zu einer beinahe dreifachen Zunahme von Selbstmordversuchen bei Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren im Vergleich zu den Vorjahren 2017 bis 2019 gekommen. Das geht aus gesammelten Daten von Kinderintensivstationen hervor.

Der Wahnsinn wurde vorangetrieben durch eine vorsätzliche Spaltung der Gesellschaft. Die berüchtigten G-Regeln stigmatisierten Ungeimpfte auf abenteuerliche Weise. Ohne Impfung keinen Schweinsbraten. Ohne Impfung keinen Job. Ohne Impfung keinen Mietvertrag. Politiker und Medienmeute forderten offensiv die Ausgrenzung von Millionen Mitmenschen.

Die nächsten Skandal-Pläne

Man ahnt schon, daß diese Wahnsinnigen jetzt nicht einfach so zur Vernunft kommen. Entwarnung kann denn auch nicht gegeben werden. Das nach wie vor gültige Infektionsschutzgesetz enthält weiterhin alle Scheußlichkeiten. Die sogenannten Maßnahmen sind nicht abgeschafft, sondern nur ausgelaufen und jederzeit neuerlich aktivierbar.

Und es wird emsig an einer neuen WHO-Verfassung gebastelt. Vorgesehen sind globale Totalüberwachung und spezielle Pandemie-Eingreiftruppe, die berechtigt sein sollen, angeordnete Maßnahmen zu überwachen.

Das soll rechtlich bindend für alle WHO-Mitglieder werden. Damit wären nationale Alleingänge, wie sie etwa Schweden beschritten hatte, nicht mehr möglich. Die Skandinavier waren in den Corona-Jahren ohne Lockdown und Maskenpflicht ausgekommen. Am Ende lag aber genau dort die Übersterblichkeit von 2020 bis 2022 am niedrigsten, wie die EU-Statistikbehörde Eurostat bestätigt, nämlich bei 4,4 Prozent (Deutschland: 8,6 Prozent).<<

28.03.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. März 2023 (x1.275/...): >>>Was hindert die Aufarbeitung der Corona-Politik?

Der langjährige Richter Dr. Manfred Kölsch weist nachfolgend schonungslos auf die Hindernisse für die dringende Aufarbeitung der verheerenden Corona-Politik hin. Das Bestreben der politisch Mächtigen, sich weiter der Vorzüge zu bedienen, die die Pandemie ihnen eröffnet habe, und das Interesse der wirtschaftlichen Profiteure an der Aufrechterhaltung ihres Geschäftsmodells seien neben Furcht vor Aufdeckung von Unfähigkeit und Fehlverhalten die Motive, die eine offene Aufarbeitung verhindern.

Da die Funktionselite eine offene Debatte kaum überstehen würde, erkläre sie ungestraft Kritiker zu antidemokratischen Systemfeinden, die außerhalb des Diskurses stehen. - Wir danken Herrn Kölsch herzlich für die Erlaubnis zur Veröffentlichung. (hl)

Von Dr. *Manfred Kölsch*

Hat nun die Phase der Aufarbeitung der Corona-Politik der letzten Jahre begonnen? Ist nicht ein allgemeines Aufatmen zu spüren nach dem Wegfall fast aller Grundrechtseinschränkungen? Wir haben viel zu verzeihen, hört man von Jens Spahn. Karl Lauterbach nennt das Verhalten der Kliniken bei der Anschaffung von neuen Intensivbetten und dem Verhalten bei der Geltendmachung der sog. Freihaltepauschale Betrug.

Hardliner der Lockdown-Politik wie Karl Lauterbach, Jens Spahn, Lothar Wieler und Christian Drosten sind nun der Auffassung, Schulschließungen seien unnötig gewesen. Selbst den Ethikrat haben Bedenken erreicht: Besonders Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

seien Gesellschaft und Politik vieles schuldig geblieben, beklagt nebulös die Vorsitzende Prof. Alena Buyx.

Die Skepsis bleibt dennoch. Es wird vermieden, die Aushebelung einer freien, egalitären und solidarischen Bürgergesellschaft durch Grenzsicherungen, Lockdowns, Demonstrationsverbote, Eltern-Entrechtung, indirekte oder partiell direkte Impfpflichten und Verfolgung von Maßnahmenkritikern als Irrweg zu benennen. Die Rechtsverletzungen bei der Zulassung der Covid-Impfstoffe werden aus der Diskussion herausgelassen. Die Frage, wie es möglich war, daß dies alles bei Medien, "Experten" und Bevölkerung nicht auf nennenswerte Opposition gestoßen ist, wird umgangen.

Denn wäre nicht, wollte man "viel verzeihen", anzuerkennen, daß die Impfskeptiker zu idealen Sündenböcken auserkoren worden sind? Dazu haben maßlose Entgleisungen unseres politischen Personals geführt:

"Gibt es eine moralische Pflicht, sich impfen zu lassen? Ja!" (Vorsitzende des Ethikrates Prof. Alena Buyx)

"Die Polizei soll 2G-Kontaktbeschränkungen auch zu Hause überprüfen." (Janosch Dahmen, Gesundheitspolitischer Sprecher der Grünen)

"Diejenigen, die sich nicht impfen lassen, setzen ihre eigene Gesundheit aufs Spiel und sie gefährden uns alle." (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier)

"Wahrscheinlich wird am Ende dieses Winters jeder geimpft, genesen oder gestorben sein." (Jens Spahn, am 22.11.2021, damals Gesundheitsminister)

"Kinder sind zur Zeit gemeingefährlich. Was Ratten in der Zeit der Pest waren, sind Kinder zur Zeit für Covid-19 - Wirtstiere!" (Jan Böhmermann im ZDF).

Die Liste ließe sich beliebig verlängern.

So wurde Zwietracht zwischen den Menschen gesät. Unabhängig von dem Pandemiegeschehen sollten alle, die nein zu sagen in der Lage sind, dem Haß der Mitbürger ausgeliefert werden.

Die fehlende Wirksamkeit der Impfungen ist nicht Gegenstand der Diskussion. Die umfangreichen Haftungsbefreiungen der Hersteller für Folgen aus den unzureichend geprüften Impfstoffen sind ein Tabuthema. Weshalb die Entschädigung von Impfschäden auf massive Hürden bei den Gerichten trifft, wäre zu untersuchen.

Denn haben Sie schon einmal eine Entschuldigung gehört für die maßlosen Diffamierungen der Menschen, die sich nicht impfen lassen wollten? Obwohl man weiß und von Anfang an wissen konnte, daß die Impfungen weder den Geimpften vor einer Ansteckung schützen, noch der Geimpfte als Ansteckungsherd für andere ausscheidet. Obwohl man weiß und hätte wissen können, daß die Risiken psychischen und physischen Leids als Folge der Impfungen in keinem vertretbaren Verhältnis zu deren (nicht vorhandenen) Vorteilen stehen.

Schulschließungen werden nun zwar als unnötig bezeichnet, mit den Folgen - Einsamkeit, Depressionen von Kindern bis hin zum Suizid, Übergewicht mangels Bewegung bis hin zu Diabetes, nicht nachholbare Lerndefizite, die bei vorher bereits Benachteiligten die Benachteiligung noch vergrößert haben - werden Kinder und Eltern allein gelassen.

Zweifel an einer wirklichen Aufarbeitung bestehen auch deshalb, weil die Beschwichtigter immer behaupten, sie hätten ihr Bestes gegeben, es jedoch nicht besser wissen können. Dabei wird geflissentlich "übersehen", daß das politische Personal diese angebliche Unwissenheit zu Beginn der Pandemie selbst verschuldet hat.

Eine Entschuldigung für Datenmangel gibt es nicht. Die "Unwissenheit" rührte zum Teil daher, daß einseitig interessengerichtet "Experten" als Berater ausgewählt worden sind. Aber auch Untätigkeit trug dazu bei. Schon 2001 hatte das RKI darauf hingewiesen, daß die Wirksamkeit der für einen Pandemiefall im IfSG vorgesehenen, nicht-pharmazeutischen Interventionen (sog. NPI, etwa Maskenpflicht, Lockdowns, Schulschließungen etc.) völlig unerforscht

sein, so auch der Bericht des Sachverständigenausschusses nach § 5 Abs. 9 IfSG (S. 36). Trotz ausdrücklicher Mahnung, deren Effektivität vor dem Eintritt einer Pandemie zu klären, geschah nichts. Das mit der Folge, daß sämtliche NPI - vorwerfbar - im "Blindflug" erfolgten. Die politische "Funktionselite" vermeidet es, sich Fragen zu stellen wie:

Gab es eine Pandemie?
Was ist zu der Qualität der PCR-Tests zu sagen?
Wie ist das "Steuern" der Maßnahmen nach Inzidenzzahlen zu beurteilen?
Gab es jemals eine Überlastung der Intensivstationen?
Gab es Gesetzesverstöße bei der Zulassung der Covid-Impfstoffe?
Wer ist überhaupt an Corona gestorben?
Wie ist die Wirkung der Impfstoffe auf das Immunsystem zu beurteilen?
Wer ist wegen der Impfung gestorben oder hat bleibende oder vorübergehende gesundheitliche Schäden davongetragen?
Eine unvoreingenommene, faktenorientierte Aufarbeitung findet nicht statt. Verständnis für diese Verweigerungshaltung sollen die nachfolgenden Ausführungen fördern.

II.

1. Die rational begründete verfassungsrechtliche Argumentation, wie sie bereits vielfach brillant dargelegt worden ist, prallt an einer "darunterliegenden" Ebene mehr oder weniger wirkungslos ab. Aus dieser Ebene speist sich der massive Widerstand gegen eine Aufarbeitung. Eine unvoreingenommene Aufklärung ist nicht gewollt, weil dann die Art und Weise und der Umfang der Vorteilserlangung durch Profiteure bekannt würde.

Die bereits verwirklichten wirtschaftlichen Vorteile müssen gesichert bleiben. Voraussetzungen zu schaffen, um eventuelle Rückzahlungsansprüche begründen zu können, soll vermieden werden. Zukünftige wirtschaftliche Gewinnchancen müssen gewahrt bleiben.

Die von dem politischen Personal dazu zumindest aus Unachtsamkeit und Inkompetenz geleistete "Hilfestellung" soll nicht aktenkundig werden. Ein befürchteter Ansehensverlust muß verhindert werden. Die Mächtigen wollen sich weiter der ungeahnten Vorzüge bedienen, die ihnen die Pandemie liefert. Wie stark ausgeprägt dieser Wille zum Machterhalt ist, lassen die in den vergangenen Jahren dazu bereits eingesetzten Mittel erkennen.

Die Durchseuchung der Gesellschaft mit "beharrenden" Profiteuren darf nicht unterschätzt werden. Das politische Personal hat sich als Profiteur nicht gescheut, durch maßlose Panikmache zu verbreiten, die ergriffenen Maßnahmen seien alternativlos. Diese seien ergriffen worden ausschließlich im Interesse der Bürger, obwohl damit ohne hinreichende Kontrolle wirtschaftliche Partikularinteressen bedient worden sind. Die nachfolgend nur exemplarisch vorgestellten Beispiele decken eine Art Raubzug durch die von den Steuerzahlern gespeisten Staatsfinanzen.

2. FFP2-Masken sollten nach dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz vom 18.11.2020 für besonders vulnerable Personen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Ohne schlüssige Begründung, so der Bundesrechnungshof (BRH) in seinem Bericht gemäß § 88 Abs. 2 Bundeshaushaltsordnung vom 09.06.2021, legte das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) - mit tatkräftiger "Unterstützung" von Vertretern des Deutschen Apothekerverbands - am 27.11.2020 den Preis auf 6 € pro Maske fest. Nicht schlüssig deshalb, stellt der BRH fest, weil die Preise, mit denen die Apotheken in der Zeit von Ende November 2020 bis Ende Februar 2021 die Masken einkaufen konnten, von 1,62 € auf 0,40 € gefallen waren. Im Februar 2021 haben die Apotheken die Preise auf 3,90 € gesenkt.

In dem vom BRH abgedeckten Berichtszeitraum (bis 09.06.2021) haben die Apotheken 290 Millionen Masken abgerechnet. Legt man die Einkaufspreise zuzüglich eines marktüblichen Kosten- und Gewinnaufschlags zugrunde, sind 2 € zu Lasten des Steuerzahlers konservativ gerechnet. Bei 290 Millionen abgerechneten Masken ergibt dies eine Lücke von 580 Millio-

nen Euro zu Lasten des Staatshaushalts.

Daß diese Steuermittel sinnfrei (gleiches gilt für chirurgische und FFP2-Masken) vergeudet worden sind, wird durch die von der Cochrane-Gesellschaft am 30.01.2023 veröffentlichte Meta-Studie bestätigt, eine Gesellschaft, deren Ruf in der evidenzbasierten Medizin nicht in Frage gestellt wird. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, daß das Tragen von Masken epidemiologisch gesehen keinen oder allenfalls einen unbedeutenden Effekt hinsichtlich der Ausbreitung der COVID-19-Erkrankung hat.

Dazu schon ausführlich: Wagner et al., Körperverletzung durch Masken? ...

Nach dem Bericht des BRH wäre ohne tatkräftige Hilfe des BMG dieser Gewinnschub für die Apotheken nicht möglich gewesen. Durch Verbreitung von Angst wurden Kaufanreize für Masken gesetzt und dadurch zugleich Umsatz und Gewinn in die Kassen der Apotheken gespült.

Es gab keinerlei sachgerechte Kontrolle der Mittelverwendung oder Preisüberwachung. Man war sich nicht einmal im Klaren darüber, wer zu den im Gesetz genannten "vulnerablen Personen" gezählt werden sollte.

Deshalb schwankte die Zahl der Anspruchsberechtigten zwischen 27,4 und 35,5 Millionen. Ohne Prüfung preiswerterer alternativer Vertriebswege gelang es der Lobby der Apotheker, die Verteilung der Masken über die Apotheken durchzusetzen.

3. a) Zu den Corona-Antigenschnelltests gab der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Andreas Gassen zu Protokoll: Allein für "sinnfreie Bürgerschnelltests" sei viel Geld verschwendet worden. "Die unsinnigen Corona-Bürgertests sind viel zu teuer, der bürokratische Aufwand ist riesig, und die epidemiologische Aussagekraft ist null."

Insgesamt hat der Bund laut Bundesamt für Soziale Sicherung bis April 2022 für die Tests, deren "Aussagekraft null ist", bereits mehr als 12,2 Milliarden Euro ausgegeben. Bezahlt wurden die Tests aus dem Bundeshaushalt mit zunächst 18 € je Test. Niemand überprüfte, ob die Testzentren echte oder gefälschte Rechnungen einreichten. Der Leiter des Kommissariats für Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen in Berlin wörtlich: "Es gab neben fehlenden Kontrollmöglichkeiten kaum Auflagen durch die Zulassungsbehörden bei der Eröffnung von Testzentren, die geeignet gewesen wären, Betrugsversuche zu vereiteln."

Bundesweit wurden bis April 2022 in ca. 650 Fällen strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlichen Abrechnungsbetrugs mit Corona-Tests eingeleitet. Eine Milliarde Euro sind an Betrüger gezahlt worden, meldet "Der Spiegel".

In Bezug auf die in Berlin anhängigen ca. 360 strafrechtlichen Ermittlungsverfahren geht der Leiter des dortigen Kommissariats für Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen von einer hohen Dunkelziffer aus.

Die Steuerzahlermilliarden werden mangels Kontrolle und deshalb fehlender Nachprüfbarkeit im Wesentlichen verloren sein. Was dadurch belegt wird, daß die Rückzahlungen durch die zuständigen 17 Kassenärztlichen Vereinigungen bis Mitte April 2022 nur bei 3,64 Millionen Euro lagen.

b) Auswertungen von PCR-Tests werden, falls von niedergelassenen Ärzten vorgenommen, den Laboren über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), jene in Testzentren und im öffentlichen Gesundheitsdienst ausgeführten jedoch durch den Bund vergütet.

Wie eine Untersuchung von WDR, NDR und Süddeutscher Zeitung ergeben hat, haben die Laborärzte 6 Milliarden Euro für die Auswertung der PCR-Tests abgerechnet.

In dem unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden sog. Bewertungsausschuß (ein Gremium der Selbstverwaltung, hier eventuell auch der Selbstbedienung) wurde der Preis je Testauswertung auf 59 € festgelegt. Dieser Preis ist weitüberhöht, vergleicht man ihn mit den 19,90 €, der für die Auswertung von Grippeproben offensichtlich auskömmlich ist.

Die Preise für Testauswertungen wurden zwischenzeitlich von den Kassen auf 39,40 € herab-

gesetzt; der Bund zahlte weiter 50,50 €. Dann senkten die Kassen den Preis auf 35 € (der Bund zahlte noch 43,56 €) und letztlich ab Juli 2022 auf 27,30 € (der Bund zahlte 32,39 €). Jetzt, wo keine (oder kaum noch) Testauswertungen anfallen, hält auch die KBV einen Preis von 20 € für angemessen.

Die mit ausreichender Kapazität ausgestatteten weiteren Anbieter hätten die Untersuchung für 10 €, einschließlich Auswertung, durchgeführt. Die Firma Biozo bot zertifizierte Tests für 3 € und die Firma Euroimmun solche für 6 € an. Obwohl das BGM den Preis bestimmen konnte, wurde von dort an diesen wesentlich günstigeren Angeboten keinerlei Interesse gezeigt.

Es ist nicht Gegenstand dieser Abhandlung, zur Beweiskraft von PCR-Tests umfangreiche Ausführungen zu machen, jedoch soll das irrationale und verfassungswidrige Hantieren mit den sich aus den Laborergebnissen ergebenden Inzidenzzahlen benannt werden. Anerkanntermaßen sind zahlreiche Ergebnisse falsch positiv. Die durch die Massentests hochgetriebenen sog. Inzidenzzahlen gaben den Maßstab dafür ab, ob Menschen ihre Verwandten im Altenheim besuchen konnten oder diese einsam sterben lassen mußten, ob Veranstaltungen stattfinden durften oder Schulunterricht ausfiel.

Schamlos wurden die Bürger - verstärkt durch die allabendlichen Wasserstandsmeldungen im Fernsehen - in dem Irrglauben gelassen, die positiv Getesteten seien auch krank. Damit der "Eifer" an diesem Testwesen ohne Erkenntnisgewinn durch die niedergelassenen Ärzte nicht nachließ, bewilligte ihnen das BMG für die Probenentnahme, über die übliche Vergütung hinaus, zusätzlich 8 € je Abstrich.

4. a) Der BRH hat in seinem Bericht vom 09.06.2021 vorgerechnet, daß gemäß § 21 Abs. 5 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) bundesweit an die Kliniken 681,1 Millionen Euro ausgeschüttet worden seien im Zusammenhang mit Intensivbetten. Da für jedes neu geschaffene Intensivbett mit maschineller Beatmungsmöglichkeit gezahlt worden ist, reichte die Summe von 681,1 Millionen Euro für 13.722 neue Betten der vorgenannten Art aus, wie der BRH ausführt. Welche Klinik wann aus welchem Grund Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit angeschafft hat, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Der BRH stellt fest, daß aus Statistiken, Datensammlungen und dem Register der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin e. V. (DIVI-Intensivregister) weder die Zahl der angeschafften 13.722 Intensivbetten, noch die Voraussetzungen für die horrenden Freihaltepauschalen nachvollziehbar herauszulesen sind. Der BRH wirft den politisch Verantwortlichen vor, vor Auszahlung dieser Fördermittel nicht den Gegenstand der Förderung genau festgelegt zu haben.

Die zwingende Kontrolle und Steuerung der Mittelverwendung und die Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahme seien nachher durch das BMG vereitelt worden. Eine Rückzahlung eventuell zu Unrecht ausgezahlter Gelder ist vom BMG nicht einmal angedacht worden. Das ist verständlich, hat doch das BMG zu Lasten des Steuerzahlers selbst Beweisvereitelung betrieben. Angesichts der selbst verschuldeten Beweisnot wären die Erfolgsaussichten eines auf Rückzahlung unbegründeter Zahlungen gerichteten Rechtsstreits wohl aussichtslos.

b) Mit dem Inkrafttreten des neuen KHG am 19.11.2020 mit seinem § 21 Abs. 1, 1a wurde die Finanzierung umgestellt. Jetzt wurde nicht mehr für die Schaffung, sondern für die Abschaffung von Intensivbetten mit maschineller Beatmungsmöglichkeit gezahlt. Es ist statistisch nachweisbar, daß sich in zeitlichem Zusammenhang mit dem 19.11.2020 in zahlreichen Kliniken in Deutschland plötzlich die Zahl der vorhandenen Intensivbetten markant verringerte. Ob diejenigen "abhanden" kamen, die vorher gegen eine Zahlung von 50.000 € angeschafft worden waren, müßte überprüft werden.

Der wirtschaftliche Sinn dieser herdenartig eingetretenen Bewegung war, daß der Anspruch auf die sog. Freihaltepauschale nur begründet sein sollte, wenn 75 % der vorhandenen Intensivbetten über 7 Tage hinweg mit Patienten belegt waren. Bei 100 Betten benötigte man dazu

75 Patienten. Bei 200 Betten waren dazu schon 150 Patienten erforderlich.

Um die den Anspruch auslösende 75 %ige Belegung schneller zu erreichen, war es nachvollziehbar, die Bettenzahl zu reduzieren. Die restlichen 25 % waren für Corona-Patienten freizuhalten. Die durch die gesetzliche Pflicht zur Freihaltung eintretenden Einnahmeausfälle wegen Absagen der Kliniken von bereits geplanten Aufnahmen, Operationen und Eingriffen sollten durch diese Freihaltepauschale kompensiert werden.

Die Offenlegung der Ausgleichszahlungen an alle deutschen Kliniken würde eine unvorstellbare Summe zutage bringen. Nur für einzelne Kliniken sind die Zahlungen bekannt. So sind über diese Förderschiene 12 Millionen Euro an eine Klinik, 8 Millionen Euro an eine weitere oder an eine dritte 30.790.000 € gezahlt worden.

Eine Untersuchung bei allen Kliniken, die zeitlich um den 19.11.2020 herum einen markanten Bettenschwund aufwiesen, steht aus. Dazu sah der Bundesminister für Gesundheit, Herr Lauterbach, bisher auch keine Veranlassung, obwohl er, bei Bild-TV auf den Tatbestand angesprochen, antwortete, das sei in seinen Augen Betrug und kein Zufall. Alles müsse intensiv aufgeklärt werden.

Trotz dieser Reduzierung der Intensivbetten wurde der Bevölkerung von dem Bundesgesundheitsminister und dem RKI im Rahmen ihrer Angststrategie weiter vorgemacht, die Intensivstationen seien überlastet.

Es gab in diesem Zusammenhang keinerlei effektive Kontrolle der zuständigen geldgebenden staatlichen Akteure über die von den Krankenhäusern wöchentlich geplanten Aufnahmen und Operationen, die wegen des gesetzlichen Zwangs zur Freihaltung von 25 % der Betten von den Kliniken abgesagt werden mußten. Es steht fest, daß es Absagen von Seiten der Kliniken kaum gab.

Diese weitere wesentliche Voraussetzung für die Zahlung von Freihaltepauschalen war damit nicht erfüllt. Entscheidend für die Vermeidung von Krankenhausaufenthalten war nämlich das Inanspruchnahmeverhalten der Patienten. Diese wollten von sich aus erst gar keine Behandlung im Krankenhaus, so Reinhard Busse, Professor für Management im Gesundheitswesen an der TU Berlin.

5. Nicht nur wegen des Berichts des BRH liegt es nahe, anzunehmen, daß es zwischen den politisch Verantwortlichen einerseits und den Klinikverwaltungen bzw. dem Apothekerverband andererseits ein reibungsloses Zusammenwirken gegeben hat. Das für die Ausgaben der Steuermittel verantwortliche politische Personal ist bisher den ihm obliegenden Beweis schuldig geblieben dafür, daß das Hand-in-Hand-Arbeiten und die enorme Höhe der verwendeten Steuermittel überhaupt dazu gedient haben, die Gesundheit der Bürger optimal vor "pandemischen" Folgen eines Virus zu schützen.

6. Ein sprechendes Beispiel dafür, daß unter der Vortäuschung, es ginge fürsorglich zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung um deren Versorgung mit Impfstoffen, obwohl tatsächlich nur die wirtschaftlichen Partikularinteressen der Impfstoffhersteller bedient wurden, ist der Beschluß über das Zustandekommen und die Verlängerung der "Verordnung zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Produkten des medizinischen Bedarfs bei der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Epidemie" (MedBVSV).

Hierbei handelt es sich nicht um irgendeine der sich jagenden Corona-Schutz-Verordnungen der Länder. Vielmehr wird mit dieser Verordnung des BMG in verfassungswidriger Weise die Außerkraftsetzung von für die Arzneimittelsicherheit unabdingbaren Vorschriften des Arzneimittelgesetzes (AMG) verordnet.

Bezweckt war damit, es den Impfstoffherstellern ohne jedes Haftungsrisiko zu ermöglichen, weiter Corona-Impfstoffe zu produzieren und in den Verkehr bringen zu können. Den zahlreichen von den Impfstoffen gesundheitlich Geschädigten wurde die in § 84 AMG normierte Anspruchsgrundlage für Schadensersatz für erlittene Impfschäden nach den unkomplizierteren

rechtlichen Gesichtspunkten der Gefährdungshaftung aus der Hand geschlagen.

Die Exekutive hat die Mitglieder des Bundestages überrumpelt. Nur einen Tag vor der am 08.09.2022 erfolgten Abstimmung wurde den Abgeordneten für die Weitergeltung der MedBVSV eine 40 Seiten starke Begründung des Gesundheitsausschusses zugeleitet. An diesem Tag wurde abgestimmt über zahlreiche weitere Gesetzesvorhaben. Nur eine, aus zeitlichen Gründen gar nicht mögliche, gewissenhafte Vorbereitung auf die Abstimmung hätte den auf S. 12 der 40 Seiten starken Ausschluß-Begründung "verpackten" vorstehend benannten Zweck entdecken können.

Für die Versorgung der Bevölkerung mit Impfstoffen war die MedBVSV nicht erforderlich, da eine Impfstoffschwemme bestand. 2021 wurden über 100 Millionen Impfstoffdosen "gespendet" oder an den weltweiten Verteilungsmechanismus COVAX abgegeben. Wie viele Impfstoffdosen wegen Ablaufs des Haltbarkeitsdatums bis zum 08.09.2021 vernichtet worden sind, ist nicht bekannt. Die Zahl der nicht verimpften Dosen hat sich wegen der nachlassenden Impfbereitschaft in 2022 weiter erhöht.

Da Abnahmeverpflichtungen gegenüber den Impfstoffherstellern noch bis 2023 bestehen und die Bundesregierung beschlossen hat, sich gegenüber den Herstellern bis 2029 zu weiterer Abnahme von Impfstoffdosen zu verpflichten, hat die Verschwendung von Steuergeldern noch nicht ihr Ende gefunden. Wegen Einzelheiten wird verwiesen auf die Veröffentlichung bei KRiStA: Schadensersatz für Corona-Impfschäden (1. Teil).

7. Profiteure der betriebenen Corona-Politik sind auch die Diagnostikmaterial herstellenden Firmen und deren Aktionäre.

Bei Siemens Healthineers ging zum Bedauern der Aktionäre der Umsatz von Schnelltests von 329 Millionen Euro im Vorjahresquartal in der Zeit von Oktober bis Dezember 2022 auf 63 Millionen Euro zurück. Das Unternehmen Sartorius profitierte von einer hohen Nachfrage nach seinen Produkten, die für die Herstellung von Corona-Impfstoffen und -Medikamenten eingesetzt werden.

In den Jahren 2019 bis 2022 betrug deshalb das jährliche Umsatzwachstum 32 Prozent. Bei dem Schweizer Diagnostikkonzern Roche ist allein im 1. Quartal 2021 der Umsatz an Corona-Antigen-Selbsttests und PCR-Tests auf 4,3 Milliarden Franken angestiegen.

Deutschland hat dort im Januar 2021 für 400 Millionen Euro sog. Antikörper-Cocktails gekauft. Der Umsatz und Gewinnanstieg bei BioNTech, ansässig in Mainz "An der Goldgrube", wird offenkundig durch die Gewerbesteuerzahlungen an die Stadt Mainz. Durch diese Zahlungen wurden die Schulden der Stadt Mainz von mehr als einer Milliarde Euro ausgeglichen und gleichzeitig durch ein millionengefülltes Konto der Stadt ersetzt.

8. Ein Rechercheteam hat für den Deutschlandfunk Kultur ca. 20 mit der Verteilung der Milliarden betraute Corona-Hilfen-Programme ausgewertet und stellt fest: Mehr als 100 Millionen Euro sind der "bildenden" Kunst zugute gekommen, davon 30 % kommerziellen Galerien und Kunstmessen. Dies, obwohl die Galerien durch den Aufbau von Online-Präsenzen keine Einnahmeeinbußen zu verzeichnen hatten. Händler mit Millionenumsatz erhielten teils mehrfach Fördergelder.

Bis zu 70.000 € konnten ohne jede Bedarfsprüfung überwiesen werden, so daß die Mittel auch zweckentfremdet für die Anschaffung von Computern oder die Instandsetzung sanitärer Einrichtungen verwendet wurden. Den größten Verlust hatten die selbständigen Künstler zu verkraften. Diese wurden jedoch von "Neustart Kultur" im Wesentlichen nach Exzellenz und nicht nach Bedürftigkeit gestützt.

Eine Aufarbeitung ist nicht zu erwarten, findet doch Monika Grütters, bis 2021 Staatsministerin für Kultur und Medien, die Förderung nach dem Gießkannenprinzip "nicht unfair". Eine Prüfung des Bedarfs sei "in der Akutsituation nicht möglich gewesen".

III.

Die Gesellschaft ist, wie die Beispiele exemplarisch ergeben, mit Profiteuren durchseucht.

Die Gier der zur Zeit politisch Mächtigen, sich weiter der ungeahnten Vorzüge zu bedienen, die die Pandemie ihnen eröffnet hat, und das Interesse der wirtschaftlichen Profiteure an der Aufrechterhaltung ihres Geschäftsmodells, sind neben Furcht vor Aufdeckung von Unfähigkeit und Fehlverhalten die Motive, die eine offene und faktenbasierte Aufarbeitung verhindern wollen.

Da die Funktionselite eine offene Debatte kaum überstehen würde, erklärt sie ungestraft Kritiker zum "antidemokratischen Mob"; als Systemfeinde stehen diese außerhalb des Diskurses. "Helfer" dieser Funktionselite sind das große Heer derjenigen, die der Verführung unterliegen, Eigenverantwortung abzugeben und gleichzeitig Gehorsam nach oben und Ressentiments nach unten zu praktizieren.

Sie sind zusätzlich dem Konformitätsdruck der Medien ausgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat, statt die Exekutive und Legislative kritisch zu kontrollieren, nur das politisch Gewünschte abgebildet. Die Instanzengerichte haben sich in großem Umfang diese Haltung des Bundesverfassungsgerichts zum Vorbild gemacht.

Obwohl die Vorstellung, nunmehr sei Corona vorbei, es sei alles wie früher, weit verbreitet ist, besteht das hochgefährliche Interessengeflecht weiter. Um daraus im Interesse der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit ausbrechen zu können, ist dafür zu sorgen, daß die Verletzung von Grundrechten als Rechtsbruch dasteht und nicht als Rettungstat erscheinen kann.

Was immer noch als zwingend notwendige Maßnahmen verkauft wird, muß beharrlich und sachlich von den vielfältigen Aspekten aus als weitgehend nutzlos und sogar schädlich immer wieder, z.B. an den neuesten medizinischen Erkenntnissen ausgerichtet, offengelegt werden. Es darf kein Dauerzustand werden, dass, wie im Leviathan von Thomas Hobbes, der allmächtige Staat die Menschen vor den Freiheiten, die sie an ihn abgetreten haben, "schützt".

Grundrechte sind dem Bürger nicht nur bei von der Funktionselite bestimmtem Wohlverhalten zuzuteilen. Grundrechte stehen dem Bürger per se zu, und zwar konzipiert als Abwehrrechte gegen einen eventuell übergriffigen Staat.<<

29.03.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. März 2023: >>25

Euro GEZ-Gebühr? Jetzt reicht's!

Von *Sven Eggers*

ARD und ZDF produzieren Skandal auf Skandal - und wollen uns dennoch immer mehr Geld abpressen. Wie können wir uns wehren? ...

Um eigene Streaming-Dienste auszubauen, wollen die Öffentlich-Rechtlichen noch mehr Geld von uns. Dabei kassieren die Lügenmedien ja bereits Mondsummen über die Zwangsabgabe ab. Wie aus den entsprechenden Haushaltsplänen hervorgeht, beträgt der Gesamtetat von ARD, ZDF und Deutschlandradio jetzt erstmals über 10 Milliarden Euro. Den Hals aber bekommen sie nicht voll. Bald schon sollen wir statt 18,36 Euro satte 25 Euro bezahlen. ARD-Oberboß Kai Gniffke hat diese Planspiele zuletzt bestätigt.

Zwar können ARD und ZDF den Rundfunkbeitrag nicht selbstständig erhöhen, doch die dafür zuständige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) nickt erfahrungsgemäß zuverlässig alles ab.

Raffgier statt Demut

Wer gedacht hatte, die Staatsmedien würden nach jüngsten Skandalen etwas demütiger agieren, sieht sich jetzt schon widerlegt. Gerade erst war aufgefliegen, in welchem Ausmaß GEZ-Journalisten geschmiert werden, um Gefälligkeitsjournalismus zu betreiben.

Eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hatte es an den Tag gebracht: Die Bundesregierung mußte in der Antwort 200 Fälle seit 2018 einräumen, in denen Journalisten direkt

für Bundesministerien gearbeitet und dafür fette Honorare abgegriffen haben. Etwa 1,5 Millionen unserer Steuergelder sind dafür draufgegangen.

Ausgewogen, objektiv, überparteilich. So sollten öffentlich-rechtliche Medien berichten. Das ist im Rundfunkstaatsvertrag ausdrücklich geregelt. Und tatsächlich ist eine unabhängige Presse Markenkern einer funktionierenden Demokratie. Wann aber waren wir jemals weiter von diesem Idealbild entfernt?

"Die Aufgaben guter Journalisten bestehen darin, aufzudecken, zu recherchieren und zu kontrollieren. Politiker müßten gute Journalisten fürchten und sich schon deswegen besonders bemühen, bloß keine Angriffsfläche zu bieten. So entstünde eine Kontrollfunktion, von der die Gesellschaft insgesamt profitierte."

Heute aber bilden herrschende Volksvertreter und etablierte Medienschaffende eine Mischpoke. Sie versorgen sich gegenseitig mit Informationen, sie starten gemeinsame Kampagnen, sie finanzieren sich, sie schieben sich Posten und Einfluß zu.

Der traute Kreis

Noch ein Beispiel: Seit Jahren laden Kanzleramt und Ministerium Journalisten regelmäßig zu "Hintergrundgesprächen" ein. Hier, im trauten Kreis, streuen Politiker exklusive Infos und verschaffen den geladenen Reportern somit Wissensvorsprünge. Diese Zirkel schweißen natürlich zusammen und sorgen für Nähe und Kumpanei.

Ein zu solchen Runden geladener Redakteur wird sich hüten, kritisch über die hohe Politik zu berichten. Man will ja schließlich wieder eingeladen werden. So entsteht ein Teufelskreis verhängnisvoller Abhängigkeiten. Journalisten mutieren zu Pressesprechern der Politiker.

Geheime Vorab-Infos

Soeben erst hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angekündigt, es künftig zu unterlassen, ausgewählte Journalisten heimlich vorab Zugang zu Urteils-Infos zu verschaffen. Die bisherige Praxis war von mehreren Klagen bedroht. Sie sei rechtswidrig und stelle einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in das Recht auf Gleichbehandlung im publizistischen Wettbewerb, so die Gegenargumente.

Jetzt gibt das Bundesverfassungsgericht nach und kündigt leicht verschwurbelt an, auf diese schräge Praxis künftig zu verzichten:

"Im Hinblick auf die in den vergangenen Jahren eingetretenen Veränderungen des Umfelds überdenkt das Bundesverfassungsgericht gegenwärtig seine gesamten Kommunikationsstrukturen und -abläufe."

Das Vorgehen des Gerichts, bestimmte GEZ-Journalisten auf diese Weise zu bevorzugen, war ganz und gar intransparent erfolgt und war im Jahre 2020 ans Licht gekommen.

Immer bei den Mächtigen

Zugegeben: Die deutsche Presse hing auch in früheren Jahren jeweiligen Machthabern am Rockzipfel. Bis zum November 1918 war die schreibende Zunft betont kaisertreu, bis 1933 dann republikanisch, bis Mai 1945 stramm nationalsozialistisch. Auch Honecker und die SED konnten sich bis zum Fall der Mauer auf Sudel-Ede und Genossen verlassen.

Heute aber stecken noch mehr Geld, mehr Technik, mehr Perfidität, mehr Personal und auch mehr Bösigkeit im Antriebsmotor von Funk und Fernsehen. Medienschaffende überwachen Herrschende nicht, sie begleiten sie nicht, sondern sie schützen sie verbissen. Wer nicht spurt, wird ausgegrenzt, geächtet, entmachtet, bekämpft - je nach Hartnäckigkeit der Verdachtsperson.

Wie zu Angestellten ...

Vor einigen Jahren schon hatte Kolumnist und Verleger Jakob Augstein in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung beklagt, daß Journalisten und Politiker nicht mehr als Gegner, sondern vielmehr als Partner daherkämen. In Gesprächsrunden hätte beispielsweise Angela Merkel während ihrer Kanzlerschaft zu Reportern gesprochen "wie zu Mitarbeitern einer Abtei-

lung im Kanzleramt".

Augstein legte den Finger seinerzeit in die Wunde: "Und wenn man es sich recht überlegt, kommt man zu dem Schluß: Ja, so sehen sich mehr und mehr Journalisten auch selbst. Und wenn das so weitergeht, dann braucht man in der Tat keine Journalisten mehr. Dann tun Pressesprecher es auch." Augsteins Fazit: "Wenn Journalisten ihre Unabhängigkeit verlieren, werden sie zu Dienern. Zu Staatsdienern. Solche Journalisten braucht kein Mensch." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. März 2023: >>>**Die Afrika-Lüge: Woher wir wirklich stammen**

Von *Daniell Pföhringer*

Trotz erdrückender gegenteiliger Faktenlage halten zahlreiche Wissenschaftler noch immer an der These, daß alle Menschen einen gemeinsamen afrikanischen Ursprung hätten, verbissen fest. Das hat ideologische Gründe. Die Wahrheit über unseren Ursprung lesen Sie in dem an wissenschaftlichen Fakten orientierten Werk "Die Entschlüsselung der Indogermanen-Frage", über das Sie hier mehr erfahren.

Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse stützen die Hypothese Weidenreichs, Wolpoffs und anderer Wissenschaftler, wonach der afrikanische, asiatische und europäische Typus des Homo sapiens sich auf allen drei Kontinenten weitgehend unabhängig voneinander aus dem Homo erectus entwickelt habe. Die Vertreter der Out-of-Africa-Theorie, die besagt, daß alle Menschen einen gemeinsamen afrikanischen Ursprung haben, halten jedoch weiter in ideologischer Verbissenheit an ihrem Konstrukt fest.

Dabei berichtete sogar die Zeitschrift Bild der Wissenschaft unter der Überschrift "Die Spur führt nach Osten" über die Untersuchung eines etwa 45.000 Jahre alten, in Ust'-Ishim (West-sibirien) entdeckten Oberschenkelknochens, der nun als das älteste Relikt des modernen Menschen außerhalb Afrikas und des Nahen Ostens gilt und dessen Erbgut, so Autor Thorwald Ewe, die Out-of-Africa-Theorie vollständig entkräften könne.

Ewe schreibt: "In ungezählten Publikationen haben Wissenschaftler und Journalisten in den vergangenen 30 Jahren dicke Pfeile eines großen Exodus auf Landkarten gezogen: 'Out of Africa'. Anatomisch moderne Menschen seien im Zeitfenster vor 70.000 bis 50.000 Jahren aus Ostafrika ausgewandert. Die erste Welle erreichte via Indien und Hinterindien vor etwa 47.000 Jahren Australien und Neuguinea. Zu diesem Zeitpunkt entstand eine zweite Wanderungswelle aus der nahöstlichen Levante nach Norden in Richtung Europa über Anatolien, den Balkan, die Mittelmeerküste und das Donautal."

Herausgefunden wurde dies ausgerechnet am Max-Planck-Institut für Evolutionäre Anthropologie in Leipzig, dessen Direktor Svante Pääbo lange zu den überzeugtesten Vertretern der Afrika-Theorie zählte.

In Bild der Wissenschaft heißt es zu dem Fund:

"Der Querschnitt des Knochens zeigt: Es war ein früher anatomisch moderner Mensch, der vor 45.000 Jahren am Irtysh-Ufer den Tod fand. Also war er weder ein Neandertaler noch ein Denisovaner - archaische Formen des Homo sapiens, die zu jener Zeit ebenfalls durch Asien streiften. Der Vergleich seiner DNA mit dem Erbgut von 922 Menschen aus 53 Volksgruppen ergab: Sein Genom hat mehr Gemeinsamkeiten mit Nicht-Afrikanern als mit Menschen südlich der Sahara. Er ist einer der frühesten Eurasier außerhalb des Nahen Ostens."

Da der Mann aus Ust'-Ishim zu einer Zeit lebte, als die eurasische Landmasse noch von Neandertalern besiedelt wurde, war es für die Forscher nicht weiter verwunderlich, daß auch deren DNS zu 2,3 Prozent in dem Oberschenkelknochen-Fund nachgewiesen werden konnte.

Noch heute finden sich im Erbgut der Europäer bis zu 1,8 Prozent Neandertaler-DNS. "Wir schätzen, daß sich die Vorfahren des Ust'-Ishim Mannes und die Neandertaler vor etwa 50.000 bis 60.000 Jahren miteinander kreuzten", heißt es in einer Expertise der Leipziger Anthropologen.

Auch dies hinterläßt deutliche Kratzer an der Afrika-Theorie, da man bislang davon ausging, daß solche Vermischungen im Nahen Osten stattfanden, bevor der Homo sapiens nach Asien und Europa weiterwanderte. Der genetische Befund des Mannes aus Westsibirien legt allerdings nahe, daß dies erst geschah, nachdem der Homo sapiens bereits in Eurasien angekommen war.

Iranischer Ursprung?

Daß die Wiege des europäischen Menschen indes noch viel weiter östlich liegt, ist die Überzeugung belgischen Anthropologen Marcel Otte. Seiner Ansicht nach ist der Zagros, ein etwa 1.500 Kilometer langes Bergland im Westen des heutigen Iran, das wahrscheinlichste Zentrum der Europiden. Festmachen will er dies an Werkzeugen, Schmuck und anderen Utensilien, die am archäologischen Grabungsort Yafteh im mittleren Zagros gefunden wurden.

Daß manche Kollegen seine These als allzu spekulativ erachten, dürfte Archäologen aber nicht daran hindern, die Spur gen Osten weiter zu verfolgen. "Archäologisch ist der Iran kaum erfaßt, das Südufer des Kaspischen Meeres ist ein neuer Kandidat für den Ursprung der kulturellen Moderne. Ebenso der Nordwesten Pakistans, das östliche Hochland Afghanistans oder der Punjab im Grenzland zwischen Pakistan und Indien", schreibt Thorwald Ewe in Bild der Wissenschaft.

Die Unbeirrtheit, mit der die Anhänger der Out-of-Africa-Theorie ihre Ansichten trotz neuer Faktenlagen und Argumente, die nicht so leicht vom Tisch zu wischen sind, weiterhin vertreten, läßt vermuten, daß dabei auch ideologische Gründe eine Rolle spielen. Im Zuge allgemeiner Gleichheits-Postulate mögen wissenschaftliche Erkenntnisse, die tatsächliche Diversität schon bei den Frühformen der Gattung Mensch belegen, störend wirken. Dies kann aber kein Argument gegen wohlbegründete gegenteilige Meinungen sein, zumal Anderssein zu allen Zeiten nie eine unterschiedliche Wertigkeit beinhaltet.

Wahrheit statt Out of Africa-Ideologie: Daß der Ursprung des europäischen Menschen nicht in Afrika oder dem Nahen Osten, sondern im hohen Norden liegt, weisen Wissenschaftler wie Karl Penka, Hermann Hirt, Gustav Neckel, Atlantis-Forscher Jürgen Spanuth, der Anthropologe Andreas Vonderach und andere in dem sensationellen Sammelband "Die Entschlüsselung der Indogermanen-Frage" eindeutig nach. Diese Wahrheit über den Ursprung der Europäer will man Ihnen bewußt vorenthalten. Erfahren Sie, woher Sie wirklich stammen!<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. März 2023:

>>Joe Biden: Schoko-Eis zum Schulmassaker

Von *Karel Meissner*

Bei einer Gedenkveranstaltung zum Schulmassaker in Nashville erklärt US-Präsident Joe Biden: Er habe gehört, daß es hier Schokoeis gebe. Deshalb sei er hier ...

In den USA kam es wieder zu einem Amoklauf. Warum das dort so oft passiert, ist schwer zu verifizieren. Schlichtere Gemüter glauben, eine Verschärfung des Waffengesetzes würde die Amok-Serien stoppen. Weiter führen Analysen zum sozialen Gefälle, das durch Staatshilfe kaum gemindert wird. Besondere Mitschuld trägt das Schulsystem: denn bei den Tätern handelt es sich meist um Außenseiter: Isolierte, Verstoßene, von Lehrern, Mitschülern und Eltern verachtete oder verlachte Jugendliche.

Im Amoklauf eskaliert eine existentielle Dauerkrise. Sie sind ein Quasi-Selbstmord (der Täter weiß, daß die Polizei ihn erschießen wird). Auch der Trans-Schütze von Nashville, der in einer christlichen Grundschule sechs Personen tötete, dürfte unter schweren Persönlichkeitsstörungen gelitten haben. Kurzum, der Vorfall bietet reichlich Stoff für politische Erwägungen zur künftigen Prävention.

Aber was tut US-Präsident Joe Biden? Bei seinem Auftritt zu dem Vorfall ließ er wissen: "Mein Name ist Joe Biden. Ich bin der Ehemann von Dr. Jill Biden. Und ich esse Jeni's Eiscreme mit Schokoladenstückchen. Ich bin hierhergekommen, weil ich gehört habe, daß es

Schokoladeneis gibt."

Außerdem wies Biden darauf hin, "einen ganzen Kühlschrank voll Eiscreme zu besitzen. Besonders bizarr: Die Anwesenden lachten und applaudierten.

Irgendwann bekam Biden aber doch noch die Kurve, erklärte den Amoklauf zum schlimmsten Alptraum der Familien und kündigte eine Verschärfung des Waffenrechts an.

Und so jemand soll die Geschicke der Welt lenken ...<<

30.03.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25585" berichtet am 30. März 2023 (x1.253/...): >>Der Wolf ist nicht wählerisch: Heute ein Hund - morgen unsere Kinder?

Kürzlich wurde in der Oberlausitz eine entlaufene Collie-Hündin von ihrem Besitzer tot aufgefunden - ihr Kadaver war teils aufgeessen, sehr wahrscheinlich von Wölfen. Vier Wochen vorher verfolgten in Niedersachsen 3 Wölfe eine Radfahrerin auf dem Weg zur Arbeit. Besteht durch die wieder angesiedelten Raubtiere nicht eine offensichtliche (Lebens-) Gefahr für Menschen, insbesondere Kinder? ...

Für viele Menschen aus der Stadt ist die "Wiederkehr des Wolfes" gleichbedeutend mit "der Wiederkehr der Natur". Deshalb begrüßen und akzeptieren viele den Wolf im europäischen Raum.

Der französische Filmemacher und Ziegenbauer Bruno Lecomte, der eine umfassende Dokumentation "Über die schwerwiegenden Folgen der Rückkehr des Wolfes in Frankreich" drehte, ist jedoch überzeugt: "Die meisten Leute kennen die Zusammenhänge über den Wolf nicht - sie sind falsch informiert und haben die wirklichen Folgen einer Wolfspräsenz vergessen".

...

Die Weidetierhaltung fördert in großem Umfang die biologische Vielfalt in unserer Natur. So werden z.B. Schafe zur Pflege von Biotopen eingesetzt. Weideland ist vor Erosion und Verbuschung geschützt, Grasnarbe und Bodenleben bleiben intakt. Die Vielfalt an Blumen und Pflanzen bietet zudem zahlreichen Tieren Lebensraum, wie Schmetterlingen, Insekten oder bodenbrütenden Vögeln. Mit ihrem Kot verbreiten Weidetiere Pflanzensamen und tragen so zum Erhalt seltener Arten bei. Nun ist die biologische Vielfalt auch das Hauptargument für die Wiederansiedlung und den strengen Schutz der Wölfe.

Durch die Zunahme von Wolfsattacken entstehen allerdings so hohe Verluste bei den Weidetieren, daß sich immer mehr Halter zur Aufgabe ihrer Herden gezwungen sehen. Damit schadet der Wolf der Vielfalt in der Natur nicht nur, er bringt auch keinen erkennbaren Nutzen. Vom Wolfskompetenzzentrum wird den Tierhaltern oft vorgeworfen, daß sie ihre Tiere ungenügend schützen. Doch die dafür aufgestellten Schutzmaßnahmen stellen in der Praxis keine ausreichenden Hindernisse für die Wölfe dar.

Die Kombination aus Elektrozaun und Schutzhund ist z.B. eine weit verbreitete Maßnahme zum Schutz von Tierherden vor dem Wolf. So sollen etwa Elektrozäune laut der deutschen Beratungsstelle zum Thema Wolf 120 cm hoch sein. Doch im September 2017 übersprang eine Wölfin in einem Wildpark in Deutschland einen 270 cm hohen Elektrozaun. Dazu zeigen langjährige Erfahrungen aus Frankreich: 90 % der Schafe werden in Herden gerissen, die zuvor mit mindestens zwei Herdenschutzmaßnahmen geschützt wurden.

Der Ökologe Laurent Garde, Experte für Tierhaltung mit Weidewirtschaft, war viele Jahre im Auftrag des französischen Umweltministeriums öffentlicher Ansprechpartner in Sachen Herdenschutz. Sein erschreckendes

Resümee aus der Praxis lautet: "Der Wolf reagiert auf die Schutzmaßnahmen wie Laborratten im Labyrinth. Man hat ihm während Jahren beigebracht, die Hindernisse zu umgehen, um an die Belohnung zu gelangen. Und das ist gravierend! Weil man eine Art "biologisches Monster" kreierte hat, welches nichts mehr mit einem Wolf zu tun hat, der in der Wildnis lebt. Es

gibt auch noch andere Berichte davon, wie gefährlich es wird, wenn Wölfe sich an uns Menschen gewöhnen.

Der 80-jährige kanadische Wildlife-Biologe Professor Valerius Geist war jahrelang der Meinung, Wölfe seien scheue Tiere. Dies sah er widerlegt, als in seinem Dorf in Kanada ein Wolfsrudel ihr Territorium einrichtete. Ausgehend von seiner eigenen Erfahrung und aufgrund anderer, ähnlicher Berichte beschreibt der Professor in sieben Stufen das Verhalten der Wölfe in Nähe menschlicher Siedlungsgebiete. Wölfe lernen durch ständige Beobachtung.

Die Tiere erkunden Ein neues Gebiet am Anfang scheu, doch mit zunehmender Annäherung verlieren sie die Angst vor dem Menschen. Wölfe nehmen die Menschen dann nicht mehr als Bedrohung wahr.

Die erschütternde Schlußfolgerung des Professors lautet: "Wir wissen jetzt und wir wissen es seit Jahrhunderten, daß freie Wölfe, die Futter brauchen und dabei sind, sich an Menschen zu gewöhnen, schließlich beginnen werden, die Menschen als alternative Beute zu erkunden."

Schauen wir uns diese Stufen des Wolfverhaltens in Menschennähe nach Prof. Valerius Geist genauer an.

Die Sieben Stufen des Wolfverhaltens in Menschennähe

1. Scheue nächtliche Nahrungssuche auf Müllplätzen
2. Nächtliche Streifzüge in Dorfnähe
3. Streifzüge auch am Tage in der Nähe von Siedlungen/Beobachtung der Menschen aus sicherer Distanz
4. Angriff von Schafen, Hunden und kleineren Haustieren auch am Tage - selbst in der Nähe von Wohnhäusern
5. Erkundung und Verfolgung von Großvieh und Reitern. Es kommt vor, daß Reiter eingekreist werden oder Wölfe Hausbewohner durch bodennahe Fenster beobachten
6. Zahm erscheinende Wölfe begeben sich in unmittelbare Nähe von Menschen. Es kann vorkommen, daß sie vorsichtig an Armen und Beinen zupfen. Dabei handelt sich um unsichere, fast spielerische Annäherungen. Die Tiere ziehen sich bei Gegenwehr jedoch noch zurück. Die Wölfe, beginnen im Menschen eine Beute zu erkennen.
7. Wölfe haben ihre Scheu endgültig verloren. Es kann zu Angriffen auf Menschen kommen, die anfangs noch ungeschickt sind.

Anhand folgender alarmierender Zeugenaussagen aus Niedersachsen sehen wir, daß diese sechste Stufe in unserem Land bereits erreicht ist.

Mitte 2016 bewegt sich ein Wolf zielgerichtet und ohne Scheu an einer Straße auf eine Sportlerin zu. Ein Landwirt mit Traktor half der Frau.

Im Winter 2016 bemerkte ein Jogger zwei sich annähernde Wölfe zuerst nicht, da er Kopfhörer trug. Er spürte ein Knabbern an seiner Hand. In Panik begann er zu schreien und vertrieb die Tiere mit Tritten und Ästen.

Im Februar gab es einen Vorfall, wo ein Wolf einem kleinen Jungen seinen Hund durch Knurren und Ducken zum Sprung streitig machen wollte. Durch das Beherzte Eingreifen der Großmutter konnte hier Schlimmeres verhindert werden. Allerdings war das Kind lange Zeit traumatisiert, von Alpträumen geplagt und wollte nicht mehr zur Schule gehen.

Im Februar 2018 lief ein Wolf am Tage mitten durch den Ort an einem Kindergarten vorbei. Diese wenigen Beispiele zeigen doch überdeutlich, daß Verharmlosung und Verschweigen der Gefahren durch den Wolf unverantwortlich sind.

Wer zum Beispiel einen Wildpark besucht, erkennt die Gehege der Wölfe an extrem hohen und stabilen Metallzäunen, die mehrfach mit elektrischen Drähten gesichert sind. Vorhandene Scheinwerfer sowie Zugangsschleusen für Personen und Fahrzeuge erinnern stark an Bilder von Hochsicherheitsgefängnissen. Wenn sich freilebende Wölfe allerdings in Maisfeldern neben Wohnhäuser niederlassen, brauchen sich Eltern laut Naturschutzorganisationen um ihre

im Garten spielenden Kinder keine Sorgen machen ...

Es ist kein Wunder, daß schon jetzt viele Menschen Angst haben, in den Wald zu gehen. Diese Realität bringt kla.tv-Gründer Ivo Sasek wie folgt zum Ausdruck: "Warum regt sich keine Staatsanwaltschaft und keine Justiz, um ein offensichtlich daher rollendes menschliches Blutbad im Ansatz zu wehren? Sind sie gar Teil von diesen Drahtziehern?"

Schauen wir einmal zurück in die Vergangenheit: Wie war es damals, als die Wölfe in Europa mehr verbreitet waren? Es kommt nicht von ungefähr, daß das Märchen vom "Rotkäppchen" in Frankreich entstand. Bis ins 19. Jahrhundert galt der Wolf hier als große Gefahr. Er attackierte alle Nutztierarten wie Rinder, Schafe und Pferde, und machte auch vor Menschen nicht Halt. Heute gibt es die Tendenz, diese Tatsachen zu verdrängen. Viele Historiker entlarven das Märchen vom lieben Wolf.

So fand der Historiker Jean Marc Moriceau anhand von Aufzeichnungen in Archiven heraus, daß es in Frankreich vom Ende des Mittelalters bis Anfang des 19. Jahrhunderts jährlich bis zu 240 menschliche Todesopfer und ca. 400 Verwundete durch Wolfsattacken gab. Die Dunkelziffer ist wohl weit höher. Angesichts dieser historischen Tatsache erscheinen die heutigen Beruhigungssätze der Umweltverbände in einem neuen Licht, wie z.B.:

"Wölfe brauchen keine Wildnis und leben mit uns in der Kulturlandschaft. Daher ist eine Wolfssichtung in der Nähe von Siedlungen an sich nichts Ungewöhnliches." Wer hat ein Interesse daran, die Gefahren für die Bevölkerung so zu verschweigen?

Auch von Rußland gibt es schwerwiegende historische Fakten zu berichten: Dort wurden zu Beginn des 2. Weltkrieges alle gesunden Männer aus den Dörfern an die Front einberufen. Gleichzeitig wurden alle Jagdwaffen konfisziert mit der Folge, daß Frauen, Kinder und alte Menschen völlig wehrlos zurückblieben. Darauf reagierten die Wölfe sehr schnell, was schwere Beutezüge auf Vieh und eine Welle tödlicher Attacken auf die Dorfbewohner, vorrangig auf Kinder, zur Folge hatte.

Derartige Zeugenberichte über tödliche Wolfsattacken wurden nicht nur von der damaligen russischen Regierung zensiert, auch die heutigen westlichen Verantwortlichen scheinen alles dafür zu tun, daß die Bevölkerung nichts von derartigen Übergriffen durch Wölfe erfährt.

Gegenwärtig gibt es zudem noch eine weitere, verschwiegene Gefahr durch Wölfe. Nämlich die Hybridisierung. Das unabhängige deutsche Labor "For Gen" untersuchte Schafrisse. Die Proben ergaben ein DNA-Profil, das als Täter sog. Wolfs-Hybriden, in diesem Fall eine Mischung aus kanadischem (!) Timberwolf und Hund ausmachte. Auch in Frankreich wurden unter fünfzig Reißproben als Verursacher etliche Wolfshybriden gefunden, die alle von derselben (!) Hunderasse stammten.

Diese offensichtlichen Hinweise auf gezielte Züchtung und Ansiedelung künstlich vermehrter Wolfshybriden wurden von einem weiteren unabhängigen Labor bestätigt, was von staatlicher Stelle jedoch vehement geleugnet wird. Noch mehr Brisanz erhält das Ganze durch folgenden Fakt aus der Geschichte:

Während des Kalten Krieges wurden Kreuzungen aus Hund und Wolf zu militärischen Zwecken gezüchtet, weil sie extrem leise, überdurchschnittlich intelligent und aggressiver sind sowie weniger Scheu vor Menschen haben. Doch gerade im Krieg haben Soldaten im Angesicht der übermächtigen Gefahr einen wunderbaren Sieg erlebt.

Die New York Times berichtete, daß während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Wölfe die Soldaten an der Front in Polen und im Baltikum über Wochen angegriffen haben. Die Lage wurde so unerträglich,

daß der deutsche und der russische Kommandant Waffenstillstand vereinbart haben. Die eigentlich feindlichen Truppen der beiden Seiten haben dann mit Erfolg die Wölfe bekämpft. Diese Begebenheit zeigt, daß widernatürliche Mächte sich nur vereint bezwingen lassen - vereint, trotz äußerster Gegensätze.

Aktuell spaltet die Wolfsproblematik aber die Bevölkerung in Stadt und Land. Viele verstehen z.B. nicht, warum der Wolf derartig unter Schutz gestellt wird - ist er doch keinesfalls ein vom Aussterben bedrohtes Tier. Durch die Weiten Kanadas und Alaskas streifen zwischen 58 000 bis 70.000 Wölfe. Für Rußland werden Zahlen von 25.000 - 50.000 genannt. Obwohl in Kanada und Alaska jährlich rund 3000 Exemplare erlegt werden, wird dadurch der Gesamtbestand der Wölfe nicht gefährdet.

Nachfolgendes Statement von Dipl. Politologe Frank N. Möller fällt auf Grund dessen folgendermaßen aus:

"Wie sich heute abzeichnet, sind Wölfe in einem dicht besiedelten Land, dessen Verfassung auf Menschenrechten und sozialstaatlicher Verantwortung beruht, nicht begründbar. Von den Entscheidungsträgern ist daher zu verlangen, daß sie sich dafür einsetzen, was nach allgemeinen Maßstäben eigentlich keines besonderen Anstoßes bedürfte: Die Wölfe sind vollständig aus der Landschaft zu entfernen, ihre staatlich mit hohem Verwaltungsaufwand betriebene Tolerierung ist umgehend zu beenden und zwar bevor hierzulande der erste Mensch durch Wölfe zu Schaden oder gar zu Tode kommt." <<

31.03.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 31. März 2023 (x1.276/...): >>Es geht nicht um die Wahrheit - Der Weg des Meinungsterrors in den totalitären Staat

Im heutigen Parteiensystem ist an die Stelle inhaltlicher Auseinandersetzungen um die Wahrheit und die rechten Wege gesellschaftlicher Gestaltung der politische Kampf um Teilinteressen getreten und um die Macht, sie gegen die Anderen durchzusetzen. Wer widerspricht, wird nicht widerlegt, sondern im parteipolitischen Links-Rechts-Schema polar als extremistischer Demokratie-Feind verortet, um ihn auf diese Weise in der medial verseuchten öffentlichen Meinung persönlich zu diskreditieren, zu isolieren und auszuschalten. -

Doch wer die Erkenntnis-Ebene verläßt und zur Diffamierung parteipolitische Einordnung betreibt, dem geht es nicht um die Wahrheit, sondern mit den Mitteln seelischen Terrors um die Macht.

Das Streben nach Wahrheit

Die Wirklichkeit ist viel größer und umfassender als die schmale Seite, die wir durch unseren gegenwärtigen Gesichtspunkt gerade erfassen. Halten wir diese bereits für die volle Wirklichkeit, leben wir im Vorurteil und in der Illusion. Kommen mehrere Menschen zusammen, kommt objektiv eine Vielfalt von Gesichtspunkten und Aspekten der Sache zusammen. Denn jeder steht biographisch an einem anderen Ausgangspunkt, von dem die Perspektive seines Wahrnehmens und Denkens bestimmt wird.

In einem gemeinsamen Erkenntnisbemühen kommt es darauf an herauszufinden, von welchem Gesichtspunkt der andere spricht, und anzuerkennen, daß dieser ebenso berechtigt und notwendig ist wie der eigene. Falsch sind seine Gedanken nur, wenn sie auch von seinem Gesichtspunkt aus irrtümlich sind. So müssen alle Aspekte einer Sache zu einem Gesamtbild zusammengestellt und daraus Handlungsinitiativen im Interesse des Wohles aller entwickelt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Sozialisten blicken auf den Aspekt der benachteiligten Arbeitnehmer, die für den Profit weniger Kapitaleigentümer ausgebeutet werden, und wollen diese entmachten, indem sie das Privateigentum am Kapital in Gemein-, in Staatseigentum überführen wollen. Liberale haben die unternehmerische Freiheit im Auge, die erst große Leistungen ermöglichen und auch ihre Belohnung verdienen. Sozialdemokraten schauen auf den Staat, der die Arbeiter gesetzlich schützen und über Steuern zum Ausgleich ein Sozialsystem finanzieren sollte.

Jede Seite hält ihre Beobachtungen und Gedanken für richtig und die damit nicht überein-

stimmenden der anderen für falsch, so daß sich die verschiedensten Auffassungen wie monolithische Blöcke gegenüberstehen, zumal die anderen ja nicht als wohlmeinende Erkenntnis-suchende, sondern als Gegner um die Macht betrachtet werden.

Selbstverständlich ist die Forderung des Sozialismus objektiv berechtigt, die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu beseitigen, die auf einem Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmen beruht, das wiederum aus dem Privateigentum am Unternehmenskapital hervorgeht. Die Forderung der Liberalen nach der unternehmerischen Initiative, die des freien Verfügungsrechts bedürfe, ist aber ebenso berechtigt.

Man muß also eine neue Eigentumsform entwickeln, in der die Ausbeutung der Arbeitnehmer ausgeschlossen wird, zugleich aber die unternehmerische Freiheit und schöpferische Initiative erhalten bleiben. Auch die Forderungen der Sozialdemokraten sind berechtigt, indem Arbeitszeit, Kündigungen, Lohnhöhe etc. an rechtliche Standards gebunden werden. Ja man muß sogar noch weitergehen und in der Betriebsverfassung alle Betriebsangehörigen, die unternehmerisch Leitenden wie die übrigen Mitarbeiter, im Verhältnis zum Unternehmen rechtlich auf eine Ebene stellen.

Das Streben nach der Erkenntnis der vollständigen Wirklichkeit muß allen Debatten und Beratungen eines demokratischen Parlaments zugrunde liegen, wenn es ein solches sein soll. Wer dagegen seine eigene Ansicht für die einzige berechtigte hält, auf ihre unbedingte Gültigkeit pocht und daneben keine andere duldet, hat nicht den Willen zur Wahrheit. Es geht ihm in unbewußtem Egoismus um die alleinige Deutungshoheit.

Oder - noch schlimmer - er verfolgt bewußt bestimmte Ziele, die nur erreichbar sind, wenn die eigene Ansicht als die einzig korrekte gilt und dies mit gleichgeschalteten Medien abgesichert wird, aus der Position der parlamentarischen Stärke alle abweichenden Ansichten ignoriert oder dadurch aus dem Feld geschlagen werden, daß man gar nicht auf sie eingeht, sondern denjenigen, der sie äußert, als Kommunisten, Rechtsextremen, Nazi, Demokratiefeind, Rassisten, Antisemiten, Querdenker etc. etc. diffamieren und zum Schweigen bringen will, wobei diese Bezeichnungen beliebig mit diffusen Inhalten gefüllt werden. Damit ist die Auseinandersetzung aus dem geistigen Niveau der gemeinsamen Wahrheits-Suche in die Niederungen der seelischen Gewalt abgesunken.

Das erinnert an die Auseinandersetzung von Halbstarcken, bei denen unbequeme Argumente schnell mit geringschätzigen und herabsetzenden Schimpfworten, also mit seelischen Verletzungen des Anderen beantwortet werden, die aus der Position physischer Stärke oft noch in körperliche Schläge übergehen. Es ist im Grunde dasselbe Niveau, nur daß es in der Politik in der Regel bei seelischen Verletzungen bleibt, die aber auch schwere physische existentielle Folgen haben können; zu Schlägereien ist es aber in europäischen Parlamenten auch schon gekommen.

Der peruanische Nobelpreisträger für Literatur Mario Vargas Llosa, der 1987 als Präsidentschafts-Kandidat für drei Jahre in die Politik ging, schilderte seine Erfahrungen so:

"Sie können die hehrsten Ideen haben, aber sobald es an deren Verwirklichung geht, sind Sie Intrigen, Verschwörungen, Paranoia, Verrat und Abgründen an Schmutz und Niedertracht ausgesetzt. Wenn ich eins über den Morbus der Politik gelernt habe, dann dies: Der Kampf um die Macht lockt die Bestie in uns hervor. Was den Berufspolitiker wirklich erregt und antreibt, ist das maßlose Verlangen nach Macht. Wer diese Obsession nicht hat, wird der kleinlichen und trivialen Praxis der Politik angeekelt den Rücken zukehren."

Das Parteiensystem

Parteien (lat. pars = Teil) vertreten von vorneherein weltanschauliche, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Teil-Interessen, die sie durch möglichst viele Vertreter im Gesetzgebungsverfahren des Parlamentes und in der Regierung durchsetzen und zu den allein bestimmenden machen wollen. Es handelt sich um organisierte Gruppeninteressen, die primär nicht das Gan-

ze, das Wohl und die berechtigten Interessen aller, sondern Einseitigkeit, Egoismus und Macht eines Teiles im Auge haben.

Sie sind in ihrem Machtstreben auf Konfrontation und Kampf angelegt, was durch das polare Links-Rechts-Schema noch schlagwortartig verschärft wird. Parteien sind daher Feinde eines freien und umfassenden Erkenntnisbemühens um die rechten Wege gerechter Gemeinschaftsgestaltung. Sie sind in Wahrheit Feinde eines offenen Diskurses und damit einer wirklichen Demokratie.

Dies zeigt sich extrem in den heutigen Parlamenten darin, daß eine neue Oppositionspartei wie die AfD von den alteingesessenen Parteien permanent als neonazistische und demokratiefeindliche Partei beschimpft und diffamiert und auf ihre inhaltlichen Argumente überhaupt nicht ernsthaft eingegangen, sondern sie überwiegend keifend ignoriert werden.

Im Parlament Berlins z.B. treibt das solche Blüten, daß stets dann, wenn ein AfD-Abgeordneter ans Rednerpult tritt, die anderen Fraktionen ihre Ignoranz und Verachtung dadurch zeigen, daß sie teilweise beginnen, auf ihrem Handy zu tippen, auf dem Laptop zu schreiben, demonstrativ hinausgehen, sich in diskutierenden Gruppen zusammenstellen und dabei z.T. auch auf dem Boden sitzen.

Nicht einmal im Fahrstuhl werde man als AfD-Abgeordneter von den anderen begrüßt, auch wenn man selbst höflich grüße, so berichtet der Abgeordnete Antonin Brousek, gebürtiger Tscheche und Richter am Amtsgericht: "Das ist eine subtil-primitive Art, wo man eigentlich Schläge durch Ignoranz ersetzt. Manchmal hat man das Gefühl, die würden einem am liebsten ins Gesicht schlagen." Diese Leute "wollen keine Diskussion und lehnen diese ab, weil sie ja davon ausgehen und wissen, daß sie die Weisheit ohnehin mit Löffeln gefressen haben." Er bezeichnete das Parlament als eine Mischung aus "Irrenhaus und Lyzeum".

Deutlicher, arroganter und unverfrorener können die wahren antidemokratischen Gesinnungen dieser Parteivertreter nicht zutage treten. Aus den Parteien wächst der Meinungs- und Gesinnungsterror der heutigen Zeit, der das fundamentale demokratische Grundrecht aller, ihre Auffassung gleichberechtigt geltend zu machen, aggressiv ausschaltet.

Das Parteiensystem hat sowieso schon längst das tragende Funktionsprinzip eines demokratischen Rechtsstaates, die Gewaltenteilung, de facto außer Kraft gesetzt. Die Mehrheitspartei im Parlament beherrscht die Legislative - eine Opposition kann nichts verhindern, sondern nur fürs Fenster reden - wählt und stellt die Exekutive, die wiederum die Verwaltung der Gerichte in der Hand hat, die Richter einstellt, beurteilt und befördert - oder auch nicht.

Alle drei staatlichen Gewalten sind in der Hand ein und derselben Partei oder Koalition, womit die gedachte Demokratie zur Parteien-Oligarchie deformiert ist, die sich durch das Parteien-Wahlsystem stets selbst erneuert.

Der Basler Philosoph Karl Jaspers wies schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die Wirklichkeit der Parteien-Oligarchie hinter demokratischer Fassade hin, welche die Tendenz zur Diktatur in sich trage, eine Tendenz, die sich gegenwärtig bereits weitgehend realisiert hat.

Dadurch, daß auch die "vierte Gewalt", die großen Medien, gleichgeschaltet und von den herrschenden Parteien und der Regierung zum einseitigen Propaganda-Apparat instrumentalisiert sind, nimmt das Ganze totalitäre Züge an. Durch die flächendeckende einseitige und oft verfälschende Berichterstattung lebt der Bürger nicht in der vollen Wirklichkeit, die freie Erkenntnismöglichkeit des Volkes, des demokratischen Souveräns, wird eingeeengt und weitgehend verhindert, so daß es selber gar nicht mehr urteilsfähig ist, sondern folgsam den vorgegebenen Wirklichkeitszusammenhang und die einsuggerierten Urteile übernimmt.

Das bedeutet: Die heutige totale Lügenpropaganda der Mainstream-Medien, insbesondere des staatlichen Rundfunks, hat die Demokratie bereits von innen, in ihrem Kern, beseitigt. Die demokratischen Organisationen und Abläufe bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse beste-

hen, aber alle Staatsgewalt geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem ursprünglichen Souverän, sondern von den herrschenden Parteien aus.

Der Stellenwert der parteipolitischen Diffamierungen

Vor diesem Hintergrund zeigt sich der Wert der parteipolitischen Einordnung von Kritikern in das Extremfeld des Parteienspektrums: eine primitive, gegen die Integrität und Würde des Menschen selbst gerichtete Kampfmethodik einer antidemokratischen Parteien-Oligarchie, die die Ausbreitung einer allgemeinen gemeinsamen Suche nach Erkenntnis der Wahrheit um jeden Preis verhindern will, da dadurch ihre unumschränkte Machtposition gefährdet wird.

Das führt sogar zu der irren Methode, daß allein schon der Kontakt zu jemandem, der vorher als rechtsextrem erklärt worden ist, die Betroffenen ebenfalls dazu macht, so etwa durch die gemeinsame Teilnahme an einer Demonstration, wobei oft der eine gar nichts vom anderen weiß. Selbst ein Gespräch oder ein Vortrag kann ja gerade dem Versuch dienen, die Position des Anderen aufzuweichen. Eine schuldhaftige Verbindung wird auch allein darin gesehen, daß jemand der Erkenntnis eines angeblich Rechtsextremen zustimmt.

Absurd, denn deren Wahrheit wird ja nicht dadurch unwahr, daß dieser sie äußert, sondern nur, wenn sie inhaltlich falsch ist. Es werden gezielt oberflächliche, gedankenleere Assoziationen hergestellt, die einzig der Diffamierung der Menschen dienen und von den Inhalten, ihrer Wahrheit und evtl. Bedeutung für die Gesellschaft ablenken sollen.

Geradezu grotesk wird es, wenn die systemisch und auch vielfach in ihren Methoden Verfassungs- und Demokratie-feindlichen Parteien bzw. ihre Vertreter und Sympathisanten den Kritikern in der Querdenker-Demonstrationsbewegung z.B., die eben auf diese Demokratie-Feindlichkeit hinweisen, Staats-, Demokratie- oder Verfassungs-Feindlichkeit vorwerfen.

Wer wirklich selbständig denkt und nicht wie stromlinienförmig vorgegeben, muß kreuz- und quer denken, um zur Wahrheit zu kommen. "Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom", heißt es treffend. Es ist für die erkenntnisfeindliche Stimmung in der Öffentlichkeit symptomatisch, daß gerade "Quer-Denker" so diffamiert werden.

Es handelt sich um einen allgemeinen Verfall der politischen Kultur, ein Absinken vom geistigen Niveau gemeinsamer Erkenntnisbemühungen um die Wahrheit und die rechten Wege sozialer Gestaltung in die Abgründe persönlicher Niedertracht und seelischen Terrors, die totalitäre Ausmaße angenommen haben.

Dies ist das allgemeine Kennzeichen: Wer den Anderen nicht in der Sache widerlegt und begründet, inwiefern seine Aussage verwerflich ist, sondern statt dessen persönlich diffamiert, offenbart damit, daß es ihm nicht um die Wahrheit geht.

Eindringen in anthroposophische Institutionen

Diese Gesinnungen und Methoden sind zu weiten Teilen auch in das sonstige gesellschaftliche Leben eingedrungen und vielfach zur Gewohnheit persönlicher Auseinandersetzungen geworden. Beispielhaft seien Erscheinungen in der Anthroposophischen Gesellschaft und im "Bund der Freien Waldorfschulen" betrachtet.

Beide sahen sich in der Corona-Krise heftigen Angriffen der Mainstream-Medien gegen die Anthroposophie und die Waldorfschulen ausgesetzt. Erneut flammten Vorwürfe wegen Rassismus und aktuell wegen der Teilnahme zahlreicher Anthroposophen und Waldorfleute an regierungskritischen Corona-Demonstrationen der "rechtsextremen" Querdenker auf, die dort eine treibende ideologische Kraft bilden würden.

In der Vierteljahresschrift "Anthroposophie", Ostern 2022, herausgegeben von der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, schrieb der leitende Redakteur Jost Schieren, Professor für Waldorfpädagogik an der Alanus-Hochschule Alfter, in einem Artikel "Anthroposophie in der Kritik" zur Abwehr solcher Angriffe:

"Ohne Zweifel gibt es auch unter den Anthroposophen - wie übrigens überall in unserer post-modernen Gesellschaft - eine 'neue Rechte', die als solche in ihren Protagonisten (Beispiele:

Axel Burkart, Martin Barkhoff, Caroline Sommerfeld-Lethen, Thomas Meyer) und auch Publikationsorten leicht identifizierbar ist. Für deren krude Argumentation muß Steiners Esoterik erhalten."

Das seien aber Ausnahmen, die "wegen ihrer skurrilen Unzeitgemäßheit auffällig sind, die aber nicht die anthroposophische Bewegung und nicht deren offizielle Institutionen vertreten." Die "Anthroposophie als System und auch in ihrer öffentlichen Repräsentanz" sei "demokratisch und humanistisch aufgestellt".

Schieren geht also völlig unkritisch auf die parteipolitische Diffamierungs-Ebene ein, welche die von links-grünen Journalisten dominierten Mainstream-Medien vorgeben. In einem beflissenen sich anpassenden Streben, wissenschaftlich und gesellschaftlich anerkannt zu werden, das in seinen Artikeln zum Ausdruck kommt, gibt er, mit dem Finger auf einige "neue rechte" schwarze Schafe deutend, den Medien eilfertig Recht, um dadurch um so wirkungsvoller von sich und der Anthroposophischen Gesellschaft abzulenken.

Da er die Erkenntnisebene verlassen hat, auf der die Anthroposophie eigentlich zu Hause ist, weist er nicht nach, worin die "krude Argumentation" dieser vier Menschen, die sich ihr ganzes Leben mit der Anthroposophie befassen, denn bestehe, die sie - das ist im diffusen Begriff "rechts" ja inbegriffen - zu Faschisten oder Nazis mache, denen gegenüber er das "demokratische und humanistische" Aufgestelltsein der "Anthroposophie als System und auch ihrer öffentlichen Repräsentanz" betonen muß.

Damit zeigt er, daß es ihm auch nicht um Erkenntnis, sondern um infame Diffamierung geht, ob er sich dessen in seinen edlen Vorstellungen bewußt ist oder nicht.

Noch offensiver schwenkt auf die Methoden parteipolitischer Diffamierung der Bund der Freien Waldorfschulen ein, der das November-Heft 2022 der von ihm herausgegebenen Monatsschrift "Erziehungskunst" schwerpunktmäßig dem Kampf gegen "rechts" u.a. auch in den eigenen Reihen widmet, wobei unter "rechts" unmißverständlich rechtsextrem, nationalsozialistisch, verstanden wird.

Unter der Parole "Klare Kante gegen rechts", die seit Jahren wörtlich so von Politikern linker Parteien als Kampfmethodik eingesetzt wird, werden auch hier langjährige Anthroposophen namentlich direkt oder durch "Kontaktschuld" rechtsextrem verortet, ohne daß eine erkenntnismäßige Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen stattfände. Ich habe mich damit detailliert in einem vorigen Artikel auseingesetzt.

Während bei dem Prof. Schieren als publizistischem Repräsentanten der Anthroposophischen Gesellschaft die beflissene Anpassung an die öffentliche Meinung und die Gier nach gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Anerkennung das treibende Motiv seines Abfalls in die Ebene menschlicher Niedertracht erscheint, ist der Bund der Waldorfschulen ganz offensichtlich von aktiven Politikern linker Parteien und ihrer Sympathisanten unterwandert, welche die Waldorfschulen von ihrem anthroposophischen Geist ab in eine ganz andere Richtung lenken. Stephan Eisenhut, Redakteur der zweiten von der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland herausgegebenen Zeitschrift "Die Drei", schreibt immerhin treffend:

"Das berechtigte Anliegen, problematische Ansichten als solche zu kennzeichnen, sollte möglichst konkret und aus der Anthroposophie heraus verwirklicht werden, nicht durch die Einordnung in ein diffuses Rechts-links-Schema."

Damit ist die Erkenntnisebene angesprochen, aus der heraus allein eine menschenwürdige Auseinandersetzung stattfinden kann. Sie setzt Unvoreingenommenheit und ein sorgfältig ausgebildetes Verantwortungsgefühl voraus, nur das zu behaupten, was man als Tatsache selbst überprüft hat.

Rudolf Steiner stellte dafür an die Anthroposophen die höchsten Anforderungen. Er ist ja schon zu seinen Lebzeiten auf das heftigste diffamiert und auch verleumdet worden, da man vor Entstellungen und Fälschungen seiner schriftlichen und mündlichen Ausführungen nicht

zurückscheute. Er appellierte an die Anthroposophen nicht nur, dem durch Entlarven der Unwahrheiten entgegenzutreten, sondern in ihren eigenen Mitteilungen selbst die größte Sorgfalt auf Wahrhaftigkeit zu üben:

"... Wenn dasjenige, was ich hier Geisteswissenschaft nenne, in der Welt wirklich durchdringen will, so ist dazu erforderlich, daß ein Boden ehrlichster und aufrichtigster Wahrhaftigkeit für dasjenige, was die Geisteswissenschaft der Welt zu sagen hat, da sei. Und ich habe oftmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Kleinsten es notwendig ist von denjenigen, die sich beteiligen wollen an solch einer geisteswissenschaftlichen Bewegung, zu sehen, wie selbst in den unbedeutendsten Worten und in der unbedeutendsten Mitteilung der alltäglichsten Tatsache absoluteste wortgetreue Wahrhaftigkeit herrschen müsse.

Denn dasjenige, was das Nicht genaunehmen mit der Wahrheit in der Alltäglichkeit ist, das hat eine innere Wachstumskraft, das wächst, das hat eine eigene Vitalität, und das wächst sich dann aus zu diesen Dingen, die eigentlich nicht mehr charakterisiert werden können, weil sie alles Maß des Menschlich-Gemeinen überschreiten, weil in Menschen, die in einer solchen Weise ihre gemeine Verleumdungssucht auf Papier mit Druckerschwärze vervielfältigen dürfen, dasjenige steckt, was unsere Kultur korrumpiert macht.

Und es ist durchaus eine Wahrheit, dass, solange nicht der Kampf aufgenommen wird in ernstlicher und ehrlicher Weise gegen alles dasjenige, was aus solcher Ecke herauskommt, die Menschheit weiter in die Dinge hineinsegeln wird, die heute nun gründlich wahrzunehmen sind."

Es geht um die Erkenntnisebene, die sachliche Auseinandersetzung auf der Suche nach der Wahrheit. Voraussetzung dafür ist die sorgfältige und genaue Wiedergabe dessen, was der Andere gesagt oder geschrieben hat. Das hat Rudolf Steiner hier im Zusammenhang mit der Wiedergabe seiner mündlichen und schriftlichen Aussagen gesprochen, weist aber auf allgemeine Gültigkeit. Was den Artikel von Jost Schieren und die Artikel in der "Erziehungskunst" kennzeichnet, ist das "Nicht genaunehmen mit der Wahrheit". Es wird entweder überhaupt nicht oder nur verkürzt interpretierend oder entstellend zitiert.

Mit diesen Dingen, die alles Maß des Menschlich-Gemeinen überschreiten, haben wir es heute in breitem Maße zu tun. Wir befinden uns in sich beschleunigender Fahrt erneut auf der abschüssigen Bahn in totalitäre Verhältnisse, woran sogar Anthroposophen oder solche, die sich so bezeichnen, kräftig mitwirken.<<

Schweiz: [Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25596"](https://www.klagemauer.tv/25596) berichtet am 31. März 2023 (x1.253/...): >>**Schäden durch mRNA-Impfung: Medien mitverantwortlich**

Im Dezember 2022 wehte eine eisige Kälte durch ganz Frankreich. Doch eine andere Begebenheit ließ die Menschen noch mehr erstarren: Es waren aufgereichte Fotos von meist jungen Menschen, die kurz nach der Covid-Impfung gestorben waren. Stimmen, welche die Sicherheit des Covid-Impfstoffes in Frage stellten, wurden von den Medien meist zensiert, verspottet und verachtet. Sind sie mitverantwortlich? ...

Während der Coronakrise der letzten Jahre wurden Wissenschaftler in Frankreich heftig von den Medien angegriffen, wenn diese es wagten, eine Meinung zu vertreten, die im Gegensatz zur Meinung des "Wissenschaftlichen Rates" stand.

Besonders zitiert wurde der Medizinprofessor Didier Raoult. Er und zahlreiche andere, wie z.B. Medizinprofessor Christian Perronne wurden einfach nur verspottet und zensiert. Christian Perronne erzählt, ein Journalist habe ihm gestanden, daß er ihn gerne in seine Fernsehshow eingeladen hätte, doch die Folge wäre, daß er am nächsten Tag arbeitslos sein würde. Viele ausländische Wissenschaftler, über die in Frankreich nicht berichtet wurde, äußerten große Bedenken vor allem in Bezug auf die mRNA-Impfstoffe.

Michael Yeadon, ehemaliger Vizepräsident von Pfizer, sagte ganz klar: "Diese Art von Impfung ist ein Verbrechen gegen die Menschheit." Professor Sucharit Bhakdi wiederum erklärte

wissenschaftlich, welche Schäden diese Art von Impfstoff später verursachen würde. Er nannte insbesondere Schlaganfälle, Thrombosen, geplatzte Aneurysmen (Erklärung: Aneurysma = ballonartige Aussackung eines Blutgefäßes), Embolien (Erklärung: Embolie = Verstopfung eines Blutgefäßes durch ein Blutgerinnsel), Infarkte, Herzinfarkte usw.

Er beendete seinen Vortrag mit dem Satz: "Ich kann es Ihnen nicht oft genug sagen: Ich wünschte, wir würden uns irren", und meinte damit Whistleblower wie ihn. War er auch ein Verschwörungstheoretiker, wie Whistleblower es den Medien nach alle sind? Leider zeigt die Geschichte heute, daß Professor Bhakdi Recht hatte.

Am 10. Dezember 2022 wehte eine eisige Kälte durch ganz Frankreich. Doch eine andere Begebenheit ließ einem noch mehr erstarren: Es waren aufgereichte Fotos von Menschen, die kurz nach der Covid-Impfung gestorben waren. Man konnte sie auf mehreren Plätzen in verschiedenen französischen Städten ansehen. Es handelte sich dabei um eine Initiative mehrerer Verbände, die den Passanten den Schaden, den die Impfung angerichtet hatte, vor Augen führen wollten. Unter jedem Foto stand der Name der Person, ihr Alter, die Todesursache und auch die Zeit zwischen der Impfung und dem Tod.

Teilweise war dieser Zeitraum sehr kurz, ein oder mehrere Tage, manchmal sogar nur ein paar Stunden. Das Alter war ebenfalls von Bedeutung, da es sich vor allem um junge Menschen handelte. In diesem Zusammenhang erklärte ein in Metz anwesender Wissenschaftler, daß er sich nicht erinnern konnte, je Herzmuskelentzündungen (Myokarditis) bei jungen Menschen beobachtet zu haben. Seit der Impfung sei dies jedoch der Fall. Die Todesursachen lassen keinen Raum für Unklarheit oder Unglaubwürdigkeit, da es sich bei fast allen Todesfällen um Herz-Kreislauf-Probleme handelte: Schlaganfall, Thrombose, geplatztes Aneurysma usw. Also genau das, wovor Professor Bhakdi gewarnt hatte.

Stellen wir uns einmal vor, was passiert wäre, wenn Wissenschaftler, wie Herr Bhakdi und viele andere, die gleiche Redezeit erhalten hätten, wie diejenigen, die zur Impfung aufrufen, und wenn sie erklärt hätten, was eine aufgeklärte Einwilligung ist.

Normalerweise ist eine aufgeklärte Einwilligung Pflicht, denn sie beinhaltet Angaben über das Produkt, sowie über mögliche Nebenwirkungen. Jeder Arzt hätte sie von seinen Impfpatienten unterschreiben lassen müssen. In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, Professor Christian Perronne in einem Interview mit dem alternativen, unabhängigen Fernsehen "TVLibertés" zu hören.

Ja, man kann sich vorstellen, daß dann viele Menschen nicht das Risiko eingegangen wären, sich ein so gefährliches Produkt spritzen zu lassen, und daß es daher in vielen Familien weit aus weniger Schäden und Dramen gegeben hätte, wie die Fotos auf den Straßen gezeigt haben. Wieder einmal, wie bei vielen anderen aktuellen Themen, sind die Medien nicht unparteiisch; im Gegenteil, sie demonstrieren ihre Interessenverbindungen mit Wissenschaftlern und Pharmaunternehmen, die nur eines im Sinn hatten: möglichst viele Menschen zu impfen.

Jetzt, da die dramatischen Nebenwirkungen aufgedeckt und bewiesen sind, wäre es normal, daß die Medien darüber Rechenschaft ablegen und sich öffentlich entschuldigen, wie es einige kanadische Führungskräfte getan haben. Aber auch Letzteres ist der Öffentlichkeit nicht bekannt.

Die Völker bedürfen, über die Stimme der Medien, alle Hauptakteure zu hören, um eine Entscheidung treffen zu können, vor allem, wenn beispielsweise die Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird. Sonst besteht nämlich die Gefahr, daß die Entscheidung unter Zwang oder aus Angst getroffen wird, wie es in der vergangenen Krise der Fall war.

Die Medien tragen demnach einen großen Teil der Verantwortung in dieser Krise, wie auch in vielen anderen zensierten Themen, und sie werden eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.

x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x903	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019
x949	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/09/23/die-eu-als-vorstufe-zu-einer-weltregierung/ - November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.036	https://www.vilp.de/treaty_full?lid=en&cid=153 - Januar 2022
x1.251	https://www.kla.tv - Januar 2023
x1.253	https://www.kla.tv - April 2023
x1.254	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/das-jahr-der-ernuechterung - April 2023
x1.255	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/kartell-der-vertuscher - April 2023
x1.256	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-truman-show - April 2023
x1.258	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/01/31/die-groese-luge-vom-frieden-durch-waffenlieferungen/#more-11139 - April 2023
x1.259	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/der-putsch-von-oben - April 2023
x1.260	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-gehirnwaschanlage - April 2023
x1.263	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/eine-autoritare-sekte - April 2023
x1.264	https://www.nachdenkseiten.de/?p=93548 - April 2023
x1.265	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/10/hundert-jahre-pan-europa-plan-des-coudenhove-kalergi-die-realisation-einer-verschworung/#more-10940 - April 2023
x1.266	https://www.anti-spiegel.ru/2023/warum-der-groesste-terroranschlag-der-geschichte-nicht-untersucht-wird/ - April 2023
x1.267	https://www.anti-spiegel.ru/2023/victoria-nuland-redet-klartext-ueber-europas-autonomie/Victoria - April 2023
x1.268	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/17/chefarzt-uber-wachsende-impf-nebenwirkungen-schlimmste-je-erlebte-erkrankungen/ - April 2023
x1.269	https://www.fmprc-gov-cn.translate.goog/mfa_eng/wjbxw/202302/t20230220-_11027664.html?_x_tr_sl=en&_x_tr_tl=de&_x_tr_hl=de&_x_tr_pto=sc - April 2023
x1.270	https://afdkompakt.de/2023/02/28/schon-2024-habeck-will-verbot-von-oel-und-gasheizungen/ - April 2023
x1.271	https://www.epochtimes.de/wissen/allgemein/genbasierte-impfstoffe-das-pharma-verbrechen-des-jahrhunderts-a4193652.html - April 2023
x1.272	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-formwandler-der-eliten - April 2023
x1.273	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-formwandler-der-eliten-2 - April 2023

x1.274	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/03/24/genbasierte-impfstoffe-das-pharmaverbrechen-des-jahrhunderts-die-fakten-liegen-auf-dem-tisch/#more-11610 - April 2023
x1.275	https://fassadenkratzer.wordpress.com/category/diktatur/ - April 2023
x1.276	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/03/31/es-geht-nicht-um-die-wahrheit-der-weg-des-meinungsterrors-in-den-totalitaren-staat/#more-11502 - April 2023

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014